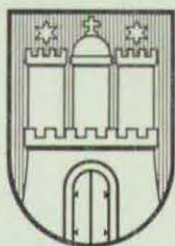


HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1978

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Mehr Abiturienten in Berufsschulen

Über 63 800 Jungen und Mädchen besuchten im Schuljahr 1977/78 die Hamburger berufsbildenden Schulen; dies waren vier Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

In den Berufsschulen als dem vom Umfang her bedeutendsten Bereich des berufsbildenden Schulwesens hat die Schülerzahl um sieben Prozent auf 42 200 zugenommen. Bemerkenswerterweise ist die Zahl der Abiturienten in den 44 Hamburger Berufsschulen innerhalb eines Jahres um nahezu 70 Prozent auf über 2600 gestiegen.

Stark erhöht hat sich auch die Schülerzahl im Berufsgrundbildungsjahr, die 1500 beträgt. Weniger hohe Steigerungsraten verzeichneten die Berufsfachschulen mit jetzt 8700 Schülern, die Wirtschaftsgymnasien (1700), die Werkklassen (1400) sowie die Berufsaufbauschulen (500). In den Fach- und Technikerschulen (3400 Schüler), den Fachoberschulen (2000) und den Schulen des Gesundheitswesens (2400) waren 1977/78 weniger Schüler als im vorangegangenen Schuljahr.

Viele Auslandsgäste in den Jugendherbergen

In den beiden Hamburger Jugendherbergen auf dem Stintfang und in Horn übernachteten 1977 mehr als 36 000 Gäste, davon nicht weniger als 40 Prozent aus dem Ausland. Die wichtigsten Herkunftsländer waren dabei gleichzeitig die am weitesten entfernten. So kamen allein aus den USA fast 2000 Reisende; aber auch Japan, Kanada und sogar Australien stellten mit jeweils rund 1000 Besuchern beachtliche Kontingente. Von den europäischen Ländern konnten nur Norwegen (ca. 1100) und Frankreich (ca. 1000) mithalten.

Höhere Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe

Die Hamburger Betriebe des Bauhauptgewerbes verzeichneten im Verlauf des ersten Vierteljahres 1978 eine Steigerung ihrer Auftragseingänge gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 41 Prozent. Am Ende des Quartals lagen auch die Auftragsbestände um 21 Prozent höher als Ende März 1977. Die Auftragsbestände für Hochbauten hatten mit neun Prozent eine wesentlich geringere Steigerungsrate als die für Tiefbauten; hier lag die Erhöhung bei

43 Prozent. Die Entwicklung zeigt, daß zumindest im Tiefbau die in Hamburg verfügbaren Baukapazitäten wieder weitgehend ausgelastet sind.

Außenhandelsverkehr mit Mittelost stark ausgeweitet

Im Handel mit den mittelöstlichen Ländern wurden 1977 Waren im Wert von 2,5 Mrd. DM über den Hamburger Hafen ein- und ausgeführt, fast ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Der Export in die Länder des Mittleren Ostens ist im letzten Jahr um 35 Prozent auf 1,3 Mrd. DM angestiegen. Bedeutendstes Empfangsland war dabei Indien; dorthin wurden in erster Linie pflanzliche Öle und Fette sowie chemische Erzeugnisse und Maschinen ausgeführt. Auch der Export nach Singapur und Pakistan hat die positive Gesamtentwicklung auf der Ausfuhrseite maßgeblich mitbestimmt.

Mit 1,2 Mrd. DM fast ebenso hoch wie der Exportwert waren die Importe aus dem Mittleren Osten, die gegenüber 1976 um 28 Prozent zugenommen haben; wichtigste Einfuhrländer waren Malaysia und Singapur.

Zahl der Selbsttötungen nimmt zu

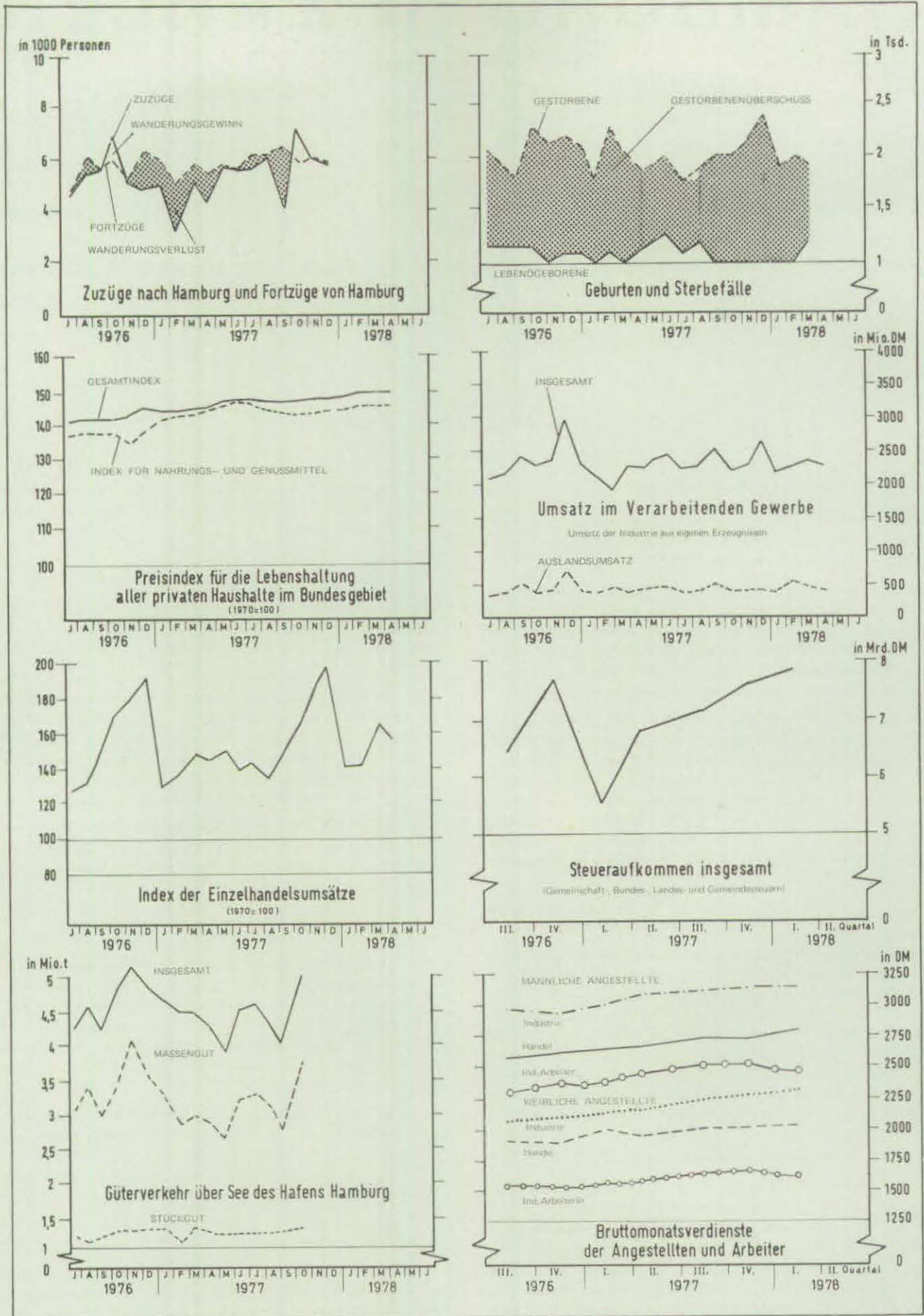
649 Hamburger Einwohner sind 1977 freiwillig aus dem Leben geschieden. Unter den Selbstmördern waren 376 Männer und 273 Frauen. Die Männer, die sich selbst getötet hatten, standen zur Hälfte, die Frauen zu einem Viertel im Alter unter 45 Jahren; demgegenüber waren von den männlichen Selbstmördern gut ein Viertel, von den Frauen aber über die Hälfte mehr als 60 Jahre alt.

Die jährliche Selbsttötungsrate der Männer ist in den letzten fünf Jahren von 34 auf 48 je 100 000 männliche Einwohner gestiegen. Bei den Frauen hat sich diese Rate nur wenig erhöht; sie liegt bei 30 Selbsttötungen je 100 000 Hamburger Frauen.

45 300 Hunde in Hamburg

1977 wurden in Hamburg 45 300 Hunde gehalten. Diese Zahl ist etwa ebenso groß wie 1976 und um acht Prozent höher als vor zehn Jahren. Rein rechnerisch hatte damit im vergangenen Jahr jeder 18. Hamburger Haushalt einen Hund.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Einflüsse des sozialen Status der Wähler auf das Wahlverhalten bei den Bürgerschaftswahlen 1970 bis 1978 in Hamburg

Zwischen sozialem Status und Wahlverhalten bestehen Zusammenhänge, die vielfach untersucht und beschrieben worden sind. Am häufigsten verwendet man dazu Tabellen oder Karten (Wahlkartographie) und vergleicht systematisch die Stimmenanteile der Parteien in den Wahlbezirken oder Stadtteilen mit der sozialstrukturellen Gliederung der Bevölkerung in diesen Teilgebieten. Dieses Verfahren ist recht aufwendig, wenn zur Kennzeichnung des sozialen Status mehrere statistische Merkmale, wie der Beruf, der Bildungsstand, das Einkommen und dergleichen, erforderlich sind. Deshalb bietet es sich an, zu versuchen, die für die Beschreibung des sozialen Status benötigten Merkmale in einer Kennziffer zu vereinigen.

Im Statistischen Landesamt ist im vergangenen Jahr eine Kennziffer entwickelt worden, in der elf Merkmale zusammengefaßt sind, die sich direkt oder indirekt zur Darstellung des sozialen Status der Bevölkerung eignen¹⁾. Der Index „Wohnqualität“, wie diese sozialstrukturelle Kennziffer bezeichnet worden ist, weist den einzelnen Stadtteilen der Hansestadt Zahlenwerte zu, die den durchschnittlichen sozialen Status der Bewohner in den Stadtteilen kennzeichnen. Die Werteskala reicht von - 13,2 bis + 19,5. Die unterschiedliche Höhe der Indexwerte zeigt die sozialstrukturelle Verschiedenheit der Stadtteile an. Niedrige Werte, wie sie z. B. für St. Pauli oder Harburg ermittelt worden sind, deuten auf hohe Anteile an Arbeiterbevölkerung und Volksschulabgängern, niedrigere Einkommen und ähnliche Strukturen hin. Hohe Werte, wie in Othmarschen oder Harvestehude, geben dagegen Stadtteile mit größeren Anteilen an Selbständigen und Beziehern höherer Einkommen, Absolventen weiterführender Schulen oder dergleichen an. Insgesamt wurden 79 Hamburger Stadtteile auf diese Weise geordnet. Die übrigen Stadtteile – hauptsächlich Gebiete mit vorwiegend landwirtschaftlicher Nutzung und das Hafengebiet – sind aus methodischen Gründen nicht in die Untersuchung einbezogen worden. In der Tabelle auf der folgenden Seite sind die Stadtteile nach der Höhe der Indexwerte geordnet.

Der Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten der Hamburger Wählerschaft und ihrem sozialen Status wird erkennbar, wenn man die Stimmenanteile der Parteien in den einzelnen Stadtteilen zu den Indexwerten „Wohnqualität“ der Stadtteile in Beziehung setzt²⁾. Die Streudiagramme (Schaubild 1) geben diesen Zusammenhang graphisch wieder. Die Punkte stellen die Stadtteile in einem Koordinatenkreuz mit den Achsen „Wohnqualität“ und Stimmenanteil dar. Das Wertepaar Wohnqualität/Stimmenanteil eines Stadtteils bestimmt also seine Position in den Streudiagrammen. Zu beachten ist, daß die Wahlergebnisse

der drei betrachteten Wahljahre stets den gleichen sozialstrukturellen Indikatorwerten zugeordnet sind. Damit wird unterstellt, daß sich der durchschnittliche soziale Status der Bewohner der Stadtteile seit 1970 nicht verändert hat. Wenn auch durch demographische Vorgänge, Neubautätigkeit und Umzüge laufend Veränderungen in der Bevölkerung stattfinden, kann doch davon ausgegangen werden, daß sich die soziale Struktur der Stadtteile nur sehr langsam wandelt.

Die Stadtteilstreue sind, wie man für die letzten drei Bürgerschaftswahlen sieht, für jede Partei in einer charakteristischen Weise gerichtet. Sie verlaufen bei der SPD von links oben nach rechts unten. Das bedeutet: mit zunehmender „Wohnqualität“ der Stadtteile sinkt der Stimmenanteil der SPD. Die SPD hat somit ihre Wählerschaft in größerem Umfang in Gebieten mit geringerem sozialen Status der Bevölkerung. Die Punkteschwärme der CDU und F.D.P. zeigen eine entgegengesetzte Tendenz. Die Stimmenanteile für diese Parteien wachsen mit steigendem Indexwert „Wohnqualität“. Beide Parteien finden ihre Wählerschichten also häufiger in Stadtteilen mit höherem sozialen Status der Bewohner. Geht man davon aus, daß auch die früheren Wahlen eine ähnliche Ausrichtung der Stadtteilstreue zum Ergebnis gehabt haben, so zeigt sich, daß die politische Einschätzung der Parteien durch die Wähler – von ihrem sozialen Status her betrachtet – stark festgelegt ist. Auch die Hinwendung der F.D.P. zu einer mehr linksliberalen Politik in der Hansestadt hat die Grundtendenz, daß Schichten der Bevölkerung mit höherem sozialen Status häufiger die F.D.P. wählen, nicht umgekehrt.

Die Streudiagramme geben aber nicht nur über die Richtung, sondern auch über die Enge des Zusammenhangs zwischen sozialem Status und Wahlverhalten Auskunft. Je näher die Stadtteilstreue zusammenliegen und sich entlang einer gedachten Linie verteilen, desto genauer wird das Wahlverhalten durch die sozialstrukturelle Gliederung der Bevölkerung wiedergegeben. Diese Streue ist in allen Graphiken relativ gering. Nur einige Stadtteile mit einem niedrigeren Indexwert „Wohnqualität“, so Sinstorf, St. Georg und Heimfeld, beeinträchtigen etwas das sonst recht einheitliche Bild. Damit wird deutlich, daß bei allen drei Parteien auch im Zeitvergleich eine Regelmäßigkeit in der Beziehung zwischen sozialem Status und Wahlverhalten besteht, die durch die Höhe des Stimmenanteils der Parteien nicht gestört wird.

Eine vergleichende Darstellung der Einflüsse des sozialen Status der Wähler auf ihr Wahlverhalten bei den drei letzten Bürgerschaftswahlen wird erleichtert, wenn man die Punkteschwärme in den Streudiagrammen durch Linien (Stimmenanteilslinien) ersetzt. Damit wird zwar von den speziellen Gegebenheiten in den Stadtteilen abstrahiert. Die Grundtendenz der hier erörterten Beziehung wird aber deutlicher sicht-

¹⁾ Bach, H.-J.: „Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen“; in: Hamburg in Zahlen, Heft 1/1977, S. 5 ff.

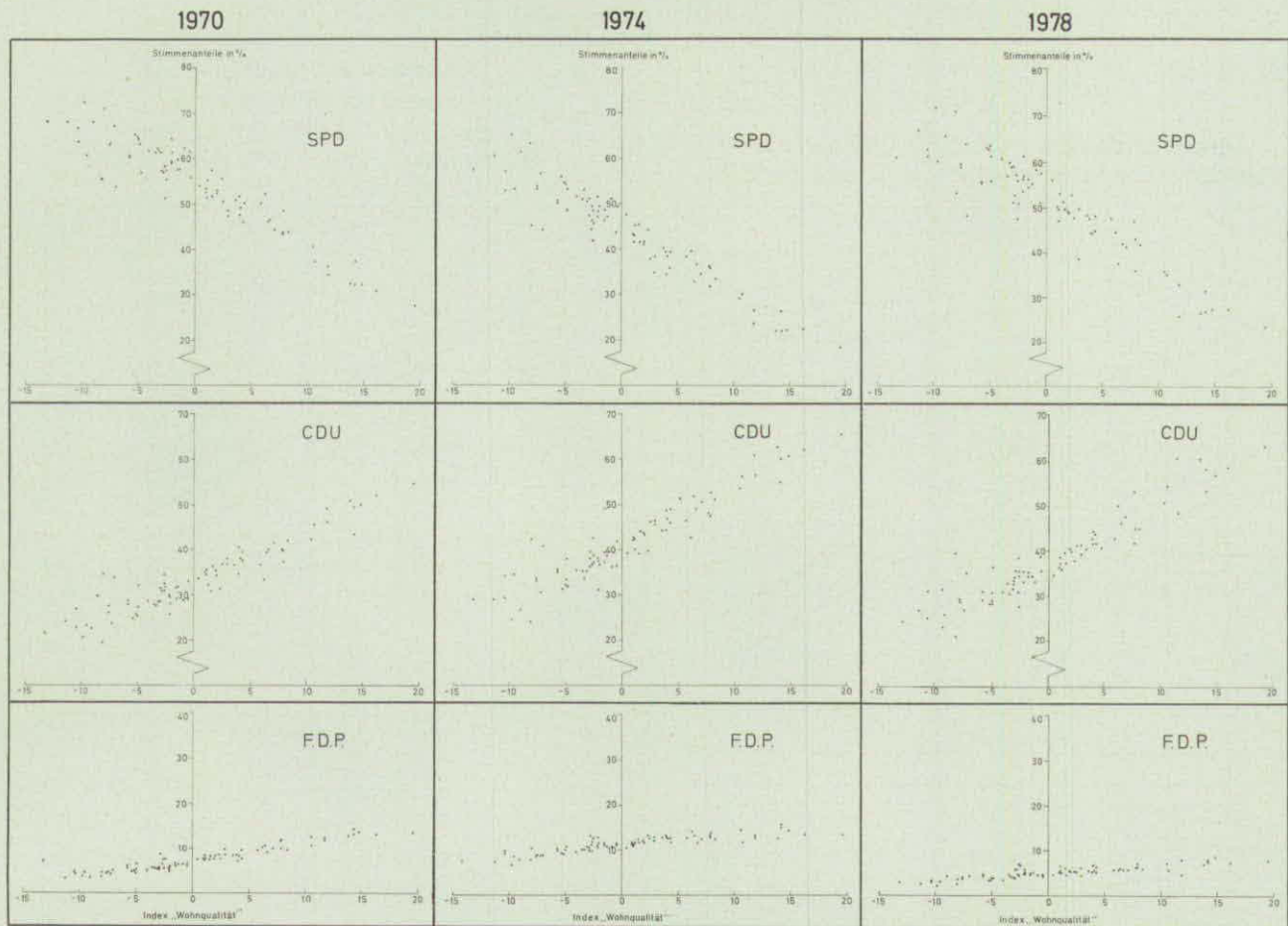
²⁾ Bach, H.-J.: „Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 3/1977, S. 67 ff.

Index "Wohnqualität" und Stimmenanteile *) in Prozent bei den Bürgerschaftswahlen
1978, 1974, 1970 für SPD, CDU und F.D.P. nach ausgewählten Stadtteilen

Lfd. Nr.	Stadtteile	Indexwert	SPD			CDU			F.D.P.		
			Bürger-schaftswahlen			Bürger-schaftswahlen			Bürger-schaftswahlen		
			1978	1974	1970	1978	1974	1970	1978	1974	1970
1	St.Pauli	- 13,2	61,0	57,4	68,1	24,2	29,0	21,6	2,8	7,3	3,5
2	Wilhelmsburg	- 11,3	66,7	60,6	68,0	26,5	29,0	24,1	2,5	7,1	3,2
3	Finkenwerder	- 10,4	61,1	52,7	63,8	30,9	34,1	26,8	3,1	9,7	4,4
4	Neustadt	- 10,4	62,5	57,0	66,7	25,2	29,3	22,4	3,0	8,2	4,6
5	Veddel	- 9,8	71,7	65,1	72,4	23,1	24,4	20,5	2,2	6,5	3,7
6	Harburg	- 9,6	60,0	53,1	60,8	31,7	34,5	29,0	2,9	8,3	4,5
7	Rothenburgsort	- 9,0	65,5	61,5	68,2	25,8	26,7	22,5	4,2	7,9	3,5
8	Hamm-Süd	- 8,1	70,8	63,2	71,1	20,9	23,9	19,4	2,5	7,8	3,6
9	Sinstorf	- 8,0	53,0	45,2	56,4	39,6	42,1	34,3	3,5	10,4	4,7
10	Altona-Altstadt	- 7,6	59,4	53,2	63,3	28,8	33,1	26,0	3,6	8,6	4,4
11	Altona-Nord	- 7,6	58,7	53,8	63,2	29,0	33,1	27,3	3,8	8,8	4,4
12	Dulsberg	- 7,2	63,7	56,6	67,1	27,1	30,5	23,6	3,3	8,7	4,1
13	St.Georg	- 7,0	48,0	44,1	53,8	35,5	40,9	33,6	4,2	8,8	5,0
14	Ottensen	- 5,8	55,3	50,7	60,6	30,8	35,3	28,5	4,2	9,9	5,4
15	Simsbüttel	- 5,8	55,3	50,0	60,4	29,1	35,1	27,9	4,4	10,1	6,0
16	Lurup	- 5,3	63,0	55,8	66,2	28,9	31,2	24,5	3,3	9,2	4,8
17	Horn	- 5,1	62,8	54,7	64,7	29,2	32,4	25,6	3,3	9,1	4,9
18	Billstedt	- 5,0	63,4	54,2	64,6	28,7	32,1	26,2	3,6	10,0	4,6
19	Wilstorf	- 4,9	61,0	53,2	63,2	31,0	33,3	27,4	4,2	10,6	5,2
20	Heimfeld	- 4,9	55,6	48,7	56,9	35,9	37,8	31,9	3,7	10,5	6,3
21	Hamm-Mitte	- 4,0	60,7	51,6	61,7	31,0	35,3	28,4	3,3	9,5	5,0
22	Bahrenfeld	- 3,5	56,9	50,9	61,2	32,8	35,1	27,9	4,4	10,0	5,7
23	Barmbek-Nord	- 3,3	59,8	53,0	62,6	30,4	33,6	27,3	4,0	10,0	5,5
24	Barmbek-Süd	- 3,1	58,7	50,4	61,6	31,7	35,1	28,2	3,9	10,7	5,4
25	Jenfeld	- 2,9	58,8	51,0	61,1	32,6	36,1	28,4	3,6	9,8	5,3
26	Hoheluft-West	- 2,9	50,9	47,3	57,3	32,9	37,9	31,3	5,5	10,4	6,3
27	Rönneburg	- 2,8	52,5	44,2	57,0	36,3	39,6	30,6	5,7	13,2	8,6
28	Neugraben-Fischbek	- 2,7	57,1	49,4	58,4	34,0	36,5	30,9	4,5	11,1	6,3
29	Eißendorf	- 2,6	53,9	48,4	57,6	35,4	38,5	32,3	4,3	9,8	5,7
30	Hamburg-Altstadt	- 2,6	47,3	41,2	51,7	38,4	42,6	34,3	6,7	11,8	7,4
31	Hoheluft-Ost	- 2,5	50,6	45,7	55,3	30,8	37,0	31,8	6,5	12,5	7,4
32	Groß Borstel	- 2,1	53,4	47,1	59,2	35,5	38,0	29,5	5,6	10,9	5,6
33	Steilshoop	- 2,1	61,1	51,6	64,5	27,4	31,1	25,6	4,9	12,8	5,5
34	Eidelstedt	- 2,1	56,1	48,2	59,0	34,3	37,5	29,8	4,6	10,7	6,4
35	Farmsen-Berne	- 2,0	56,8	49,4	61,3	33,1	35,5	27,9	4,7	11,4	5,9
36	Stellingen	- 1,6	54,3	46,3	57,6	35,5	39,2	31,4	4,6	11,0	6,6
37	Bramfeld	- 1,6	56,1	48,6	59,8	34,4	37,1	29,1	4,3	11,1	6,0
38	Bergedorf	- 1,3	55,0	47,2	57,7	34,5	38,8	31,7	4,8	10,7	6,1
39	Lohbrügge	- 0,9	58,2	50,6	61,2	33,4	36,0	28,8	4,4	10,7	6,2
40	Tonndorf	- 0,5	50,8	43,8	55,9	39,9	41,9	32,9	4,4	10,9	6,6
41	Wandsbek	- 0,5	57,5	49,9	60,7	33,4	36,2	29,0	4,1	10,9	6,0
42	Hausbruch	0,4	55,9	47,6	54,0	35,0	39,1	33,6	4,5	10,3	7,4
43	Borgfelde	1,0	50,1	43,2	52,6	38,7	42,0	35,0	5,1	11,2	7,6
44	Eppendorf	1,1	46,8	41,6	51,3	35,9	42,8	35,4	6,5	11,1	8,2
45	Winterhude	1,1	49,6	43,0	53,4	37,0	42,1	34,4	5,5	11,0	7,2
46	Langenhorn	1,2	52,8	45,1	55,2	36,2	40,0	32,0	5,0	11,4	7,6
47	Iserbrook	1,5	51,1	45,5	57,4	37,3	39,0	30,7	5,8	12,2	7,3
48	Hamm-Nord	1,6	49,6	41,4	51,5	39,9	44,0	36,1	4,5	11,6	8,0
49	Rahlstedt	1,9	49,1	41,0	52,3	40,3	43,8	35,3	5,3	11,9	7,7
50	Osdorf	2,0	48,7	41,7	52,9	39,9	43,3	34,2	5,2	11,5	8,1
51	Marmstorf	2,3	52,5	44,1	55,5	37,6	39,7	31,1	5,2	13,1	8,7
52	Schnelsen	2,5	47,6	37,9	50,6	41,2	46,2	36,8	5,1	12,5	7,7
53	Rotherbaum	2,9	38,6	34,8	47,4	39,3	46,3	36,7	6,1	11,9	9,9
54	Langenbek	2,9	49,7	38,3	48,5	41,9	45,7	37,9	4,3	12,8	8,6
55	Ohlsdorf	3,6	48,3	40,1	50,9	40,4	44,2	36,6	5,3	12,8	8,3
56	Niendorf	3,9	47,4	39,3	52,6	41,3	44,4	34,7	5,2	13,0	8,4
57	Hohenfelde	4,0	44,3	34,4	47,6	42,1	48,8	40,3	6,5	12,8	7,0
58	Sülldorf	4,1	44,3	38,3	49,2	44,0	46,9	37,9	5,4	12,5	8,1
59	Puhlsbüttel	4,3	44,6	35,9	46,1	43,5	49,0	39,2	6,1	12,5	9,6
60	Eilbek	4,5	48,0	39,4	50,3	41,7	45,9	37,6	5,0	11,6	7,7
61	Lokstedt	5,8	47,5	38,1	50,0	40,7	46,4	36,6	5,7	12,5	9,5
62	Bergstedt	6,2	44,4	39,7	52,1	42,6	42,6	33,2	5,5	14,2	10,2
63	Duvenstedt	6,4	37,6	32,9	46,1	50,3	51,7	39,4	5,9	13,2	10,7
64	Alsterdorf	6,7	42,0	36,7	46,6	45,9	49,0	39,9	5,6	11,4	9,1
65	Poppenbüttel	7,1	41,3	34,6	44,1	47,7	50,5	41,5	5,6	12,4	10,1
66	Hummelsbüttel	7,8	46,8	36,2	43,5	41,5	48,1	39,9	6,1	13,0	11,6
67	Lemsahl-Mellingstedt	7,9	35,8	31,8	43,9	52,4	52,8	39,7	7,0	12,9	11,9
68	Sasel	7,9	43,0	35,9	48,5	45,0	47,5	37,1	6,1	13,8	10,0
69	Uhlenhorst	8,3	41,6	33,2	43,9	45,2	51,0	42,0	5,8	12,4	9,7
70	Rissen	10,5	35,7	29,1	40,7	50,5	53,6	42,4	7,1	14,7	12,7
71	Marienthal	10,7	34,9	30,0	37,4	54,4	56,2	46,6	5,5	11,5	10,7
72	Wohldorf-Ohlstedt	11,8	26,0	23,8	34,2	60,4	60,7	49,1	4,5	12,7	11,9
73	Harvestehude	11,8	32,8	26,7	36,5	48,8	56,3	46,2	7,8	13,2	12,1
74	Nienstedten	13,8	26,7	22,0	32,6	60,2	62,4	50,9	6,8	12,6	12,3
75	Blankenese	14,2	26,9	22,0	32,4	57,8	60,0	49,5	7,7	15,0	13,2
76	Volksdorf	14,2	31,4	26,3	37,4	52,8	54,8	43,5	7,6	15,6	14,2
77	Groß Flottbek	14,8	27,4	22,1	32,3	56,7	60,6	50,1	8,5	14,3	13,6
78	Wellingsbüttel	16,2	27,3	22,4	30,9	58,9	61,9	52,0	7,3	13,3	13,2
79	Othmarschen	19,5	23,6	18,5	27,6	62,3	65,3	54,7	7,7	13,3	13,7

*) ohne Briefwahl

Wahlergebnisse der Bürgerschaftswahlen
in Abhängigkeit von der Sozialstruktur der Hamburger Bevölkerung



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(X)

bar (siehe Schaubild 2). Die drei Stimmenanteilslinien einer Partei unterscheiden sich prinzipiell voneinander im Niveau, das durch den Gesamtstimmenanteil der Partei bestimmt wird, und im Neigungswinkel. Der Neigungswinkel der Stimmenanteilslinien gibt an, um wie viele Prozentpunkte sich der Stimmenanteil einer Partei bei einer Wahl verändert, wenn man sich entlang der Wohnqualitätsachse bewegt und den „Wert des sozialen Status“ um einen bestimmten Betrag erhöht. Er kann keine Auskunft darüber geben, um wieviel „Einheiten“ man etwa den sozialen Status „verändern“ müßte, um bei der nächsten Wahl ein bestimmtes Wahlergebnis zu erzielen. Das zeigen bereits die unterschiedlichen Stimmenanteile der Parteien bei den drei betrachteten Wahlen. Der Neigungswinkel ist eher ein Indikator, der darüber Aufschluß gibt, in welchem Ausmaß der soziale Status der Wähler auf das Wahlergebnis der Parteien gewirkt hat. Wie sich gezeigt hat, weisen die Stimmenanteilslinien der CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 eine etwas steilere Neigung auf als bei den Bürgerschaftswahlen 1970 bis 1978. Dies kann dahin gedeutet werden, daß die Wähler ihre Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen stärker von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht abhängig machen.

Betrachtet man die in den Schaubildern 3 a–c dargestellten Stimmenanteilslinien für jede Partei im Zeitvergleich 1970 : 1974 : 1978 und im Zusammenhang „Gesamtergebnis : Ergebnis nach dem Einfluß des sozialen Status“, so zeigt sich folgendes Bild:³⁾

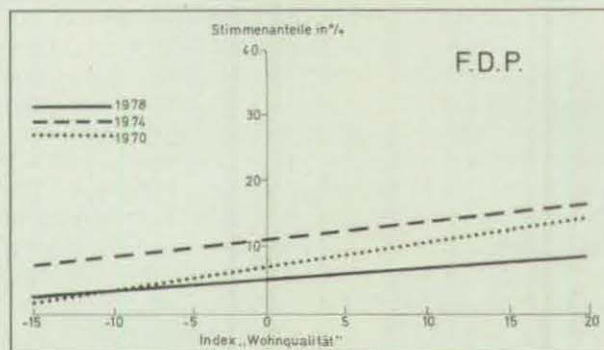
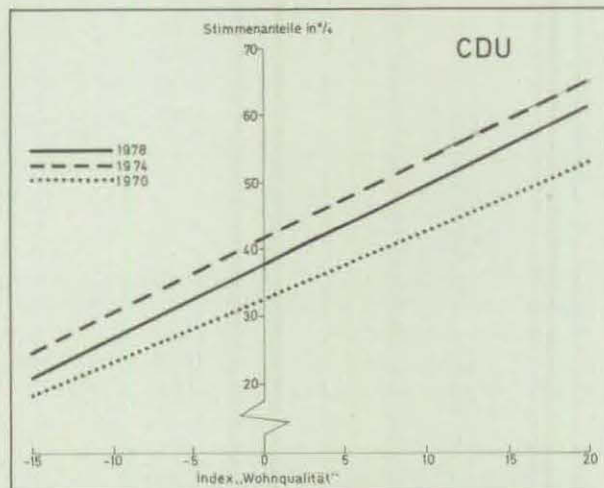
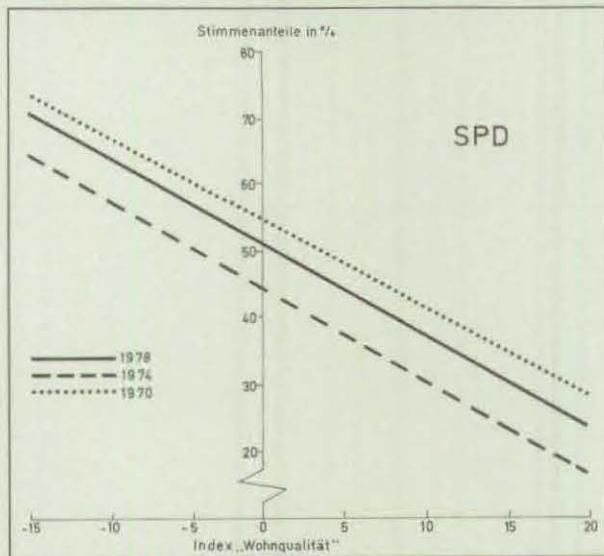
Die SPD (Schaubild 3 a) hat von den betrachteten Bürgerschaftswahlen 1970 das beste, 1978 das zweitbeste und 1974 das drittbeste Gesamtergebnis erzielt (gemessen an den zusammengeführten Teilflächen Rechteck + Dreieck). Sie hat in den für sie wegen des „sozialen Status der Bevölkerung“ ungünstigsten Gebieten (solchen mit hohem sozialen Status der Bevölkerung) 1970 am besten, 1974 am schlechtesten abgeschnitten und 1978 die Verluste von 1974 gegenüber 1970 teilweise wieder aufgeholt: Der Grundkonsens der Wähler mit der SPD ist 1978 deutlich größer als 1974, aber geringer als 1970 (dargestellt durch die Fläche des Rechtecks). Die Stimmenanteilslinien sind von 1970 auf 1974 und von 1974 auf 1978 nur ganz geringfügig steiler angestiegen⁴⁾. Das außerordentlich geringe Ausmaß dieser Veränderung

³⁾ In die betrachteten Ergebnisse konnte lediglich die „Urnenwahl“ und nicht auch die – nach Stadtteilen nicht verfügbare – Briefwahl einbezogen werden.

⁴⁾ Regressionskoeffizienten SPD: 1970: –1,34, 1974: –1,38, 1978: –1,41.

Schaubild 2

Stimmenanteilslinien von SPD, CDU und F.D.P. bei den Bürgerschaftswahlen 1970, 1974 und 1978

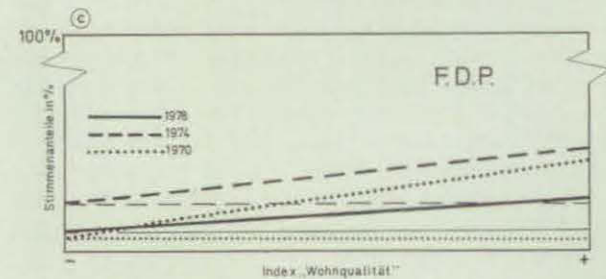
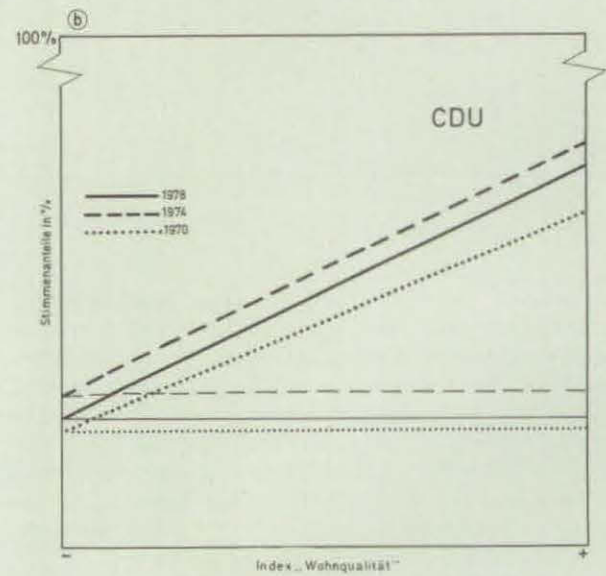
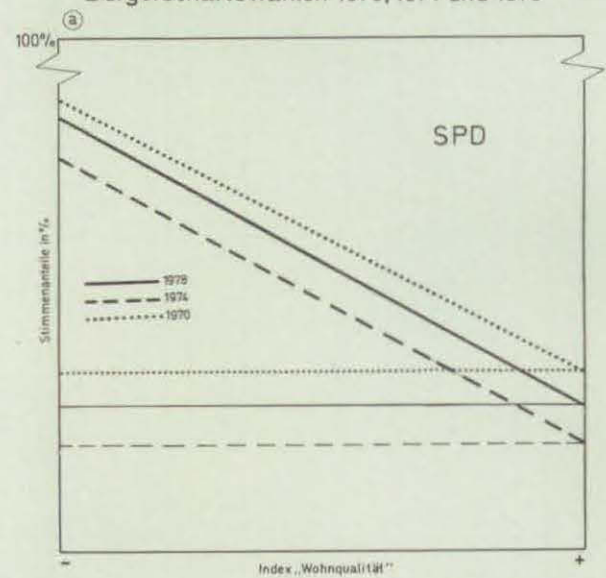


STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(K)

Schaubild 3

Sozialstrukturell beeinflusste und unbeeinflusste Stimmenanteile der SPD, CDU und F.D.P. bei den Bürgerschaftswahlen 1970, 1974 und 1978



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(L)

besagt, daß der vom sozialen Status der Bevölkerung zusätzlich ausgehende Impuls auf das Wahlverhalten in jeder dieser Wahlen von 1970 über 1974 auf 1978 unabhängig vom schwankenden Gesamtergebnis für die SPD zwar von Wahl zu Wahl kaum merkbar war, sich insgesamt jedoch an der Grundrichtung: „Bei niedrigerem Index Wohnqualität (= niedrigerer sozialstruktureller Kennziffer) geringfügig stärkere Hinwendung zur SPD“ orientiert hat.

Für die CDU hat eine entsprechende Gegenüberstellung 1974 gegenüber 1970⁵⁾ Stimmengewinne aus zwei Komponenten erbracht: einmal einen allgemein höheren Grundkonsens der Wählerschaft mit der CDU (erkennbar an der Fläche des Rechtecks in *Schaubild 3 b*, die durch den rein rechnerisch ermittelten niedrigsten Stimmenanteil bestimmt wird); zum anderen einen deutlichen Anstieg des Neigungswinkels der Stimmenanteilslinie 1974 gegenüber der von 1970⁶⁾ was einen zusätzlichen und positiven Impuls der Wähler zugunsten der CDU mit steigendem „Wohnqualitätsindex“ des Stadtteils beinhaltet.

Unter Einbeziehung des Wahlergebnisses 1978 ergibt sich aus dem angeführten *Schaubild* wohl ein deutlich besseres Gesamtergebnis für die CDU im Vergleich 1978 gegenüber 1970, aber ein Zurückbleiben hinter dem Ergebnis von 1974. Die CDU ist – gemessen an ihrem Abschneiden in den Gebieten mit dem (für sie ungünstigsten) niedrigsten Index „Wohnqualität“ – 1978 etwas „wählbarer“ geworden als 1970, der oben dargestellte Grundkonsens der Wählerschaft mit der CDU ist dagegen 1978 deutlich geringer als 1974. Der Einfluß der Sozialstruktur auf das Wählerverhalten – gemessen am Anstieg der Nei-

gungswinkel der Stimmenanteilslinien – ist im Falle der CDU nach der starken Steigerung von 1970 auf 1974 von 1974 auf 1978 nochmals, wenn auch nur im Zahlwert erkennbar, angestiegen⁶⁾: Steigende Wohnqualität bedeutete 1978 besonders gegenüber 1970 eine stärkere Entscheidung zugunsten der CDU.

Das *Schaubild 3 c* enthält die Stimmenanteilslinien der F.D.P. Der Flächeninhalt (Rechteck + Dreieck) zeigt für 1978 das schwächste Gesamtergebnis im Vergleich zu 1970 und 1974.

Der rein rechnerisch ermittelte niedrigste Stimmenanteil der F.D.P. hat sich für 1978 gegenüber 1970 nach der gewählten mathematischen Abstraktionsmethode geringfügig verbessert, ist jedoch gegenüber 1974 stark gesunken (dargestellt durch die Fläche des Rechtecks).

Der Neigungswinkel der Stimmenanteilslinien weist den darüber hinausgehenden Impuls für die F.D.P. aus ihrer (traditionell) positiven und mit dem steigenden Index „Wohnqualität“ gleichlaufenden Entwicklung nach. Das *Schaubild* zeigt allerdings, daß der noch 1970 starke positive Zusammenhang nach einer deutlichen Nivellierung 1974 nochmals nachhaltig „eingeebnet“ wurde: Er besteht noch, ist jedoch entscheidend geringer als 1970 bzw. 1974⁷⁾. Die Unterschiede in der Wählbarkeit der F.D.P. zwischen Stadtteilen mit unterschiedlicher Sozialstruktur (Wohnqualität) haben sich demnach vermindert. Sie erhält – im Vergleich zu den vorhergegangenen Wahlen – nur noch geringe zusätzliche Impulse aus Gebieten mit höherer Sozialstruktur: Steigende Wohnqualität der Stadtteile bedeutet für die jeweiligen Wähler im (gegenüber 1970 und 1974) stark verringertem Maße eine Entscheidung zugunsten der F.D.P.

Hans-Jürgen Bach / Erhard Hruschka

⁵⁾ Siehe den zitierten Aufsatz in Hamburg in Zahlen, Heft 3/1977, S. 73 und 74.

⁶⁾ Regressionskoeffizienten CDU: 1970: 1,01, 1974: 1,22, 1978: 1,23.

⁷⁾ Regressionskoeffizienten F.D.P.: 1970: 0,38, 1974: 0,23, 1978: 0,16.

Sozialstruktur und Wahlergebnis

Aspekte der Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft am 4. Juni 1978 in der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim.

Das Statistische Landesamt Hamburg hat es sich zur Aufgabe gemacht, über das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 1978 in mehreren und differenzierten Veröffentlichungen gründlich und möglichst umfassend zu informieren. Dazu gehören beispielsweise Analysen für die Gesamtstadt über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht an Hand der zusammengefaßten Ergebnisse der repräsentativen Wahlbezirke sowie kleinräumliche Untersuchungen zum Wahlgesehen. In diesen letztgenannten Arbeiten kann die Verbindung der Sozialstruktur in den städtischen Teilräumen zu den Wahlergebnissen dieser Gebiete im Einzelfall und im Vergleich mehrerer Wahlen wichtige Aufschlüsse über das Wahlverhalten sozialer Schichten und Gruppen liefern.

Im folgenden wird über die Arbeit eines auswärtigen Instituts, der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim¹⁾, berichtet, die sich in einer Analyse der Bürgerschaftswahl vom 4. Juni 1978 in Hamburg unter anderem mit dem Thema „Sozialstruktur und Wahlergebnis“ befaßt hat. Wir sehen in dieser Veröffentlichung eine Ergänzung eigener Untersuchungen, weil hier auf der Grundlage eines eigenständigen Ansatzes Erkenntnisse gewonnen werden, mit deren Hilfe zusätzliche Einblicke in nicht immer einfache Zusammenhänge möglich sind.

Der Bericht über das Ergebnis der Mannheimer Studie wird nur am Rande auf die von der Forschungsgruppe Wahlen in der Woche vor dem 4. Juni 1978 in Hamburg durchgeführte repräsentative Befragung von 1085 wahlberechtigten Hamburgern eingehen, in der diese über ihre Meinungen und Einstellungen zu den Parteien und Politikern und den wichtigsten Landesproblemen befragt wurden.

Die Darstellung der Wahlergebnisse für Hamburg und seine Bezirke, der Sitzverteilung und des Vergleichs von Bürgerschafts- und Bundestagswahlen ist Gegenstand anderer Veröffentlichungen.

Die nachfolgende Zusammenfassung konzentriert sich hauptsächlich auf den Untersuchungsteil „Sozialstruktur und Wahlergebnis“ auf der Basis des eigenen Ansatzes der Forschungsgruppe.

Arbeitsgrundlage der Mannheimer Untersuchung sind die Wahlergebnisse aus 154 Wahlbezirken Hamburgs

und Daten zur Sozialstruktur der Hansestadt sowie der ausgewählten repräsentativen Wahlbezirke.

Die Forschungsgruppe Wahlen stellt fest, daß „die Entscheidung für eine bestimmte Partei . . . nach den Erkenntnissen der Wahlforschung für den deutlich überwiegenden Teil der Wähler durch ihre Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen festgelegt“ ist²⁾. Sie geht im weiteren jedoch nicht auf die Wahlentscheidungen der einzelnen Bürger und ihre individuelle Zuordnung zu verschiedenen sozialen Gruppen ein, sondern analysiert „den statistischen Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur von Stadtteilen oder Wahlbezirken“³⁾ und dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl in diesen Gebieten.

Bei der Betrachtung dieses Zusammenhangs kommt die Forschungsgruppe zum gleichen Ergebnis wie eine Analyse des Statistischen Landesamts Hamburg über den Zusammenhang von Sozialstruktur/Wohnqualität und Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung⁴⁾. Deren Verfasser hatte 1977 angesichts der Ergebnisse der Bundestagswahlen 1976 und 1972 sowie der Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 von einem charakteristischen Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten der Hamburger Bürger und ihrer Sozialstruktur gesprochen: Mit zunehmender Wohnqualität der Stadtteile nehme im allgemeinen der Stimmenanteil der SPD ab, derjenige von CDU und F.D.P. zu. .

Die Forschungsgruppe knüpft an diese – nicht nur für Hamburg beobachtete – Konstanz des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlergebnis die Feststellung, „daß innerhalb der sozialen Gruppen sich zwar selten die Mehrheitsentscheidung ändert, wohl aber der Erfolg der einzelnen Parteien unterschiedlich hoch ausfallen kann.“⁵⁾ Sie belegt dies am Beispiel der Hamburger Wahlergebnisse des Jahres 1974. Damals habe die SPD in allen Gebieten unabhängig von deren sozialer Struktur Stimmen verloren. F.D.P.-Wähler aus den alten Hochburgen der Partei seien zur CDU abgewandert; diese Verluste konnte die F.D.P. jedoch durch höhere Zuwächse in den SPD-Hochburgen überkompensieren⁶⁾.

¹⁾ Forschungsgruppe Wahlen e. V., Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung, Mannheim: Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim Nr. 13), Mannheim 1978.

²⁾ Ebenda, S. 20.

³⁾ Ebenda.

⁴⁾ Bach, Hans-Jürgen: Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur; in: Hamburg in Zahlen, Heft 3/1977, S. 67 ff.

⁵⁾ Text wie ¹⁾, S. 26.

⁶⁾ Ebenda, S. 21.

Parteianteile 1978 und Veränderungen 1978–1974

	SPD		CDU		F.D.P.	
	1978	Zun.	1978	Abn.	1978	Abn.
Arbeiter						
niedrig (bis 32 %)	43,0	6,7	44,6	-3,4	5,9	-6,6
mittel (bis 41 %)	54,6	6,7	35,3	-2,4	4,5	-6,6
hoch (über 41 %)	60,0	6,8	29,4	-3,8	3,8	-5,9

Die vorstehende Tabelle zeigt den 1978 festgestellten Zusammenhang zwischen den Arbeiteranteilen in repräsentativ ausgewählten und zusammengefaßten Gebieten und den Stimmenanteilen der Parteien 1978 sowie deren Veränderungen gegenüber 1974. Es zeigt sich die oben am Beispiel der Sozialstruktur/Wohnqualität geschilderte Verknüpfung: Je mehr Arbeiter in einem Gebiet wohnen, desto höher war (auch) 1978 der Stimmenanteil der SPD, desto geringer der Stimmenanteil von CDU und F.D.P.

Wichtig erscheint der Blick in die Veränderungsspalten: Die Zunahme der Stimmenanteile für die SPD und die entsprechende Abnahme bei der CDU für die Bürgerschaftswahl 1978 gegenüber der von 1974 erfolgte fast unabhängig von der Sozialstruktur (dem Arbeiteranteil) der Stadtteile; die F.D.P. hatte in den Gebieten mit dem höchsten Arbeiteranteil das schlechteste absolute Ergebnis, aber gegenüber 1974 die geringste Abnahme zu verzeichnen.

Die vorstehende Aussage der Mannheimer Forschungsgruppe wird durch die Beziehung „Selbständigenanteile in den Stadtteilen“ zu „Stimmenanteile der Parteien“ bestätigt. Mit steigenden Anteilen an Selbständigen in den Gebieten sinkt 1978 der Stimmenanteil der SPD, steigen die Stimmenanteile von CDU und F.D.P.

Parteianteile 1978 und Veränderungen 1978–1974

	SPD		CDU		F.D.P.	
	1978	Zun.	1978	Abn.	1978	Abn.
Selbständige						
niedrig (bis 7 %)	63,0	7,0	29,0	-2,1	3,1	-6,2
mittel (bis 12 %)	53,7	6,9	35,1	-3,5	4,7	-6,4
hoch (bis 37 %)	33,6	6,2	46,9	-3,3	6,3	-6,4

Nach diesen Erkenntnissen über bestehende Grundmuster des Zusammenhangs zwischen Wahlergebnissen und Sozialstruktur erwartet die Forschungsgruppe Wahlen eine weitergehende Aussage aus der Verbindung der Parteianteile an der Gesamtstimmenzahl mit einer Kombination von Arbeiter- und Selbständigenanteilen zur Charakterisierung der Sozialstrukturen:

1) Ebenda, S. 24.
 2) Ebenda, S. 25.
 3) Ebenda, S. 26.

Parteianteile 1978 und Veränderungen 1978–1974

	SPD		CDU		FDP	
	1978	Zun.	1978	Abn.	1978	Abn.
Arbeiter – Selbständige						
niedrig						
niedrig	–	–	–	–	–	–
mittel	49,7	8,0	39,8	-3,6	5,0	-6,8
hoch	38,5	5,9	47,7	-3,2	6,6	-6,4
mittel						
niedrig	61,5	6,8	29,8	-2,3	3,3	-6,3
mittel	54,2	6,8	35,6	-2,6	4,7	-6,6
hoch	47,8	7,5	41,6	-2,2	5,0	-7,2
hoch						
niedrig	63,4	7,0	28,8	-2,0	3,0	-6,2
mittel	56,6	6,3	29,8	-5,4	4,6	-5,5
hoch	52,2	10,3	34,5	-8,7	3,0	-5,2

Das Ergebnis zeigt, daß die SPD – unabhängig vom jeweiligen Arbeiteranteil – um so geringere Stimmenanteile erzielte, je höher gleichzeitig der Anteil der Selbständigen war. Dies gilt spiegelbildlich für CDU und F.D.P., deren Stimmenanteile unabhängig vom jeweiligen Arbeiteranteil mit dem wachsenden Anteil von Selbständigen zunahm. Ein Abweichen ist lediglich für die F.D.P. in Gebieten festzustellen, in denen hohe Anteile von Arbeitern mit hohen Anteilen an Selbständigen zusammentreffen. In diesen Bereichen hat die Bunte Liste ihre Stärke. Die Forschungsgruppe Wahlen weist allerdings darauf hin, daß gravierender als die Verluste der F.D.P. an die Bunte Liste diejenigen der SPD und (schwächer) der CDU gegenüber dieser Wählergruppe waren⁷⁾.

In einem Fazit der Wahlsituation 1978 gegenüber 1974 sprechen die Mannheimer Wahlanalytiker bezüglich SPD und CDU von einer „Rückkehr zur Normalität“, weil nach ihrer Ansicht mit der politischen Reaktion der Wähler gegen die SPD in der Wahl des Jahres 1974 keine grundsätzliche strukturelle Verschiebung zugunsten der CDU verbunden gewesen sei⁸⁾. Die starken SPD-Gewinne 1978 seien deshalb keineswegs überraschend gekommen. Hinsichtlich des Abschneidens der F.D.P. verbindet die Forschungsgruppe die Wahlergebnisse dieser Partei von 1978 und 1974. Die F.D.P. habe 1974 einen Teil ihrer traditionellen Wähler, meist Angehörige des alten Mittelstandes, an die CDU verloren, dagegen einen größeren Zugewinn aus der SPD-Wählerschaft zu verzeichnen gehabt. Insgesamt habe die F.D.P. damit jedoch einen festen Wählerstamm gegen Neu-F.D.P.-Wähler ohne feste Bindung an diese Partei eingetauscht. Die 1978 erfolgte Rückwanderung dieser Protestwähler von 1974 zur SPD habe die damaligen F.D.P.-Verluste im bürgerlichen Lager erst in diesem Jahr deutlich gemacht.

Dazu sei das Auftreten der Grünen und der Bunten Liste gekommen, die – im Gegensatz zur F.D.P. als einem Bestandteil des etablierten Parteiensystems – als Alternative zu SPD und CDU gesehen wurden und unzufriedene CDU- und SPD-Wähler angezogen hätten, die damit der F.D.P. als Ausgleich ihrer Verluste nicht zur Verfügung standen⁹⁾.

Erhard Hruschka

Erwerbstätige und Beschäftigte in Hamburg und im Hamburger Raum

INHALT

1. Erwerbstätige und Beschäftigte in Hamburg 1961 bis 1977
 - 1.1 Einleitung
 - 1.2 Ergebnisse
 - 1.2.1 Überprüfung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
 - 1.2.2 Gegenüberstellung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit denen des Mikrozensus
 - 1.2.3 Vergleich mit den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit
 - 1.3 Schlußfolgerungen
2. Struktur und Entwicklung der Beschäftigten in der Region Hamburg/Umland 1974/1976
 - 2.1 Strukturen
 - 2.2 Entwicklung

1. Erwerbstätige und Beschäftigte in Hamburg 1961 bis 1977

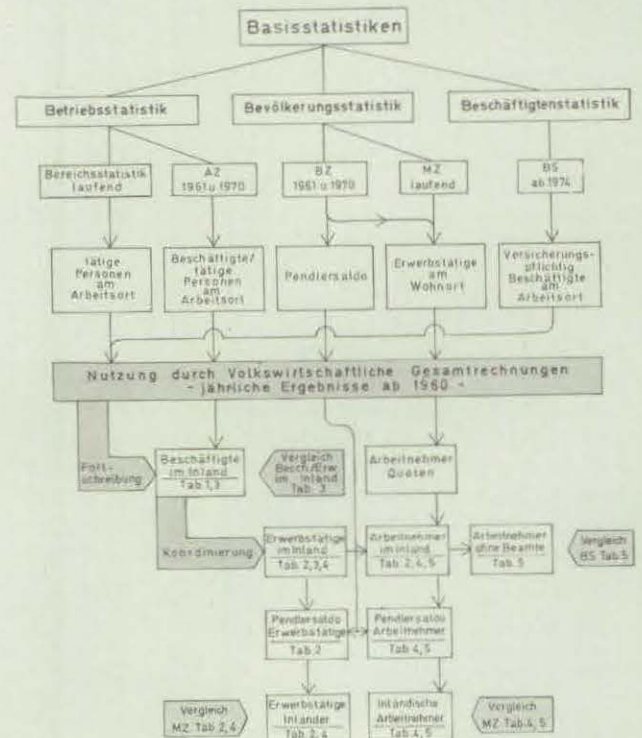
1.1 Einleitung

Die Kenntnis der Gesamtzahl der Beschäftigten und/oder Erwerbstätigen ist heute mehr als je wesentlich für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Gesamtzahlen der amtlichen Statistik aus statistischen Erhebungen liegen allerdings nur in größeren zeitlichen Abständen für die Volkszählungsjahre vor, wogegen aus laufenden Erhebungen nur Werte für Bereichsstatistiken zur Verfügung stehen. Unter Ausnutzung und Kombination dieses Materials und ergänzender Schätzungen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Gesamtzahlen ermittelt; sie sind im allgemeinen auf das Bundesergebnis abgestimmt. Die zu verarbeitenden Daten der Einzelhandelsstatistiken weisen ihrem speziellen Auftrag entsprechende Fragestellungen und untereinander abweichende Definitionen auf. Hinzu kommt, daß den Konsumenten eine Nutzung der in verschiedenen Statistiken für unterschiedliche Zwecke erhobenen Daten auch noch durch Änderung von Bezeichnungen und Definitionen im Zeitablauf erschwert wird.

Aus dieser Situation heraus wurde bereits in Heft 8/1975 von „Hamburg in Zahlen“ eine Ausarbeitung „Zur Zahl der Erwerbstätigen Hamburgs“ veröffentlicht. Das Interesse an einer Fortsetzung der Datenreihen bis in die jüngste Zeit läßt es sinnvoll erscheinen, unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse die seinerzeitige Darstellung fortzuführen. Gegenüber der Situation Mitte 1975 liegen nunmehr aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit Ergebnisse für drei Jahre vor und sind jetzt erstmals auch Kreisergebnisse aus dieser Statistik verfügbar.

Durch den Zwang, die Fortschreibungsreihen bis zum Vorliegen der Ergebnisse aus der geplanten Arbeitsstättenzählung 1981 fortsetzen zu müssen, kommt einer Abstimmung der Fortschreibung – die in erster Linie für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt wird – mit anderen Statistiken wachsende Bedeutung zu.

Übersicht I



Insgesamt sind es drei Quellen, aus denen der Konsument Anhalt über die Entwicklung der Erwerbstätigen- und Beschäftigtenzahlen gewinnen kann:

1. die Fortschreibung der Beschäftigten- bzw. Erwerbstätigenzahlen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, und zwar
 - a) auf den Arbeitsort wie auch auf den Wohnort abgestellt,
 - b) für Erwerbstätige (Personen) und für Beschäftigte (besetzte Arbeitsplätze), sowie außerdem
 - c) für Erwerbstätige insgesamt und für Arbeitnehmer;
2. die jährlichen 1 %-Stichprobenergebnisse des Mikrozensus über die Erwerbstätigen – u. a. gegliedert nach der Stellung im Beruf, d. h. auch A r -

beitnehmerzahlen – nach dem Wohnort und

3. die Ergebnisse der Statistik über die versicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsort.

Aus der Übersicht 1 geht hervor, wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen versucht wird, die unter dem jeweiligen speziellen Blickwinkel der Fachstatistiken erarbeiteten Definitionen zu einem Gesamtbild zusammenzufassen.

Will man die Zuverlässigkeit dieser drei Quellen gegeneinander abwägen, so kann man den Zahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, obwohl auf den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählungen aufbauend, insbesondere angesichts der schon erreichten und sicher bis 1982 fortzuschreibenden langen Fortschreibungsreihe nur Schätzcharakter zuerkennen.

Tab. 1: Beschäftigte bzw. besetzte Arbeitsplätze ¹⁾ und Arbeitsplatzangebot in Hamburg 1961 bis 1977
- Ergebnisse der Beschäftigtenfortschreibung ²⁾ -

Art der Angaben	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
1. Beschäftigte bzw. besetzte Arbeitsplätze Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁴⁾	13 000	12 700	12 400	12 100	11 800	11 400	11 200	11 100
Warenproduzierendes Gewerbe	407 500	404 400	391 000	384 900	377 600	370 300	342 400	331 700
davon								
Energiewirtschaft u. Wasservers., Bergbau	12 900	13 400	11 400	11 400	10 800	10 900	10 000	9 800
Verarbeitendes Gewerbe	315 600	312 900	303 500	296 400	293 200	286 500	265 900	260 700
Baugewerbe	79 000	78 100	76 200	77 100	73 600	73 000	66 500	61 200
Handel und Verkehr	339 300	335 900	335 100	330 500	327 100	328 400	327 500	324 000
davon								
Handel	206 100	204 000	204 700	201 500	198 500	199 500	201 400	199 400
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	133 200	131 800	130 400	129 000	128 700	128 900	126 000	124 600
Dienstleistungsunternehmen	152 700	156 500	158 300	159 800	161 300	162 500	171 000	174 400
davon								
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	30 200	31 500	32 200	33 100	34 200	35 200	36 700	37 900
Sonstige Dienstleistungen	122 500	125 000	126 100	126 700	127 100	127 400	134 300	136 500
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbcharakter	116 700	117 300	118 300	119 500	120 700	121 000	121 400	124 000
davon								
Staat	93 600	94 300	95 400	96 700	98 000	98 400	98 800	101 600
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbcharakter	23 100	23 000	22 900	22 800	22 700	22 600	22 500	22 400
Bereiche insgesamt	1 029 200	1 026 800	1 015 100	1 006 800	998 500	993 700	973 500	965 200
2. Offene Stellen (Jahresdurchschnitt)	19 800	22 500	19 900	22 100	25 800	24 600	15 600	18 300
3. Arbeitsplatzangebot in Hamburg	1 049 000	1 049 300	1 035 000	1 028 900	1 024 300	1 018 300	987 100	983 500

Fortsetzung Tab. 1:

Art der Angaben	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977 ³⁾
1. Beschäftigte bzw. besetzte Arbeitsplätze Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁴⁾	11 000	10 900	10 800	10 700	10 600	10 500	10 500	10 500	10 500
Warenproduzierendes Gewerbe	341 000	341 300	332 400	321 500	315 400	298 500	277 200	269 800	266 300
davon									
Energiewirtschaft u. Wasservers., Bergbau	9 700	9 800	10 100	10 100	10 100	10 300	10 300	10 300	10 300
Verarbeitendes Gewerbe	267 100	264 000	255 700	247 500	241 700	232 300	217 200	208 400	205 700
Baugewerbe	64 200	67 500	66 700	63 900	63 600	55 900	49 700	51 000	50 300
Handel und Verkehr	323 100	325 100	327 400	323 600	321 200	315 500	307 200	302 400	298 900
davon									
Handel	198 600	199 600	200 500	196 900	194 100	187 600	180 500	177 200	173 600
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	124 500	125 500	126 900	126 700	127 200	127 900	126 700	125 200	125 400
Dienstleistungsunternehmen	174 800	179 200	180 800	182 700	186 300	188 200	190 500	192 300	193 300
davon									
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	39 000	41 700	43 100	44 500	46 000	47 600	49 200	49 600	50 300
Sonstige Dienstleistungen	135 800	137 500	137 700	138 200	140 300	140 600	141 300	142 700	143 000
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbcharakter	123 600	125 300	129 700	131 300	133 500	137 900	136 400	134 300	133 800
davon									
Staat	101 200	103 000	107 500	109 000	111 200	115 600	114 100	112 000	111 500
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbcharakter	22 400	22 300	22 300	22 300	22 300	22 300	22 300	22 300	22 300
Bereiche insgesamt	973 500	981 800	981 100	969 800	967 000	950 600	921 800	909 300	902 800
2. Offene Stellen (Jahresdurchschnitt)	26 900	29 600	25 300	18 600	18 800	13 300	10 700	9 200	8 800
3. Arbeitsplatzangebot in Hamburg	1 000 400	1 011 400	1 006 400	988 400	985 800	963 900	932 500	918 500	911 600

- 1) in Hamburger Arbeitsstätten, zugeordnet nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens.
- 2) teilweise geschätzt.
- 3) vorläufiges Ergebnis.
- 4) nach den Ergebnissen der Berufszählungen.

nen. Andererseits sind auch die Stichprobenergebnisse des Mikrozensus und die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit mit jeweils speziellen Problemen belastet. Infolge von Unterschieden in Zielsetzung und Methode ist es auch nicht möglich, die Ergebnisse der Großzählungen auf Bundesebene einfach in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder zu übernehmen, da ein Teil der Berechnungsvorgänge¹⁾ auf Länderebene nicht nachvollziehbar ist. Diese Daten müssen über eine Koordinierung der Ländersumme auf das Bundesergebnis in die Länderberechnung übernommen werden. Dies gilt nicht für die Daten in Tabelle 1, die eine Fortschreibung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung (einschl. der Ergänzungen für Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben und privaten Haushalten) darstellen.

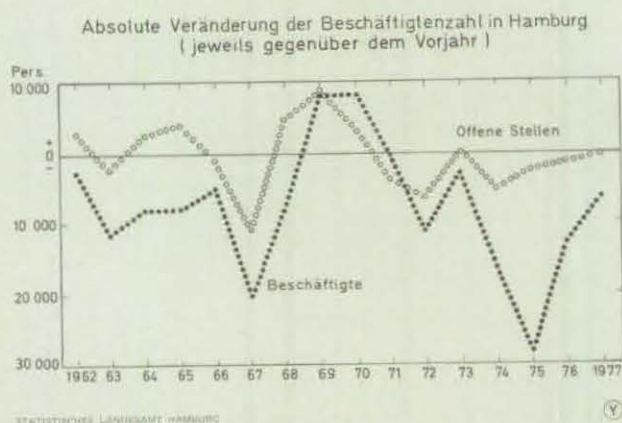
1.2 Ergebnisse

Die Tabelle 1 umfaßt alle in Hamburg bestehenden Arbeitsverhältnisse. Weil sich durch Verbesserung einiger Methoden und geringer gewerbesystematischer Änderungen gewisse Abweichungen gegenüber den bisherigen Verfahren ergeben haben²⁾, liegen die Zahlen ab 1970 etwas höher als vorher. Die Zahlen für 1977 sind als vorläufig anzusehen, da bei ihrer Ermittlung erst zum Teil Jahresergebnisse verarbeitet werden konnten. Einige zahlenmäßig kleinere Wirtschaftsbereiche, für die keine Fortschreibungsreihen bestehen, wurden – wie bisher – konstant gehalten unter der Annahme, daß sich positive und negative Tendenzen etwa ausgleichen.

Betrachtet man die Gesamtzahlen, so ist festzustellen, daß die jährliche Abnahme in der Zahl der Arbeitsplätze seit 1975 absolut kleiner wird: der Rückgang betrug 1977 rund 6500 Arbeitsplätze gegenüber 12 500 im Jahre 1976 und 28 800 im Jahre 1975.

Ähnlich große Abnahmen zeigten sich bei der Rezession 1967 (– 20 200), die ihren unteren Wendepunkt 1968 mit 965 000 Beschäftigten erreichte. Im Zuge der konjunkturellen Wiederbelebung ergab sich bis 1970 eine Zunahme um fast 17 000 Beschäftigte.

Schaubild 1



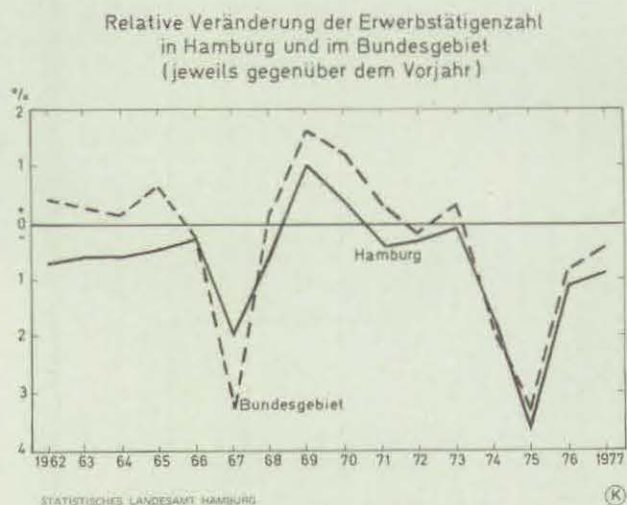
1) Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1977, S. 247, „Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1976“ und Heft 4/1978, S. 207, „Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1977“.

2) Vgl. Hamburg in Zahlen, Heft 8/1975, S. 214, „Zur Zahl der Erwerbstätigen Hamburgs“.

Eine Gegenüberstellung der absoluten Veränderung in der Zahl der Beschäftigten und der offenen Stellen (Schaubild 1) zeigt für die Entwicklung der offenen Stellen einen zeitlichen Vorlauf in den Jahren 1965, 1969, 1971 und 1974.

Die Tabelle 2 aus der damaligen Veröffentlichung wird ebenfalls in der gleichen Form nach dem neuesten Stand gebracht. Koordinierte Erwerbstätigenzahlen nach Bereichen liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor; auch hier haben sich einige Änderungen ergeben.

Schaubild 2



Ein Vergleich der relativen Veränderung der Erwerbstätigenzahlen Hamburgs mit derjenigen im Bundesgebiet zeigt bis 1974 für Hamburg weniger Extremwerte. Die Rezessionsphasen 1967 und 1975 sowie der Konjunkturaufschwung 1969/70 sind deutlich zu erkennen. Bei dem Schätzcharakter eines Teils der vorliegenden Daten über Beschäftigung und Erwerbstätigkeit – wobei für Hamburg noch das Problem einer Schätzung der Pendlerzahlen hinzukommt – ist die Plausibilitätsüberprüfung zwischen den Reihen von großer Wichtigkeit.

1.2.1 Überprüfung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Auf das Zustandekommen der Beschäftigten- und der Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde bereits eingegangen³⁾. Rein definitorisch müßten sich bei einer Gegenüberstellung beider Zahlen unter Berücksichtigung der Soldatenzahlen als Differenz zwischen „besetzten Arbeitsplätzen“ und „Erwerbstätigen im Inland“ die „Mehrfacharbeitsverhältnisse“ ergeben. Bei einer derartigen Gegenüberstellung ergibt sich ein Plus bei den Beschäftigten, also Mehrfachbeschäftigtenfälle. Die Größenordnung dürfte angesichts von rund 21 000 tatsächlich erfaßten Mehrfachbeschäftigtenfällen bei der VZ 1970 und unter Berücksichtigung eines gewissen Dunkelfeldes etwa zutreffen; im übrigen ergeben die Mehrfcharbeitsverhältnisse 1970 – nach dem

3) Vgl. Hamburg in Zahlen, Heft 8/1975, S. 209 ff.

Tab. 2:

Erwerbstätige in Hamburg 1961 bis 1977

Art der Angaben	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
1. Erwerbstätige in Hamburg ¹⁾								
Warenproduzierende Bereiche	414 900	409 700	396 600	391 400	386 200	378 500	354 900	343 500
darunter								
Warenproduzierendes Gewerbe	401 900	397 000	384 200	379 300	374 400	367 100	343 700	332 700
Handel und Verkehr	320 300	314 300	314 100	309 300	306 200	307 200	302 700	302 300
Dienstleistungsunternehmen	140 200	143 700	148 600	151 100	153 500	156 300	163 800	167 300
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	119 100	119 400	121 700	123 200	124 300	125 300	127 000	129 900
Insgesamt	994 500	987 100	981 100	975 100	970 200	967 400	948 500	943 000
2. Berufspendlersaldo	86 600	89 300	92 200	95 100	98 300	101 600	105 000	108 500
3. Erwerbstätige Hamburger	907 900	897 800	888 900	880 000	871 900	865 800	843 500	834 500
4. Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	4 900	4 600	5 100	4 700	3 400	3 000	8 900	6 500
5. Hamburger Erwerbspersonen (Arbeitsplatznachfrage der Hamburger Bevölkerung)	912 800	902 400	894 000	884 700	875 300	868 800	852 400	841 000
6. Wohnbevölkerung (Jahresdurchschnitt)	1 832 300	1 841 900	1 846 700	1 850 400	1 808 800	1 841 300	1 828 000	1 813 100
7. $\frac{1}{2}$ Pendlersaldo x 2	173 200	178 600	184 400	190 200	196 600	203 200	210 000	217 000
8. Wirtschaftsbevölkerung	2 005 500	2 020 500	2 031 100	2 040 600	2 005 400	2 044 500	2 038 000	2 030 100

Fortsetzung Tab. 2:

Art der Angaben	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1. Erwerbstätige in Hamburg ¹⁾									
Warenproduzierende Bereiche	352 900	352 500	343 900	334 100	327 500	309 400	286 200	277 800	.
darunter									
Warenproduzierendes Gewerbe	342 500	342 400	333 000	323 200	316 600	298 900	275 700	267 300	.
Handel und Verkehr	302 300	304 800	306 000	307 600	309 400	303 800	293 200	288 800	.
Dienstleistungsunternehmen	168 600	167 600	166 500	169 700	170 500	170 900	170 200	173 700	.
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	129 100	131 700	136 500	138 600	141 500	147 700	147 400	146 800	.
Insgesamt	952 800	956 700	952 900	950 000	948 800	931 800	897 000	887 100	2) 879 000
2. Berufspendlersaldo	112 300	116 300	120 000	124 800	129 400	134 200	136 400	138 600	143 000
3. Erwerbstätige Hamburger	840 500	840 400	832 900	825 200	819 400	797 600	760 600	748 500	736 000
4. Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	3 400	2 700	3 300	4 600	5 500	12 100	26 400	26 900	28 600
5. Hamburger Erwerbspersonen (Arbeitsplatznachfrage der Hamburger Bevölkerung)	843 900	843 100	836 200	829 800	824 900	809 700	787 000	775 400	764 800
6. Wohnbevölkerung (Jahresdurchschnitt)	1 803 700	1 793 800	1 788 900	1 773 900	1 758 400	1 743 100	1 726 400	1 708 300	1 688 400
7. $\frac{1}{2}$ Pendlersaldo x 2	224 600	232 600	240 000	249 600	258 800	268 400	272 800	277 200	286 000
8. Wirtschaftsbevölkerung	2 028 300	2 026 400	2 028 900	2 023 500	2 017 200	2 011 500	1 999 200	1 985 500	1 974 400

1) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2) vorläufige Ergebnisse.

gleichen Verfahren wie 1975 gerechnet – eine ähnliche Größenordnung.

Bei einem bereichsweisen Vergleich zeigen sich Abweichungen mit fast 12 Prozent im Bereich der Dienstleistungsunternehmen und 4,8 Prozent im Handel, also in Bereichen, in denen Mehrfacharbeitsverhältnisse am ehesten zu vermuten sind. Die Abweichung beim Staat ist im wesentlichen durch die Einbeziehung der Soldaten in den Kreis der Erwerbstätigen bedingt.

Tab. 3: Gegenüberstellung der Beschäftigten und der Erwerbstätigen im Inland in Hamburg 1975

Bereiche	Beschäftigte	Erwerbstätige im Inland	Differenz	
			absolut	in %
Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	10 500	10 500	0	0
Warenproduzierendes Gewerbe	277 200	275 700	+ 1 500	+ 0,5
Handel und Verkehr	307 200	293 200	+ 14 000	+ 4,8
Dienstleistungsunternehmen	190 500	170 200	+ 20 300	+ 11,9
Staat, priv. Haushalte u. priv. Organis. ohne Erwerbscharakt.	136 400	147 400	- 11 000	- 7,5
Bereiche insgesamt	921 800	897 000	+ 24 800	+ 2,8

1.2.2 Gegenüberstellung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit denen des Mikrozensus

Ein Vergleich zwischen den Ergebnissen nach dem Arbeitsort einerseits und dem Wohnort andererseits ist nur möglich, wenn man die Erwerbstätigen im Inland aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über den Berufspendlersaldo auf erwerbstätige Inländer umstellt.

Die relative Übereinstimmung zwischen unabhängig voneinander ermittelten Zahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und dem Mikrozensus – insbesondere bei den Arbeitnehmern – spricht dafür, daß die ermittelte Größenordnung etwa richtig ist.

1.2.3 Vergleich mit den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Ergebnisse aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit liegen nunmehr für drei Jahre vor⁴⁾.

Tab. 4: Erwerbstätige und Arbeitnehmer 1972 bis 1976 nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und dem Mikrozensus - absolute Angaben in 1000 -

Art der Angaben	1972	1973	1974	1975	1976
1. Erwerbstätige nach dem Wohnort					
a) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	625	819	798	761	749
b) Mikrozensus	817	809	796	752	744
Differenz absolut	- 8	- 10	- 2	- 9	- 5
" %	- 1,0	- 1,2	- 0,3	- 1,2	- 0,7
2. Arbeitnehmer nach dem Arbeitsort					
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	656	855	840	808	801
3. Pendlersaldo der Arbeitnehmer					
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	117	121	126	129	131
4. Arbeitnehmer nach dem Wohnort					
a) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	739	734	714	679	670
b) Mikrozensus	736	733	713	681	667
Differenz absolut	- 3	- 1	- 1	+ 2	- 3
" %	- 0,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,4

Eine Bewertung dieser relativ neuen Statistik ist schwierig. Insoweit sind auch Vergleiche der absoluten Beschäftigtenzahlen mit den aus anderen Quellen nicht einfach. Immerhin bieten diese Zahlen erstmals wieder laufende Informationen über die Beschäftigtenzahlen nach Kreisen - freilich ohne Beamte und Soldaten, aber es macht auf Länderebene keine großen Schwierigkeiten, eine Ergänzung zumindest bei der Zahl der Beamten vorzunehmen.

Ausgehend von den in der Größenordnung übereinstimmenden Arbeitnehmerzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und des Mikrozensus, unter Berücksichtigung des Pendlersaldos und nach Abzug der Zahl der Beamten, ergibt sich zwischen dem Vergleichswert und der Beschäftigtenzahl der Bundesanstalt für Arbeit eine Differenz zwischen 27 000 und

Tab. 5: Gegenüberstellung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit 1974 bis 1976 - absolute Angaben in 1000 -

Art der Angaben	Hamburg			Bundesgebiet		
	1974	1975	1976	1974	1975	1976
1. Arbeitnehmer (Inländer)						
a) Mikrozensus (nachrichtlich)	713	681	667			
b) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	714	679	670			
2. Pendlersaldo (Arbeitnehmer)	126	129	131			
3. Arbeitnehmer im Inland	840	808	801	1) 22 152	1) 21 386	1) 21 288
4. abzügl. Beamte (einschl. Soldaten)	75	76	77	1) 2 124	1) 2 133	1) 2 188
5. Arbeitnehmer im Inland ohne Beamte	765	732	724	20 028	19 253	19 100
6. Versicherungspfl. Beschäftigte (BfA)	795	767	751	20 758	20 140	19 937
7. Differenz (zwischen Pos. 6. - Pos. 5)						
a) absolut	30	35	27	710	887	857
b) in %	3,9	4,8	3,7	3,5	4,6	4,4

1) aus Wirtschaft und Statistik 4/77, S. 248, 249 und aus 4/78, S. 208, 210.

4) „Erste Ergebnisse der neuen Beschäftigtenstatistik für Hamburg“, Hamburg in Zahlen, Heft 8/1976, S. 179 ff und „Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hamburg“, Hamburg in Zahlen, Heft 1/1978, S. 3 ff.

35 000 Personen. Sie entspricht in der Größenordnung der Zahl der geschätzten Mehrfacharbeitsverhältnisse. Um zu überprüfen, ob diese Erscheinung aus bestimmten Gründen möglicherweise nur für Hamburg zutreffen könnte, wurde die gleiche Kontrollrechnung auch für das Bundesgebiet vorgenommen. Dabei ergaben sich für Hamburg und das Bundesgebiet annähernd gleiche relative Abweichungen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen aus Mikrozensus und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. der vergleichbaren Daten und der versicherungspflichtig Beschäftigten ist praktisch eine Übereinstimmung festzustellen. In den beiden Jahren von 1974 auf 1976 nahmen die Zahlen der erstgenannten Statistiken um jeweils 46 000, die der Beschäftigtenstatistik um 44 000 Personen ab.

1.3 Schlußfolgerungen

Ein Niveauvergleich der bestehenden Statistiken bzw. Fortschreibungsreihen mit den Zahlen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, daß eine volle Übereinstimmung noch nicht gegeben ist.

Die bisher nicht verfügbaren vielseitigen Strukturdaten der Beschäftigtenstatistik (Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftsbereiche usw.) verdienen jedoch größte Beachtung und bieten lange entbehrte Auswertungsmöglichkeiten. Desgleichen bietet die Beschäftigtenstatistik einen Anhalt für Entwicklungsreihen und ist auch geeignet, Lücken für die Fortschreibung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu schließen.

2. Struktur und Entwicklung der Beschäftigten in der Region Hamburg/Umland 1974/1976

Daß mit der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit über den weitaus größten Teil der Erwerbstätigen - nämlich die versicherungspflichtig Beschäftigten - Daten in der Gliederung nach Kreisen vorliegen, ist ein erheblicher Fortschritt, da bisher über die regionale Entwicklung unterhalb der Länderebene keine laufenden Daten verfügbar waren.

Die Daten können einen guten Überblick über Struktur und Entwicklung der Beschäftigten in den gewünschten regionalen Zusammenfassungen geben.

2.1 Strukturen

In bezug auf Hamburg ist festzustellen, daß der Anteil des Produzierenden Gewerbes in allen Randkreisen weit über dem Hamburgs liegt. Besonders interessant erscheint, daß der Anteil des Produzierenden Gewerbes in allen schleswig-holsteinischen Nachbarkreisen höher ist als der dortige Landesdurchschnitt. Für die Bereiche Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen liegen die Anteile in allen Randkreisen deutlich unter den in Hamburg bzw. auch in Schleswig-Holstein zu beobachtenden Anteilen. Lediglich im Kreis Segeberg wird im Bereich Handel und Verkehr der Landesdurchschnitt übertroffen. Die Überproportionierung im sekundären Sektor und die Unterproportionierung im tertiären Sektor - zum eigenen

Tab. 6:

Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Zahl
der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer 1974 und 1976

Gebiete	Wirtschaftsbereiche									
	insgesamt		davon							
			Landwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
1974	1976	1974	1976	1974	1976	1974	1976	1974	1976	
Hamburg	100	100	0,4	0,4	33,6	32,2	33,0	33,3	33,0	34,1
Finneberg	100	100	5,1	5,0	55,8	53,8	18,6	19,3	20,5	21,9
Segeberg	100	100	2,9	2,6	52,7	49,2	21,2	22,6	23,2	25,6
Stormarn	100	100	3,0	2,7	57,9	55,9	16,9	19,2	22,2	22,2
Hzgt. Lauenburg	100	100	4,1	4,0	56,5	54,3	12,8	13,2	26,6	28,5
Nördliches Umland	100	100	3,9	3,7	55,6	53,2	17,9	19,1	22,6	24,0
Stade	100	100	4,1	3,6	46,4	47,0	20,7	20,8	28,8	28,6
Harburg	100	100	3,1	2,4	47,1	45,2	22,7	23,3	27,1	29,1
Südliches Umland	100	100	3,7	3,1	46,6	46,2	21,6	21,9	28,1	28,8
Umland insgesamt	100	100	3,8	3,6	53,4	51,4	18,8	19,8	24,0	25,2
Region Hamburg/Umland	100	100	1,2	1,2	38,2	36,9	29,7	30,0	30,9	31,9

Landesdurchschnitt – dürfte ein Hinweis sein auf die gegenseitige funktionelle Ergänzung von Hamburg und seinen Umlandkreisen.

Im niedersächsischen Randgebiet zeigen die Beschäftigtenstrukturen gegenüber Hamburg etwa den gleichen Unterschied. Ihre Stellung gegenüber dem dortigen Landesdurchschnitt ist aber anders. Die Landkreise Harburg und Stade liegen im Anteil des Produzierenden Gewerbes unter dem Landesdurchschnitt Niedersachsens, übertreffen (Harburg) oder erreichen (Stade) ihn dagegen im Handel und Verkehr und den Dienstleistungen.

Strukturverschiebungen ergeben sich im Zeitraum einheitlich vom Produzierenden Gewerbe und der Landwirtschaft zu den Dienstleistungsbereichen hin. Die einzige Ausnahme bildet der Landkreis Stade, in dem das Produzierende Gewerbe seinen Anteil erweitern konnte. Man kann davon sprechen, daß hier im Beobachtungszeitraum die Industrialisierungsphase – mit entsprechenden Konsequenzen für die übrigen Wirtschaftsbereiche – erst voll einsetzte und auch noch andauert.

2.2 Entwicklung

Im Zeitraum 1974/76 blieb die Beschäftigtenentwick-

lung in Hamburg deutlich hinter der des Umlands zurück; die Abnahme in der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten betrug in Hamburg 5,7 Prozent gegenüber 1,1 Prozent im Umland. Dabei verlief die Entwicklung im südlichen Umland mit – 0,3 Prozent günstiger als im nördlichen (– 2 Prozent), was vor allem auf eine Zunahme der im tertiären Sektor Beschäftigten im Landkreis Harburg zurückzuführen ist. Alle Umlandkreise standen sich jedoch deutlich besser als Hamburg.

Die relativ günstigste Entwicklung, d. h. den relativ geringsten Rückgang, hatte die Region Hamburg/Umland mit – 1,3 Prozent bei den Übrigen Dienstleistungen, gefolgt von Handel und Verkehr mit – 3,7 Prozent und der Landwirtschaft mit – 8,6 Prozent. Mit Ausnahme der Beschäftigten in der Landwirtschaft war die Entwicklung in allen Bereichen wesentlich von der Entwicklung in Hamburg geprägt, wobei diese unter dem Durchschnitt der Region lag, die Umlandkreise dagegen einen geringen Rückgang bzw. im tertiären Sektor sogar noch einen Anstieg aufwiesen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß im Zeitraum 1974/76 das nördliche Umland durch die Rezession etwas stärker getroffen zu sein scheint als das südliche, das sich noch stärker in der Nachholphase befand.

Erich Böhm

Tab. 7:

Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1974 und 1976

Gebiete	Wirtschaftsbereiche														
	insgesamt			davon											
				Landwirtschaft			Produzierendes Gewerbe			Handel und Verkehr			Übrige Dienstleistungen		
1974	1976	1974=100	1974	1976	1974=100	1974	1976	1974=100	1974	1976	1974=100	1974	1976	1974=100	
Hamburg	798 261	753 011	94,3	3 297	3 017	91,5	267 989	242 654	90,5	263 788	250 553	95,0	263 187	256 787	97,6
Finneberg	65 811	63 973	97,2	3 358	3 231	96,2	36 726	34 417	93,7	12 239	12 338	100,8	13 488	13 987	103,7
Segeberg	44 488	44 262	99,5	1 306	1 168	89,4	23 460	21 797	92,9	9 405	9 989	106,2	10 317	11 308	109,6
Stormarn	41 140	40 611	98,7	1 227	1 089	88,8	23 837	22 697	95,2	6 959	7 808	112,2	9 117	9 017	98,9
Hzgt. Lauenburg	30 736	29 758	96,8	1 251	1 179	94,2	17 363	16 166	93,1	3 938	3 942	100,1	8 184	8 471	103,5
Nördliches Umland	182 175	178 604	98,0	7 142	6 667	93,3	101 386	95 077	93,8	32 541	34 077	104,7	41 106	42 783	104,1
Stade	37 107	37 042	99,8	1 516	1 332	87,9	17 206	17 403	101,1	7 700	7 723	100,3	10 685	10 584	99,1
Harburg	24 961	25 840	103,5	769	620	80,6	11 750	11 677	99,4	5 678	6 020	106,0	6 754	7 523	111,2
Südliches Umland	62 068	62 882	101,3	2 285	1 952	85,4	28 956	29 080	100,4	13 378	13 743	102,7	17 449	18 107	103,8
Umland insgesamt	244 243	241 486	98,9	9 427	8 619	91,4	130 342	124 157	95,3	45 919	47 820	104,1	58 555	60 890	104,0
Region Hamburg/Umland	1 042 504	994 497	95,4	12 724	11 636	91,4	398 331	366 811	92,1	309 707	298 373	96,3	321 742	317 677	98,7

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mbar ²⁾	1 016,4	1 013,9	1 008,5	1 014,5	1 016,0	1 018,1
Lufttemperatur	°C	9,6	9,8	5,6	6,6	13,7	13,0
Relative Luftfeuchtigkeit	%	73,6	76,8	81	71	61	60
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,1	3,2	4	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,25	5,7	6,5	5,1	4,5	3,8
Summenwerte ¹⁾							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	64,8	82	16	34	20
Sonnenscheindauer	Std.	143,9	113,7	60	160	241	277
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6,75	8,7	8	6	1	2
Tage mit Niederschlägen	"	17,8	20,9	28	13	12	11
				Dezember 1977	Januar 1978	Februar 1978	Februar 1977
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁵⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	230,7	227,9	227,7	227,1	227,1	228,0
- Altona	"	243,5	239,6	237,7	237,9	237,8	241,1
- Eimsbüttel	"	247,3	243,8	242,3	242,0	241,7	245,0
- Hamburg-Nord	"	315,3	309,5	307,1	306,5	306,2	311,2
- Wandsbek	"	382,5	381,5	381,5	382,2	382,1	381,6
- Bergedorf	"	91,5	90,7	89,8	89,6	89,6	91,1
- Harburg	"	196,7	195,4	194,2	194,1	193,7	196,0
* HAMBURG INSGESAMT	"	1 707,5	1 688,4	1 680,3	1 679,4	1 678,2	1 694,0
dav. männlich	"	792,3	782,8	779,3	778,9	778,4	785,4
weiblich	"	915,2	905,6	901,0	900,5	899,8	908,6
dar. Ausländer	"	116,6	118,2	120,0	120,6	121,0	117,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	810	783	828	384	464	686
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,7	5,6	5,8	2,7	3,6	5,3
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 133	1 082	979	1 012	965	1 012
dar. unehelich	"	113	112	109	119	95	98
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	8,0	7,7	6,9	7,1	7,5	7,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	10,4	11,1	11,8	9,8	9,7
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	14,8	14,4	17,1	13,4	15,9	13,8
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 108	2 024	2 434	1 909	2 042	1 802
dar. im ersten Lebensjahr	"	18	16	21	8	22	17
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,8	14,4	17,1	13,4	15,9	13,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	16,2	14,9	20,4	7,9	22,3	16,1
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	— 975	— 942	— 1 455	— 897	— 1 077	— 790
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	— 6,8	6,6	— 10,2	— 6,3	— 8,4	— 6,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	5 048	5 179	5 666	5 371	4 158	2 946
* Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	5 638	5 831	5 833	5 440	4 293	4 919
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 1 564	— 652	— 167	— 69	— 135	— 1 973
dav. männlich	"	— 770	— 357	+ 33	— 28	— 59	— 1 164
weiblich	"	— 794	— 295	— 200	— 41	— 76	— 809
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	12 509	12 955	13 002	19 011	14 128	12 091
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 602	1 583	1 739	1 629	1 395	983
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 114	1 113	1 200	1 146	1 009	709
Niedersachsen	"	930	931	982	940	763	590
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	364	342	358	369	287	211
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 195	1 242	1 249	1 281	975	661
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 321	1 423	1 696	1 521	1 025	712
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 030	2 195	2 173	2 191	1 760	1 898
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 580	1 727	1 747	1 762	1 386	1 535
Niedersachsen	"	1 199	1 252	1 256	1 251	1 080	1 134
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	641	672	698	673	602	598
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 060	1 127	1 139	1 005	883	1 009
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 349	1 257	1 265	993	570	878

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 079	16 031	15 987	15 974	15 946	15 867
Patienten ²⁾	"	12 600	12 710	12 593	12 892	13 540	12 178
Pflegetage	"	398 246	398 219	415 073	405 022	400 038	396 184
Bettenausnutzung	%	81,4	81,6	84,1	85,4	81,9	81,9
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 139	3 135	3 131	3 131	3 131	3 136
Patienten ²⁾	"	2 705	2 840	2 734	2 734	2 704	2 795
Pflegetage	"	81 017	80 631	81 099	77 884	79 902	81 718
Bettenausnutzung	%	90,9	84,5	89,0	88,3	87,6	88,6
5. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl		724 549	632 689	613 789	938 627	816 931
dar. in Hallenschwimmbädern	"	494 979	515 937	612 241	592 533	452 530	447 665
in Freibädern ³⁾	"	896 869	455 334	—	—	469 787	451 768
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	643 753	654 198	691 336	658 874	598 957	620 591
Ausgeliehene Noten	"	8 170	8 883	9 034	8 711	8 773	8 562
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	46 581	37 808	41 519	38 834	38 919	36 269
Besucher der Lesesäle	"	10 983	8 285	7 606	8 204	7 913	8 065
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 182	4 256	4 302	3 794	3 737	4 625
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	3 167	2 818	3 924	2 937	2 474	2 590
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 299	1 156	1 301	1 236	1 124	1 113
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	78 297	98 127	97 807	82 335	84 217	82 287
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 443	17 930	7 919	7 505	7 620	7 799
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	10 938	16 278	20 488	15 346	13 305	14 372
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 810	6 919	10 202	6 305	5 979	4 259
Helms-Museum	"	12 716	10 821	7 844	11 909	15 759	19 503
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"	11 408	9 412	6 633	10 118	14 758	18 478
Museum für Hamburgische Geschichte	"	17 800	20 069	21 785	18 457	17 668	16 208
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 326	15 404	15 225	12 433	16 146	8 641
Planetarium	"	7 467	8 660	12 388	8 784	5 567	9 207
Bischofstum	"	1 797	2 044	1 956	1 596	2 173	2 298
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	69 501	69 345	65 039	71 025	70 187	68 921 r
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	4 992,0	5 021,8	5 366,8	6 065,3	59 420	5 019,1 r
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	71,83	72,41	79,72	85,40	84,66	72,82 r
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 897	20 593	33 518	30 864	27 393	27 636
* dar. männlich	"	14 578	14 965	18 625	16 670	14 669	14 294
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	7 162	8 067	10 894	9 869	8 842	7 954
Technische Berufe	"	1 847	1 555	1 393	1 203	1 023	1 476
Dienstleistungsberufe	"	16 350	17 310	19 034	17 788	15 742	16 660
2. Arbeitslosen-Quote	%	3,9	4,2	4,9	4,5	4,0	4,1
3. Offene Stellen	Anzahl	9 196	8 824	9 141	8 766	9 113	9 373
4. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	35 673	36 489	41 410	37 889	34 742	35 608
5. Vermittlungen ⁵⁾	"	9 342	9 086	8 770	9 198	7 311	9 231
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	4 289	4 364	4 284	3 851	3 403	4 001
6. Kurzarbeiter	"	2 698	4 480	9 188	10 372	8 079	7 913
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 294	1 322	1 745	1 766	1 803	1 677
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,5	95,1	97,5	97,7	97,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	15,3	16,0	15,8	14,6

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Voillemilch,	t	686	559	459	504	545	585
lose 1)	"	6 121	5 562	5 432	5 490	5 828	5 853
pasteurisiert, abgepackt	"	1 916	2 618	3 069	2 336	3 175	2 659
ultra-hocherhitzt	"	88	86	80	85	87	93
Teilentrahmte Milch,	"	2 643	3 218	4 065	2 749	2 383	3 501
pasteurisiert, abgepackt	"	602	583	728	685	675	491
ultra-hocherhitzt	"	480	351	250	285	424	537
Entrahmte Milch	"	155	140	111	125	152	170
Buttermilcherzeugnisse	"						
Säuermilch- und Kefirerzeugnisse	"						
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	6,5	6,6	5,0	5,6	6,0	5,5
Kälber	"	1,2	1,6	2,0	1,7	1,8	2,3
Schweine	"	20,2	20,2	18,7	18,8	19,9	21,4
Schafe	"	0,6	0,5	0,4	0,2	0,2	0,4
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	5,6	5,3	4,0	4,4	4,1	4,5
Kälber	"	1,2	1,7	2,0	1,7	1,8	2,3
Schweine 2)	"	20,9	20,1	18,6	18,5	18,9	21,1
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen 3)	"	3 413	3 260	2 870	2 947	2 910	3 289
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 507	1 416	1 093	1 207	1 135	1 230
Kälber	"	96	169	233	205	208	270
Schweine	"	1 788	1 655	1 517	1 519	1 545	1 767
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt 4)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	166	160	156	155	155	160
dar. Arbeiter 5)	"	99	94	91	90	90	93
Geleistete Arbeiterstunden 6)	"	14 614	13 468	12 945	12 916	12 841	13 399
Löhne (brutto)	Mio. DM	214	214	200	210	219	209
Gehälter (brutto)	"	208	217	212	224	230	210
Kohleverbrauch 7)	1 000 t SKE 8)	3	3	4	4	4	3
Gasverbrauch 8)	1 000 m³	38 632	32 357	37 018	45 016	22 965	24 349
Stadt- und Kokereigas	1 000 m³	463	510	859	645	665	568
Erd- und Erdölgas	1 000 m³	38 169	31 847	36 159	44 371	22 300	23 781
Heizölverbrauch	1 000 t	45	46	55	51	40	37
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	9	8	6	5
schweres Heizöl	1 000 t	38	39	46	43	34	32
Stromverbrauch	Mio. kWh	302	339	359	356	348	325
Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	"	10					
Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer 9) dar. Auslandsumsatz 9)	Mio. DM		3 612	3 608	3 478	3 400	3 532
Umsatz ausgewählter beteiligter Wirtschaftszweige: 10)	"		471	493	455	455	466
Mineralölverarbeitung	"	510	497	523	526	487	428
Maschinenbau	"	159	166	168	161	169	145
Elektrotechnische Industrie	"	257	260	276	273	280	225
Chemische Industrie	"	192	201	221	202	198	197
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	768	420	346	329	241	219
Stromverbrauch	Mio. kWh	787	838	946	894	780	737
Gaserzeugung (brutto)	Mio. m³	20	16	21	18	12	12
Vj.-Durchschnitt 1)							
		1976	1977	3. Vj. 1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	1. Vj. 1977
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	84,1	87,6	89,2	88,7	86,1	85,9
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	131,5	153,4	146,7	205,3	114,7	119,5
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1976	1977	März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
1. Bauhauptgewerbe 12)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	32 977	31 872	29 477	29 812	30 160	32 147
dav. Inhaber	"	1 209	1 211	1 165	1 169	1 193	1 195
Angestellte	"	5 144	5 046	4 716	4 695	4 677	5 172
Arbeiter 13)	"	26 625	25 615	23 596	23 948	24 290	25 780
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 155	3 853	3 481	3 725	3 835	4 226
dav. für Wohnungsbauten	"	1 125	1 120	936	1 004	1 095	1 242
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 550	1 375	1 193	1 282	1 277	1 545
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 479	1 358	1 352	1 439	1 463	1 439
Löhne (Bruttosumme) 14)	Mio. DM	69,2	66,9	63,2	64,9	73,6	74,0
Gehälter (Bruttosumme) 14)	"	16,2	16,5	14,9	15,2	15,7	16,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	212,3	249,8	121,6	165,0	135,6	177,9
dav. im Wohnungsbau	"	51,2	67,3	21,1	20,9	26,7	47,7
gewerbl. und industr. Bau	"	78,9	91,3	54,6	61,3	55,4	69,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	82,1	91,2	46,0	82,8	53,5	60,6

1) bis 1977 pasteurisiert. — 2) gewerbliche und Hausschlachtungen. — 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — 4) Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe. — 5) einschl. der gewerblich Auszubildenden. — 6) einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — 7) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle. — 8) umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³ (= 35 169 kJ/m³) — 9) ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebssteile; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar. — 10) Umsatz der verarb. Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebssteile. — 11) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 14) einschließlich Umschüler und Auszubildende, ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	142	198	252	106	229	101
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	99	179	236	87	201	88
Umbauter Raum	1 000 m ³	281	224	289	136	320	124
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	66,2	53,8	61,5	41,2	85,3	33,0
Wohnfläche	1 000 m ²	56	42	42	25	64	25
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	41	41	51	33	44	55
Umbauter Raum	1 000 m ³	319	374	291	215	179	804
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,8	64,9	38,8	55,6	19,3	83,4
Nutzfläche	1 000 m ²	61	60	39	38	29	111
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	696	449	414	256	742	261
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	122	173	70	89	101	71
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	79	118	62	84	94	39
Umbauter Raum	1 000 m ³	279	343	75	84	109	160
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	61,9	79,9	19,8	21,0	24,8	34,8
Wohnfläche	1 000 m ²	57	70	17	15	20	32
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	46	46	6	18	21	22
Umbauter Raum	1 000 m ³	309	475	40	124	67	180
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,7	75,1	6,7	21,6	10,7	16,3
Nutzfläche	1 000 m ²	61	79	8	20	12	26
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	892	69	176	235	410
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	494	493	1	25	112	271
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes: *)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 800	8 800	9 200	9 600	10 100	15 100
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	192	193	193	194	194	192
Wohnungen	-	765	775	775	775	775	767
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 862	2 900	2 901	2 902	2 903	2 867
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	147,7	153,2	163,8	157,4	153,3	145,4
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	172,1	166,4	188,4	162,6	153,8	146,8
Facheinzelhandel	-	140,1	149,9	156,7	157,7	155,3	146,9
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg *)							
Mio. DM		574	695	702	618	521	582
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	-	70	99	86	88	77	110
Gewerblichen Wirtschaft	-	504	496	621	531	443	472
dav. Rohstoffe	-	6	5	4	5	4	5
Halbwaren	-	94	94	108	122	97	92
Fertigwaren	-	404	397	509	403	343	375
dav. Vorerzeugnisse	-	52	51	54	63	72	46
Enderzeugnisse	-	352	346	455	340	271	329
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern	-						
Europa	-	414	400	381	381	361	408
dar. EG-Länder	-	264	248	862	249	227	255
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	148,0	155,1	152,8	165,0	169,6	164,0
dav. Beherbergungsgewerbe	-	141,2	149,1	144,9	169,7	175,8	161,9
Gaststättengewerbe	-	149,5	156,6	155,1	163,6	167,8	164,7
4. Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 809	121 585	112 282	134 359	...	137 885
dar. von Auslandsgästen	-	35 759	36 814	27 660	35 186	...	42 754
Fremdenübernachtungen	-	220 954	216 779	204 265	230 777	...	249 582
dar. von Auslandsgästen	-	68 276	65 480	54 859	63 503	...	74 804

*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. - *) Quelle: Statistisches Bundesamt. - *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 494	1 462	1 540 s	1 470 s	1 500 p	1 467
Angekommene Schiffe	"	1 569	1 537	1 530 s	1 460 s	1 500 p	1 504
Abgegangene Schiffe	"	4 372	4 464	4 390 p	4 237 p	4 656 p	3 914
Güterverkehr über See	1 000 t	3 177	3 232	3 059 p	2 824 p	3 420 p	2 870
dav. Empfang	"	2 564	2 621	2 417 p	2 074 p	2 697 p	2 212
dav. Massengut	"	1 257	1 312	1 223 p	961 p	1 276 p	1 054
dar. Mineralöle	"	612	611	642 p	750 p	723 p	658
Sack- und Stückgut	"	1 195	1 232	1 331 p	1 413 p	1 236 p	1 044
Versand	"	576	535	543	570 p	435 p	390
dav. Massengut	"	619	697	788 p	843 p	801 p	654
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	314	333	392	370 p	380	243
Güterversand	"	360	434	579	597 p	492	190
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 166	5 233	5 021 p	5 036 p	5 579 p	5 627
Fluggäste	t	303 834	314 075	303 091 p	324 277 p	346 208 p	345 753
Fracht	t	2 412,3	2 209,4	2 205,5 p	3 407,3 p	3 081,5 p	2 237,8
Luftpost	"	722,9	756,2	594,9 p	556,2 p	538,6 p	712,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	26 293	25 790	25 003	26 715	26 533	26 458
Schnell- und Vorortbahnen	"	1 735	1 267	962	1 031	879	1 610
Straßenbahn	"	20 065	20 604	20 894	21 451	21 605	20 906
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	510,9	537,6	548,7	555,0	559,8	524,3
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	456,1	477,8	487,0	491,9	495,8	466,4
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 119	6 441	8 793 p	7 757 p	7 151	7 535
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	5 519	5 868	7 589 p	6 914 p	6 407	6 828
Lastkraftwagen	"	416	362	762 p	405 p	408	333
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	910	943	872 p	636 p	988 p	1 006
Getötete Personen	"	24	21	23 p	17 p	24 p	17
Verletzte Personen	"	1 166	1 225	1 149 p	1 090 p	1 293 p	1 312
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾							
Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio. DM	50 845,3	57 087,1	60 445,2	60 452,4	61 220,1	56 136,8
dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken	"	48 276,9	53 901,5	57 086,0	57 021,8	57 772,2	52 988,2
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 957,5	11 864,2	11 657,2	11 424,5	11 718,1	11 547,0
an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 781,8	11 740,4	11 457,5	11 238,1	11 533,5	11 434,1
an öffentliche Haushalte	"	175,7	123,7	199,7	186,4	184,6	112,9
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 697,8	6 428,2	6 316,4	6 192,3	6 167,6	6 476,7
an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 269,0	5 030,7	5 014,1	4 960,1	4 953,5	5 022,2
an öffentliche Haushalte	"	1 428,8	1 397,5	1 302,3	1 232,2	1 214,1	1 454,5
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	30 623,7	35 609,1	39 114,4	39 405,0	39 886,5	34 944,5
an Unternehmen und Privatpersonen	"	25 689,1	28 838,7	31 206,7	31 494,9	32 000,3	28 354,5
an öffentliche Haushalte	"	4 934,6	6 770,4	7 907,7	7 910,1	7 886,2	6 590,0
Einlagen und aufgenommene Kredite ⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	34 573,8	37 575,0	39 633,2	39 857,4	40 668,3	37 062,9
Sichteinlagen und Termingelder	"	21 430,9	23 985,2	25 841,9	26 021,8	26 786,0	23 511,1
von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 991,3	17 932,3	19 696,5	19 995,0	20 527,6	17 326,4
von öffentlichen Haushalten	"	5 439,6	6 052,9	6 145,4	6 026,8	6 258,4	6 184,7
Spareinlagen	"	13 119,9	13 589,8	13 791,3	13 835,6	13 882,3	13 551,8
bei Sparkassen	"	8 314,2	8 624,9	8 742,2	8 749,4	8 782,4	8 595,4
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	737,9	755,1	632,6	662,0	678,1	651,3
Lastschriften auf Sparkonten	"	671,0	720,6	702,3	617,7	631,4	605,6
2. Zahlungsschwierigkeiten							
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	28	21	35	25	32
Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	425	382	453	359	599	460
Wechselsumme	Mio. DM	3,2	2,7	3,4	1,8	3,8	3,4

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanz-DM bezug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁷⁾ einschließlich nennenswerten (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. statistisch berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditiglich durchlaufende Kredite.

⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahnverfahren / eidesstattliche Versicherungen							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls / Mahnbescheides	Anzahl	19 868	21 686	24 643	24 251	24 730	17 893
Anträge auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	"	3 699	3 773	4 199	3 490	3 620	3 933
Haftbefehle zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung	"	1 674	1 554	1 186	1 259	1 974	2 116
Geleistete eidesstattliche Versicherungen	"	626	603	696	541	613	547
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	156	156	157	158	156
Grundkapital	Mio. DM	7 115	7 290	7 401	7 403	7 504	7 223
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 732	8 601	9 353	9 423	9 523	8 480
Stammkapital	Mio. DM	6 622	7 204	7 530	7 517	7 535	7 134
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	983,8	1 043,3	-	826,1	947,5	934,6
Steuern vom Einkommen	"	587,8	625,9	-	378,9	477,0	504,2
Lohnsteuer 1)	"	385,7	380,7	-	251,9	400,2	396,0
Veranlagte Einkommensteuer	"	133,1	134,8	262,2	117,7	25,3	24,0
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,2	41,8	12,6	10,7	35,1	55,4
Körperschaftsteuer 1)	"	53,7	68,6	-	1,4	16,3	28,8
Steuern vom Umsatz	"	396,0	417,4	482,1	447,2	470,5	430,4
Umsatzsteuer	"	171,2	179,4	239,5	175,6	245,6	189,2
Einfuhrumsatzsteuer	"	224,8	238,0	242,6	271,6	224,9	241,2
Bundessteuern	"	844,8	900,7	795,4	836,3	872,6	896,3
Zölle	"	67,2	67,7	66,6	71,5	69,4	66,2
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer,	"	755,8	811,2	707,4	747,3	781,3	810,1
Landessteuern	"	54,6	64,0	39,2	41,0	87,5	108,3
Vermögensteuer	"	21,3	31,9	10,5	8,2	59,7	80,1
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,8	13,5	10,1	16,6	12,7	12,9
Biersteuer	"	3,1	2,9	2,1	2,9	2,8	2,8
Gemeindesteuern	"	122,2	138,9	89,3	84,0	254,5	230,1
Grundsteuer A 2)	"	0,7	0,1	-	2,7	27,7	3,8
Grundsteuer B 3)	"	12,1	16,4	31,4	-	-	-
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	90,2	101,4	55,3	34,2	217,5	216,9
Lohnsummensteuer	"	19,4	20,6	1,4	47,0	8,8	9,2
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 391,1	1 506,2	1 484,2	1 361,1	1 452,8	1 467,6
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	257,6	298,6	363,4	222,9	208,7	222,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	273,2	288,0	325,4	301,9	317,6	297,0
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	-	-	53,9	51,6
Steuereinnahmen des Landes	"	323,8	371,5	-	225,3	362,1	466,1
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	214,0	247,2	-	73,9	199,0	222,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	39,7	41,5	-	110,3	21,8	83,5
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	-	-	53,9	51,6
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	151,3	165,2	-	112,9	206,3	185,8
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁴⁾	"	59,2	63,5	55,3	34,2	109,7	113,8
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	60,2	64,2	-	28,8	59,6	58,8
		Vj.-Durchschnitt 1976	Vj.-Durchschnitt 1977	3. Vj. 1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	1. Vj. 1977
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio. DM	2 421,1	2 541,5	2 510,1	2 937,9	2 532,4	2 447,0
dar. Personalausgaben	"	1 000,1	1 053,8	982,7	1 163,7	1 114,3	1 044,1
Bauinvestitionen	"	164,4	189,9	200,8	290,4	115,0	121,1
dar. für Schulen	"	40,1	50,5	53,5	75,3	37,4	30,6
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	10,5	4,9	3,6	7,3	3,3	3,6
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,8	7,0	5,7	9,7	3,4	6,7
Straßen	"	20,7	22,9	26,6	40,4	9,5	10,1
Wasserstraßen und Häfen	"	22,3	20,6	34,6	18,4 ⁴⁾	11,7	13,3
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	367,2	312,4	321,2	267,8	419,8	294,4
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	2,5	-	9,1	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
	"	2 478,1	2 452,3	2 578,7	2 811,2	2 225,8	2 181,1
dar. Steuern	"	1 425,4	1 610,1	1 706,3	1 785,1	1 314,1 ⁷⁾	1 413,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	88,5	44,7	172,0	73,1	50,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	323,8	338,4	318,7	339,9	333,5
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	15,6	5,9	2,8	2,8	7,2
Schuldenaufnahme	"	423,4	168,3	226,8	239,8	272,7	170,5
3. Schuldenstand am Ende des Quartals⁵⁾							
	"	8 359,3	8 355,3	8 304,6	8 355,3	8 435,7	8 423,3
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 044,2	7 010,1	7 044,2	7 135,2	7 108,9
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	743,0	719,2	743,0	735,9	728,8

1) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — 3) einschl. Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. — 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — 5) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — 6) Die von der Unterteilte Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1977: rund 4 Mio. DM, 1978: rund 31 Mio. DM, 1975: rund 44 Mio. DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetitel vereinnahmt worden. — 7) ohne die in der zweiten Hälfte des Monats März 1978 eingegangenen Steuern, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr gebucht werden konnten.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1977	Februar 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk							
Wohngebäude insgesamt	1970 = 100	159,0	166,5	168,6	170,2	173,6	166,7
dav. Einfamiliengebäude	"	159,3	167,1	169,3	170,7	173,9	167,3
Mehrfamiliengebäude	"	159,9	167,6	169,8	171,3	175,1	167,9
Gemischt genutzte Gebäude							
Bürogebäude	"	154,1	160,8	162,8	164,7	167,4	160,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	153,7	160,6	162,5	164,3	167,6	160,8
	"	147,9	154,4	156,7	158,1	160,8	154,4
Löhne und Gehälter							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	535	568	579	579	563	541
männliche Arbeiter	"	558	595	607	606	586	566
darunter Facharbeiter	"	345	369	375	376	375	355
weibliche Arbeiter	"	330	344	349	349	346	338
darunter Hilfsarbeiter	"	330	344	349	349	346	338
Bruttostundenverdienste	"	12,47	13,30	13,50	13,50	13,48	12,76
männliche Arbeiter	"	12,96	13,86	14,05	14,08	14,02	13,29
darunter Facharbeiter	"	8,46	9,11	9,26	9,25	9,29	8,72
weibliche Arbeiter	"	8,01	8,46	8,59	8,53	8,55	8,23
darunter Hilfsarbeiter	"	8,01	8,46	8,59	8,53	8,55	8,23
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 887	3 087	3 106	3 130	3 175	2 992
weiblich	"	2 075	2 234	2 257	2 270	2 310	2 147
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 904	3 107	3 151	3 158	3 175	2 966
weiblich	"	1 975	2 127	2 159	2 166	2 182	2 028
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 569	2 718	2 754	2 736	2 786	2 653
weiblich	"	1 842	1 984	2 008	2 010	2 047	1 928
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	13 008	14 646	13 661	13 188	15 148	13 387
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	6	5	9	3	8
Körperverletzung	"	451	516	568	525	654	481
Raub, räuberische Erpressung	"	104	124	146	94	134	108
Diebstahl	"	8 165	9 410	8 467	8 549	9 493	8 705
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	4 366	5 188	4 516	4 691	5 104	4 627
Betrug und Untreue	"	1 711	1 758	1 672	1 373	1 855	1 383
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 542	1 602	1 328	1 331	1 205	1 504
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	5 710	4 974	4 527	5 065	3 707	5 181
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	647	570	596	649	617	570
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	34 205	36 848	41 901	37 665	39 016	35 804
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	16 091	16 439	16 740	16 356	17 285	16 066
dav. Feueralarme	"	588	525	504	637	633	581
dar. bekämpfte Großbrände	"	17	10	6	14	12	17
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	130	133	123	111	139	117
Rettungswageneinsätze	"	14 297	14 742	14 993	14 804	15 555	14 420
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 718	2 758	2 528	2 585	2 605
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 825	1 856	1 637	1 792	2 097	1 966
Hilfeleistungen aller Art	"	1 290	1 172	1 243	915	1 097	1 065
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	336	186	163	153	191	184

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES

1. Vj. 1978 und 4. Vj. 1977

Großstädte ¹⁾	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾			
	Wohnbevölkerung ³⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ⁴⁾	Offene Stellen ⁴⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio. DM	1000 DM
Berlin	1. Vj. 1 927 r 4. Vj. 1 680 r	4 078 r	9 343 r	- 5 265 r	18 489 r	18 839 r	- 5 615 r	42 569 39 810	8 343 6 342	174 706	91	4 841	2 512
Hamburg	1. Vj. 1 677 s 4. Vj. 1 680 r	3 200 3 111	5 900 s 6 539 r	- 2 700 s - 3 428 r	13 000 s 18 630 r	13 500 s 17 478 r	- 3 200 s - 2 276 r	33 518 30 431	9 141 6 987	156 438 158 059	93 s 94 r	6 692 7 241	3 990 s 4 310 r
München	1. Vj. 1 313 p 4. Vj. 1 314 r	2 236 2 331	3 677 3 353	- 1 441 - 1 022	18 045 23 362	17 528 23 508	- 924 - 1 168	22 776 22 452	10 268 7 405	171 747 168 791	131 p 128 r	7 664 7 490	5 837 p 5 700 r
Köln	1. Vj. 980 4. Vj. 981	2 214 2 029	3 102 2 783	- 888 - 754	11 102 14 127	10 595 13 478	- 381 - 105	21 082 21 002	3 985 3 372	125 680 125 307	128	5 402 6 290	5 512 6 412
Essen	1. Vj. 667 4. Vj. 668	1 354 1 309	2 494 2 230	- 1 140 - 921	4 470 5 877	4 659 5 748	- 1 329 - 792	16 283 15 333	2 040 1 725	60 165	90	924	1 383
Düsseldorf	1. Vj. 607 4. Vj. 607	1 165	2 001	- 836	8 380	8 945	- 1 401	11 413	2 876
Frankfurt/M.	1. Vj. 637 4. Vj. 636	1 271 1 290	2 150 2 067	- 879 - 777	11 033 12 090	10 100 11 893	+ 54 - 580	16 662 ²⁾ 15 759 ²⁾	7 656 ²⁾ 6 966 ²⁾	107 582	169	4 529	712
Dortmund	1. Vj. 614 p 4. Vj. 615 r	924 p 1 064 r	1 717 p 1 711 r	- 793 p - 647 r	3 279 p 4 892 r	3 026 p 4 315 r	- 540 p - 70 r	15 521 14 437	1 477 1 183	80 402	131	1 917	312
Stuttgart	1. Vj. 579 4. Vj. 580	1 237 1 134	1 714 1 595	- 477 - 461	9 335 11 116	9 567 11 991	- 709 - 1 336	5 294 5 014	6 104 5 691	124 977 125 274	216 216	5 815 6 671	10 043 11 502
Bremen	1. Vj. 565 r 4. Vj. 565 r	1 079	1 755	- 676	6 205	7 443	- 1 914	13 073 12 693	2 812 2 371	70 094 70 501	125 r	3 328 3 619	6 405 r
Hannover	1. Vj. 549 4. Vj. 550	983 1 061	1 902 1 785	- 919 - 724	7 461 8 189	7 645 9 002	- 1 103 - 1 537	18 110 ²⁾ 17 990 ²⁾	5 900 ²⁾ 2 669 ²⁾	98 635 93 140	180 169	3 173 3 446	5 780 6 265
Duisburg	1. Vj. 581 4. Vj. 583	1 346 1 246	2 062 1 826	- 716 - 580	3 930 4 788	5 303 6 443	- 2 089 - 2 235	12 567 11 969	1 405 959	103 253 104 606	178 179	3 177 3 368	5 468 5 777
Nürnberg	1. Vj. 488 4. Vj. 489	1 022 954 r	1 833 1 623 r	- 811 - 669 r	5 089 7 702 r	5 400 7 282 r	- 1 122 - 249 r	12 312 11 775	2 936 2 116	91 598 92 940	188 190	1 931 2 189	3 957 4 476

Großstädte ¹⁾	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ²⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁴⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio. DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 m ³	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	1. Vj. 8 106 4. Vj. 11 179	332 1 471	761	417 394	1 600 2 520	196 1 213	783 10 710	100 441	238 279	144	666 726	2 897 3 616	3 726 4 589	215 249 105 346	89 489 114 545
Hamburg	1. Vj. 7 682 4. Vj. 9 767 r	396 1 048 r	236 s 624 r	534 918	970 2 139	162 1 180	241 5 468	231 3 934	112 326	67 s 194 r	204 591	2 500 3 144	3 304 4 155	372 555 148 888	170 436 241 431
München	1. Vj. 6 965 4. Vj. 11 123	425 974	324 p 741 r	342 576	893 1 226	331 458	1 097 1 732	571 1 379	473 564	360 p 429 r	922 1 112	1 399 1 865	1 817 2 434	208 629 164 522	136 151 166 896
Köln	1. Vj. 13 145 4. Vj. 12 915	177 356	181 363	500 280	1 350 961	91 844	848 3 781	214 2 313	173 169	177 172	395 322	1 146 1 298	1 413 1 634	80 271 155 328	42 348 193 657
Essen	1. Vj. 3 390 4. Vj. 3 390	293	439	158 236	599 551	72 411	284 1 190	19 1 111	42 p 48	63 p 72	88 r 105	677 703	879 923	79 855 52 005	13 287 118 182
Düsseldorf	1. Vj. 4 900 4. Vj. 4 900	398	656	118	624	294	1 648	.	166	27	323	900	1 121	.	.
Frankfurt/M.	1. Vj. 5 367 4. Vj. 5 367	520	818	85 130	252 216	14 385	129 3 414	96 1 361	304 339	47 53	568 596	867 983	1 061 1 186	277 691 102 176	13 467 142 200
Dortmund	1. Vj. 3 681 4. Vj. 3 681	340	553	187 348	515 675	172 452	632 1 125	295 435	34 38	55 62 r	67 71	1 006	1 305	60 698 47 744	11 481 ⁵⁾ 102 120 ⁵⁾
Stuttgart	1. Vj. 3 879 4. Vj. 4 638	226 486	390 838	138 161	391 833	53 200	159 779	70 908	106 118	183 203	237 257	603 755	810 1 012	125 603 84 045	10 950 147 749
Bremen	1. Vj. 2 975 4. Vj. 3 601	127 404	286 715 r	286 265	506 487	137 784	290 2 212	348 1 240	67 64 r	132 113 r	128 r	761 1 029 r	881 1 228 r	78 726 55 065	46 091 61 020
Hannover	1. Vj. 2 934 4. Vj. 3 610	132 274	240 498	109 113	575 226	73 252	177 698	121 1 111	102 105	186 191	171 167	1 012	1 302	107 702 58 277	11 702 112 096
Duisburg	1. Vj. 2 559 4. Vj. 2 732	88 179 r	151 308 r	157 169	602 615	37 278	84 1 302	350 691 r	15 17	26 29	36 37	859 p 871 r	813 p 1 094 r	86 337 33 096	11 159 99 253
Nürnberg	1. Vj. 2 731 4. Vj. 3 970	148 291	303 595	246 234	350 682	64 330	89 754	3 716 6 916	93 124	191 254	224 224	553 696	734 919	82 830 70 422	55 966 49 861

¹⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ab 1. Quartal 1977 = Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau. - ³⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁴⁾ jeweils Quartalsende. - ⁵⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁶⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁷⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁸⁾ nur Einkommensteuer.

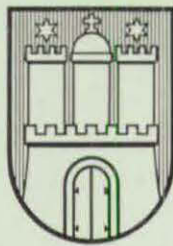
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1978	März 1978	April 1978	April 1977
		1976	1977				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 505,4	61 399				
Eheschließungen	auf 1 000	5,9	5,8	3,5	5,3	4,6	5,9 p
Lebendgeborene	Einw. und	9,8	9,5	9,7	9,8	9,4	9,2 p
Gestorbene	1 Jahr	11,9	11,5	14,6	12,7	11,3	11,8 p
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 060 336	1 029 995	1 224 069	1 098 969	1 000 429	1 039 228
Arbeitslosen-Quote	%	4,6	4,5	5,4	4,9	4,4	4,6
Offene Stellen	Anzahl	234 997	231 227	223 705	247 461	257 116	246 434
Kurzarbeiter	"	277 008	231 329	251 637	225 656	298 351	241 588
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber; Geleistete Arbeiterstunden ²⁾)	1 000 Mio. Std.	7 428 783	7 263 p 750 p	7 216 p 719 p	7 216 746	7 193 739	7 223 746
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer dar. Auslandsumsatz	Mio. DM "	68 304 16 557	77 332 p 18 865 p	72 801 p 17 964 p	61 039 20 146	77 607 18 535	74 530 17 733
Index der Industriellen Nettoproduktion (erbstätiglich)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	110,7	113,9	112,3	114,1 p	120,9 p	121,5
Verarbeitendes Gewerbe	"	110,9	114,4	114,0	114,6 p	120,8 p	121,9
Grundst. u. Produktionsgütergewerbe	"	111,5	112,3	112,1	114,7 p	122,1 p	119,3
Investitionsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	109,0	115,0	115,0	111,5 p	116,7 p	123,0
Verbrauchsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	110,2	115,0	114,8	...	123,1 p	124,1
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	"	116,7	118,0	113,7	118,0 p	127,5 p	120,8
Baugewerbe	"	95,2	97,2	69,5	89,0 p		
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber); Geleistete Arbeitsstunden	1 000 Mio. Std.	1 192 149	1 168 143	1 098 74	1 133 p 139 p	1 159 153	1 174 150
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio. DM	6 257	7 156	3 281 p	4 032 p	4 582 p	5 302
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	31 600	29 232	25 523	32 324	33 924	28 966
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	32 650	34 068	12 165	13 213	11 370	13 497
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	159,4	169,8	149,3	182,3	174,4	164,5
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	158,6	162,6	150,2	165,1	167,7	158,8
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 469	13 146	12 352
dav. Empfang	"	9 651	9 564	8 910
Versand	"	2 818	3 582	3 442
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge; Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	214 309	235 977	223 863	346 021	309 076	289 720
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 975	31 577	26 904	27 563 p	30 964 p	29 044 p
Getötete Personen	"	1 234	1 245	807	1 046 p	1 096 p	1 094 p
Verletzte Personen	"	40 050	42 341	29 110	37 283 p	41 104 p	39 692 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio. DM	6 717	7 564	6 369	5 532	5 826	6 017
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 572	2 959	908	7 600	728	599
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	987	1 403	274	3 979	147	- 36
Steuern vom Umsatz	"	4 872	5 224	7 458	5 292	5 509	4 935
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1970 = 100	140,8	144,4	145,2	145,5	145,8	144,7
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	151,8	154,1	147,0	146,5	146,5	158,6
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	141,7	143,6	144,3	144,3	144,8	144,2
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾ insgesamt	1970 = 100	143,7
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ⁹⁾	1970 = 100	140,8	146,3	149,2	149,7	150,1	145,9
darunter für Nahrungs- und Genußmittel	"	136,8	143,7	145,2	145,5	146,6	144,0
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,08	11,89	11,76	12,02	12,04	11,26
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	42,0	42,2	42,2	42,5	42,6	42,9

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. - ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreiserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. - ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. - Bauleistungen am Bauwerk. - ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. - ¹⁰⁾ nach Abzug der Erstattungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1978

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

38 400 Studenten an den Hamburger Hochschulen

An den sieben Hamburger Hochschulen waren im Sommersemester 1978 insgesamt 38 400 Studenten (ohne Beurlaubte und Gasthörer) immatrikuliert; das sind 1,4 Prozent mehr als im Sommersemester 1977.

Nach ersten Auszählungen studierten an der Universität Hamburg 28 000 Studenten; knapp ein Drittel von ihnen hatte die Absicht, Lehrer zu werden. An der Fachhochschule Hamburg gab es 6400 und an der Hochschule der Bundeswehr 1700 Studenten. Die Hochschule für bildende Künste hatte 700 und die Hochschule für Musik und darstellende Kunst 660 Studenten. An der Hochschule für Wirtschaft und Politik waren 870 und an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik 154 Studenten eingeschrieben.

Jeder fünfte Einwohner ist Rentner

54 Prozent der Hamburger und 28 Prozent der Hamburgerinnen verdienen sich ihren Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit. Von ihren Angehörigen versorgt werden 25 Prozent der männlichen und 47 Prozent der weiblichen Einwohner unserer Stadt. 18 Prozent der Männer und 22 Prozent der Frauen leben von Renten oder Pensionen, weitere jeweils drei Prozent von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder ähnlichen Unterstützungen. Diese Ergebnisse wurden bei einer repräsentativen Befragung von 17 000 Einwohnern für das Jahr 1977 ermittelt.

Sozialhilfeleistungen beträchtlich erhöht

Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) betragen 1977 in Hamburg 442,8 Mio. DM. Dieser Betrag liegt um 51 Mio. DM oder 13 Prozent höher als im Vorjahr. Den Aufwendungen stehen Einnahmen in Höhe von 85 Mio. DM gegenüber; damit ist knapp ein Fünftel der Gesamtausgaben durch Einnahmen gedeckt. Mit einem rechnerischen Durchschnitt von 263,50 DM je Einwohner haben die Bruttoausgaben für Sozialhilfe nach dem BSHG ihren bisher höchsten Stand erreicht. Sie liegen um 33,- DM über dem entsprechenden Betrag des Vorjahres.

Mehr als ein Viertel der Ausgaben entfielen auf Hilfe zum Lebensunterhalt und knapp drei Viertel auf Hilfe in besonderen Lebenslagen wie Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für Behinderte und Krankenhilfe.

Zusätzlich zu den Leistungen nach dem BSHG wurden 1977 in Hamburg weitere sechs Millionen DM als Weihnachtsbeihilfen aufgrund landesrechtlicher Vorschriften und 1,7 Mio. DM als Krankenhilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz gewährt.

Auch Hamburger übernachten in Hamburger Hotels

Hamburgische Beherbergungsbetriebe werden nicht nur von auswärtigen Reisenden in Anspruch genommen, sondern auch von Gästen, die ihren Wohnsitz in Hamburg haben. So haben im Jahr 1977 rund 31 000 Hamburger in hiesigen Hotels und Pensionen übernachtet. Auf die in Hamburg wohnenden Gäste entfielen annähernd 51 000 Übernachtungen; dabei profitierten die Betriebe in den Vergnügungsvierteln östlich des Hauptbahnhofs und auf St. Pauli in besonderem Maße.

Rege Wohnbautätigkeit am Stadtrand

In Hamburg wurden 1977 insgesamt 2100 Wohngebäude errichtet. Wie bereits im Vorjahr lag der Schwerpunkt des Wohnungsbaus mit allein 800 Gebäuden im Norden (Alstertal, Walddörfer) sowie im Osten (hauptsächlich Billstedt). Dies sind fast zwei Fünftel aller in Hamburg fertiggestellten Wohnbauvorhaben. Besonders rege war auch die Bautätigkeit im Ortsamtgebiet Blankenese. Hier wurden 160 Wohngebäude errichtet, die meisten in den Elbvororten Rissen, Osdorf und Iserbrook. Während in Billstedt der Bau von Mehrfamilienhäusern dominierte, handelte es sich in allen anderen Stadtteilen überwiegend um Eigenheime. Für eine Reihe weiterer Vorhaben in den genannten Gebieten ist das Genehmigungsverfahren bereits angelauten, so daß auch in nächster Zukunft hier mit einer anhaltend starken Bauaktivität gerechnet werden kann.

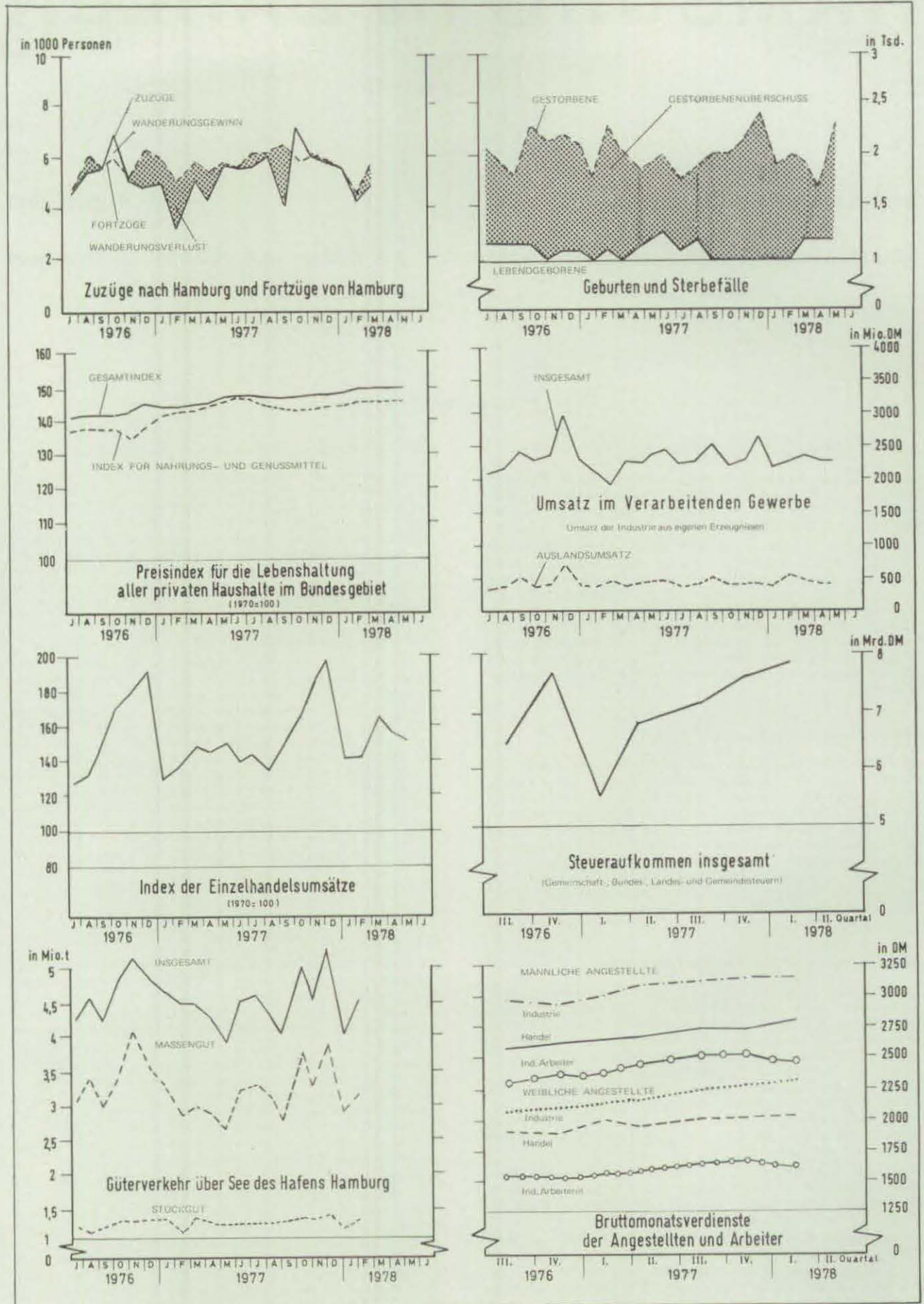
Hamburg ist Heimathafen für 2200 Binnenwasserfahrzeuge

Ende 1977 waren im Hamburger Hafen 2189 Fluß- und Hafentfahrzeuge beheimatet. Im Vergleich zu dem Bestand am Jahresende 1976 blieb die Zahl der Schiffe nahezu unverändert, so daß nach den teilweise starken Rückgängen in den Vorjahren jetzt eine gewisse Konsolidierung eingetreten ist.

Mehr als zwei Drittel aller Fahrzeuge mit einer Tragfähigkeit von zusammen 315 000 t entfielen auf ausschließlich im Hafenverkehr eingesetzte Leichter, Prahme und Schuten. Vorwiegend im Zuge der mit öffentlichen Mitteln geförderten Abwrackaktionen zum Abbau von Überkapazitäten hat sich die Zahl dieser Fahrzeuge im Laufe der letzten 20 Jahre um 43 Prozent verringert.

Auch der Bestand an Flußfahrzeugen (Motorschiffe und Schleppkähne) scheint sich nach den erheblichen Abnahmen insbesondere in den sechziger Jahren gefestigt zu haben. 565 Einheiten mit einer Tragfähigkeit von 435 000 t sind ins Hamburger Binnenschiffsregister eingetragen. Wie im Seeverkehr geht auch in der Binnenschifffahrt der Trend eindeutig zum größeren Fahrzeug. Lag die durchschnittliche Tragfähigkeit im Jahre 1958 noch bei 500 t, so beträgt sie heute 770 t.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht bei der Bürgerschaftswahl 1978 in Hamburg

Die repräsentative Auswertung der Wahlergebnisse ermöglicht Aussagen über die Wahlbeteiligung und das Stimmverhalten von Männern und Frauen der einzelnen Altersgruppen. Entsprechende Untersuchungen nichtamtlicher Stellen werden zwar schon am Wahltag vorgelegt, diese müssen sich aber auf die Auswertung dessen beschränken, was Wähler vor oder nach der Wahl dem Befrager mitteilen. Dagegen kann sich die amtliche Statistik auf eine Analyse des tatsächlichen Wahlverhaltens stützen.

In diesem Beitrag wird anhand der repräsentativen Ergebnisse der Bürgerschaftswahl vom 4. Juni 1978 dargestellt, in welchem Maße Männer und Frauen der verschiedenen Altersgruppen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und für welche Wahlvorschläge sie sich entschieden haben. Außerdem wird die Stimmabgabe bei der Bürgerschaftswahl in ihrer Kombination mit der Bezirksversammlungswahl auf mögliches „Splitting“ der Stimmen untersucht und den Fragen nachgegangen, wie sich die Bürgerschaftswähler der „Bunten Liste“ in den Bezirken verhalten haben, in denen diese Wählergruppe keinen Bezirkswahlvorschlag eingereicht hatte, und wie sich die Splittingwähler insbesondere der F.D.P. im Vergleich zur letzten Bundestagswahl verhalten haben.

Methodische Erläuterungen

Die Untersuchung erfüllt den in § 45 des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft in der Fassung vom 13. Dezember 1977 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 403) festgelegten Auftrag, das Ergebnis der Wahl statistisch zu bearbeiten. Im Rahmen dieser Vorschrift kann der Landeswahlleiter bestimmen, daß in ausgewählten Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen sind.

Um eine Auszählung der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht vornehmen zu können, dürfen die Stimmtettel in den zu untersuchenden Wahlbezirken mit Unterscheidungsmerkmalen versehen sein.*)

Der Landeswahlleiter legte für die Bürgerschaftswahl 1978 den Auswahlsatz mit vier Prozent der Wahlberechtigten fest. Dafür wurden 61 von rund 1580 Wahlbezirken in die Statistik einbezogen. Die Statistik der Wahlbeteiligung wurde nach zehn und die Statistik der Stimmabgabe nach fünf Altersgruppen ausgewertet. Dies entspricht den Aufgliederungen bei der Bürgerschaftswahl 1974 und den Bundestagswahlen. Gegenüber der vorangegangenen Bürgerschaftswahl wurde allerdings in der Statistik der Wahlbeteiligung auf eine zusätzliche Untergliederung der beiden Altersgruppen „50 bis unter 60 Jahre“ und „60 bis unter 70 Jahre“ verzichtet.

Um die vom Gesetz geforderte Geheimhaltung der Stimmabgabe des einzelnen Wählers zu gewährleisten, konnten nur hinreichend große Wahlbezirke in die Untersuchung einbezogen werden: Der kleinste Wahlbezirk umfaßte knapp 300 Wahlberechtigte.

In den folgenden Auswertungen konnten die Briefwahlergebnisse grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Lediglich bei der Wahlbeteiligung wurden diejenigen, die Briefwahlunterlagen angefordert hatten, auch als Wähler gezählt, da sie erfahrungsgemäß nahezu vollständig ihr Wahlrecht ausüben.

Beim Vergleich der Repräsentativergebnisse mit der Altersstruktur der Wahlberechtigten nach Auszählungen der Einwohnerkartei zeigen sich nur geringe Abweichungen in den einzelnen Altersgruppen. Ähnlich ergibt die Gegenüberstellung der Wahlergebnisse aus der Stichprobe mit den tatsächlichen Ergebnissen, daß

*) § 31 Absatz 3 der Wahlordnung für die Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen vom 10. Januar 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 13)

Tab. 11 Wahlberechtigte der Bürgerschaftswahlen 1974 und 1978 nach Alter und Geschlecht
(Hochgerechnete Ergebnisse einer Stichprobe)

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen			Männer und Frauen zusammen		
	1978	1974	Veränderung in %	1978	1974	Veränderung in %	1978	1974	Veränderung in %
18 - 21	29 800	26 100	+ 14,2	29 600	26 400	+ 12,1	59 400	52 500	+ 13,1
21 - 25	36 100	37 100	- 2,7	36 000	34 600	+ 4,1	72 100	71 700	+ 0,6
25 - 30	43 300	49 800	- 13,1	42 700	50 000	- 14,6	86 000	99 800	- 13,8
30 - 35	49 300	67 300	- 26,8	46 800	65 300	- 28,3	96 100	132 600	- 27,5
35 - 40	63 100	65 100	- 3,1	63 400	66 000	- 3,9	126 500	131 100	- 3,5
40 - 45	60 300	45 900	+ 31,4	59 800	51 300	+ 16,6	120 100	97 200	+ 23,6
45 - 50	45 100	47 600	- 5,3	49 700	62 300	- 20,2	94 800	109 900	- 13,7
50 - 60	82 800	77 000	+ 7,5	122 100	112 600	+ 8,4	204 900	189 600	+ 8,1
60 - 70	75 300	96 500	- 22,0	110 600	131 800	- 16,1	185 900	228 300	- 18,6
70 u. älter	74 400	68 500	+ 8,6	144 400	132 700	+ 8,8	218 800	201 200	+ 8,8
Insgesamt	560 200	580 900	- 3,6	704 400	733 000	- 3,9	1 264 700	1 313 900	- 3,7

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Einzelwerte

die Stichprobe lediglich eine geringe Verschiebung zugunsten der CDU und zu Lasten der SPD enthält. Die Aussagen der Repräsentativergebnisse können daher ohne erwähnenswerte Einschränkungen für die Gesamtheit gelten.

Jeder dritte Wahlberechtigte war über 60 Jahre alt

Von den über 1,26 Millionen Wahlberechtigten waren gut 700 000 Frauen und rund 560 000 Männer. 100 weiblichen Wahlberechtigten standen damit nur 79 Männer gegenüber. Jeder dritte Wahlberechtigte war über 60 Jahre alt. Zu den Jungwählern unter 25 Jahren gehörten gut zehn Prozent der Wähler (Tabelle 1). Gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl ist die Zahl der Wahlberechtigten bei Männern und Frauen um jeweils knapp vier Prozent zurückgegangen, wobei die Veränderungen in den einzelnen Altersgruppen recht unterschiedlich ausfielen. Ein sehr großer Zuwachs ergab sich bei den 40- bis 45jährigen Männern, deren Zahl von 46 000 um ein Drittel auf 60 000 anstieg; diese Zunahme ist auf die geburtenstarken Jahrgänge vom Ende der dreißiger Jahre zurückzuführen, denen geburtenschwache Jahrgänge vorangingen. Auch die sonstigen Veränderungen im Altersaufbau der Wahlberechtigten sind ein getreues Spiegelbild der demographischen Entwicklung: Eine hohe Abnahme der Zahl der 30- bis 35jährigen ist Folge der geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge, die in diese Altersgruppe hineingewachsen sind und von ihrer Zahl her nur zum Teil die in die nächste Altersgruppe aufgerückten stärkeren Jahrgänge ersetzt haben.

Von den unter 30jährigen ging jeder dritte nicht zur Wahl

Im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl ist die Wahlbeteiligung zurückgegangen, und zwar bei den Männern stärker als bei den Frauen: Von 100 Männern blieben 23 der Wahl fern, bei der Wahl 1974 waren es 19. Dabei wurden als Wähler nicht nur die im Wahlraum Erschienenen, sondern auch die Wahlberechtigten gezählt, die Briefwahlunterlagen erhalten hatten. In der Aufgliederung nach Altersgruppen ist bei den Männern ein deutlicher Zuwachs der Nichtwähleranteile in den mittleren Jahrgängen zwischen 35 und 50 Jahren zu verzeichnen. Der höchste Anstieg (um fast die Hälfte) liegt bei den Männern im Alter zwischen 35 und 40 Jahren. Von 100 Männern dieser Altersgruppe beteiligten sich 28 nicht an dieser Wahl. Vor vier Jahren waren es 19, die auf den Gang zur Wahlurne verzichteten. Während bei den männlichen Erstwählern unter 21 Jahren ein durchschnittlicher Rückgang der Wahlbeteiligung festzustellen war, blieb die Beteiligung der Männer im Alter zwischen 21 und 25 Jahren nahezu unverändert. Es ist aber zu beachten, daß diese Gruppe die geringste Wahlbeteiligung von allen Altersklassen aufweist: Fast 35 von 100 Wahlberechtigten dieser Jahrgänge blieben der Wahl fern.

Von 100 Frauen übten bei dieser Wahl knapp 22 ihr Wahlrecht nicht aus, vor vier Jahren waren es – wie bei den Männern – 19. In den einzelnen Altersgruppen ist der Rückgang der Wahlbeteiligung nicht ganz so stark wie bei den Männern. Die größte Verände-

Tab.2: Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1978 nach Alter und Geschlecht
(Ergebnisse einer Stichprobe)

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren			
	Wähler		Nichtwähler	
	1978	1974	1978	1974
Männer				
18 - 21	68,8	73,2	31,2	26,8
21 - 25	65,3	65,4	34,7	34,6
25 - 30	67,5	69,1	32,5	30,9
30 - 35	70,3	73,3	29,7	26,7
35 - 40	72,0	81,0	28,0	19,0
40 - 45	75,8	81,6	24,2	18,4
45 - 50	79,2	84,3	20,8	15,7
50 - 60	83,4	86,8	16,6	13,2
60 - 70	85,6	89,9	14,4	10,1
70 u. älter	85,2	86,4	14,8	13,6
Z u s a m m e n	77,2	81,0	22,8	19,0
Frauen				
18 - 21	68,0	68,5	32,0	31,5
21 - 25	64,7	66,6	35,3	33,4
25 - 30	66,5	69,3	33,5	30,7
30 - 35	72,4	78,9	27,6	21,1
35 - 40	75,3	79,9	24,7	20,1
40 - 45	78,3	81,7	21,7	18,3
45 - 50	79,6	83,9	20,4	16,1
50 - 60	81,8	83,8	18,2	16,2
60 - 70	83,8	87,1	16,2	12,9
70 u. älter	81,0	82,0	19,0	18,0
Z u s a m m e n	77,9	80,8	22,1	19,2
Männer und Frauen zusammen				
18 - 21	68,4	70,8	31,6	29,2
21 - 25	65,0	66,0	35,0	34,0
25 - 30	67,0	69,2	33,0	30,8
30 - 35	71,3	76,1	28,7	23,9
35 - 40	73,7	80,4	26,3	19,6
40 - 45	77,0	81,6	23,0	18,4
45 - 50	79,4	84,1	20,6	15,9
50 - 60	82,5	85,0	17,5	15,0
60 - 70	84,5	88,2	15,5	11,8
70 u. älter	82,5	83,6	17,5	16,4
I n s g e s a m t	77,6	80,9	22,4	19,1

rung lag bei den Frauen im Alter zwischen 30 und 35 Jahren, von denen diesmal fast 28 Prozent auf ihr Wahlrecht verzichteten (gegenüber 21 Prozent vor vier Jahren).

Für Männer wie für Frauen hat sich auch bei der Wahl 1978 gezeigt, daß der Anteil der Nichtwähler in der Altersgruppe der 21- bis 25jährigen am höchsten (35 Prozent) und bei den 60- bis 70jährigen am niedrigsten ist (15 Prozent). Da auch die Erstwähler und die Altersgruppe der 25- bis 30jährigen eine stark unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung haben, kann festgestellt werden, daß rund 33 Prozent der Wahlberechtigten unter 30 Jahren auf den Gang zur Wahlurne verzichtet haben und sich auch keine Briefwahlunterlagen geben ließen. Demgegenüber haben von den älteren Bürgern im Alter von 60 und mehr Jahren, die ein gutes Drittel der Wahlberechtigten stellen, nur 16 Prozent nicht an der Wahl teilgenommen.

Jeder sechste Wahlberechtigte über 70 Jahre wählte per Brief

Zur Bürgerschaftswahl 1978 wurden fast 151 000 Wahlscheine ausgegeben, mehr als doppelt so viele

wie zur Wahl vor vier Jahren. Über die Hälfte dieser Wahlscheine ging an Frauen. Die Briefwahlbeteiligung der weiblichen Wähler lag mit 12,2 Prozent geringfügig über der der Männer. Am wenigsten Gebrauch von der Briefwahl machten die Erstwähler und -wählerinnen unter 21 Jahren, von denen sich nur 7,5 Prozent einen Wahlschein holten. Verglichen mit den beiden folgenden Altersgruppen bis 30 Jahren gingen sie lieber direkt zur Wahlurne. Insgesamt gesehen haben die Wahlberechtigten unter 50 Jahren nur unterdurchschnittlich per Brief gewählt, dagegen haben die älteren Mitbürger weit über den Durchschnitt diese Möglichkeit genutzt. Den höchsten Briefwähleranteil erreichten die über 70jährigen mit mehr als 16 Prozent. Damit hat jeder sechste Wahlberechtigte dieser Altersgruppe per Brief gewählt. Vor vier Jahren war es jeder elfte. Die zunehmende Inanspruchnahme der Briefwahl bei den älteren Wahlberechtigten – auch im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 – zeigt, daß dieser Personenkreis die Scheu vor der Antragstellung und dem Ausfüllen der Briefwahlunterlagen überwunden hat und auf diese Weise trotz möglicher altersbedingter Behinderungen sein Wahlrecht ausübt.

wähler zu mehr als der Hälfte durch eine vermehrte Briefwahlbeteiligung wieder ausgeglichen wird.

Der hohe Briefwahlanteil der älteren Wähler hat in Verbindung mit der im Vergleich zu den jüngeren Bürgern großen Personenzahl dieser Jahrgänge dazu geführt, daß weit über die Hälfte (59 Prozent) der Wahlscheine an über 50jährige vergeben wurden. An den Wahlberechtigten insgesamt hat diese Altersgruppe hingegen nur einen Anteil von 48 Prozent.

Den höchsten Stimmengewinn erzielte die SPD bei den 25- bis 35jährigen

Die Untersuchung der Stimmabgabe in den jeweiligen Altersgruppen ergibt in den beiden jüngeren Gruppen unter 35 Jahren den größten Vorsprung der SPD vor allen anderen Wahlvorschlägen; mit 49 bzw. 54 Prozent waren ihre Anteile mehr als doppelt so hoch als die der CDU, die in diesen Altersgruppen die zweit-höchsten Anteile mit 22 bzw. 25 Prozent erzielte. Damit gaben 37 000 bzw. 60 000 Wähler dieser Altersgruppen der SPD und 16 000 bzw. 26 000 ihre Stimme

Tab. 3: Wahlscheinempfänger und Wahlraumwähler der Bürgerschaftswahlen 1974 und 1978 nach Alter und Geschlecht (Ergebnisse einer Stichprobe)

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten der nebenstehenden Altersgruppe waren											
	Wahlscheinempfänger						Wahlraumwähler					
	Männer		Frauen		Männer und Frauen zusammen		Männer		Frauen		Männer und Frauen zusammen	
	1978	1974	1978	1974	1978	1974	1978	1974	1978	1974	1978	1974
18 - 21	7,2	4,7	7,8	4,1	7,5	4,4	61,6	68,5	60,2	64,4	60,9	66,4
21 - 25	10,3	6,7	9,5	5,1	9,8	5,9	55,0	58,7	55,4	61,5	55,2	60,1
25 - 30	8,7	5,3	9,4	4,5	9,0	4,9	58,8	63,8	57,2	64,8	58,0	64,3
30 - 35	10,2	4,6	9,9	4,2	10,1	4,4	60,1	68,7	62,5	74,7	61,3	71,7
35 - 40	9,6	4,2	10,3	4,2	10,0	4,2	62,4	76,8	65,0	75,7	63,7	76,2
40 - 45	9,6	3,1	9,5	3,6	9,5	3,5	66,3	78,5	68,7	78,1	67,5	78,3
45 - 50	10,2	6,1	10,3	4,6	10,2	5,3	69,0	78,2	69,3	79,3	69,2	78,8
50 - 60	13,6	6,3	13,5	5,8	13,4	6,0	69,9	80,5	68,5	78,0	69,1	79,0
60 - 70	15,1	5,6	13,3	5,9	14,0	5,7	70,6	84,3	70,5	81,2	70,5	82,5
70 u. älter	16,1	7,3	16,4	9,8	16,3	9,0	69,1	79,1	64,6	72,2	66,1	74,6
Insgesamt	11,7	5,5	12,2	5,8	12,0	5,7	65,5	75,5	65,7	75,0	65,6	75,2

Betrachtet man die Anteile der Wahlraumwähler in den einzelnen Altersgruppen, so zeigt sich kein wesentlicher Unterschied zur allgemeinen Wahlbeteiligung (Wahlraum- und Briefwähler zusammen). Die dort aufgezeigte äußerst geringe Wahlbeteiligung der Männer und Frauen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren ergibt sich auch bei der Einzelbetrachtung der Wähler im Wahlraum: Nur 55 von 100 Wahlberechtigten dieser Altersgruppe gingen an die Wahlurne. Weitere 10 von 100 nutzten allerdings die Briefwahl, womit der Briefwahlanteil dieser Altersgruppe über dem der Erstwähler und der 25- bis 30jährigen liegt. Diese erhöhte Briefwahlbeteiligung dürfte zum Teil ihren Grund in ausbildungsbedingter Ortsabwesenheit der Wahlberechtigten dieser Altersgruppe haben.

Vergleicht man die Wahlbeteiligung im Wahlraum und an der Briefwahl bei den 60- bis 70jährigen mit der Wahlbeteiligung der über 70jährigen Wahlberechtigten, so erkennt man, daß bei den Älteren der um gut vier Prozentpunkte geringere Anteil der Wahlraum-

der CDU. Bei den 25- bis 35jährigen verbesserte die SPD gegenüber 1974 ihren Anteil um knapp elf Prozentpunkte am stärksten, dagegen hatte die CDU in dieser Altersgruppe ihre größten Verluste mit über zwölf Prozentpunkten.

In der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen konnte die CDU ihren Vorsprung von 1974 gegenüber der SPD nicht halten. Ihr Anteil verringerte sich zwar nur um einen Prozentpunkt auf knapp 44 Prozent, was rund 86 000 Wählern entspricht, die SPD erzielte aber einen Zuwachs von sieben Prozentpunkten und kam mit über 100 000 Stimmen auf knapp 49 Prozent. Die Freien Demokraten hatten ihre größten Verluste bei den Jungwählern unter 25 Jahren. Ihr Anteil ging von fast 19 auf knapp sieben Prozent, d. h. auf 5000 Wähler, zurück. Auch die DKP hatte in dieser Altersgruppe ihre größten Einbußen hinnehmen müssen: statt fast acht Prozent stimmten diesmal nur noch knapp zwei Prozent der Jungwähler für diese Partei. Hochgerechnet waren dies 1400 Personen.

Insgesamt gesehen konnte die SPD bei den Männern und Frauen aller Altersgruppen ihre Stimmanteile verbessern. Die CDU hatte lediglich bei den über 60jährigen Männern einen leichten Gewinn, der aber noch vom Zuwachs der SPD übertroffen wurde. Alle übrigen Parteien mußten ausnahmslos Verluste hinnehmen.

Bunte Liste an dritter Stelle bei den jüngeren Wählern

Die erstmals aufgetretene Wählergruppe Bunte Liste konnte bei den jüngeren Wählern unter 35 Jahren auf Antrieb größere Stimmenanteile für sich verbuchen. Jeder fünfte Jungwähler unter 25 Jahren und jede sechste Jungwählerin stimmten für die Bunte Liste. Damit lag ihr Anteil in dieser Altersgruppe an dritter Stelle nach SPD und CDU. Hochgerechnet haben sich über 13 000 Jungwähler für die Bunte Liste entschieden, nur etwa 2000 Personen weniger als für die CDU. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen kam die Bunte Liste auf den dritten Platz und erzielte hier ihren zweithöchsten Anteil: Sie wurde von jedem zehnten Wähler dieser Altersgruppe auf dem Stimmzettel angekreuzt. Männer beider Altersgruppen wählten die Bunte Liste relativ häufiger als gleichaltrige Frauen. Von den über 35jährigen wurde die Bunte Liste zwar nur noch in sehr geringem Maße gewählt, die Stimmenanteile dieser Wählergruppe lagen aber meist noch deutlich über denen der „sonstigen Parteien“.

Die neu gegründete Partei Grüne Liste erzielte ihren höchsten Stimmenanteil mit über zwei Prozent bei den Jungwählern. Hochgerechnet waren dies 1600 Stimmen. Sie konnte in dieser Altersgruppe die DKP übertreffen und sich auch in den meisten anderen Altersgruppen vor den „sonstigen Parteien“ durchsetzen.

Anteil der weiblichen Wähler bei der SPD am höchsten

Von 100 Wählern der SPD waren fast 58 Frauen. Hochgerechnet haben damit rund 247 000 Frauen dieser Partei ihre Stimme gegeben. Verglichen mit der vorangegangenen Bürgerschaftswahl hat die SPD ihren Frauenanteil um 1,5 Prozentpunkte verbessert und diesmal anteilmäßig mehr Frauen unter ihren Wählern

als die CDU: Nur 56 Prozent der CDU-Wähler waren weiblichen Geschlechts, geringfügig weniger als bei der Wahl vor vier Jahren.

Die F.D.P. wurde zwar ebenfalls zu mehr als der Hälfte ihrer Stimmen von Frauen gewählt, ihr Anteil ging aber im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl um 1,8 Prozentpunkte auf knapp 54 Prozent zurück. Den vierthöchsten Frauenanteil erzielte die Grüne Liste mit 47,5 Prozent vor der Bunten Liste mit 44,2 Prozent. In absoluten Zahlen haben allerdings mit fast 13 000 Stimmen mehr Frauen die Bunte Liste als die Grüne Liste gewählt, die nur von knapp 3900 Frauen getragen wurde. Die DKP hat zwar ihren Anteil an weiblichen Wählern gegenüber der letzten Wahl am stärksten von allen Parteien um fast sechs Prozentpunkte auf 42,6 Prozent vergrößern können, dies ging aber einher mit einem erheblichen Rückgang ihrer Anhängerschaft um mehr als 60 Prozent. Insgesamt haben rund 3600 Frauen die DKP gewählt, vor vier Jahren waren es noch 8000. In der verbliebenen Wählerschaft der DKP ist der Anstieg des Frauenanteils in erster Linie auf das weit überdurchschnittliche Fernbleiben der jüngeren männlichen Wähler zurückzuführen.

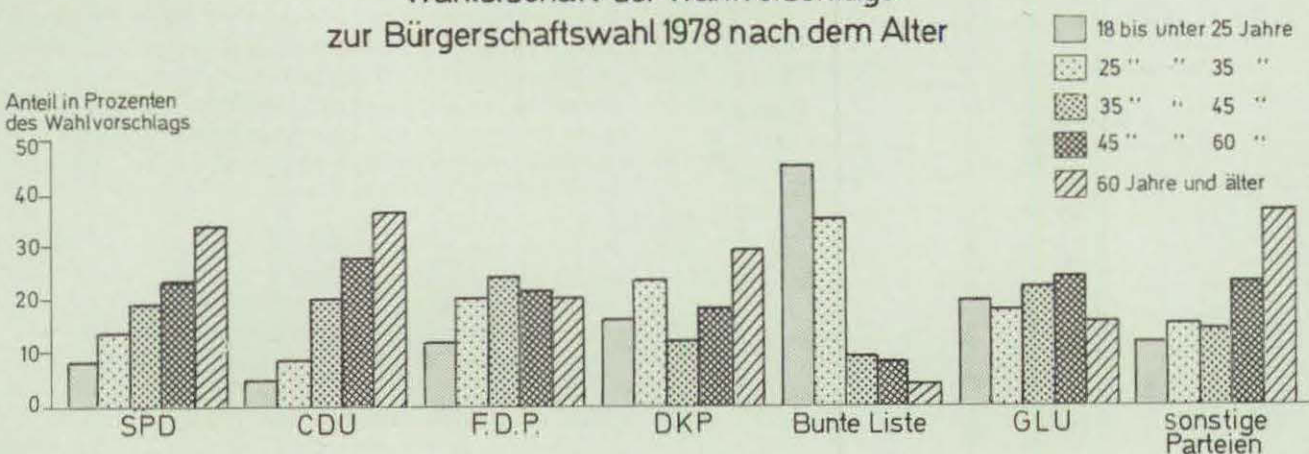
Gemessen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, bei denen der Frauenanteil 56,2 Prozent betrug, waren die Frauen in der Wählerschaft der CDU durchschnittlich vertreten. Dagegen lag der Anteil der weiblichen Wähler bei der SPD etwas über und bei der F.D.P. etwas unter dem Durchschnitt. Alle anderen Wahlvorschläge der Bürgerschaftswahl 1978 konnten bei der weiblichen Wählerschaft nur einen deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Anteil erringen.

Fast 80 Prozent der Wähler der Bunten Liste waren jünger als 35 Jahre

In der Aufgliederung der Wählerschaft des jeweiligen Wahlvorschlags nach dem Alter wird erwartungsgemäß nur von den beiden großen Parteien SPD und CDU der Altersaufbau der Wahlberechtigten weitgehend widerspiegelt. So waren fast 37 von 100 CDU-Wählern und gut 34 von 100 SPD-Wählern älter als 60 Jahre. (Vergleichbarer Anteil dieser Altersgruppe an den Wahlberechtigten: 32 Prozent). Den Jungwählern

Schaubild 1

Wählerschaft der Wahlvorschläge zur Bürgerschaftswahl 1978 nach dem Alter



unter 25 Jahren gehörten dagegen bei der SPD nur knapp neun Prozent an, was dem Anteil an den Wahlberechtigten mit fast zehn Prozent entsprach, und bei der CDU gut fünf Prozent.

Ganz anders dagegen die Altersgliederung bei der Bunten Liste: Nur weniger als vier von 100 Wählern dieser Wählergruppe gehörten den über 60jährigen an, dafür 45 von 100 den Jungwählern unter 25 Jahren. Auch die 25- bis 35jährigen stellten mit 34 Prozent einen weit überdurchschnittlichen Anteil an der Wählerschaft der Bunten Liste. Zusammen waren fast 80 Prozent der Wähler der Bunten Liste jünger als 35 Jahre.

Der hohe Anteil von jüngeren Wählern und die starke Zurückhaltung der älteren Wähler, ihre Stimme der Bunten Liste zu geben, entspricht auch dem werblichen Auftreten dieser neuen Wählergruppe vor der Wahl: Der lilafarbene Schmetterling auf gelbem Grund wurde in erster Linie von jungen Menschen in der Öffentlichkeit gezeigt.

Wie ein Blick auf das Schaubild 1 zeigt, setzte sich dagegen die Wählerschaft der Grünen Liste ziemlich gleichmäßig aus Angehörigen aller Altersgruppen zusammen.

Stimmensplitting als politische Entscheidung des Wählers

Die Bürgerschaftswahl war organisatorisch mit den gleichzeitig stattfindenden Bezirksversammlungen verzahnt: Auf einem gemeinsamen Stimmzettelblatt konnte auf der linken Hälfte ein Wahlvorschlag der Bürgerschaftswahl und auf der rechten Hälfte einer für die jeweilige Bezirksversammlungswahl angekreuzt werden (vgl. Schaubild 2). Da das Schriftpild links schwarz und rechts blau gedruckt war, ergab sich äußerlich eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Stimmzettel der Bundestagswahl. Grundsätzlich blieben die beiden Stimmzettel bei der Stimmenauszählung zusammen; sie wurden ausnahmsweise nur dann vom Wahlvorstand getrennt, wenn über die Gültigkeit von einer der beiden Stimmen beschlossen werden mußte. Bei der statistischen Auswertung der Wahler-

gebnisse kann daher analog zum Stimmensplitting bei Bundestagswahlen untersucht werden, in welchem Maße die Wähler ihre Stimme auf der linken und rechten Seite des Stimmzettels unterschiedlichen Wahlvorschlägen gegeben haben.

Besondere Beachtung kommt dem Splittingeffekt bei dieser Wahl deshalb zu, weil die F.D.P. nur 4,8 Prozent der Stimmen für die Bürgerschaftswahl erhielt und damit wegen fehlender rund 2000 Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, bei den Bezirksversammlungen aber 5,7 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte. Es soll versucht werden, mit dem begrenzten statistischen Instrumentarium auch die Frage zu beantworten, ob sich die Wähler in Anlehnung an die Bundestagswahl des Jahres 1976 verhalten haben. Damals war in der Wahlwerbung die Bedeutung der Zweitstimme besonders betont worden.

Nicht einbezogen werden konnten in die Splitting-Untersuchung rund 9000 Stimmzettel, auf denen die Stimmen zur Bürgerschaftswahl ungültig waren. Es sei erwähnt, daß zwei Drittel dieser ungültigen Stimmen auf leeren Bürgerschaftsstimmzetteln abgegeben wurden; bei den Frauen über 60 Jahre erreichte dieser Anteil sogar 75 Prozent. Daraus kann geschlossen werden, daß die Wähler überwiegend ihren Stimmzettel nicht fehlerhaft mit zwei Kreuzen auf einen Stimmzettel o. ä. ausgefüllt, sondern bewußt auf ihre Stimme verzichtet haben, falls man nicht annehmen will, daß sie aus Vergeßlichkeit versäumt haben, den Stimmzettel anzukreuzen.

Stimmensplitting insgesamt stark rückläufig

Nur eine Minderheit unter den Wählern hat zur Bezirksversammlung einen anderen Wahlvorschlag als zur Bürgerschaft angekreuzt. Verglichen mit der vorangegangenen Wahl zum Bundestag hat die Splitting-Neigung bei SPD- und CDU-Wählern geringfügig, bei F.D.P.-Wählern sogar deutlich abgenommen. Von jeweils 100 Bürgerschaftswählern entschieden sich bei der SPD 96, bei der CDU 99 und bei der F.D.P. 89 für die gleiche Partei auch zur Bezirksversammlungswahl. Dagegen haben zur Bundestagswahl 1976 die SPD nur 93, die CDU nur 97 und die F.D.P. nur 74 von 100 Wählern mit ihrer Erst- und Zweitstimme gewählt.

Schaubild 2

Stimmzettelblatt der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl 1978

Stimmzettel Für die Wahl der hessischen Bürgerschaft am 4. Juni 1978		Stimmzettel Für die Wahl der Bezirksversammlung am 4. Juni 1978	
<p>Hier <input checked="" type="checkbox"/> für die Bürgerschaftswahl</p>		<p>Hier <input checked="" type="checkbox"/> für die Bezirksversammlungswahl</p>	
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD
2	Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU	2	Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU
3	Freie Demokratische Partei F.D.P.	3	Freie Demokratische Partei F.D.P.
4	Deutsche Kommunistische Partei DKP	4	Deutsche Kommunistische Partei DKP
5	Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei NPD	5	Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei NPD
6	Kommunistische Partei der DDR KPD/ML	6	Kommunistische Partei der DDR KPD/ML
7	Kommunistische Partei Westdeutschlands KBW	7	Kommunistische Partei Westdeutschlands KBW
8	Freiwirtschaftliche Bewegung FSU	8	Freiwirtschaftliche Bewegung FSU
9	Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher AUD	9	Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher AUD
10	Europäische Arbeiterpartei EAP	10	Europäische Arbeiterpartei EAP
11	Bunte Liste/Wahlvorschlag für Bürgerschaft und Bezirksversammlung	11	Bunte Liste/Wahlvorschlag für Bürgerschaft und Bezirksversammlung
12	Grüne Liste GLU	12	Grüne Liste GLU

Tab. 5:

Stimmabgabe zur Bürgerschaftswahl 1978 in Kombination mit der Bezirksversammlungs Wahl

(Hochgerechnete Ergebnisse einer Stichprobe ohne Briefwahl)

Wahlvorschläge der Bezirksversammlungs Wahl	Die Wähler nebenstehender Wahlvorschläge der Bezirksversammlungs Wahl entschieden sich bei der Bürgerschaftswahl für						
	SPD	CDU	F. D. P.	DKP	Bunte Liste	GLU	sonstige Parteien
SPD	414 200	(900)	2 100	(0)	4 700	(600)	(200)
CDU	3 000	294 100	(800)	-	(600)	(300)	(100)
F. D. P.	6 400	(900)	54 200	-	2 400	(300)	(100)
DKP	(900)	(0)	(200)	8 000	1 800	(100)	(200)
Bunte Liste	(900)	(0)	(600)	(100)	14 700	-	(0)
GLU	(900)	(600)	(500)	(0)	2 600	6 600	(100)
Sonstige Parteien	(400)	(300)	(100)	(100)	(1 000)	(200)	4 300
Ungültig	3 000	(1 200)	(100)	(100)	(1 400)	(0)	(300)
Insgesamt	429 700	297 700	38 500	8 300	29 200	8 200	5 400

Erläuterungen der Abkürzungen der Wahlvorschläge und Anmerkungen siehe Tab. 4

Wesentlich stärker ist der Rückgang des Stimmensplittings bei den Wahlen 1978 im Vergleich zu den Wählerzahlen der Bundestagswahl 1976. Damals hatten in Hamburg rund 35 000 Wähler ihre Erststimme der SPD und ihre Zweitstimme der F.D.P. gegeben, weitere 17 000 Wähler haben sich mit der Erststimme für die F.D.P. und der Zweitstimme für die SPD entschieden. Setzt man diese Werte zu den Ergebnissen der Bürgerschaftswahl 1978 in Beziehung, so haben der Zahl nach für die SPD/F.D.P.-Kombination nur noch ein Fünftel und für die der F.D.P./SPD weniger als ein Achtel der damaligen Wähler gestimmt.

Die Bunte Liste war zur Bürgerschaftswahl in ganz Hamburg angetreten, zur Bezirksversammlungs Wahl aber nur in drei von sieben Bezirken. Daher waren die in Tabelle 5 für diesen Wahlvorschlag nachgewiesenen Zahlen gesondert zu betrachten für die Bezirke, in denen der Wähler die Bunte Liste sowohl zum Landesparlament als auch zur Bezirksversammlung wählen konnte und für die Bezirke, in denen er diese Möglichkeit nicht hatte.

In Bezirken mit eigenem Wahlvorschlag der Bunten Liste gaben 85 Prozent der Wähler, die die Gruppierung bei der Bürgerschaftswahl unterstützten, auch ihre Bezirksversammlungsstimme dieser Liste. Zu Gunsten der SPD haben sechs Prozent und zu Gunsten der F.D.P. haben drei Prozent der Bürgerschaftswähler der Bunten Liste gesplittet.

In Bezirkswahlkreisen ohne einen Wahlvorschlag der Bunten Liste haben sich die Bürgerschaftswähler dieser Gruppe bei der Bezirksversammlungs Wahl wie folgt entschieden: Fast ein Drittel gaben ihre Bezirksversammlungsstimme der SPD, der zweithöchste Anteil in Höhe von einem Fünftel entfiel auf die Grüne Liste, knapp ein Sechstel bekam die F.D.P. und ein Achtel die DKP. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von zehn Prozent der Bürgerschaftswähler der Bunten Liste, die ihre Stimme keinem anderen Wahlvorschlag zur Bezirksversammlungs Wahl zukommen lassen wollten und statt dessen eine ungültige Stimme abgaben; zum Vergleich: in den Bezirken mit einem Wahlvorschlag der Bunten Liste waren es nur 1,3 Prozent.

Hat der Wähler das Stimmensplitting der Bundestagswahl übernommen?

Gegenüber der Bürgerschafts-/Bezirksversammlungs Wahl 1974 und insbesondere gegenüber der letzten Bundestagswahl ist der Kreis der Splittingwähler erheblich kleiner geworden. Die Zahl der SPD/F.D.P.-Kombination bewegte sich zudem nur noch in einer Höhe, die nicht mehr deutlich über den sonstigen Stimmenkombinationen stand. So haben 1978 rund 4700 Bürgerschaftswähler der Bunten Liste ihre „zweite“ Stimme der SPD gegeben, und die CDU erhielt rund 3000 Bezirksversammlungsstimmen von Wählern, die bei der Bürgerschaftswahl die SPD angekreuzt hatten. Wenn man das Modell der Bundestagswahl mit der Betonung der Zweitstimme unterstellen wollte und die Splittingwähler der Koalitionsparteien aus der letzten Hamburger Legislaturperiode entsprechend gegeneinander aufrechnet, so hätte sich für die F.D.P. ein Mehr von über 4000 Bürgerschaftsstimmen ergeben.

Die amtliche Wahlstatistik kann keine Aussagen treffen, aus welchem Grund der Wähler seine Stimme für unterschiedliche Wahlvorschläge abgegeben hat; ebensowenig vermag die Statistik zu belegen, ob es bei den verschiedenen Wahlen dieselben Personen waren, die ihre Stimme gesplittet haben. Damit bleibt letztlich die Frage offen, ob das Splitting irrtümlich in Anlehnung an die Regelung bei Bundestagswahlen erfolgt ist, in der die Zweitstimme bei der Berechnung von Bundestagsmandaten über die Sitzverteilung entscheidet, oder ob das Splitting zur Bürgerschafts- und Bezirksversammlungs Wahl 1978 vom Wähler bewußt als Ausdruck seines politischen Willens eingesetzt wurde. Betrachtet man das Alter der Splitting-Wähler bei der F.D.P., so waren fast zwei Drittel jünger als 45 Jahre. Dies entspricht einmal der allgemeinen Beobachtung, daß mit zunehmendem Wahlalter die Splittingneigung merklich abnimmt. Zum anderen kann nach dem hohen Anteil von jüngeren Menschen unter den Splittingwählern der F.D.P. vermutet werden, daß dieser Personenkreis überwiegend seine Stimme bewußt verschiedenen Wahlvorschlägen gegeben hat.

Asmus Brzoska

Natürliche Bevölkerungsbewegung in Hamburg 1977

In dem Beitrag „Die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg 1977“ im Juni-Heft dieser Zeitschrift wurde auf die einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung hingewiesen, nämlich die natürliche Bevölkerungsbewegung, zu der die Geburten und die Sterbefälle gehören und die Wanderungen, die sich aus den Zu- und Fortzügen zusammensetzen. Da der genannte Beitrag nur einen allgemeinen Überblick der Entwicklung im Jahre 1977 geben konnte, wird an dieser Stelle auf die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung näher eingegangen. Dabei werden neben den Geburten und Sterbefällen, die mit ihrem Saldo die Zahl der Einwohner mitbestimmen, auch die Eheschließungen und die Ehescheidungen behandelt.

Eheschließungen

Die Zahl der Eheschließungen insgesamt ging nach 1976 auch im Jahre 1977 weiter zurück: Es fanden nur noch 9400 Hochzeiten statt. Allerdings ist die Abnahme um 320 Trauungen (3,3 Prozent) deutlich geringer als noch im Jahr 1976. Entsprechend ist die Heiratsziffer von 6,1 1975 und 5,7 1976 auf 5,6 Eheschließungen je 1000 Einwohner geringfügig gesunken.

Seit dem Höchststand 1961 mit über 19 000 Trauungen ist ihre Zahl bis 1977 um über die Hälfte gefallen. So wenig Heiraten, wie im letzten Jahr registriert wurden, hat es in Hamburg bisher noch nicht gegeben. Betrachtet man die Eheschließungen getrennt nach Deutschen und Ausländern, zeigt sich, daß der Rückgang an Vermählungen von deutschen Brautpaaren einschließlich derjenigen, die zwischen einem deutschen Mann und einer Ausländerin geschlossen worden sind, mit 360 (4 Prozent) auf 8550 um die Hälfte geringer gewesen ist als 1976. Die Heiratsziffer hat damit von 5,6 in 1976 auf 5,4 im Jahr 1977 geringfügiger abgenommen als zuvor (1975: 6,0 Eheschließungen deutscher Männer je 1000 der deutschen Bevölkerung). Im vergangenen Jahr wurden von 100 Ehen 91 zwischen zwei deutschen Partnern bzw. zwischen einem deutschen Mann und einer Ausländerin geschlossen. Das Nachrücken der geburtenstarken Jahrgänge in das heiratsfähige Alter hat sich somit noch nicht wesentlich in der Zahl von Hochzeiten niedergeschlagen. Dabei spielt vermutlich die allgemein gestiegene Neigung der jungen Menschen eine nicht unerhebliche Rolle, als Partner in eheähnlichen Gemeinschaften zusammen zu wohnen oder auch als ungebundenes Mitglied einige Zeit in Wohngemeinschaften zu leben.

Die Zahl der Eheschließungen zwischen Ausländern sowie zwischen einem ausländischen Mann und einer Deutschen sind nach einem Rückgang 1976 wieder um 40 (4 Prozent) leicht gestiegen. 1977 haben 850 Ausländer mit einer ausländischen oder auch einer deutschen Frau die Ehe geschlossen. Die Heiratsziffer ist nach dem relativ starken Rückgang 1976 gegenüber 1975 von 7,6 auf 7,1 im Jahr 1977 wie-

der auf 7,2 Eheschließungen je 1000 Ausländer gestiegen.

Die langjährige Abnahme der Heiratsziffer war einmal unterbrochen, und zwar im Jahre 1975 als insgesamt – also von Deutschen und Ausländern zusammen – die Zahl der Vermählungen um rund 90 höher lag als im entsprechenden Vorjahr. Der kurzfristige Anstieg ist auf die mit Wirkung vom 1. Januar 1975 gültige Herabsetzung des Volljährigkeits- und Ehemündigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre und die erwartungsgemäß vor allem in den Anfangsmonaten realisierte Heiratsabsicht von jungen Erwachsenen dreier Altersjahrgänge zurückzuführen. Eheschließungen der unter 21 Jahre alten Männer stiegen von 1974 auf 1975 zahlenmäßig um gut das Zweieinhalbfache auf 860, die der Frauen – die schon immer mit 18 Jahren heiraten konnten – im gleichen Alter nur um knapp ein Viertel auf 2620 an. Die Zahl der heiratenden Frauen dieser Altersgruppe lag aus dem genannten Grund schon immer deutlich über der entsprechenden Zahl der Männer: in den Jahren vor 1975 um das Sechs- bis Siebenfache, danach nur noch um das Drei- bis Vierfache.

Bis zum Jahr 1977 ist die Zahl der Eheschließungen auch von den jungen, bis 21 Jahre alten Personen gegenüber 1975 wieder rückläufig gewesen, bei den Männern um fast 40 Prozent, bei den Frauen um rund 25 Prozent. Damit haben jedoch immer noch deutlich mehr Männer, aber schon wieder weniger Frauen dieser Altersgruppe geheiratet als noch im Jahr vor der Gesetzesänderung.

Tab. 1: Eheschließungen 1975 bis 1977 nach Alter und Geschlecht der Ehegatten

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	1975		1976		1977	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
unter 18	1	146	2	130	-	140
18 - 19	80	627	57	606	59	581
19 - 20	296	876	238	686	184	614
20 - 21	484	970	315	754	286	686
zusammen	861	2 619	612	2 176	529	1 985
21 und älter	9 633	7 875	9 112	7 546	8 872	7 416
Insgesamt	10 494	10 494	9 724	9 724	9 401	9 401

Rund zwei Drittel aller Eheschließenden sind bei ihrer Eheschließung noch ledig, die Frauen mit 6300 geringfügig mehr als die Männer mit 6210 bei insgesamt 9400 Trauungen. Der Anteil der Ledigen bei den Eheschließungen hat damit auch tendenziell weiterhin abgenommen, ebenso wie der Anteil der wiederheiratenden Verwitweten. Hier sind es die Witwer, die häufiger eine weitere Ehe eingehen als die Witwen.

Im Verhältnis zunehmend ist die Wiedervermählung der Geschiedenen. Sowohl bei den Männern als auch

bei den Frauen stieg der Anteil derjenigen die schon einmal verheiratet waren von 27 im Jahr 1974 auf 29 je 100 heiratenden im letzten Jahr.

Das Jahr 1977 bot insofern eine Besonderheit, als nicht wie sonst der „Wonnemonat“ Mai der heiratsstärkste Monat gewesen ist (1020 Hochzeiten), sondern der Juli mit 1210 Eheschließungen. Der „magische“ Termin 7. 7. 77 mit besonders vielen Trauungen hat die Monatsergebnisse entsprechend beeinflusst: weniger Hochzeiten im Juni und im August, dafür mehr Eheschließungen im Juli als in den entsprechenden Monaten der Vorjahre.

Regional streuen die absoluten Zahlen von Eheschließungen in etwa entsprechend der Verteilung der heiratsfähigen Bevölkerung. Der Bezirk Wandsbek führt 1977 mit 1920 Eheschließungen die Reihe vor Hamburg-Nord (1910 Vermählungen) knapp an. Das Schlußlicht in der absoluten Zahlenreihe bildet der Bezirk Bergedorf mit 480 Hochzeiten. Bezieht man aber die Zahl der Trauungen auf die Bevölkerungszahl, ist in Wandsbek mit 5,0 Eheschließungen auf 1000 Einwohner zusammen mit Harburg die geringste Heiratshäufigkeit festzustellen. Diese beiden Bezirke liegen damit auch noch unterhalb der Eheschließungsziffer von Bergedorf (5,3 Trauungen auf 1000 Einwohner). Überdurchschnittlich hohe Heiratshäufigkeit kann man in Eimsbüttel und in Hamburg-Nord mit 6,4 bzw. 6,2 Hochzeiten je 1000 Einwohner feststellen.

Tab. 2: Heiratshäufigkeit
in den Hamburger Bezirken 1975 bis 1977

Bezirke	Eheschließungen auf 1000 der Bevölkerung		
	1975	1976	1977
Hamburg-Mitte	6,4	5,8	5,6
Altona	6,3	5,9	5,5
Eimsbüttel	6,8	6,4	6,4
Hamburg-Nord	6,4	6,3	6,2
Wandsbek	6,0	5,3	5,0
Bergedorf	5,7	5,7	5,3
Harburg	4,7	4,6	5,0
Hamburg insgesamt	6,1	5,7	5,6

Ehescheidungen

Zum 1. Juli 1977 wurde das neue Ehe- und Familienrecht wirksam. Die Umstellung der Rechtslage zu diesem Zeitpunkt hatte erwartungsgemäß Auswirkungen auf die Zahl der Scheidungsanträge und Scheidungsaussprüche. Zum einen führte sie zu einer Flut von Ehelösungen vor dem genannten Termin. Bis zum 30. Juni waren bereits 4530 Ehen rechtskräftig getrennt, fast doppelt so viele wie im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Zum anderen aber war die Zahl der Scheidungen vom 1. Juli an weitaus geringer als erwartet. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei der neue Verfahrensweg, der länger ist als nach altem Recht, da mit dem rechtskräftigen Scheidungsausspruch die Regelung aller Schei-

dungsfolgen – Unterhalts- und Versorgungsfragen – geklärt sein muß. Ein Teil der Scheidungswilligen dürfte zudem auf Erfahrungen anderer mit der Anwendung des neuen Gesetzes gewartet haben. Es kann angenommen werden, daß nach der verstärkten Zunahme der Scheidungen vor dem 30. Juni und ihrem starken Rückgang ab 1. Juli 1977 die Scheidungsbegehren und – mit einem verfahrensbedingten time-lag – die Ehelösungen wieder ansteigen werden. Das Niveau dieser „Normalisierung“ hängt aber zweifellos auch mit davon ab, ob sich als Reaktion auf die neuen Ehescheidungsregelungen die bereits bekannten Formen des Zusammenlebens verstärkt entwickeln werden.

In der zweiten Jahreshälfte 1977 sind 2300 Scheidungsanträge bei den Amtsgerichten Hamburg, Bergedorf und Harburg neu eingereicht, 1150 Scheidungssachen vom Landgericht übernommen worden. Davon konnten 500 in erster Instanz erledigt werden. Allerdings läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht feststellen, wieviele Scheidungsbegehren wieder zurückgezogen und wieviele Verfahren rechtskräftig abgeschlossen wurden.

Geburten

1977 sind in Hamburg 13 060 Geborene registriert worden. Davon sind 12 990 lebend und 70 tot zur Welt gekommen. Die Zahl der Lebendgeborenen gegenüber dem Vorjahr ist um rund 610 (4,5 Prozent) zurückgegangen und hat damit den bisherigen Tiefstand erreicht. Die Erwartung, daß nach der leichten Geburtenzunahme 1976 sich eine positive Entwicklung fortsetzen würde, hat sich somit nicht erfüllt. Da trotz des Eintritts der geburtenstarken Jahrgänge in das heiratsfähige Alter – wie bereits ausgeführt – nicht vermehrt Ehen geschlossen worden sind, ist zu vermuten, daß die neuen partnerschaftlichen Lebensformen dem Wunsch nach Kindern entgegenstehen, daß zumindest für einige Zeit bewußt auf Nachwuchs verzichtet wird. Die Zahl der nicht-ehelichen Kinder in Hamburg hat im vergangenen Jahr absolut um 20 auf 1340 abgenommen, bezogen auf 100 Lebendgeborene aber von 10,0 auf 10,3 leicht zugenommen.

Tab. 3: Lebend- und Totgeborene 1975 bis 1977
nach Geschlecht und Legitimität

Art der Angaben	1975		1976		1977	
	insgesamt	dar. nicht-ehelich	insgesamt	dar. nicht-ehelich	insgesamt	dar. nicht-ehelich
Lebendgeborene						
männlich	6 793	672	7 001	693	6 591	667
weiblich	6 399	634	6 600	667	6 396	673
zusammen	13 192	1 306	13 601	1 360	12 987	1 340
Totgeborene						
männlich	49	7	40	8	35	6
weiblich	44	6	43	9	35	6
zusammen	93	13	83	17	70	12
Insgesamt						
männlich	6 842	679	7 041	701	6 626	673
weiblich	6 443	640	6 643	676	6 431	679
zusammen	13 285	1 319	13 684	1 377	13 057	1 352

Immer werden mehr Knaben als Mädchen geboren: auf 100 weibliche Babys kommen 1977 103 Jungen. 1976 und 1975 betrug der Vorsprung des männlichen Jahrgangs – wie im langjährigen Zahlenverhältnis – noch 106 : 100.

Bei den Ausländern lief in den vergangenen drei Jahren die Geburtenentwicklung entgegengesetzt zur gesamten Geburtenentwicklung ab: 1975 und 1976 hatten die Zahlen von Geborenen ausländischer Eltern abgenommen, 1977 aber wieder entsprechend der Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl der Ausländer zugenommen. 21 von hundert Lebendgeborenen in Hamburg sind Kinder in reinen Ausländer-ehen, von ausländischen Frauen, die mit einem Deutschen verheiratet sind sowie von alleinstehenden Ausländerinnen, obwohl nur knapp sechs von hundert Einwohnerinnen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der in Hamburg lebenden Ausländerinnen liegen immer noch deutlich höher als die der deutschen Frauen.

Die nichtehelichen Geburten sind bei den Ausländern erheblich seltener als bei den Geburten insgesamt. Während allgemein jedes zehnte Kind nichtehelich zur Welt gekommen ist, war es bei den Ausländern nur jeder zwanzigste Säugling.

Zwei Drittel der 12 990 im Jahr 1977 ehelich geborenen Kinder (8620) hatten als Eltern deutsche Väter und deutsche Mütter, 17 Prozent (2210 Kinder) ausländische Eltern. Sechs Prozent aller Lebendgeborenen (820 Kinder) stammen aus gemischten Ehen, in der Überzahl aus Ehen zwischen einem Ausländer und einer deutschen Frau.

Tab. 4: Lebendgeborene 1975 bis 1977 nach ihrer Legitimität und der Staatsangehörigkeit der Eltern

Legitimität		1975	1976	1977
Staatsangehörigkeit				
Eheliche Kinder				
Vater	Mutter			
Deutscher	Deutsche	8 911	9 191	8 623
Deutscher	Ausländerin	392	442	390
Ausländer	Deutsche	346	465	426
Ausländer	Ausländerin	2 237	2 143	2 208
z u s a m m e n		11 886	12 241	11 647
Nichteheliche Kinder				
...	Mutter			
...	Deutsche	1 158	1 209	1 226
...	Ausländerin	148	151	114
z u s a m m e n		1 306	1 360	1 340
i n s g e s a m t		13 192	13 601	12 987

Von den 11 650 ehelich Lebendgeborenen sind 6350, also über die Hälfte, als erstes Kind von Ehepaaren geboren worden. Der Anteil der Erstgeborenen ist, da im Verhältnis immer weniger zweite und weitere Kinder geboren worden sind, seit 1969 ständig angestiegen und lag 1976 bei 54,5 Prozent und 1977 bei 54,4 Prozent.

Die Zweitgeborenen stellen 1977 – wie schon in den drei Jahren zuvor – knapp ein Drittel aller Lebendgeborenen, so daß zusammen mit den Erstgeborenen fast neun von zehn zur Welt gekommenen Kinder zu einer Kleinfamilie gehörten.

Die Zahl der Totgeborenen nahm 1977 – wie auch schon 1976 – weiter ab und hat mit nur 70 Fällen einen Tiefstand erreicht. Das entspricht einer Ziffer von nur 5,4 Totgeborenen je 1000 Geborenen insgesamt – gegenüber einer entsprechenden Relation von noch 9,2 zehn Jahre zuvor.

Auf insgesamt 13 057 Geburten, die 1977 in Hamburg ermittelt wurden, entfielen 141 Mehrlingsgeburten, das sind etwa ein Prozent. In der gleichen Größenordnung lag diese Relation auch in den vergangenen Jahren. Von allen Mehrlingsgeburten haben die Zwillingsgeburten stets einen Anteil zwischen 97,5 und 100 Prozent gehabt; d. h. andere Mehrlingsgeburten sind ganz besonders seltene Ereignisse. So hat es z. B. in Hamburg 1977 vier Drillingsgeburten gegeben und im Jahr davor neben zwei Drillingsgeburten sogar noch jeweils eine Vierlings- und eine Fünflingsgeburt; letztere sind in den vergangenen 25 Jahren nur dieses eine Mal festgestellt worden und auch Drillingsgeburten gab es nicht in jedem Jahr.

Bei den Mehrlingsgeburten des Jahres 1977 war ein deutlicher Mädchenüberschuß festzustellen: 162 Mädchen standen nur 124 Knaben gegenüber. Unter den 137 Zwillingsgeburten gab es in 56 Fällen zwei Mädchen und in 38 Fällen zwei Knaben; in den restlichen 43 Fällen kamen ein Mädchen und ein Knabe als Zwillinge zur Welt. Bei den vier Drillingsgeburten wurden nur einmal drei Mädchen gezählt; in den anderen drei Fällen gab es Kinder beider Geschlechter: zweimal zwei Knaben und ein Mädchen sowie einmal zwei Mädchen und ein Knabe. In den beiden vorangegangenen Jahren waren im Gegensatz zu 1977 bei den Mehrlingsgeburten die Knaben gegenüber den Mädchen in der Überzahl (1976: 174 Knaben und 157 Mädchen und 1975: 139 Knaben und 123 Mädchen).

Die Zahlenverhältnisse verändern sich natürlich, wenn man statt der Geburten die lebendgeborenen Kinder aus den Mehrlingsgeburten zum Vergleich heranzieht. Den 12 706 Lebendgeborenen aus Einzelgeburten (97,8 Prozent aller Lebendgeborenen) 1977 standen 269 Lebendgeborene aus Zwillingsgeburten (2,1 Prozent) und 12 Lebendgeborene aus Drillingsgeburten (0,1 Prozent) gegenüber. Aber auch bei dieser Betrachtung zeigt sich wiederum die relativ geringe Zahl der Mehrlingsgeburten.

Regionale Verteilung der Geburten¹⁾

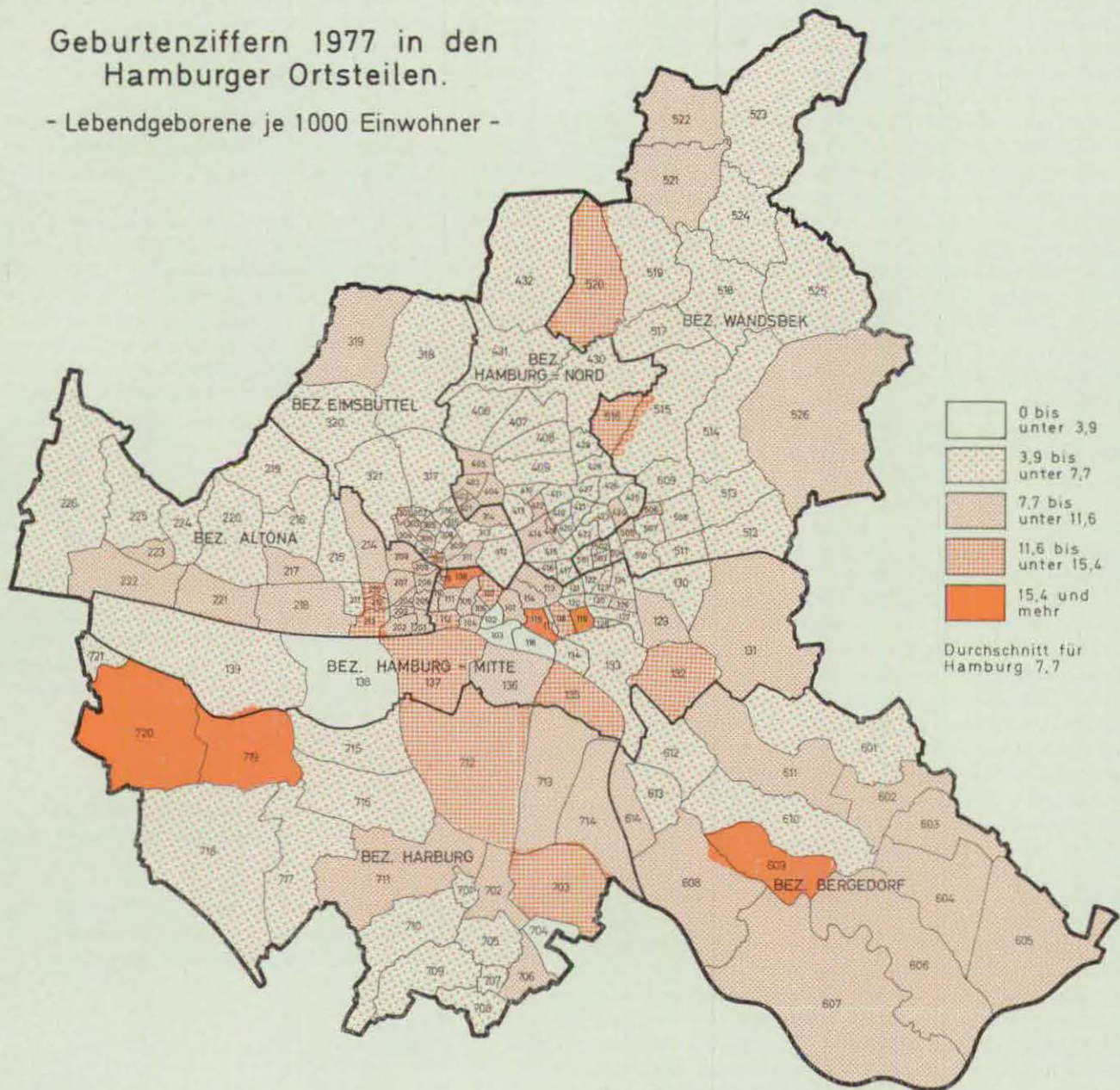
In den sieben Hamburger Bezirken betrug die Zahl der Lebendgeborenen 1977:

Wandsbek	2 760 Geburten = 21,3 Prozent
Hamburg-Mitte	2 072 Geburten = 16,0 Prozent
Hamburg-Nord	2 064 Geburten = 15,9 Prozent

¹⁾ Die regionale Zuordnung der Geburten erfolgt nicht nach dem Ort der Geburt, sondern nach dem Wohnsitz der Eltern bzw. der Mutter.

Geburtenziffern 1977 in den Hamburger Ortsteilen.

- Lebendgeborene je 1000 Einwohner -



0 bis unter 3,9
 3,9 bis unter 7,7
 7,7 bis unter 11,6
 11,6 bis unter 15,4
 15,4 und mehr

Durchschnitt für Hamburg 7,7

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Y

Altona	1 901 Geburten = 14,6 Prozent
Eimsbüttel	1 862 Geburten = 14,3 Prozent
Harburg	1 662 Geburten = 12,8 Prozent
Bergedorf	666 Geburten = 5,1 Prozent
<hr/>	
Hamburg insgesamt	12 987 Geburten = 100 Prozent

Diese Reihenfolge entspricht nicht durchgängig, wie vielleicht zu vermuten wäre, der jeweiligen Einwohnerzahl der Bezirke. Dabei steht zwar auch Wandsbek an der Spitze; es folgen dann aber Hamburg-Nord sowie Altona, der Bezirk Hamburg-Mitte steht erst an fünfter Stelle. Hieraus wird deutlich, daß die Geburtenziffern – darunter wird die Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner verstanden – sehr unter-

schiedlich sind. Bei einer durchschnittlichen Hamburger Geburtenziffer für das vergangene Jahr von 7,7 verzeichneten drei Bezirke etwa den gleichen Wert; nämlich Altona (7,9), Eimsbüttel (7,6) und Bergedorf (7,4). Zwei Bezirke – Wandsbek (7,2) und Hamburg-Nord (6,7) – lagen deutlich unter diesem Durchschnitt und die beiden übrigen Bezirke – Harburg (8,5) und Hamburg-Mitte (9,1) – beachtlich darüber.

Noch differenzierter wird das Bild bei der Betrachtung der Geburtenziffern der 179 Hamburger Ortsteile (ohne Neuwerk); hier schwanken die Werte 1977 zwischen null – in fünf Ortsteilen mit meist recht geringer Einwohnerzahl – und rund 30 – in zwei

Ortsteilen. Das Schaubild 1 verdeutlicht die Verteilung der fünf Gruppen von verschiedenen Geburtenziffern auf die Ortsteile; dabei ist die Zahl der Ortsteile, denen die zwei unter dem Hamburger Durchschnitt liegenden Geburtenziffern zuzuordnen sind mit 92 etwa gleich groß der Zahl der Ortsteile, für die Werte in den drei Gruppen oberhalb des Durchschnitts ermittelt wurden: nämlich 87 Ortsteile. Erwartungsgemäß sind die beiden Gruppen mit den Geburtenziffern „3,9 bis unter 7,7“ und „7,7 bis unter 11,6“ – die also dem Hamburger Durchschnitt am nächsten liegenden – besonders stark besetzt. Auffallend ist aber, daß es 14 Ortsteile gibt, in denen Geburtenziffern von „11,6 bis 15,4“ ermittelt wurden und weitere sechs Ortsteile mit Werten von „15,4 und mehr“ (siehe Schaubild 1). Wesentlich bestimmend hierfür ist der Altersaufbau der Bevölkerung.

In der überwiegenden Mehrzahl dieser 20 Ortsteile finden wir einen besonders hohen Ausländeranteil – und damit eine relativ junge Bevölkerung – der bei einem Hamburger Durchschnitt von sieben Prozent hier meistens über 20 Prozent – z. T. sogar bis 30 und mehr Prozent – beträgt. Da aber fast 18 Prozent aller Lebendgeborenen Ausländer sind und sogar beinahe ein Viertel aller 1977 geborenen Kinder in Hamburg wenigstens einen ausländischen Elternanteil haben, ist die Geburtenziffer bei den Ausländern wegen des Altersaufbaus dieses Bevölkerungsteiles erheblich höher als bei der deutschen Bevölkerung und treibt damit die Geburtenziffern in überdurchschnittlich stark von Ausländern bewohnten Ortsteilen in die Höhe. Einige dieser 20 Ortsteile mit den relativ hohen Geburtenziffern von 11,6 und mehr haben nun allerdings nur durchschnittliche oder weit unter dem Durchschnitt liegende Ausländeranteile aufzuweisen, und zwar Steilshoop (516), Hummelsbüttel (520), Neuland (703), Reitbrook (609) und Francop (719). Hier dürfte für die beiden Ortsteile Steilshoop und Hummelsbüttel die erhebliche Neubautätigkeit der letzten Jahre dazu geführt haben, daß dorthin vermehrt junge Ehepaare gezogen sind und damit die Geburtenziffern einen Wert von rund 12 erreichten. Für die übrigen drei Ortsteile – von denen allerdings Reitbrook und Francop nur eine geringe Einwohnerzahl haben und daher eine kleine Veränderung der Geburtenzahl schon zu einer erheblichen Veränderung der Geburtenziffer führen kann – bietet sich als Erklärung nur an, daß dort ein großer Anteil in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zu finden ist und diese vermutlich eine höhere Geburtenziffer aufweisen als es bei der reinen „Stadtbevölkerung“ der Fall ist. Auch für die Mehrzahl der Ortsteile in den überwiegend landwirtschaftlich genutzten Teilen des Bezirks Bergedorf (Vier- und Marschlande) wurde eine überdurchschnittliche Geburtenziffer ermittelt (siehe Schaubild 1). Bestätigt werden die Aussagen, daß ein hoher Ausländeranteil und/oder eine erhebliche Neubautätigkeit in den vergangenen Jahren zu einer relativ jungen Bevölkerung und damit zu überdurchschnittlich hohen Geburtenziffern führen können, wenn man die Ortsteile betrachtet, die zur Gruppe „7,7 bis unter 11,6“ gehören und in deren oberen Teil (Geburtenziffer 10,0 und mehr) liegen. Auch diese Ortsteile – wie z. B. eine Reihe von ihnen in den Bezirken Hamburg-Mitte und Altona – haben Ausländeranteile von

20 Prozent und mehr. Andere Ortsteile, mit nur geringen Ausländeranteilen, zeichneten sich durch einen beachtlichen Wohnungszugang in den letzten Jahren aus – wie z. B. Billstedt (131) oder der mittlere Teil von Wilhelmsburg (713) – oder gehören zu den landwirtschaftlich genutzten Gebieten, von denen schon einige erwähnt wurden.

Die behandelten Erklärungsgründe – eine relativ junge Bevölkerung durch hohen Ausländeranteil oder beachtliche Neubautätigkeit sowie landwirtschaftliche Bevölkerung – treffen nicht zu für die Elbvororte Flottbek (217), Othmarschen (218), Nienstedten (221) und Blankenese (222 und 223), die alle überdurchschnittlich hohe Geburtenziffern zwischen 8,2 und 9,5 aufzuweisen haben und sich deutlich von den nördlich davon gelegenen Ortsteilen abheben. Hier zeigt sich vielleicht ein Trend, der auch schon in anderen Untersuchungen aufgezeigt wurde, daß nämlich Bevölkerungskreise mit höheren Einkommen „geburtensfreudiger“ sind, als solche mit geringerem Einkommen.

Sterbefälle

Die Zahl der Sterbefälle in Hamburg hat 1977 erneut abgenommen und erreichte den seit 1965 tiefsten Stand. 24 290 Gestorbene wurden in Hamburg registriert, 1010 weniger als 1976. Die langjährige Abnahme (Ausnahme 1975) fällt um so mehr ins Auge, da das Durchschnittsalter der Hamburger Bevölkerung sich mit zunehmenden Anteilen älterer und abnehmenden Anteilen junger Altersgruppen stetig erhöht hat. Die Sterbeziffer sank allein in den letzten drei vergangenen Jahren von 15,1 auf 14,4 Gestorbene je 1000 Einwohner, die niedrigste Quote seit genau zehn Jahren.

Naturgemäß kommen die meisten Gestorbenen aus den älteren Altersgruppen; nur 0,8 Prozent sind unter ein Jahr und weitere 0,8 Prozent ein Jahr bis unter 20 Jahre alt geworden.

Tab. 5: Gestorbene 1975 bis 1977 nach Alter und Geschlecht

Art der Angaben	1975	1976	1977
Gestorbene insgesamt			
männlich	12 541	11 979	11 597
weiblich	13 558	13 321	12 697
zusammen	26 099	25 300	24 294
auf 1000 der Bevölkerung	15,1	14,8	14,4
auf 100 weibl. Gestorbene kamen ... männl.	92,5	89,9	91,5
Gestorbene Säuglinge			
unter 1 Jahr	226	219	195
auf 1000 Lebendgeborene	17,1	16,1	15,0
in den ersten 28 Tagen	136	159	125
auf 1000 Lebendgeborene	10,5	11,7	9,6
in den ersten 7 Tagen	119	127	100
auf 1000 Lebendgeborene	9,0	9,3	7,7
in den ersten 24 Stunden	61	57	54
auf 1000 Lebendgeborene	4,6	4,2	4,2

Frauen verzeichnen relativ mehr Sterbefälle als Männer. Auf 100 weibliche Gestorbene kommen nur 91 Männer. Der Frauenüberschuß vor allem auch in den

älteren Jahrgängen bedingt diesen höheren Anteil an den Sterbefällen.

Entsprechend umgekehrt ist es bei den Ausländern. Auf 100 gestorbene nichtdeutsche Frauen entfallen 1977 171 gestorbene Männer fremder Nationalität, da der Anteil der weiblichen Bevölkerung bei den Ausländern deutlich niedriger ist als der der Männer.

Absolut gesehen ist die Zahl der Sterbefälle bei Ausländern jedoch gering. Nur einer von 100 Verstorbenen ist nichtdeutscher Nationalität, insgesamt sind es 240 im Jahr 1977 gewesen.

Wie schon erwähnt, waren nur 0,8 Prozent aller Gestorbenen jünger als 12 Monate. Die Säuglingssterblichkeit ist mit 195 Toten, das sind 15 auf 1000 Lebendgeborene, so niedrig wie noch nie gewesen. Unter den gestorbenen Säuglingen waren 42 ausländische Kinder, 17 Prozent aller ausländischen Toten in Hamburg.

Der Rückgang an Sterbefällen gilt für alle „Altersgruppen“ der Säuglinge: die Zahl der während der ersten 24 Stunden gestorbenen Babys sank von 61 (1975) und 57 (1976) auf 54 im Jahr 1977, die der in den ersten sieben Tagen Gestorbenen von 119 (1975) und 127 (1976) auf 100 im vergangenen Jahr und der innerhalb der ersten 28 Tage gestorbenen Säuglinge von 136 (1975) und 159 (1976) auf 125 im Jahr 1977. Diese Entwicklung ist vermutlich vor allem auf die Bemühungen zurückzuführen, Aufklärung über die Notwendigkeit von Vorsorgeuntersuchungen zu geben und die Mütter zu bewegen, diese auch in Anspruch zu nehmen. Das gilt nach der Geburt insbesondere auch für die Vorsorgeuntersuchungen bei den Säuglingen und Kleinkindern und der damit verbundenen Möglichkeit, frühzeitig gesundheitsfördernde Maßnahmen zu ergreifen.

Regionale Verteilung der Sterbefälle²⁾

Die Verteilung der Zahl der Gestorbenen über die sieben Bezirke Hamburgs nähert sich eher der Rangfolge der Bezirke nach ihrer Einwohnerzahl an, als es bei den Geburten beobachtet werden konnte. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild:

Hamburg-Nord	5 776 Gestorbene =	23,8 Prozent
Wandsbek	4 890 Gestorbene =	20,1 Prozent
Altona	3 388 Gestorbene =	13,9 Prozent
Hamburg-Mitte	3 186 Gestorbene =	13,1 Prozent
Eimsbüttel	3 174 Gestorbene =	13,1 Prozent
Harburg	2 674 Gestorbene =	11,0 Prozent
Bergedorf	1 206 Gestorbene =	5,0 Prozent

Hamburg insgesamt 24 294 Gestorbene = 100 Prozent

Nur Hamburg-Nord und Wandsbek bzw. Hamburg-Mitte und Eimsbüttel haben bei einem Vergleich der Reihenfolge nach der Zahl der Gestorbenen und nach der Zahl der Einwohner miteinander ihre Plätze getauscht.

Die Sterbeziffer für Hamburg insgesamt – d. h. die Zahl der Gestorbenen auf 1000 Einwohner (der mittleren Bevölkerung 1977) – wurde für das vergangene Jahr mit 14,4 ermittelt. Nur ein Bezirk, nämlich Hamburg-Nord, lag mit einer Sterbeziffer von 18,6 erheblich über diesem Durchschnittswert, während alle anderen Bezirke mit ihren Sterbeziffern darunter lagen: Den geringsten Wert hatte Wandsbek (12,8) aufzuweisen; Eimsbüttel (13,0) und Bergedorf (13,3) folgten darauf. Näher an den Hamburger Durchschnitt kamen dann Harburg (13,7), Hamburg-Mitte (14,0) und Altona (14,1) heran.

Vergleicht man die 179 Ortsteile untereinander, so schwanken die Ziffern noch erheblich mehr als die Geburtenziffern. Bei den Sterbeziffern gibt es Werte zwischen Null – allerdings nur in einem Ortsteil – und über 30 in sechs Ortsteilen, wobei der Extremwert 69,0 beträgt.

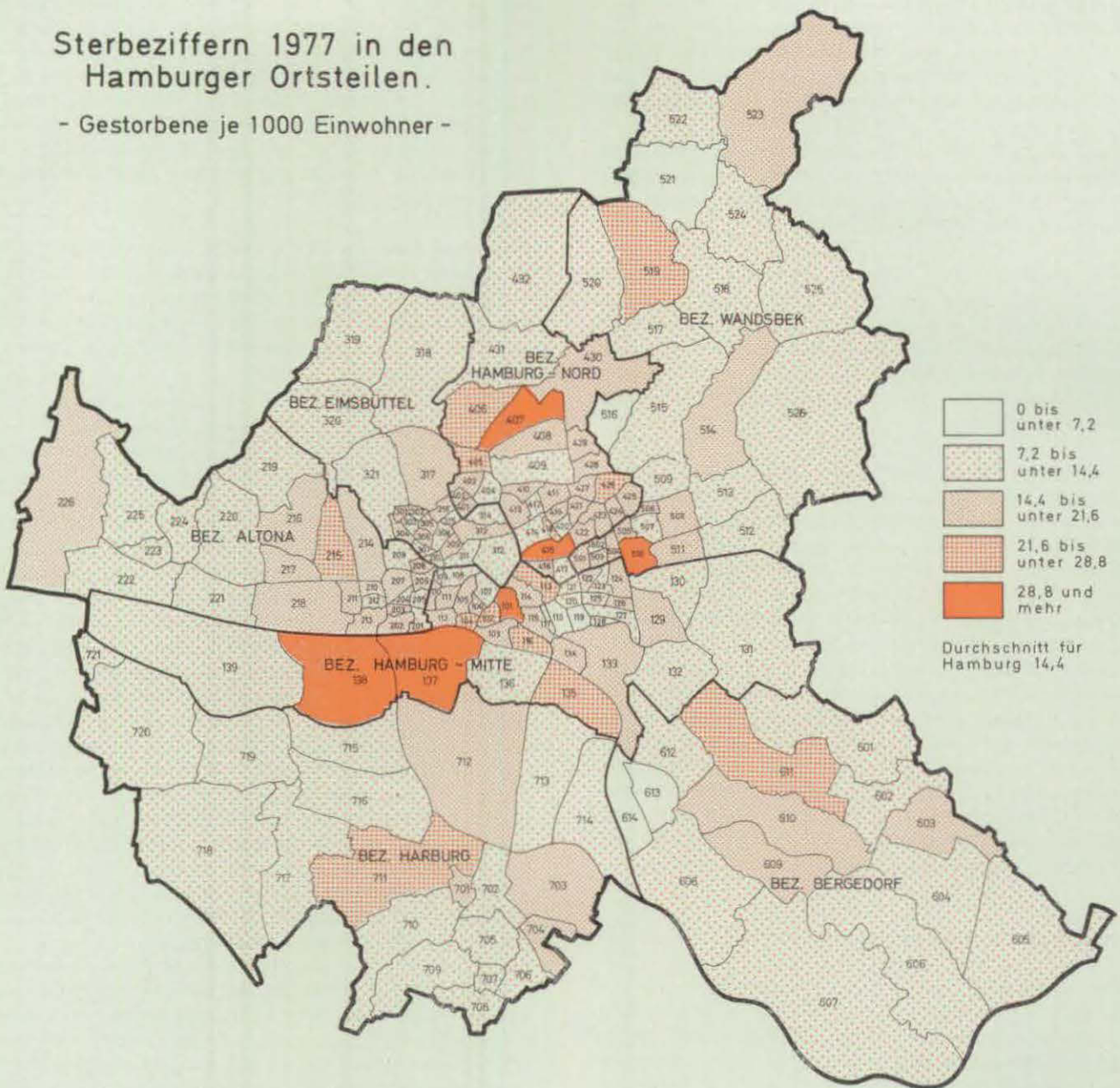
In der untersten der fünf Sterbeziffern-Gruppen – „0 bis unter 7,2“ – sind acht Ortsteile zu finden, und zwar die drei Ortsteile 117, 118 und 119, die den Stadtteil Hammerbrook bilden, der Ortsteil 420, der zu Barmbek-Süd gehört, sowie Steilshoop (516), Lemsahl-Mellingstedt (520), Tatenberg (613) und Spadenland (614), von denen einige nur eine sehr geringe Einwohnerzahl aufweisen und in denen fast durchweg der Anteil der Einwohner im Alter von 65 Jahren und darüber erheblich unter dem Hamburger Durchschnitt liegt. Die andere „Flügelgruppe“ mit Sterbeziffern von „28,8 und mehr“ zählt sechs Ortsteile, und zwar den nordöstlichen Teil der Altstadt (101), Steinwerder (137), Waltershof (138), Alsterdorf (407), den südlichen Teil von Uhlenhorst (415) und den östlichen Teil von Marienthal (510); auch hier handelt es sich zum Teil um Ortsteile mit nur wenigen Einwohnern, in denen naturgemäß eine kleine Variation in der Anzahl der Sterbefälle zu einer großen Veränderung der Sterbeziffer führt. Bei den anderen Ortsteilen dieser Gruppe sowie auch bei der Mehrzahl der Ortsteile mit Sterbeziffern in der anschließenden Gruppe „21,6 bis unter 28,6“ zeigt sich deutlich, daß die Sterbeziffer wesentlich vom Altersaufbau der Bevölkerung in der jeweiligen regionalen Einheit abhängig ist; denn der Anteil der 65jährigen und Älteren ist hier – mitunter erheblich – höher, als er für die Gesamtstadt ermittelt wurde. Zurückzuführen ist dieser Altersaufbau auch auf größere Alters- und Pflegeheime, die sich dort befinden. Hinzuweisen ist zum Beispiel auf das Pflegeheim Bahrenfeld (Ortsteil 215), das Pflegeheim Gr. Borstel (406), das Pflegeheim Alsterberg und die Alsterdorfer Anstalten (407), das Pflegeheim Oberaltenallee und das Rentnerwohnheim Averhoffstraße (415), das Pflegeheim Wandsbek-Marienthal (510), mehrere Pflegeheime in Poppenbüttel (519) und das Pflegeheim Heimfeld (711).

Auf der anderen Seite fällt auf, daß die „Neubaugebiete“, die auch bei der Betrachtung der Geburtenziffern genannt wurden, meist recht geringe bzw. unterdurchschnittliche Sterbeziffern aufzuweisen haben, weil dort eine relativ junge Bevölkerung wohnt; das ist z. B. für Billstedt (Sterbeziffer 9,5), Steilshoop (5,4), Hummelsbüttel (10,0) und den mittleren Teil von Wilhelmsburg (Ortsteil 713) (7,8) festzustellen. Es gilt allerdings nicht durchgängig, daß dort, wo relativ

²⁾ Die regionale Zuordnung der Sterbefälle erfolgt nicht nach dem Ort des Todes, sondern nach dem letzten Wohnsitz.

Sterbeziffern 1977 in den Hamburger Ortsteilen.

- Gestorbene je 1000 Einwohner -



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Y

hohe Geburtenziffern ermittelt wurden, die Sterbeziffern relativ niedrig sind und umgekehrt; dazu sind viele Ortsteile in ihrem Bevölkerungsaufbau nach Alter und Nationalität zu wenig homogen, so daß neben einer großen Anzahl junger – und vielleicht

auch ausländischer – Einwohner mit hohen Geburtenziffern auch die Zahl der alten Menschen hoch sein kann und damit auch zu einer überdurchschnittlichen Sterbeziffer im gleichen Ortsteil führt.

Jens Gerhardt / Detlef Schmidt

Der Fertigteilbau in Hamburg

Fertigteil-Bauweise oder „Stein-auf-Stein“ ist eine besonders in Perioden gesteigerter Bautätigkeit häufig diskutierte Alternative. Das Fertighaus steht heute mit seiner Vielfalt von Variationsmöglichkeiten unbestritten im scharfen Wettbewerb mit der konventionellen Bauweise und ist aus dem Baugeschehen nicht mehr wegzudenken.

In den letzten Jahren erreichte der Fertigteilbau in Hamburg einen beachtlichen Marktanteil. Jedes sechste 1977 fertiggestellte Wohn- und Nichtwohngebäude wurde aus Fertigteilen errichtet. Dazu zählen nicht nur komplette Fertighäuser, sondern auch alle Gebäude, die überwiegend aus genormten – meistens großformatigen – Fertigteilen (geschoßhohe und raumbreite Außen- und Innenwände) zusammengesetzt sind.

Unterschiedliche Entwicklung seit 1970

1977 wurden von insgesamt 2100 in Hamburg errichteten Wohngebäuden 280 in Fertigteilbauweise erstellt. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt außerordentlich starke Schwankungen, die im großen und ganzen die Veränderungen der allgemeinen Bautätigkeit widerspiegeln. Während 1975 unter dem Einfluß der Rezession das Baugeschehen seinen absoluten Tiefpunkt erreichte, wurden in den darauffolgenden Jahren in fast allen Bereichen der Bauwirtschaft wieder verhältnismäßig hohe Zuwachsraten registriert. Dazu beigetragen haben die günstigen Kapitalmarktverhältnisse sowie eine Reihe von

Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand. Zu erwähnen sind hier die sogenannten Bau- und Aufwendungsdarlehen sowie staatliche Zinserleichterungen speziell für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen. So hat sich von 1975 bis 1977 die Zahl der fertiggestellten Wohngebäude insgesamt um mehr als die Hälfte ausgeweitet. Auch der Fertigteilbau schnitt in dieser Phase außerordentlich günstig ab: hier haben sich die Fertigstellungen, insbesondere durch die positive Entwicklung im Eigenheimbau, in diesem Zeitraum zahlenmäßig fast verdoppelt. Heute beträgt der Anteil des Fertigteilbaus an der gesamten Wohnbautätigkeit in Hamburg 14 Prozent. Er entspricht damit genau dem für 1970 ermittelten Wert; allerdings lagen in den dazwischen liegenden Jahren die Quoten weit höher: 17 Prozent im Jahre 1976 sowie 18 und gar 19 Prozent in den Jahren 1972 bis 1974. Diese relativ hohen Anteile sind auf das vergleichsweise stärkere Vordringen der Fertigteilbauweise bei den Mehrfamilienhäusern zurückzuführen.

Jedes achte Eigenheim entsteht aus Fertigteilen . . .

Der allgemein festzustellende Trend zum Einfamilienhaus hat auch die Nachfrage nach Fertighäusern stark belebt. Die Zahl der Fertigstellungen ist zwischen 1970 und 1977 um gut zwei Fünftel auf über 140 Einheiten angestiegen. Trotz dieser Zunahme liegt (gemessen an den Fertigstellungen insgesamt) damit ihre Quote heute nur bei 12 Prozent gegenüber noch 16 bis 17 Prozent zwischen 1972 und 1974. Ob sich der Fertigteilbau auf diesem Niveau

Tab. 1:

Fertiggestellte Wohngebäude in Hamburg 1970 bis 1977

Jahre	Einfamilienhäuser			Zweifamilienhäuser			Mehrfamilienhäuser			Wohngebäude insgesamt		
	zusammen	dar. Fertigteilbau		zusammen	dar. Fertigteilbau		zusammen	dar. Fertigteilbau		zusammen	dar. Fertigteilbau	
		absolut	%		absolut	%		absolut	%		absolut	%
Anzahl												
1970	931	102	11	153	14	9	746	133	18	1 830	249	14
1971	1 226	99	8	175	8	5	888	138	16	2 289	245	11
1972	930	156	17	173	6	4	1 007	231	23	2 110	393	19
1973	889	152	17	168	11	7	1 002	215	21	2 059	378	18
1974	620	99	16	176	4	2	782	197	25	1 578	300	19
1975	711	58	8	99	5	5	497	84	17	1 307	147	11
1976	830	105	13	116	6	5	517	131	25	1 463	242	17
1977	1 223	143	12	190	9	5	668	128	19	2 081	280	14
1000 m ³ umbauter Raum												
1970	676	68	10	226	13	6	3 153	845	27	4 056	927	23
1971	851	66	8	204	6	3	3 523	594	17	4 578	666	15
1972	685	92	13	201	7	4	4 217	1 125	27	5 103	1 223	24
1973	651	96	15	189	13	7	4 294	1 157	27	5 133	1 266	25
1974	502	67	13	183	5	3	4 046	1 196	30	4 730	1 267	27
1975	542	38	7	116	5	4	2 616	666	26	3 275	709	22
1976	639	71	11	129	6	5	2 574	707	28	3 342	784	24
1977	880	102	12	230	9	4	3 001	485	16	4 111	596	15

stabilisieren oder gar die früheren Ergebnisse wieder erreichen wird, bleibt abzuwarten. Sachkenner geben im Zuge der durchweg positiven Aussichten für Eigenheime auch dem Fertigteilbau günstige Zukunftschancen. Relativ kurze Bauzeiten und die von vielen Unternehmen dieser Branche garantierten Festpreise spielen nicht selten dabei eine ausschlaggebende Rolle. Zum Teil wird die Entwicklung aber auch vom Angebot spezieller Stadthautypen abhängen, die trotz kleiner Bauflächen – in einer Großstadt wie Hamburg kommen für den Eigenheimbau nur knapp zugeschnittene Grundstücke in Frage – ein Optimum an Raumangebot und einen hohen Wohnwert bieten. Die Einfamilienhaus-Ausstellung „Hamburg-Bau 78“ in Poppenbüttel bot in diesem Zusammenhang einen konkreten Beitrag. Dort wurde eine Vielzahl exemplarischer Möglichkeiten des Einzelhaus-Wohnens aufgezeigt, bei denen auch der Fertigteilbau eine bedeutsame Rolle spielt.

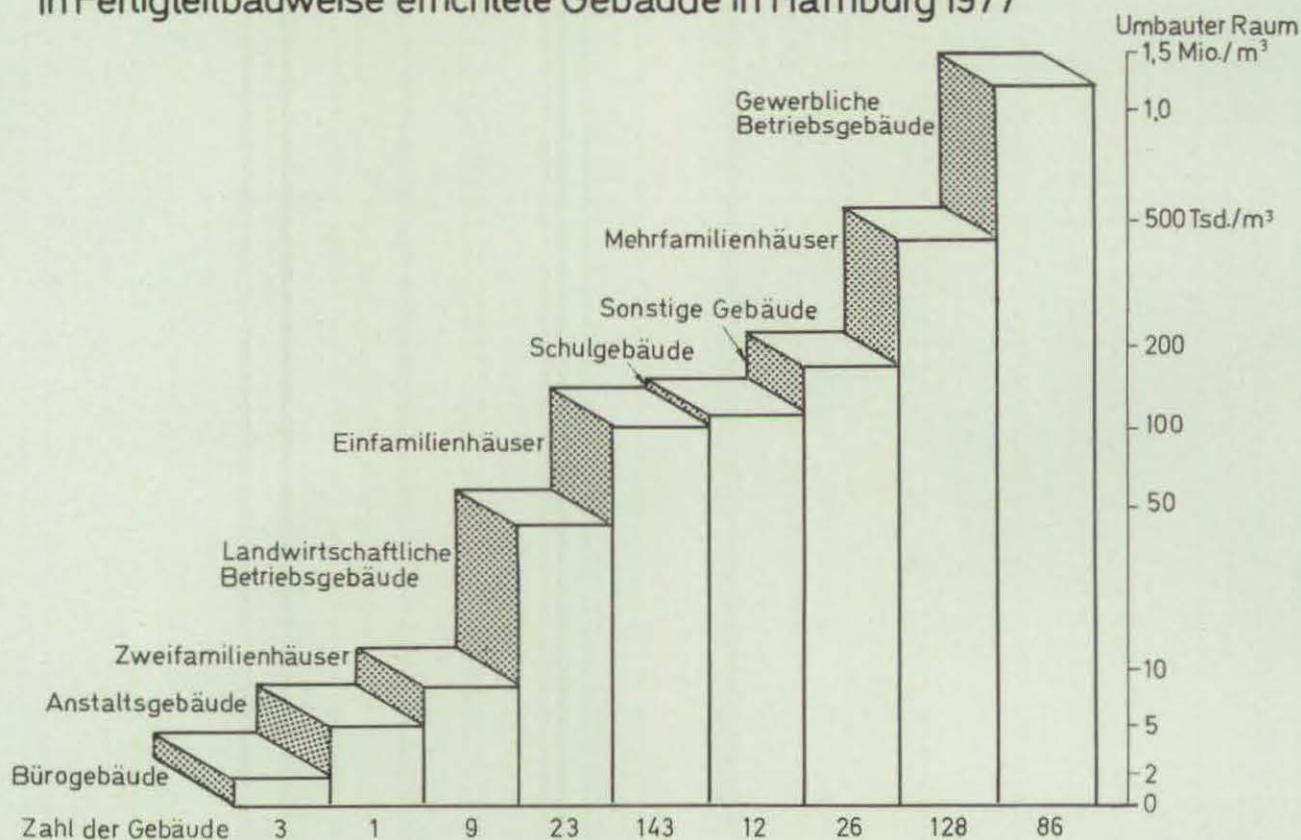
... und fast jedes fünfte Mehrfamilienhaus

Eine weit größere Bedeutung hat in Hamburg der Fertigteilbau bei der Errichtung von Mehrfamilienhäusern, von denen 1977 fast jedes fünfte in Fertigteilbauweise erstellt wurde. Noch höher ist dieser Anteil, wenn man den umbauten Raum zugrunde legt: Im Durchschnitt der letzten acht Jahre lag ihre Quote bei 25 Prozent. Offenbar hat sich gerade hier das Bestreben nach Rationalisierung am besten

durchsetzen können. Schon Ende der 50er Jahre machte Hamburg sich als erste Stadt in der Bundesrepublik die Vorteile des Fertigteilbaus bei größeren Bauprojekten zu nutze, als es darum ging, die Kriegsfolgen und die dringende Wohnungsnot so schnell wie möglich zu bewältigen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang der Bau einer ganz in Fertigteilbauweise erstellten 21geschossigen Hochhausgruppe (rund 5000 Wohnungen) Mitte der 60er Jahre am Osdorfer Born – in einer Rekordzeit von nur sechseinhalb Monaten –, sowie später der Baukomplex Mümmelmannsberg und Am Schiffbeker Berg im östlichen Teil der Stadt. So ist es denn auch zu erklären, daß in einigen Jahren dieser Dekade der Anteil des Fertigteilbaus an den Fertigstellungen von Mehrfamilienhäusern oft eine bedeutende Höhe erreichte.

1977 ist der Fertigteilbau in diesem Bereich zurückgegangen. Dies liegt hauptsächlich daran, daß jetzt wesentlich kleinere Wohngebäude gebaut werden, bei denen die Kostenvorteile durch Fertigteilbauweise – diese lassen sich am ehesten bei großen Serienbauten realisieren – heute eine nicht so ausschlaggebende Rolle spielen. So lag zwischen 1972 und 1974 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern im Durchschnitt noch bei rund 13 000 gegenüber nicht ganz 9000 im letzten Jahr. Noch besser aber läßt sich diese Entwicklung am Rückgang des umbauten Raums verdeutlichen, der für diese Gebäude in den letzten vier bis fünf

In Fertigteilbauweise errichtete Gebäude in Hamburg 1977



Jahre	Anstaltsgebäude		Bürogebäude		Landwirtschaftl. Betriebsgebäude		Gewerbliche Betriebsgebäude		Schulgebäude		Sonstige Gebäude		Nichtwohngebäude insgesamt	
	zu-	dar.	zu-	dar.	zu-	dar.	zu-	dar.	zu-	dar.	zu-	dar.	zu-	dar.
	sammen	Fertig-	sammen	Fertig-	sammen	Fertig-	sammen	Fertig-	sammen	Fertig-	sammen	Fertig-	sammen	Fertig-
	1000 m ³	%	1000 m ³	%	1000 m ³	%	1000 m ³	%	1000 m ³	%	1000 m ³	%	1000 m ³	%
1970	122	7	630	3	428	4	2 973	14	217	58	520	15	4 889	13
1971	142	32	919	6	329	4	4 742	18	316	63	281	6	6 729	17
1972	180	3	643	29	207	9	3 303	32	612	36	271	16	5 216	29
1973	156	3	816	20	352	40	5 241	34	500	34	614	5	7 679	30
1974	313	48	2 075	7	154	74	4 092	19	404	53	385	37	7 422	21
1975	352	3	441	21	187	61	2 188	26	394	42	296	41	3 858	28
1976	156	19	439	15	154	54	2 142	40	498	48	324	69	3 713	40
1977	326	2	843	0	100	49	3 888	31	196	58	442	41	5 694	27

Jahren von rund 1200 m³ auf jetzt knapp 500 m³ gesunken ist. Das ist auch allein die Ursache dafür, daß der Fertigteilbau insgesamt auf dieser Basis seither eine rückläufige Tendenz aufweist.

Unterschiedliche Inanspruchnahme des Fertigteilbaus

Bei der Aufgliederung nach Bauherrngruppen zeigt sich, daß 1977 fast die Hälfte aller Fertigteilbauten von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen — als größte Anbieter von Sozialwohnungen — errichtet wurden. An zweiter Stelle rangierten die privaten Haushalte, die sich zu 40 Prozent für ein Fertighaus entschieden. Dagegen nutzten die freien Wohnungsunternehmen nur zu knapp einem Zehntel die Fertigteilbauweise. Relativ bescheiden nahm sich auch mit drei Prozent der Anteil der sonstigen Unternehmen (Gesellschaften und Vereine mit Erwerbscharakter) aus. Bemerkenswert ist jedoch die Größe der von dieser Gruppe errichteten Gebäude: Ein Gesamtdurchschnitt von über 5000 m³ umbauten Raum je Gebäude standen rund 3000 m³ bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gegenüber. Auch die öffentlichen Bauträger (einschließlich der Organisationen ohne Erwerbscharakter u. a. auch Stiftungen) bevorzugten den Fertigteilbau insbesondere bei größeren Gebäuden. Da diese Bauherrngruppe fast nur zweckgebundene Wohnungen baut, spielt sie für den allgemeinen Wohnungsbau eine allerdings nur geringe Rolle.

Fertigteilbauweise besonders im Nichtwohnbau

Im Nichtwohnbau wurden 1977 insgesamt fast 550 Nichtwohngebäude mit einem umbauten Raum von 5,7 Mio. m³ fertiggestellt. Davon sind allein 150 Gebäude mit gut 1,5 Mio. m³ im Fertigteilbau erstellt worden, was einem Anteil von über 27 Prozent entspricht. Allerdings schwankte — mehr noch als im Wohnungsbau — diese Quote in den letzten Jahren zwischen 13 Prozent (1970) und 40 Prozent (1976).

Relativ häufig verwendete man Fertigteile beim Schulbau; ein Indiz, daß sich gerade in diesem Bereich die Vorteile von Normung und Großserienfertigung besonders positiv auswirken. Der Anteil des Fertigteilbaus an dieser Gebäudeart erreichte — legt man den umbauten Raum zugrunde — 58 Prozent (siehe S c h a u b i l d). Auf den nächsten Plätzen folgten landwirtschaftliche Betriebsgebäude (49 Prozent) und die sogenannten sonstigen Gebäude (41 Prozent), eine Zusammenfassung verschiedenster Bauten, u. a. Sport-, Universitäts- und Institutsgebäude sowie Bauten der Gesundheitspflege. Relativ hoch war auch die Quote bei den gewerblichen Betriebsgebäuden (31 Prozent). Dabei handelte es sich meistens um große Objekte, die im Durchschnitt fast 14 000 m³ umbauten Raum bzw. eine Nutzfläche von 2200 m² aufwiesen. Es hat den Anschein, daß der Fertigteilbau gerade im Nichtwohnbau seine Stellung weiterhin behaupten wird und damit bis zu einem gewissen Grad eine preisregulierende Funktion auf dem gesamten Baumarkt übernehmen kann.

Johannes Marx

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1976	1977				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mbar ²⁾	1 016,4	1 013,9	1 014,5	1 016,0	1 013,0	1 014,1
Lufttemperatur	°C	9,6	9,8	6,6	13,7	16,5	16,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	73,6	76,8	71	61	66	71
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,1	3,2	3	3	3	3
Bewölkung	„ ⁴⁾	5,25	5,7	5,1	4,5	5,0	5,3
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	64,8	16	34	101	76
Sonnenscheindauer	Std.	143,9	113,7	160	241	235	194
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6,75	8,7	6	1	0	1
Tage mit Niederschlägen	„	17,8	20,9	13	12	22	17
				Januar 1978	Februar 1978	März 1978	März 1977
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	230,7	227,9	227,1	227,1	227,3	228,0
„ Altona	„	243,5	239,6	237,9	237,8	237,4	240,6
„ Eimsbüttel	„	247,3	243,8	242,0	241,7	241,4	244,5
„ Hamburg-Nord	„	315,3	309,5	306,5	306,2	305,8	310,7
„ Wandsbek	„	382,5	381,5	382,2	382,1	381,9	381,4
„ Bergedorf	„	91,5	90,7	89,6	89,6	89,5	90,9
„ Harburg	„	196,7	195,4	194,1	193,7	193,4	195,9
* HAMBURG INSGESAMT	„	1 707,5	1 686,4	1 679,4	1 678,2	1 676,7	1 692,0
dav. männlich	„	792,3	782,8	776,9	778,4	777,7	784,4
dav. weiblich	„	915,2	903,6	902,5	899,8	899,0	907,6
dav. Ausländer	„	116,6	118,2	120,6	121,0	121,2	117,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	810	783	384	464	768	681
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	5,7	5,6	2,7	3,6	5,4	4,7
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	1 133	1 082	1 012	965	1 185	1 062
dar. unehelich	„	113	112	119	95	128	114
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	8,0	7,7	7,1	7,5	8,3	7,4
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	10,0	10,4	11,8	9,8	10,8	10,7
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	10,0	10,4	11,8	9,8	10,8	10,7
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 108	2 024	1 909	2 042	1 921	2 305
dar. im ersten Lebensjahr	„	18	16	8	22	18	14
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	„	14,8	14,4	13,4	15,9	13,8	16,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	16,2	14,9	7,9	22,3	15,2	13,2
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	„	— 975	— 942	— 897	— 1 077	— 736	— 1 243
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	„	— 6,8	6,6	— 6,3	— 8,4	— 5,2	— 8,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	— 6,8	6,6	— 6,3	— 8,4	— 5,2	— 8,6
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 048	5 179	5 371	4 158	4 919	5 071
über die Landesgrenzen Hamburgs	„	5 638	5 831	5 440	4 293	5 587	5 819
Fortgezogene Personen	„	— 1 584	— 652	— 69	— 135	— 668	— 748
über die Landesgrenzen Hamburgs	„	— 770	— 357	— 28	— 59	— 292	— 463
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	„	— 794	— 295	— 41	— 76	— 386	— 285
dav. männlich	„						
weiblich	„						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	„	12 509	12 955	19 011	14 128	16 355	11 126
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	„	1 602	1 583	1 629	1 395	1 490	1 667
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	1 114	1 113	1 146	1 009	1 007	1 219
Niedersachsen	„	930	931	940	783	952	958
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	364	342	369	287	363	384
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 195	1 242	1 281	975	1 220	1 242
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 321	1 423	1 521	1 025	1 257	1 204
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	„	2 030	2 195	2 191	1 760	1 991	2 175
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	„	1 580	1 727	1 762	1 386	1 449	1 713
Niedersachsen	„	1 199	1 252	1 251	1 080	1 345	1 348
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	„	641	672	673	602	672	741
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 060	1 127	1 005	883	1 097	1 054
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 349	1 257	993	570	1 154	1 242

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1976	1977				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 079	16 031	15 974	15 946	15 906	15 867
Patienten ²⁾	"	12 600	12 710	12 892	13 540	12 640	13 062
Pflegetage	"	388 246	398 219	405 022	400 038	391 347	381 504
Bettenausnutzung	%	81,4	81,6	85,4	81,9	83,2	81,5
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 139	3 135	3 131	3 131	3 131	3 136
Patienten ²⁾	"	2 705	2 840	2 734	2 704	2 679	2 829
Pflegetage	"	81 017	80 631	77 884	79 902	76 913	79 869
Bettenausnutzung	%	90,9	84,5	88,3	87,6	87,2	89,5
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl		724 549	613 789	938 627	1 189 451	1 120 068
dar. in Hallenschwimmbädern	"	494 979	515 937	592 533	452 530	444 380	404 260
in Freibädern ³⁾	"	696 869	455 334	—	469 787	728 081	700 609
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	643 753	654 198	658 874	598 957	652 019	624 011
Ausgeliehene Noten	"	8 170	8 883	8 711	8 773	8 356	9 634
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	46 581	37 808	38 834	38 919	37 281	37 930
Besucher der Lesesäle	"	10 983	8 285	8 204	7 913	8 778	8 933
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 182	4 256	3 794	3 737	3 689	4 501
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	3 167	2 818	2 937	2 474	2 872	2 666
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 299	1 156	1 236	1 124	1 355	1 114
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	78 297	98 127	82 335	84 217	73 616	82 824
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 443	17 930	7 505	7 620	12 441	7 780
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	10 938	16 278	15 346	13 305	11 324	14 909
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 810	6 919	6 305	5 979	4 830	4 759
Helms-Museum	"	12 716	10 821	11 909	15 759	13 368	14 279
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	11 408	9 412	10 116	14 758	11 958	13 486
Museum für Hamburgische Geschichte	"	17 800	20 069	18 457	17 668	18 610	18 863
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 326	15 404	12 433	16 146	10 651	11 619
Planetarium	"	7 467	8 660	8 784	5 567	—	8 566
Bischofshaus	"	1 797	2 044	1 596	2 173	2 392	2 029
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	69 501	69 345	71 025	70 187	68 903	69 354 r
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	4 992,0	5 021,6	6 065,3	59 420	5 785,5	5 050,2 r
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	71,83	72,41	85,40	84,66	83,97	72,83 r
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 897	28 593	30 864	27 393	25 273	25 771
* dar. männlich	"	14 578	14 965	16 670	14 669	12 909	13 230
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	7 162	8 067	9 869	8 842	7 697	7 175
Technische Berufe	"	1 847	1 555	1 203	1 023	898	1 400
Dienstleistungsberufe	"	16 350	17 310	17 788	15 742	15 056	15 743
2. Arbeitslosen-Quote	%	3,9	4,2	4,5	4,0	3,7	3,8
3. Offene Stellen	Anzahl	9 196	8 824	8 766	9 113	10 221	10 149
4. Arbeitsuchende ⁴⁾	"	35 873	36 489	37 889	34 742	32 896	34 492
5. Vermittlungen ⁵⁾	"	9 342	9 086	9 198	7 311	9 719	8 984
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	4 289	4 364	3 851	3 403	4 803	4 258
6. Kurzarbeiter	"	2 688	4 480	10 372	8 079	7 090	7 721
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 294	1 322	1 766	1 803	1 568	1 516
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,5	97,5	97,7	97,6	97,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	16,0	15,8	14,2	13,6

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1978	1977				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	668	559	504	545	562	589
lose 1)	"	6 121	5 562	5 490	5 828	6 367	6 023
pasteurisiert, abgepackt	"	1 916	2 618	2 336	3 175	3 075	2 832
ultra-hocherhitzt	"						
Teilentrahmte Milch,	"	88	86	85	87	91	92
pasteurisiert, abgepackt	"	2 643	3 218	2 749	2 383	2 893	3 849
ultra-hocherhitzt	"	602	583	685	675	651	702
Entrahmte Milch	"	480	351	285	424	675	655
Buttermilcherzeugnisse	"	155	140	125	152	207	231
Sauermilch- und Kefirerzeugnisse	"						
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	6,5	6,6	5,6	6,0	4,5	5,4
Kälber	"	1,2	1,6	1,7	1,8	1,9	1,3
Schweine	"	20,2	20,2	18,8	19,9	19,7	20,1
Schafe	"	0,8	0,5	0,2	0,2	0,4	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	5,8	5,3	4,4	4,1	4,0	4,4
* Kälber	"	1,2	1,7	1,7	1,8	1,9	1,3
* Schweine 2)	"	20,9	20,1	18,5	18,9	18,6	19,6
* Schlachtmengen aus gewerblichen							
Schlachtungen 3)	"	3 413	3 280	2 947	2 910	2 756	2 997 r
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 507	1 416	1 207	1 135	1 121	1 212
Kälber	"	96	169	205	208	231	152
Schweine	"	1 788	1 655	1 519	1 545	1 386	1 607 r
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt 4)							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	166	160	155	155	156	160
dar. Arbeiter 5)	"	99	94	90	90	90	93
* Geleistete Arbeiterstunden 6)	"	14 614	13 468	12 916	12 841	13 063	13 463
* Löhne (brutto)	Mio. DM	214	214	210	219	225	224
* Gehälter (brutto)	"	206	217	224	230	248	234
* Kohleverbrauch 7)	1 000 t SKE 8)	3	3	4	4	3	3
* Gasverbrauch 8)	1 000 m³	38 632	32 357	45 016	22 965	35 215	27 486
* Stadt- und Kokereigas	1 000 m³	463	510	645	685	420	478
* Erd- und Erdölgas	1 000 m³	38 169	31 847	44 371	22 300	34 795	27 008
* Heizölverbrauch	1 000 t	45	46	51	40	37	38
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	8	6	5	4
schweres Heizöl	1 000 t	38	39	43	34	32	34
* Stromverbrauch	Mio. kWh	302	339	356	348	353	329
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	"	10	-	-	-	-	-
* Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer) 9)	Mio. DM	-	3 612	3 478	3 400	3 515	3 721
dar. Auslandsumsatz 9)	"	-	471	455	455	479	531
Umsatz ausgewählter beteiligter Wirtschaftszweige: 10)							
Mineralölverarbeitung	"	510	497	526	487	500	502
Maschinenbau	"	159	166	161	168	171	189
Elektrotechnische Industrie	"	257	260	273	280	284	289
Chemische Industrie	"	192	201	202	198	227	206
2. Öffentliche Energieversorgung							
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	768	420	329	241	296	176
* Stromverbrauch	Mio. kWh	787	838	894	780	741	689
* Gaserzeugung (brutto)	Mio. m³	20	16	18	12	10	9
Vj.-Durchschnitt 1)							
				3. Vj. 1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	1. Vj. 1977
3. Handwerk (Meßziffern) 11)							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	84,1	87,6	89,2	88,7	86,1	85,9
* Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	131,5	153,4	146,7	205,3	114,7	119,5
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe 12)							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	32 977	31 672	29 612	30 160	30 437	32 528
dav. Inhaber	"	1 209	1 211	1 169	1 193	1 122	1 228
Angestellte	"	5 144	5 046	4 695	4 677	4 727	5 077
Arbeiter 13)	"	26 625	25 615	23 948	24 290	24 588	26 223
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 155	3 853	3 725	3 835	4 043	4 248
dav. für Wohnungsbauten	"	1 125	1 120	1 004	1 095	1 089	1 222
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 550	1 375	1 282	1 277	1 447	1 552
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 479	1 358	1 439	1 483	1 527	1 474
* Löhne (Bruttosumme) 14)	Mio. DM	69,2	68,9	64,9	73,6	77,8	75,4
* Gehälter (Bruttosumme) 14)	"	16,2	16,5	15,2	15,7	17,1	16,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	212,3	249,8	165,0	135,6	214,0	300,0
dav. im Wohnungsbau	"	51,2	67,3	20,9	26,7	28,9	74,0
gewerbl. und industr. Bau	"	78,9	91,3	61,3	55,4	109,0	123,5
öffentlichen und Verkehrsbau	"	82,1	91,2	82,8	53,5	76,1	102,5

1) bis 1977 pasteurisiert. — 2) gewerbliche und Hausschlachtungen. — 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — 4) Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe. — 5) einschl. der gewerblich Auszubildenden. — 6) einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — 7) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle. — 8) umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³ (= 35 169 kJ/m³) — 9) ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar. — 10) Umsatz der verarb. Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile. — 11) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreisenerweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 14) einschließlich Umschüler und Auszubildende, ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1976	1977				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	142	198	106	229	164	158
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	99	179	87	201	152	145
Umbauter Raum	1 000 m ²	281	224	136	320	183	148
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	66,2	53,8	41,2	85,3	57,2	40,0
Wohnfläche	1 000 m ²	56	42	25	64	40	31
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	41	41	33	44	35	37
Umbauter Raum	1 000 m ²	319	374	215	179	368	144
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,8	64,9	55,6	19,3	79,5	16,6
Nutzfläche	1 000 m ²	61	60	38	29	97	27
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	696	449	256	742	414	303
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	122	173	89	101	98	220
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	79	118	84	94	93	77
Umbauter Raum	1 000 m ²	279	343	84	109	145	646
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	61,9	79,9	21,0	24,8	34,9	149,7
Wohnfläche	1 000 m ²	57	70	15	20	24	133
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	46	46	18	21	11	39
Umbauter Raum	1 000 m ²	309	475	124	67	152	338
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,7	75,1	21,6	10,7	12,2	57,2
Nutzfläche	1 000 m ²	61	79	20	12	17	81
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	892	176	235	264	1 818
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	494	493	25	112	25	1 525
4. Baußberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 800	8 800	9 600	10 100	10 300	13 600
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	192	193	194	194	194	192
Wohnungen	-	765	775	775	775	776	769
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 865 ³⁾	2 900	2 902	2 903	2 904	2 874
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	147,7	153,2	157,4	153,3	146,5	139,2
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	172,1	166,4	162,6	153,8	134,0	135,6
Facheinzelhandel	-	140,1	149,9	157,7	155,3	153,3	142,3
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{1) 4)}							
Mio. DM		574	595	618	521	612	616
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	-	70	99	88	77	96	97
Gewerblichen Wirtschaft	-	504	496	531	443	516	519
dav. Rohstoffe	-	6	5	5	4	6	4
Halbwaren	-	94	94	122	97	102	108
Fertigwaren	-	404	397	403	343	408	407
dav. Vorerzeugnisse	-	52	51	63	72	56	54
Enderzeugnisse	-	352	346	340	271	351	353
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	-	414	400	381	361	448	421
dar. EG-Länder	-	264	248	249	227	307	259
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	148,0	155,1	165,0	169,6	159,2	161,3
dav. Beherbergungsgewerbe	-	141,2	149,1	169,7	175,8	168,5	160,0
Gaststättengewerbe	-	149,5	156,6	163,6	167,8	156,4	161,6
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
Anzahl							
Fremdenmeldungen		117 809	121 585	134 359	140 041	144 046	142 283
dar. von Auslandsgästen	-	35 759	36 814	35 186	37 829	43 567	42 030
Fremdenübernachtungen		220 954	216 779	230 777	256 818	246 291	249 996
dar. von Auslandsgästen	-	66 276	65 480	63 503	67 719	74 792	73 973

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1978	1977				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 494	1 462	1 470 s	1 500 p	1 400 p	1 491
Angekommene Schiffe	-	1 569	1 537	1 460 s	1 500 p	1 400 p	1 562
Abgegangene Schiffe	-	4 372	4 464	4 237 p	4 656 p	5 347 p	4 511
Güterverkehr über See	1 000 t	3 177	3 232	2 824 p	3 420 p	4 180 p	3 244
dav. Empfang	"	2 564	2 621	2 074 p	2 697 p	3 506 p	2 648
dav. Massengut	"	1 257	1 312	961 p	1 276 p	1 474 p	1 162
dar. Mineralöle	"	612	611	750 p	723 p	674 p	596
Sack- und Stückgut	"	1 195	1 232	1 413 p	1 236 p	1 167 p	1 267
Versand	"	576	535	570 p	435 p	457 p	580
dav. Massengut	"	619	697	843 p	801 p	710 p	687
Sack- und Stückgut	"	-	-	-	-	-	-
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	314	333	370 p	380	443 p	348
* Güterversand	"	360	434	597 p	492	588 p	375
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 166	5 233	5 036 p	5 579 p	5 642 p	5 636
Fluggäste	-	303 834	314 075	324 277 p	346 208 p	365 313 p	353 742
Fracht	t	2 412,3	2 209,4	3 407,3 p	3 081,5 p	3 018,9 p	2 174,2
Luftpost	-	722,9	756,2	556,2 p	538,6 p	595,5 p	777,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	26 293	25 790	26 715	26 533	24 705	24 431
Schnell- und Vorortbahnen	-	1 735	1 267	1 031	979	949	930
Straßenbahn	-	20 065	20 604	21 451	21 605	20 073	19 500
Kraftomnibusse	-	-	-	-	-	-	-
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	510,9	537,6	555,0	559,8	563,9	528,3
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	-	456,1	477,8	491,9	495,8	499,6	469,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 119	6 441	7 757 p	7 151	7 602 p	7 268
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	-	5 519	5 868	6 914 p	6 407	6 831 p	6 625
Lastkraftwagen	"	416	362	405 p	408	389 p	362
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	910	943	836 p	988 p	1 149 p	981
* Getötete Personen	-	24	21	17 p	24 p	25 p	18
* Verletzte Personen	-	1 166	1 225	1 090 p	1 293 p	1 477 p	1 306
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾ ⁷⁾							
* Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio. DM	50 845,3	57 087,1	60 452,4	61 220,1	61 777,7	57 346,2
dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken	"	48 278,9	53 901,5	57 021,8	57 772,2	58 309,9	54 142,9
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 957,5	11 864,2	11 424,5	11 718,1	11 926,3	12 218,9
an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 781,8	11 740,4	11 238,1	11 533,5	11 725,9	12 135,8
an öffentliche Haushalte	"	175,7	123,7	186,4	184,6	200,4	83,1
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 697,8	6 428,2	6 192,3	6 167,6	6 265,8	6 438,1
an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 269,0	5 030,7	4 960,1	4 953,5	5 081,1	5 027,0
an öffentliche Haushalte	"	1 428,8	1 397,5	1 232,2	1 214,1	1 184,7	1 411,1
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	30 623,7	35 609,1	39 405,0	39 896,5	40 117,8	35 485,9
an Unternehmen und Privatpersonen	"	25 689,1	28 838,7	31 494,9	32 000,3	32 294,6	28 733,4
an öffentliche Haushalte	"	4 934,6	6 770,4	7 910,1	7 896,2	7 823,2	6 752,5
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	34 573,8	37 575,0	39 857,4	40 668,3	40 459,5	37 103,3
Sichteinlagen und Termingelder	"	21 430,9	23 985,2	26 021,8	26 786,0	26 540,2	23 523,7
von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 991,3	17 932,3	19 995,0	20 527,6	20 568,2	17 349,6
von öffentlichen Haushalten	"	5 439,6	6 052,9	6 026,8	6 258,4	5 972,0	6 174,1
Spareinlagen	"	13 119,9	13 589,8	13 835,6	13 882,3	13 919,3	13 579,6
bei Sparkassen	"	8 314,2	8 624,9	8 749,4	8 782,4	8 799,5	8 605,4
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	737,9	755,1	862,0	878,1	895,9	847,4
Lastschriften auf Sparkonten	"	671,0	720,6	617,7	631,4	658,9	619,6
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	28	35	25	17	26
* Vergleichsverfahren	"	0	-	-	-	1	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	425	382	359	599	374	442
* Wechselsumme	Mio. DM	3,2	2,7	1,8	3,8	3,4	5,1

¹⁾ ohne Transit. - ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. - ⁷⁾ einschließlich durchlaufende Kredite.

^{*)} Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1976	1977				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahnverfahren / eidesstattliche Versicherungen							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls / Mahnbescheides	Anzahl	19 868	21 686	24 251	24 730	23 325	18 205
Anträge auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	"	3 699	3 773	3 490	3 620	4 086	3 958
Haftbefehle zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung	"	1 674	1 554	1 259	1 974	2 693	1 426
Geleistete eidesstattliche Versicherungen	"	626	603	541	613	709	565
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	156	157	158	158	157
Grundkapital	Mio. DM	7 115	7 290	7 403	7 504	7 403	7 297
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 732	8 601	9 423	9 523	9 724	8 562
Stammkapital	Mio. DM	6 622	7 204	7 517	7 535	7 731	7 153
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	983,8	1 043,3	826,1	947,5	1 539,6	1 423,8
Steuern vom Einkommen	"	587,8	625,9	378,9	477,0	1 046,7	1 014,0
Lohnsteuer 1)	"	385,7	380,7	251,9	400,2	436,2	450,5
Veranlagte Einkommensteuer	"	133,1	134,8	117,7	25,3	310,1	253,5
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,2	41,8	10,7	35,1	30,4	88,4
Körperschaftsteuer 1)	"	53,7	68,6	—	16,3	270,1	221,7
Steuern vom Umsatz	"	396,0	417,4	447,2	470,5	492,9	409,7
Umsatzsteuer	"	171,2	179,4	175,6	245,6	238,3	186,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	224,8	238,0	271,6	224,9	254,7	223,1
Bundessteuern	"	844,8	900,7	836,3	872,6	950,0	907,8
Zölle	"	67,2	67,7	71,5	69,4	65,8	69,5
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	755,8	811,2	747,3	781,3	864,4	826,1
Landessteuern	"	54,6	64,0	41,0	87,5	49,8	81,4
Vermögensteuer	"	21,3	31,9	8,2	59,7	9,2	42,0
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,8	13,5	16,6	12,7	17,2	12,1
Biersteuer	"	3,1	2,9	2,9	2,8	3,0	3,5
Gemeindesteuern	"	122,2	138,9	84,0	254,5	68,1	77,1
Grundsteuer A 2)	"	0,7	0,1	—	27,7	—	—
Grundsteuer B 3)	"	12,1	16,4	2,7	—	—	28,8
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	90,2	101,4	34,2	217,5	53,9	46,5
Lohnsummensteuer	"	19,4	20,6	47,0	8,8	1,2	1,5
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 391,1	1 506,2	1 361,1	1 452,8	1 753,9	1 648,2
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	257,6	298,6	222,9	208,7	471,1	457,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	273,2	288,0	301,9	317,6	332,7	282,7
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	—	53,9	—	—
Steuereinnahmen des Landes	"	323,8	371,5	225,3	362,1	656,4	553,1
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	214,0	247,2	73,9	199,0	468,0	445,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	39,7	41,5	110,3	21,8	138,6	26,2
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	—	53,9	—	—
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	151,3	165,2	112,9	206,3	172,6	175,7
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital (netto ⁴⁾)	"	59,2	63,5	34,2	109,7	53,9	46,5
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	60,2	64,2	28,8	59,6	104,5	98,6
		Vj.-Durchschnitt 1976	Vj.-Durchschnitt 1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	2. Vj. 1977
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio. DM		2 421,1	2 541,5	2 937,9	2 532,4	2 713,0	2 271,1
dar. Personalausgaben	"	1 000,1	1 053,8	1 163,7	1 114,3	1 045,6	1 024,7
Bauinvestitionen	"	164,4	189,9	290,4	115,0	164,7	147,7
dar. für Schulen	"	40,1	50,5	75,3	37,4	52,2	42,4
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	10,5	4,9	7,3	3,3	4,3	5,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,8	7,0	9,7	3,4	8,1	5,8
Straßen	"	20,7	22,9	40,4	9,5	15,7	14,4
Wasserstraßen und Häfen	"	22,3	20,6	18,4 4)	11,7	15,1	16,2
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	367,2	312,4	267,8	419,8	439,8	366,1
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	2,5	9,1	0,0	0,0	0,8
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
Mio. DM		2 478,1	2 452,3	2 811,2	2 225,8	2 772,4	2 238,3
dar. Steuern	"	1 425,4	1 610,1	1 785,1	1 314,1 5)	1 876,3	1 535,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	88,5	172,0	73,1	85,0	86,5
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	323,8	318,7	339,9	331,4	304,4
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	15,6	—	2,8	1,3	78,2
Schuldenaufnahme	"	423,4	168,3	239,8	272,7	254,5	35,9
3. Schuldenstand am Ende des Quartals 6)							
Mio. DM		8 359,3	8 355,3	8 355,3	8 435,7	8 438,8	8 274,9
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 044,2	7 044,2	7 135,2	7 143,2	6 970,8
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	743,0	743,0	735,9	737,4	723,3

1) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — 3) einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — 5) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — 6) Die von der Unterelbe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1977: rund 4 Mio. DM, 1978: rund 31 Mio. DM, 1975: rund 44 Mio. DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetitel vereinnahmt worden. — 7) ohne die in der zweiten Hälfte des Monats März 1978 eingegangenen Steuern, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr gebucht werden konnten.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1977	Februar 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk							
Wohngebäude insgesamt	1970 = 100	159,0	166,5	168,6	170,2	173,6	166,7
dav. Einfamiliengebäude	"	159,3	167,1	169,3	170,7	173,9	167,3
Mehrfamiliengebäude	"	159,9	167,6	169,8	171,3	175,1	167,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	154,1	160,8	162,8	164,7	167,4	160,8
Bürogebäude	"	153,7	160,6	162,5	164,3	167,6	160,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	147,9	154,4	156,7	158,1	160,8	154,4
				Oktober 1977	Januar 1978	April 1978	April 1977
Löhne und Gehälter							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	535	568	579	563	592	555
darunter	"						
Facharbeiter	"	558	595	606	586	623	580
weibliche Arbeiter	"	345	369	376	375	384	361
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	330	344	349	346	354	337
Bruttostundenverdienste	"	12,47	13,30	13,50	13,48	13,96	13,09
darunter	"						
Facharbeiter	"	12,96	13,86	14,08	14,02	14,60	13,64
weibliche Arbeiter	"	8,46	9,11	9,25	9,29	9,52	8,96
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	8,01	8,46	8,53	8,55	8,76	8,31
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 887	3 087	3 130	3 175	3 232	3 058
weiblich	"	2 075	2 234	2 270	2 310	2 340	2 205
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 904	3 107	3 156	3 175	3 254	3 064
weiblich	"	1 975	2 127	2 166	2 182	2 235	2 092
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 569	2 718	2 736	2 786	2 822	2 687
weiblich	"	1 842	1 984	2 010	2 047	2 028	1 948
				April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	13 008	14 646	13 188	15 148	17 278	16 629
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	6	9	3	8	3
Körperverletzung	"	451	518	525	654	925	550
Raub, räuberische Erpressung	"	104	124	94	134	119	124
Diebstahl	"	8 165	9 410	8 549	9 493	10 649	10 996
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	4 366	5 188	4 691	5 104	6 088	6 414
Betrug und Untreue	"	1 711	1 758	1 373	1 855	2 259	1 924
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 542	1 602	1 331	1 205	1 178	1 517
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	5 710	4 974	5 065	3 707	4 598	5 078
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	647	570	649	617	582	592
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	34 205	36 848	37 665	39 016	40 147	38 499
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	16 091	16 439	16 356	17 285	16 863	16 165
dav. Feueralarme	"	588	525	637	633	533	460
dar. bekämpfte Großbrände	"	17	10	14	12	7	10
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	130	133	111	139	144	117
Rettungswageneinsätze	"	14 297	14 742	14 804	15 555	14 956	14 551
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 718	2 528	2 585	2 509	2 577
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 825	1 856	1 792	2 097	1 951	2 050
Hilfeleistungen aller Art	"	1 290	1 172	915	1 097	1 374	1 154
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	336	186	153	191	200	145

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

**AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN
IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES
1. Vj. 1978 und 4. Vj. 1977**

Großstädte ¹⁾	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾					
	Wohnbevölkerung ⁴⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder verlust (-)	Arbeitslose ⁴⁾	Offene Stellen ⁴⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner		
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio. DM	1000 DM		
Berlin	1. Vj. 1 927 4. Vj. 1 927	4 078	9 343	- 5 265	18 489	18 839	- 5 615	42 569 39 810	8 343 6 342	174 706	91	4 841	2 512		
Hamburg	1. Vj. 1 677 s 4. Vj. 1 680	3 200 3 111	5 900 s 6 539	- 2 700 s - 3 428	13 000 s 18 630	13 500 s 17 478	- 3 200 s - 2 276	33 518 30 431	9 141 6 987	156 438 158 059	93 s 94	6 692 7 241	3 990 s 4 310		
München	1. Vj. 1 313 p 4. Vj. 1 314	2 236 2 331	3 677 3 353	- 1 441 - 1 022	18 045 23 362	17 528 23 508	- 924 - 1 168	22 776 22 452	10 268 7 405	171 747 168 791	131 p 128	7 664 7 490	5 837 p 5 700		
Köln	1. Vj. 980 4. Vj. 981	2 214 2 029	3 102 2 783	- 888 - 754	11 102 14 127	10 595 13 478	- 381 - 105	21 082 21 002	3 985 3 372	125 680 125 307	128	5 402 6 290	5 512 6 412		
Essen	1. Vj. 667 4. Vj. 668	1 354 1 309	2 494 2 230	- 1 140 - 921	4 470 5 877	4 659 5 748	- 1 329 - 792	16 283 15 333	2 040 1 725	60 165	90	924	1 383		
Düsseldorf	1. Vj. 607 4. Vj. 607	1 165	2 001	- 836	8 380	8 945	- 1 401	11 413	2 876		
Frankfurt/M.	1. Vj. 637 4. Vj. 636	1 271 1 290	2 150 2 067	- 879 - 777	11 033 12 090	10 100 11 893	+ 54 - 580	16 662 ²⁾ 15 759 ²⁾	7 656 ²⁾ 6 966 ²⁾	107 582	169	4 529	712		
Dortmund	1. Vj. 614 p 4. Vj. 615	924 p 1 064	1 717 p 1 711	- 793 p - 647	3 279 p 4 892	3 026 p 4 315	- 540 p - 70	15 521 14 437	1 477 1 183	80 402	131	1 917	312		
Stuttgart	1. Vj. 579 4. Vj. 580	1 237 1 134	1 714 1 595	- 477 - 461	9 335 11 116	9 567 11 991	- 709 - 1 336	5 294 5 014	6 104 5 691	124 977 125 274	216 216	5 815 6 671	10 043 11 502		
Bremen	1. Vj. 565 4. Vj. 565	1 079	1 755	- 676	6 205	7 443	- 1 914	13 073 12 693	2 812 2 371	70 094 70 501	125	3 328 3 619	6 405		
Hannover	1. Vj. 549 4. Vj. 550	983 1 061	1 902 1 785	- 919 - 724	7 461 8 189	7 645 9 002	- 1 103 - 1 537	18 110 ²⁾ 17 990 ²⁾	5 900 ²⁾ 2 669 ²⁾	98 635 93 140	180 169	3 173 3 446	5 780 6 265		
Duisburg	1. Vj. 581 4. Vj. 583	1 346 1 246	2 062 1 826	- 716 - 580	3 930 4 788	5 303 6 443	- 2 089 - 2 235	12 567 11 969	1 405 959	103 253 104 606	178 179	3 177 3 368	5 468 5 777		
Nürnberg	1. Vj. 488 4. Vj. 489	1 022 954	1 833 1 623	- 811 - 669	5 089 7 702	5 400 7 282	- 1 122 - 249	12 312 11 775	2 936 2 116	91 598 92 940	188 190	1 931 2 189	3 957 4 476		
Großstädte ¹⁾	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ³⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁶⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio. DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 m ³	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	1. Vj. 8 106 4. Vj. 11 179	332 1 471	.	417 394	1 600 2 520	196 1 213	783 10 710	100 441	238 279	.	666 726	2 897 3 616	3 726 4 569	215 249 105 346	89 489 114 545
Hamburg	1. Vj. 7 682 4. Vj. 9 767	396 1 048	236 s 624	534 918	970 2 139	162 1 180	241 5 468	231 3 934	112 326	67 s 194	204 591	2 500 3 144	3 304 4 155	372 555 148 888	170 436 241 431
München	1. Vj. 6 965 4. Vj. 11 123	425 974	324 p 741	342 576	893 1 226	331 458	1 097 1 732	571 1 379	473 564	360 p 429	922 1 112	1 399 1 865	1 817 2 434	208 629 164 522	136 151 168 896
Köln	1. Vj. 13 145 4. Vj. 12 915	177 356	181 363	500 280	1 350 961	91 844	848 3 781	214 2 313	173 169	177 322	395 1 298	1 146 1 634	1 413 1 634	80 271 155 328	42 348 193 657
Essen	1. Vj. 3 390 4. Vj. 3 390	293	439	158 236	599 551	72 411	284 1 190	19 1 111	42 p 48	63 p 72	88 105	677 703	879 923	79 855 52 005	13 287 118 182
Düsseldorf	1. Vj. 4 900 4. Vj. 4 900	398	656	118	624	294	1 648	.	166	27	323	900	1 121	.	.
Frankfurt/M.	1. Vj. 5 367 4. Vj. 5 367	520	818	85 130	252 216	14 385	129 3 414	96 1 361	304 339	47 53	568 596	867 983	1 061 1 186	277 691 92 176	13 467 142 200
Dortmund	1. Vj. 3 681 4. Vj. 3 681	340	553	187 348	515 675	172 452	632 1 125	295 435	34 38	55 62	67 71	1 006	1 305	60 698 47 744	11 481 ⁷⁾ 102 120 ⁷⁾
Stuttgart	1. Vj. 4 638 4. Vj. 4 638	226 486	390 838	138 161	391 833	53 200	159 779	70 908	106 118	183 203	237 257	603 755	810 1 012	125 603 84 045	10 950 147 749
Bremen	1. Vj. 2 975 4. Vj. 3 601	127 404	715	286 265	506 487	137 784	290 2 212	348 1 240	67 64	113	132 128	761 1 029	881 1 228	78 726 55 065	46 091 61 020
Hannover	1. Vj. 2 934 4. Vj. 3 610	132 274	240 498	109 113	575 226	73 252	177 698	121 1 111	102 105	186 191	171 167	1 012	1 302	107 702 58 277	11 702 112 096
Duisburg	1. Vj. 2 559 4. Vj. 2 732	88 179	151 308	157 169	602 615	37 278	84 1 302	350 691	15 17	26 29	36 37	859 p 871	813 p 1 094	86 337 33 096	11 159 99 253
Nürnberg	1. Vj. 2 731 4. Vj. 3 970	148 291	303 595	246 234	350 682	64 330	89 754	3 716 6 916	93 124	191 254	224 224	553 696	734 919	82 830 70 422	55 966 49 861

¹⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ²⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ab 1. Quartal 1977 = Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau. - ³⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁴⁾ jeweils Quartalsende. - ⁵⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁶⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁷⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁸⁾ nur Einkommensteuer.

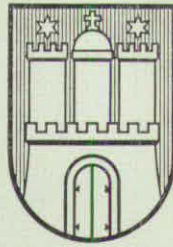
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 505,4	61 399				
Eheschließungen	auf 1 000	5,9	5,8	5,3	4,6		7,9
Lebendgeborene	Einw. und	9,8	9,5	9,8	9,4		9,8
Gestorbene	1 Jahr	11,9	11,5	12,7	11,3		11,4
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 060 336	1 029 995	1 098 969	1 000 429	912 997	946 498
Arbeitslosen-Quote	%	4,6	4,5	4,9	4,4	4,0	4,2
Offene Stellen	Anzahl	234 997	231 227	247 461	257 116	254 855	242 847
Kurzarbeiter	"	277 008	231 329	225 656	298 351	235 322	317 114
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	7 428	7 263 p	7 216	7 193	7 193	7 236
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio. Std.	783	750 p	746	739	711	747
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio. DM	68 304	77 332 p	81 039	77 607	76 491	76 139
dar. Auslandsumsatz	"	16 557	18 865 p	20 146	18 535	18 480	18 530
Index der industriellen Nettoproduktion (erarbeitend)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	110,7	113,9	114,1 p	120,9 p	120,2	118,2
Verarbeitendes Gewerbe	"	110,9	114,4	114,6 p	120,8 p	120,3	118,9
Grundst. u. Produktionsgütergewerbe	"	111,5	112,3	114,7 p	122,1 p	120,9	117,3
Investitionsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	109,0	115,0	111,5 p	116,7 p	118,3	120,5
Verbrauchsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	110,2	115,0	"	123,1 p	117,0	117,7
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	"	116,7	118,0	118,0 p	127,5 p	130,2	119,1
Baugewerbe	"	95,2	97,2	89,0 p			110,4
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 192	1 168	1 133 p	1 159	1 168	1 177
Geleistete Arbeitsstunden	Mio. Std.	149	143	139 p	153	150	159
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio. DM	6 257	7 156	4 032 p	4 530 r	4 878	5 688
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	31 600	29 232	32 324	33 924	37 625	31 839
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	32 650	34 068	13 213	11 370	14 169	16 882
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	159,4	169,8	182,3	174,4	174,7	167,2
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	158,6	162,6	165,1	167,7	168,6	162,0
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 469	13 146	12 761
dav. Empfang	"	9 651	9 564	9 385
Versand	"	2 818	3 582	3 376
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	214 309	235 977	346 021	309 078	275 965	282 067
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 975	31 577	27 553 p	30 964 p	34 910 p	35 412 p
Getötete Personen	"	1 234	1 245	1 046 p	1 096 p	1 303 p	1 238 p
Verletzte Personen	"	40 050	42 341	37 283 p	41 104 p	47 169 p	47 659 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio. DM	6 717	7 564	5 532	5 826	6 134	6 542
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 572	2 959	7 600	728	506	201
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	987	1 403	3 979	147	262	230
Steuern vom Umsatz	"	4 872	5 224	5 292	5 509	5 993	5 029
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	140,8	144,4	145,5	145,8	146,3	144,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	151,8	154,1	146,5	146,5	147,4	157,4
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgegenstände	"	141,7	143,6	144,3	144,8	145,3	144,1
Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾ insgesamt	1970 = 100	143,7	158,6	150,9
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ⁷⁾	1970 = 100	140,8	146,3	149,7	150,1	150,5	146,5
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	136,8	143,7	145,5	146,6	146,8	145,0
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,08	11,89	11,76	12,02	12,04	11,26
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	42,0	42,2	42,2	42,5	42,6	42,9

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. - ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilsbaues, der Gerüstbau, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreiserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. - ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. - Bauleistungen am Bauwerk. - ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. - ¹⁰⁾ nach Abzug der Erstattungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1978

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern für Akutkranke weiter rückläufig

In den 54 Hamburger Krankenhäusern für Akutkranke wurden im letzten Jahr nahezu 340 000 Kranke stationär behandelt. Berücksichtigt man hierbei, daß unter den stationär behandelten Kranken etwa 57 500 ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs hatten (davon allein aus Schleswig-Holstein 36 000 und aus Niedersachsen 16 400), bedeutet dies, daß rechnerisch jeder sechste Hamburger im abgelaufenen Jahr in ein Krankenhaus für Akutkranke aufgenommen werden mußte.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer für Akutkranke belief sich auf 14,6 Tage. Die seit 1970 (18,5 Tage) zu beobachtende rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen Dauer des Krankenhausaufenthalts hat sich damit auch im vergangenen Jahr fortgesetzt.

Neben der Versorgung für Akutkranke mußten sich 1977 in vier Krankenhäusern der Sonderversorgung weitere 9800 Personen einer Behandlung unterziehen. In diesen zu mehr als vier Fünfteln der Langzeitbehandlung dienenden Krankenhäusern wurden gut 1 Mio. Pflage Tage geleistet.

Das Bettenangebot aller Krankenhäuser in Hamburg hat sich gegenüber 1976 um ein Prozent auf 19 526 verringert.

Köster

Ältere Verkehrsteilnehmer besonders unfallgefährdet

Die Zahl der im Straßenverkehr tödlich verunglückten Personen ist in diesem Jahr stark angestiegen. Von Januar bis Juli kamen in Hamburg 165 Verkehrsteilnehmer ums Leben; das sind 39 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Einen hohen Tribut forderte der Verkehrstod erneut vor allem von den älteren Mitbürgern. 64 oder fast die Hälfte der tödlich Verunglückten waren 65 Jahre und älter. Gegenüber 41 Getöteten dieser Altersgruppe im gleichen Vorjahreszeitraum bedeutet dieses eine Steigerung um mehr als die Hälfte.

Queren

Eine Viertelmilliarde Lohnsummensteuer in Hamburg

Die Frage der Abschaffung oder Beibehaltung der Gewerbesteuer steht seit einiger Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Aus dieser Steuerquelle erwartet der Hamburger Fiskus 1978 immerhin Erträge in Höhe von 256 Millionen DM, nachdem sie im vergangenen Jahr schon

247 Millionen DM erbracht hatte. Wenn das auch „nur“ 4,5 Prozent aller dem hamburgischen Haushalt verbleibenden Steuereinnahmen sind, so würde ein ersatzloser Wegfall doch ein empfindliches Loch in der Staatskasse hinterlassen. Wollte man diesen Ausfall allein durch ein verbessertes Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital kompensieren, müßte deren Hebesatz von 335 auf 400 Prozent in 1978 aufgestockt werden.

Im ganzen Bundesgebiet kamen 1977 rund 3,5 Milliarden DM an Lohnsummensteuer auf, so daß der auf Hamburg entfallende, von keiner anderen Stadt- oder Landgemeinde übertroffene Anteil 7,2 Prozent ausmachte.

Villalaz

Leichte Exportbelebung in der Industrie

Die Umsatzentwicklung im industriellen Bereich wurde im ersten Halbjahr 1978 durch vermehrte Lieferungen an ausländische Abnehmer beeinflußt. Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – ohne Handwerk) erzielten um 4,8 Prozent höhere Auslandsumsätze als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Damit wurde die rückläufige Entwicklung auf dem Inlandsmarkt (– 4,6 Prozent) zum Teil kompensiert.

Relativ hoch war die Exportsteigerung für Verbrauchsgüter (+ 16 Prozent) sowie für Investitionsgüter und Nahrungsmittel und Genussmittel (je + sechs Prozent). Für Grundstoff- und Produktionsgüter betrug die Steigerung dagegen knapp zwei Prozent.

Neuß

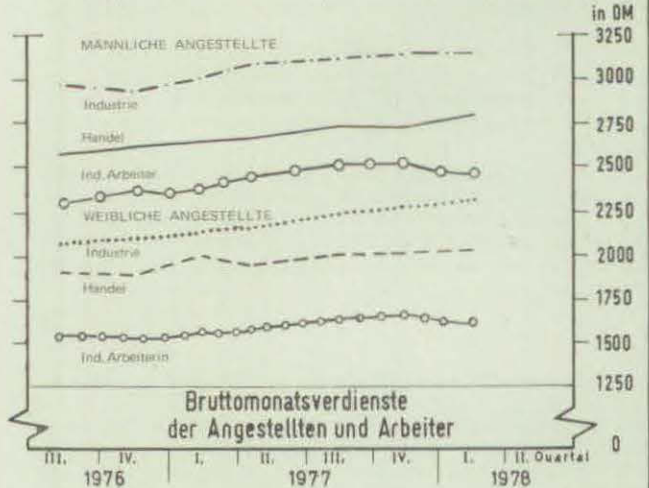
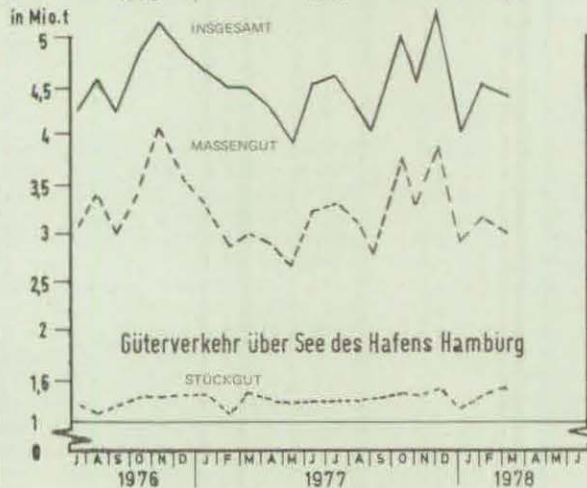
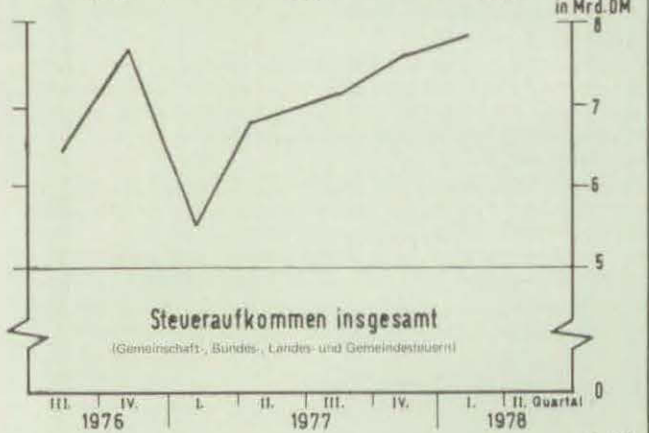
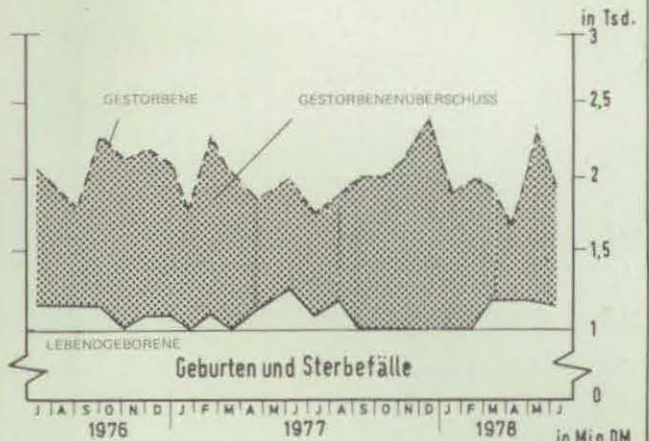
Hohe Zuwachsrate im Afrika-Export

Im ersten Halbjahr 1978 wurden Waren im Wert von mehr als 2,8 Mrd. DM über den Hamburger Hafen nach Afrika exportiert. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres bedeutet das einen Anstieg um 19 Prozent. Dabei konnte die Ausfuhr in die meisten wichtigen Bezugsländer abermals beträchtlich gesteigert werden. Nigeria, das mit Waren im Werte von 600 Mio. DM zum Hauptabnehmer deutscher Erzeugnisse auf dem afrikanischen Markt wurde, und Ghana erzielten Zuwachsraten von mehr als 50 Prozent; die Lieferungen nach Kenia konnten sogar mehr als verdoppelt werden.

Wichtigste Ausfuhrartikel waren Erzeugnisse des Maschinenbaus; aber auch elektrotechnische Waren sowie Kraftfahrzeuge spielten bei vielen Ländern eine beachtliche Rolle. Etwa zwei Drittel aller Exporte in den afrikanischen Kontinent entfielen allein auf diese drei Bereiche.

Schlie

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Das Handwerk in Hamburg

1. Vorbemerkungen

Die gegenwärtig viel diskutierte wirtschaftliche Unsicherheit kleinerer selbständiger Unternehmen spielt im Handwerk als typisch mittelständisch geprägtem Bereich eine besondere Rolle. Es ist häufig davon die Rede, daß die Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben abnimmt und daß Konzentrationsprozesse die Auflösung einer Reihe von Arbeitsstätten zur Folge haben.

Die folgende Darstellung der Ergebnisse der Handwerkszählung 1977 soll zeigen, daß in der Tat das Hamburger Handwerk von nicht unwesentlichen Strukturveränderungen gekennzeichnet ist, die sich einmal aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung selbst, maßgebend aber auch als Folge des technischen Fortschritts ergeben haben. Diese Umschichtungen machten es notwendig, neue Daten über die Zusammensetzung des Handwerks zu ermitteln, auch um die Wirtschaftspolitik – insbesondere die Mittelstandspolitik des Staates – an die aktuellen Gegebenheiten anpassen zu können. Das Ziel der Handwerkszählungen, bei denen in unregelmäßigen Zeitabständen sämtliche Handwerksunternehmen befragt werden, liegt in der Analyse der Zusammensetzung, der strukturellen Veränderungen und der Stellung des Handwerks in der Gesamtwirtschaft.

2. Allgemeiner Überblick

Am 31. März 1977 existierten in Hamburg 10 976 selbständige Handwerksunternehmen und Nebenbetriebe. Das sind alle Unternehmen, die in der Hansestadt am Stichtag tätig waren und eine Eintragung in die Handwerksrolle vorweisen konnten. Erhebungseinheiten waren selbständige Handwerksunternehmen mit ihren Zweigniederlassungen sowie anderen Wirtschaftssektoren angegliederte handwerkliche Nebenbetriebe, z. B. eine Schuhreparaturwerkstatt im Warenhaus oder ein Kraftfahrzeugreparaturbetrieb bei Unternehmen des Autohandels; nach der Handwerksordnung werden in Nebenbetrieben in nicht unerheblichem Umfang für den Absatz an Dritte bestimmte Waren handwerksmäßig hergestellt oder Dienstleistungen für Dritte verrichtet. Hilfsbetriebe und handwerksähnliche Betriebe wurden nicht erfaßt¹⁾.

¹⁾ Ein Beitrag mit vorläufigen Ergebnissen der Handwerkszählung für Hamburg ist in einer früheren Ausgabe dieser Monatschrift erschienen: Hausherr, Jörn-Ulrich: Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1977. In: Hamburg in Zahlen, 3/1978, S. 47 ff. Auf die dort gegebenen Erläuterungen bezüglich der Rechtsgrundlage, der Erhebungsmerkmale und der Aufbereitung nach wirtschaftssystematischen Gesichtspunkten wird verwiesen.

Betrachtet man die Entwicklung des Handwerks in den letzten 30 Jahren, so lassen sich starke Veränderungen, besonders in der Anzahl der Unternehmen, erkennen. Von den 22 000 Handwerksunternehmen, die sich nach dem Kriege eine Existenz aufgebaut hatten, besteht heute nur noch weniger als die Hälfte. Für den Zeitraum von der ersten Zählung 1949 bis 1977 ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Abnahme von fast 400 Unternehmen. Neben allgemein wirtschaftlichen Ursachen haben gerade in den letzten Jahren Firmeninhaber ihre Betriebe auch aus Altersgründen aufgegeben. Oft waren Nachfolger nicht zu finden, denn der Aufbau oder die Weiterführung eines Handwerksunternehmens erfordert erheblichen finanziellen und persönlichen Einsatz.

Tab. 1: Unternehmen, Tätige Personen und Umsatz des Hamburger Handwerks von 1949 bis 1977

Jahre	Unternehmen ¹⁾	Tätige Personen	Umsatz ²⁾ in Mio. DM
1949	22 098	111 548	908
1956	18 345	119 987	1 685
1963	16 215	123 833	3 030
1968	14 384	115 285	3) (4 223)
1977	10 976	108 897	3) (8 479)

¹⁾ Selbständige Unternehmen und Nebenbetriebe, die am jeweiligen Stichtag bestanden.

²⁾ einschl. Umsatzsteuer; Werte beziehen sich auf das dem jeweiligen Zählungsjahr vorausgehende Geschäftsjahr.

³⁾ Umsatz nur für Unternehmen, die im ganzen Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden.

Die Zahl der im Handwerk tätigen Personen ist in der Zeit des kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums bis etwa zur Mitte der 60er Jahre zunächst angestiegen. Seither zeigt sich zwar eine rückläufige Entwicklung, aber bei weitem nicht eine solche Einbuße wie bei der Unternehmenszahl. Dies weist auf Konzentrationsprozesse hin, in deren Verlauf sich auch im Handwerk verstärkt Großbetriebe gebildet haben. Ausschlaggebend für diese Veränderungen waren sicherlich der notwendige Einsatz neuer Technologien und Produktionsverfahren – z. B. auch der Serienproduktion – um kostengünstiger arbeiten zu können. Die Tatsache, daß viele Betriebe dem dadurch bedingten finanziellen Druck nicht standhalten konnten, mußte zu einem gewissen Strukturwandel führen.

Andererseits zeigen die Umsatzwerte aus diesen 28 Jahren, daß das Handwerk insgesamt seine Leistungsfähigkeit erheblich verbessern konnte. Die Tabelle 1 weist eine beachtliche, stetige Erhöhung der Bruttoumsätze aus, meist sogar eine Verdoppelung von Zählung zu Zählung. Selbst unter Berücksichtigung der laufenden Preissteigerungen ist es auch real zu zufriedenstellenden Zuwächsen gekommen.

Trotz rückläufiger Beschäftigtenzahl starke Umsatzausweitung seit 1967

Von den knapp 11 000 Handwerksunternehmen waren 10 352 im ganzen Jahr 1976 tätig²⁾. Gegenüber 1968 ist die Zahl der „Volljahresmelder“ um fast ein Viertel zurückgegangen. Allerdings zeigen sich dabei beträchtliche Unterschiede zwischen den selbständigen Handwerksunternehmen und den Nebenbetrieben des nichthandwerklichen Bereichs. Hat sich die Zahl der Selbständigen von 12 700 (1968) auf 9400 (1977) und damit um über 26 Prozent verringert, so änderte sich die Anzahl der Nebenbetriebe nur geringfügig. Die 1060 Betriebe von 1968 gingen um ungefähr sieben Prozent auf 983 im Jahr 1977 zurück. Die vergleichsweise günstigere Entwicklung ist zu erklären durch die besseren Wettbewerbsbedingungen der meist größeren Unternehmen, denen sie zugeordnet sind. Vermutlich spielen Standortvorteile, bessere Finanzierungsmöglichkeiten und dadurch bessere technische Ausrüstungen ebenso eine Rolle wie festere Auftragsbeziehungen. Außerdem können einzelne Serviceleistungen zum Ertrag des Gesamtunternehmens beitragen, auch wenn sie für sich genommen keine Überschüsse erbringen.

Der Stand der tätigen Personen von 1967 konnte nicht gehalten werden. Bei einer Einbuße von knapp sechs Prozent beschäftigte das Hamburger Handwerk Ende September 1976 noch 107 000 Personen. Damit arbeitet jeder achte bis neunte Erwerbstätige in Hamburg im Handwerk, in der Industrie vergleichsweise jeder fünfte. Dieses Verhältnis hat sich seit 1967 nicht wesentlich geändert.

Trotz der gesunkenen Betriebs- und Beschäftigtenzahlen hat das Handwerk seit 1967 seinen Bruttoumsatz um über 100 Prozent auf nunmehr 8,5 Milliarden gesteigert. Die Nebenbetriebe schnitten auch bezüglich der Umsatzentwicklung weitaus besser ab. Sie erhöhten die Summe ihrer Verkaufserlöse um 131 Prozent, während sich die Steigerung bei den selbständigen Unternehmen auf 97 Prozent belief. Außerdem konnten die Nebenbetriebe den Umsatz je Beschäftigten um 62 000 DM auf 96 000 DM anheben, die Selbständigen „nur“ um 40 000 DM auf 77 000 DM. Dieses kann erklärt werden durch größere Personaleinsparungen, bessere maschinelle Ausstattung und einen breiteren Kundenkreis der in der Regel an größere Unternehmen angeschlossenen Nebenbetriebe.

Ein Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren zeigt, daß die Umsatzhöhe etwa ein Drittel des Umsatzes der Industrie und zwei Drittel des Einzelhandelsumsatzes ausmacht. Will man den Beitrag des Handwerks zur wirtschaftlichen Leistung eines Landes insgesamt messen, so bietet es sich an, den Anteil am Bruttoinlandsprodukt zu berechnen. Der Beitrag von 7,6 Prozent im Jahre 1968 hat sich heute etwas verringert, nämlich auf 7,0 Prozent. Damit liegt Hamburg unterhalb des Bundesdurchschnitts, der 11,8 Prozent im Jahre 1968 und 11,3 Prozent im Jahre 1977 ausmachte. Bei einer Großstadt mit einem starken industriellen Potential und einem großen Handels- und nichthandwerkli-

chen Dienstleistungsbereich ist der geringere Handwerksanteil jedoch nicht verwunderlich.

Das Einzelunternehmen weiterhin vorherrschende Rechtsform

Das Einzelunternehmen hat seine hervorragende Bedeutung für das Handwerk nicht verloren. Dies zeigt eine Übersicht über die 1977 anzutreffenden Rechtsformen, nach der 84 Prozent der Fälle als Einzelunternehmen – hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebe – bestehen. Sie beschäftigten allerdings nur 51 Prozent aller tätigen Personen und erwirtschafteten zusammen nur 41 Prozent des Gesamtumsatzes. Einen relativ größeren Beitrag zum Umsatz leisteten die Personengesellschaften, obgleich sie nur neun Prozent aller Unternehmen stellten. Die 34 000 hier Beschäftigten erreichten einen Umsatzanteil von immerhin 32 Prozent. Die meisten dieser Betriebe lagen in der Größenklasse mit 10 bis 49 Beschäftigten. Kapitalgesellschaften, z. B. in der Form der GmbH oder Aktiengesellschaft, spielten trotz einer Verdreifachung ihrer Anzahl gegenüber 1968 für das Handwerk keine Rolle. Nur drei Prozent der im Jahr 1977 bestehenden Unternehmen hatten diese Rechtsform gewählt; sie beschäftigten zehn Prozent der tätigen Personen und erzielten 16 Prozent des Umsatzes.

3. Betriebe und Beschäftigte

Die Gliederung der Unternehmen nach wirtschaftssystematischen Gesichtspunkten erfolgte in der Handwerkszählung aufgrund der von ihnen selbst beschriebenen Tätigkeitsschwerpunkte. Die Daten wurden einmal nach der Wirtschaftszweigsystematik aufbereitet, einer in der Statistik allgemein üblichen Gliederung, die wegen der Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen wirtschaftlichen Sektoren große Bedeutung hat. Da diese Systematik nach 1968 jedoch umgestellt wurde, ist eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Handwerkszählung von 1977 mit denen von 1968 nur bedingt möglich. Im folgenden soll daher die Entwicklung des Handwerks auf der Grundlage der Gewerbezugsystematik ausgewertet werden (s. *A n h a n g t a b e l l e*), die das Handwerk unter mehr berufsbezogenen Aspekten in sieben Gewerbegruppen mit 125 Gewerbebezügen gliedert.

Das Handwerk ist ein außerordentlich heterogen zusammengesetzter Wirtschaftsbereich. Handwerker können Zulieferer für die Industrie sein oder für den privaten Verbrauch produzieren, sie übernehmen Reparatur- und Wartungsarbeit und sind in starkem Ausmaß im Dienstleistungsbereich tätig. Bei der Vielzahl der wahrgenommenen Funktionen ist es nicht verwunderlich, daß sich die einzelnen Handwerke sehr unterschiedlich entwickelt haben. Deutlich wird dies bereits bei der Gegenüberstellung der sieben Gewerbegruppen; betrachtet man die einzelnen Berufs- bzw. Gewerbebezüge, ergeben sich sogar extreme Unterschiede. Einige Branchen konnten sich durch Spezialisierung auf moderne Techniken oder durch das Angebot von bestimmten Dienstleistungen besonders expansiv entwickeln; andere mußten unter dem Druck konkurrierender Wirtschaftszweige zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen. Insgesamt ist die Vielfalt der

²⁾ Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird nur von diesen sogenannten Volljahresmeldern ausgegangen. Lediglich für diese Betriebe liegen Umsatzdaten aus einem vollen Geschäftsjahr vor, so daß ein exakter Bezug auf andere wirtschaftliche Daten möglich ist.

Handwerke in Hamburg jedoch erhalten geblieben, auch wenn Berufe wie z. B. die des Glockengießers, des Zinngießers, des Wachsziehers, des Backofenbauers oder des Schmucksteinschleifers heute nicht mehr vorzufinden sind.

Große Stabilität im Metallgewerbe

Im Verlauf der letzten Jahre hat sich das Metallgewerbe – ohnehin größter Bereich – als insgesamt stabilste Gewerbebranche erwiesen. Bei einem Unternehmensanteil von rund 33 Prozent – hierunter relativ viele Nebenbetriebe – beschäftigte diese Gruppe 1976 fast ein Drittel aller im Handwerk tätigen Personen. Sie konnte ihre Spitzenposition absichern, zumal sie im Verhältnis zu anderen Gruppen nur wenige Unternehmen (sechs Prozent) und noch nicht einmal fünf Prozent ihrer Beschäftigtenzahl verloren hat. Die 35 000 Arbeitskräfte des Metallhandwerks sind in fast 30 verschiedenen Gewerbebranchen tätig. Dabei reicht die Skala von den Mechanikern und Maschinenbauern über Installateure, Uhrmacher und die Elektroberufe bis hin zu den Schmiedehandwerkern.

Wichtigster Handwerkszweig des Metallgewerbes sind nach wie vor die Kraftfahrzeugmechaniker. Sie besetzen den weitaus größten Teil der metallhandwerklichen Arbeitsplätze (mehr als ein Fünftel), auch wenn seit 1967 über 2500 der damaligen Stellen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen nicht neu besetzt worden sind. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung steht die Tatsache, daß die Zahl der Betriebe im gleichen Zeitraum um knapp 100 ausgeweitet wurde. Fast jede dritte Arbeitsstätte dieser Branche ist ein Nebenbetrieb. Dabei überwiegen die Reparaturwerkstätten von Unternehmen des Einzelhandels mit Kraftfahrzeugen. 1967 waren mehr Mechaniker in Nebenbetrieben als in selbständigen Kraftfahrzeugunternehmen des Handwerks beschäftigt. Starke Personaleinsparungen (um 48 Prozent) haben jedoch dazu geführt, daß 1976 nur noch jeder zweite bis dritte Mechaniker in einem Nebenbetrieb arbeitete.

Die mit Abstand günstigste Entwicklung zeigt sich bei den Gas- und Wasserinstallateuren. War 1968 noch der eigenständige Gewerbebereich der Klempnerei das mit am weitesten verbreitete Metallhandwerk – es bestanden fast 600 Unternehmen mit 5400 Beschäftigten – so sind die Funktionen dieses Gewerbes heute weitgehend von den Gas- und Wasserinstallateuren und den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern übernommen worden. Diese strukturellen Veränderungen sind jedoch überwiegend in der Weise erfolgt, daß die ursprünglichen Klempnereibetriebe sich neue Tätigkeitsfelder zusätzlich eingegliedert oder sich entsprechend den veränderten Anforderungen des Marktes spezialisiert haben. Mit einem Zuwachs an Unternehmen um das Zweieinhalbfache und einer Erweiterung des Beschäftigtenpotentials um 340 Prozent oder 3500 Personen haben die Gas- und Wasserinstallateure einen Anteil von jeweils 13 Prozent innerhalb des Metallgewerbes erreicht.

Von den übrigen Branchen sind – gemessen an der Zahl der Beschäftigten – noch die Elektroinstalla-

teure (5600), die Schlosser (3900) und die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer (2500) von Bedeutung. Eine erwähnenswerte Entwicklung gegenüber dem Ausgangsjahr 1967 haben neben den genannten Gewerbebranchen auch die Dreher und Fernmeldemechaniker mit Zuwachsraten von rund 30 Prozent zu verzeichnen.

Tab. 2: Anteile der Gewerbebranchen am Hamburger Handwerk 1967/68 und 1976/77

Gewerbebranchen	Unternehmen 1)		Tätige Personen 2)		Umsatz 3)	
	31.3. 1968	31.3. 1977	30.9. 1967	30.9. 1976	1967	1976
Handwerk insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon						
Metallgewerbe	26,4	32,9	31,9	32,3	32,0	45,3
Baugewerbe	17,5	18,7	28,9	23,6	28,7	20,9
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege, chem. und Reinigungsgewerbe	17,0	17,9	14,4	25,1	5,9	7,9
Textilgewerbe	16,8	10,3	5,8	3,5	4,0	2,4
Nahrungsmittelgewerbe	10,8	9,6	10,7	9,0	21,7	17,5
Holzgewerbe	6,5	5,9	5,0	3,8	4,5	3,5
Glas-, Papier-, keramisches und sonstige Gewerbe	4,9	4,7	3,4	2,7	3,3	2,5

- 1) nur selbständige Unternehmen und Nebenbetriebe, die das ganze Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden.
 2) ohne Heimarbeiter.
 3) wirtschl. Umsatzsteuer.

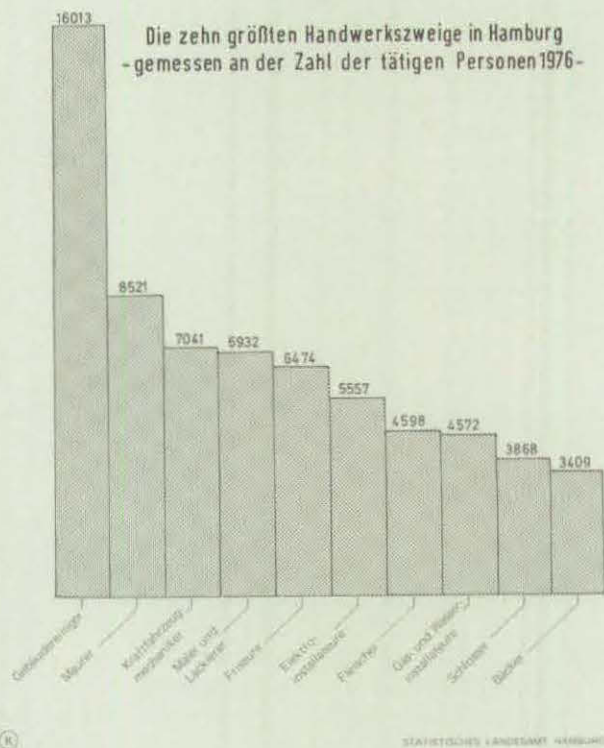
Starker Beschäftigtenrückgang im Baugewerbe

Die Konjunkturreinbrüche der letzten Jahre sind an der Unternehmens- und Beschäftigungsentwicklung des Hamburger Baugewerbes nicht spurlos vorübergegangen. Innerhalb eines knappen Jahrzehnts hat sich die Zahl der Betriebe des Bauhandwerks um ein Fünftel auf weniger als 2000 im Jahr 1977 verringert. Die Beschäftigtenzahl ist um nahezu ein Viertel gesunken; als 1967 noch zweitstärkster Bereich wurde der Baubereich hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten bereits überrundet von den Unternehmen des Gesundheits-, Körperpflege- sowie Reinigungsgewerbes. Nirgends mußten so viele Arbeitsstellen (7600) abgebaut werden. Die Hamburger Bauunternehmen beschäftigten 1976 noch über 25 000 Personen. Die wichtigsten Gewerbebranchen waren die Maurer (8500) sowie die Maler und Lackierer (6900), die zusammen über 60 Prozent aller handwerklichen Bauarbeiter stellten. Innerhalb des Baugewerbes kann auf die positive Entwicklung der Dachdecker verwiesen werden, die sich durch die Verdoppelung der Beschäftigtenzahl und durch einen Unternehmenszuwachs von 13 Prozent auszeichnen. Eine auffallend schlechte Bilanz mußten dagegen die Beton- und Stahlbetonbauer ziehen, bei denen sich die Beschäftigung um rund die Hälfte verringert hat.

Ähnlich wie im Baugewerbe stellt sich auch im Holzverarbeitenden Handwerk die Situation gegenüber 1968 nicht sehr günstig dar. Die rückläufige Gesamtrendenz wird bestimmt durch die dominierende Tischlerbranche, die rund 80 Prozent sowohl der Unternehmen als auch der Arbeitskräfte auf sich vereint. Mehr als 200 Betriebsstillegungen (über 30 Prozent) und ein ähnlich hoher Abbau der Beschäftigung wurden durch

die ungünstige konjunkturelle Situation und die zunehmende industrielle Konkurrenz, besonders im Fertigteilebau, ausgelöst. Andere Berufssparten mußten jedoch vergleichsweise noch größere Verluste in Kauf nehmen, so die Parkettleger, die Schirmmacher und die Bürsten- und Korbhersteller. Hier liegen deutliche Beispiele dafür vor, daß traditionelle Betätigungsfelder des Handwerks durch die Verlagerung auf industrielle Herstellung beschnitten wurden.

Schaubild 1



Reinigungs- und Körperpflegegewerbe mit starkem Wachstum

Die Zahl der Beschäftigten im gesamten Reinigungsgewerbe ist seit 1967 um 65 Prozent angestiegen. Diese außerordentlich hohe durchschnittliche Zuwachsrates — keine weitere Gewerbegruppe hat überhaupt eine positive Beschäftigungsentwicklung aufzuweisen — wird vom Boom der Gebäudereiniger geprägt. Die Einstellung von 12 000 zusätzlichen Arbeitskräften bedeutet eine Vervierfachung der Beschäftigtenzahl von 1967. Damit entfallen rund 60 Prozent aller Beschäftigten des Reinigungsgewerbes auf diese Branche. Bei dieser erstaunlichen Entwicklung muß jedoch gesehen werden, daß ein Großteil der hier tätigen Personen nur teilzeitbeschäftigt ist; in der Handwerkszählung 1977 selbst wurden Angaben über die Arbeitszeit der Beschäftigten nicht erhoben. Ebenfalls eine sehr positive Bilanz konnten die Zahntechniker und die Orthopädiemechaniker ziehen. Beide waren in der Lage, das Personal auf das Doppelte aufzustocken: die Zahntechniker auf 1800, die Orthopädiemechaniker auf 300.

In entgegengesetzter Richtung verlief die Entwicklung beim klassischen „Dienstleistungsberuf“ schlechthin,

den Friseuren: Zwar ist weiterhin jeder achte Handwerksbetrieb in Hamburg ein Friseurgeschäft, die Zahlen der Unternehmen und der Beschäftigten sind jedoch gegenüber 1967 um ein Viertel gesunken. Innerhalb der Gruppe der Reinigungsgewerbe ging der Anteil der Friseure, die 1967 noch die Hälfte aller tätigen Personen dieses Bereichs beschäftigten, auf 1976 nur noch 24 Prozent zurück.

Rezessive Tendenzen in den übrigen Gewerbegruppen

Außerordentlich hohe Verluste mußte die Textilbranche hinnehmen. Von den mehr als 2300 Bekleidungs- und Textilfirmen des Jahres 1968 existierte 1977 weniger als die Hälfte. Auch der Beschäftigtenrückgang war ähnlich hoch. Das Textilgewerbe ist wohl mit am stärksten im wirtschaftlichen Wandlungsprozeß begriffen. Es ist nicht zu übersehen, daß die Industrie mit der Herstellung von Konfektionsware ihre Marktposition auch weiterhin zu Lasten des Handwerks ausbauen konnte. Die Zahl der Betriebe war in allen Zweigen des Textilgewerbes rückläufig. Personelle Verstärkungen wurden nur bei wenigen Zweigen, so bei den Segelmachern und Kürschnern, benötigt. Am stärksten machte sich die industrielle Konkurrenz bei den Damen- und Herrenschneidern bemerkbar. 1977 bestanden statt der 880 Schneidereien des Jahres 1968 nur noch 270. Damit verbunden konnten fast 70 Prozent der im Schneiderhandwerk tätigen Personen nicht mehr weiterbeschäftigt werden. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Schuhmachern, obwohl die enorm gestiegenen Preise für Schuhe eine erhöhte Nachfrage nach Reparaturleistungen erwarten ließen.

Fast alle Branchen des Nahrungsmittelhandwerks sind dadurch beeinträchtigt, daß im Einzelhandel, insbesondere in den Lebensmittelabteilungen der großen Supermärkte, in zunehmendem Ausmaß Back- und Fleischwaren industrieller Herstellung angeboten werden. Im Vergleich zu 1968 hat sich die Zahl der selbständigen Unternehmen und der Nebenbetriebe zusammen um rund ein Drittel verringert. Dabei ging die Beschäftigung um 21 Prozent zurück, bei den Konditoren sogar um über 30 Prozent. Die meisten Geschäfte im Nahrungsmittelgewerbe sind Fleischereien (60 Prozent). Auffällig ist der hohe Anteil der Nebenbetriebe im Fleischgeschäft. Die Zahl der selbständigen Fleischereien hat sich von 780 (1968) auf 480 verringert, die der Nebenbetriebe ist dagegen gestiegen. 1977 waren knapp 20 Prozent aller Fleischereien einem größeren Unternehmen — meistens im Handelsbereich — zugeordnet.

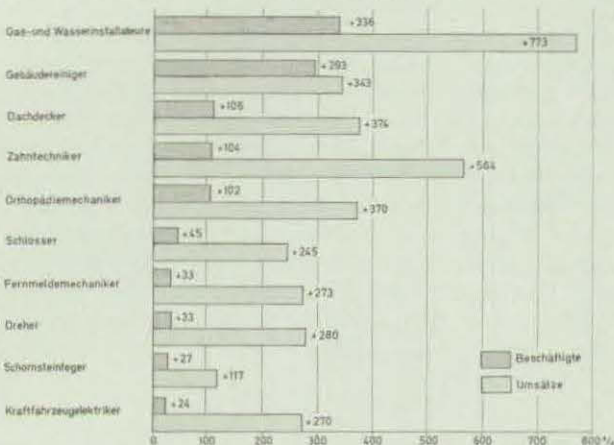
Die Gruppe des Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbes ist trotz ihres weiten Betätigungsfeldes der kleinste Handwerksbereich in Hamburg. Nur knapp fünf Prozent der Unternehmen und nicht ganz drei Prozent der handwerklichen Arbeitsplätze entfielen auf die insgesamt 21 Branchen, von denen lediglich die Glaser, Fotografen, Drucker und Buchbinder hinsichtlich ihrer Beschäftigtenzahl von Bedeutung sind.

Große Wachstumsunterschiede zwischen den Gewerbebezweigen

Ein für alle Handwerksbereiche einheitliches Fazit kann aus der Entwicklung der letzten neun Jahre kaum gezogen werden. Zu unterschiedlich sind die einzelnen Branchen von konjunkturellen und strukturellen Veränderungen betroffen. Unübersehbar ist jedoch, daß die industrielle Konkurrenz vielfach in früher rein handwerkliche Domänen eindringen konnte. Dies vor allem dann, wenn es der Industrie gelang, die Vorteile der kostengünstigen Serienproduktion zu nutzen und sich gleichzeitig auf die individuellen Bedürfnisse des Verbrauchers einzustellen.

Schaubild 2

Die zehn Zweige¹⁾ des Hamburger Handwerks mit den größten Steigerungen der tätigen Personen bzw. Umsätzen von 1967/68 bis 1976/77



¹⁾ausgewählt aus den Zweigen mit 100 und mehr tätigen Personen

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Im Schaubild 2 sind die Branchen aufgeführt, die eine außerordentlich gute Entwicklung im Berichtszeitraum aufwiesen. Bei dieser Darstellung zeigt sich, daß die eigentlichen Wachstumsbranchen sich besonders häufig im Metallgewerbe und in der Gewerbegruppe für Gesundheit, Körperpflege sowie Reinigung befinden. Spitzenreiter waren die Gas- und Wasserinstallateure, die Gebäudereiniger, die Dachdecker und die Zahntechniker. Gleichzeitig läßt das Schaubild auch erkennen, daß für diese Branchen erhebliche Umsatzsteigerungen zu verzeichnen waren. Der Aufstockung des Beschäftigtenpotentials lagen offenbar verbesserte Markt- und damit auch Wachstumsbedingungen zugrunde.

Insgesamt wurde jedoch nur bei einem Fünftel aller Gewerbebezweige eine personelle Verstärkung vorgenommen. Bei allen übrigen nahm die Zahl der Beschäftigten mehr oder weniger stark ab.

Veränderte Personalstruktur

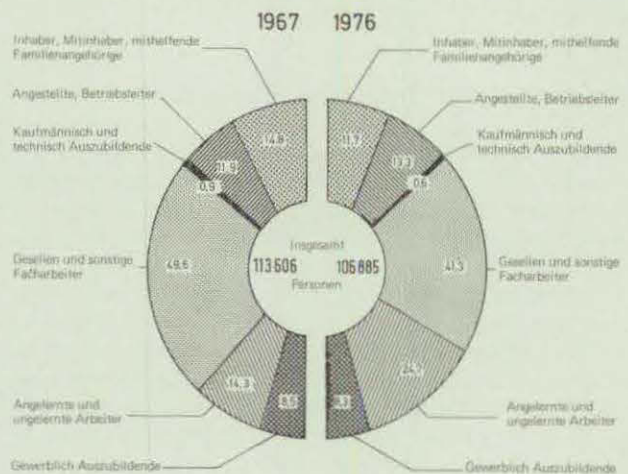
Im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben sich Verschiebungen in der Personalstruktur der Hamburger Handwerksbetriebe ergeben. Untersucht man die Stellung der Beschäftigten im Betrieb, so zeigt sich, daß die Arbeitnehmerquote insgesamt gestiegen ist. Da vor allem Kleinbetriebe im Zuge der konjunkturellen

und strukturellen Veränderungen geschlossen werden mußten, ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der Inhaber und der familienzugehörigen Arbeitskräfte gesunken ist. Machte diese Gruppe 1967 noch 15 Prozent aller im Handwerk tätigen Personen aus, so waren es 1976 nur noch zwölf Prozent. Entsprechend hat sich der Anteil der Arbeitnehmer erhöht. Dies trifft für Arbeiter und Angestellte gleichermaßen zu. Zu den Gesellen, Facharbeitern, ungelerten und angelernten Arbeitern zählten im letzten Berichtsjahr 66 Prozent gegenüber 64 Prozent im Jahre 1967. Die Angestellten konnten nicht nur ihren Anteil von zwölf auf mehr als dreizehn Prozent steigern, sie waren dabei die einzige Gruppe, deren Anzahl absolut gestiegen ist. Umschichtungen haben sich aber auch daraus ergeben, daß die zunehmenden technischen und ausbildungsbezogenen Anforderungen den Bedarf an zusätzlichen Facharbeitern erhöhten. Gerade in Branchen mit Anwendungsmöglichkeiten für moderne Techniken werden häufig spezialisierte Kenntnisse und Fähigkeiten verlangt, die die Inhaber allein nicht mehr erbringen können. Hier zeigen sich gewisse Parallelen zu der Entwicklung von Industriebetrieben, obwohl der Schwerpunkt des Handwerks nach wie vor im überschaubaren mittelgroßen Betrieb mit familiärer Anbindung liegt.

Die zunehmende Bedeutung der Arbeitnehmer spiegelt sich in fast allen Gewerbegruppen wider. Im Reinigungsgewerbe hat sich die Arbeitnehmerquote mittlerweile auf 92 Prozent erhöht. Die Arbeiter sind dabei schon mit einem Anteil von 80 Prozent (gegenüber 65 Prozent 1967) vertreten; tätige Inhaber mit Familienangehörigen nur noch mit acht Prozent statt ehemals 18 Prozent.

Schaubild 3

Tätige Personen des Hamburger Handwerks nach Stellung im Betrieb 1967 und 1976 - Anteile in Prozent -



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Auf der anderen Seite weist die Struktur der Beschäftigten im Textilgewerbe auf das vorherrschende Kleinbetriebsgefüge in diesem Bereich hin. Das Verhältnis zwischen Inhabern und Arbeitern war 1967 noch ausgewogen. Beide Gruppen verbuchten damals einen

Anteil von etwas über 40 Prozent. Zwar hat sich auch hier die Zusammensetzung der Beschäftigten zugunsten der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge verschoben, auf die Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen entfielen 1976 aber immerhin noch 35 Prozent.

Jeder zweite Lehrling im Metallhandwerk

In der aktuellen Situation der Jugendarbeitslosigkeit steht die Entwicklung der Ausbildungsplätze gerade im Handwerk im Mittelpunkt des Interesses. Das Handwerk trägt heute immer noch erheblich zur Ausbildung von Fachkräften nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für die Industrie bei.

Ungeachtet der ständigen Bemühungen um Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes ging die Zahl der Lehrlinge von 10 800 (1967) auf 9500 im Jahre 1976 zurück. Damit verringerte sich der Anteil der Nachwuchskräfte an der Gesamtzahl der Beschäftigten geringfügig auf neun Prozent. Die knapp 90 Gewerbebezüge, die heute in Hamburg noch ausbilden, stellen hauptsächlich gewerbliche und nicht so sehr kaufmännische oder technische Lehrstellen zur Verfügung.

Etwa die Hälfte aller Auszubildenden läßt sich im Metallhandwerk schulen. Diese Gruppe trug 1976 mit einem Lehrlingsanteil von 14 Prozent aller im Metallgewerbe tätigen Personen überdurchschnittlich zur Ausbildungsarbeit im Handwerk bei. Ein besonders geschätzter Lehrberuf ist weiterhin der des Kfz-Mechanikers. Jeder siebente Lehrling lernt im Kraftfahrzeugreparaturhandwerk. In der Beliebtheitsskala folgen — auch dies hat sich seit 1967 nicht verändert — die Friseur mit 1260 Nachwuchskräften, dann die Elektroinstallateure und die Maler und Lackierer, welche beide ihr Angebot an Ausbildungsplätzen erweitern konnten. Vergrößert hat sich die Zahl der Auszubildenden auch besonders bei den Gas- und Wasserinstallateuren, bei den Schornsteinfegern und im Nahrungsmittelgewerbe insgesamt.

Steigende Frauenbeschäftigung auch im Handwerk

Im Hamburger Handwerk waren 1976 insgesamt 32 300 Frauen tätig. Der gegenüber 1967 gestiegene Anteil — damals 24 Prozent, nunmehr über 30 Prozent — zeigt, daß vermehrte Frauenbeschäftigung auch in diesem Wirtschaftsbereich möglich ist. Technische Entwicklungen und Arbeiterleichterungen durch Maschineneinsatz können über Schranken hinweghelfen, die früher aufgrund unterschiedlicher körperlicher Voraussetzungen eine Rolle gespielt haben. Die Auswertung der letzten Handwerkszählung ergibt hierbei allerdings auch, daß sich die traditionelle Verteilung der Frauen auf die einzelnen Tätigkeitsgebiete nur wenig aufgelockert hat. Frauen sind nach wie vor in den Dienstleistungsbereichen stark repräsentiert, weiterhin werden sie vielfach mit Büro- und Verwaltungstätigkeiten betraut. So sind in der Angestelltengruppe mehrheitlich weibliche Arbeitskräfte vertreten. Dagegen machen die Frauen weniger als 30 Prozent bei den Arbeitern aus. Allerdings hat sich auch hier der Anteil gegenüber 1967 um zehn Prozentpunkte stark erhöht. Verhältnismäßig gering ist die Zahl der Frauen in leitenden Funktio-

nen, sei es als Inhaber, Mitinhaber oder als angestellter Betriebsleiter (zwölf Prozent).

Differenziert man nach Branchen, so zeigen sich beträchtliche Unterschiede. Während 1976 im Baugewerbe, im metall- und Holzverarbeitenden Bereich nur jeder zehnte Beschäftigte weiblich war, hatten die Frauen im Textil-, im Nahrungsmittel- und im Reinigungsgewerbe einen relativ hohen Anteil. Jede dritte im Handwerk beschäftigte Frau war in der Gebäudereinigung tätig. Typische Frauenberufe waren weiterhin Friseurin oder Verkäuferin.

Von den insgesamt rund 9500 Auszubildenden entfielen 1976 rund 22 Prozent auf weibliche Jugendliche. Damit ist ihr Anteil gegenüber 1967 in etwa gleichgeblieben. Aus der Verteilung der gewerblichen weiblichen Lehrlinge auf die einzelnen Handwerkszweige läßt sich ersehen, daß sich gegenüber 1967 die Strukturen nicht wesentlich geändert haben. Nur sechs Prozent aller Mädchen im gewerblichen Auszubildendenverhältnis waren 1976 im Bau-, Holz- oder Metallhandwerk zu finden, über 90 Prozent dagegen in den Textil-, Nahrungsmittel- oder Reinigungsgewerben. Favorit unter den weiblichen Lehrberufen ist nach wie vor das Friseurhandwerk: Mehr als die Hälfte aller Lehrlinge im Hamburger Handwerk ließ sich hier ausbilden. Dagegen gibt es auch eine Reihe von Gewerbebezügen, in denen im gewerblichen Bereich keine weiblichen Auszubildenden registriert wurden, z. B. bei den Dachdeckern, den Schlossern, den Klempnern und den Glasern.

4. Löhne und Gehälter

Im arbeitsintensiven Handwerk spielt die Entwicklung der Löhne und Gehälter als Kostenfaktor eine große Rolle. Zu den betrieblichen Personalausgaben zählen neben der Bruttolohn- und -gehaltssumme auch die Sozialabgaben, d. h. die Arbeitgeberanteile zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie die Beiträge zu Berufsgenossenschaften. Letztlich sind noch die betrieblichen Sozialaufwendungen zu erwähnen, die aber in der Handwerkszählung nicht erfragt wurden.

Im Jahre 1976 zahlten die 10 352 Hamburger Handwerksunternehmen, die das ganze Jahr über bestanden, eine Bruttolohn- und -gehaltssumme von 1,8 Milliarden DM, davon 1,5 Milliarden DM an Löhnen und 350 Millionen DM an Gehältern. Privatentnahmen für tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige sind in diesem Betrag nicht enthalten. Für den einzelnen Arbeitnehmer ergab dies im Durchschnitt ein Arbeitsentgelt von 19 000 DM im Jahr. In den meisten Gewerbebezügen lag der Verdienst der Angestellten höher, nämlich durchschnittlich bei 24 000 DM, gegenüber nur 18 000 DM bei den Arbeitern. Ausnahmen bilden nur die Zweige mit hohem Facharbeiteranteil und solche Branchen, in denen viele Angestellte teilbeschäftigt sind.

Im Vergleich zu 1967, als die Lohn- und Gehaltssumme im Handwerk noch nicht die Milliardengrenze erreicht hatte, sind beträchtliche Erhöhungen (über 80 Prozent) zu registrieren. Damals betrug die Lohnkosten für

einen Arbeiter noch rund 10 000 DM, für einen Angestellten 11 000 DM.

Auch die Summe aller Sozialkosten hat sich seit 1967 mehr als verdoppelt. Zahlten die Handwerksunternehmen seinerzeit Beiträge und Zuschüsse von 125 Millionen DM, so waren es neun Jahre später schon 285 Millionen DM. Für 1976 entspricht dies zusätzlichen Personalkosten von über 3000 DM pro Arbeitnehmer im Jahr.

Die Gruppen Bau und Metall leisteten aufgrund ihrer Größe nicht nur die höchsten Beiträge zur Lohn- und Gehaltssumme des Hamburger Handwerks insgesamt (Metall 700 Millionen DM, Bau 600 Millionen DM), bei ihnen fielen auch die höchsten Personalkosten je Arbeitnehmer an. Ein unselbständig Beschäftigter konnte 1976 im Metallhandwerk durchschnittlich gut 23 000 DM verdienen, im Baugewerbe fast 26 000 DM. Entsprechend hoch waren hier auch die Sozialkosten (112 Millionen DM bzw. 95 Millionen DM).

Um Fehlinterpretationen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß sich aus der Summe der Löhne und Gehälter keine eindeutigen Schlußfolgerungen hinsichtlich des Verdienstniveaus zwischen den einzelnen Handwerksgruppen ziehen lassen. Dies ist schon deshalb nicht möglich, weil keine Information über die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden zur Verfügung steht. Sieht man zum Beispiel, daß ein Arbeitnehmer des Reinigungsgewerbes im Jahre 1976 nur etwa 9000 DM verdiente, so muß dies zum großen Teil auf die häufig nur stundenweise Beschäftigung zurückgeführt werden. Folglich zahlte die Gruppe der Gesundheits-, Körperpflege- und Reinigungsgewerbe als von der Beschäftigtenzahl zweitstärkster Handwerksbereich nur eine Lohn- und Gehaltssumme von etwa 200 Millionen DM, während das Baugewerbe mit einer geringeren Beschäftigtenzahl fast das Dreifache für Löhne und Gehälter ausgab.

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz des Hamburger Handwerks betrug im Jahre 1976 rund 24 Prozent und hat sich seit der letzten Zählung kaum verändert. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß die Tätigkeit der Inhaber und der mithelfenden Familienangehörigen besonders im Handwerk nicht unbedeutend zum erzielten Umsatz beiträgt, auf der anderen Seite aber der auf sie entfallende Unternehmensgewinn nicht im Betrag der Löhne und Gehälter enthalten ist. Als Branche mit einer erwartungsgemäß hohen Lohnquote erweisen sich die Dienstleistungsberufe des Reinigungsgewerbes: Hier machten die Löhne und Gehälter 38 Prozent des Umsatzes aus. Auch das Baugewerbe stellte sich mit einem 36prozentigen Anteil als verhältnismäßig arbeitsintensiv dar. Demgegenüber ist die äußerst niedrige Quote von zehn Prozent im Nahrungsmittelhandwerk im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß es sich hierbei weitgehend um weiterverarbeitende Gewerbezweige mit überdurchschnittlich hohem Wareneinsatz handelt.

5. Umsätze

Das Hamburger Handwerk hat im Jahre 1976 einen Gesamtumsatz von 8,5 Milliarden DM erzielt, was einer

Verdoppelung seit 1967 entspricht. Vor dem Hintergrund der verringerten Beschäftigtenzahl bedeutet dies eine erhebliche Steigerung der Umsatzleistung je tätige Person. Während im Jahre 1967 eine Arbeitskraft durchschnittlich 37 000 DM Bruttoumsatz erwirtschaftete, waren es 1976 bereits 79 000 DM. Bei der zeitlichen Gegenüberstellung von Umsatzdaten sind allerdings zwei vergleichsstörende Faktoren zu berücksichtigen: Einmal sind in der Umsatzentwicklung erhebliche Preissteigerungen enthalten. Da ein genauer Index zur Deflationierung der Handwerksumsätze nicht zur Verfügung steht, ist es sehr schwierig, die reale Vermehrung von Gütern und Dienstleistungen in den letzten neun Jahren zu messen. Würde man hilfsweise den Lebenshaltungskostenindex benutzen, der im Berichtszeitraum um 47 Prozent gestiegen ist, so zeigt sich, daß die ausgewiesene nominelle Umsatzverdoppelung einer realen Erhöhung von rund 50 Prozent entspricht. Das zweite Problem liegt in der Veränderung des Steuersystems. Die Bruttoumsatzdaten für das Jahr 1967 enthalten die Steuerbeträge, die aufgrund der sogenannten Allphasen-Umsatzsteuer berechnet wurden. Die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem — ein Jahr danach — beeinträchtigt den Vergleich durch die in den Bruttoumsatz einbezogenen, unterschiedlich hohen Steueranteile.

Günstigste Entwicklung im Metallgewerbe

Zum Umsatzwachstum des Handwerks hat das Metallgewerbe mit einer annähernden Verdreifachung seines Umsatzes entscheidend beigetragen. Die Umsatzsumme von fast vier Milliarden DM erhöhte seinen Anteil am Gesamtumsatz von einem Drittel auf 1976 schon über 45 Prozent. Als einer der leistungsstärksten Zweige überhaupt hat sich erneut das Kfz-Mechanikergewerbe erwiesen. Die günstige Geschäftslage spiegelt sich allerdings nur in den Verkaufserlösen der selbständigen Betriebe wider. In den Nebenbetrieben hat die Entwicklung des Realumsatzes eher stagniert. Außerordentlich expansive Zweige waren die Gas- und Wasserinstallateure (+ 770 Prozent), aber auch die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer (+ 500 Prozent). Letztere konnten die durchschnittliche Umsatzleistung des einzelnen Beschäftigten von 48 000 DM auf 248 000 DM erhöhen, eine Steigerung, die von kaum einem anderen Zweig erreicht wurde.

Das Baugewerbe hatte 1976 zwar immer noch einen Anteil von einem Fünftel am gesamten Umsatz; seine gegenüber 1967 höheren Absatzwerte dürften jedoch kaum auf einen realen Zuwachs zurückzuführen sein. So konnten die Maurer, die bereits über ein Drittel des bauwirtschaftlichen Umsatzes tragen, mit einem 60prozentigen Anstieg auch nur einen bescheidenen Beitrag zum Umsatzplus leisten. Maler und Lackierer, besonders auch die Dachdecker (+ 370 Prozent) verzeichneten zwar bessere Ergebnisse, zu viele Branchen aber meldeten nur geringe nominelle Zunahmen — die Beton- und Stahlbetonbauer sogar eine Einbuße von sechs Prozent. Dadurch zählt das Gesamtergebnis des Bauhandwerks mit zu den schlechtesten aller Gewerbegruppen. Der Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich von 37 000 DM auf „nur“ 72 000 DM; bei gleichem Ausgangsniveau erreichte das Metallgewerbe 113 000 DM für 1976.

Das zweitbeste Wachstumsergebnis konnten die Zweige des Reinigungsgewerbes für sich verbuchen, die ihre Umsatzleistung gegenüber 1967 um das Anderthalbfache erhöhten, allerdings nur mit einem Anteil von acht Prozent am Gesamthandwerk. Dominierend sind innerhalb dieser Gruppe die Gebäudereiniger, die ein Plus von 343 Prozent auswiesen und somit den größten Teil des aus Dienstleistungen stammenden Umsatzes auf sich vereinigten. Neue Betätigungsfelder ergaben sich gerade für diese Branche durch den in den größeren Städten ständig steigenden Reinigungsaufwand für Büro- und Verkaufsräume. Die Abwendung von der oft unrentablen firmeneigenen Raumpflege hat die Tendenz zu den Gebäudereinigungsfirmen mit ihren effektiver einsetzbaren Putzkolonnen unterstützt. Die in diesem Bereich übliche Teilzeitbeschäftigung hat jedoch bei den Gebäudereinigern zu dem niedrigsten Umsatz je tätige Person überhaupt geführt. Bemerkenswert ist auch, daß bei dieser Kennziffer zwischen 1967 und 1976 nur ein geringfügiger Anstieg von 9000 DM auf 10 000 DM erfolgt ist. Das Umsatzniveau je Betrieb und je Beschäftigten ist allerdings in fast allen Dienstleistungsgewerben relativ niedrig, da im Umsatz kaum Vorleistungen enthalten sind, und die Wertschöpfungsquote dadurch deutlich höher ist als im übrigen Handwerk. Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei den Zahntechnikern. Dieser wachsende Gewerbezweig erzielte ein Umsatzplus von 560 Prozent und erhöhte die Umsatzleistung pro Arbeitskraft um 230 Prozent auf 66 000 DM im Jahr 1976. Ein großer Teil dieses Umsatzes ist allerdings auf den hohen Wert des Materialeinsatzes zurückzuführen. Lediglich die Friseure konnten der positiven Entwicklung der gesamten Gewerbebranche nicht folgen. Bei nur 36 Prozent mehr Umsatz muß man eher von realen Umsatzverlusten in dieser Branche sprechen. 1967 noch wurde fast die Hälfte des Körperpflege- und Reinigungsumsatzes in Friseurgeschäften erwirtschaftet, bis 1976 hatte sich der Anteil auf ein Viertel vermindert.

Im Nahrungsmittelgewerbe zeigt sich — heute noch mehr als vor neun Jahren — einestärke Umsatzkonzentration auf den Gewerbezweig der Fleischer; sie erzielten bereits 80 Prozent des Gesamtergebnisses von 1,5 Milliarden DM. Hierbei schnitten die Nebenbetriebe außerordentlich gut ab. Im Gegensatz zur eher negativen Bilanz der selbständigen Schlachtereien (+ 37 Prozent) erreichten die Nebenbetriebe ein Umsatzwachstum von 355 Prozent. Somit wird schon fast ein Viertel aller Fleisch- und Wurstwaren, die im Handwerk umgesetzt werden, in den nichtselbständigen Betriebseinheiten gekauft. Die Fleischer waren 1976 nicht nur der umsatzstärkste Gewerbezweig überhaupt, zudem lag die Leistung der einzelnen, in einer Schlachtereitätigen Personen mit 254 000 DM im Jahr an der Spitze. Aber auch in dieser Branche entfällt ein großer Teil des Umsatzes auf den Wert der Vorprodukte.

Die drei kleineren Gewerbegruppen — ihre Umsatzanteile lagen jeweils unter vier Prozent — enthielten eine große Zahl jener 30 Gewerbebezüge, bei denen die negative Geschäftslage zu nominell geringeren Umsätzen geführt hat. Am stärksten war die Gruppe des Textilhandwerks betroffen, die mit nur 21 Prozent Umsatzsteigerung reale Verluste verzeichnen mußte.

Vier Fünftel Handwerksumsatz

Während bisher der Bruttoumsatz zugrunde gelegt wurde, ist es zweckmäßig, in den folgenden Abschnitten wegen der teilweise unterschiedlichen Steuersätze vom Nettoumsatz, also ohne Mehrwertsteuer, auszugehen. Im gesamten Nettoumsatz von 7,7 Milliarden DM des Jahres 1976 sind Einnahmen aus allen Tätigkeitsbereichen des Handwerks enthalten: aus Herstellung, Montage, Reparaturen, Handel sowie sonstigen Dienstleistungen und Nebengeschäften. Rund 27 Prozent entfielen dabei auf eigene Produktionstätigkeit; 52 Prozent auf Dienstleistungen im engeren Sinne wie Reparaturen, Installationen und Instandhaltungen, so daß insgesamt knapp 80 Prozent (6,1 Milliarden DM) den eigentlichen Handwerkstätigkeiten zuzurechnen sind. Knapp 18 Prozent erzielten die handwerklichen Betriebe durch den Verkauf fremder Erzeugnisse. Damit hat sich das Verhältnis von Handwerksumsatz zum Umsatz aus Handelswaren seit 1967 zugunsten der Handelstätigkeiten verschoben.

Im Bau-, im Holz- und im Reinigungsgewerbe kamen fast ausschließlich Umsätze aus handwerklichen Tätigkeiten vor. Dabei ist in der Holzbranche das Verhältnis zwischen Umsatz aus eigener Herstellung und Umsatz aus Dienstleistungen und Reparaturen ausgeglichen; die Bauhandwerker erzielten vier Fünftel ihres Umsatzes aus Montagen, Reparaturen, Installationen und übrigen Dienstleistungen. Für die Berufe des Gesundheits-, Körperpflege- und Reinigungsgewerbes ist es dagegen typisch, daß sie rund 70 Prozent ihres Umsatzes aus Dienstleistungen erwirtschafteten. Nennenswerte Umsätze aufgrund eigener Herstellung erreichten allein die Augenoptiker und die Zahntechniker.

Der mit annähernd 30 Prozent höchste Anteil an den Handelserlösen wurde für das Metallgewerbe nachgewiesen, bei dem eine Reihe von Branchen in stärkerem Umfang fremde Erzeugnisse verkaufte. Als Beispiel hierfür können die Kfz-Mechaniker angeführt werden, deren Gesamtumsatz zu mehr als 40 Prozent aus Handelsgeschäften resultierte — hauptsächlich aus dem Verkauf von Ersatzteilen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Radio- und Fernsehetechnikern sowie bei den Uhrmachern, die teilweise mehr vom Verkauf industriell hergestellter Produkte als von eigener Handwerksarbeit lebten. Auch das Textilgewerbe hat seine Geschäftslage durch den Handel mit fremden Erzeugnissen verbessert. Der hohe Anteil des Handelsumsatzes von rund einem Fünftel wurde besonders von den Modisten, Raumausstattern und Schuhmachern getragen. Auf der anderen Seite konnte kein Handwerksbereich soviel Umsatz durch den Verkauf selbst hergestellter Waren erzielen wie das Nahrungsmittelgewerbe. Drei Viertel des Nettoumsatzes wurde hier durch Eigenherstellung gedeckt.

Steigende Bedeutung der Zulieferungen für die gewerbliche Wirtschaft

Das selbständige Handwerk stellte in zunehmendem Ausmaß Güter und Dienstleistungen für die Industrie und den gesamten tertiären Sektor zur Verfügung. Mehr als die Hälfte des gesamten Nettoumsatzes wur-

de durch das Geschäft mit der gewerblichen Wirtschaft erzielt. Der direkte Absatz an private Endverbraucher erbrachte 1976 ein gutes Drittel, so hauptsächlich in den konsumnahen Bereichen, im Reparatur- und im Dienstleistungshandwerk. Besonders das Nahrungsmittelhandwerk, das Reinigungsgewerbe sowie die Textilbranche orientierten sich an der Nachfrage der privaten Haushalte. Im Bekleidungsgewerbe wurden sogar 80 Prozent des Umsatzes durch Geschäfte mit privaten Konsumenten erzielt, im Reinigungsgewerbe 52 Prozent.

Zwölf Prozent der Dienstleistungen und Warenlieferungen gingen an öffentliche Auftraggeber, die Mehrzahl von Bau- und Metallunternehmen. Im Bausektor insgesamt lag der Anteil des vom Staat induzierten Umsatzes mit fast 27 Prozent überdurchschnittlich hoch. In einigen Gewerbezweigen, wie bei den Straßenbauern oder den Beton- und Stahlbetonbauern, wurden sogar noch weitaus höhere Prozentsätze ermittelt. Im Metallgewerbe lag dagegen der Schwerpunkt eindeutig bei den Vorleistungen für die gewerbliche Wirtschaft. Rund 62 Prozent ihres Umsatzes entfielen auf Geschäfte mit der Industrie und dem Dienstleistungssektor; ein Indiz dafür, daß das Handwerk in einer ganzen Reihe von Gewerbezweigen Zulieferfunktionen für andere Wirtschaftsbereiche ausübt.

6. Betriebsgrößen

Alle Handwerkszählungen der Nachkriegszeit bestätigen die Tendenz zu größeren Betriebseinheiten. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl eines Handwerksunternehmens hat sich seit 1949 kontinuierlich erhöht: von fünf über sieben (1956), acht (1968) bis zehn Beschäftigten im Jahre 1977. Die mittlere Betriebsgröße des letzten Zählungsjahres war hauptsächlich im Metall- und im Nahrungsmittelgewerbe zu finden. Bauunternehmen waren in der Regel größer, im Reinigungsgewerbe war die durchschnittliche Beschäftigtenzahl sogar von 7 auf 15 gestiegen, wobei einzelne Großbetriebe in der Gebäudereinigung den Durchschnittswert erheblich erhöht hatten. Die tätigen Personen der restlichen Gewerbegruppen arbeiteten noch überwiegend in Kleinbetrieben: Vor allem in der Textilbranche herrschten in den Gewerbezweigen die Zwei- bis Dreipersonenunternehmen vor.

Es gab zwar im Handwerk auch 1977 noch einzelne Branchen, die nur aus Einpersonenernehmen bestanden, auf der anderen Seite war aber auch eine Reihe von Großbetrieben in die Handwerksrolle eingetragen, die nicht in das traditionelle Bild des typisch mittelständisch geprägten Handwerks passen. So zählte das Hamburger Handwerk 1977 bereits zehn Betriebe mit über 500 Arbeitskräften. Auch hier sind wiederum die Gebäudereiniger zu nennen, die im Mittel auf eine Beschäftigtenzahl von 119 Personen je Unternehmen kamen.

Insgesamt zeigt die Aufgliederung der Unternehmen nach Größenklassen aber, daß das Handwerk nach wie vor eine Hochburg des klein- und mittelständischen Bereichs ist. Über 90 Prozent aller Betriebe hatten 1977 weniger als 20 tätige Personen. Auch wies nur ein geringer Teil der Handwerksunternehmen Zweigniederlassungen auf. Vor allem die Bäcker und Fleischer unterhielten häufig Verkaufsfilialen.

Die Geschäftsaufgaben im Bereich der Kleinstbetriebe und der gleichzeitige Aufstieg vieler Unternehmen in höhere Beschäftigtengrößenklassen haben Strukturveränderungen bewirkt, die auf Konzentrationsprozesse im Handwerk hindeuten. Gründe hierfür liegen einmal in der Entwicklung der Technik, denn oft lohnt der Einsatz moderner Maschinen und Anlagen erst von einer bestimmten Betriebsgröße an. Dabei ist die dort besser zu realisierende Massenproduktion kostengünstiger und schafft Wettbewerbsvorteile. Zum anderen führte die häufig mangelnde finanzielle Ausstattung der „Kleinen“ dazu, daß sie in nicht ausreichendem Maß modernisieren konnten und aufgeben mußten.

Gegenläufige Tendenzen haben sich durch Rationalisierungsbestrebungen und die damit verbundenen Personaleinsparungen vor allem bei beschäftigungsstarken Unternehmen ergeben. Per Saldo zeigt sich eine Stärkung des mittleren Bereichs, wobei vor allem die Besetzung der Beschäftigtengrößenklasse mit 10 bis 19 tätigen Personen herausragt. Sieht man von einigen Großbetrieben ab, so hat diese Gruppe als einzige nicht nur eine ausgesprochen gute Umsatzentwicklung aufzuweisen, sondern auch Arbeitsstätten und Beschäftigte hinzugewonnen. In allen übrigen Größenklassen — ganz besonders bei den Kleinstbe-

Tab. 3: Unternehmen, Tätige Personen und Umsatz des Hamburger Handwerks nach Größenklassen 1967/68 und 1976/77

Unternehmen mit ... bis ... tätigen Personen	Unternehmen 1)				Tätige Personen 2)				Umsatz 3)			
	31.3.1968		31.3.1977		30.9.1967		30.9.1976		1967		1976	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Mio.DM	Anteil in %	Mio.DM	Anteil in %
1	2 954	21,5	1 380	13,3	2 954	2,6	1 380	1,3	70,2	1,7	58,8	0,7
2 - 4	5 225	38,0	4 122	39,8	14 749	13,0	11 735	11,0	493,1	11,7	712,0	8,4
5 - 9	3 219	23,4	2 597	25,1	21 057	18,5	17 034	15,9	761,6	18,0	1 260,9	14,9
10 - 19	1 304	9,5	1 349	13,0	17 559	15,5	17 996	16,8	615,4	14,6	1 400,3	16,5
20 - 49	743	5,4	625	6,0	21 824	19,2	18 420	17,2	835,4	19,8	1 606,1	18,9
50 - 99	189	1,4	172	1,7	12 691	11,2	11 602	10,9	544,4	12,9	882,1	10,4
100 und mehr	118	0,9	107	1,0	22 772	20,0	28 718	26,9	903,1	21,4	2 558,5	30,2
Handwerk insgesamt	13 752	100	10 352	100	113 606	100	106 885	100	4 223,2	100	8 478,8	100

1) selbständige Unternehmen und Nebenbetriebe, die das ganze Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden.

2) ohne Heimarbeiter.

3) einschl. Umsatzsteuer.

trieben – hat sich dagegen der Ausleseprozeß ausgewirkt: Nicht einmal halb so viele Einmannbetriebe wie 1968 waren 1977 noch tätig, was dazu führte, daß in dieser Größenklasse sogar der Nominalumsatz rückläufig war. Gleichzeitig ist deutlich feststellbar, daß die Umsatzentwicklung um so günstiger verlief, je größer das Unternehmen war, was tendenziell für den Umsatz je tätige Person auch zutrifft. In der Größenklasse von 300 bis 400 Beschäftigten wurde mit 179 000 DM der höchste durchschnittliche Jahresumsatz je Arbeitskraft erzielt. Diese Kennziffer sinkt bei den Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten jedoch wieder ab, was allerdings ausschließlich an dem starken Gewicht der Gebäudereiniger mit ihren branchenspezifisch niedrigen Pro-Kopf-Umsätzen liegt.

Der Schwerpunkt der Ausbildungstätigkeit lag beim Klein- und Mittelbetrieb. Die Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten vereinten ein Drittel aller Arbeitskräfte auf sich, bildeten aber gut die Hälfte aller Lehrlinge im Handwerk aus. In keiner anderen Größenklasse ist der Anteil der Auszubildenden so hoch. Die Großbetriebe – insbesondere die Gebäudereiniger – stellten dagegen nur in sehr geringem Umfang Lehrlinge ein, da sie von der Funktion her auch kaum Ausbildungsplätze bereitstellen können. Hier überwiegen Arbeitsplätze für Arbeiter. Fast ein Drittel aller Arbeiter war in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten tätig, während das Hauptarbeitsfeld der Angestellten nach wie vor in den mittleren Betriebsgrößen lag.

7. Vergleich mit dem Bundesgebiet

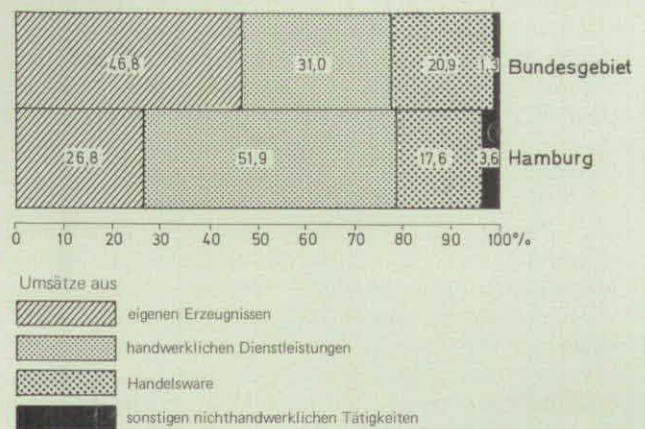
In der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin) waren 1977 fast 495 000 Handwerksunternehmen mit nicht ganz vier Millionen Beschäftigten tätig. Als eines der kleineren Bundesländer hat Hamburg nur einen relativ geringen Anteil, bei den Betrieben von etwa zwei Prozent und bei den tätigen Personen von knapp drei Prozent. An den 1976 im Bundesgebiet erzielten Umsätzen (277 Milliarden DM) ist die Hansestadt mit rund 8,5 Milliarden DM oder drei Prozent beteiligt.

Obwohl das hiesige Handwerk seit 1968 einen stärkeren Rückgang in der Zahl der Betriebe und der tätigen Personen verzeichnet hat, erreichte Hamburg eine Umsatzsteigerung von über 100 Prozent, das Handwerk im Bundesgebiet dagegen nur von 95 Prozent. Auch das Niveau der Kennziffer „Umsatz je Beschäftigten“ lag mit 79 000 DM in Hamburg um 8000 DM über dem Bundesdurchschnitt.

Die Analyse der Umsatzarten weist auf sehr unterschiedliche Tätigkeitsstrukturen hin. Während die

Schaubild 4

Umsatzarten des Handwerks in Hamburg und im Bundesgebiet 1976



(K)

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Hamburger Handwerker 1977 etwa die Hälfte ihres Gesamtumsatzes aus Dienstleistungen, darunter auch Reparaturen und Montagen, erwirtschafteten, beträgt der betreffende Anteil im Bundesgebiet nur 31 Prozent. Beim Verkaufserlös aus selbsthergestellten Waren ist dieses Verhältnis umgekehrt. Hieran wird die besondere Stellung der Dienstleistungshandwerke in einer Metropole wie Hamburg mit ihren überregionalen Versorgungsfunktionen deutlich.

Charakteristisch für das großstädtische Handwerk ist ebenfalls die höhere Beschäftigtenzahl je Betrieb. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag 1977 bei zehn Personen, im Bundesgebiet nur bei acht, bei einer Größenordnung also, die in Hamburg bereits vor zehn Jahren erreicht war. Auch die Tendenz zur Bildung von größeren Betrieben ist hier in der Großstadt wesentlich ausgeprägter. So arbeiteten 1977 in Hamburg 38 Prozent aller Handwerker in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten, das sind ungefähr sieben Prozent mehr als 1968. Im Bundesdurchschnitt hat sich der ohnehin erheblich geringere Anteil dieser Größenklasse von nur 26 Prozent gegenüber 1968 kaum verändert. Die Zahl der Kleinbetriebe war im Bundesgebiet entsprechend dem größeren Gewicht der ländlichen Gebiete höher, das mittlere Unternehmen war hier wie dort gleich stark vertreten. Der Umsatzschwerpunkt auf Bundesebene lag bei den Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten. Zwar wurde auch in Hamburg mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes in diesem Bereich erzielt, ein weitaus höherer Anteil (über 40 Prozent) jedoch in den Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten.

Ilse Bornholdt

Gewerbebeizweigen	Unternehmen 1)			Tätige Personen 2)					Umsatz einschließlich Umsatzsteuer in 1000 DM 3)		
	31.3. 1968	31.3. 1977	Veränderung in %	30.9.1967		30.9.1976		Veränderung insgesamt in %	1967	1976	Veränderung in %
				insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je Unternehmen				
Bau- und Ausbaugewerbe	2 408	1 931	- 19,8	32 863	14	25 254	13	- 23,2	1 210 818	1 805 827	+ 49,1
davon											
Maurer	544	453	- 16,7	10 292	19	8 521	19	- 17,2	391 501	625 903	+ 59,9
Beton- und Stahlbetonbauer	60	35	- 41,7	5 458	91	2 771	79	- 49,2	252 277	237 910	- 5,7
Feuerungs- und Schornsteinbauer, Backofenbauer	7	6	- 14,3	118	17	48	8	- 59,3	5 901	3 820	- 35,3
Zimmerer	121	87	- 28,1	957	8	676	8	- 29,4	38 861	56 825	+ 46,2
Dachdecker	61	69	+ 13,1	556	9	1 146	17	+ 106,1	21 147	100 151	+ 373,6
Straßenbauer	60	54	- 10,0	2 891	48	2 034	38	- 29,6	98 259	143 527	+ 46,1
Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer	29	24	- 17,2	583	20	455	19	- 22,0	30 721	41 841	+ 36,2
Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	86	65	- 24,4	1 622	19	897	14	- 44,7	65 676	71 614	+ 9,0
Betonstein- und Terrazzohersteller	29	19	- 34,5	929	32	181	10	- 80,5	34 470	14 345	- 58,4
Estrichleger	18	21	+ 16,7	553	31	253	12	- 54,2	37 299	35 297	- 5,4
Brunnenbauer	18	8	- 55,6	136	8	137	17	+ 0,7	4 468	8 125	+ 81,8
Steinmetzen und Steinbildhauer	74	69	- 6,8	479	6	347	5	- 27,6	20 664	25 197	+ 21,9
Stukkateure	19	12	- 36,8	441	23	255	21	- 42,2	17 405	22 947	+ 31,8
Maler und Lackierer	1 027	824	- 19,8	7 103	7	6 932	8	- 2,4	160 096	367 556	+ 129,6
Kachelofen- und Luftheizungsbauer	90	34	- 62,2	401	4	165	5	- 58,9	24 352	33 990	+ 39,6
Schornsteinfeger	165	151	- 8,5	344	2	436	3	+ 26,7	7 721	16 779	+ 117,3
Metallgewerbe	3 623	3 408	- 5,9	36 196	10	34 511	10	- 4,7	1 349 628	3 908 586	+ 189,6
davon											
Schmiede	63	31	- 50,8	353	6	156	5	- 55,8	13 534	14 883	+ 10,0
Schlosser	303	267	- 11,9	2 668	9	3 868	14	+ 45,0	98 370	338 861	+ 244,5
Karosseriebauer	41	40	- 2,4	555	14	406	10	- 26,8	15 638	31 579	+ 101,9
Maschinenbauer (Mühlenbauer)	128	103	- 19,5	1 652	13	1 516	15	- 8,2	56 617	725 256	+ 1 181,0
Werkzeugmacher	24	31	+ 29,2	327	14	267	9	- 18,3	10 200	16 488	+ 61,6
Dreher	25	25	± 0,0	154	6	204	8	+ 32,5	3 302	12 556	+ 280,3
Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker)	143	97	- 32,2	569	4	460	5	- 19,2	18 063	37 880	+ 109,7
Büromaschinenmechaniker	116	90	- 22,4	860	7	645	7	- 25,0	20 727	46 170	+ 122,8
Kraftfahrzeugmechaniker	443	534	+ 20,5	9 712	22	7 041	13	- 27,5	392 264	841 560	+ 114,5
Kraftfahrzeugelektriker	45	41	- 8,9	363	8	451	11	+ 24,2	9 085	33 645	+ 270,3
Landmaschinenmechaniker	11	5	- 54,5	77	7	27	5	- 64,9	3 070	2 121	- 30,9
Feinmechaniker	59	43	- 27,1	677	11	635	15	- 6,2	19 139	53 932	+ 181,8
Büchsenmacher	8	6	- 25,0	19	2	12	2	- 36,8	364	608	+ 67,0
Klempner	583	224	- 61,6	5 412	9	2 169	10	- 59,9	210 476	155 504	- 26,1
Gas- und Wasserinstallateure	128	454	+ 254,7	1 049	8	4 572	10	+ 335,8	39 447	344 231	+ 772,6
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	112	167	+ 49,1	2 145	19	2 485	15	+ 15,9	103 514	616 333	+ 495,4
Kupferschmiede	20	14	- 30,0	321	16	354	25	+ 10,3	9 961	24 194	+ 142,9
Elektroinstallateure	536	498	- 7,1	5 083	9	5 557	11	+ 9,3	178 093	375 333	+ 110,8
Elektromechaniker	46	44	- 4,3	609	13	418	10	- 31,4	32 436	39 113	+ 20,6
Fernmeldemechaniker	13	21	+ 61,5	198	15	263	13	+ 32,8	5 316	19 833	+ 273,1
Elektromaschinenbauer	32	35	+ 9,4	385	12	358	10	- 7,0	9 292	22 639	+ 143,6
Radio- und Fernsichttechniker	242	279	+ 15,3	1 339	6	1 374	5	+ 2,6	39 111	86 660	+ 121,6
Uhrmacher	261	165	- 36,8	770	3	516	3	- 33,0	27 500	24 726	- 10,1
Graveure	30	24	- 20,0	111	4	121	5	+ 9,0	2 516	6 676	+ 165,3
Galvaniseure und Metallschleifer	18	15	- 16,7	151	8	159	11	+ 5,3	3 838	9 183	+ 139,3
Gürtler und Metalldrücker	16	15	- 6,3	83	5	52	3	- 37,3	10 168	3 040	- 70,1
Metallformer und Metallgießer	4	-	- 100,0	43	11	-	-	- 100,0	2 346	-	- 100,0
Messerschmiede	20	14	- 30,0	65	3	74	5	+ 13,8	3 413	4 763	+ 39,6
Gold- und Silberschmiede	153	126	- 17,6	446	3	351	3	- 21,5	11 828	20 819	+ 76,0
Holzgewerbe	900	613	- 31,9	5 682	6	4 058	7	- 28,6	192 021	298 267	+ 55,3
davon											
Tischler	714	490	- 31,4	4 447	6	3 212	7	- 27,8	152 376	235 202	+ 54,4
Parkettleger	34	19	- 44,1	153	5	92	5	- 39,9	7 810	10 103	+ 29,4
Rolladen- und Jalousiebauer	8	10	+ 25,0	75	9	68	7	- 9,3	3 931	5 219	+ 32,8
Bootsbauer	30	24	- 20,0	128	4	146	6	+ 14,1	2 973	9 207	+ 209,7
Schiffbauer	19	14	- 26,3	474	25	305	22	- 35,7	16 026	28 859	+ 80,1
Modellbauer	16	18	+ 12,5	143	9	121	7	- 15,4	5 371	6 036	+ 79,1
Wagner	8	5	- 37,5	17	2	6	1	- 64,7	401	192	- 52,1
Drechsler (Elfenbeinschnitzer) und Holzbildhauer	16	11	- 31,3	32	2	23	2	- 28,1	630	724	+ 14,9
Schirmmacher	17	7	- 58,8	93	5	19	3	- 79,6	1 693	567	- 66,5
Böttcher	7	4	- 42,9	22	3	13	3	- 40,9	824	720	- 12,6
Bürsten- und Pinselmacher	21	8	- 61,9	84	4	48	6	- 42,9	1 721	1 364	- 20,7
Korbmacher	10	3	- 70,0	14	1	5	2	- 64,3	265	72	- 72,8

Anmerkungen am Ende der Tabelle

Gewerbegruppen Gewerbebezeichnung	Unternehmen 1)			Tätige Personen 2)				Umsatz einschließlich Umsatzsteuer in 1000 DM 3)			
	31.3. 1968	31.3. 1977	Veränderung in %	30.9.1967		30.9.1976		Veränderung insgesamt in %	1967	1976	Veränderung in %
				insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je Unternehmen				
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	2 315	1 066	- 54,0	6 578	3	3 751	4	- 43,0	167 418	203 226	+ 21,4
davon											
Herrenschneider	464	156	- 66,4	1 063	2	390	3	- 63,3	20 700	13 483	- 34,9
Damenschneider	412	117	- 71,6	1 035	3	287	2	- 72,3	10 046	6 038	- 39,9
Wäscheschneider	31	7	- 77,4	84	3	13	2	- 84,5	1 298	617	- 52,5
Sticker	12	5	- 58,3	82	7	14	3	- 82,9	1 210	454	- 62,5
Stricker	16	3	- 81,3	42	3	10	3	- 76,2	579	328	- 43,4
Modisten	78	31	- 60,3	260	3	72	2	- 72,3	5 719	3 123	- 45,4
Weber	10	5	- 50,0	15	2	11	2	- 26,7	166	165	- 0,6
Seiler	9	5	- 44,4	95	11	58	12	- 38,9	8 095	9 459	+ 16,8
Segelmacher	29	23	- 20,7	174	6	213	9	+ 22,4	7 332	18 462	+ 151,8
Kürschner	117	91	- 22,2	683	6	701	8	+ 2,6	22 976	44 872	+ 95,3
Hut-, Mützen- und Handschuhmacher	24	7	- 70,8	90	4	19	3	- 78,9	2 349	717	- 69,5
Schuhmacher	673	325	- 51,7	1 251	2	694	2	- 44,5	26 199	27 506	+ 5,0
Orthopädienschuhmacher	48	35	- 27,1	151	3	152	4	+ 0,7	3 602	8 038	+ 123,2
Gerber, Sattler und Feintäschner	74	38	- 48,6	211	3	118	3	- 44,1	5 979	5 108	- 14,6
Raumausstatter	318	218	- 31,4	1 342	4	999	5	- 25,6	51 168	64 857	+ 26,8
Nahrungsmittelgewerbe	1 489	998	- 33,0	12 146	8	9 591	10	- 21,0	916 175	1 446 587	+ 57,9
davon											
Bäcker	329	214	- 35,0	3 823	12	3 409	16	- 10,8	131 993	193 428	+ 46,5
Konditoren	295	192	- 34,9	2 290	8	1 549	8	- 32,4	66 793	79 910	+ 19,6
Fleischer	853	586	- 31,3	5 970	7	4 598	8	- 23,0	709 733	1 165 820	+ 64,3
Müller	12	6	- 50,0	63	5	35	6	- 44,4	7 656	7 429	- 3,0
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	2 344	1 849	- 21,1	16 334	7	26 841	15	+ 64,3	247 781	618 424	+ 149,6
davon											
Augenoptiker	121	143	+ 18,2	796	7	970	7	+ 21,9	34 139	88 844	+ 160,2
Hörgeräteakustiker	14	15	+ 7,1	111	8	97	6	- 12,6	4 895	8 416	+ 71,9
Bandagisten	32	25	- 21,9	243	8	126	5	- 48,1	6 348	10 589	+ 66,8
Orthopädiemechaniker, Chirurgiemechaniker	15	27	+ 80,0	185	12	359	13	+ 94,1	6 114	38 757	+ 533,9
Zahntechniker	100	110	+ 10,0	882	9	1 800	16	+104,1	17 775	118 061	+ 564,2
Friseure	1 738	1 292	- 25,7	8 406	5	6 474	5	- 23,0	114 018	154 859	+ 35,8
Färber und Chemischreiniger	36	21	- 41,7	379	11	167	8	- 55,9	7 514	5 430	- 27,7
Wäscher und Plätter	160	81	- 49,4	1 253	8	835	10	- 33,4	19 124	25 620	+ 34,0
Gebäudereiniger	128	135	+ 5,5	4 079	32	16 013	119	+292,6	37 854	167 848	+ 343,4
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	673	487	- 27,6	3 807	6	2 879	6	- 24,4	139 369	197 862	+ 42,0
davon											
Glaser	194	155	- 20,1	962	5	1 039	7	+ 8,0	45 993	78 617	+ 70,9
Glasschleifer, Glasätzer, Glas- und Porzellanmaler	11	6	- 45,5	28	3	23	4	- 17,9	819	1 363	+ 66,4
Feinoptiker	3	-	-100,0	25	8	-	-	-100,0	1 156	-	- 100,0
Glasinstrumentenmacher	3	4	+ 33,3	29	10	15	4	- 48,3	1 438	767	- 46,7
Farbstein- und Achtschleifer, Schmucksteingraveure	3	-	-100,0	4	1	-	-	-100,0	189	-	- 100,0
Fotografen	152	96	- 36,8	601	4	360	4	- 40,1	18 753	23 000	+ 22,6
Buchbinder	61	47	- 23,0	662	11	367	8	- 44,6	12 994	15 941	+ 22,7
Buchdrucker, Schriftsetzer, Drucker und Steindrucker	100	81	- 19,0	526	5	413	5	- 21,5	14 651	27 630	+ 88,6
Siebdrucker und Flexografen	5	9	+ 80,0	38	8	32	4	- 15,8	1 009	1 842	+ 82,6
Chemigrafen	6	4	- 33,3	70	12	26	7	- 62,9	2 297	2 783	+ 21,2
Keramiker	6	5	- 16,7	34	6	13	3	- 61,8	617	573	- 7,1
Orgel-, Harmonium-, Klavier- und Cembalobauer, Handzuginstrumentenmacher	27	17	- 37,0	78	3	51	3	- 34,6	2 198	3 159	+ 43,7
Geigenbauer	8	4	- 50,0	17	2	12	3	- 29,4	558	899	+ 61,1
Metallblasinstrumenten-, Schlagzeug-, Holzblasinstrumenten- und Zupfinstrumentenmacher	7	3	- 57,1	11	2	6	2	- 45,5	239	390	+ 63,2
Vergolder	8	10	+ 25,0	54	7	43	4	- 20,4	1 303	2 272	+ 74,4
Schilder- und Lichtreklamehersteller	37	21	- 43,2	243	7	153	7	- 37,0	8 609	9 466	+ 10,0
Vulkaniseure	42	25	- 40,5	425	10	326	13	- 23,3	26 546	29 158	+ 9,8
Handwerk insgesamt	13 752	10 352	- 24,7	113 606	8	106 885	10	- 5,9	4 223 210	8 478 780	+ 100,8

1) selbständige Unternehmen und Nebenbetriebe, die das ganze Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden.

2) ohne Heimarbeiter.

3) Der Vergleich der Umsätze von 1976 zu 1967 ist wegen der Umstellung des Steuersystems auf die Mehrwertsteuer (ab 1968) problematisch.

Hamburgs Bruttoinlandsprodukt im Regionalvergleich

Neue Kreiszahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden stets ein lebhaftes Interesse. Insbesondere für kleinräumige Strukturuntersuchungen geben sie zumindest in Größenordnungen einen Eindruck von der regionalen Wirtschaftskraft. Für Hamburg, dessen Struktur und Entwicklung mit den Werten für das gesamte Bundesgebiet in mancher Beziehung nur unter Vorbehalt verglichen werden kann, geben die Kreisdaten die Möglichkeit, sowohl das Ergebnis einer weiter gefaßten Region Hamburg/Umland zu ermitteln und es den Daten für das Bundesgebiet oder für andere ähnlich abgegrenzte Großstadregionen gegenüberzustellen, als auch die hamburgischen Werte unmittelbar mit den Werten anderer Großstädte zu vergleichen.

Revidierte Ergebnisse für 1974

Mit Heft 8 der Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter¹⁾ legt der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder jetzt erste Kreisergebnisse nach der Revision von 1976 vor, und zwar für die Jahre 1970, 1972 und 1974. Damit wird die Reihe gemeinschaftlicher Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter mit Kreisdaten der Sozialproduktrechnung fortgesetzt:

- Heft 1 (1964) Berichtsjahre 1957, 1961
- Heft 2 (1966) Berichtsjahre 1957, 1961, 1964
- Heft 3 (1968) Berichtsjahre 1957, 1961, 1964, 1966
– Revision 1970 –
- Heft 4 (1973) Berichtsjahre 1961, 1968, 1970
- Heft 6 (1975) Berichtsjahre 1970, 1972
- Sammelmappe (1977) Berichtsjahr 1974
– Revision 1976 –
- Heft 8 (1978) Berichtsjahre 1970, 1972, 1974

Diese Aufstellung macht bereits deutlich, daß die periodischen Revisionen, die kreisweise nicht für alle vergangenen Jahre durchgeführt worden sind, der Aufstellung längerer regionalisierter Zeitreihen entscheidende Hindernisse entgegenseetzen. Hinzu kommen die zum Teil erheblichen Veränderungen, die sich aus den Gebietsreformen der letzten zehn Jahre ergeben.

Den Ergebnissen aus den einzelnen Bundesländern liegen folgende Gebietsstände zugrunde:

Bundesland	Gebietsstand
Schleswig-Holstein	24. 3. 1974
Niedersachsen	1. 2. 1978
Nordrhein-Westfalen	1. 1. 1974
Hessen	1. 1. 1977
Rheinland-Pfalz	31. 12. 1975
Baden-Württemberg	1. 1. 1976
Bayern	1. 7. 1975
Saarland	1. 1. 1974

¹⁾ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 8, Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland, Revidierte Ergebnisse 1970, 1972 und 1974.

Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (West) sind von den kommunalen Gebietsreformen nicht betroffen.

Die Hamburger Region im Bundesvergleich

Im folgenden wird zunächst untersucht, wie sich das Verhältnis Hamburg/Bundesrepublik ändert, wenn man nicht nur Hamburg selbst, sondern die Region Hamburg/Umland, also Hamburg und die vier schleswig-holsteinischen Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg sowie die zwei niedersächsischen Landkreise Harburg und Stade berücksichtigt.

Aus methodischen Gründen (u. a. Zuordnung von unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen zu den Vorleistungen²⁾) brachte die Revision für das Bundesgebiet eine geringfügige Senkung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (BIP/WIB) für 1974 von 16 140 DM auf 15 940 DM³⁾.

Der entsprechende Wert für Hamburg ging von 23 790 DM auf 23 740 DM zurück und liegt damit um 49 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Bei Einbeziehung der Nachbarkreise, d. h. bei Bildung eines Verflechtungsraumes, wie dies für strukturelle Untersuchungen und Vergleiche vielfach sinnvoller ist, liegt die Gesamtregion Hamburg/Umland nur noch um 31 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Innerhalb der Gesamtregion wiesen die einzelnen Teile 1974 folgende BIP/WIB-Werte und Strukturen auf (es handelt sich hierbei stets um das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, also um nominale Werte):

Tab. 1:

Gebiete	BIP/WIB 1974	Anteil der Bereiche an der Bruttowertschöpfung			
		Waren- produ- zie- rendes Gewerbe	Übrige Dienst- lei- stungen	Handel und Verkehr	Land-u. Forst- wirt- schaft
	DM	%			
Hamburg	23 740	38,4	33,6	27,4	0,6
Kreis Stormarn	19 800	36,7	27,6	9,5	4,3
Kreis Pinneberg	15 510	47,0	32,3	15,0	5,8
Landkreis Stade	14 530	46,5	32,4	12,3	8,8
Kreis Segeberg	12 990	47,2	30,0	13,3	9,5
Kreis Hztg. Lauenburg	11 470	36,7	41,5	11,2	10,6
Landkreis Harburg	11 270	33,4	37,7	20,1	8,7
Zum Vergleich:					
Region Hamburg/Umland	20 940	40,2	33,4	24,4	2,0
Bundesgebiet	15 940	45,5	32,8	15,0	2,7

Deutlich wird in dieser Tabelle, wie sich durch Bildung einer Gesamtregion die Strukturen denen des Bundesgebietes tendenziell annähern, zugleich aber auch, wie

²⁾ vgl. „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1976“ in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1977, S. 222 u. S. 233.

³⁾ Wirtschaftsbevölkerung (WIB) = fortgeschriebene Wohnbevölkerung plus/minus doppelter Pendlersaldo (geschätzt).

stark die überregionalen Funktionen Hamburgs im Bereich Handel und Verkehr und sein Gewicht in der Region die entsprechenden Werte im Vergleich zum Bundesgebiet bestimmen (27,4 : 24,4 : 15,0). Auf der anderen Seite ist der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung nicht nur in Hamburg selbst, sondern auch in der gesamten Region geringer als der Bundesdurchschnitt (38,4 : 40,2 : 49,5); eine Aussage, die auch in den Industriebesatzziffern zum Ausdruck kommt (Werte für 1977: Hamburg 105, Region Hamburg/Umland 84, Bundesgebiet 118 Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner).

Bei einem Vergleich mit den Kreiswerten vor der Revision ist zu beachten, daß sich – methodisch bedingt – Anteilsverschiebungen auf Bundesebene vom Handel und Verkehr und vom Produzierenden Gewerbe zu den Übrigen Dienstleistungen ergeben haben, die im Prinzip auch in den Kreisergebnissen und damit in allen Regionen zum Ausdruck kommen müssen:

Tab. 2:

Struktur der Bruttowertschöpfung 1974	Anteil in %		Differenz in Prozentpunkten
	vor Revision	nach Revision	
<u>Hamburg</u>			
Warenproduzierendes Gewerbe	39,7	39,4	- 1,3
Handel und Verkehr	29,6	27,4	- 2,2
Übrige Dienstleistungen	30,2	33,6	+ 3,4
Land- und Forstwirtschaft	0,5	0,6	+ 0,1
In g e s a m t	100	100	
<u>Region Hamburg/Umland</u>			
Warenproduzierendes Gewerbe	41,8	40,2	- 1,6
Handel und Verkehr	26,6	24,4	- 2,2
Übrige Dienstleistungen	29,7	33,4	+ 3,7
Land- und Forstwirtschaft	1,9	2,0	+ 0,1
In g e s a m t	100	100	
<u>Bundesgebiet</u>			
Warenproduzierendes Gewerbe	50,9	49,5	- 1,4
Handel und Verkehr	17,1	15,0	- 2,1
Übrige Dienstleistungen	29,3	32,8	+ 3,5
Land- und Forstwirtschaft	2,7	2,7	± 0,0
In g e s a m t	100	100	

In der relativen Entwicklung des BIP/WIB im Beobachtungszeitraum 1970/1974 blieb die Gesamtregion mit einer Zunahme um 39 Prozent etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 42 Prozent, wobei die Entwicklung Hamburgs der des Bundesgebietes entsprach. Dies und daß die relative Entwicklung der niedersächsischen Umlandkreise etwas über dem Bundesdurchschnitt und damit höher lag als die der schleswig-holsteinischen, entspricht den Ergebnissen für den Zeitraum 1961 bis 1974 vor der Revision.

Bei diesen Entwicklungen des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (BIP/WIB) sind allerdings die unterschiedlichen Komponenten zu beachten: Das Ergebnis in den niedersächsischen Umlandkreisen wurde bestimmt durch eine überdurchschnittliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (+ 59 Prozent) bei gleichzeitig überdurchschnittlicher

Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung (+ 11 Prozent). Hamburgs Nachbarkreise in Schleswig-Holstein wiesen ein etwa durchschnittliches Wachstum des Inlandsprodukts (+ 44 Prozent), aber ebenfalls eine überdurchschnittliche Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung (+ 10 Prozent) auf, während das BIP/WIB-Wachstum in Hamburg auf einer Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts etwas unter dem Durchschnitt (+ 41 Prozent) und geringfügigem Rückgang der Wirtschaftsbevölkerung (- 1 Prozent) beruhte.

Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungen von Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftsbevölkerung sowie der Ausgangsniveaus und Strukturen im Rahmen der differenzierten Wachstumsprozesse innerhalb einer Region macht deutlich, daß ein unterdurchschnittliches Wachstum von Bruttoinlandsprodukt/Wirtschaftsbevölkerung nicht automatisch problematische Wirtschaftsstrukturen signalisieren muß. Entsprechend kann eine überdurchschnittliche Entwicklung nicht immer und ohne weiteres als problemlos bezeichnet bzw. als Zeichen unproblematischer Strukturen angesehen werden.

Getragen wurde das Wachstum des BIP der Region in den Jahren 1970 bis 1974 von den Übrigen Dienstleistungen in allen Teilgebieten, ganz besonders im Kreis Segeberg, von Handel und Verkehr im Landkreis Harburg und im Kreis Segeberg, vom Produzierenden Gewerbe in den Landkreisen Stade und Harburg sowie in den Kreisen Stormarn und Segeberg. Schließlich trug auch die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft im Kreis Pinneberg besonders zum Wachstum der Region bei.

Die Region Hamburg/Umland im Vergleich zu ausgewählten Großstadregionen

Ein Vergleich von Regionen ist unvermeidlich mit dem Problem einer gewissen Willkür bei der Abgrenzung der Regionen verbunden. Dieses Problem ist dann umso größer, wenn es sich – wie hier – um kreisweise Zusammenfassungen handelt und die Kreise von unterschiedlicher Größenordnung sind: Nach den Gebietsreformen stehen relativ großen Kreisen etwa in Niedersachsen und Hessen, solche gegenüber, die den wirtschaftsgeographischen und historischen Verhältnissen entsprechend kleiner zugeschnitten sind, wie z. B. in Bayern. Hinzu kommt, daß die Verflechtungen im Rhein-, Ruhr-, Rhein-Main- bzw. Main-Neckar-Gebiet einer eindeutigen Zuordnung vielfach entgegenstehen. Aber auch dort, wo eine Zuordnung prinzipiell möglich und vertretbar ist, wie z. B. bei der Region Hamburg/Umland, sind Randkreis-Gemeinden in der Nähe Lübecks, Neumünsters oder auch Lüneburgs in der Regel sicher stärker mit diesen Zentren als mit Hamburg verflochten. Das heißt, noch mehr als im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene geboten, muß sich ein Vergleich auf Größenordnungen und Tendenzen beschränken. Unter diesen Vorbehalten stand die Region Hamburg/Umland mit einem BIP/WIB 1974 von 20 940 DM in etwa einer Größenordnung mit der Region Frankfurt (21 580 DM) und vor einer Gruppe mit den Regionen Köln (19 590 DM), Stuttgart (19 000 DM) und München (18 920 DM).

Größenordnungsmäßig gestaffelt bestand eine dritte Gruppe hiernach schließlich aus den Regionen Bremen (17 500 DM), Hannover (17 310 DM) und Nürnberg (17 110 DM).

Von diesen Regionen wiesen zwischen 1970 und 1974 nur Frankfurt, Bremen und Nürnberg ein solches Wachstum auf, daß sich ihr Ergebnis im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt etwas erhöhte, die anderen Regionen mußten einen leichten Rückgang ihrer — nach wie vor überdurchschnittlichen — Ergebnisse im Verhältnis zum Bundesgebiet hinnehmen.

Innerhalb der oben genannten Regionen war in drei Fällen die Situation gegeben, daß jeweils hochindustrialisierte Kreise mit ihrem BIP/WIB den entsprechenden Wert der Kernstadt der Region übertrafen, und zwar bei Köln/Land, Leverkusen und Erlangen/Stadt. Dies bedeutet aber nicht, daß alle stark industriegeprägten Kreise einen überdurchschnittlichen Beitrag zum BIP/WIB leisteten. In vielen Fällen ging mit einem überdurchschnittlichen Anteil des Bereichs Produzierendes Gewerbe durchaus ein unterdurchschnittliches BIP/WIB einher, wie z. B. beim Rems-Murr-Kreis sowie bei den Kreisen Dachau, Freising, Wesermarsch, Hannover/Land, Erlangen-Höchstadt, Fürth/Land und Nürnberg/Land.

Ein Blick auf die Strukturen zeigt, daß die beiden Regionen der Spitzengruppe den niedrigsten Anteil des Produzierenden Gewerbes aufwiesen (Frankfurt 36 Prozent, Hamburg 40 Prozent), während Stuttgart mit 57 Prozent und Nürnberg mit 53 Prozent als besonders stark industriegeprägte Regionen erschienen (von dem in diese Betrachtung nicht mit einbezogenen Rhein-Ruhr-Gebiet abgesehen). Hamburg (24 Prozent) und Bremen (20 Prozent) behielten in regionaler Sicht ihre Spitzenposition im Strukturbereich Handel und Verkehr, aber auch Frankfurt rückte hier mit knapp 20 Prozent dicht auf. Bei den Übrigen Dienstleistungen lagen schließlich die Regionen Frankfurt (44 Prozent) und München (43 Prozent) relativ hoch. Insgesamt ergab sich folgendes Bild:

Tab. 3: Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1974 für ausgewählte Großstadtreionen in der Bundesrepublik Deutschland

Regionen	BIP/WIB		Anteil der Bereiche an der Bruttowertschöpfung				
	1974	Bundesgebiet	Warenproduzierendes Gewerbe	Übrige Dienstleistungen	Handel und Verkehr	Land- u. Forstwirtschaft	
	DM	1974 = 100 1970 = 100					%
Frankfurt/M.	21 580	135	132	36,5	45,7	19,6	0,4
Hamburg	20 940	131	134	40,2	33,4	24,4	2,0
Köln	19 590	123	125	48,4	35,1	15,8	0,7
Stuttgart	19 000	119	121	56,8	29,8	12,5	0,9
München	18 920	119	126	41,2	43,2	14,4	1,2
Bremen	17 500	110	107	46,2	31,3	20,1	2,4
Hannover	17 310	109	112	46,3	38,6	13,9	1,2
Nürnberg	17 110	107	106	53,4	27,9	17,6	1,1

Für eventuelle ergänzende Überlegungen und Berechnungen sind im Anhang die Kreise genannt, die in die einzelnen Regionen einbezogen worden sind. Für Hamburg ist die entsprechende Abgrenzung bereits

im vorangehenden Abschnitt dieses Aufsatzes angegeben.

Hamburg im Großstadtvergleich

Noch ein kurzer Blick auf Hamburgs Wirtschaftskreis im Großstädtevergleich: Unter den kreisfreien Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern am Anfang des Jahres 1977 lag Hamburg 1974 mit seinem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung an sechster Stelle. Die Reihenfolge der ersten zehn war hier:

1. Ludwigshafen/Rhein	26 690 DM
2. Frankfurt/Main	26 650 DM
3. Duisburg	24 670 DM
4. Karlsruhe	24 610 DM
5. Düsseldorf	24 120 DM
6. HAMBURG	23 740 DM
7. Erlangen	22 750 DM
8. Leverkusen	22 340 DM
9. Stuttgart	21 710 DM
10. Mannheim	21 170 DM

Nach wie vor ist festzustellen, daß mehr als ein Drittel — genau 24 — der 64 Großstädte mit ihrem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt lag. Dabei kann man angesichts notwendiger Toleranzgrenzen sowohl beim Bruttoinlandsprodukt selbst als auch bei der Wirtschaftsbevölkerung im Einzelfall sicher darüber streiten, ob ein BIP/WIB von 15 980 DM, 15 990 DM oder auch 16 050 DM tatsächlich ein Niveau über dem Bundesdurchschnitt von 15 940 DM bezeichnet und ein Wert von 15 850 DM ein Niveau darunter. Und 21 der 64 Großstädte wiesen eine Steigerung des BIP/WIB gegenüber 1970 auf, die geringer war als die für das Bundesgebiet:

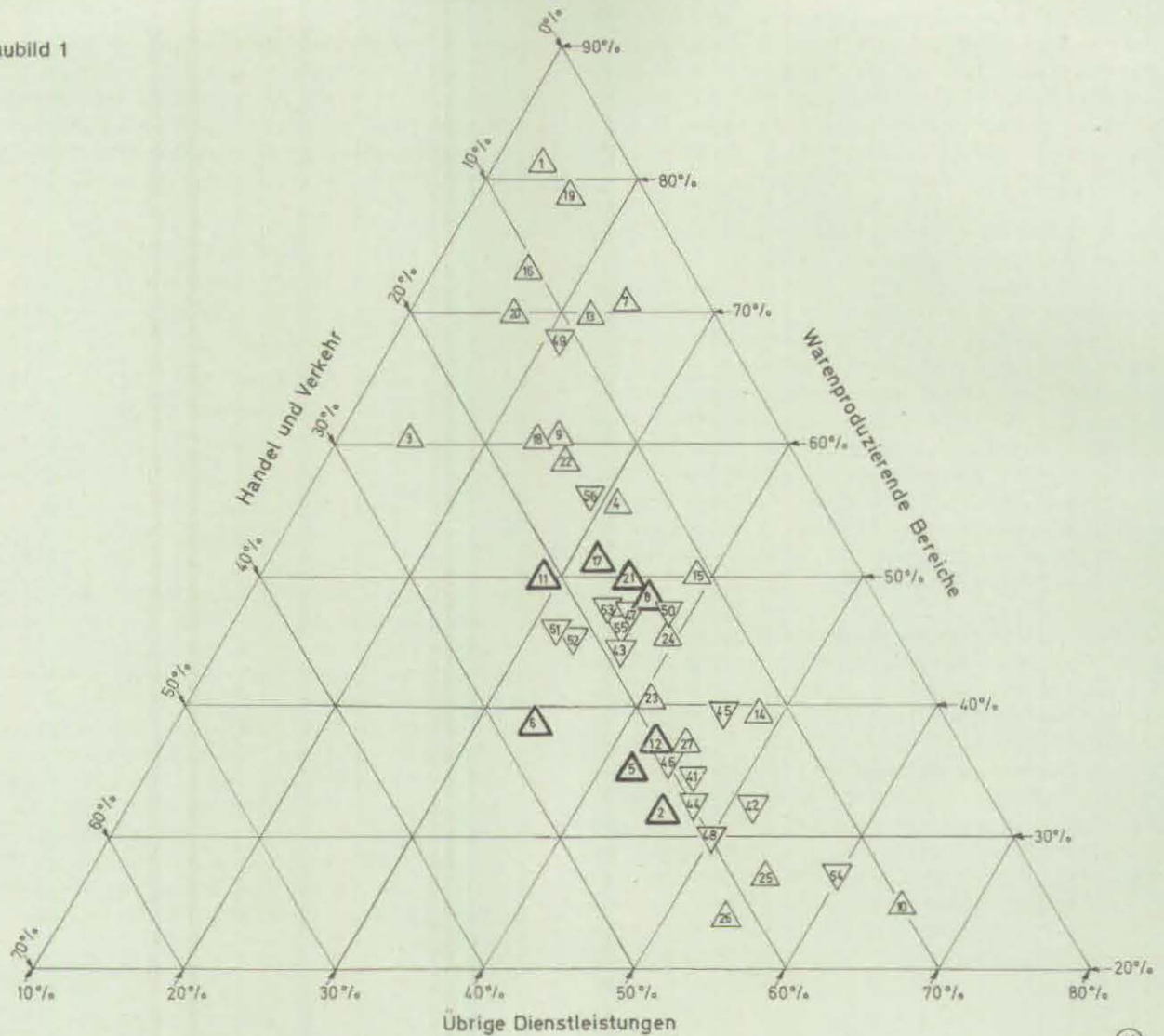
Zahl der kreisfreien Großstädte mit Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung	Entwicklung 1970 bis 1974		Summe
	über/gleich dem Bundesdurchschnitt	unter dem Bundesdurchschnitt	
Stand 1974 über dem Bundesdurchschnitt	27	13	40
Stand 1974 unter dem Bundesdurchschnitt	16	8	24
Summen der kreisfreien Großstädte	43	21	64

Hinzuweisen wäre auch noch darauf, daß immerhin sechs kreisfreie Großstädte in ihrer wirtschaftlichen Verflechtung keinen Einpendler-, sondern einen Auspendlerüberschuß aufweisen, und daß der BIP/WIB-Durchschnitt aller kreisfreien Städte lediglich von 20 kreisfreien Großstädten übertroffen wurde. Wenn Hamburg mit seinem Stand über und einer Entwicklung gleich dem Bundesdurchschnitt auch zu der so ge-

Struktur der kreisfreien Großstädte mit überdurchschnittlicher Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1970 bis 1974

- Anteile an der Bruttowertschöpfung -

Schaubild 1



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(K)

sehen relativ gut platzierten Spitzengruppe der kreisfreien Großstädte zählt, so ist es doch zweifellos nicht richtig, immer wieder von Hamburg als der reichsten Region Europas zu sprechen. Hamburg ist dies schon in der Bundesrepublik Deutschland nicht, und zwar weder im reinen Großstadtvergleich (s. o.), noch – wie im vorigen Abschnitt gezeigt – bei einem Vergleich kreisweise abgegrenzter Großstadtregionen. Ebenso gilt unverändert, daß sich die Vorstellung von einem Gegensatz „Reiche Zentren – Armes Land“ angesichts dieser Daten so undifferenziert nicht aufrecht erhalten läßt. Und schließlich gibt es auch nicht so etwas wie eine Besitzstandsgarantie für relativ wirtschaftsstarke Gebiete. In sechs Fällen (Witten, Salzgitter, Fürth, Regensburg, Münster und Darmstadt) rangierten zum Beispiel Großstädte 1974 über dem Bundesdurchschnitt, deren BIP/WIB noch darunter lag, in vier Fällen dagegen fielen Großstädte unter den Bundesdurchschnitt zurück.

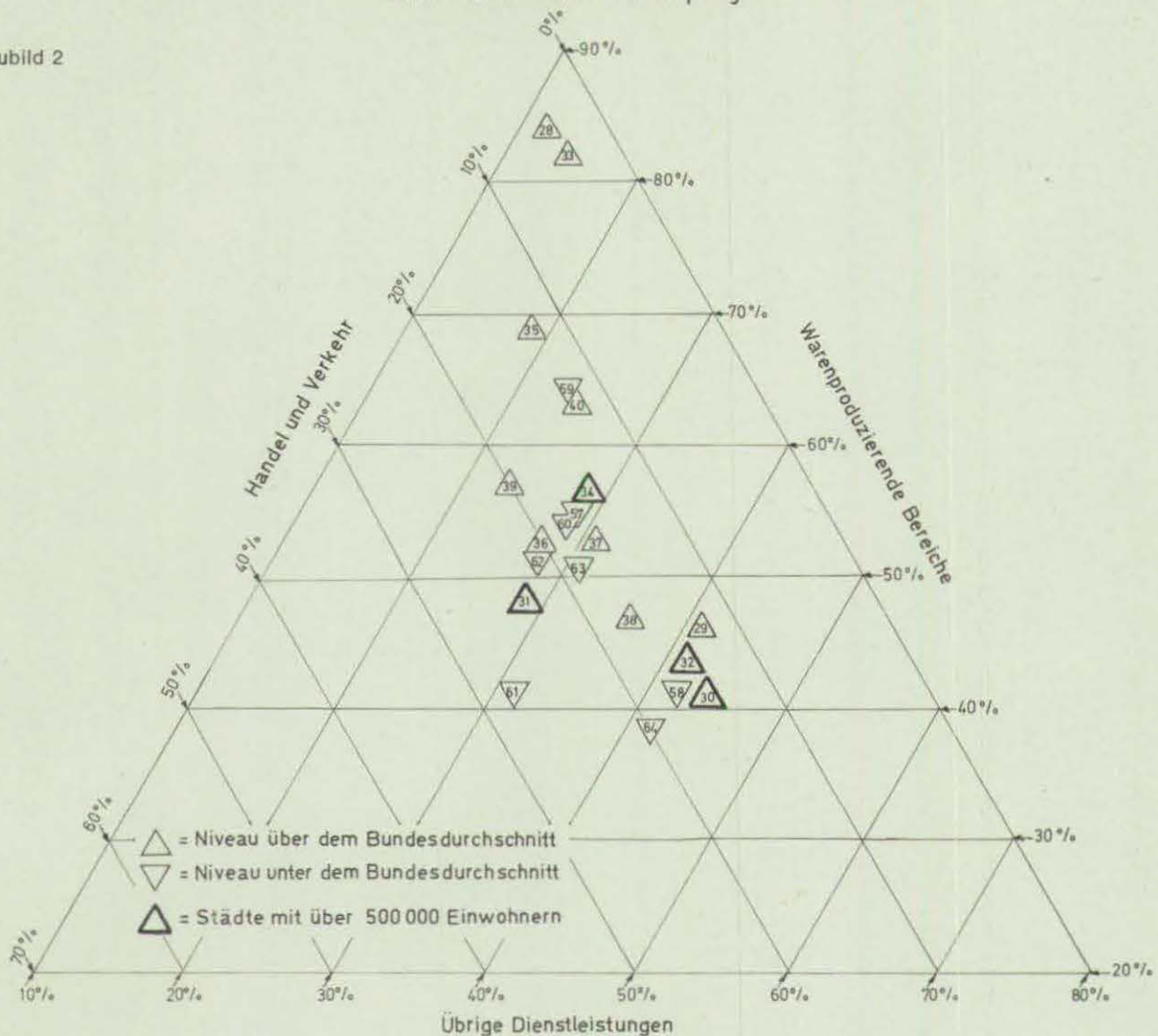
Betrachtet man die Entwicklung, so hatten das absolut bzw. relativ stärkste Wachstum des BIP/WIB zwischen 1970 und 1974 folgende kreisfreie Großstädte:

	Zunahme	
	absolut	relativ
1. Ludwigshafen/Rhein	10 900 DM	69,0 %
2. Duisburg	10 380 DM	72,6 %
3. Erlangen	9 390 DM	70,3 %
4. Karlsruhe	9 270 DM	60,4 %
5. Frankfurt/Main	9 060 DM	51,5 %
6. Bonn	8 740 DM	74,4 %
7. Witten	8 140 DM	75,6 %
8. Gelsenkirchen	8 070 DM	67,8 %
9. Düsseldorf	7 970 DM	49,3 %
10. Salzgitter	7 390 DM	66,5 %
11. Mannheim	7 090 DM	50,4 %
12. HAMBURG	7 020 DM	42,0 %
13. Regensburg	6 940 DM	68,5 %
14. Bottrop	6 710 DM	83,4 %
15. Münster	6 670 DM	68,8 %
.		
.		
37. Wilhelmshaven	5 040 DM	62,3 %
45. Herne	4 590 DM	77,4 %

Struktur der kreisfreien Großstädte mit unterdurchschnittlicher Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1970 bis 1974

- Anteile an der Bruttowertschöpfung -

Schaubild 2



Es handelt sich im vorstehenden um nominale Werte, also nicht um reale Entwicklungen oder echte Produktivitätssteigerungen. Trotzdem zeigt sich unter diesen wachstumsstärksten Großstädten eine Anzahl, die in der groben Gliederung nach drei Bereichen relativ extreme Strukturen aufweisen, wie etwa Ludwigshafen/Rhein, Bonn, Salzgitter, Münster, Wilhelmshaven, in geringem Maße auch Duisburg, Erlangen, Witten, Gelsenkirchen oder Hamburg. Das heißt, solche Strukturen dürfen nicht nur im Sinne struktureller Einseitigkeit oder konjunktureller Anfälligkeit bewertet werden, sie sind auch unter dem Gesichtspunkt wachstumsfördernder Arbeitsteilung und Spezialisierung zu sehen. Im übrigen zeigt sich, daß unter den kreisfreien Großstädten einerseits eine große Strukturvielfalt besteht, andererseits nur wenige als „strukturelle Ausreißer“ zu betrachten sind, etwa Leverkusen, Wolfsburg, Ludwigshafen/Rhein und Salzgitter mit zugleich hohem Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes und niedrigen Anteilen von Handel und Verkehr und Übrigen Dienstleistungen oder Bonn, Wilhelmshaven, Koblenz und Münster mit zugleich hohem Anteil an Übrigen

Dienstleistungen und niedrigem an Warenproduzierendem Gewerbe. Schließlich ist hier noch auf den hohen Anteil von Handel und Verkehr in Bremerhaven und Hamburg und auf den niedrigen dieses Bereichs in Erlangen und Gelsenkirchen hinzuweisen sowie auf den niedrigen Anteil der Übrigen Dienstleistungen bei Duisburg und Witten. Allgemein ist zu sagen, daß die Struktur der mit ihrem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung bzw. dessen Wachstum unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Großstädte eine geringere strukturelle Streuung aufweist als die der über dem Durchschnitt liegenden (vgl. S c h a u b i l d).

Dies alles macht deutlich, daß nicht die – wie grob oder tief auch immer gegliederten – Strukturen den ausschlaggebenden Faktor für Niveau und Wachstum des Sozialproduktes darstellen, sondern letzten Endes die Wirtschaftskraft und Dynamik der einzelnen am Wirtschaftsprozeß beteiligten Unternehmen, aus denen sich die Strukturen zusammensetzen.

Jürgen Weißker

Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung,
Entwicklung und Struktur für die kreisfreien Großstädte der Bundesrepublik Deutschland
1974 und 1970 ¹⁾

Kreisfreie Großstädte	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung				Bruttowertschöpfung Anteil an der Summe der Bereiche in %		
	1974	1970	Bundeswert = 100		Warenprodu- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	DM		1974	1970			
A. Niveau 1974 und Entwicklung 1970 bis 1974 über dem Bundesdurchschnitt							
1 Ludwigshafen/Rhein	26 690	15 790	167,5	140,7	81,3	5,8	12,9
2 Frankfurt/Main	26 650	17 590	167,2	156,7	32,0	22,2	45,8
3 Duisburg	24 670	14 290	154,8	127,5	60,5	24,2	15,5
4 Karlsruhe	24 610	15 340	154,4	136,7	54,7	13,8	31,5
5 Düsseldorf	24 120	16 150	151,3	143,9	36,1	21,7	42,2
6 Hamburg	23 740	16 720	149,0	149,0	39,0	27,4	33,6
7 Erlangen	22 750	13 360	142,7	119,0	70,5	5,6	24,0
8 Stuttgart	21 710	15 280	136,2	156,1	48,4	15,1	36,5
9 Mannheim	21 170	14 080	132,8	125,4	60,6	15,0	24,3
10 Bonn	20 490	11 750	128,6	104,6	25,3	10,0	64,6
11 Bremen	20 190	13 790	126,7	122,8	49,2	21,8	29,0
12 Köln	19 990	13 720	125,4	122,2	37,3	20,0	42,7
13 Gelsenkirchen	19 970	11 900	125,3	106,0	70,0	8,1	21,9
14 Wiesbaden	19 800	13 370	124,2	119,1	39,2	12,2	48,6
15 Offenbach	19 310	13 330	123,1	118,8	50,2	10,9	39,0
16 Witten	18 910	10 770	118,6	96,0	75,5	10,6	15,9
17 Essen	18 900	12 600	118,6	112,3	51,0	16,6	32,4
18 Pforzheim	18 780	12 170	117,8	108,4	60,4	16,0	23,7
19 Saalgrütter	18 510	11 120	116,1	99,1	79,1	4,9	16,0
20 Oberhausen	18 450	12 340	115,7	110,0	69,2	13,0	17,8
21 Berlin (West)	18 090	12 260	113,5	109,2	49,8	15,3	34,9
22 Fürth	17 280	10 790	108,4	96,1	58,3	15,6	26,1
23 Regensburg	17 070	10 130	107,1	90,2	40,8	19,1	40,1
24 Hamm	16 780	11 480	105,3	102,2	45,6	15,5	39,0
25 Koblenz	16 720	11 310	104,9	100,8	26,9	18,1	55,0
26 Münster	16 360	9 690	102,6	86,3	24,4	21,7	53,9
27 Darmstadt	15 990	11 090	100,3	98,8	36,8	16,8	44,4
B. Niveau 1974 über, Entwicklung 1970 bis 1974 unter dem Bundesdurchschnitt							
28 Leverkusen	22 340	16 600	137,2	145,9	84,0	3,9	12,2
29 Mainz	21 140	15 440	132,6	137,6	46,1	12,3	41,6
30 München	20 820	15 230	130,6	135,7	40,6	15,3	44,1
31 Nürnberg	18 250	13 040	114,5	116,1	47,6	23,2	29,2
32 Hannover	18 050	13 980	113,3	124,5	43,5	14,5	42,0
33 Wolfsburg	17 600	14 380	110,4	128,1	81,3	4,1	14,5
34 Dortmund	16 920	12 200	106,1	108,7	56,5	14,6	28,8
35 Remscheid	16 910	13 150	106,1	117,1	68,7	12,0	19,3
36 Heilbronn	16 520	11 990	103,7	106,8	52,8	19,6	27,7
37 Augsburg	16 350	12 140	102,6	108,2	52,5	16,2	31,3
38 Bielefeld	16 300	11 540	102,2	102,8	47,1	16,4	36,5
39 Neuss	16 050	11 780	100,7	104,9	57,0	19,6	23,5
40 Krefeld	15 980	11 870	100,3	105,7	63,3	11,9	24,8
C. Niveau 1974 unter, Entwicklung 1970 bis 1974 über dem Bundesdurchschnitt							
41 Freiburg/Br.	15 850	10 770	99,4	95,9	34,4	19,4	46,2
42 Kiel	15 770	9 900	98,9	88,2	32,0	16,4	51,6
43 Saarbrücken	15 500	10 020	97,2	89,2	44,1	19,3	36,6
44 Würzburg	15 440	10 070	96,9	89,7	32,0	19,8	48,1
45 Heidelberg	15 190	10 210	95,3	91,0	39,0	14,3	46,7
46 Kassel	15 090	10 290	94,7	91,7	35,6	20,1	44,3
47 Lübeck	15 070	10 390	94,6	92,5	46,6	17,7	35,7
48 Oldenburg	15 010	9 670	94,2	86,1	29,5	20,4	50,2
49 Bottrop	14 760	8 050	92,6	71,7	67,6	11,0	21,4
50 Lahn	14 590	9 880	91,5	88,0	47,8	14,5	37,7
51 Osnabrück	14 570	10 070	91,4	89,7	45,4	22,5	32,1
52 Mülheim/Ruhr	13 690	9 470	85,9	84,4	46,2	20,8	33,0
53 Recklinghausen	13 300	8 880	83,4	79,1	49,5	17,3	33,2
54 Wilhelmshaven	13 130	8 090	82,4	72,0	27,6	13,1	59,3
55 Kaiserslautern	12 720	8 660	79,8	77,2	46,9	16,0	35,1
56 Herne	10 520	5 930	66,0	52,8	56,3	14,9	28,8
D. Niveau 1974 und Entwicklung 1970 bis 1974 unter dem Bundesdurchschnitt							
57 Wuppertal	15 690	11 560	98,5	102,9	54,7	16,3	29,0
58 Braunschweig	15 430	11 030	96,8	98,3	41,7	16,3	42,0
59 Solingen	15 180	11 500	95,3	102,4	64,3	11,9	23,9
60 Bochum	14 950	11 340	93,8	101,0	52,3	19,1	28,6
61 Bremerhaven	14 710	11 270	92,3	100,4	40,5	28,0	31,5
62 Hagen	14 500	10 740	91,0	95,7	50,6	21,2	28,1
63 Mönchengladbach	13 470	9 810	84,5	87,4	50,2	19,0	30,8
64 Aachen	12 070	8 680	75,7	77,3	38,4	19,8	41,8
Durchschnitt aller kreisfreien Städte in den Ländern							
Hamburg	23 740	16 720	149,0	149,0	38,9	27,4	33,6
Hessen	21 380	14 360	134,1	127,9	35,8	19,3	45,0
Baden-Württemberg	20 400	13 770	128,0	122,7	50,9	15,6	33,5
Bremen	19 220	13 350	120,6	118,9	48,0	22,6	29,4
Bayern	18 480	12 800	115,9	114,0	45,2	17,2	37,6
Rheinland-Pfalz	18 340	12 260	115,0	109,2	55,5	12,6	31,9
Berlin (West)	18 090	12 260	113,5	109,2	49,8	15,3	34,9
Nordrhein-Westfalen	17 930	12 140	112,5	108,1	49,8	17,1	33,1
Niedersachsen	16 640	12 130	104,4	108,1	48,4	14,5	37,1
Saarland	15 500	10 020	97,2	89,2	44,1	19,3	36,6
Schleswig-Holstein	15 450	10 080	96,9	89,8	38,1	17,6	44,4

1) aus VGR, Heft 8.

Kreisweise Zusammensetzung der untersuchten Großstadtregionen

1. Region Frankfurt

Frankfurt, Stadt
Offenbach, Stadt
Darmstadt, Stadt
Offenbach, Landkreis
Hochtaunuskreis
Wetteraukreis

2. Region Köln

Köln, Stadt
Leverkusen, Stadt
Köln, Kreis
Bergheim-Erft., Kreis
Rheinisch-Bergischer
Kreis

3. Region Stuttgart

Stuttgart, Stadt
Böblingen, Landkreis
Esslingen, Landkreis
Ludwigsburg, Land-
kreis
Rems-Murr-Kreis

4. Region München

München, Stadt
München, Landkreis
Freising, Landkreis
Starnberg, Landkreis
Dachau, Landkreis
Fürstenfeldbruck,
Landkreis

Ebersberg, Landkreis
Erding, Landkreis

5. Region Bremen

Bremen, Stadt
Delmenhorst, Stadt
Verden, Landkreis
Osterholz, Landkreis
Wesermarsch,
Landkreis
Oldenburg, Landkreis

6. Region Hannover

Hannover, Stadt
Hannover, Landkreis

7. Region Nürnberg

Nürnberg, Stadt
Erlangen, Stadt
Fürth, Stadt
Schwabach, Stadt
Fürth, Landkreis
Nürnberg, Landkreis
Roth, Landkreis
Erlangen-Höchstadt,
Landkreis

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mbar ²⁾	1 016,4	1 013,9	1 016,0	1 013,0	1 014,2	1 013,6
Lufttemperatur	°C	9,6	9,8	13,7	16,5	16,4	17,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	73,6	76,8	61	66	70	71
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,1	3,2	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,25	5,7	4,5	5,0	5,7	5,6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	64,8	34	101	74	62
Sonnenscheindauer	Std.	143,9	113,7	241	235	176	197
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6,75	8,7	1	0	1	0
Tage mit Niederschlägen	"	17,8	20,9	12	22	20	19
Bevölkerung				Februar 1978	März 1978	April 1978	April 1977
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	230,7	227,9	227,1	227,3	227,0	227,6
- Altona	"	243,5	239,6	237,8	237,4	236,9	240,2
- Eimsbüttel	"	247,3	243,8	241,7	241,4	241,2	244,2
- Hamburg-Nord	"	315,3	309,5	306,2	305,8	305,2	310,1
- Wandsbek	"	382,5	381,5	382,1	381,9	381,6	381,2
- Bergedorf	"	91,5	90,7	89,6	89,5	89,3	91,0
- Harburg	"	196,7	195,4	193,7	193,4	193,2	195,7
* HAMBURG INSGESAM	"	1 707,6	1 688,4	1 678,2	1 676,7	1 674,4	1 690,0
dav. männlich	"	792,3	782,8	778,4	777,7	776,5	783,3
weiblich	"	915,2	905,6	899,8	899,0	897,9	906,7
dar. Ausländer	"	116,6	116,2	121,0	121,2	121,4	117,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	810	783	484	768	530	851
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,7	5,6	3,6	5,4	3,9	6,1
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 133	1 082	965	1 185	1 057	1 041
dar. unehelich	"	113	112	95	128	111	95
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	8,0	7,7	7,5	8,3	7,7	7,5
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	10,4	9,8	10,8	10,5	9,1
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	10,0	10,4	9,8	10,8	10,5	9,1
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 108	2 024	2 042	1 921	1 729	2 039
dar. im ersten Lebensjahr	"	18	16	22	18	14	19
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,8	14,4	15,9	13,8	12,8	14,7
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	16,2	14,9	22,3	15,2	13,0	17,9
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	— 975	— 942	— 1 077	— 736	— 672	— 998
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	— 6,8	— 6,6	— 8,4	— 5,2	— 4,9	— 7,2
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 048	5 179	4 158	4 919	2 754	4 278
über die Landesgrenzen Hamburgs	"						
* Fortgezogene Personen	"	5 638	5 831	4 293	5 587	4 468	5 366
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	— 1 584	— 652	— 135	— 668	— 1 714	— 1 088
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 770	— 357	— 59	— 282	— 930	— 648
dav. männlich	"	— 794	— 295	— 76	— 386	— 784	— 440
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	12 509	12 955	14 128	16 355	11 752	11 878
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 602	1 583	1 395	1 490	784	1 386
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 114	1 113	1 009	1 007	549	964
Niedersachsen	"	930	931	763	952	567	833
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	364	342	287	363	213	272
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 195	1 242	975	1 220	752	1 109
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 321	1 423	1 025	1 257	651	950
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 030	2 195	1 760	1 991	1 942	2 167
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 580	1 727	1 386	1 449	1 495	1 740
Niedersachsen	"	1 199	1 252	1 080	1 345	1 100	1 124
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	641	672	602	672	602	523
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 060	1 127	883	1 097	1 090	1 090
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 349	1 257	570	1 154	336	985

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 079	18 031	15 946	15 906	15 814	15 763
Patienten ²⁾	"	12 600	12 710	13 540	12 640	12 724	12 038
Pflegetage	"	388 246	398 219	400 038	391 347	399 052	390 921
Bettenausnutzung	%	81,4	81,6	81,9	83,2	82,2	81,0
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 139	3 135	3 131	3 131	3 107	3 136
Patienten ²⁾	"	2 705	2 840	2 704	2 679	2 687	2 788
Pflegetage	"	81 017	80 631	79 902	76 913	80 387	82 725
Bettenausnutzung	%	90,9	84,5	87,6	87,2	88,2	89,8
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl		724 549	938 627	1 189 451	922 860	1 021 650
dar. in Hallenschwimmbädern	"	494 979	515 937	452 530	444 380	451 221	412 365
in Freibädern ³⁾	"	696 869	455 334	469 787	728 081	454 642	593 755
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	643 753	654 198	598 957	652 019	663 346	667 587
Ausgeliehene Noten	"	8 170	8 883	8 773	8 356	8 839	8 861
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	46 581	37 808	38 919	37 281	33 239	34 410
Besucher der Lesesäle	"	10 983	8 285	7 913	8 778	7 714	5 857
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 182	4 256	3 737	3 689	3 555	3 922
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	3 167	2 818	2 474	2 972	2 583	2 839
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 299	1 156	1 124	1 355	1 159	1 214
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	78 297	98 127	84 217	73 616	102 985	117 999
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 443	17 930	7 620	12 441	8 533	15 883
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	10 938	16 278	13 305	11 324	18 168	19 704
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	5 810	6 919	5 979	4 830	7 105	7 165
Helms-Museum	"	12 716	10 821	15 759	13 368	15 715	17 470
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	11 408	9 412	14 758	11 958	13 906	16 116
Museum für Hamburgische Geschichte	"	17 800	20 069	17 668	18 610	29 249	28 926
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 326	15 404	16 146	10 651	20 705	17 598
Planetarium	"	7 467	8 660	5 567	—	—	7 976
Zischofsturm	"	1 797	2 044	2 173	2 392	3 510	3 277
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	69 501	69 345	70 187	68 903	72 296	70 135
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	4 992,0	5 021,6	59 420	5 785,5	6 287	5 060
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	71,83	72,41	84,66	83,97	86,96	72,14
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 897	28 593	27 393	25 273	26 722	26 533
dar. männlich	"	14 578	14 965	14 669	12 909	13 228	13 216
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	7 162	8 067	8 842	7 697	7 305	6 726
Technische Berufe	"	1 847	1 555	1 023	898	1 072	1 515
Dienstleistungsberufe	"	16 350	17 310	15 742	15 056	15 968	16 814
Arbeitslosen-Quote	%	3,9	4,2	4,0	3,7	3,9	3,9
2. Offene Stellen							
Anzahl	Anzahl	9 196	8 824	9 113	10 221	9 938	10 513
3. Arbeitssuchende ⁴⁾							
Anzahl	"	35 673	36 489	34 742	32 896	34 731	35 364
4. Vermittlungen ⁵⁾							
dar. Kurzfristige Vermittlung	"	9 342	9 086	7 311	9 719	8 936	9 912
bis zu 7 Tagen	"	4 289	4 364	3 403	4 803	4 795	4 375
5. Kurzarbeiter							
Anzahl	"	2 688	4 480	8 079	7 090	6 667	1 515
Landwirtschaft							
Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 294	1 322	1 803	1 568	1 339	1 290
dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,5	97,7	97,6	86,6	95,9
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	15,8	14,2	11,7	11,2

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
lose ¹⁾	t	586	559	545	562	549	973
pasteurisiert, abgepackt	"	6 121	5 562	5 828	6 367	5 554	5 527
ultra-hocherhitzt	"	1 916	2 618	3 175	3 075	1 721	2 737
Teilenträhmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	88	86	87	91	80	91
ultra-hocherhitzt	"	2 643	3 218	2 383	2 893	2 310	3 849
Enträhmte Milch	"	602	583	675	651	606	689
Buttermilcherzeugnisse	"	480	351	424	675	368	506
Sauermilch- und Kefirerzeugnisse	"	155	140	152	207	131	175
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	6,5	6,6	6,0	4,5	5,3	6,2
Kälber	"	1,2	1,6	1,8	1,9	1,8	1,8
Schweine	"	20,2	20,2	19,9	19,7	22,1	18,7
Schafe	"	0,6	0,5	0,2	0,4	0,3	0,8
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	5,6	5,3	4,1	4,0	4,1	4,7
* Kälber	"	1,2	1,7	1,8	1,9	1,8	1,8
* Schweine ²⁾	"	20,9	20,1	18,9	18,5	21,1	18,8
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ³⁾	"	3 413	3 260	2 910	2 756	3 125	3 119
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 507	1 416	1 135	1 121	1 157	1 267
* Kälber	"	96	169	208	231	215	224
* Schweine	"	1 788	1 655	1 545	1 386	1 738	1 604
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt ⁴⁾)							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	166	160	155	156	156	160
dar. Arbeiter ⁵⁾	"	99	94	90	90	90	93
* Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	"	14 614	13 468	12 841	13 063	12 262	12 796
* Löhne (brutto)	Mio. DM	214	214	219	225	214	213
* Gehälter (brutto)	"	206	217	230	248	223	209
* Kohleverbrauch ⁷⁾	1 000 t SKE ¹⁾	3	3	4	3	3	3
* Gasverbrauch ⁸⁾	1 000 m ³	38 632	32 357	22 965	35 215	36 440	34 671
Stadt- und Kokerigas	1 000 m ³	463	510	665	420	301	338
Erd- und Erdölgas	1 000 m ³	38 169	31 847	22 300	34 795	36 139	34 333
* Heizölverbrauch	1 000 t	45	46	40	37	38	38
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	6	5	4	4
schweres Heizöl	1 000 t	38	39	34	32	34	34
* Stromverbrauch	Mio. kWh	302	339	348	353	358	349
* Stromerzeugung (industrielle Eigen-erzeugung)	"	10					
* Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer ⁹⁾)	Mio. DM		3 612	3 400	3 515	3 684	3 436
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"		471	455	479	438	428
Umsatz ausgewählter beteiligter Wirtschaftszweige: ¹⁰⁾							
Mineralölverarbeitung	"	510	497	487	500	513	476
Maschinenbau	"	159	166	168	171	153	153
Elektrotechnische Industrie	"	257	260	280	284	216	225
Chemische Industrie	"	192	201	198	227	190	193
2. Öffentliche Energieversorgung							
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	768	420	241	296	495	327
* Stromverbrauch	Mio. kWh	787	838	780	741	768	718
* Gaserzeugung (brutto)	Mio. m ³	20	16	12	10	10	8
Vj.-Durchschnitt ¹⁾							
		1976	1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	2. Vj. 1977
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970	= 100					
* Umsatz	Vj.-Ø 1970	= 100					
		84,1	87,6	88,7	86,1	88,8	110,3
		131,5	153,4	205,3	114,7	137,8	143,9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1976	1977	Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
1. Bauhauptgewerbe ¹²⁾							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	32 977	31 872	30 160	30 437	30 329	32 024
dav. Inhaber	"	1 209	1 211	1 193	1 122	1 114	1 159
Angestellte	"	5 144	5 046	4 677	4 727	4 721	5 021
Arbeiter ¹³⁾	"	26 625	25 615	24 290	24 589	24 494	25 844
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 155	3 853	3 835	4 043	3 647	3 844
dav. für Wohnungsbauten	"	1 125	1 120	1 095	1 069	929	1 068
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 550	1 375	1 277	1 447	1 266	1 309
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 479	1 358	1 463	1 527	1 452	1 467
* Löhne (Bruttosumme) ¹⁴⁾	Mio. DM	69,2	68,9	73,6	77,8	73,7	71,8
* Gehälter (Bruttosumme) ¹⁴⁾	"	16,2	16,5	15,7	17,1	16,6	16,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	212,3	249,8	135,6	214,0	192,7	220,7
dav. im Wohnungsbau	"	51,2	67,3	26,7	28,9	47,2	77,0
gewerbl. und industr. Bau	"	78,9	91,3	55,4	109,0	68,7	71,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	82,1	91,2	53,5	76,1	76,8	82,1

¹⁾ bis 1977 pasteurisiert. — ²⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ⁴⁾ Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe. — ⁵⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ⁷⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁸⁾ umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³ (= 35 169 kJ/m³) — ⁹⁾ ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebssteile; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar. — ¹⁰⁾ Umsatz der verarbeiteten Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebssteile. — ¹¹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹²⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilsbaus, der Gerüstbau, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreiserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — ¹³⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹⁴⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende, ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
2. Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	142	198	229	164	209	179
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	99	179	201	152	186	170
Umbauter Raum	1 000 m ²	281	224	320	183	277	162
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	66,2	53,8	85,3	57,2	70,0	40,7
Wohnfläche	1 000 m ²	56	42	64	40	51	31
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	41	41	44	35	47	35
Umbauter Raum	1 000 m ²	319	374	179	368	398	102
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,8	64,9	19,3	79,5	56,2	21,0
Nutzfläche	1 000 m ²	61	60	29	97	68	23
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	696	449	742	414	570	262
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	122	173	101	98	133	134
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	79	118	94	93	119	58
Umbauter Raum	1 000 m ²	279	343	109	145	156	344
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	61,9	79,9	24,8	34,9	37,3	83,6
Wohnfläche	1 000 m ²	57	70	20	24	30	74
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	46	48	21	11	30	25
Umbauter Raum	1 000 m ²	309	475	67	152	159	385
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,7	75,1	10,7	12,2	13,3	105,0
Nutzfläche	1 000 m ²	61	79	12	17	20	54
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	892	235	264	301	1 048
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	494	493	112	25	116	736
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 800	8 800	10 100	10 300	10 600	12 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	192	193	194	194	194	192
Wohnungen	-	765	775	775	776	776	770
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 867	2 900	2 903	2 904	2 906	2 878
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	147,7	153,2	153,3	146,0	146,6	142,0
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	172,1	166,4	153,8	133,3	133,3	131,2
Facheinzelhandel	-	140,1	149,9	155,3	153,3	153,7	147,2
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{1) 4)}							
Mio. DM	-	574	595	521	612	487	616
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	-	70	99	77	96	79	97
Gewerblichen Wirtschaft	-	504	496	443	516	408	519
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	-	6	5	4	6	4	4
Fertigwaren	-	94	94	97	102	106	108
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	-	404	397	343	408	299	407
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-	-	52	51	72	56	53	54
ländern	-	352	346	271	351	246	353
Europa	-	414	400	361	448	320	421
dar. EG-Länder	-	264	248	227	307	216	259
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	148,0	155,1	169,6	159,2	166,9	158,6
dav. Beherbergungsgewerbe	-	141,2	149,1	175,8	168,5	169,2	156,1
Gaststättengewerbe	-	149,5	156,6	167,8	156,4	166,2	159,3
Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 809	121 585	140 041	144 046	162 638	158 222
dar. von Auslandsgästen	-	35 759	36 814	37 829	43 567	56 411	54 948
Fremdenübernachtungen	-	220 954	216 779	256 818	246 291	280 600	268 218
dar. von Auslandsgästen	-	66 276	65 480	67 719	74 792	93 236	92 242

An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - ¹⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 494	1 462	1 500 p	1 400 p	1 600 p	1 495
Abgegangene Schiffe	"	1 569	1 537	1 500 p	1 400 p	1 400 p	1 562
Güterverkehr über See	1 000 t	4 372	4 464	4 656 p	5 347 p	4 507 p	4 602
dav. Empfang	"	3 177	3 232	3 420 p	4 180 p	3 225 p	3 382
dav. Massengut	"	2 564	2 621	2 697 p	3 506 p	2 610 p	2 757
dar. Mineralöle	"	1 257	1 312	1 276 p	1 474 p	1 157 p	1 535
Sack- und Stückgut	"	612	611	723 p	674 p	615 p	625
Versand	"	1 195	1 232	1 236 p	1 167 p	1 282 p	1 221
dav. Massengut	"	576	535	435 p	457 p	473 p	545
Sack- und Stückgut	"	619	697	801 p	710 p	809 p	676
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	314	333	380	443 p	450 p	386
* Güterversand	"	360	434	492	588 p	580 p	378
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 166	5 233	5 579 p	5 642 p	5 926 p	6 078
Fluggäste	"	303 834	314 075	346 208 p	365 313 p	355 388 p	343 568
Fracht	t	2 412,3	2 209,4	3 081,5 p	3 018,9 p	2 864,4 p	2 241,7
Luftpost	"	722,9	756,2	538,6 p	595,5 p	558,6 p	774,0
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	26 293	25 790	26 533	24 705	24 323	23 704
Schnell- und Vorortbahnen	"	1 735	1 267	979	949	965	953
Straßenbahn	"	20 065	20 604	21 605	20 073	20 397	20 046
Kraftomnibusse	"	-	-	-	-	-	-
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) (im Verkehr befindlich)	1 000	610,9	537,6	559,8	563,9	531,0	532,0
dar. Personenkraftwagen *)	"	456,1	477,8	495,8	499,6	478,0	472,8
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 119	6 441	7 151	7 602 p	6 698 p	6 495
dar. Personenkraftwagen *)	"	5 519	5 868	6 407	6 831 p	6 114 p	5 916
Lastkraftwagen	"	416	362	408	389 p	333 p	334
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	910	943	988 p	1 149 p	955 p	1 113
* Getötete Personen	"	24	21	24 p	25 p	23 p	14
* Verletzte Personen	"	1 166	1 225	1 293 p	1 477 p	1 227 p	1 432
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen *) *)							
* Kredite *) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio. DM	50 845,3	57 087,1	61 220,1	61 777,7	62 225,2	57 136,1
* dar. Kredite *) an inländische Nichtbanken	"	48 278,9	53 901,5	57 772,2	58 309,9	58 761,1	53 889,7
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 957,5	11 864,2	11 718,1	11 926,3	11 678,6	11 802,6
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 781,8	11 740,4	11 533,5	11 725,9	11 427,8	11 646,3
* an öffentliche Haushalte	"	175,7	123,7	184,6	200,4	250,8	156,3
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 697,8	6 428,2	6 167,6	6 265,8	6 316,1	6 284,7
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 269,0	5 030,7	4 953,5	5 081,1	5 100,9	4 920,5
* an öffentliche Haushalte	"	1 428,8	1 397,5	1 214,1	1 184,7	1 215,2	1 364,2
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	30 623,7	35 609,1	39 886,5	40 117,8	40 766,4	35 802,4
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	25 689,1	28 838,7	32 000,3	32 294,6	32 756,4	28 921,8
* an öffentliche Haushalte	"	4 934,6	6 770,4	7 886,2	7 823,2	8 010,0	6 880,6
* Einlagen und aufgenommene Kredite *) von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	34 573,8	37 575,0	40 668,3	40 459,5	48 033,3	37 109,3
* Sichteinlagen und Termingelder	"	21 430,9	23 985,2	26 786,0	26 540,2	26 882,2	23 632,8
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	15 991,3	17 932,3	20 527,6	20 568,2	21 161,1	17 662,1
* von öffentlichen Haushalten	"	5 439,6	6 052,9	6 258,4	5 972,0	5 731,1	5 970,7
* Spareinlagen	"	13 119,9	13 589,8	13 882,3	13 919,3	13 890,7	13 476,5
* bei Sparkassen	"	8 314,2	8 624,9	8 782,4	8 799,5	8 767,9	8 550,9
* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	737,9	755,1	678,1	695,9	877,0	1 039,9
* Lastschriften auf Sparkonten	"	671,0	720,6	631,4	658,9	985,6	1 143,0
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	28	25	17	31	25
* Vergleichsverfahren	"	0	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	425	382	599	374	409	331
* Wechselsumme	Mio. DM	3,2	2,7	3,8	3,4	3,4	2,7

*) ohne Transit. - *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - *) einschließlich Kombinationskraftwagen. - *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - *) Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. - *) einschließlich durchlaufende Kredite.

*) Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
Voch: Geld und Kredit							
3. Mahnverfahren / eidesstattliche Versicherungen							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls / Mahnbescheides	Anzahl	19 868	21 686	24 730	23 325	24 555	22 347
Anträge auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	"	3 699	3 773	3 620	4 086	4 031	3 859
Haftbefehle zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung	"	1 674	1 554	1 974	2 693	1 631	1 473
Geleistete eidesstattliche Versicherungen	"	626	603	613	709	773	603
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	156	158	158	156	156
Grundkapital	Mio. DM	7 115	7 290	7 504	7 403	7 439	7 297
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 732	8 601	9 523	9 724	9 834	8 667
Stammkapital	Mio. DM	6 622	7 204	7 535	7 731	7 742	7 165
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	983,8	1 043,3	947,5	1 539,6	1 028,7	850,8
Steuern vom Einkommen	"	587,8	625,9	477,0	1 046,7	542,8	445,3
Lohnsteuer 1)	"	385,7	380,7	400,2	436,2	368,4	319,0
Veranlagte Einkommensteuer	"	133,1	134,8	25,3	310,1	65,7	59,7
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,2	41,8	35,1	30,4	81,5	38,7
Körperschaftsteuer 1)	"	53,7	68,6	16,3	270,1	27,2	28,0
Steuern vom Umsatz	"	366,0	417,4	470,5	492,9	486,0	405,5
Umsatzsteuer	"	171,2	179,4	245,6	238,3	262,3	168,7
Einfuhrumsatzsteuer	"	224,8	238,0	224,9	254,7	223,7	236,7
Bundessteuern	"	844,8	900,7	872,6	950,0	887,4	922,2
Zölle	"	67,2	67,7	69,4	85,8	69,3	64,6
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	755,8	811,2	781,3	864,4	792,0	834,7
Landessteuern	"	54,6	64,0	87,5	49,8	39,7	44,9
Vermögensteuer	"	21,3	31,9	59,7	9,2	4,3	7,9
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,8	13,5	12,7	17,2	13,8	14,7
Biersteuer	"	3,1	2,9	2,8	3,0	3,2	3,9
Gemeindesteuern	"	122,2	138,9	254,5	68,1	113,5	103,1
Grundsteuer A 2)	"	0,7	0,1	27,7	—	—	—
Grundsteuer B 3)	"	12,1	16,4	—	12,7	28,7	9,3
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	90,2	101,4	217,5	53,9	31,5	42,4
Lohnsummensteuer	"	19,4	20,6	8,8	1,2	53,2	51,0
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 391,1	1 506,2	1 452,8	1 753,9	1 502,2	1 516,2
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	257,6	298,6	208,7	471,1	286,8	261,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	273,2	288,0	317,6	332,7	326,0	279,8
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	53,9	—	—	53,1
Steuereinnahmen des Landes	"	323,8	371,5	362,1	656,4	234,3	314,6
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	214,0	247,2	199,0	468,0	174,6	113,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	39,7	41,5	21,8	138,6	19,9	103,3
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	53,9	—	—	53,1
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	151,3	165,2	206,3	172,6	189,3	26,2
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁴⁾	"	59,2	63,5	109,7	53,9	31,5	— 63,8
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	60,2	64,2	59,6	104,5	75,7	29,3
		Vj.-Durchschnitt 1976	Vj.-Durchschnitt 1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	2. Vj. 1977
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio. DM		2 421,1	2 541,5	2 937,9	2 532,4	2 713,0	2 271,1
dar. Personalausgaben	"	1 000,1	1 063,8	1 163,7	1 114,3	1 045,6	1 024,7
Bauinvestitionen	"	164,4	189,9	290,4	115,0	164,7	147,7
dar. für Schulen	"	40,1	50,5	75,3	37,4	52,2	42,4
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	10,5	4,9	7,3	3,3	4,3	5,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,8	7,0	9,7	3,4	8,1	5,8
Straßen	"	20,7	22,9	40,4	9,5	15,7	14,4
Wasserstraßen und Häfen	"	22,3	20,6	18,4 ⁴⁾	11,7	15,1	16,2
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	367,2	312,4	267,8	419,8	439,8	366,1
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	2,5	9,1	0,0	0,0	0,8
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
Mio. DM		2 478,1	2 452,3	2 811,2	2 225,8	2 772,4	2 238,3
dar. Steuern	"	1 425,4	1 610,1	1 785,1	1 314,1 ⁵⁾	1 876,3	1 535,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	88,5	172,0	73,1	85,0	86,5
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	323,8	318,7	339,9	331,4	304,4
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	15,6	— 2,8	2,8	1,3	78,2
Schuldenaufnahme	"	423,4	168,3	239,8	272,7	254,5	35,9
Schuldenstand am Ende des Quartals⁵⁾							
Mio. DM		8 359,3	8 355,3	8 355,3	8 435,7	8 438,8	8 274,9
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 044,2	7 044,2	7 135,2	7 143,2	6 970,8
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	743,0	743,0	735,9	737,4	723,3

1) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — 3) einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — 5) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — 6) Die von der Unterbreibe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1977: rund 4 Mio. DM, 1976: rund 31 Mio. DM, 1975: rund 44 Mio. DM) für die Vertiefung der Hafenecke geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebetitel vereinnahmt worden. — 7) ohne die in der zweiten Hälfte des Monats März 1978 eingegangenen Steuern, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr gebucht werden konnten.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Zahlspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1977	Februar 1978	Mai 1978	Mai 1977
		1976	1977				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk							
Wohngebäude insgesamt	1970 = 100	159,0	166,5	168,6	170,2	173,6	166,7
dav. Einfamiliengebäude	"	159,3	167,1	169,3	170,7	173,9	167,3
Mehrfamiliengebäude	"	159,9	167,6	169,8	171,3	175,1	167,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	154,1	160,8	162,8	164,7	167,4	160,8
Bürogebäude	"	153,7	160,6	162,5	164,3	167,6	160,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	147,9	154,4	156,7	158,1	160,8	154,4
				Oktober 1977	Januar 1978	April 1978	April 1977
Löhne und Gehälter							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	535	568	579	563	592	555
männliche Arbeiter	"	558	595	606	586	623	580
darunter Facharbeiter	"	345	369	376	375	384	361
weibliche Arbeiter	"	330	344	349	346	354	337
darunter Hilfsarbeiter	"						
Bruttostundenverdienste	"	12,47	13,30	13,50	13,48	13,98	13,09
männliche Arbeiter	"	12,96	13,86	14,06	14,02	14,60	13,64
darunter Facharbeiter	"	8,46	9,11	9,25	9,29	9,62	8,96
weibliche Arbeiter	"	8,01	8,46	8,53	8,55	8,76	8,31
darunter Hilfsarbeiter	"						
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 887	3 087	3 130	3 175	3 232	3 058
weiblich	"	2 075	2 234	2 270	2 310	2 340	2 205
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 904	3 107	3 156	3 175	3 254	3 064
weiblich	"	1 975	2 127	2 166	2 182	2 235	2 092
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 569	2 718	2 736	2 788	2 822	2 687
weiblich	"	1 842	1 984	2 010	2 047	2 028	1 948
				Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	13 008	14 646	15 148	17 278	15 669	15 308
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	8	3	8	10	9
Körperverletzung	"	451	516	654	925	851	499
Raub, räuberische Erpressung	"	104	124	134	119	148	102
Diebstahl	"	8 165	9 410	9 493	10 649	10 217	10 423
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	4 366	5 188	5 104	6 088	5 969	6 044
Betrug und Untreue	"	1 711	1 758	1 855	2 259	1 556	1 645
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 542	1 602	1 205	1 178	1 272	1 690
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	5 710	4 974	3 707	4 598	4 833	4 850
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	647	570	617	582	586	540
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	34 205	36 848	39 016	40 147	36 152	37 743
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	16 091	16 439	17 285	16 863	16 420	16 451
dav. Feueralarme	"	588	525	633	533	502	517
dar. bekämpfte Großbrände	"	17	10	12	7	5	8
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	130	133	139	144	142	126
Rettungswageneinsätze	"	14 297	14 742	15 555	14 956	14 637	14 640
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 718	2 585	2 509	2 398	2 661
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 825	1 856	2 097	1 951	1 880	2 107
Hilfeleistungen aller Art	"	1 290	1 172	1 097	1 374	1 281	1 294
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	336	186	191	200	194	185

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

**AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN
IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES
1. Vj. 1978 und 4. Vj. 1977**

Großstädte 1)	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie 2)			
	Wohnbevölkerung 3)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder verlust (-)	Arbeitslose 4)	Offene Stellen 4)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz 5)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio. DM	1000 DM
Berlin	1. Vj. 1 927 4. Vj. 1 680	4 078 3 111	9 343 6 539	- 5 265 - 3 428	18 489 18 630	18 839 17 478	- 5 615 - 2 276	42 569 39 810	8 343 6 342	174 706	91	4 841	2 512
Hamburg	1. Vj. 1 677 s 4. Vj. 1 680	3 200 3 211	5 900 s 6 539	- 2 700 s - 3 428	13 000 s 18 630	13 500 s 17 478	- 3 200 s - 2 276	33 518 30 431	9 141 6 987	156 438 158 059	93 s	6 692 7 241	3 990 s 4 310
München	1. Vj. 1 313 p 4. Vj. 1 314	2 236 2 331	3 677 3 353	- 1 441 - 1 022	18 045 23 362	17 528 23 508	- 924 - 1 168	22 776 22 452	10 268 7 405	171 747 168 791	131 p	7 664 7 490	5 837 p 5 700
Köln	1. Vj. 980 4. Vj. 981	2 214 2 029	3 102 2 783	- 888 - 754	11 102 14 127	10 595 13 478	- 381 - 105	21 082 21 002	3 985 3 372	125 680 125 307	128	5 402 6 290	5 512 6 412
Essen	1. Vj. 667 4. Vj. 668	1 354 1 309	2 494 2 230	- 1 140 - 921	4 470 5 877	4 659 5 748	- 1 329 - 792	16 283 15 333	2 040 1 725	60 165	90	924	1 383
Düsseldorf	1. Vj. 607 4. Vj. 607	1 165	2 001	- 836	8 380	8 945	- 1 401	11 413	2 876
Frankfurt/M.	1. Vj. 637 4. Vj. 636	1 271 1 290	2 150 2 067	- 879 - 777	11 033 12 090	10 100 11 893	+ 54 - 580	16 662 ²⁾ 15 759 ²⁾	7 656 ²⁾ 6 966 ²⁾	107 582	169	4 529	712
Dortmund	1. Vj. 614 p 4. Vj. 615	924 p 1 064	1 717 p 1 711	- 793 p - 647	3 279 p 4 892	3 026 p 4 315	- 540 p - 70	15 521 14 437	1 477 1 183	80 402	131	1 917	312
Stuttgart	1. Vj. 579 4. Vj. 580	1 237 1 134	1 714 1 595	- 477 - 461	9 335 11 116	9 567 11 991	- 709 - 1 336	5 294 5 014	6 104 5 691	124 977 125 274	216	5 815 6 671	10 043 11 502
Bremen	1. Vj. 565 4. Vj. 565	1 079	1 755	- 676	6 205	7 443	- 1 914	13 073 12 693	2 812 2 371	70 094 70 501	125	3 328 3 619	6 405
Hannover	1. Vj. 549 4. Vj. 550	983 1 061	1 902 1 785	- 919 - 724	7 461 8 189	7 645 9 002	- 1 103 - 1 537	18 110 ²⁾ 17 990 ²⁾	5 900 ²⁾ 2 669 ²⁾	98 635 93 140	180	3 173 3 446	5 780 6 265
Duisburg	1. Vj. 581 4. Vj. 583	1 346 1 246	2 062 1 826	- 716 - 580	3 930 4 788	5 303 6 443	- 2 089 - 2 235	12 567 11 969	1 405 959	103 253 104 306	178	3 177 3 368	5 468 5 777
Nürnberg	1. Vj. 488 4. Vj. 489	1 022 954	1 833 1 623	- 811 - 669	5 089 7 702	5 400 7 282	- 1 122 - 249	12 312 11 775	2 936 2 116	91 598 92 940	188	1 931 2 189	3 957 4 476

Großstädte 1)	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr 2)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz 3)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer 4)	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio. DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 m ³	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	1. Vj. 8 106 4. Vj. 11 179	332 1 471	761	417 394	1 600 2 520	196 1 213	783 10 710	100 441	238 279	144	666 726	2 897 3 616	3 726 4 569	215 249 105 346	89 489 114 545
Hamburg	1. Vj. 7 682 4. Vj. 9 767	396 1 048	236 s 624	534 918	970 2 139	162 1 180	241 5 468	231 3 934	112 326	67 s 194	204 591	2 500 3 144	3 304 4 155	372 555 148 888	170 436 241 431
München	1. Vj. 6 965 4. Vj. 11 123	425 974	324 p 741	342 576	893 1 226	331 458	1 097 1 732	571 1 379	473 564	360 p 429	922 1 112	1 399 1 865	1 817 2 434	208 629 164 522	136 151 166 896
Köln	1. Vj. 13 145 4. Vj. 12 915	177 356	181 363	500 280	1 350 961	91 844	848 3 781	214 2 313	173 169	177 172	395 322	1 146 1 298	1 413 1 634	80 271 155 328	42 348 193 657
Essen	1. Vj. 3 390 4. Vj. 3 390	293 439	439	158 236	599 551	72 411	284 1 190	19 1 111	42 p 48	63 p 72	88 105	677 703	879 923	79 855 52 005	13 287 118 182
Düsseldorf	1. Vj. 4 900 4. Vj. 4 900	398	656	118	624	294	1 648	.	166	27	323	900	1 121	.	.
Frankfurt/M.	1. Vj. 5 367 4. Vj. 5 367	520	818	85 130	252 216	14 385	129 3 414	96 1 361	304 339	47 53	568 596	867 983	1 061 1 186	277 691 92 176	13 467 142 200
Dortmund	1. Vj. 3 681 4. Vj. 3 681	340	553	187 348	515 675	172 452	632 1 125	295 435	34 38	55 62	67 71	1 006	1 305	60 698 47 744	11 481 ⁵⁾ 102 120 ⁵⁾
Stuttgart	1. Vj. 3 879 4. Vj. 4 638	226 486	390 838	138 161	391 833	53 200	159 779	70 908	106 118	183 203	237 257	603 755	810 1 012	125 603 84 045	10 950 147 749
Bremen	1. Vj. 2 975 4. Vj. 3 601	127 404	715	286 265	506 487	137 784	290 2 212	348 1 240	67 64	132 113	128	1 029	1 228	78 726 55 065	46 091 61 020
Hannover	1. Vj. 2 934 4. Vj. 3 610	132 274	240 498	109 113	575 226	73 252	177 698	121 1 111	102 105	186 167	171	1 012	1 302	107 702 58 277	11 702 112 096
Duisburg	1. Vj. 2 559 4. Vj. 2 732	88 179	151 308	157 169	602 615	37 278	84 1 302	350 691	15 17	26 29	36 37	859 p 871	813 p 1 094	86 337 33 096	11 159 99 253
Nürnberg	1. Vj. 2 731 4. Vj. 3 970	148 291	303 595	246 234	350 682	64 330	89 754	3 716 6 916	93 124	191 254	224 224	553 696	734 919	82 830 70 422	55 966 49 861

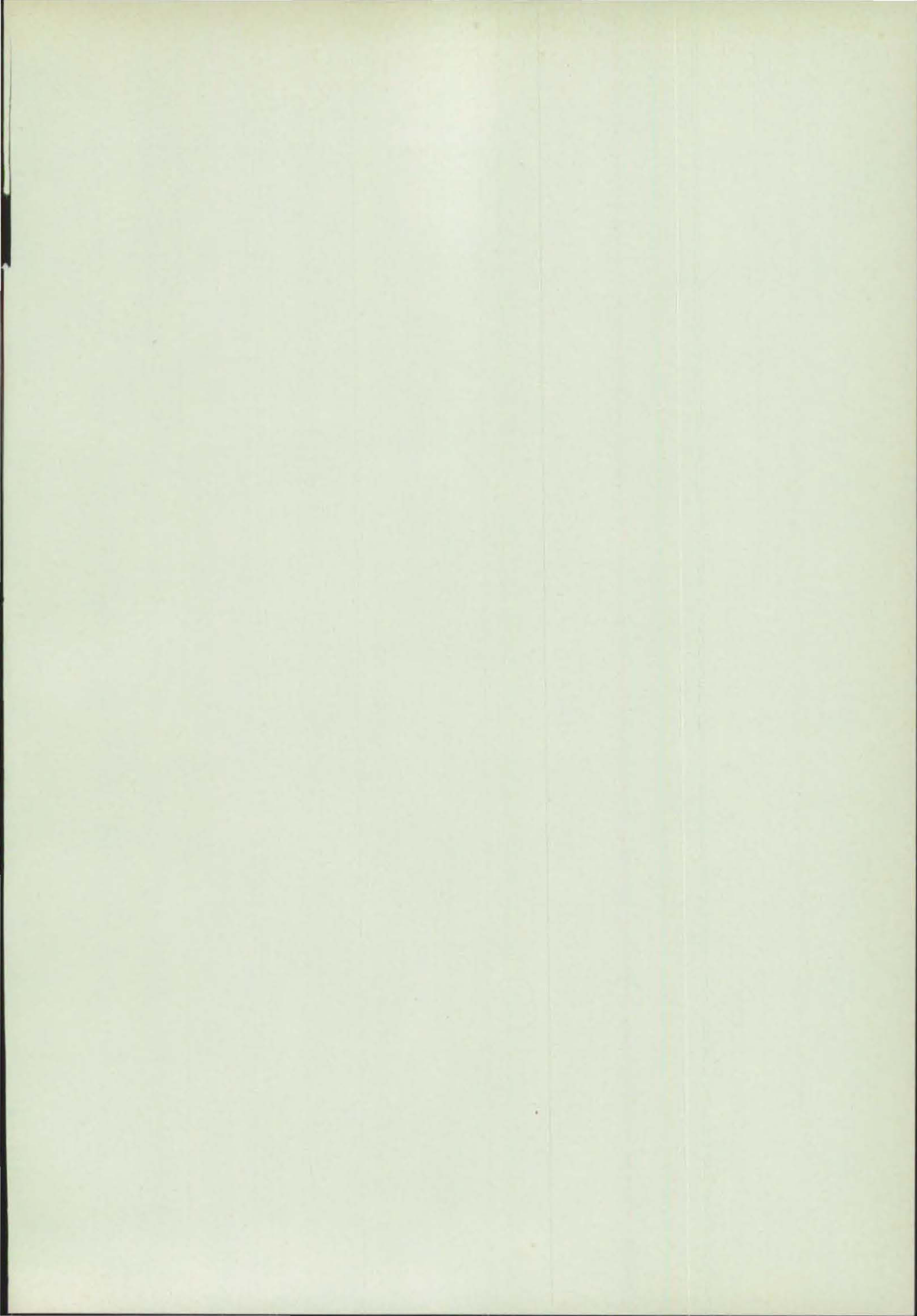
nach dem neuesten Gebietsstand. - 2) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ab 1. Quartal 1977 = Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
inschl. Bergbau. - 3) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - 4) jeweils Quartalsende. - 5) ohne Mehrwertsteuer. - 6) einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - 7) im Arbeitsamtsbezirk. - 8) nur Einkommensteuer.

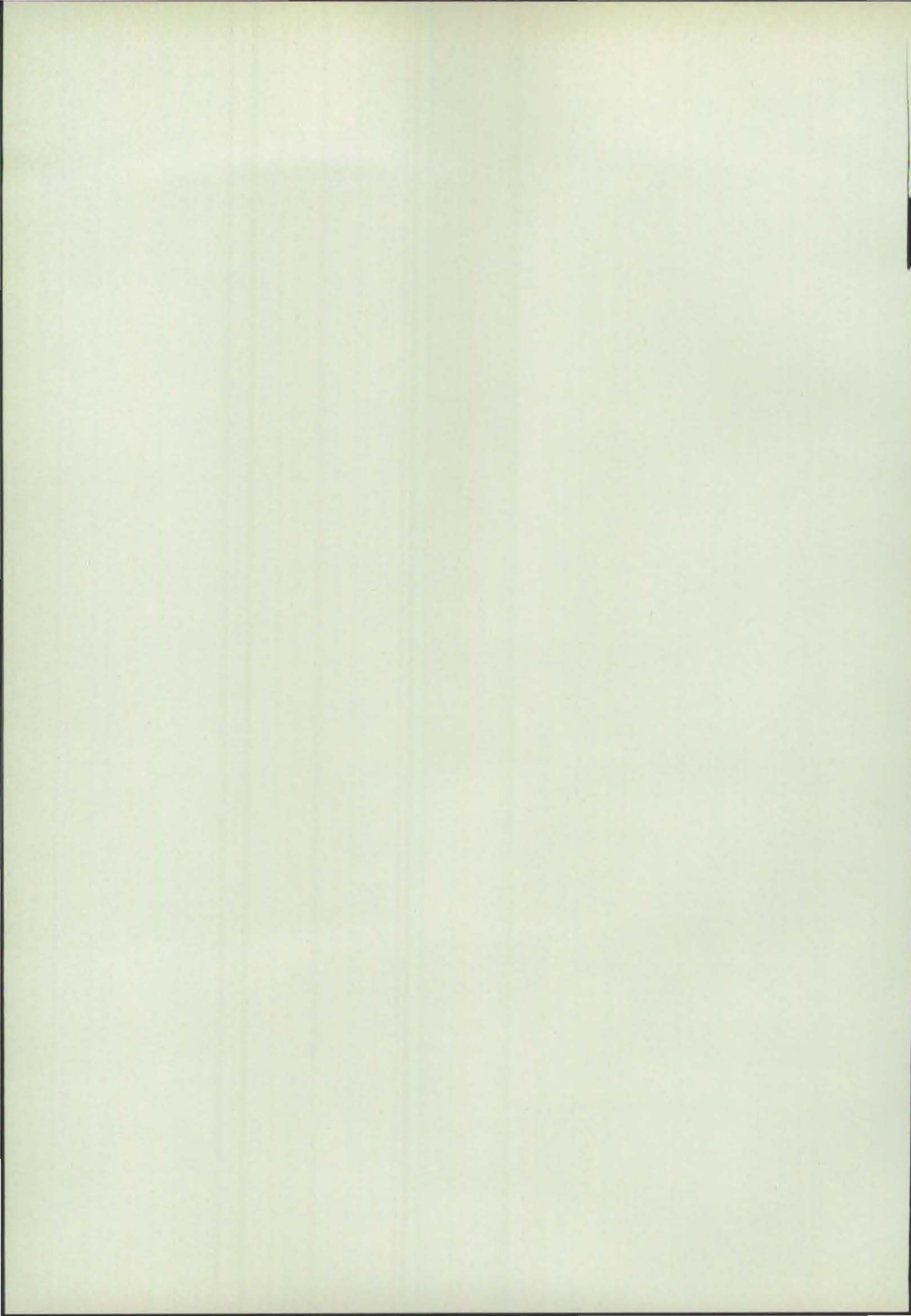
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1978	Mai 1978	Juni 1978	Juni 1977
		1976	1977				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 505,4	61 399				61 395,6
Eheschließungen	auf 1 000	5,9	5,8	4,6	7,5		6,5
Lebendgeborene	Einw. und	9,8	9,5	9,4	10,1		10,1
Gestorbene	1 Jahr	11,9	11,5	11,3	11,9		11,3
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 060 336	1 029 995	1 000 429	912 897	877 319	930 974
Arbeitslosen-Quote	%	4,6	4,5	4,4	4,0	3,9	4,1
Offene Stellen	Anzahl	234 997	231 227	257 116	254 855	279 670	261 885
Kurzarbeiter	"	277 008	231 329	298 351	235 322	230 516	256 490
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	7 428	7 263 p	7 193	7 193	7 195	7 243
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio. Std.	783	750 p	739	711	763	744
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio. DM	68 304	77 332 p	77 607	76 491	85 759	79 835
dar. Auslandsumsatz	"	16 557	18 865 p	18 535	18 480	22 059	20 089
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	110,7	113,9	120,9 p	120,2	119,0	119,6
Verarbeitendes Gewerbe	"	110,9	114,4	120,8 p	120,3	119,5	121,0
Grundst. u. Produktionsgütergewerbe	"	111,5	112,3	122,1 p	120,9	122,2	119,9
Investitionsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	109,0	115,0	116,7 p	118,3	120,2	123,6
Verbrauchsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	110,2	115,0	123,1 p	117,0	113,6	115,7
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	"	116,7	118,0	127,5 p	130,2	120,1	122,8
Baugewerbe	"	95,2	97,2			113,6	110,4
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 192	1 168	1 159	1 168	1 181	1 190
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio. Std.	149	143	159	150	167	160
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio. DM	6 257	7 156	4 530	4 878	6 155 p	6 902
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	31 600	29 232	33 924	37 625	42 949	30 253
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	32 650	34 068	11 370	14 169	20 211	31 970
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	159,4	169,8	174,4	174,7	175,7	163,9
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	158,6	162,6	167,7	168,6	172,2	168,3
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 469	13 146	13 344
dav. Empfang	"	9 651	9 564	9 695
Versand	"	2 818	3 582	3 649
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	214 309	235 977	309 078	275 965	307 077	264 752
Strassenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 975	31 577	30 964 p	34 910 p	37 119 p	34 456 p
Getötete Personen	"	1 234	1 245	1 096 p	1 303 p	1 231 p	1 265 p
Verletzte Personen	"	40 050	42 341	41 104 p	47 169 p	49 143 p	46 148 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio. DM	6 717	7 564	5 826	6 134	7 266	7 130
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 572	2 959	728	506	7 337	6 952
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	987	1 403	147	262	3 845	3 907
Steuern vom Umsatz	"	4 872	5 224	5 509	5 993	5 725	4 986
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	140,8	144,4	145,8	146,3	146,4	144,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	151,8	154,1	146,5	147,4	147,2	155,7
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	141,7	143,6	144,8	145,3	145,6	144,0
Preisindex für Wohngebäude ²⁾ insgesamt	1970 = 100	143,7	158,6
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ³⁾	1970 = 100	140,8	146,3	150,1	150,5	150,8	147,2
darunter für Nahrungs- und Genußmittel	"	136,8	143,7	145,5	146,6	147,3	146,5
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,08	11,89	12,02	12,04	12,07	11,49
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	42,0	42,2	42,5	42,6	41,4	41,3

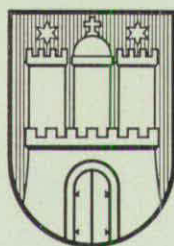
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreiserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — ⁹⁾ Bauleistungen am Bauwerk. — ¹⁰⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹¹⁾ nach Abzug der Erstattungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1978

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Anzahl der Kleinhaushalte beträchtlich gestiegen

Trotz einer sich leicht verringernden Gesamtbevölkerung nimmt die Zahl der Haushalte in Hamburg zu: 1977 gab es über 818 000 Privathaushalte, drei Prozent mehr als 1970. Im rechnerischen Durchschnitt umfaßte ein Haushalt zuletzt 2,1 Personen.

41 Prozent aller Hamburger Privathaushalte bestanden 1977 aus nur einer Person, in 30 Prozent der Haushalte lebten zwei Personen, und 29 Prozent hatten eine Größe von drei oder mehr Personen.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte ist seit 1970 um 17 Prozent gestiegen; besonders stark zugenommen hat in dieser Gruppe die Anzahl der Haushalte von jungen Menschen unter 25 Jahren, aber auch von älteren Männern und Frauen über 65 Jahren. Bei den Zweipersonenhaushalten machte die Steigerungsrate von 1970 bis 1977 vier Prozent aus. Demgegenüber ist die Anzahl der Haushalte mit drei und mehr Personen seit 1970 um 13 Prozent gesunken. Kehren

Notare, Zahnärzte und Ärzte Spitzenverdiener unter den freien Berufen

Die jetzt verfügbaren Ergebnisse aus der Einkommensteuerstatistik zeigen, daß in Hamburg 1974 die Notare mit 215 800 DM bei weitem das höchste Durchschnittseinkommen unter den freien Berufen erzielten, gefolgt von den Zahnärzten mit 126 100 DM und den Ärzten mit 122 700 DM. Patentanwälte kamen auf 120 100 DM, Wirtschaftsprüfer zusammen mit Steuerberatern auf 104 300 DM. Chemiker und Rechtsanwälte blieben mit ihren durchschnittlichen Jahreseinkommen von 92 800 bzw. 88 200 DM ebenso wie Architekten und Bauingenieure (66 400 DM), sonstige Ingenieure und Techniker (65 900 DM) sowie Tierärzte (63 200 DM) unter der 100 000-Mark-Verdienstgrenze. Die Heilpraktiker mußten sich sogar mit 45 900 DM begnügen.

Zwischen 1971 und 1974 konnten die freien Berufe insgesamt gesehen ihr Einkommen um etwa ein Drittel vergrößern, was nach auf den gleichen Zeitraum bezogenen Daten der Lohnsteuerstatistik ziemlich exakt dem Anstieg des durchschnittlichen Bruttolohns der unselbständig Beschäftigten entsprach. Villalaz

834 Unfalltote

834 Einwohner Hamburgs starben 1977 an den Folgen von Unfällen; dies waren acht Prozent weniger als im vorangegangenen Jahr. Jeweils 40 Prozent der Unfalltoten des Jahres 1977 kamen durch Verkehrsunfälle sowie Unfälle im häuslichen Bereich ums Leben. Von den im Verkehr tödlich verunglückten Personen waren nicht ganz zwei Drittel Männer, zumeist im Alter unter 50 Jahren. Von den Opfern der

häuslichen Unfälle waren dagegen knapp zwei Drittel Frauen, und zwar ganz überwiegend im Alter über 65 Jahren. Köster

Mehr Gäste in Hamburg

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1978 haben 716 000 Gäste — darunter fast 190 000 aus dem Ausland — in Hamburger Hotels und Pensionen übernachtet. Insgesamt wurden nahezu 1,3 Mio. Übernachtungen gezählt. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hat sich damit die Zahl der Ankünfte um sechs Prozent, die der Übernachtungen um vier Prozent erhöht. Die Anzahl der Auslandsgäste war leicht rückläufig, bei den Besuchern aus dem Inland gab es hingegen eine Steigerung um annähernd ein Zehntel. Queren

Weitere Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes

Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich wiederum erhöht. Am 1. Juli dieses Jahres waren in Hamburg 590 000 Kraftfahrzeuge registriert — drei Prozent mehr als im Jahr zuvor.

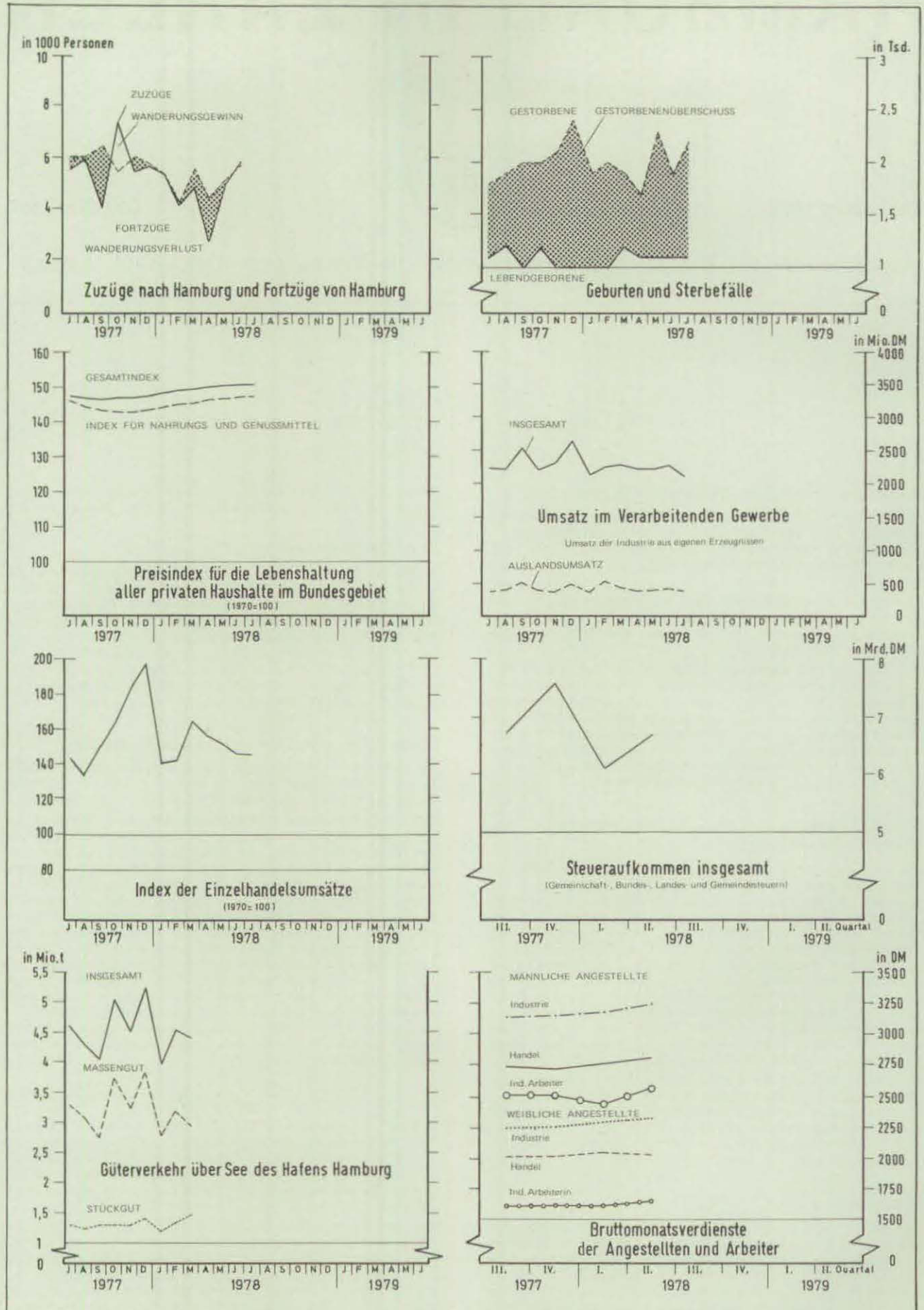
Alein bei den Personenkraftwagen war eine Zunahme um 16 000 auf 537 000 Fahrzeuge zu verzeichnen, so daß heute auf fast jeden dritten Einwohner Hamburgs ein PKW kommt. Unverkennbar ist der Trend zu Wagen mit kräftigeren Motoren. So blieb bei den kleineren Fahrzeugen (unter 1000 cm³) der Zuwachs verhältnismäßig unbedeutend; in der Hubraumgröße von 1,0 bis unter 1,5 Litern verringerte sich der Fahrzeugbestand sogar um rund zwei Prozent. Ein ganz anderes Bild bietet sich dagegen bei den stärkeren PKW. Die Zahl der Fahrzeuge mit einer Hubraumgröße zwischen 1500 und 2000 cm³ stieg um über sechs Prozent auf 230 000 an. Noch ausgeprägter war mit zwölf Prozent die Zunahme bei den PKW mit Motoren von zwei Litern und mehr; in dieser Klasse finden sich bereits 64 000 Fahrzeuge. Damit haben weit über die Hälfte aller Personenkraftwagen in Hamburg einen Hubraum von 1,5 Litern und mehr. Queren

Pro Jahr 1200 Wohnungsabbrüche

In den fünf Jahren von 1973 bis 1977 wurden in Hamburg 1997 Wohngebäude mit insgesamt 6121 Wohnungen abgerissen. Das entspricht einem Jahresdurchschnitt von rund 400 Gebäuden und 1220 Wohnungen. Häufig standen die Abbrüche im Zusammenhang mit Sanierungs- und Neubaumaßnahmen.

Die regionalen Schwerpunkte lagen naturgemäß in Stadtgebieten mit hohem Altbaubestand. So entfiel gut ein Fünftel aller Wohnungsabrissarbeiten auf die Stadtteile Harburg (663) und Altona-Altstadt (613); aber auch Neustadt, Billstedt, St. Georg, St. Pauli, Ottensen, Eimsbüttel, Hohentelde und Rahlstedt verzeichneten nicht wenige Abgänge an Wohnungen. Meyenbörg

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Konkurse und Vergleichsverfahren in Hamburg 1968 bis 1977

1. Zur Einführung

Heißt die unumgängliche Endstation notleidender Unternehmen Zahlungsunfähigkeit oder in bestimmten Fällen auch Überschuldung, dann kommt es zum Verfahren vor dem Konkursrichter. Eine „normale“ Zahl solcher Verfahren wird es in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung schon aufgrund des wettbewerblichen Ausleseprozesses immer geben; ja Insolvenzen üben nachgerade eine notwendige ökonomische Funktion aus, denn sie führen zu einer kontinuierlichen Struktur- und Marktberreinigung. Andererseits gilt es dabei den sehr ernstesten sozialen Aspekt der Arbeitsplatzverluste zu bedenken, der besonders in einer Zeit stärkerer Arbeitslosigkeit einen schwerwiegenden negativen Tatbestand darstellt, an dem das neuerdings für Arbeitnehmer eingeführte Konkursausfallgeld¹⁾, mit dem ein voller Ausgleich für ausgefallenes Arbeitsentgelt aus den letzten der Konkursöffnung vorausgehenden drei Monaten des Arbeitsverhältnisses gewährt wird, wenig ändert.

Der Begriff „Konkurs“ (aus dem Lateinischen „concursum creditorum“, dem Zusammenlaufen der Gläubiger) beinhaltet heute eine gerichtliche Prozedur zur zwangsweisen Aufteilung des gesamten Vermögens des Gemeinschuldners an die Gläubiger, wodurch vermieden werden soll, daß einzelne Gläubiger versuchen, durch raschen Zugriff volle Befriedigung ihrer Forderungen zu erlangen, während andere leer ausgehen würden. Im Unterschied zur Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozeßordnung kann hier also nicht jeder Gläubiger einzeln vorgehen, sondern die Verwertung erfolgt für die organisatorisch zusammengefaßte Gemeinschaft aller vermögensrechtlichen Gläubiger gemeinsam. Deshalb auch der Name „Gemeinschuldner“.

Der Konkurszweck erfordert dreierlei: vor allem muß das Restvermögen dem Gemeinschuldner aus der Verfügungsgewalt genommen und in Geld umgesetzt werden; ferner müssen die teilnahmeberechtigten Gläubiger festgestellt werden; endlich muß jedem Gläubiger sein Anteil ausgezahlt werden. Zu Beginn prüft das Konkursgericht, ob überhaupt die Voraussetzungen zur Eröffnung des Konkursverfahrens vorliegen. Reicht nämlich das noch vorhandene Restvermögen (Masse) nicht einmal mehr für eine ordentliche gerichtliche Abwicklung des Verfahrens aus, so wird der Antrag mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Konkursmasse abgewiesen.

Vom Konkursverfahren zu unterscheiden ist das Vergleichsverfahren. Dieses soll ein in Not geratenes Unternehmen vor dem Konkurs bewahren und so erhalten. Es unterscheidet sich vom Konkurs prinzipiell dadurch, daß die Initiative ausschließlich beim Schuldner liegt, dieser die Verwaltung und Verfügung über seinen Besitz behält. Ziel des Verfahrens ist nicht eine

Liquidation des Unternehmens, vielmehr dessen Sanierung. Ein Vergleichsantrag wird allerdings manchmal auch in anderer Absicht gestellt: Solange nämlich ein Vergleichsantragsverfahren schwebt, kann über den Konkursantrag eines Gläubigers nicht entschieden werden. Der Vergleichsantrag wird so nicht selten zum Mittel, die Eröffnung des Konkursverfahrens hinauszuschieben.

Im Gegensatz zum Konkursantrag folgt aus dem Vergleichsantrag, daß Sicherheiten und Befriedigungen eines Vergleichsgläubigers, die später als am 30. Tag vor Stellung des Antrags erworben wurden, hinfällig werden. Um dies zu erreichen, wird gelegentlich zunächst formell ein Vergleichsantrag gestellt, das eigentliche Verfahren dann aber alsbald durch Antrag auf Eröffnung des Anschlußkonkurses in ein Konkursverfahren übergeleitet. § 102 der Vergleichsordnung (VerglO) bestimmt allgemein, daß – falls bei der Ablehnung der Eröffnung des Vergleichsverfahrens, bei der Versagung der Bestätigung, bei der Einstellung des Vergleichsverfahrens oder in einem nach § 96 VerglO festgesetzten Verfahren der Konkurs eröffnet wird – dieser im Eröffnungsbeschluß als Anschlußkonkurs zu benennen ist.

Das geltende Konkurs- und Vergleichsrecht ist kodifiziert in der Konkursordnung (KO) vom 10. Februar 1877 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898²⁾ und Vergleichsordnung (VerglO) vom 26. Februar 1935³⁾. Daneben gehören zahlreiche Bestimmungen in anderen Gesetzen sowie Verordnungen zum Insolvenzrecht.

Konkurs- und Vergleichsrecht treffen in der Bundesrepublik nicht nur für Kaufleute und Handelsgesellschaften zu, sondern für alle natürlichen und juristischen Personen, ferner für das Vermögen von Verstorbenen oder für tot Erklärten, was als Nachlaßkonkurs bzw. Nachlaßvergleichsverfahren bezeichnet wird.

Die örtliche Zuständigkeit des Konkursgerichts (Amtsgericht) ist in § 71 KO und § 2 VerglO geregelt. Danach ist für das Konkursverfahren das Amtsgericht zuständig, bei welchem der Gemeinschuldner seine gewerbliche Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seinen allgemeinen Gerichtsstand (also regelmäßig den Wohnsitz) hat; der Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens ist ebenfalls bei dem für die Konkursöffnung zuständigen Amtsgericht zu stellen. Nennt der Gemeinschuldner mehrere Niederlassungen (Filialen, Zweigbetriebe) sein eigen, so entscheidet der Sitz der Hauptniederlassung als Zentrale des Geschäftsverkehrs. Daß sich die gerichtliche Zuständigkeit nach dem Ort der gewerblichen Niederlassung richtet, liegt daran, daß an dem Platz, von welchem aus

¹⁾ RGBl. S. 612; zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung sachenrechtlicher, grundbuchrechtlicher u. anderer Vorschriften vom 22. 6. 1977 (BGBl. I S. 998).

²⁾ RGBl. I S. 321, ber. S. 356; zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung sachenrechtlicher, grundbuchrechtlicher u. anderer Vorschriften vom 22. 6. 1977 (BGBl. I S. 988).

¹⁾ Konkursausfallgesetz vom 17. Juli 1974 (BGBl. I S. 1481), geändert durch Einführungsgesetz zum Einkommensteuere reformgesetz vom 21. 12. 1974 (BGBl. I S. 3656).

der Gemeinschuldner seine Geschäfte betreibt, meist auch sein Besitz in seinen wesentlichen Bestandteilen anzutreffen ist. So müssen es auch die Gläubiger akzeptieren, dort ihre Befriedigung zu suchen.

2. Zur Methode und zu den Aussagegrenzen der Insolvenzstatistik

In der offiziellen Insolvenzstatistik werden alle neu eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Konkurse sowie die Vergleiche zahlen- und wertmäßig erfaßt. Über den Verursachungsmechanismus der Bankrotte ist aus dieser Statistik kaum etwas zu erfahren. Entsprechende Anhaltspunkte entstammen fremden Quellen.

Die Statistik basiert auf Meldungen des für Konkurse und Vergleiche zuständigen Amtsgerichts, die auf einheitlichen Zählblättern erfolgen. Es handelt sich um keine Totalinventur sämtlicher, oft jahrelang andauernder Verfahren, sondern um eine Zählung der jeweils neu hinzukommenden Verfahren. Im einzelnen werden mittels Zählblätter allmonatlich die neu eröffneten Konkurse, die mangels hinreichender Masse abgelehnten Konkursanträge sowie die begonnenen Vergleichsverfahren registriert. Dabei wird die Rechtsform des Gemeinschuldners, seine überwiegende wirtschaftliche Tätigkeit bzw. hauptsächlicher Betriebszweck und das Unternehmensalter erfragt. Bei den Konkursen ist zusätzlich die voraussehbare Höhe der Forderungen anzugeben und mitzuteilen, ob dem Konkursverfahren ein Vergleichsverfahren vorangegangen ist (Anschlußkonkurs). Letzterer Nachweis ermöglicht die Bereinigung von Doppelzählungen bei der Zusammenfassung von Konkursen und Vergleichen unter dem Oberbegriff „Insolvenzen“. Des Weiteren werden in der Statistik Informationen über die finanziellen Ergebnisse abgewickelter Konkurs- und Vergleichsverfahren gesammelt.

Im Erhebungsprogramm der amtlichen Insolvenzstatistik ist nichts über die diversen Gründe, die Bankrotte herbeiführen, zu finden. Eine direkte Ursachenforschung läßt sich demzufolge mit diesem Instrument nicht betreiben.

Unberücksichtigt bleiben in der Insolvenzstatistik die erzielte Umsatzhöhe vor dem Unternehmenszusammenbruch sowie der menschlich-soziale Aspekt, die Zahl der durch Konkurse betroffenen Arbeitnehmer. Über die wirtschaftliche Bedeutung zwangsweise aus dem Wettbewerbsprozeß ausgeschiedener Firmen kann also kaum etwas Substantielles ausgesagt werden. Einen gewissen, keineswegs befriedigenden Ersatz für den fehlenden Umsatz liefern die Angaben über das Volumen der Gläubigerforderungen. Gegen die generelle Aufnahme der Frage nach der Zahl der durch Konkurse betroffenen Arbeitnehmer werden immer wieder Zweifel an der Aussagefähigkeit der zu erwartenden Ergebnisse ins Feld geführt. Diese gründen sich darauf, daß die Unternehmen oft bereits vor der Eröffnung eines Konkursverfahrens die Zahl der Mitarbeiter verringern; außerdem können Mitarbeiter bei Übernahme eines in Konkurs geratenen Unternehmens durch eine andere Gesellschaft mit übernommen worden sein. Sinngemäß gelten diese Argumente natürlich auch für den Umsatz.

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit registriert zwar in Verbindung mit den Anträgen auf Konkursausfallgeld die vom Bankrott betroffenen Arbeitnehmer, nur sind diese Angaben über Arbeitsplatzverluste auch deswegen nicht repräsentativ, weil Anträge auf Konkursausfallgeld aus Unkenntnis häufig gar nicht gestellt werden, und es bei manchen Pleiten auch ohne Lohnausfälle für die Belegschaft abgeht. Nach Unterlagen des Landesarbeitsamtes wurden 1977 in Hamburg Anträge auf Konkursausfallgeld für 3530, im Bundesgebiet für etwas mehr als 100 000 Personen gestellt.

Neuerdings werden Überlegungen angestellt, ob es nicht möglich wäre, im Kontext mit der Erhebung der „Finanziellen Ergebnisse der eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren“ das Volumen der nicht bevorrechtigten und bevorrechtigten Forderungen aus Sozialplänen gemäß §§ 111 bis 113 des Betriebsverfassungsgesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) zu erfassen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zur Aussagekraft der Insolvenzstatistik, die notwendig erscheint, weil ihre Ergebnisse häufig unkritisch zur Kennzeichnung der konjunkturellen Lage mit herangezogen werden. In Anbetracht der verhältnismäßig geringen Fallzahl finanzieller Zusammenbrüche im Stadtstaat Hamburg muß nämlich berücksichtigt werden, daß zufällige, individuelle Geschehnisse das Gesamtergebnis stark, wenn nicht entscheidend zu beeinflussen vermögen, so daß sich die Insolvenzstatistik für Hamburg nicht als alleiniges Konjunkturbarometer eignet.

3. Das Insolvenzgeschehen im Verlauf der letzten Dekade

Der Gang zum Konkursrichter wurde 1977 in Hamburg, der bedeutendsten Industrie-, Handels- und Schifffahrtmetropole der Bundesrepublik, insgesamt 332 Mal von Firmen und Privatpersonen angetreten. Im Bundesgebiet fielen während des gleichen Zeitraums 9562 Konkurs- und Vergleichsverfahren (einschl. der mangels Masse abgelehnten) an. Somit stellte sich der Anteil Hamburgs auf 3,5 Prozent.

Die längerfristige retrospektive Betrachtung, die wir jetzt anstellen wollen, knüpft an eine frühere an⁴⁾, deren zugrundeliegendes Zeitfragment die fünfziger und zum größten Teil die sechziger Jahre umfaßte, die daneben aber auch einige Zahlen aus noch fernerer Vergangenheit in Erinnerung rief. Um der Kontinuität des Entwicklungsgangs willen seien einige Stationen daraus sowie die damalige Grundrichtung des Geschehnisverlaufs kurz rekapituliert.

Im Jahre 1910 ereigneten sich in der Hansestadt (damaliger Gebietsstand) 323 Insolvenzen, also ungefähr so viele wie heute, 1920 allerdings nur 152. Schon 1925 kletterte dann die Zahl der Konkurse und Vergleiche auf 768 Stück, 1931, zur Zeit des großen Bankkrachs und der allgemeinen Depression, gar auf 827, den bisher absoluten Höchststand. Der ehemals we-

⁴⁾ Villalaz, Francisco: Insolvenzen in Hamburg 1950–1968. In: Hamburg in Zahlen, 8/1969, S. 203 ff.

Tab. 1: Insolvenzen im Bundesgebiet und in Hamburg
1968 bis 1977

Jahre	Bundesgebiet		Hamburg		
	Anzahl	1968 =100	Anzahl	1968 =100	In % des Bundeser- gebnisses
Konkurse ¹⁾ und Vergleiche					
1968	3 827	100	205	100	5,4
1969	3 809	100	181	88	4,8
1970	4 201	110	229	112	5,5
1971	4 437	116	260	127	5,9
1972	4 575	120	225	110	4,9
1973	5 515	144	210	102	3,8
1974	7 722	202	256	125	3,3
1975	9 195	240	274	134	3,0
1976	9 362	245	331	161	3,5
1977	9 562	250	332	162	3,5
Ø 1968-1977	6 221	.	250	.	4,0
darunter von Erwerbsunternehmen					
1968	2 602	100	85	100	3,2
1969	2 494	96	79	95	3,2
1970	2 716	104	71	86	2,6
1971	2 971	114	116	140	3,9
1972	3 097	119	101	122	3,3
1973	4 000	154	122	147	3,1
1974	5 976	230	151	182	2,5
1975	6 953	267	163	196	2,3
1976	6 808	262	212	255	3,1
1977	6 929	266	193	233	2,8
Ø 1968-1977	4 455	.	129	.	2,9

1) ohne Anschlußkonkurse.

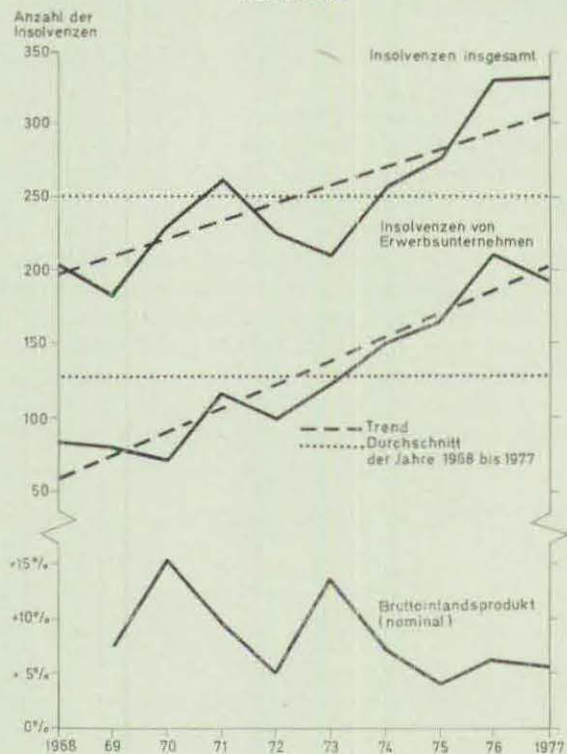
sentlich kleinere Gebietsumfang Hamburgs verstärkt noch das Gewicht dieser Ergebnisse. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg wurden die meisten Insolvenzen Anfang der 50er Jahre notiert. Ihr seither nicht mehr erreichter Kulminationspunkt wurde 1952 mit 350 Fällen registriert. Später war die Tendenz zu nächst länger steil abnehmend, etwa von der Mitte der wiedergegebenen Periode an fing sich die Entwicklung und stieg gegen Ende der 60er Jahre erneut leicht an. Seinerzeit gab es noch keine definitiven Anzeichen dafür, daß es sich um eine Wende handeln könne, die eine ansteigende Entwicklung auf lange Sicht einleitete.

Die statistische Realität der neuen Beobachtungsperiode spiegelt nun einen Insolvenztrend wider, der tatsächlich für eine solche Trendumkehr spricht, denn mit Ausnahme eines Jahresresultats (1969) überrundeten sämtliche übrigen Ergebnisse zwischen 1968 und 1977 die durchschnittliche Insolvenzhäufigkeit der 60er Jahre mit ihrer Konsolidierungsphase. In den letzten beiden Jahren wurde sogar wieder das hohe Ausgangsniveau der Jahre 1950 bis 1953 erreicht. Auch wenn man die beiden Untersuchungszeitschnitte, den vorliegenden zehnjährigen sowie den vorausgegangenen fast doppelt so langen, jeweils über die ganze Strecke bezüglich des Frequenzmittels vergleicht, so stellt sich mit 250 eine höhere Anzahl von Insolvenzen für die neue Periode als für die alte heraus, die im Durchschnitt nur auf 239 kam.

Was für die neue Grundrichtung der Zeitreihe aller Insolvenzen gilt, gilt verstärkt für die Teilmasse „gewerbliche Insolvenzen“. Das zur Trendermittlung angewandte Verfahren der halben Durchschnitte hat beim Gesamttrend einen unteren Wert von 220 und einen oberen von 281 erbracht, deren prozentuale

Schaubild 1

Absolute Entwicklung der Insolvenzen und jährlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen in Hamburg 1968 bis 1977



Differenz sich auf 27,7 Prozent belief; bei dem Trend der gewerblichen Insolvenzen lauteten die korrespondierenden Werte 90 zu 168, ihre prozentuale Differenz 86,6 Prozent. Vom Basisjahr 1968 aus gerechnet, haben sich Konkurse und Vergleichsverfahren bis 1977 in Hamburg nur etwas mehr als verdoppelt, während die der Erwerbsunternehmen sich weit mehr als verdoppelt haben. Wie das Schaubild demonstriert, waren die unregelmäßigen Schwankungen bei den gewerblichen Insolvenzen etwas weniger ausgeprägt, d. h. die Entwicklung vollzog sich hier stetiger aufwärts. Ein Blick auf die dritte, die jährlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts zu jeweiligen Preisen darstellende Entfaltungslinie stellt die Assoziation zum Konjunkturverlauf her, der sich deutlich erkennbar abflacht. Wir hatten es also in der Beobachtungsperiode mit einem verlangsamten Wirtschaftswachstum zu tun.

Die Tendenz der Zahlungseinstellungen im Bundesgebiet weist noch steiler nach oben als in Hamburg. Indes ist dabei kein so auffälliger Entwicklungsunterschied zwischen der Gesamtheit der Insolvenzen und der der Erwerbsunternehmen zu konstatieren. Beide Zeitfolgen erreichen an ihrem Ende vielmehr ein Niveau, das noch merklich über dem der Firmenzusammenbrüche in Hamburg liegt.

Die Frage, ob nicht die Bewegungskomponenten der Zeitreihe über Insolvenzen eventuell Saisonausschläge implizieren, ist aufgrund abgeschlossener rechnerischer

rischer Untersuchungen⁵⁾ zu verneinen. Weder quartalsweise noch bei halbjährlicher Betrachtung waren typische Schwankungen erkennbar.

4. Insolvenzarten

Die Insolvenzen im Verständnis der Statistik setzen sich zusammen aus den:

- eröffneten Konkursverfahren,
 - mangels hinreichender Masse abgewiesenen Konkursverfahren,
 - eröffneten Vergleichsverfahren.
- } beantragte Konkursverfahren

Charakteristisch für das Vorkommen der drei Insolvenzarten ist die dominierende Stellung der beantragten Konkurse. Ihr Anteil an sämtlichen Insolvenzen machte im Mittel der Jahre 1968 bis 1977 fast 99 Prozent aus, so daß auf die gerichtlichen Vergleiche nur ein Prozent entfiel. Im letzten Referenzjahr wurde sogar kein einziger Vergleich in Hamburg registriert.

Tab. 2: Konkurse und Vergleichsverfahren in Hamburg 1968 bis 1977

Jahre	Konkurse						Eröffnete Vergleichsverfahren	
	eröffnet		mangels Masse abgelehnt		zusammen			darunter Anschlußkonkurse
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
1968	99	48,8	104	51,2	203	100	1	3
1969	100	56,2	78	43,8	178	100	-	3
1970	115	51,3	109	48,7	224	100	2	7
1971	153	59,5	104	40,5	257	100	1	4
1972	109	48,9	114	51,1	223	100	1	3
1973	113	54,1	96	45,9	209	100	-	1
1974	110	43,8	141	56,2	251	100	-	5
1975	84	31,0	187	69,0	271	100	1	4
1976	105	31,7	226	68,3	331	100	1	1
1977	106	31,8	227	68,2	333	100	1	-
Ø 1968-1977	109	44,0	139	56,0	248	100	1	3

In der ersten Hälfte der 50er Jahre gestaltete sich das Verhältnis von Konkursen zu Vergleichen noch nicht so einseitig zugunsten ersterer wie in späteren Jahren; es betrug beispielsweise 1953 noch 84 Prozent zu 16 Prozent. Die Anzahl gerichtlicher Vergleichsverfahren ist also bis zur Belanglosigkeit abgesunken. Das beruht hauptsächlich darauf, daß den Vergleichsgläubigern mindestens 35 Prozent ihrer Forderungen zu gewähren sind (§ 7 VergIO) sowie Masseschulden (Ansprüche aus Geschäften und Handlungen des Vergleichsverwalters) und Kosten voll bezahlt werden müssen. Außerdem sind die Gläubiger nicht mehr so bereitwillig, einer Zahlungsstundung oder einem Teilerlaß ihrer Forderungen zuzustimmen; sie ziehen bei kleineren Forderungen auch außergerichtliche Arrangements vor.

Gut jeder zweite Bankrotteur war im Mittel der Jahre 1968 bis 1977 restlos finanziell ausgehöhlt; bei ihnen mußten die Konkursanträge mangels ausreichender Masse von Amts wegen abgelehnt werden (§ 107 KO). In den letzten drei Jahren waren gar zwei von drei Bankrotten masselose Konkurse. Mit

anderen Worten, das Gewicht des totalen Ruins hat gegen Schluß der Untersuchungsperiode noch beträchtlich zugenommen, was bedeutet, daß relativ immer weniger Konkursgläubiger sich eine Teilbefriedigung ihrer Forderungen erhoffen konnten. Der Vermögensstatus dieser Gemeinschuldner war derart schlecht, daß nicht einmal die Kosten für Gericht und Konkursverwalter Deckung fanden. Mitte der 60er Jahre ermittelte die Statistik mit 20 Prozent bis 35 Prozent die geringsten Quoten mangels Masse abgelehnter Konkurse. Masseunzulänglichkeit tritt immer öfters auf, weil die Aus- und Absonderungsrechte privilegierter Gläubiger, die sich vorweg aus der Masse bedienen dürfen, ausgedehnt werden. Nach geltendem Recht wird aus der Konkursmasse vorab ausgesondert, was der zusammengebrochenen Firma nicht gehört, da es unter Eigentumsvorbehalt geliefert wurde, und abgesondert, was mit Pfandrechten, etwa Hypotheken, belastet ist. Was nach vorrangiger Bezahlung ausstehender Löhne und Gehälter übrig bleibt zur freien Verwertung durch den Konkursverwalter, ist dann eben allzuoft nicht mehr der Rede wert.

Anschlußkonkurse – beantragte Konkursverfahren, die als eröffnete Vergleichsverfahren bereits vorher statistisch erfaßt wurden – kommen nur sehr selten vor (vgl. T a b e l l e 2).

5. Insolvenzhäufigkeit von Erwerbsunternehmen in den Hauptwirtschaftssparten

Wenn man Aufschluß darüber bekommen möchte, ob und inwieweit die wichtigsten Wirtschaftsbranchen vom Insolvenzgeschehen betroffen werden, hat man sein Augenmerk speziell auf die insolventen Erwerbsunternehmen zu richten, da die anderen Gemeinschuldner wirtschaftssystematisch nicht einzuordnen sind.

Im Schnitt der in T a b e l l e 3 aufgeführten sechs Berichtsjahre gab es 135 Firmenzusammenbrüche; die größte Abweichung hiervon nach oben weist das Jahr 1976 mit 212, nach unten das Jahr 1970 mit nur 71 Insolvenzen aus. Danach passierte rund jede zweite Zahlungseinstellung auf dem Unternehmenssektor.

Am meisten ereigneten sich finanzielle Kollapse im Handelsbereich: Durchschnittlich entfielen 41 Prozent der gewerblichen Insolvenzfälle auf einen Handelskonkurs bzw. -vergleich. Innerhalb des Handels war der Groß- und Außenhandel am fühlbarsten in Mitleidenschaft gezogen. An zweiter Stelle folgte der Wirtschaftszweig „Produzierendes Gewerbe“ mit einem Anteil von nahezu 30 Prozent.

Das mehr oder minder drückende Gewicht, das der Zahl der Insolvenzen in den diversen Branchen beizumessen ist, hängt weitgehend von deren Relation zur Zahl der in diesen Sparten überhaupt bestehenden Unternehmen ab. Um diese Insolvenzhäufigkeit oder -anfälligkeit messen zu können, müssen die Ergebnisse aus der Insolvenzstatistik mit denen einer anderen Statistik, die möglichst alle Erwerbsunternehmen ebenso nach Wirtschaftszweigen festhält, kombiniert

⁵⁾ Nach der Personsschen Gliedziffermethode.

Tab. 3:

Insolvenzen ¹⁾ und Insolvenzhäufigkeit ²⁾ der Erwerbsunternehmen nach Wirtschaftszweigen
in Hamburg 1968 bis 1977

Wirtschaftszweige	1968			1970		1972		1974		1976		1977		
	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾	z. Vgl. Insolvenzquote Bundesgebiet	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾	z. Vgl. Insolvenzquote Bundesgebiet	Insolvenzen insgesamt ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
Produzierendes Gewerbe	25	20,1	23,8	18	14,8	33	28,1	41	36,4	68	63,0	66,7	56	51,9
davon														
Verarbeitendes Gewerbe	19	22,6	18,9	9	11,2	20	26,4	29	20,0	34	49,5	54,0	31	45,1
Baugewerbe	6	14,9	55,5	9	22,0	13	51,3	12	29,9	34	86,9	93,8	25	63,9
Handel	37	14,7	14,0	29	12,0	50	22,0	55	26,0	78	39,2	28,9	79	39,7
darunter														
Großhandel	24	37,5	30,4	16	24,8	22	35,1	35	57,7	49	82,8	66,5	60	101,4
Einzelhandel	11	7,8	10,8	13	9,9	28	23,1	18	16,1	29	27,3	22,4	18	17,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	4	7,9	18,3	5	9,7	4	7,8	13	26,8	11	23,3	36,9	17	35,9
Dienstleistungen ³⁾	17	9,9	8,8	17	10,5	14	8,4	39	23,7	55	32,5	35,6	35	20,7
Sonstige Wirtschaftszweige	-	-	15,6	2	21,3	-	-	3	43,8	-	-	39,4	6	84,5
Unternehmen und Freie Berufe insgesamt	83	13,6	15,7	71	12,0	101	17,6	151	27,4	212	39,4	42,5	193	35,9
darunter														
in die Handwerkerrolle eingetragen	9	7,5	13,6	3	2,6	7	6,2	10	9,3	8	7,8	19,4	10	9,8

1) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

2) Insolvenzen auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen; berechnet anhand der Ergebnisse aus den jeweiligen Umsatzsteuerstatistiken.

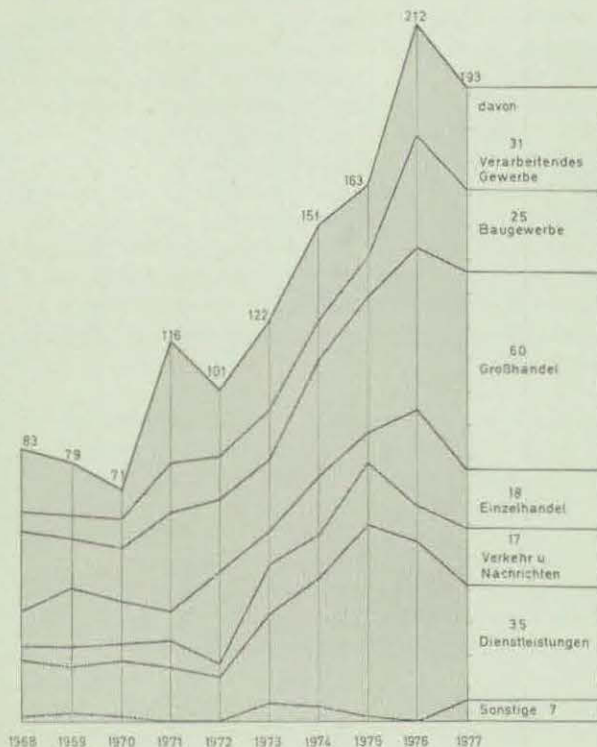
3) soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

werden. Dazu bietet sich die in Abständen von zwei Jahren (zuletzt für 1976) durchgeführte Umsatzsteuerstatistik an. Bezieht man die Anzahl der gewerblichen Konkurse und Vergleiche auf je 10 000 um-

satzsteuerpflichtige Unternehmen, so resultieren die aus Tabelle 3 abzulesenden Insolvenzquoten. Da für 1977 turnusgemäß keine Umsatzsteuerstatistik vorliegt, mußten die Ergebnisse aus 1976 auch für 1977 das Bezugsquantum hergeben.

Schaubild 2

Gewerbliche Insolvenzen nach Wirtschaftszweigen
in Hamburg 1968 bis 1977



1977 kamen im Schnitt auf 10 000 Erwerbsunternehmen 36 Bankrotteure, zwölf Monate früher fast 40. Diese relative Häufigkeit ist also verhältnismäßig gering. Im Vergleich zum Bundesgebiet schneidet die Hamburger Insolvenzquote günstiger ab.

Baugewerbe, Verarbeitendes Gewerbe, ganz besonders aber der Großhandel, sind 1977 wie übrigens auch in den Jahren davor überdurchschnittlich, Handelsvermittlung, Einzelhandel wie von Unternehmen und freien Berufen erbrachte Dienstleistungen unterdurchschnittlich konkursanfällig gewesen. Auch das Handwerk blieb erheblich hinter der allgemeinen Insolvenzquote zurück. Das Phänomen der hohen Insolvenzquote beim Großhandel ist mit zurückzuführen auf eine starke Beteiligung hamburgischer Import- und Exportfirmen, die vermutlich wegen ihres erhöhten Geschäftsrisikos – bedingt durch schwankende Wechselkurse (z. B. Talfahrt des Dollars), Marktförne, und schlecht kontrollierbare Einflüsse im Ausland – konkursanfälliger zu sein scheinen als in anderen Branchen tätige Unternehmen. An der Spitze der Insolvenzhäufigkeit im Bundesgebiet steht in den beiden Vergleichsjahren 1968 und 1976 das Baugewerbe, das 1976 in Hamburg ebenfalls die meisten Zahlungseinstellungen bezogen auf sämtliche existenten Unternehmen zu verzeichnen hatte, und das auch in den restlichen Jahren hier überrepräsentiert war. Dabei dürfte die stark schrumpfende Nachfrage auf dem Bausektor mit betrieblichen Überkapazitäten im Gefolge, die, während früherer Bauboomjahre entstanden, nunmehr mangels Aufträgen eingingen, die Hauptrolle gespielt haben.

6. Das Alter insolventer Erwerbsunternehmen

Transparenz in die zum Bankrott führende Kausalkette bringt – wenn auch nur in minimaler Dosierung – das statistisch erfaßte Merkmal „Unternehmensalter“, dessen Untergliederung im Zeitverlauf allerdings wiederholt geändert wurde, so zuletzt von 1974 auf 1975. Während vor 1975 (seit 1969) nach den drei Altersgruppen „bis zu 5 Jahren“, „6 bis 15 Jahre“ und „16 Jahre und älter“ differenziert wurde, verringerten sich die Altersklassen ab 1975 auf zwei: „bis unter 8 Jahre“ sowie „8 Jahre und mehr“. Deshalb auch die getrennte Darstellung in den Tabellen 4a und 4b. Der Grund für die Reduzierung und Neuabgrenzung der Altersgruppen war zum einen die immer wieder mehr oder weniger gehäuft auftretende Angabe „Alter des Unternehmens unbekannt“. Allein in Hamburg war das im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1974 bei fast einem Zehntel der Firmeninsolvenzen der Fall. Zum anderen ergaben damalige empirische Untersuchungen nach Einjahresklassen eine starke Konzentration insolventer Unternehmen in den Altersklassen bis zu 8 Jahren. Konnte danach in Einzelfällen das Alter selbst diesem neuen Grobraster nicht zugeteilt werden, so war das Amtsgericht gehalten, zu schätzen.

Tab. 4a: Insolvenzen ¹⁾ nach dem Alter der Erwerbsunternehmen in Hamburg 1969 bis 1974

Alter der Erwerbsunternehmen	1969	1970	1971	1972	1973	1974	Ø 1969 bis 1974
	Anzahl						
bis 5 Jahre	28	12	43	37	41	87	41
6 " 15 Jahre	25	38	41	44	62	49	43
16 Jahre und älter	11	10	12	15	14	13	13
Unbekannt	15	11	20	5	5	2	10
Insgesamt	79	71	116	101	122	151	107

1) ohne Anschlußkonkurse.

Im Gegensatz zum menschlichen Organismus scheinen Unternehmen nicht vorwiegend alt, sondern eher jung abzustarben. Diesen Eindruck vermitteln jedenfalls die Tabellen 4a und b. Wenn man die Grenze für junge Unternehmen in Tabelle 4a bei 15 Jahren, in Tabelle 4b bei 8 Jahren zieht, wobei man im letzteren Falle besser von ganz jungen Unternehmen sprechen sollte, und alle anderen als alte Unternehmen definiert, so kristallisiert sich heraus, daß für 1969 bis 1974 der mittlere Anteil junger Firmen etwas über drei Viertel und der für 1975 bis 1977 etwas darunter lag, oder anders herum ausgedrückt: von vier Insolvenzen betraf nur eine ein altes Unternehmen. Ohne auf exakte Angaben zurückgreifen zu können, ist doch mit großer Wahrscheinlichkeit zu vermuten, daß ganz junge bzw. junge Erwerbsunternehmen oft mit zu geringem Eigenkapital arbeiten; ferner dürfte sie eine gewisse geschäftliche Unerfahrenheit gegenüber alteingesessenen Firmen im scharfen Konkurrenzkampf benachteiligen. Manches Unternehmen hat vielleicht auch sein Schicksal allzu ausschließlich mit einer kurzlebigen Produktinnovation verknüpft.

Als Einzelursachen finanzieller Unternehmenskollaps kommen allgemein in Frage: zu geringe Eigenmit-

tel, Personalkostensteigerung, Mißmanagement oder kaufmännisches Versagen, rückläufiger Export, rückläufige Inlandsnachfrage, Verteuerung der Bankzinsen, Verknappung des Geldes durch den Bankenapparat, verschlechterte Zahlungsmoral der Kunden, Auswirkungen der Insolvenzen anderer Unternehmen (Kettenreaktion), Mängel im Rechnungswesen, Fehlplanung bei Investitionen, Verwendung kurzfristiger Kredite für langfristige Zwecke u. a. m.

Tab. 4b: Insolvenzen ¹⁾ nach dem Alter der Erwerbsunternehmen in Hamburg 1975 bis 1977

Alter der Erwerbsunternehmen	1975	1976	1977	Ø 1975 bis 1977
	Anzahl			
bis unter 8 Jahre	125	155	137	139
8 Jahre und mehr	38	57	56	50
Insgesamt	163	212	193	189

1) ohne Anschlußkonkurse.

7. Voraussichtliche Schuldenmasse

Im frühen Stadium eines eröffneten Bankrotverfahrens läßt sich das Volumen der Verbindlichkeiten des Gemeinschuldners nicht immer präzise bestimmen. Vielfach sind die finanziellen Forderungen der Gläubiger zu diesem Zeitpunkt noch nicht restlos ermittelt, und so muß sich auch das Statistische Landesamt mit Schätzungen seitens des Amtsgerichts begnügen. In manchen Jahren war bei einem kleineren Teil der Konkurse der Umfang der Schuldenmasse überhaupt noch unbekannt. Definitive Zahlen können vom Konkursrichter erst gemeldet werden, wenn ein komplettes Verzeichnis sämtlicher von den Gläubigern gemachten Forderungen zur Verfügung steht. So etwas dauert unter Umständen recht lange, da das Verfahren zur Feststellung der Schuldenmasse mehrstufig ist: Anmeldung der Forderungen, Prüfung der Forderungen im allgemeinen Prüfungstermin (= Gläubigerversammlung, in der angemeldete Forderungen nach Betrag und Vorrecht erörtert werden) und eventuell Feststellungsprozeß. Davon gehören jedoch lediglich die Anmeldung sowie die Überprüfung zum Konkursverfahren, während der Feststellungsstreit nur zur Klarstellung führt, ob die Forderungen bestritten werden. Trifft dies zu, so wird der Streit in einem ordentlichen Zivilprozeß ausgetragen. Das Konkursverfahren übernimmt dann dessen Beschlüsse.

Gegenstück zur Feststellung der Schuldenmasse ist die Feststellung der noch vorhandenen Aktivmasse. Durch Vergleich beider ergibt sich die Auszahlungs- oder Deckungsquote bzw. der finanzielle Verlust. Es liegt auf der Hand, daß die finanziellen Ergebnisse der Insolvenzverfahren erst um etliches später als die Eröffnungsanträge bekannt werden. Unsere Darstellung beschränkt sich deswegen auf die Wiedergabe der voraussichtlichen Konkursforderungen.

Eingeleitete Konkurse, wegen nicht ausreichender Masse abgewiesene Konkurse sowie Anschlußkon-

Tab. 5:

Konkursverfahren nach der voraussichtlichen Höhe der Forderungen in Hamburg 1968 bis 1977

Voraussichtliche Forderungen von ... bis unter ... DM	1968		1970		1972		1974		1976		1977	
	Konkurse 1)	%	Konkurse 1)	%	Konkurse 1)	%	Konkurse 1)	%	Konkurse 1)	%	Konkurse 1)	%
unter 1 000	4	2,2	8	4,3	7	3,4	6	2,6	5	1,7	2	0,6
1 000 bis unter 10 000	37	20,4	47	25,3	50	24,0	32	13,8	60	19,9	75	23,1
10 000 " " 50 000	41	22,7	38	20,4	45	21,6	48	20,7	64	21,2	52	16,0
50 000 " " 100 000	18	9,9	15	8,1	31	14,9	31	13,4	28	9,3	23	7,1
100 000 " " 500 000	54	29,8	52	28,0	43	20,7	69	29,7	75	24,8	104	32,0
500 000 " " 1 Mio.	15	8,3	13	7,0	18	8,7	29	12,5	30	9,9	21	6,5
1 Mio. " " 5 Mio.	12	6,6	12	6,5	12	5,8	11	4,7	34	11,3	29	8,9
5 Mio. " " 10 Mio.	-	-	1	0,5	1	0,5	1	0,4	3	1,0	10	3,1
10 Mio. und mehr	-	-	-	-	1	0,5	5	2,2	3	1,0	9	2,8
Insgesamt	181	100	186	100	208	100	232	100	302	100	325	100
Außerdem: Forderungshöhe unbekannt	22		38		15		19		29		8	

1) einschl. der in den Konkurs übergeführten Vergleichsverfahren (=Anschlußkonkurse) und mangels Masse abgelehnter Konkurse.

kurse sind zusammengefaßt in Tabelle 5 den jeweils zutreffenden Größenklassen der vermutlichen Forderungshöhe zugeordnet. Konkurse mit noch nicht fixierten Forderungen erscheinen getrennt.

Relativ am zahlreichsten kommen Konkurse mit Verbindlichkeiten im mittleren Wertebereich zwischen 100 000 DM und 500 000 DM vor. Als verschwindend gering hingegen erweist sich die Anzahl der am unteren Ende der Forderungsskala registrierten Gerichtsverfahren, während die Groß- oder Millionenkonkurse 1977 mit einem Anteil von immerhin 15 Prozent vertreten waren; rein zahlenmäßig gesehen haben sich die gerichtlichen Verfahren besagter Größenordnung seit 1968 vervierfacht. Diese Entwicklung hat dahin geführt, daß der durchschnittlich je Konkurs geltend gemachte Forderungsbetrag im selben Zeitraum von 251 000 DM auf 1,2 Mio. DM angewachsen ist. Gemessen am Volumen der voraussichtlichen Forderungen – nach den ersten Meldungen – spielte

sich, von einigen spektakulären Zusammenbrüchen besonders in der Baubranche abgesehen, die große Mehrzahl unter den Millionenkonkursen innerhalb einer Spannweite von 1 Mio. bis 5 Mio. DM ab.

8. Gewerbliche Insolvenzen nach Rechtsformen und Art der anderen Gemeinschuldner

Aufgrund des geltenden Insolvenzrechts können alle natürlichen Personen (also nicht nur Kaufleute), Personengesellschaften, juristische Personen des Privatrechts sowie Nachlässe in Konkurs geraten. Demzufolge unterscheidet die Statistik zwei Hauptgruppen: Insolvenzen von Erwerbsunternehmen und Insolvenzen von anderen Gemeinschuldnern (private Insolvenzen). Die Erwerbsunternehmen werden sodann nach ihrer rechtlichen Organisationsform, die übrigen Gemeinschuldner nach ihrer Art weiter unterteilt.

Tab. 6:

Insolvente Gemeinschuldner ¹⁾ nach Rechtsformen in Hamburg 1968 bis 1977

Rechtsformen der Gemeinschuldner	1968		1970	1972	1974	1976	1977			
	Anzahl	%					Anzahl	%		
Erwerbsunternehmen zusammen	83	40,5	100	71	101	151	212	193	58,1	100
davon										
nicht im Handelsregister eingetragen	17	8,3	20,5	11	36	34	5	2	0,6	1,0
Einzelfirmen	12	5,9	14,5	11	14	19	54	31	9,3	16,1
Personengesellschaften	26	12,7	31,3	19	20	41	53	54	16,3	28,0
davon										
OHG und KG ²⁾	29	27	26	7,8	13,5
GmbH & Co. KG	12	26	28	8,4	14,5
Kapitalgesellschaften	27	13,2	32,5	30	31	57	98	104	31,3	53,9
darunter										
GmbH	27	13,2	32,5	28	31	57	97	102	30,7	52,8
Sonstige im Handelsregister eingetragene Erwerbsunternehmen ³⁾	1	0,5	1,2	-	-	-	2	2	0,6	1,0
Andere Gemeinschuldner zusammen	122	59,5	100	158	124	105	119	139	41,9	100
davon										
Natürliche Personen	38	18,5	31,1	53	18	19	25	18	5,4	12,9
Nachlässe	84	41,0	68,9	104	106	85	93	121	36,4	87,1
Sonstige Gemeinschuldner	-	-	-	1	-	1	1	-	-	-
Insgesamt	205	100	.	229	225	256	331	332	100	.

1) Insolvenzen ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorangegangen ist.

2) bis einschl. 1974 mit GmbH & Co. KG, ab 1975 getrennt ausgewiesen.

3) einschl. eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftung.

Im großen und ganzen war in Hamburg das Verhältnis von insolventen Erwerbsunternehmen zu privaten Insolvenzen im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1977 ziemlich ausbalanciert. Im Detail zerfällt jedoch die Beobachtungsdekade in zwei voneinander abweichende Phasen: In der ersten Hälfte überwiegen noch durchweg die Zusammenbrüche auf Seiten der anderen Gemeinschuldner, in ihrer zweiten kehrt sich das Verhältnis um, die bankrotten Erwerbsunternehmen bilden nun die Mehrzahl.

Unter den Rechtsformen zahlungsunfähig gewordener Gewerbeunternehmen dominierten ganz klar die Kapitalgesellschaften, deren Kontingent sich fast ausschließlich aus Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) zusammensetzte. Aktiengesellschaften (AG) und Kommanditgesellschaften auf Aktien hatten so gut wie gar keine Insolvenzen zu verzeichnen, ein Tatbestand, der auf die im Vergleich zu den GmbHs äußerst geringe Häufigkeit dieser Unternehmensformen in Hamburg zurückzuführen ist, was durch die Statistik der Kapitalgesellschaften wie folgt zu belegen ist: Ende 1977 existierten hier insgesamt 9211 Kapitalgesellschaften, wovon allein 9055 GmbHs waren; der kleine Rest bestand aus 152 AGs und 4 KGs auf Aktien.

Neben den Kapitalgesellschaften spielten in größerem Umfang noch die Personengesellschaften eine Rolle, auf die 1977 28 Prozent der Unternehmensinsolvenzen entfielen. Seit 1974 erfolgt die Ausgliederung der Rechtsform GmbH & Co. KG, eines beson-

deren Typs der KG, bei dem als alleiniger unbeschränkt haftender Komplementär eine GmbH fungiert; sie unterscheidet sich somit von der eigentlichen KG u. a. dadurch, daß bei dieser zwar die Kommanditisten ebenfalls nur beschränkt, der Komplementär dagegen mit seinem gesamten Vermögen, das hier aus dem Betriebsvermögen besteht, haftet. Die Insolvenzen der GmbH & Co. KGs waren davor bei OHGs und KGs bzw. GmbHs mit nachgewiesen worden. Gegenwärtig gibt es etwa ebensoviele zahlungsunfähige GmbH & Co. KGs wie andere Personengesellschaften.

Schwankende Anteile mit abnehmender Tendenz haben schließlich die Insolvenzen der Voll- (Einzelfirmen) und Minderkaufleute (nicht im Handelsregister eingetragene Unternehmen, zur Hauptsache Kleinhändler und Handwerker) aufzuweisen.

Insolvenzen bei den sog. anderen Gemeinschuldnern haben ihren charakteristischen Schwerpunkt bei den Nachlaßkonkursen, den Konkursen über das überschuldete Vermögen Verstorbener bzw. ehemaliger Unternehmen.

Die Gültigkeit des statistischen Verteilungsmusters der Insolvenzen insgesamt erstreckt sich auch auf ihre aus den beantragten Konkursverfahren bestehende Teilgröße, da sich die die andere Teilgröße ausmachenden Vergleichsverfahren wegen ihrer geringen Zahl faktisch nicht auswirken.

Francisco Villalaz

Haushaltstechnisierung - ein Entwicklungsprozeß

Vorbemerkung

Der Aufsatz stützt sich auf die ersten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1978 und knüpft an eine thematisch ähnliche statistische Analyse an, die auch auf Ziele und Anlage solcher in mehrjährigen Abständen wiederholten Erhebungen sowie auf Konsumverhalten und Motivation der Haushalte eingeht¹⁾. Der Hauptunterschied zwischen beiden Veröffentlichungen besteht darin, daß nun ein

längerfristiger Vergleich angestellt wird. Ihm liegt die Überlegung zugrunde, daß eine Spanne von zehn Jahren die Entwicklung besser zu verdeutlichen vermag als ein kürzerer Zeitabschnitt.

Die Resultate der EVS 1978 basieren auf den Angaben von rund 1900 Hamburger Haushalten, die sich zu fast der Hälfte aus Unselbständigen (Angestellten, Arbeitern und Beamten), zu über zwei Fünfteln aus Nichterwerbstätigen (meist Rentnern und Pensionären) und zu knapp einem Zehntel aus Selbständigen zusammensetzen, d. h., alle sozialen Gruppen sind hinlänglich repräsentiert. Bei den sehr unterschiedlichen Zunahmeraten muß man bedenken, daß deren Größe davon abhängt, wie stark die Haushalte schon im Ver-

¹⁾ Rieck, Otto: Technisierung der Hamburger Haushalte - ein Gradmesser des Wohlstands. In: Hamburg in Zahlen, 10/1977, S. 223 ff. Die wirtschafts-, sozial-, finanz- und steuerpolitische Bedeutung sowie das Konzept der EVS 1978 hat das Statistische Bundesamt im übrigen in seiner Monatsschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9/1977, S. 576 ff. erschöpfend behandelt.

Tab. 1: Langlebige technische Gebrauchsgüter nach der Haushaltsgröße in Hamburg (EVS 1978)

Art der Gebrauchsgüter	Haushalte insgesamt			davon mit ... Personen														
				1		2		3		4		5 und mehr						
	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %			
Von jeweils 100 Haushalten verfügten ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter																		
Für die Haushaltsführung																		
Kühlschrank	77	65	- 9,4	79	63	+ 25,4	76	88	- 13,6	73	95	- 23,2	76	96	- 20,8	78	91	- 14,3
Tiefkühltruhe, -schrank	27	5	+440,0	10	1	+900,0	29	4	+625,0	41	7	+485,7	50	10	+400,0	52	10	+420,0
Kühl-Gefrierkombination	22	.	.	14	.	.	24	.	.	35	.	.	25	.	.	24	.	.
Geschirrspülmaschine	14	3	+366,7	1	0	.	11	1	+1000,0	23	4	+475,0	39	4	+875,0	44	15	+133,3
Elektr. Grillgerät	29	9	+222,2	18	6	+500,0	34	9	+277,8	39	10	+290,0	38	9	+322,2	34	11	+209,1
Elektr. Nähmaschine	47	39	+ 20,5	32	19	+ 68,4	47	38	+ 23,7	62	48	+ 29,2	71	56	+ 26,8	59	45	+ 31,1
Mechan. Nähmaschine	14	24	- 41,7	15	24	- 37,5	18	26	- 30,8	8	24	- 66,7	11	22	- 50,0	15	27	- 44,4
Elektr. Heimbügler	15	9	+ 44,4	5	2	+150,0	15	7	+114,3	17	12	+ 41,7	23	18	+ 27,8	32	24	+ 33,3
Elektr. Waschmaschine mit Schleuder	54	25	+116,0	36	7	+414,3	62	26	+158,5	64	32	+100,0	66	34	+ 94,1	68	47	+ 44,7
Elektr. Waschmaschine ohne Schleuder	18	20	- 10,0	14	8	+ 75,0	19	21	- 9,5	18	24	- 25,0	25	32	- 21,9	19	26	- 26,9
Elektr. Wäscheschleuder	30	35	- 14,3	24	18	+ 33,3	33	38	- 13,2	29	39	- 25,6	39	46	- 15,2	32	44	- 27,3
Elektr. Staubsauger	98	93	+ 5,4	96	81	+ 18,5	99	96	+ 3,1	99	97	+ 2,1	100	98	+ 2,0	99	95	+ 4,2
Für Bildung und Unterhaltung																		
Fernsehgerät	95	75	+ 26,7	93	58	+ 60,3	96	78	+ 23,1	99	82	+ 20,7	100	82	+ 21,9	100	76	+ 31,6
dar. Farbfernsehgerät	56	.	.	47	.	.	61	.	.	64	.	.	58	.	.	66	.	.
Schwarzweiß-Fernsehgerät	56	.	.	50	.	.	52	.	.	62	.	.	71	.	.	58	.	.
Rundfunkgerät	89	81	+ 9,9	86	79	+ 8,9	90	80	+ 12,5	89	82	+ 8,5	93	82	+ 13,4	95	78	+ 21,8
dar. Rundfunk ohne Stereo	72	.	.	75	.	.	70	.	.	69	.	.	75	.	.	71	.	.
Stereo-Rundfunkgerät	28	.	.	14	.	.	29	.	.	42	.	.	43	.	.	49	.	.
Radioecorder	23	.	.	14	.	.	22	.	.	35	.	.	33	.	.	37	.	.
Plattenspieler	48	43	+ 11,6	37	33	+ 12,1	46	38	+ 21,1	62	49	+ 26,5	63	54	+ 16,7	66	53	+ 24,5
Kassetten-Recorder	21	.	.	12	.	.	18	.	.	34	.	.	38	.	.	37	.	.
Tonbandgerät, -maschine	16	27	- 33,3	8	9	- 11,1	19	24	- 17,4	31	39	- 20,5	30	45	- 33,3	28	31	- 9,7
Phonokombination mit Fernsehgerät	1	5	- 80,0	1	4	- 75,0	0	5	.	2	5	- 60,0	1	6	- 83,3	1	6	- 83,3
dar. mit Farbfernsehgerät	0	.	.	0	.	.	0	.	.	0	.	.	0
mit Schwarzweiß-Fernsehgerät	0	.	.	0	.	.	0	.	.	1	.	.	0	.	.	1	.	.
Phonokombination ohne Fernsehgerät	25	17	+ 35,3	17	10	+ 70,0	24	15	+ 60,0	29	19	+ 52,6	26	24	+ 8,3	24	26	- 7,7
dar. nur mit Plattenspieler	10	.	.	6	.	.	12	.	.	15	.	.	12	.	.	5	.	.
nur mit Tonbandgerät	2	.	.	1	.	.	1	.	.	3	.	.	5	.	.	4	.	.
mit Plattenspieler und Tonband	8	.	.	6	.	.	8	.	.	9	.	.	9	.	.	16	.	.
sonstige Phonokombination	4	.	.	5	.	.	4	.	.	3	.	.	3	.	.	5	.	.
Fotokamera	77	75	+ 2,7	57	48	+ 18,8	84	72	+ 16,7	95	89	+ 6,7	96	95	+ 1,1	89	89	± 0
Schmalfilmkamera	15	8	+ 87,5	4	2	+100,0	16	7	+128,6	27	14	+ 92,9	27	11	+145,5	22	9	+144,4
Projektionsapparat für Dia	28	27	+ 3,7	13	10	+ 30,0	34	27	+ 25,9	39	35	+ 11,4	44	40	+ 10,0	38	36	+ 5,6
Projektionsapparat für Schmalfilm	14	7	+100,0	5	2	+150,0	14	7	+100,0	24	10	+140,0	24	9	+166,7	28	10	+180,0
Wohnwagen	5	.	.	1	.	.	5	.	.	9	.	.	9	.	.	8	.	.
Motor-, Segelboot	3	.	.	1	.	.	2	.	.	5	.	.	6	.	.	5	.	.
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung																		
Personenkraftwagen	52	42	+ 23,8	24	14	+ 71,4	57	37	+ 54,1	80	56	+ 42,9	81	63	+ 28,6	67	66	+ 1,5
dar. fabriken gekauft	29	.	.	12	.	.	35	.	.	46	.	.	38	.	.	28	.	.
gebraucht gekauft	25	.	.	11	.	.	25	.	.	35	.	.	45	.	.	47	.	.
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	3	2	+ 50,0	1	1	± 0	2	1	+100,0	6	3	+100,0	8	4	+100,0	6	5	+ 20,0
Fahrrad	53	44	+ 20,5	26	14	+ 85,7	50	32	+ 56,3	83	64	+ 29,7	90	77	+ 16,9	92	73	+ 26,0
Telefon	88	68	+ 29,4	86	58	+ 48,3	90	69	+ 30,4	90	73	+ 23,3	91	71	+ 28,2	91	77	+ 18,2

gleichsjahr 1969 technisiert waren; denn ein hoher Sättigungsgrad engt jeden (relativen) Zuwachs ein, ein niedriger hingegen macht ein größeres Wachstum möglich.

Der Prozeß der technischen Modernisierung der Hamburger Haushalte schreitet voran

Ein Vergleich der EVS von 1978 mit der von 1969 läßt erkennen, daß relativ am stärksten die Zahl derjenigen Haushalte zugenommen hat, die ihr Augenmerk besonders auf den Erwerb von Geräten der Haushaltsführung richten (Tabelle 1); dies gilt für alle Haushaltsgrößen (Personenzahl). Der gegenwärtige Gerätebestand beträgt dabei das Mehrfache dessen, was 1969 festgestellt wurde. Ein solcher Fortschritt erklärt sich einfach daraus, daß die Haushalte – vor allem die mit mehreren Personen – danach streben, sich die häusliche Arbeit zu erleichtern. Gebrauchsgüter, die diesem Ziel entgegenkommen, sind im besonderen Tiefkühltruhen/-schränke, Geschirrspülmaschinen und elektrische Waschmaschinen mit Schleuder. Auch wenn sich manche Familie solchen Komfort finanziell eigentlich leisten könnte, scheitert die Anschaffung dieser – recht sperrigen – Geräte mitunter jedoch daran, daß es in den Wohnungen an Stellplätzen mangelt.

Dies ist die eine Seite des Prozesses der technischen Modernisierung, der sich in den Haushalten immer mehr ausbreitet. Darüber hinaus wirkt auch die technische und modische Verbesserung der auf dem Markt angebotenen Automaten, der sich die Haushalte elastisch anzupassen wissen, auf den Umfang der Mechanisierung ein. Viele Menschen sind geneigt, sich das modernere – meist auch leistungsfähigere – Gerät mit der komfortableren Technik anzuschaffen, wenn es auf dem Markt erscheint. Die darin liegende Umschichtung spiegelt sich in stagnierenden oder nur noch gering gestiegenen, spezieller aber in – zum Teil beträchtlich – gesunkenen Zahlen wider. Zu den dadurch ins Blickfeld rückenden Haushaltsgegenständen gehören Kühlschränke, mechanische Nähmaschinen, elektrische Waschmaschinen ohne Schleuder, elektrische Wäscheschleudern und – aus dem Unterhaltungsbereich – Tonbandgeräte, Fotoapparate, Dia-Projektoren und Phonokombinationen mit Fernseher. Demgegenüber hat sich logischerweise die Anzahl der Haushalte erhöht, die sich Geräte zugelegt haben, die neuerdings den Markt erobern: Tiefkühltruhen/-schränke, Kühl-Gefrierkombinationen, elektrische Nähmaschinen, elektrische Waschmaschinen mit Schleuder, Kassettenrekorder, Schmalfilmkameras, Schmalfilm-Projektoren sowie – dem Modetrend folgend – Einzelfernseher und Phonokombinationen ohne Fernseher. Die Bedeutung alteingeführter Geräte schwächt sich also unter der Konkurrenz neuzeitlicher Technik mehr und mehr ab.

Nahezu alle Haushalte haben sich in den letzten zehn Jahren mit den Geräten ausgestattet, welche die Mehrheit der Gesellschaft für unverzichtbar hält. Dazu zählen Kühlaggregate, Staubsauger, Fernseher und Rundfunkempfänger. Hier geht es also kaum noch um Erstanschaffung, sondern vielmehr um Ersatz unbrauchbarer oder veralteter Elektroartikel, Telefon und Foto-

apparate sind weitere technische Hilfsmittel, die sich zusehends der Sättigungsgrenze nähern. Der von der Bundespost betriebene Ausbau des Fernsprechnetzes und ihre gezielten Werbeaktionen um neue Kunden haben dazu beigetragen, den Telefonbesatz mit beachtlichem Erfolg zu verbessern. Allgemein kann man sagen, daß die Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern, die für die Nutzung der Freizeit geeignet sind, seit 1969 ansehnlich zugenommen hat. Man betrachte nur Plattenspieler, Phonokombinationen ohne Fernseher, Schmalfilmkameras und -Projektoren, PKW, motorisierte sowie nichtmotorisierte Zweiräder; sie zu beschaffen haben die Haushalte keine Kosten gescheut. Das Fahren mit Motorrädern, Mopeds und Mofas ist freilich meist noch auf einen kleinen Interessentenkreis beschränkt, dem in erster Linie Jugendliche und Motorsportler angehören.

Das elektrische Grillgerät spielt offensichtlich eine bemerkenswerte Rolle, die mit der Änderung der Zubereitungsverfahren – zum Teil im Sog der gesünderen Lebensweise (weniger Fett!) – zusammenhängt. Durchweg ein Drittel der Haushalte ist schon damit versorgt; ihr Anstieg um mehr als das Doppelte unterstreicht den Reiz des Grillens, das als Gestaltungselement häuslichen Feiern und Parties ein geselliges Gepräge verleihen kann.

Die geringe Verbreitung von Wohnwagen, Motor- und Segelbooten ist sicherlich auf den hohen Kaufpreis, die zeitlich begrenzte Benutzbarkeit sowie die fehlenden Campingplätze oder Wasserreviere zurückzuführen.

Die Tendenz zur Angleichung des technischen Standards wird durch den sozialen Status nicht behindert

Die überragende Stellung, welche die Selbständigen-Haushalte bisher im Grad der Ausrüstung mit langlebigen technischen Gebrauchsgütern immer eingenommen haben, hat sich im Vergleich mit den anderen sozialen Gruppen nivelliert (Tabelle 2). Der in Gang befindliche Anpassungsprozeß scheint sich merklich zu beschleunigen, wenn man ihn an den hohen Zuwachsraten mißt; Zunahmen der Ausstattungsquote um das Vier- und Fünffache sind nicht selten. Gleichwohl ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, bis alle Haushalte – unbeschadet der wenigen bereits aufgeführten Ausnahmen – der Sättigungsgrenze nahekommen.

Vor allem die Beamten-Haushalte haben erheblich aufgeholt. Das massierte Vorkommen von Kühl-Gefrierkombinationen, elektrischen Grillgeräten, elektrischen Nähmaschinen, elektrischen Waschmaschinen mit eingebauter Schleuder, Plattenspielern, Tonbandgeräten und PKW gibt darüber besonders eindrucksvoll Aufschluß. Trotzdem ragt die Position der Selbständigen klar heraus, wenn man sehr teure Geräte wie Geschirrspülmaschinen, elektrische Heimbüglern, elektrische Waschmaschinen mit Schleuder, Farbfernseher und bestimmte Phonokombinationen in Betracht zieht. Allerdings halten die Beamten mit klarem Vorsprung die Spitze im PKW-Besatz. Unter den Angestellten, Arbeitern und Beamten, die in die Gruppe der abhängig Beschäftigten einzureihen sind, gleicht

Tab. 2:

Langlebige technische Gebrauchsgüter nach der sozialen Stellung in Hamburg

(EVS 1978)

Art der Gebrauchsgüter	Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes														
	Selbständige			Beamte			Angestellte			Arbeiter			Nichterwerbstätige		
	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %	1978	1969	Veränderung in %
Von jeweils 100 Haushalten verfügten über die nebenstehenden Gebrauchsgüter															
Für die Haushaltsführung															
Kühlschrank	81	90	- 10,0	81	93	- 12,9	74	89	- 16,9	71	90	- 21,1	79	74	+ 6,8
Tiefkühltruhe, -schrank	44	12	+ 266,7	34	6	+ 466,7	32	5	+ 540,0	34	7	+ 385,7	18	2	+ 800,0
Kühl-Gefrierkombination	21	.	.	20	.	.	26	.	.	27	.	.	18	.	.
Geschirrspülmaschine	42	12	+ 250,0	22	4	+ 450,0	20	3	+ 566,7	15	1	+ 1400,0	3	0	.
Elektr. Grillgerät	28	15	+ 86,7	32	6	+ 433,3	32	10	+ 220,0	42	7	+ 500,0	22	8	+ 175,0
Elektr. Nähmaschine	49	45	+ 8,9	58	46	+ 26,1	57	50	+ 14,0	51	39	+ 30,8	39	26	+ 50,0
Mechan. Nähmaschine	14	23	- 39,1	12	26	- 53,8	10	19	- 47,4	8	22	- 63,6	21	31	- 32,3
Elektr. Heimbügler	24	18	+ 33,3	11	12	- 8,3	13	9	+ 44,4	17	11	+ 54,5	10	5	+ 100,0
Elektr. Waschmaschine mit Schleuder	70	40	+ 75,0	59	36	+ 63,9	59	31	+ 90,3	59	25	+ 136,0	45	15	+ 200,0
Elektr. Waschmaschine ohne Schleuder	13	17	- 23,5	16	24	- 33,3	17	19	- 10,5	23	29	- 20,7	16	15	+ 20,0
Elektr. Wäscheschleuder	26	27	- 3,7	30	39	- 23,1	24	32	- 25,0	37	45	- 17,8	32	31	+ 3,2
Elektr. Staubsauger	97	97	± 0	91	94	- 3,2	99	94	+ 5,3	97	95	+ 2,1	97	90	+ 7,8
Für Bildung und Unterhaltung															
Fernsehgerät	94	77	+ 22,1	93	72	+ 29,2	94	71	+ 32,4	97	86	+ 12,8	95	69	+ 37,7
dar. Farbfernsehgerät	67	.	.	53	.	.	59	.	.	59	.	.	52	.	.
Schwarzweiß-Fernsehgerät	54	.	.	63	.	.	56	.	.	59	.	.	53	.	.
Rundfunkgerät	88	88	± 0	95	81	+ 14,8	91	82	+ 10,9	91	75	+ 21,3	87	83	+ 4,8
dar. Rundfunk ohne Stereo	71	.	.	73	.	.	70	.	.	74	.	.	73	.	.
Stereo-Rundfunkgerät	37	.	.	39	.	.	37	.	.	36	.	.	17	.	.
Radiorecorder	21	.	.	22	.	.	31	.	.	35	.	.	14	.	.
Plattenspieler	60	55	+ 9,1	64	53	+ 20,8	57	50	+ 14,0	48	43	+ 11,6	37	31	+ 19,4
Kassetten-Recorder	29	.	.	31	.	.	27	.	.	29	.	.	12	.	.
Tonbandgerät, -maschine	24	37	- 35,1	40	36	+ 11,1	24	33	- 27,3	22	31	- 29,0	8	15	- 46,7
Phonokombination mit Fernsehgerät	3	6	- 50,0	.	6	.	1	7	- 85,7	1	3	- 66,7	0	4	.
dar. mit Farbfernsehgerät	2	0	0	.	.
mit Schwarzweiß-Fernsehgerät	1	0	0	.	.
Phonokombination ohne Fernsehgerät	28	18	+ 55,6	31	21	+ 47,6	26	15	+ 73,3	28	27	+ 3,7	16	9	+ 77,8
dar. nur mit Plattenspieler	12	.	.	19	.	.	12	.	.	12	.	.	6	.	.
nur mit Tonbandgerät	2	.	.	3	.	.	2	.	.	3	.	.	1	.	.
mit Plattenspieler und Tonband	14	.	.	7	.	.	11	.	.	9	.	.	4	.	.
sonstige Phonokombination	2	.	.	3	.	.	4	.	.	4	.	.	4	.	.
Fotoapparat	91	89	+ 2,2	94	89	+ 5,6	87	85	+ 2,4	90	82	+ 9,8	61	54	+ 13,0
Schneefilmkamera	29	15	+ 93,3	27	9	+ 200,0	21	12	+ 75,0	19	6	+ 216,7	6	4	+ 50,0
Projektionsapparat für Dia	40	36	+ 11,1	42	43	- 2,3	36	34	+ 5,9	34	27	+ 25,9	17	15	+ 13,3
Projektionsapparat für Schmalfilm	28	14	+ 100,0	23	7	+ 228,6	18	11	+ 63,6	18	5	+ 260,0	6	3	+ 100,0
Wohnwagen	4	.	.	6	.	.	4	.	.	13	.	.	2	.	.
Motor-, Segelboot	6	.	.	2	.	.	4	.	.	2	.	.	1	.	.
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung															
Personekraftwagen	77	69	+ 11,6	91	53	+ 71,7	67	49	+ 36,7	71	53	+ 34,0	24	17	+ 41,2
dar. fabrikmäßig gekauft	49	.	.	49	.	.	37	.	.	37	.	.	14	.	.
gebraucht gekauft	32	.	.	46	.	.	33	.	.	36	.	.	11	.	.
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	9	3	+ 200,0	2	.	.	4	1	+ 300,0	5	5	± 0	1	1	± 0
Fahrrad	67	54	+ 24,1	70	69	+ 1,4	64	48	+ 33,3	71	57	+ 24,6	32	23	+ 39,1
Telefon	94	93	+ 1,1	95	85	+ 14,5	92	77	+ 19,5	83	51	+ 62,7	87	63	+ 38,1

sich das Ausstattungsniveau zügig an. Dafür mögen Kühlschränke, Tiefkühltruhen/-schränke, elektrische Grillgeräte, elektrische Nähmaschinen, elektrische Waschmaschinen mit Schleuder, Fernseher, Rundfunkempfänger jeder Art, Kassettenrecorder und Phonokombinationen als offenkundiges Anschauungsmaterial stehen. In der Bestückung z. B. mit Kühl-Gefrierkombinationen, elektrischen Heimbüglern, Staubsaugern, Farbfernsehern, Radiorecordern sowie Phonokombinationen mit Plattenspieler und Tonband haben die Haushalte der Angestellten und der Arbeiter hingegen die der Beamten zahlenmäßig übertroffen. Die Arbeiter-Haushalte dominieren der Anzahl nach sogar über die der Beamten und der Angestellten in der Anhäufung von elektrischen Grillgeräten, Kühl-Gefrierkombinationen, elektrischen Heimbüglern, Fernsehern, Radiorecordern, Wohnwagen, motorisierten

Zweirädern und Fahrrädern. Sie haben mittlerweile die Angestellten im Halten von PKW überflügelt. Recht auffällig ist ferner, daß auch die Arbeiter-Haushalte die Annehmlichkeiten eines eigenen Telefons schätzen und nun vergleichsweise nicht mehr so kraß hinter dem Durchschnitt zurückhängen wie früher.

Alles in allem kann die Stellung im Beruf als gesellschaftliche Determinante nicht mehr den Rang beanspruchen, der sich historisch herausgebildet hat. Die Unterschiede verwischen sich unaufhaltsam, soweit es auf bequeme Haushaltsführung und attraktive Freizeitgestaltung ankommt; alle Haushalte leisten sich zunehmend den gleichen Standard.

Die einzige Gruppe, die gegenwärtig noch davon abweicht, ist die der Nichterwerbstätigen. Auch wenn die

Zunahmeraten zum Teil beachtlich sind, muß man doch davon ausgehen, daß sich diese Situation erst durchgreifend ändern wird, wenn heute noch aktive Arbeitnehmer, die sich bereits einen hohen Ausstattungsgrad erlauben, in den Ruhestand hinüberwechseln werden.

In den höheren Einkommensstufen lassen sich individuelle Ansprüche und perfekte Haushaltstechnik leichter miteinander in Einklang bringen.

An der bekannten Abhängigkeit des Lebensstandards vom Einkommen hat sich — wie zu erwarten — nichts geändert; der Zusammenhang zwischen beiden ist sehr eng. Er läßt sich sehr deutlich auch an der unterschiedlichen Verwendung langlebiger technischer Gebrauchsgüter in den Haushalten ablesen (Tabelle 3). Die Abstufung verstärkt sich obendrein, je höherwertig die Güter sind, welche mit steigendem Einkommen die Haushalte komplettieren. Eine solche Wechselwirkung kann man besonders gut an dem Ausstattungsfälle ermessen, das noch bei vielen kostspieligen

Tab. 3: Langlebige technische Gebrauchsgüter nach der Einkommenshöhe in Hamburg (EVS 1978)

Art der Gebrauchsgüter	Netto-Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM						
	unter 600	600 bis 800	800 bis 1200	1200 bis 1600	1600 bis 1800	1800 bis 2500	ab 2500
	Von jeweils 100 Haushalten verfügbaren 1978 ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter						
Für die Haushaltsführung							
Kühlschrank	74	75	82	79	75	77	72
Tiefkühltruhe, -schrank	6	8	12	20	25	32	41
Kühl-Gefrierkombination	10	9	13	19	25	24	30
Geschirrspülmaschine	-	1	0	3	9	14	35
Elektr. Grillgerät	6	9	17	24	34	36	38
Elektr. Nähmaschine	10	26	31	41	47	51	65
Mechan. Nähmaschine	6	20	18	17	14	14	11
Elektr. Heimbügler	3	-	7	11	10	14	22
Elektr. Waschmaschine mit Schleuder	16	22	52	46	56	59	73
Elektr. Waschmaschine ohne Schleuder	19	15	16	20	20	21	14
Elektr. Wäscheschleuder	29	25	30	32	28	32	28
Elektr. Staubsauger	81	86	97	98	98	100	100
Für Bildung und Unterhaltung							
Fernsehgerät	87	87	86	98	96	97	97
dar. Farbfernsehgerät	29	31	41	55	58	59	69
Schwarzweiß-Fernsehgerät	68	60	55	50	56	55	56
Rundfunkgerät	84	80	84	91	90	89	92
dar. Rundfunk ohne Stereo	71	69	71	77	69	70	75
Stereo-Rundfunkgerät	16	11	12	16	29	36	42
Radio-Recorder	6	9	15	18	28	26	30
Plattenspieler	23	29	32	41	51	52	60
Kassetten-Recorder	13	9	15	16	28	26	30
Tonbandgerät, -maschine	3	8	5	12	14	25	28
Phonokombination mit Fernsehgerät	-	-	1	0	2	1	1
dar. mit Farbfernsehgerät mit Schwarzweiß-Fernsehgerät	-	-	0	-	1	0	1
Phonokombination ohne Fernsehgerät	-	-	0	0	1	0	1
dar. nur mit Plattenspieler nur mit Tonbandgerät mit Plattenspieler und Tonband sonstige Phonokombination	10	12	13	18	21	23	32
Fotoapparat	39	46	53	69	79	87	93
Schmalfilmkamera	6	5	4	10	15	15	28
Projektionsapparat für Dia	13	6	8	18	23	36	45
Projektionsapparat für Schmalfilm	3	5	5	9	15	15	25
Wohnwagen	3	1	0	3	9	6	7
Motor-, Segelboot	-	1	0	2	2	2	5
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung							
Personenkraftwagen	10	9	14	35	47	64	84
dar. fabrikmäßig gekauft	3	1	6	15	27	35	53
gebraucht gekauft	6	8	8	21	20	32	31
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	-	1	1	2	3	2	1
Fahrrad	26	25	24	42	55	61	73
Telefon	55	74	79	84	88	92	98

Tab. 4: Langlebige technische Gebrauchsgüter nach der Ausstattung in Hamburg (EVS 1978)

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten verfügbaren 1978 ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter			
	Insgesamt	davon mit ...facher Ausstattung		
		1	2	3 und mehr
Für die Haushaltsführung				
Kühlschrank	77	72	4	0
Tiefkühltruhe, -schrank	27	26	1	0
Kühl-Gefrierkombination	22	22	0	-
Geschirrspülmaschine	14	14	0	0
Elektr. Grillgerät	29	29	0	-
Elektr. Nähmaschine	47	47	0	-
Mechan. Nähmaschine	14	14	0	-
Elektr. Heimbügler	13	13	-	-
Elektr. Waschmaschine mit Schleuder	54	54	0	-
Elektr. Waschmaschine ohne Schleuder	18	18	-	-
Elektr. Wäscheschleuder	30	30	-	-
Elektr. Staubsauger	98	92	6	0
Für Bildung und Unterhaltung				
Fernsehgerät	95	73	19	2
dar. Farbfernsehgerät	56	55	2	0
Schwarzweiß-Fernsehgerät	56	50	5	0
Rundfunkgerät	89	50	24	16
dar. Rundfunk ohne Stereo	72	53	12	7
Stereo-Rundfunkgerät	24	27	1	0
Radio-Recorder	23	21	2	1
Plattenspieler	48	44	5	1
Kassetten-Recorder	21	20	2	0
Tonbandgerät, -maschine	18	17	1	0
Phonokombination mit Fernsehgerät	1	1	0	-
dar. mit Farbfernsehgerät mit Schwarzweiß-Fernsehgerät	0	0	-	-
Phonokombination ohne Fernsehgerät	23	21	1	0
dar. nur mit Plattenspieler nur mit Tonbandgerät mit Plattenspieler und Tonband sonstige Phonokombination	8	8	0	-
Fotoapparat	4	4	0	-
Schmalfilmkamera	77	52	17	9
Projektionsapparat für Dia	15	15	1	0
Projektionsapparat für Schmalfilm	28	28	0	-
Wohnwagen	14	14	0	0
Motor-, Segelboot	5	5	0	-
Motor-, Segelboot	3	3	0	-
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung				
Personenkraftwagen	52	47	4	0
dar. fabrikmäßig gekauft	29	28	1	0
gebraucht gekauft	25	23	1	-
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	3	3	0	0
Fahrrad	53	22	16	15
Telefon	88	87	1	-

Etwaige Differenzen beruhen auf Rundungen

ligen Bedarfsgütern wie Tiefkühltruhen/-schränken, Kühl-Gefrierkombinationen, Geschirrspülmaschinen, elektrischen Waschmaschinen mit eingebauter Schleuder, Farbfernsehern, Stereoanlagen, Phonokombinationen ohne Fernseher sowie PKW herrscht. Mit Sicherheit spielen auch die Ansprüche hinein, welche die Konsumenten an die komfortable Einrichtung ihrer Haushalte stellen.

Obwohl die Haushalte mit geringerem Einkommen ihren Bestand an technischem Zubehör inzwischen beträchtlich ausgeweitet haben, bleibt der Abstand zu denen mit höherem Einkommen dennoch bestehen, wenn man einmal Kühlschrank, Staubsauger, Rundfunk- und Fernsehgerät unberücksichtigt läßt, die gemeinhin schon zur Elementarausstattung eines jeden Haushalts gehören.

Ein Vergleich des Ausrüstungsstandes von 1978 mit dem von 1969 ist unter dem Aspekt des Einkommens methodisch nicht möglich, weil sich aus der unter-

Tab. 5:

Langlebige technische Gebrauchsgüter nach den Anschaffungsjahren in Hamburg
(EVS 1978)

Art der Gebrauchsgüter	Von jeweils 100 Haushalten verfügbaren ... über die nebenstehenden Gebrauchsgüter										
	insgesamt	davon nach Anschaffungsjahren									
		1977	1976	1975	1974	1973	1972	1968 bis 1971	1960 bis 1967	vor 1960	unbekannt
Für die Haushaltsführung											
Kühlschrank	77	3	6	8	8	7	8	15	17	4	3
Tiefkühltruhe, -schrank	27	3	3	5	4	4	3	4	2	0	0
Kühl-Gefrierkombination	22	3	3	3	4	3	3	2	1	0	0
Geschirrspülmaschine	14	2	2	2	3	2	1	2	0	-	0
Elektr. Grillgerät	29	2	6	5	4	3	3	4	2	0	0
Elektr. Nähmaschine	47	2	3	4	4	4	3	9	12	4	1
Mechan. Nähmaschine	14	0	0	0	0	0	0	1	2	7	3
Elektr. Heimbügler	13	1	1	1	1	2	1	3	2	1	0
Elektr. Waschmaschine mit Schleuder	54	4	6	7	7	7	5	11	4	1	1
Elektr. Waschmaschine ohne Schleuder	18	1	1	1	1	2	2	5	4	1	0
Elektr. Wäscheschleuder	30	1	2	2	2	2	1	6	10	2	1
Elektr. Staubsauger	98	8	10	12	12	9	10	17	12	5	3
Für Bildung und Unterhaltung											
Fernsehgerät	95
dar. Farbfernsehgerät	56	7	11	12	9	6	5	6	1	-	0
Schwarzweiß-Fernsehgerät	56	3	4	6	7	5	7	13	8	1	9
Rundfunkgerät	89
dar. Rundfunk ohne Stereo	72	3	7	9	8	6	6	12	11	6	3
Stereo-Rundfunkgerät	28	3	3	4	4	3	3	6	2	0	0
Radiorecorder	23	3	5	4	4	2	2	2	1	-	0
Plattenspieler	48	3	4	6	7	6	4	9	5	2	2
Kassetten-Recorder	21	3	4	4	3	2	2	2	1	0	0
Tonbandgerät, -maschine	18	1	1	2	3	1	1	3	4	1	0
Phonokombination mit Fernsehgerät	1
dar. mit Farbfernsehgerät	0	-	0	0	0	0	-	0	-	-	-
mit Schwarzweiß-Fernsehgerät	0	0	-	0	0	-	-	0	0	-	-
Phonokombination ohne Fernsehgerät	23
dar. nur mit Plattenspieler	10	1	2	2	1	1	1	2	1	0	0
nur mit Tonbandgerät	2	0	0	0	0	0	0	0	0	-	-
mit Plattenspieler und Tonband	8	2	2	2	0	0	0	0	0	-	0
sonstige Phonokombination	4	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0
Fotopaparät	77	6	7	9	9	5	6	11	12	9	3
Schmalfilmkamera	15	1	2	3	2	1	1	2	2	0	0
Projektionsapparat für Dia	28	1	2	2	3	2	2	5	8	3	1
Projektionsapparat für Schmalfilm	14	1	2	2	2	1	1	2	1	0	0
Wohnwagen	5	1	1	1	1	1	1	1	0	-	-
Motor-, Segelboot	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Für Verkehr und Nachrichtenübermittlung											
Personenkraftwagen	52
dar. fabrikneu gekauft	29	8	6	5	4	2	2	3	0	-	-
gebraucht gekauft	25	8	6	4	3	2	1	1	0	-	-
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	3	1	1	0	0	0	0	0	0	-	-
Fahrrad	53	7	7	8	7	4	4	5	4	3	2
Telefon	88	4	6	6	6	5	6	18	21	15	2

Etwasige Differenzen beruhen auf Rundungen

schiedlich hohen Besetzung der einzelnen Einkommensklassen ein von der Gesamtentwicklung abweichendes Bild ergeben würde.

Der Freizeitsektor steht im Mittelpunkt der Mehrfachausstattung

Im Gefolge des wachsenden Wohlstands haben die Haushalte damit begonnen, ihre Ansprüche nicht nur nach qualitativen, sondern zunehmend auch nach

quantitativen Kriterien und Bedürfnissen zu orientieren, d. h., sich mit mehreren Geräten/Fahrzeugen der gleichen Art auszurüsten. Eine solche Ausrüstung beschränkt sich zunächst jedoch noch überwiegend auf den Bildung, Unterhaltung und Verkehr umfassenden Freizeitsektor. Dies ist durchaus einleuchtend, weil unter den Haushaltsmitgliedern gar nicht so selten individuelle Hobby-Interessen trotz ihrer großen Mannigfaltigkeit miteinander kollidieren und somit den Wunsch wecken, über mehrere gleichartige Güter zur Freizeitgestaltung zu verfügen. Man denke in diesem

Zusammenhang nur an die drei unterschiedlichen Fernsehprogramme, die durchaus gleichzeitig Liebhaber unter den Haushaltsmitgliedern finden können. So darf es nicht weiter verwundern (Tabelle 4), daß sich von jeweils hundert Haushalten 16 Haushalte zwei Fahrräder, 19 zwei Fernseher, 24 zwei Rundfunkgeräte (verschiedener Art) und 17 zwei Fotoapparate angeschafft haben. 15 von hundert Haushalten besitzen sogar drei Fahrräder und 16 drei Rundfunkgeräte. Auch die 9 von hundert Haushalten, die sich drei Fotoapparate zugelegt haben, bewegen sich im breiter werdenden Spektrum der Freizeitszene. Hier ist indessen eine Besonderheit zu beachten: begeisterte Fotoamateure — ganz zu schweigen von den Profis — haben in der Regel mehrere Apparate für verschiedene Zwecke zu eigen, um jederzeit das Motiv unter optimalen Bedingungen aufnehmen zu können.

Die Tendenz zur Mehrfachausstattung wird sich in den kommenden Jahren mit Sicherheit fortsetzen und allmählich auf weitere Objekte der sich vergrößernden Konsumpalette übergreifen.

Das Anschaffungsjahr deutet neben dem potentiellen Ersatzbedarf auch den Konjunkturverlauf an

Die Kenntnis des Anschaffungsjahres gibt Wirtschaftspolitikern wie Herstellern Anhaltspunkte dafür, in welchem Zeitablauf sich der Ersatzbedarf als ökonomische Größe auf das Marktgeschehen auswirkt; sie können das Volumen der Produktion danach besser lenken. Deshalb haben größere Bundesländer meist auch das Jahr der Anschaffung der in den Haushalten verwendeten langlebigen Gebrauchsgüter statistisch ausgewertet. Hamburg hat wegen des Arbeits- und Kostenaufwands bisher zwar darauf verzichtet, diesmal die Auswertung jedoch auch darauf erstreckt (Tabelle 5).

Sie zeigt, daß sich die konjunkturelle Entwicklung im Anschaffungsjahr widerspiegelt, d. h., die Rezessionsphasen deuten sich in etwa ebenso an wie die Perioden der folgenden wirtschaftlichen Belebung — auch wenn dies durch die Zusammenfassung der Jahre 1960 bis 1967 in Hamburg nicht ganz so klar wird wie in den vergleichbaren Bundesländern. Dennoch kann man unterstellen, daß sich die Haushalte hier wie dort konsumtiv durchweg ähnlich verhalten und ihren entsprechenden Bedarf temporär und quantitativ analog gedeckt haben. Jedenfalls ist erkennbar, daß sich die Haushalte in zunehmender Zahl während der Wirtschaftsblüte mit technischem Gerät versorgt haben.

Natürlich basiert eine solche Kaufneigung auch auf der dadurch ausgelösten Hebung des Einkommens wie auf dem stetig ausgedehnten industriellen Warenangebot. Diese beiden Auftriebskräfte allein überschatten indessen in manchen Fällen die Preisrealität im Hintergrund; denn nicht alle Gebrauchsgüter haben sich verteuert, sondern einige durch Massenfertigung und Rationalisierung auch verbilligt oder zumindest im Preis gehalten — z. B. Kühlschränke, Fernseher und Stereoanlagen —.

Allerdings gibt es — wie immer — die allbekannte Ausnahme von der Regel. Sie fällt dem PKW zu, der sichtbar eine Sonderstellung einnimmt. Trotz wirtschaftlicher Stagnation und starker Arbeitslosigkeit 1976 und 1977 war der Wille der Konsumenten, sich auch in diesen Jahren einen neuen Wagen zu kaufen, ungebrochen, was hohe Produktions-, Absatz- und Zulassungszahlen belegen.

Bringt der private Verbrauch als Konjunkturstütze den ökonomisch erwünschten Effekt?

In den letzten Jahren ist häufiger behauptet worden, daß sich der private Konsument reagibler auf Konjunkturschwankungen einzustellen weiß als früher. Auf die für Hamburg nachgewiesenen Ergebnisse der EVS 1978 läßt sich diese konjunkturpolitisch wichtige These indessen nicht mit Sicherheit gründen. Offenkundig ist hingegen, daß sich der Verbraucher — entgegen den Wunschvorstellungen, optimistischen Prognosen und Appellen vieler Konjunkturpolitiker — generell wenig antizyklisch verhält, d. h., er drosselt seine Käufe in der Rezession — so daß die Sparquote steigt — und deckt sich statt dessen mehr im Boom ein, ein Phänomen, das sich in Intensität und Dauer der Wellenbewegung des Konjunkturverlaufs anpaßt. Folglich verstärkt er einerseits Abschwung-, andererseits inflationäre Aufschwungtendenzen. Diese Erscheinung geht mit einer Auswirkung des wachsenden Wohlstands einher, wonach die Ausgaben für die Grundbedürfnisse, gemessen an den Gesamtaufwendungen, ohnehin sinken. Somit ist es fraglich geworden, ob die private Verbrauchsnachfrage die Konjunktur überhaupt noch flexibel, d. h. antizyklisch, zu beeinflussen vermag. Die Wirtschaftspolitik jedenfalls muß damit rechnen, daß eine solche fundamentale Stütze, die zur wirtschaftlichen Stabilität wesentlich beitragen kann, nicht mehr den ökonomisch erwünschten Effekt bringt, wie schon die gegenwärtige Flaute anschaulich zeigt.

Otto Rieck

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte *)							
Luftdruck	mbar *)	1 016,4	1 013,9	1 013,0	1 014,2	1 016,0	1 014,9
Lufttemperatur	°C	9,6	9,8	16,5	16,4	16,6	17,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	73,6	76,8	66	70	73	74
Windstärke	Meßzahl *)	3,1	3,2	3	3	3	3
Bewölkung	„ *)	5,25	5,7	5,0	5,7	5,3	5,3
Summenwerte *)							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	64,8	101	74	74	76
Sonnenscheindauer	Std.	143,9	113,7	235	176	171	146
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6,75	8,7	0	1	2	3
Tage mit Niederschlägen	„	17,8	20,9	22	20	22	20
				März 1978	April 1978	Mai 1978	Mai 1977
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) *)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	230,7	227,9	227,3	227,0	226,8	227,2
- Altona	„	243,5	239,6	237,4	236,9	236,6	239,9
- Eimsbüttel	„	247,3	243,8	241,4	241,2	241,0	244,2
- Hamburg-Nord	„	315,3	309,5	305,8	305,2	304,9	309,8
- Wandsbek	„	382,5	381,5	381,9	381,6	381,6	381,3
- Bergedorf	„	91,5	90,7	89,5	89,3	89,3	90,9
- Harburg	„	196,7	195,4	193,4	193,2	192,8	195,6
HAMBURG INSGESAMT	„	1 707,5	1 688,4	1 676,7	1 674,4	1 673,0	1 688,9
dav. männlich	„	792,3	782,8	777,7	776,5	775,9	782,9
weiblich	„	915,2	905,6	899,0	897,9	897,1	906,0
dar. Ausländer	„	116,6	118,2	121,2	121,4	121,6	117,4
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen *)	Anzahl	810	783	768	530	905	1 016
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	5,7	5,6	5,4	3,9	6,4	7,1
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	1 133	1 082	1 185	1 057	1 143	1 115
dar. unehelich	„	113	112	128	111	139	106
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	„	8,0	7,7	8,3	7,7	8,1	7,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	10,0	10,4	10,8	10,5	12,2	9,5
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	13,8	14,4	13,8	12,6	16,3	13,6
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 108	2 024	1 921	1 729	2 310	1 949
dar. im ersten Lebensjahr	„	18	16	18	14	18	11
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	„	14,8	14,4	13,8	12,6	16,3	13,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„	16,2	14,9	15,2	13,0	16,6	10,2
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene *)	„	975	942	736	672	1 167	834
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	„	6,8	6,6	5,2	4,9	8,2	5,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	„						
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	5 048	5 179	4 919	2 754	5 030	5 482
über die Landesgrenzen Hamburgs	„	5 638	5 831	5 537	4 468	5 214	5 644
Fortgezogene Personen	„	1 564	1 652	1 668	1 714	1 184	1 162
über die Landesgrenzen Hamburgs	„	770	357	282	930	86	33
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	„	794	295	386	784	98	129
dav. männlich	„						
weiblich	„						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	„	12 509	12 955	16 355	11 752	12 067	10 192
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	„	1 602	1 583	1 490	784	1 624	1 764
dar. angrenzende Kreise *)	„	1 114	1 113	1 007	549	1 119	1 253
Niedersachsen	„	930	931	952	567	914	945
dar. angrenzende Kreise **)	„	364	342	363	213	322	350
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 195	1 242	1 220	752	1 148	1 305
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 321	1 423	1 257	651	1 344	1 468
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	„	2 030	2 195	1 991	1 942	1 880	2 115
dar. angrenzende Kreise *)	„	1 580	1 727	1 449	1 495	1 449	1 663
Niedersachsen	„	1 199	1 252	1 345	1 100	1 169	1 110
dar. angrenzende Kreise **)	„	641	672	672	602	575	604
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	„	1 060	1 127	1 097	1 090	986	971
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	„	1 349	1 257	1 154	336	1 179	1 448

*) errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — *) reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — *) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — *) Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — *) an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — *) Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — *) nach dem Ereignisort. — *) unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — *) Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — **) Landkreise Harburg und Stade.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 079	16 031	15 906	15 814	15 782	15 723
Patienten ³⁾	"	12 600	12 710	12 640	12 724	12 304	12 283
Pflegetage	"	388 246	398 219	391 347	399 052	374 470	374 020
Bettenausnutzung	%	81,4	81,6	83,2	82,2	77,1	77,8
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 139	3 135	3 131	3 107	3 107	3 131
Patienten ³⁾	"	2 705	2 840	2 679	2 687	2 676	2 755
Pflegetage	"	81 017	80 631	76 913	80 387	79 474	81 558
Bettenausnutzung	%	90,9	84,5	87,2	88,2	87,2	88,6
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl		724 549	1 189 451	922 860	925 897	759 085
dar. in Hallenschwimmbädern	"	494 979	515 937	444 380	451 221	428 085	396 358
in Freibädern ⁴⁾	"	696 869	455 334	728 081	454 642	492 418	349 523
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	643 753	654 198	652 019	663 346	453 405	506 130
Ausgeliehene Noten	"	8 170	8 883	8 356	8 639	8 919	8 408
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	46 581	37 808	37 281	33 239	30 526	34 981
Besucher der Lesesäle	"	10 983	8 285	8 778	7 714	6 393	4 737
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 182	4 256	3 689	3 555	3 459	3 959
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	3 167	2 618	2 972	2 583	2 563	2 867
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 299	1 156	1 355	1 159	1 004	1 137
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	78 297	98 127	73 616	102 985	95 396	112 443
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 443	17 930	12 441	8 533	11 494	22 804
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	10 938	16 278	11 324	18 188	15 209	20 492
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 810	6 919	4 830	7 105	5 889	5 211
Helms-Museum	"	12 718	10 821	13 368	15 715	13 372	13 836
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	11 408	9 412	11 958	13 906	12 577	12 743
Museum für Hamburgische Geschichte	"	17 800	20 069	18 610	29 249	28 729	26 666
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 326	15 404	10 651	20 705	18 835	10 923
Planetarium	"	7 467	8 660	—	—	—	9 870
Bischofshof	"	1 797	2 044	2 392	3 510	1 868	2 641
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	69 501	69 345	68 903	72 296	71 506	69 455
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	4 992,0	5 021,6	5 785,5	6 287	6 180	4 976
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	71,83	72,41	83,97	86,96	86,42	71,65
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 897	28 593	25 273	26 722	27 162	26 403
* dar. männlich	"	14 578	14 965	12 909	13 228	13 393	13 059
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	7 162	8 067	7 697	7 305	7 083	6 420
Technische Berufe	"	1 847	1 555	898	1 072	1 122	1 447
Dienstleistungsberufe	"	16 350	17 310	15 056	15 968	16 095	16 870
2. Arbeitslosen-Quote	%	3,9	4,2	3,7	3,9	4,0	3,9
3. Offene Stellen	Anzahl	9 196	8 824	10 221	9 938	9 686	10 286
4. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	35 673	36 489	32 896	34 731	32 914	34 434
5. Vermittlungen ⁵⁾	"	9 342	9 086	9 719	8 936	9 523	10 219
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	4 289	4 364	4 803	4 795	5 094	4 772
6. Kurzarbeiter	"	2 688	4 480	7 090	6 667	3 113	563
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 294	1 322	1 568	1 339	1 214	1 076
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,5	97,6	96,6	94,3	92,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	14,2	11,7	10,6	9,4

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. – ²⁾ Bestand am Monatsende. – ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. – ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Volllmilch,							
lose 1)	t	686	559	562	549	489	483
pasteurisiert, abgepackt	"	6 121	5 562	6 367	5 554	5 005	4 817
ultra-hocherhitzt	"	1 916	2 618	3 075	1 721	2 445	2 773
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	88	86	91	80	72	69
ultra-hocherhitzt	"	2 643	3 218	2 893	2 310	2 577	3 981
Enthrahmte Milch	"	602	583	651	606	588	422
Buttermilcherzeugnisse	"	480	351	675	368	412	349
Sauermilch- und Kefirerzeugnisse	"	155	140	207	131	150	156
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	6,5	6,6	4,5	5,3	6,9	7,3
Kälber	"	1,2	1,6	1,9	1,8	1,6	1,7
Schweine	"	20,2	20,2	19,7	22,1	18,4	22,0
Schafe	"	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	0,5
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	5,6	5,3	4,0	4,1	5,1	5,4
Kälber	"	1,2	1,7	1,9	1,8	1,6	1,7
Schweine 2)	"	20,9	20,1	18,6	21,1	17,9	21,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen 3)	"	3 413	3 260	2 756	3 125	3 075	3 446
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 507	1 416	1 121	1 157	1 414	1 430
Kälber	"	96	169	231	215	193	207
Schweine	"	1 788	1 655	1 386	1 738	1 456	1 795
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt 4)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	166	160	156	156	156	160
dar. Arbeiter 5)	"	99	94	90	90	90	93
Geleistete Arbeiterstunden 6)	"	14 614	13 468	13 063	12 262	11 632	12 108
Löhne (brutto)	Mio. DM	214	214	225	214	230	225
Gehälter (brutto)	"	206	217	248	223	227	213
Kohlverbrauch 7)	1 000 t SKE 8)	3	3	3	3	3	3
Gasverbrauch 9)	1 000 m³	38 632	32 357	35 215	36 440	37 020	20 372
Stadt- und Kokerogas	1 000 m³	463	510	420	301	337	265
Erd- und Erdölgas	1 000 m³	38 169	31 847	34 795	36 139	36 683	20 107
Heizölverbrauch	1 000 t	45	46	37	38	35	37
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	5	4	3	3
schweres Heizöl	1 000 t	38	39	32	34	32	33
Stromverbrauch	Mio. kWh	302	339	353	358	344	321
Stromerzeugung (industrielle Eigen-erzeugung)	"	10					
Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer) 9)	Mio. DM		3 612	3 515	3 684	3 631	3 520
dar. Auslandsumsatz 9)	"		471	479	438	467	464
Umsatz ausgewählter beteiligter Wirtschaftszweige: 10)							
Mineralölverarbeitung	"	510	497	500	513	470	509
Maschinenbau	"	159	166	171	153	159	146
Elektrotechnische Industrie	"	257	260	284	216	228	244
Chemische Industrie	"	192	201	227	190	186	185
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	768	420	296	495	326	245
Stromverbrauch	Mio. kWh	787	838	741	768	733	671
Gaserzeugung (brutto)	Mio. m³	20	16	10	10	10	7
Vj.-Durchschnitt 9)							
		1976	1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	2. Vj. 1977
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	84,1	87,6	88,7	86,1	88,8	110,3
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	131,5	153,4	205,3	114,7	137,6	143,9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1976	1977	Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
1. Bauhauptgewerbe 12)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	32 977	31 872	30 437	30 329	30 601	32 446
dav. Inhaber	"	1 209	1 211	1 122	1 114	1 118	1 086
Angestellte	"	5 144	5 046	4 727	4 721	4 671	5 079
Arbeiter 13)	"	26 625	25 615	24 588	24 494	24 812	26 281
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 155	3 853	4 043	3 647	3 274	3 546
dav. für Wohnungsbauten	"	1 125	1 120	1 069	929	773	951
gewerblich und industr. Bauten	"	1 550	1 375	1 447	1 266	1 234	1 235
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 479	1 358	1 527	1 452	1 267	1 360
Löhne (Bruttosumme) 14)	Mio. DM	69,2	68,9	77,8	73,7	74,3	72,8
Gehälter (Bruttosumme) 14)	"	16,2	16,5	17,1	16,6	16,9	16,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	212,3	249,8	214,0	192,7	185,9	282,6
dav. im Wohnungsbau	"	51,2	67,3	28,9	47,2	30,8	77,6
gewerblich und industr. Bau	"	78,9	91,3	109,0	68,7	84,0	76,4
öffentlichen und Verkehrsbau	"	82,1	91,2	76,1	76,8	71,1	128,6

1) bis 1977 pasteurisiert, — 2) gewerbliche und Hausschlachtungen, — 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien, — 4) Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe, — 5) einschl. der gewerblich Auszubildenden, — 6) einschl. die der gewerblich Auszubildenden, — 7) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle, — 8) umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³ (= 35 169 kJ/m³) — 9) ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar, — 10) Umsatz der verarb. Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile, — 11) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres, — 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilsbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt, — 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet, — 14) einschließlich Umschüler und Auszubildende, ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	142	198	164	209	281	171
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	99	179	152	186	250	150
Umbauter Raum	1 000 m³	281	224	183	277	348	201
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	66,2	53,8	57,2	70,0	88,9	48,8
Wohnfläche	1 000 m²	56	42	40	51	65	43
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	41	41	35	47	60	27
Umbauter Raum	1 000 m³	319	374	368	398	509	166
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,8	64,9	79,5	56,2	76,4	16,8
Nutzfläche	1 000 m²	61	60	97	68	96	29
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	696	449	414	570	683	387
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	122	173	98	133	159	73
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	79	118	93	119	147	41
Umbauter Raum	1 000 m³	279	343	145	156	166	169
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	61,9	78,9	34,9	37,3	40,2	37,2
Wohnfläche	1 000 m²	57	70	24	30	32	33
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	46	46	11	30	21	22
Umbauter Raum	1 000 m³	309	475	152	159	54	64
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,7	75,1	12,2	13,3	12,9	12,4
Nutzfläche	1 000 m²	61	79	17	20	12	14
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	892	264	301	311	433
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	494	493	25	116	141	276
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ¹⁾							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 800	8 800	10 300	10 600	10 900	12 800
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	192	193	194	194	194	192
Wohnungen	"	765	775	776	776	776	770
Wohnräume über 6 m² (einschl. Küchen)	"	2 862	2 900	2 904	2 906	2 907	2 880
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	147,7	153,2	146,0	146,1	140,8	134,6
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	172,1	166,4	133,3	134,1	158,6	154,4
Facheinzelhandel	"	140,1	149,9	153,3	153,7	135,7	127,8
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{3) 4)}							
Mio. DM		574	595	612	487	618	604
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	70	99	96	79	100	143
Gewerblichen Wirtschaft	"	504	496	516	408	518	461
dav. Rohstoffe	"	6	5	6	4	3	4
Halbwaren	"	94	94	102	106	132	106
Fertigwaren	"	404	397	408	299	383	351
dav. Vorerzeugnisse	"	52	51	56	53	68	54
Enderzeugnisse	"	352	346	351	246	315	297
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	414	400	448	320	393	383
dar. EG-Länder	"	264	248	307	216	252	241
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	148,0	155,1	159,2	166,9	153,6	150,6
dav. Beherbergungsgewerbe	"	141,2	149,1	168,5	169,2	145,8	142,4
Gaststättengewerbe	"	149,5	156,6	156,4	166,2	155,9	153,1
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 809	121 585	144 046	162 638	142 229	152 896
dar. von Auslandsgästen	"	35 759	36 814	43 567	56 411	43 504	49 131
Fremdenübernachtungen	"	220 954	216 779	246 291	280 600	248 071	260 843
dar. von Auslandsgästen	"	66 276	65 480	74 792	93 236	73 192	81 037

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 494	1 462	1 400 p	1 600	1 450 s	1 451
Abgegangene Schiffe		1 569	1 537	1 400 p	1 400	1 430 s	1 529
Güterverkehr über See	1 000 t	4 372	4 464	5 347 p	4 507	4 527 p	4 305
dav. Empfang		3 177	3 232	4 180 p	3 225 p	3 233 p	2 997
dav. Massengut		2 564	2 621	3 506 p	2 610 p	2 620 p	2 450
dav. Mineralöle		1 257	1 312	1 474 p	1 157 p	1 238 p	1 384
Sack- und Stückgut		612	611	674 p	615 p	613 p	547
Versand		1 195	1 232	1 167 p	1 282 p	1 294 p	1 308
dav. Massengut		576	535	457 p	473 p	476 p	614
Sack- und Stückgut		619	697	710 p	809 p	818 p	694
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	314	333	443 p	450 p	442	407
Güterversand		360	434	588 p	580 p	533	412
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 166	5 233	5 642 p	5 926 p	6 235	6 115
Fluggäste	"	303 834	314 075	365 313 p	355 388 p	367 200	352 201
Fracht	t	2 412,3	2 209,4	3 018,9 p	2 864,4 p	2 043,0	2 135,7
Luftpost		722,9	756,2	595,5 p	558,6 p	590,8	746,6
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000						
Schnell- und Vorortbahnen		26 293	25 790	24 705	24 323	23 456	23 499
Straßenbahn		1 735	1 267	949	965	822	800
Kraftomnibusse		20 065	20 604	20 073	20 397	18 445	17 725
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	510,9	537,6	563,9	531,0	531,0	532,3
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾		456,1	477,8	499,6	478,0	477,7	472,9
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	6 119	6 441	7 602 p	6 698	4 524	4 182
Lastkraftwagen		5 519	5 868	6 831 p	6 114	3 940	3 821
Lastkraftwagen		416	362	389 p	333	368	229
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	910	943	1 149 p	956	832	733
Getötete Personen		24	21	25 p	23	17	13
Verletzte Personen		1 166	1 225	1 477 p	1 235	1 101	959
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾ *)							
Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio. DM	50 845,3	57 087,1	61 777,7	62 225,2	62 887,7	57 389,7
dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken		48 278,9	53 901,5	58 309,9	58 761,1	59 478,8	54 115,6
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einshl.)		10 957,5	11 864,2	11 926,3	11 678,6	11 689,1	11 495,1
an Unternehmen und Privat- personen		10 781,8	11 740,4	11 725,9	11 427,8	11 325,0	11 366,4
an öffentliche Haushalte		175,7	123,7	200,4	250,8	364,1	128,7
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)		6 697,8	6 428,2	6 265,8	6 316,1	6 479,2	6 216,3
an Unternehmen und Privat- personen		5 269,0	5 030,7	5 081,1	5 100,9	5 007,8	4 941,0
an öffentliche Haushalte		1 428,8	1 397,5	1 184,7	1 215,2	1 471,4	1 275,3
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)		30 623,7	35 609,1	40 117,8	40 766,4	41 310,5	36 404,2
an Unternehmen und Privat- personen		25 689,1	28 838,7	32 294,6	32 756,4	33 140,0	29 356,7
an öffentliche Haushalte		4 934,6	6 770,4	7 823,2	8 010,0	8 170,5	7 047,5
Einlagen und aufgenommene Kredite ⁸⁾ von Nichtbanken		34 573,8	37 575,0	40 459,5	48 033,3	41 112,4	37 366,8
Sichteinlagen und Termingelder		21 430,9	23 985,2	26 540,2	26 882,2	27 162,6	23 874,4
von Unternehmen und Privatpersonen		15 991,3	17 932,3	20 568,2	21 151,1	21 522,5	17 780,0
von öffentlichen Haushalten		5 439,6	6 052,9	5 972,0	5 731,1	5 640,1	6 094,4
Spareinlagen		13 119,9	13 589,8	13 919,3	13 890,7	13 949,8	13 492,4
bei Sparkassen		8 314,2	8 624,9	8 799,5	8 767,9	8 800,1	8 552,9
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)		737,9	755,1	695,9	877,0	705,7	661,7
Lastschriften auf Sparkonten		671,0	720,6	658,9	905,6	646,6	645,8
2. Zahlungsschwierigkeiten							
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	28	17	31	36	40
Vergleichsverfahren		0	-	1	-	-	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post)		425	382	374	409	384	325
Wechselsumme	Mio. DM	3,2	2,7	3,4	3,4	2,2	1,6

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug sowie ohne die Postcheck- und Postsparkassenämter. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1978	1977				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahnverfahren / eidesstattliche Versicherungen							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls / Mahnbescheides	Anzahl	19 868	21 686	23 325	24 555	29 157	24 809
Anträge auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	"	3 699	3 773	4 086	4 031	4 027	4 084
Haftbefehle zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung	"	1 674	1 554	2 693	1 631	1 793	1 234
Geleistete eidesstattliche Versicherungen	"	626	603	709	773	723	650
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	156	158	156	156	155
Grundkapital	Mio. DM	7 115	7 290	7 403	7 439	7 457	7 339
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 732	8 601	9 724	9 834	9 963	8 766
Stammkapital	Mio. DM	6 622	7 204	7 731	7 742	7 790	7 214
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
* Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	983,8	1 043,3	1 539,6	1 028,7	870,1	972,6
* Steuern vom Einkommen	"	587,8	625,9	1 046,7	542,8	469,3	611,1
Lohnsteuer ¹⁾	"	385,7	380,7	436,2	368,4	399,5	427,3
Veranlagte Einkommensteuer	"	133,1	134,8	310,1	65,7	44,2	85,3
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,2	41,8	30,4	81,5	17,2	98,4
Körperschaftsteuer ¹⁾	"	53,7	68,6	270,1	27,2	8,4	0,1
* Steuern vom Umsatz	"	396,0	417,4	492,9	486,0	400,8	361,5
Umsatzsteuer	"	171,2	179,4	238,3	262,3	200,2	171,4
Einfuhrumsatzsteuer	"	224,8	238,0	254,7	223,7	200,6	190,0
* Bundessteuern	"	844,8	900,7	950,0	887,4	923,7	889,7
Zölle	"	67,2	67,7	65,8	69,3	67,0	62,4
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	755,8	811,2	864,4	792,0	834,3	802,4
* Landessteuern	"	54,6	64,0	49,8	39,7	98,9	88,0
Vermögensteuer	"	21,3	31,9	9,2	4,3	62,8	61,5
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,8	13,5	17,2	13,8	12,3	9,7
Biersteuer	"	3,1	2,9	3,0	3,2	2,9	2,8
* Gemeindesteuern	"	122,2	138,9	66,1	113,5	296,0	280,1
Grundsteuer A ²⁾	"	0,7	0,1	—	—	—	—
Grundsteuer B ³⁾	"	12,1	16,4	12,7	28,7	34,0	34,7
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	90,2	101,4	53,9	31,5	253,6	234,4
* Lohnsummensteuer	"	19,4	20,6	1,2	53,2	7,2	9,9
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
* Steuereinnahmen des Bundes	"	1 391,1	1 506,2	1 753,9	1 502,2	1 467,1	1 408,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	257,6	298,6	471,1	286,8	218,2	269,7
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	273,2	288,0	332,7	328,0	270,6	249,4
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	—	—	54,7	—
* Steuereinnahmen des Landes	"	323,8	371,5	656,4	234,3	352,8	370,4
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	214,0	247,2	468,0	174,6	179,2	269,7
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	39,7	41,5	138,6	19,9	20,0	12,7
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	—	—	54,7	—
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	151,3	165,2	172,6	189,3	209,4	351,9
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁴⁾	"	59,2	63,5	53,9	31,5	144,1	234,4
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	60,2	64,2	104,5	75,7	22,9	71,8
		Vj.-Durchschnitt 1976	Vj.-Durchschnitt 1977	4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	2. Vj. 1977
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio. DM	2 421,1	2 541,5	2 937,9	2 532,4	2 713,0	2 271,1
dar. Personalausgaben	"	1 000,1	1 053,8	1 163,7	1 114,3	1 045,6	1 024,7
Bauinvestitionen	"	164,4	189,9	290,4	115,0	164,7	147,7
dar. für Schulen	"	40,1	50,5	75,3	37,4	52,2	42,4
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	10,5	4,9	7,3	3,3	4,3	5,1
Straßen	"	8,8	7,0	9,7	3,4	8,1	5,6
Wasserstraßen und Häfen	"	20,7	22,9	40,4	9,5	15,7	14,4
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	22,3	20,6	18,4 ⁵⁾	11,7	15,1	16,2
Zuführung an Rücklagen	"	367,2	312,4	267,8	419,6	439,8	366,1
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	2,5	9,1	0,0	0,0	0,8
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
	"	2 478,1	2 452,3	2 811,2	2 225,8	2 772,4	2 238,3
dar. Steuern	"	1 425,4	1 610,1	1 785,1	1 314,1 ⁶⁾	1 876,3	1 535,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	88,5	172,0	73,1	85,0	86,5
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	323,8	318,7	339,9	331,4	304,4
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	15,6	—	2,8	1,3	78,2
Schuldenaufnahme	"	423,4	168,3	239,8	272,7	254,5	35,9
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁵⁾							
	"	8 359,3	8 355,3	8 355,3	8 435,7	8 438,8	8 274,9
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 044,2	7 044,2	7 135,2	7 143,2	6 970,6
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	743,0	743,0	735,9	737,4	723,3

¹⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ²⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ³⁾ einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁵⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Die von der Unterreihe Ausbau GmbH in Höhe der Ausgaben (1977: rund 4 Mio. DM, 1978: rund 31 Mio. DM, 1975: rund 44 Mio. DM) für die Vertiefung der Hafeneibe geleisteten Zuweisungen sind auf dem Ausgabebettel vereinnahmt worden. — ⁷⁾ ohne die in der zweiten Hälfte des Monats März 1978 eingegangenen Steuern, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr gebucht werden konnten.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1978	Mai 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk							
Wohngebäude insgesamt	1970 = 100	159,0	166,5	170,2	173,6	176,4	168,1
dav. Einfamiliengebäude	"	159,3	167,1	170,7	173,9	176,7	168,7
Mehrfamiliengebäude	"	159,9	167,6	171,3	175,1	177,8	169,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	154,1	160,8	164,7	167,4	170,0	162,2
Bürogebäude	"	153,7	160,6	164,3	167,6	170,7	162,0
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	147,9	154,4	158,1	160,8	163,3	156,0
				Oktober 1977	Januar 1978	April 1978	April 1977
Löhne und Gehälter							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	535	568	579	563	592	555
männliche Arbeiter	"						
darunter	"						
Facharbeiter	"	558	595	606	586	623	580
weibliche Arbeiter	"	345	369	376	375	384	361
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	330	344	349	346	354	337
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	12,47	13,30	13,50	13,48	13,98	13,09
darunter	"						
Facharbeiter	"	12,96	13,86	14,08	14,02	14,60	13,64
weibliche Arbeiter	"	8,48	9,11	9,25	9,29	9,52	8,96
darunter	"						
Hilfsarbeiter	"	8,01	8,46	8,53	8,55	8,76	8,31
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 887	3 087	3 130	3 175	3 232	3 058
weiblich	"	2 075	2 234	2 270	2 310	2 340	2 205
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 904	3 107	3 156	3 175	3 254	3 064
weiblich	"	1 975	2 127	2 166	2 182	2 235	2 092
in Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 569	2 718	2 736	2 786	2 822	2 687
weiblich	"	1 842	1 984	2 010	2 047	2 028	1 948
				Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	13 008	14 646	17 276	15 669	15 640	16 402
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	6	8	10	6	4
Körperverletzung	"	451	516	925	851	968	617
Raub, räuberische Erpressung	"	104	124	119	148	122	159
Diebstahl	"	8 165	9 410	10 649	10 217	9 851	11 064
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	4 366	5 188	6 088	5 969	5 667	6 259
Betrug und Untreue	"	1 711	1 758	2 259	1 556	1 679	1 389
Außerdem:	"						
Verkehrsvergehen	"	1 542	1 602	1 178	1 272	1 232	1 527
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	5 710	4 974	4 598	4 633	5 106	5 234
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	647	570	582	586	660	574
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	34 205	36 848	40 147	36 152	31 493	34 378
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	16 091	16 439	16 863	16 420	16 022	15 352
dav. Feueralarme	"	588	525	533	502	443	373
dar. bekämpfte Großbrände	"	17	10	7	5	11	5
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	130	133	144	142	119	131
Rettungswageneinsätze	"	14 297	14 742	14 956	14 637	14 028	13 722
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 718	2 509	2 396	2 611	2 755
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 825	1 856	1 951	1 860	1 763	1 750
Hilfeleistungen aller Art	"	1 290	1 172	1 374	1 281	1 551	1 257
Außerdem:	"						
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	336	186	200	194	247	125

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 2. Vj. 1978 und 1. Vj. 1978

Großstädte ¹⁾	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾				
	Wohnbevölkerung ³⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder verlust (-)	Arbeitslose ⁴⁾	Offene Stellen ⁴⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio. DM	1000 DM	
Berlin	2. Vj. 1 920 1. Vj. 1 677	4 054 3 162	10 205 5 872	- 6 151 - 2 710	14 468 14 448	15 091 15 320	- 6 774 - 3 582	33 040 42 569	10 523 8 343	173 218 173 977	91	7 232 7 139	3 718	
Hamburg	2. Vj. 1 674 1. Vj. 1 677	3 200 3 162	5 800 5 872	- 2 600 - 2 710	12 500 14 448	12 800 15 320	- 2 900 - 3 582	25 273 33 518	10 221 9 141	155 549 156 438	93 93	6 733 6 892	4 022 3 991	
München	2. Vj. 1 312 1. Vj. 1 312	2 457 2 236	3 392 3 677	- 935 - 1 441	19 814 18 045	17 528	- 924	18 156 22 776	13 576 10 268	171 576 171 747	131	8 016 7 664	5 840	
Köln	2. Vj. 979 1. Vj. 980	2 361 2 214	2 659 3 102	- 298 - 888	11 169 11 112	11 930 10 595	- 1 059 - 371	19 470 21 082	4 868 3 985	125 680	128	5 402	5 509	
Essen	2. Vj. 665 1. Vj. 667	1 318 1 354	2 099 2 494	- 781 - 1 140	4 113 4 470	4 988 4 659	- 1 656 - 1 329	14 808 16 283	2 449 2 040	59 903	90	768	1 151	
Düsseldorf	2. Vj. 606 1. Vj. 606	1 149	2 164	- 1 015	7 133	7 389	- 1 271	11 957	3 930	
Frankfurt/M.	2. Vj. 637 1. Vj. 637	1 416 1 271	1 940 2 150	- 524 - 879	11 033	10 100	+ 54	14 764 ⁶⁾ 16 662 ⁷⁾	9 121 7 656	107 411	169	4 358	6 847	
Dortmund	2. Vj. 613 1. Vj. 614	1 384 1 253	2 187 2 299	- 803 - 1 046	3 512 3 839	3 764 3 933	- 1 055 - 1 140	14 413 15 521	1 924 1 477	81 086	132	1 820	2 966	
Stuttgart	2. Vj. 578 1. Vj. 579	1 296 1 237	1 525 1 714	- 229 - 477	9 513 9 335	10 439 9 567	- 1 155 - 709	4 588 5 294	7 542 6 104	124 722 124 977	216 216	6 101 5 615	10 551 10 036	
Bremen	2. Vj. 561 1. Vj. 562	1 205 1 110	1 791 1 854	- 586 - 744	5 551 5 311	5 834 5 455	- 869 - 888	11 388 13 073	3 588 2 812	70 160 70 094	125 125	3 268 3 328	5 826 5 924	
Hannover	2. Vj. 548 1. Vj. 549	1 097 983	1 700 1 902	- 603 - 919	7 471 7 461	7 735 7 645	- 867 - 1 103	16 037 ⁸⁾ 18 110 ⁸⁾	4 573 ⁸⁾ 5 900 ⁸⁾	98 005 98 635	179 180	3 190 3 173	5 821 5 780	
Duisburg	2. Vj. 579 1. Vj. 581	1 280 1 346	1 712 2 062	- 432 - 716	4 255 3 930	5 717 5 303	- 1 894 - 2 089	11 844 12 567	1 653 1 405	101 661 103 253	178 178	3 611 3 177	6 235 5 467	
Nürnberg	2. Vj. 486 1. Vj. 488	982 1 004	1 544 1 764	- 562 - 760	5 052 5 446	5 696 5 919	- 1 206 - 1 233	10 267 12 312	4 250 2 936	91 263 91 792	188 188	2 150 1 931	4 421 3 961	

Großstädte ¹⁾	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ²⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁴⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio. DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 m ²	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	2. Vj. 11 386 1. Vj. 8 106	406 332	173	549 417	2 986 1 600	229 196	1 133 783	309 100	329 238	124	873 666	3 984 2 897	5 003 3 726	- 184 335 215 249	- 63 676 89 489
Hamburg	2. Vj. 9 916 1. Vj. 7 682	471 396	281 236	499 534	1 412 970	288 162	675 241	342 231	425 297	254 177	735 535	2 978 2 500	3 940 3 304	254 781 372 555	192 877 170 436
München	2. Vj. 12 072 1. Vj. 6 965	520 425	324	446 342	1 160 893	238 331	767 1 097	771 571	618 473	360	1 259 922	1 972 1 399	2 526 1 817	334 012 208 629	132 148 136 151
Köln	2. Vj. 4 370 1. Vj. 4 370	177	181	317 500	1 081 1 350	95 91	594 848	69 214	200 173	204 176	362 395	1 445 1 146	1 786 1 413	174 815 113 961	68 059 42 348
Essen	2. Vj. 3 138 1. Vj. 3 138	129	194	200 158	418 599	143 72	422 284	123 19	51 46	76 69	111 94	798 677	1 011 879	64 815 79 855	54 565 13 287
Düsseldorf	2. Vj. 4 500 1. Vj. 4 500	195	321	106 568	568 104	266	.	.	163	269	320	733	907	.	.
Frankfurt/M.	2. Vj. 4 768 1. Vj. 4 768	230	362	150 85	358 252	20 14	52 129	26 96	375 304	477	689 568	1 147 867	1 450 1 061	161 690 277 691	72 910 13 467
Dortmund	2. Vj. 3 203 1. Vj. 3 203	131	213	306 187	823 515	183 172	748 632	110 295	42 34	69 55	84 67	793	1 048	44 390 60 698	47 149 11 481
Stuttgart	2. Vj. 4 998 1. Vj. 3 879	200 226	346 390	116 138	532 391	107 53	286 159	50 70	126 106	218 183	288 237	860 603	1 190 810	96 012 125 603	67 870 10 950
Bremen	2. Vj. 3 890 1. Vj. 2 975	152 127	271 226	424 286	584 506	118 137	206 290	33 348	86 67	154 118	161 132	1 025 767	1 205 898	69 188 78 726	44 035 46 091
Hannover	2. Vj. 3 956 1. Vj. 2 934	184 132	337 240	214 109	725 575	77 73	225 177	221 121	120 102	218 186	193 171	953 805	1 203 1 053	67 048 107 702	53 246 11 702
Duisburg	2. Vj. 2 835 1. Vj. 2 559	116 86	200 148	185 157	604 802	59 37	193 84	183 350	17 15	29 26	37 36	846 694	1 012 892	50 597 86 337	45 825 11 159
Nürnberg	2. Vj. 4 333 1. Vj. 2 731	139 148	286 303	360 246	661 350	172 64	344 89	2 417 3 716	124 93	255 191	223 194	751 553	972 734	58 721 62 219	46 778 55 966

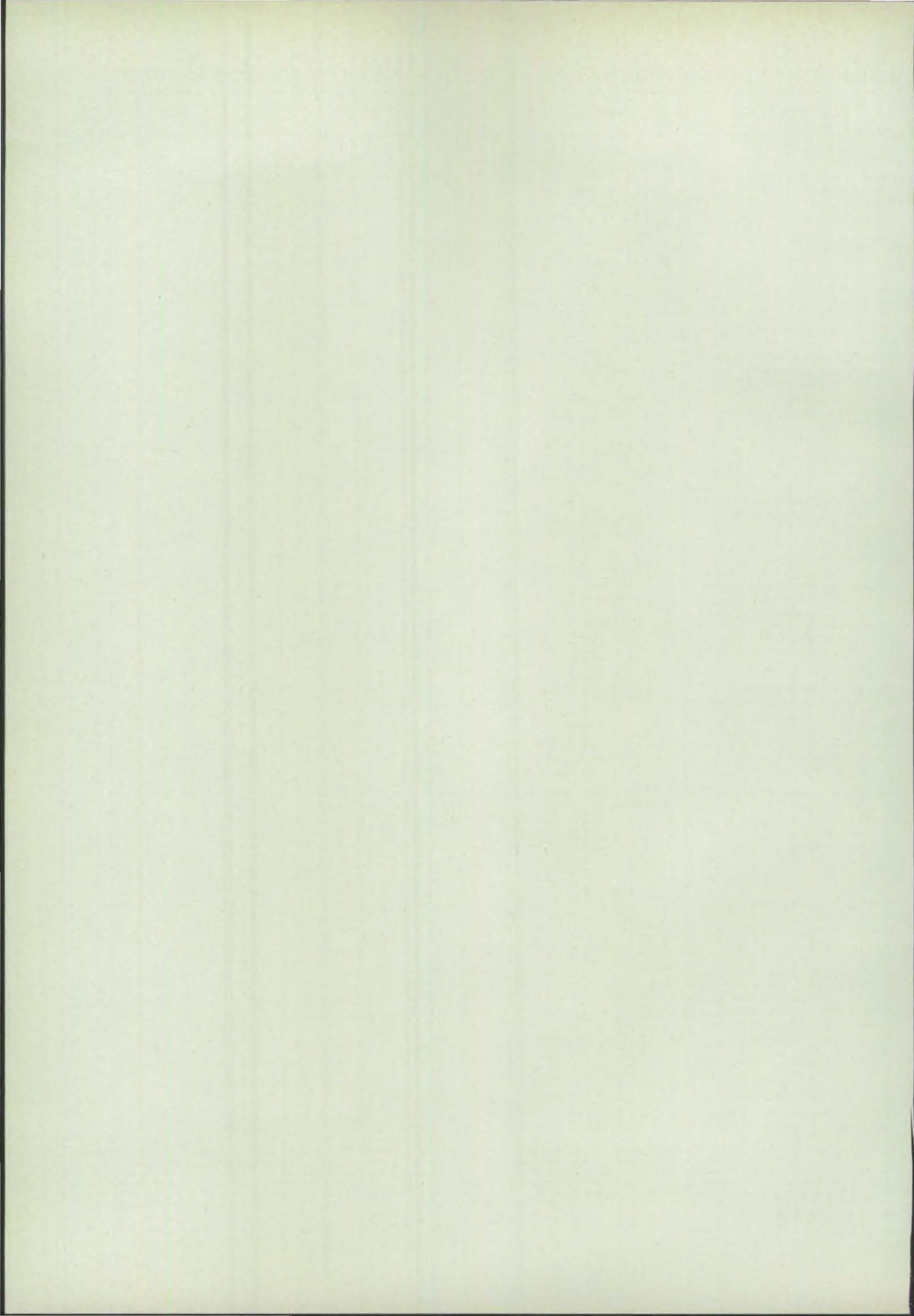
¹⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ²⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau. - ³⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁴⁾ jeweils Quartalsende. - ⁵⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁶⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁷⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁸⁾ nur Einkommensteuer.

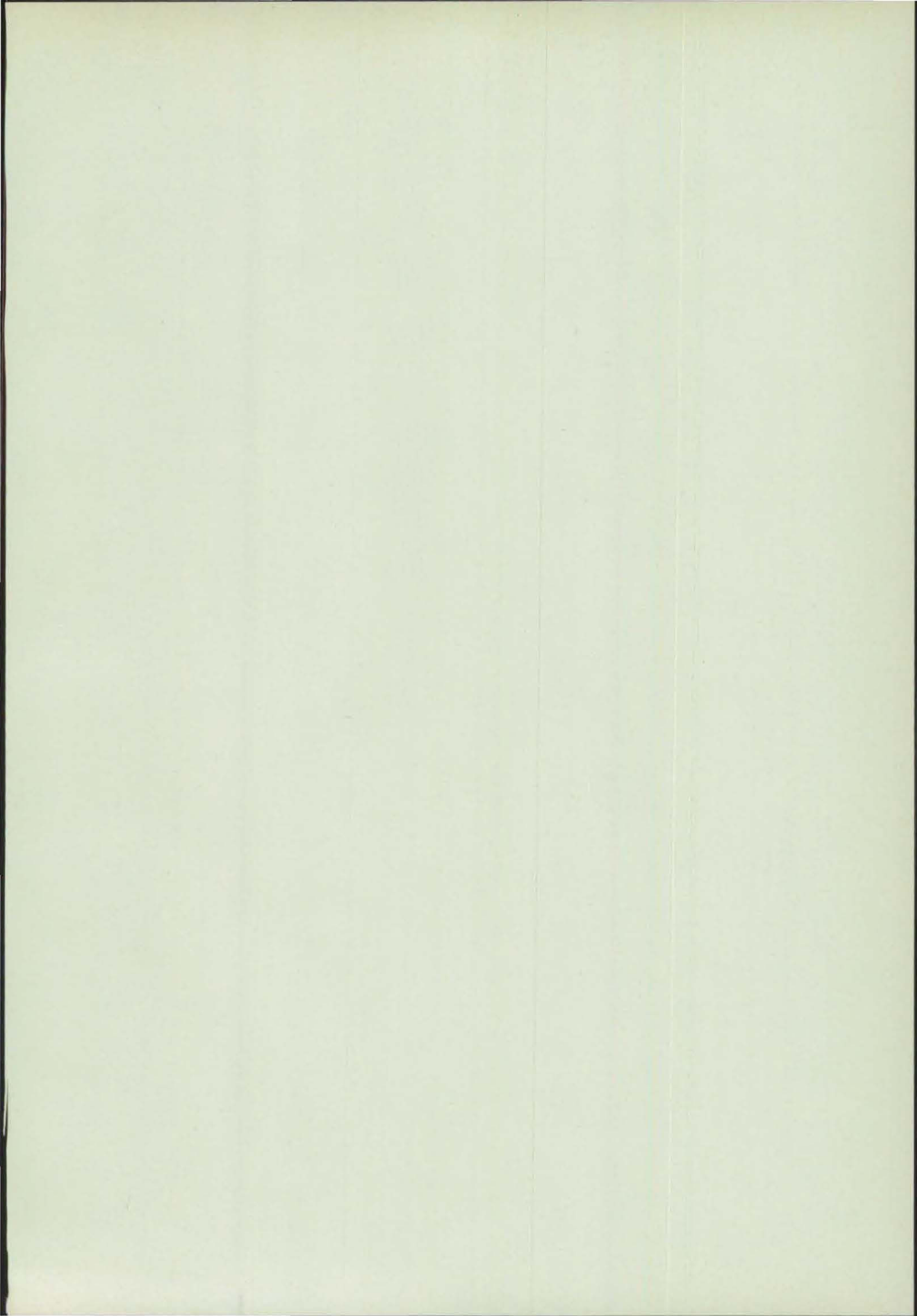
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

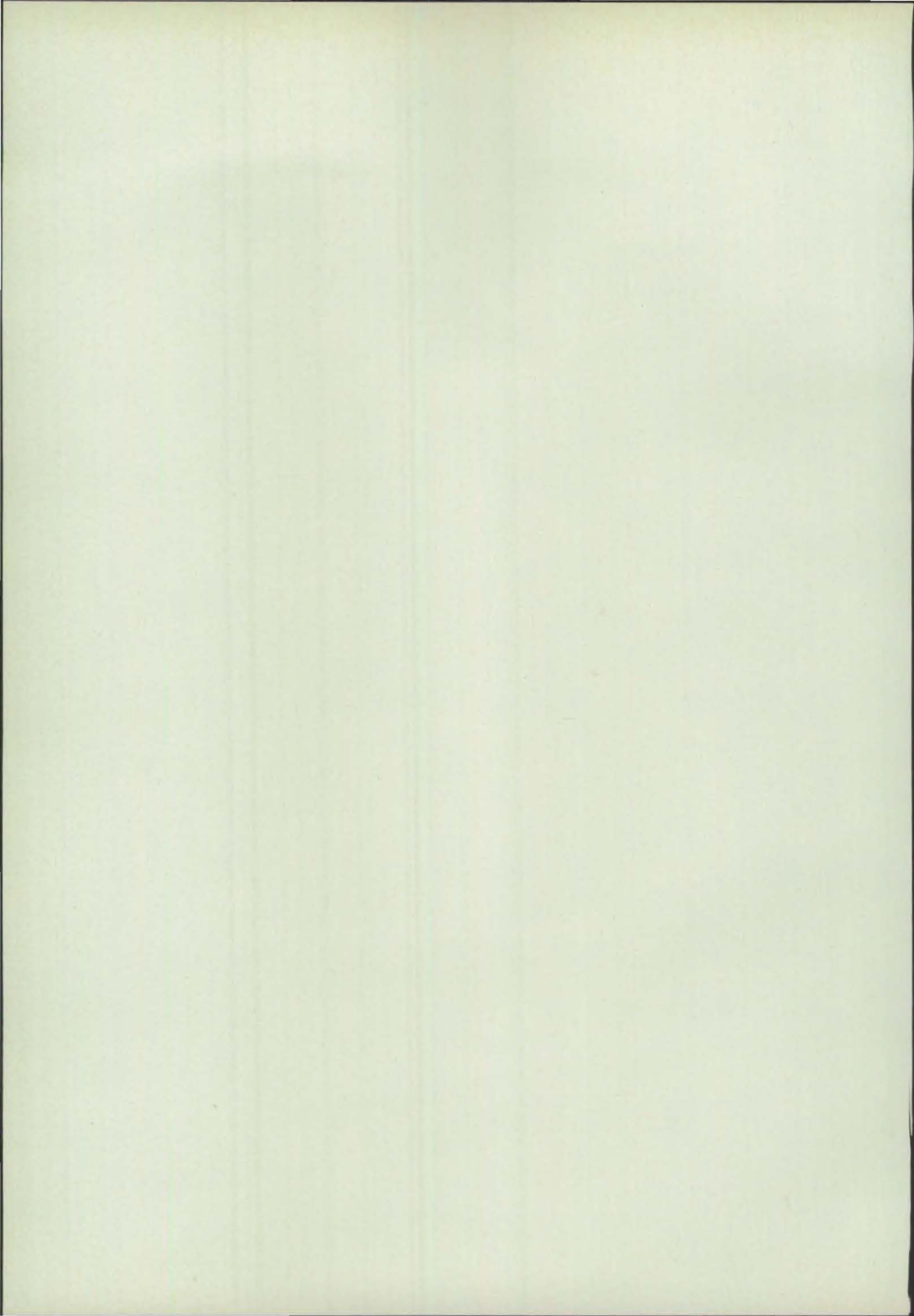
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
		1976	1977				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 505,4	61 399		61 310,0		
Eheschließungen	auf 1 000	5,9	5,8	7,5	6,5	6,1	8,1
Lebendgeborene	Einw. und	9,8	9,5	10,1	9,7	9,5	9,4
Gestorbene	1 Jahr	11,9	11,5	11,9	11,2	11,7	10,5
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 060 336	1 029 995	912 997	877 319	922 230	972 624
Arbeitslosen-Quote	%	4,6	4,5	4,0	3,9	4,1	4,3
Offene Stellen	Anzahl	234 997	231 227	254 855	279 670	272 065	256 724
Kurzarbeiter	"	277 008	231 329	235 322	230 516	164 576	210 412
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	7 428	7 263 p	7 193	7 195	7 213	7 259
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio. Std.	783	750 p	711	763	673	668
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio. DM	68 304	77 332 p	76 491	85 799	73 252	69 718
dar. Auslandsumsatz	"	16 557	18 865 p	18 480	22 059	17 632	16 587
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstäglich)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	110,7	113,9	120,2	119,0	105,3	100,1
Verarbeitendes Gewerbe	"	110,9	114,4	120,3	119,5	104,4	100,0
Grundst. u. Produktionsgütergewerbe	"	111,5	112,3	120,9	122,2	111,6	106,8
Investitionsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	109,0	115,0	118,3	120,2	99,9	94,5
Verbrauchsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	110,2	115,0	117,0	113,6	95,5	93,5
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	"	116,7	118,0	130,2	120,1	116,0	112,1
Baugewerbe	"	95,2	97,2		113,6	105,4	96,1
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 192	1 168	1 168	1 181	1 182	1 180
Geleistete Arbeitsstunden	Mio. Std.	149	143	150	167	140	138
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio. DM	6 257	7 156	4 878	6 132 r	...	6 467
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	31 600	29 232	37 625	42 949	39 642	32 881
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	32 650	34 068	14 169	20 211	20 487	27 452
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	159,4	169,8	174,7	175,7	172,0	166,3
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	158,6	162,6	168,6	172,2	162,2	153,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 469	13 146	13 887
dav. Empfang	"	9 651	9 564	10 231
Versand	"	2 818	3 582	3 656
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	214 309	235 977	275 965	307 077	244 745	221 293
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 975	31 577	34 910 p	37 119 p	34 292 p	35 206 p
Getötete Personen	"	1 234	1 245	1 303 p	1 231 p	1 227 p	1 418 p
Verletzte Personen	"	40 050	42 341	47 169 p	49 143 p	47 109 p	47 949 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio. DM	6 717	7 564	6 134	7 266	8 311	8 030
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 572	2 959	506	7 337	773	685
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	987	1 403	262	3 845	288	260
Steuern vom Umsatz	"	4 872	5 224	5 993	5 725	5 934	5 172
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1970 = 100	140,8	144,4	146,3	146,4	146,5	144,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	151,8	154,1	147,4	147,2	146,2	152,6
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	141,7	143,6	145,3	145,6	145,7	143,8
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾ insgesamt	1970 = 100	143,7	150,7	158,6
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ⁹⁾	1970 = 100	140,8	146,3	150,5	150,6	150,8	147,0
darunter für Nahrungs- und Genußmittel	"	136,8	143,7	146,6	147,3	147,5	145,6
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,08	11,89	12,02	12,04	12,07	11,48
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	42,0	42,2	42,5	42,6	41,4	41,3

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreisveränderung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — Bauleistungen am Bauwerk. — ⁹⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ nach Abzug der Erstattungen.

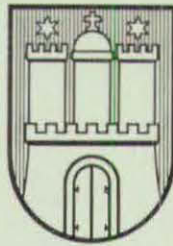
Quelle: Statistisches Bundesamt







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1978

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Wanderungsverlust um die Hälfte reduziert, Sterbeüberschuß konstant

Die Wanderungsbewegung über die hamburgische Landesgrenze hat sich im ersten Halbjahr 1978 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres verringert. Bei einer fast konstanten Zahl der Zuzüge ergab die Abnahme der Fortzüge (über zweieinhalb Tausend weniger als von Januar bis Juni 1977) einen günstigeren Verlauf für die Gesamtentwicklung als im ersten Halbjahr 1977. 28 096 Zuzüge und 30 774 Fortzüge führten zu einem Wanderungsverlust von 2678 Personen – in der gleichen Zeitspanne 1977 betrug der negative Saldo noch 5189.

Auch bei den Wanderungen zwischen Hamburg und seinem Umland verringerte sich die Zahl der fortziehenden erheblich mehr als die der nach Hamburg kommenden Personen. 12 849 Fortzüge (1036 weniger als von Januar bis Juni 1977) und 7918 Zuzüge (–426 gegenüber 1977) führten zu einem Wanderungsverlust Hamburgs von insgesamt 4931 Personen zu Gunsten der sechs Hamburg-Randkreise. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug der Verlust noch 5541. Der Anteil der Wanderungen mit dem Umland an der gesamten Wanderungsbewegung blieb mit 28 Prozent bei den Zu- und 42 Prozent bei den Fortzügen fast gleich.

Der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen hat sich im ersten Halbjahr 1978 gegenüber dem ersten Halbjahr 1977 nur unwesentlich verändert: 6430 Lebendgeborene und 11 846 Gestorbene führten zu einem negativen Saldo von 5416 Personen.

Die Gesamtentwicklung der Einwohnerzahl Hamburgs zeigte somit in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit einem Rückgang um nur 8094 Personen ein positiveres Bild als 1977 (–10 645). Am 30. Juni 1978 hatte die Hansestadt 1 672 246 Einwohner.

Lohmann

Ärztliche Versorgung weiter verbessert

Zu Beginn des Jahres 1978 waren in Hamburg mit 5609 berufstätigen Ärzten (darunter 1165 Ärztinnen) 45 Prozent mehr Ärzte tätig als vor zehn Jahren. Da im gleichen Zeitraum die Hamburger Wohnbevölkerung um gut acht Prozent abgenommen hat, ist die Ärztedichte so verbessert worden, daß nunmehr jeder Arzt im Durchschnitt nur noch 300 Patienten zu betreuen hatte. Demgegenüber hat die Zahl der berufstätigen Zahnärzte um nahezu vier Prozent auf 1372 (darunter 286 Zahnärztinnen) abgenommen, was einem Verhältnis von 1225 Personen je Zahnarzt entspricht.

Die ambulante Behandlung der Bevölkerung, die überwiegend in freien Praxen erfolgt, lag am Anfang dieses Jahres in Händen von 2654 Ärzten und 1249 Zahnärzten. Weitere 2376 Ärzte waren hauptberuflich in einem Krankenhaus und 579 Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei den Trägern der Sozialversicherung oder bei anderen Arbeitgebern tätig.

2903 oder 51,8 Prozent aller in Hamburg tätigen Ärzte waren Fachärzte (darunter 457 Ärztinnen), unter ihnen war fast jeder vierte Facharzt für innere Medizin und etwa jeder zehnte Chirurg bzw. Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe.

Köster

Schwächste Saison für die Freibäder seit mehr als zehn Jahren

Die vielen Regentage – in den Monaten Juni bis September waren es jedesmal mehr als 20, im September sogar 28 Tage –, die relativ wenigen Sonnenstunden und die damit verbundenen geringen Temperaturen – in den Monaten Juni bis August lagen die mittleren Lufttemperaturen jeweils nur etwas über 16 Grad Celsius – haben in der abgelaufenen Saison die Anzahl der Badegäste in den Hamburger Freibädern auf den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren fallen lassen. Nur 2,2 Millionen Besucher zählten die Sommerbäder 1978 in der von Mai bis September dauernden Saison. Gegenüber dem Rekordjahr 1975 – hier schien die Sonne um fast 40 Prozent mehr als in der vergangenen Saison – ist damit die Besucherzahl um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Köster

72 Gefangene mit lebenslänglichen Freiheitsstrafen

Zur Vollstreckung der durch Strafurteile verhängten Freiheitsstrafen verfügt Hamburg gegenwärtig über zwölf Vollzugsanstalten, in denen am 31. März d. J. 2030 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte einsitzen mußten. 1799 Gefangene verbüßten Freiheitsstrafen, 204 Jugendstrafen und gegen 27 Personen war Sicherungsverwahrung angeordnet. Gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres blieb damit die Zahl der Einsitzenden nahezu unverändert.

Bei etwa jedem zweiten Strafgefangenen betrug die Dauer der Freiheits- oder Jugendstrafe bis zu einem Jahr, bei jeweils knapp einem Fünftel aller Einsitzenden lag die Strafdauer zwischen mehr als einem Jahr bis einschließlich zwei Jahren bzw. zwischen mehr als zwei bis einschließlich fünf Jahren. Lebenslängliche Freiheitsstrafen hatten 72 Personen zu verbüßen.

Nahezu vier von fünf Gefangenen waren vorbestraft, darunter mehr als zwei Fünftel fünfmal oder häufiger.

Gut ein Drittel aller Inhaftierten ist wegen Diebstahl oder Unterschlagung verurteilt worden. Es folgten die wegen Raub und Erpressung (15 Prozent) sowie die wegen Straftaten gegen das Leben bzw. wegen Betrug und Untreue Verurteilten mit jeweils knapp zehn Prozent.

Siebzig Prozent der Gefangenen waren 25 bis unter 45 Jahre alt. Lediglich 20 Männer hatten bereits das 65. Lebensjahr überschritten.

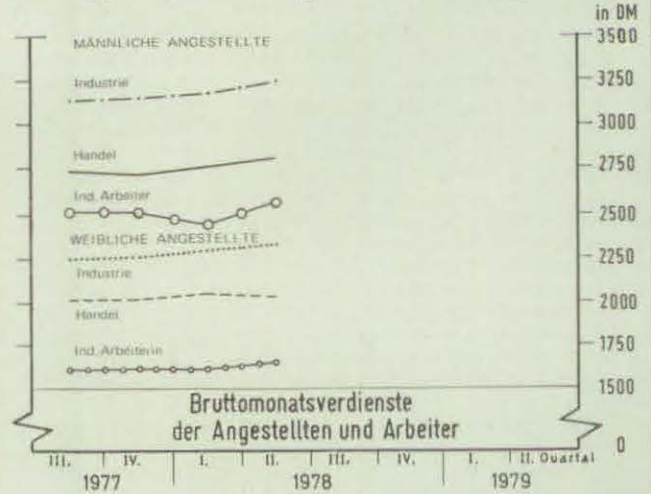
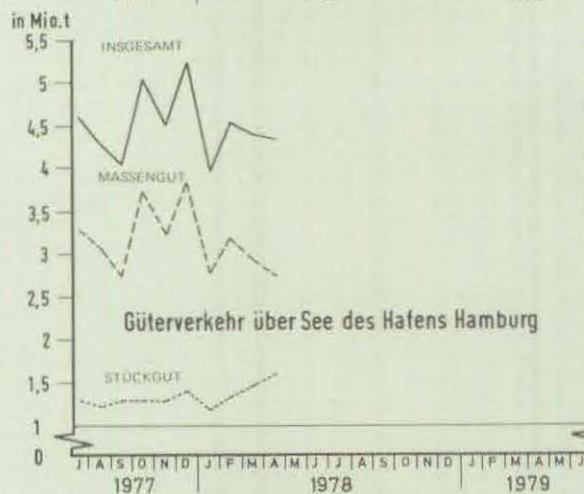
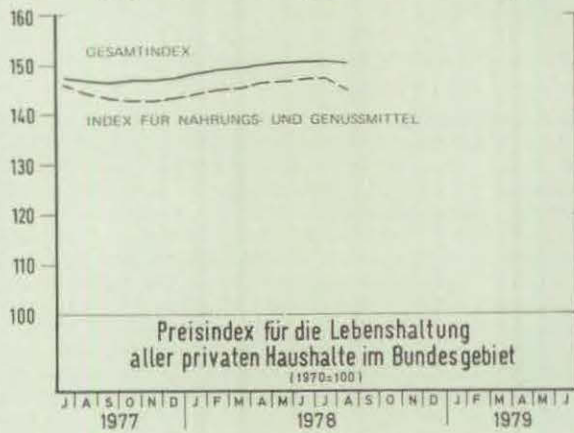
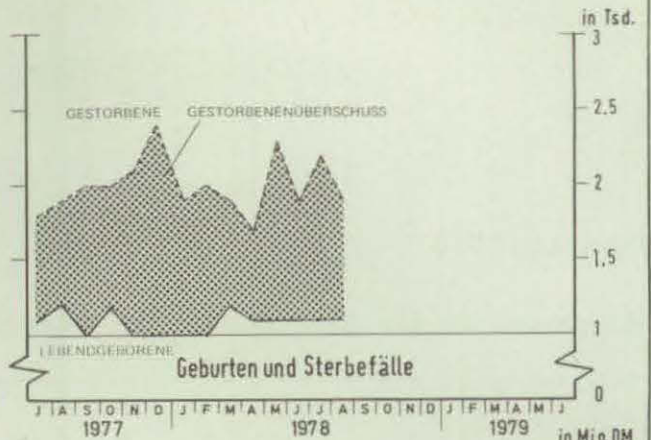
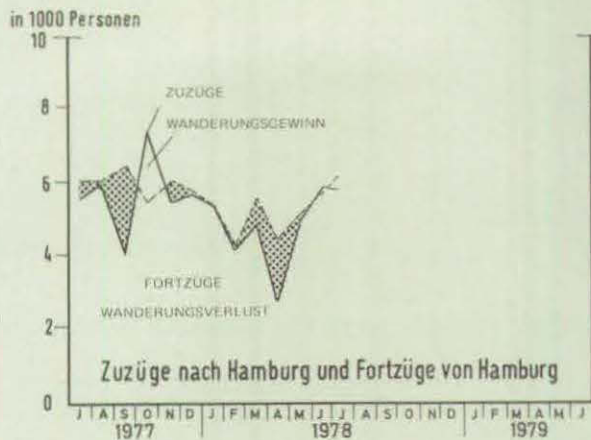
Köster

Zwei Drittel aller Fremdenzimmer mit Bad oder Dusche

Von den rund 7850 Zimmern in den Hamburger Hotels und Pensionen (Betriebe mit 20 und mehr Betten) ist der größte Teil sanitär so ausgestattet, daß er allen Ansprüchen seiner Gäste genügen dürfte. 60 Prozent der Zimmer verfügen über Bad bzw. Dusche und WC, weitere sieben Prozent über Bad oder Dusche allein. Fließend Wasser und WC sind in rund 100 Zimmern zu finden. Knapp ein Drittel der angebotenen Räume sind nur mit fließend Wasser ausgestattet.

Walter

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Entwicklung neuer Betriebsformen im Einzelhandel

Kaum ein Wirtschaftszweig war in der Nachkriegszeit so starken Wandlungen unterworfen wie der Einzelhandel. Dabei spielten seit Mitte der 60er Jahre in zunehmendem Maße neue Betriebsformen eine Rolle. So stehen z. B. Warenhäuser, Selbstbedienungswarenhäuser, Verbrauchermärkte oder Diskontgeschäfte immer wieder im Blickfeld des öffentlichen Interesses. Die Fragen, die die Ansiedlung, aber auch die Weiterentwicklung von großen Einzelhandelsbetrieben aufwerfen, gehen heute über privatwirtschaftliche Standortentscheidungen hinaus. Hier spielt für Hamburg als wesentliche planerische Grundlage das System der „Zentralen Standorte“ zur Versorgung der Wohnbevölkerung mit Dienstleistungen eine besondere Rolle. Aber auch die Erhaltung guter dezentraler Einkaufsmöglichkeiten, die überwiegend von Einzelhandelsbetrieben herkömmlicher Art sichergestellt werden, ist wichtig vor allem für immobile Bevölkerungskreise. Um trotz des andauernden Konzentrationsprozesses im Einzelhandel ein ausgewogenes Versorgungsgefüge zu gewährleisten, ist eine sorgfältige Beobachtung der Entwicklung erforderlich.

Die Diskussion über derartige Fragen litt in der Vergangenheit immer darunter, daß statistische Unterlagen zu diesem Problem nur mit Schwierigkeiten zu beschaffen sind, und daß die Beteiligten häufig völlig unterschiedliche Abgrenzungen und Definitionen benutzen. Die in dieser Untersuchung verwendete Untergliederung nach Betriebsformen geht zurück auf die „Begriffsdefinitionen aus der Handels- und Absatzwirtschaft“¹⁾, die zusammen von Verbänden, Wissenschaft und Verwaltung aufgestellt wurden, um die

Diskussionen über die neuen Erscheinungsformen im Einzelhandel auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Allerdings gibt es auch hierbei noch Schwierigkeiten, für die erarbeiteten Begriffe mit Hilfe der vorhandenen Statistiken Zahlenmaterial bereitzustellen, da zur Abgrenzung auch jeweils nichtstatistische Kriterien verwendet wurden. Bei der Zuordnung der einzelnen Betriebe auf die in der Tabelle aufgeführten Betriebsformen wurden daher ergänzend die Sachkenntnisse von Experten aus Behörden und der Handelskammer herangezogen.

Das Zahlenmaterial dieser Sonderauswertung beruht auf der bundeseinheitlich durchgeführten repräsentativen Einzelhandelsstatistik, ergänzt um Befragungen einzelner Firmen. Bei den Betrieben, die den modernen Erscheinungsformen zuzurechnen sind, handelt es sich meistens um große Unternehmen, die auch in der oben angeführten Stichprobenerhebung vollzählig erfaßt werden. Insofern liegen hinsichtlich dieser zahlenmäßig nicht besonders großen Teilmasse praktisch gesicherte Ergebnisse aufgrund von Totalerhebungen vor. Die Mithilfe einzelner Firmen war zusätzlich nur dann erforderlich, wenn das Unternehmen in mehreren Betriebsformen tätig war und eine Aufteilung der Gesamtumsätze erforderlich wurde. Die Umsatzstatistik im Einzelhandel ist auf der Basis des Jahres 1970 aufgebaut. Änderungen der Betriebsform eines Geschäftes im Zeitablauf wurden durch Umgruppierung berücksichtigt. Die beigefügte Tabelle zeichnet daher ein wirklichkeitstreuere Bild der Entwicklung des Einzelhandels insgesamt sowie der verschiedenen Betriebsformen und dem durch unterschiedliches Wachstumstempo hervorgerufenen Strukturwandel. Dabei ist es mit Hilfe der Meßziffern auf der Basis 1970 = 100 möglich, die einzelnen Entwicklungen trotz der absolut unterschiedlichen Umsatzhöhen vergleichbar zu machen.

¹⁾ Veröffentlichungen der Kommission zur Förderung der handels- und absatzwirtschaftlichen Forschung; Katalog E, Begriffsdefinitionen aus der Handels- und Absatzwirtschaft, 2. Ausgabe Oktober 1975, Auslieferung durch das Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln.

Umsatzentwicklung im Hamburger Einzelhandel 1970 bis 1977 nach Betriebsformen

Jahre	Einzelhandelsumsatz											
	insgesamt		davon								Übriger Einzelhandel	
			Versandhandel		Warenhäuser - Kleinpreis-warenhäuser		Selbstbedienungs-warenhäuser - Verbrauchermärkte		Diskontgeschäfte			
	Umsatz Mio. DM	Meßzahl 1970=100	Umsatz in % v. Sp. 1	Meßzahl 1970=100	Umsatz in % v. Sp. 1	Meßzahl 1970=100	Umsatz in % v. Sp. 1	Meßzahl 1970=100	Umsatz in % v. Sp. 1	Meßzahl 1970=100	Umsatz in % v. Sp. 1	Meßzahl 1970=100
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1970	9 300	100	13,0	100	14,6	100	0,5	100	1,5	100	70,5	100
1971	9 996	107,5	12,0	99,4	15,7	115,7	0,6	148,8	1,7	127,0	70,0	106,6
1972	10 669	114,7	13,0	114,6	15,9	125,1	0,8	190,1	2,0	154,0	68,4	111,3
1973	11 337	121,9	13,1	122,6	15,7	131,6	1,3	346,5	2,5	205,8	67,4	116,6
1974	11 971	128,7	14,7	145,1	15,3	135,0	2,2	611,6	2,8	241,6	65,1	118,9
1975	12 858	138,3	15,2	161,8	15,1	143,3	2,5	737,2	3,3	305,1	64,0	125,4
1976	13 772	148,1	15,6	178,0	14,3	145,2	3,0	953,5	3,7	370,1	63,4	133,2
1977	14 410	154,9	15,4	182,9	13,6	144,9	3,3	1 111,6	3,8	394,9	63,9	140,6

Der Einzelhandel insgesamt hat seinen Umsatz bis 1977 gegenüber 1970 um gut die Hälfte ausweiten können. Mit fast zwei Dritteln lieferte den größten Beitrag zu diesem Ergebnis der Teil, der in der T a b e l l e mit „übriger Einzelhandel“ umschrieben ist. Hier ist der Umsatz der Betriebe erfaßt, die in herkömmlicher Betriebsform geführt werden und daher nicht in die gesondert aufgeführten Sparten einzugliedern waren. Hauptsächlich gehört der traditionelle Facheinzelhandel in diese Rubrik. Hier konnte das Geschäftsvolumen im Beobachtungszeitraum um 41 Prozent erweitert werden. Eine ganz ähnliche Entwicklung zeigen die Warenhäuser und Kleinpreiswarenhäuser mit 45 Prozent Zuwachs. Als Warenhaus gilt ein Einzelhandelsgroßbetrieb, der in verkehrsgünstiger Geschäftslage Waren aus zahlreichen Branchen – Hauptrichtungen: Bekleidung, Textilien, Hausrat, Wohnbedarf sowie Nahrungs- und Genußmittel – anbietet. Facheinzelhandel und Warenhäuser zusammen bringen mehr als drei Viertel des Gesamtumsatzes auf und beeinflussen deshalb das Gesamtergebnis entscheidend. Anzumerken ist, daß beide Betriebsformen schon lange vor 1970 bestanden, und zu Beginn dieses Beobachtungszeitraums bereits ein relativ hohes Ausgangsniveau vorlag. Die knapp unterdurchschnittliche Entwicklung führt dazu, daß die Anteile beider Sparten am Gesamtergebnis leicht zurückgingen.

Der Versandhandel spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Hierunter ist eine Form des Einzelhandels zu verstehen, bei der Waren mittels Katalog, Prospekt, Anzeige usw. oder durch Vertreter angeboten und dem Käufer nach Bestellung auf dem Versandwege zugestellt werden. Die Aktivitäten dieser Unternehmen sind überwiegend nach auswärts gerichtet, so daß eine unmittelbare Konkurrenzbeziehung zu den anderen hiesigen Betrieben nur in geringem Umfang besteht. Der Versandhandel wird dennoch hier aufgeführt, da einerseits seine Bedeutung als Betriebsform gewachsen ist und andererseits auch bei vielen Unternehmen des stationären Einzelhandels das Einzugsgebiet ebenfalls weit über die Grenzen Hamburgs hinausgeht. Mit einer Wachstumsrate von 83 Prozent konnte der Versandhandel die Warenhäuser und Kleinpreiswarenhäuser vom zweiten Platz der hier erfaßten Gruppen verdrängen. Sein Anteil beträgt nun gut 15 Prozent.

Die beiden Spitzenreiter – gemessen an der Umsatzentwicklung – sind die Diskontgeschäfte sowie die SB-

Warenhäuser und Verbrauchermärkte. Bei einem Diskontgeschäft wird ein auf raschen Umschlag ausgerichtetes Sortiment von Waren zu niedrig kalkulierten Preisen angeboten und auf Dienstleistungen weitgehend verzichtet. Ein Selbstbedienungswarenhaus dagegen ist ein zumeist preispolitisch aggressiver Einzelhandelsbetrieb, der ein umfassendes Sortiment von Waren aller Art anbietet, soweit diese für die Selbstbedienung geeignet sind. Auf kostspielige Kundendienstleistungen wird zumeist verzichtet. Gegenwärtig wird eine Verkaufsfläche von 3000 qm als Mindestgröße für ein Selbstbedienungswarenhaus angesehen. Ein Verbrauchermarkt ist ebenfalls ein zumeist preispolitisch aggressiver großflächiger Einzelhandelsbetrieb (mindestens 1000 qm Verkaufsfläche), der aber vor allem Nahrungs- und Genußmittel, darunter auch Frischwaren (Obst, Gemüse, Südfrüchte, Fleisch u. ä.) anbietet und ergänzend als Randsortiment Waren anderer Branchen (Nonfood) führt, die für die Selbstbedienung geeignet sind und rasch umgeschlagen werden. Auch hier sind kostspielige Kundendienstleistungen in der Regel nicht inbegriffen. Sowohl die Diskontgeschäfte als auch die Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser hatten noch 1970 einen relativ geringfügigen Anteil am Einzelhandelsumsatz, erreichten aber aufgrund eines explosionsartigen Umsatzanstiegs Anteile von immerhin zwischen drei und vier Prozent. Bei beiden Sparten handelt es sich nicht nur, wie manchmal vermutet wird, um Neugründungen, sondern auch um Umwidmungen von bestehenden Verkaufsstellen. In diesen Fällen versuchen Firmeninhaber an der rasanten Entwicklung zu partizipieren, indem sie ihre Verkaufsstellen auf die modernen Betriebsformen umstellen.

Die Entwicklung der einzelnen Betriebsformen wird von zum Teil unterschiedlichen Einflußfaktoren bestimmt. Die Warenhäuser versuchen durch Annäherung an Facheinzelhandelsmethoden zu expandieren. Die SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte haben es nicht leicht, ihre Standortpolitik durchzusetzen. Die Diskontgeschäfte – in der hier angewandten Terminologie – sind überwiegend im Lebensmittelbereich tätig und dadurch weniger konjunkturreegibel. Es wird interessant sein, welche Betriebsform sich in naher Zukunft durchsetzen und an Terrain gewinnen wird. Das Statistische Landesamt wird versuchen, durch Fortschreibung der hier vorgestellten Ergebnisse diese Entwicklung auch weiterhin zu beobachten.

Erich Walter

Sozialer Wohnungsbau in Hamburg 1973 bis 1977

In Hamburg hat der soziale Wohnungsbau im Baugeschehen der Nachkriegszeit immer eine bedeutende Rolle gespielt. So war in den 50er Jahren der Bau von jährlich durchschnittlich etwa 17 000 Sozialwohnungen keine Seltenheit, als er darum ging, die Kriegsfolgen und die drängende Wohnungsnot so schnell wie möglich zu bewältigen. Und noch in den 60er Jahren sind im Jahresdurchschnitt 12 000 Sozialwohnungen bewilligt worden, das sind fast 70 Prozent aller in dieser Zeit genehmigten Wohnungen. Inzwischen ist die Mindestversorgung der Bevölkerung mit Wohnraum im großen und ganzen gedeckt. Trotz des heute weit geringeren Bauvolumens hat der soziale Wohnungsbau aber nach wie vor eine Spitzenposition. Allerdings haben sich auch in jüngster Zeit noch Strukturwandlungen vollzogen, die sich sehr deutlich an der Entwicklung der letzten fünf Jahre zeigen lassen.

Sozialer Wohnungsbau im zweiten Förderungsweg positiv

In der Bewilligungsstatistik – sie erfaßt Bauvorhaben, für die öffentliche Mittel im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus bewilligt werden – unterscheidet man zwischen zwei Förderungswegen. Der **erste** Förderungsweg beinhaltet die ursprüngliche Form des sozialen Wohnungsbaus – für Personen mit relativ niedrigem Einkommen. Die finanzielle Förderung erfolgt zum überwiegenden Teil durch öffentliche Mittel. Der **zweite** Förderungsweg ist identisch mit dem steuerbegünstigten Wohnungsbau. Hier wird auch Personen mit etwas höherem Einkommen, das allerdings eine gesetzlich festgelegte Grenze nicht überschreiten darf, über steuerliche Vergünstigungen ein Anreiz zum Bauen gegeben.

Insgesamt gesehen wurden 1977 in Hamburg fast 5000 Sozialwohnungen bewilligt, ungefähr ein Drittel weniger als 1973. Ausschlaggebend für diese Abnahme war die Entwicklung der Bewilligungen im ersten Förderungsweg, deren Zahl gegenüber 1973 um zwei Fünftel auf 3800 Wohnungen zurückging. Dagegen läßt der zweite Förderungsweg positive Tendenzen erkennen. 1977 sind in diesem Bereich 1100 Wohnungen bewilligt worden. Damit wurde ein Anteil von 22 Prozent an der Wohnungsbauförderung insgesamt erreicht gegenüber nur neun Prozent im Jahre 1973.

Während sich die Zahl der Baugenehmigungen insgesamt zwischen 1973 und 1977 um zwei Drittel auf 5400 Wohnungen verringerte, war der Rückgang speziell im sozialen Wohnungsbau wesentlich schwächer. Diese Entwicklung schlägt sich zwangsläufig in einem steigenden Anteil der geförderten Wohnungen an den genehmigten Bauvorhaben nieder: 1977 wurden für rund 90 Prozent im öffentlich geförderten Wohnungsbau

Mittel bewilligt gegenüber „nur“ 48 Prozent im Jahre 1973. Damit hat der soziale Wohnungsbau in erheblichem Umfang zur Stützung der Bautätigkeit in Hamburg beigetragen.

Mehr Eigentümerwohnungen, weniger Mietwohnungen

Die im Wohnungsbau allgemein sichtbar werdende Tendenz zu den „eigenen vier Wänden“ läßt sich auch deutlich im sozialen Wohnungsbau feststellen. So hat sich die Zahl der Eigentümerwohnungen (Eigentumswohnungen und Eigenheime in Ein- und Zweifamilienhäusern) auf das Dreifache erhöht. Als Bauherren dominieren hier private Haushalte. Ihr Anteil an den Bewilligungen insgesamt hat sich von acht Prozent (1973)

Tab. 1: Bewilligungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hamburg 1973 bis 1977 nach Art der Wohnungen

Jahre	Wohnungen insgesamt	davon	
		Eigentumswohnungen ¹⁾	Mietwohnungen
Förderung insgesamt			
1973	6 873	580	6 293
1974	5 947	1 185	4 762
1975	6 611	1 353	5 258
1976	5 143	1 577	3 564
1977	4 838	1 986	2 852
davon			
1. Förderungsweg			
1973	6 235	222	6 013
1974	4 940	391	4 549
1975	5 657	435	5 222
1976	4 070	673	3 397
1977	3 774	979	2 795
2. Förderungsweg			
1973	638	358	280
1974	1 007	794	213
1975	954	918	36
1976	1 073	904	169
1977	1 064	1 007	57

1) Eigentümerwohnungen und eigengenutzte Wohnungen in Familienheimen.

auf 41 Prozent im Jahre 1977 ausgeweitet. Die Eigentumsförderung wird überwiegend im Rahmen des zweiten Förderungsweges vorgenommen. Auch in der ursprünglichen Form des sozialen Wohnungsbaus ge-

wann die Eigentumsförderung, insbesondere im letzten Jahr, erheblich an Bedeutung.

Dagegen hat der Mietwohnbau in den letzten fünf Jahren stark an Gewicht verloren. Die Zahl der Mietwohnungen ging um 55 Prozent auf 2900 zurück. Trotz dieser Entwicklung beherrscht in Hamburg nach wie vor der Bau von Mietwohnungen – die meisten davon befinden sich in Mehrfamilienhäusern und werden fast ausschließlich im ersten Förderungsweg bewilligt – eindeutig die Szene. Dies ist in einer Großstadt wie Hamburg auch nicht verwunderlich, obwohl gerade in der letzten Zeit der Trend zum Eigenheim zur Erfüllung spezieller Wohnwünsche eine bedeutende Rolle spielt.

Bei der Aufgliederung nach Bauherrngruppen zeigt sich, daß 1977 rund drei Viertel aller Wohnungen für Unternehmen gefördert wurden, nur in 22 Prozent der Fälle traten private Haushalte in Erscheinung. Öffentliche Bauherren sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter spielten in dieser Beziehung so gut wie keine Rolle. Innerhalb der Gruppe der Unternehmen wurden die meisten Wohnungen von Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gebaut, deren eigentliche Domäne im Bereich des Miethausbaus liegt. Allerdings ist ihr Anteil an den Förderungen insgesamt von zwei Drittel (1973) auf heute die Hälfte gesunken. Während die Bedeutung der freien Wohnungsunternehmen (1977: fünf Prozent) sich kaum veränderte, fällt die Aktivität bei den „sonstigen“ Unternehmen (Gesellschaften und Vereine mit Erwerbscharakter) auf, deren Quote sich auf 20 Prozent erhöhte und damit gegenüber 1973 auf fast das siebenfache angestiegen ist.

Wohnfläche heute durchweg größer

Die Zunahme der Wohnungsgröße gibt einen gewissen Anhaltspunkt über die Verbesserung der Wohnverhältnisse. In beiden Förderungsbereichen zeigt sich in den letzten fünf Jahren ein starker Trend zu größeren Wohnungen. So ist die durchschnittliche Wohnfläche der im ersten Förderungsweg bewilligten Sozialwohnungen auf 77 m² angestiegen. Die Wohnungen im zweiten Förderungsweg kamen 1977 auf 91 m². Hier wirkt sich aus, daß der Anteil der Eigentümerwohnungen mit in der Regel größerem Wohnungszuschnitt in diesem Bereich vergleichsweise höher liegt. Außerdem

spielt hierbei auch das Engagement privater Haushalte als Bauherren eine Rolle, die weit großzügiger bauen als zum Beispiel Gemeinnützige Wohnungsunternehmen, deren Wohnungen durchweg rund 15 m² kleiner sind.

Was die Raumzahl je Wohnung anbelangt, so hatten zwei Fünftel der in 1977 bewilligten Wohnungen fünf Räume mit durchschnittlich zusammen gut 90 m². Ein Drittel aller vorgesehenen Wohnungen hatte vier Räume (80 m²). Die Ein- und Zweiraumwohnungen stellten nur neun Prozent, sie hatten eine mittlere Wohnfläche von 44 m². An letzter Stelle (sechs Prozent) rangierten die ganz großen Wohnungen mit sechs und mehr Räumen. Ihre Wohnfläche von 117 m² hat sich im Gegensatz zu den anderen Wohnungen gegenüber 1973 kaum verändert. Insgesamt gesehen waren – gemessen nach der Anzahl der Räume – auch die Wohnungen im zweiten Förderungsweg großzügiger zugeschnitten als die „echten“ Sozialwohnungen.

Verteuerung der reinen Baukosten um mehr als ein Drittel

Die Baukosten sind in den letzten Jahren beachtlich gestiegen. Eine Sozialwohnung wurde 1977 mit durchschnittlich 183 000 DM veranschlagt, 70 000 DM bzw. zwei Drittel mehr als im Jahre 1973. Ausgesprochen hoch war der Kostenanstieg bei den Wohnungen in

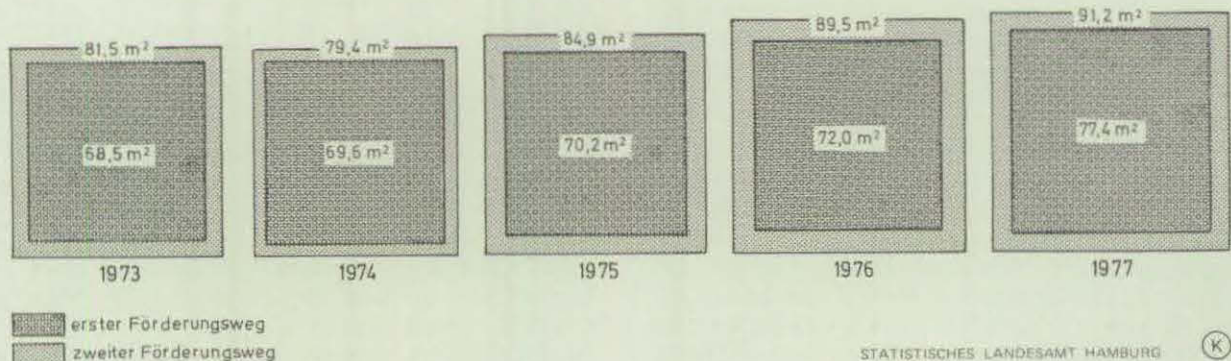
Tab. 2: Veranschlagte durchschnittliche Gesamtkosten von Öffentlich geförderten Wohnungen in Hamburg 1973 und 1977

Gebäudearten	Gesamtkosten Je Wohnung		darunter			
	1973	1977	Grundstückskosten Je Wohnung		Reine Baukosten Je Wohnung	
			1973	1977	1973	1977
	DM					
Ein- und Zweifamilienhäuser	194 200	255 300	23 400	56 400	155 900	163 000
Mehrfamilienhäuser	85 600	118 400	5 600	9 900	63 500	82 600
Wohngebäude insgesamt 1)	113 600	183 000	7 300	51 300	90 800	120 500

1) einschl. Eigentümerwohnungen.

Ein- und Zweifamilienhäusern, die sich in der Referenzperiode um 60 000 DM je Wohnung auf 255 000 DM verteuerten. Weniger als die Hälfte dieser Summe

Durchschnittliche Wohnfläche von öffentlich geförderten Wohnungen in Hamburg 1973 bis 1977



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG



Finanzierungsquellen	1973		1974		1975		1976		1977	
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
1. Mittel aus öffentlichen Haushalten	411 095	53,8	359 139	50,7	418 154	50,7	262 711	34,9	251 121	31,9
davon										
Bundes-/Landesmittel										
Für den 1. Förderungsweg	406 095	53,1	347 065	49,0	406 351	49,3	247 389	32,9	232 883	29,6
Für den 2. Förderungsweg	5 000	0,7	12 039	1,7	11 640	1,4	14 822	2,0	17 512	2,3
2. Kapitalmarktmittel	205 731	26,9	222 202	31,3	244 470	29,7	325 070	43,2	355 706	45,2
davon										
Pfandbriefinstitute	100 681	13,2	97 062	13,7	118 994	14,5	128 680	17,1	196 741	25,0
Sparkassen	25 360	3,2	14 967	2,1	38 790	4,7	33 132	4,4	47 656	6,1
Versicherungsanstalten	19 727	2,6	13 315	1,9	17 241	2,1	65 540	8,7	30 770	3,9
Bausparkassen	11 868	1,6	37 320	5,2	37 158	4,5	55 964	7,4	61 456	7,8
Sonstige Geldinstitute	48 095	6,3	59 538	8,4	32 287	3,9	41 754	5,6	19 103	2,4
3. Sonstige Mittel	147 354	19,3	127 864	18,0	161 765	19,6	165 067	21,9	180 692	22,9
davon										
Arbeitgeberdarlehen	29 302	3,9	5 018	0,7	7 484	0,9	4 325	0,6	4 580	0,6
Mieterdarlehen und Mietvorauszahlungen	9 489	1,2	494	0,1	70	0	52	0	122	0
Eigenleistungen	102 141	13,4	114 636	16,2	138 721	16,9	152 252	20,2	167 695	21,3
Sonstiges	6 136	0,8	7 178	1,0	14 604	1,8	8 380	1,1	7 451	1,0
I n s g e s a m t	764 180	100	709 205	100	824 389	100	752 848	100	787 519	100

wurde 1977 für eine Wohnung im Mehrfamilienhaus zugrunde gelegt, aber auch hier ergab sich eine Kostensteigerung um knapp zwei Fünftel gegenüber 1973.

Zwei Drittel des für eine Wohnung veranschlagten Betrages bildeten die Baukosten, die heute im Durchschnitt um 30 000 DM höher liegen als vor fünf Jahren. Hauptursache dafür sind neben dem Preisanstieg für allgemeine Bauleistungen aber auch die Tendenz nach qualitativ besseren Wohnungen (z. B. Wärme- und Schallisolierung) sowie ein jetzt auch relativ höherer Anteil kostenaufwendiger Baumaßnahmen in innerstädtischen Bereichen. Die preisregulierenden Wirkungen der Fertigteilbauweise kamen nicht recht zum Zuge. Das liegt daran, daß jetzt insgesamt wesentlich kleinere Wohngebäude errichtet werden, bei denen die Kostenvorteile – diese lassen sich am ehesten nur bei großen Serienbauten realisieren – sich nicht ausschöpfen lassen.

In der Kostenentwicklung schlagen auch die gestiegenen Baulandpreise stark zu Buche, die sich gegenüber 1973 mehr als vervierfachen. Besonders teuer geworden sind Grundstücke für Ein- und Zweifamilienhäuser, die mittlerweile durchschnittlich mehr als 58 000 DM je Wohnung kosten. Daneben nimmt sich der entsprechende Betrag für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus relativ bescheiden aus. Dabei hat natürlich auch eine gewisse Rolle gespielt, daß Grundstücke insbesondere für große Bauobjekte von Wohnungsunternehmen in der Regel schon Jahre vor Baubeginn erworben werden, so daß sie zum Zeitpunkt der Bewilligung zu vergleichsweise erheblich günstigeren Bedingungen in die Kostenkalkulation eingehen.

Fast die Hälfte der Finanzierungsmittel stammen vom Kapitalmarkt

Die finanziellen Belastungen von Bauobjekten sind nicht nur von der Höhe der Gesamtkosten abhängig, sie werden in starkem Ausmaß auch von der Art ihrer

Finanzierung bestimmt. Insoweit ist die Struktur der Finanzierungsmittel und ihre Herkunft von großem Interesse.

In den letzten fünf Jahren vollzog sich im Verhältnis der öffentlichen Mittel und der Kapitalmarktmittel eine grundlegende Umschichtung. Noch bis 1975 entfiel über die Hälfte des Finanzierungsbedarfs auf öffentliche Mittel. Danach sank deren Quote auf rund ein Drittel ab, während der Anteil der Kapitalmarktmittel infolge der günstigen Konditionen am Hypothekenmarkt gleichzeitig auf nicht ganz die Hälfte anstieg. Speziell in den letzten Jahren haben die relativ niedrigen Hypothekenzinsen indirekt offenbar auch zur Stabilisierung des Mietniveaus im sozialen Wohnungsbau beigetragen. So blieb die Durchschnittsmiete je Quadratmeter Wohnfläche für bewilligte Wohnungen im ersten Förderungsweg seit 1975 mit 5,32 DM nahezu konstant.

Von den öffentlichen Mitteln waren über 90 Prozent Bundes-/Landesmittel – hauptsächlich über den ersten Förderungsweg bewilligt. Mehr als die Hälfte der Kapitalmarktmittel wurde über die Pfandbriefinstitute (Hypothekenbanken) in Anspruch genommen und „nur“ 17 Prozent über Bausparkassen. Die übrigen Gelder stammen hauptsächlich von Sparkassen und Versicherungsanstalten (Lebens- und Sozialversicherungen). Ein Teil der Kapitalmarktmittel wurde 1977 durch Annuitätshilfen von insgesamt 39,3 Millionen DM wieder verbilligt. Diese wurden in Hamburg allerdings ausschließlich für die Finanzierung der bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (im ersten Förderungsweg) gewährt.

Bei den restlichen Finanzierungsmitteln nehmen die Eigenleistungen von insgesamt 168 000 DM eine besondere Position ein. Darunter versteht man vor allem den Wert der eingebrachten Arbeits- und Sachleistungen. Sie sind besonders hoch angesetzt bei Ein- und Zweifamilienhäusern, vor allem für Wohnungen, die im Rahmen des zweiten Förderungsweges bewilligt werden.

Johannes Marx

Der Anbau von Baumobst zum Verkauf in Hamburg

Der Stadtstaat Hamburg ist ein wichtiger Standort von Betrieben, deren Haupttätigkeit der Anbau von Baumobst ist. Sie liegen zu über 90 Prozent südlich der Elbe, also in dem Hamburger Teil des Alten Landes und auf den Elbinseln. So gibt es hier rund 350 Betriebe mit zusammen mehr als 1700 ha Baumobstfläche, auf denen fast 640 000 Obstbäume stehen. Die Obstbauern in Hamburg haben eine größere Anbaufläche als die Betriebe in Hessen, Schleswig-Holstein oder im Saarland. Die letzte Obstanbuerhebung, die in der ersten Hälfte des Jahres 1977 durchgeführt wurde, erfaßte nur solche Betriebe, bei denen Baumobst als Hauptnutzung auf einer Fläche von mindestens 15 und mehr Ar angebaut wird. Neben den Flächen, auf denen nur Obstbäume stehen, d. h. ohne Unter- und Zwischenkultur, gilt auch als Hauptnutzung, wenn auf einer Fläche Obstbäume zusammen mit anderen Kulturen stehen, solange sich die Bäume noch nicht im Ertragsalter befinden, oder wenn in ertragsfähigen Anlagen der erzielbare Erlös aus der Baumobsternte normalerweise höher ist als der Erzeugungswert aus der Unter- oder Zwischenkultur. Nicht erfaßt wurden in der Erhebung Anlagen mit sonstigen gemischten Beständen, der Anbau in der Feldflur sowie die Bäume in Haus- und Kleingärten. Diese jetzt nicht erfaßten Bestände kommen aufgrund einer früheren Erhebung zusammen auf rund 1,4 Mio. Bäume; ihr Ertrag liegt rund 15 Prozent über dem des Erwerbsobstanbaus, dient aber zum überwiegenden Teil nicht der Marktversorgung, sondern ist für den Eigenbedarf bestimmt. Die Angaben dieses Aufsatzes beziehen sich also auf geschlossene Anlagen des intensiven Erwerbsobstanbaus, dessen Erträge für den Verkauf bestimmt sind.

Tab. 1: Betriebe und Baumobstfläche im Erwerbsobstanbau 1972 und 1977 nach Größenklassen der Baumobstflächen

Baumobstfläche von ... bis unter ... ha	Betriebe				Baumobstfläche			
	1977		1972		1977		1972	
	Anzahl	%	Anzahl	%	ha	%	ha	%
unter 0,5	29	8,3	48	11,6	9	0,5	14	0,7
0,5 bis unter 1	57	16,2	62	14,9	40	2,3	45	2,4
1 " " 2	90	14,2	72	17,3	68	4,0	97	5,3
2 " " 5	73	20,8	84	20,2	228	13,3	274	15,0
5 und mehr	142	40,5	150	36,0	1 369	79,9	1 397	76,6
Insgesamt	351	100	416	100	1 714	100	1 825	100

In Hamburg dominieren die Großbetriebe. 40 Prozent der Betriebe bewirtschaften eine Fläche von je fünf und mehr ha Baumobstfläche; sie verfügen über 80 Prozent der gesamten Anbaufläche und auch über 80 Prozent der Bäume. Mit einer durchschnittlichen Baumobstfläche von fast fünf ha je Betrieb liegen die hiesigen Betriebe weit über dem entsprechenden Bundes-

wert (1,2 ha). Die 150 größten Betriebe bringen es in Hamburg auf durchschnittlich knapp zehn ha.

In Hamburg steht beim Verkaufsanbau die Erzeugung von Tafelobst im Vordergrund. Die Betriebe widmen sich fast ausschließlich diesem Zweig. Nur ein unbedeutender Teil der Ernte geht nicht direkt an den Letztverbraucher, sondern in die Weiterverarbeitung.

Der Apfel ist die Obstart, die in fast allen Betrieben mit Verkaufsanbau von Obst vertreten ist. 86 Prozent der Inhaber betreiben auch den Anbau von Birnen. Mit Sauerkirschen und Pflaumen sowie Zwetschen befassen sich rund drei Viertel der Obstbauern. Dabei ist zu beobachten, daß die Fläche für Sauerkirschen gegenüber 1972 um 20 ha erweitert wurde, während die Fläche für die anderen Arten zurückging bzw. konstant blieb.

Tab. 2: Betriebe, Fläche und Bäume im Erwerbsobstanbau 1977 nach Obstarten

Obstarten	Betriebe	Fläche	Bäume
	Anzahl	ha	Anzahl
Insgesamt	351	1 714	636 855
darunter			
Äpfel	339	1 276	472 943
Birnen	303	187	61 276
Sauerkirschen	127	34	8 146
Sauerkirschen	263	153	71 096
Pflaumen/Zwetschen	260	60	21 527

Unter den angebauten Obstarten hat der Apfel mit einem Anteil von 75 Prozent der gesamten Fläche die größte Bedeutung. Es folgen Birnen, Sauerkirschen und Pflaumen. Diese vier Obstarten zusammen nehmen fast die gesamte Fläche für sich in Anspruch.

Der Hamburger Apfelanbau zeigt einen vielfältigen Sortenspiegel. Dabei steht der Cox-Orange mit 322 ha – mehr als ein Viertel der Fläche für Äpfel – an der Spitze. In weitem Abstand folgen mit jeweils rund 13 Prozent (ca. 170 ha) Ingrid Marie und Golden Delicious. Mit Flächen zwischen sieben Prozent und elf Prozent des Apfelanbaus sind noch Finkenwerder Prinz, Boskoop und Gloster zu nennen. Die übrigen Sorten fallen kaum ins Gewicht.

Wichtige Bestimmungsgründe für die Wettbewerbsfähigkeit eines Obstanbaubetriebes ist neben anderen Faktoren auch das Alter der Bäume. Es läßt erkennen, wie groß die im Zeitablauf zu erwartenden Erträge sein werden. Es fällt auf, daß in erster Linie bei den Äpfeln und Sauerkirschen eine größere Zahl von Jungpflanzen zu finden ist. Dagegen dominieren bei den Birnen,

Tab. 3:

Fläche des Erwerbsoflanbaus 1977 nach Obstarten, -sorten und nach dem Alter der Bäume

Obstarten, Obstsorten	Fläche										
	ins- gesamt	davon mit einem Alter der Bäume von ... Jahren									
		- 4		5 - 9		10 - 14		15 - 24		25 und mehr	
ha	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	
Insgesamt	1 714	141	8,2	285	16,6	431	25,1	585	34,1	272	15,9
darunter											
Äpfel	1 276	115	9,0	206	16,1	331	25,9	445	34,7	181	14,2
darunter											
Boskoop	108	25	23,1	22	20,4	10	9,3	11	10,2	40	37,0
Cox Orange	322	14	4,3	51	15,8	104	32,3	127	39,4	26	8,1
Finkenwerder Prinz	142	0	0	1	0,7	12	8,5	70	49,3	58	40,8
Gloster	92	34	37,0	57	62,0	0	0	0	0	-	-
Golden Delicious	166	10	6,0	47	28,3	68	41,0	41	24,7	1	0,6
Ingrid Marie	174	5	2,9	11	6,3	73	42,0	78	44,8	8	4,6
James Grieves	75	3	4,0	3	4,0	30	40,0	37	49,3	3	4,0
Birnen	187	3	1,6	20	10,7	47	25,1	70	37,4	45	24,1
darunter											
Köstliche von Charneu	82	2	2,4	7	8,5	22	26,8	29	35,4	21	25,6
Süßkirschen	34	2	5,9	8	23,5	3	8,8	6	23,5	14	41,2
Sauerkirschen	153	16	10,5	45	29,4	43	28,1	42	27,5	5	3,3
Pflaumen/Zwetschen	60	3	5,0	5	8,3	7	11,7	20	33,3	24	40,0

Süßkirschen und Pflaumen/Zwetschen die Bestände an älteren Bäumen. Die Bedeutung dieser Obstarten für den Marktobstbau wird damit vermutlich in den nächsten Jahren weiter zurückgehen.

Im allgemeinen sind erfahrungsgemäß etwa 15 bis 25 Prozent Junganlagen (bis vier Jahre alt) erforderlich, um die vorhandenen Flächen nachhaltig im Ertrag zu halten; andernfalls ist mit einem Rückgang des Produktionspotentials zu rechnen. Gliedert man zusätzlich nach Sorten, so wird erkennbar, wo der Erzeuger die größten Zukunftschancen beim Konsumenten sieht. Bei den Äpfeln ist der Gloster eine neue Sorte, bei der über ein Drittel der Fläche von Neuanpflanzungen eingenommen wird. Hier ist mit erheblichen Zunahmen der Erträge zu rechnen. Für Cox-Orange und Golden Delicious wird dagegen verhältnismäßig wenig Fläche zur Erhaltung bzw. Erweiterung des zukünftigen Angebots zur Verfügung gestellt. Bei beiden ist damit der Altersaufbau nicht ausgeglichen. Dies läßt auf eine zurückgehende Beliebtheit dieser Sorten schließen. Die Flächen der drei genannten Sorten zusammen nehmen fast drei Viertel der gesamten Baumobstneupflanzungen für sich in Anspruch.

Dagegen scheint der Boskoop nach einem vorübergehend geringerem Interesse eine Renaissance zu erleben. Die Hälfte des Bestandes ist älter als 15 Jahre. Die Zahl der Bäume in mittlerem Alter ist verhältnismäßig gering. Dagegen ist die Fläche mit jungen Bäumen wieder recht groß. Bei einigen anderen Sorten ist eine gewisse Zurückhaltung bei der Ergänzung des Bestandes zu beobachten. Das gilt besonders für den Finkenwerder Prinz, dessen Baumbestände fast nur

noch zehn Jahre und älter sind, so daß man direkt von einem Aussterben sprechen kann. Ähnlich ist es bei Ingrid Marie und James Grieve, wobei allerdings das Alter von fünf bis neun Jahren noch recht gut vertreten ist.

Tab. 4: Obstarten im Erwerbsoflanbau 1977 nach Pflanzdichteklassen

Obstarten	Fläche						
	ins- gesamt	davon mit einer Pflanzdichte von ... Bäumen je ha					
		unter 400		400 bis 800		über 800	
ha	ha	%	ha	%	ha	%	
Insgesamt	1 714	1 095	63,9	561	32,7	58	3,4
darunter							
Äpfel	1 276	842	66,0	380	29,8	53	4,2
Birnen	187	132	70,6	54	28,9	0	0,5
Süßkirschen	34	30	88,2	4	11,8	-	-
Sauerkirschen	153	49	32,0	99	64,7	5	3,3
Pflaumen/Zwetschen	60	38	63,3	21	35,0	0	1,7

Einen Anhaltspunkt für die Intensität der Flächenausnutzung bietet die Pflanzdichte, d. h. die Zahl der Obstbäume je ha. Diese ist bei Äpfeln, Birnen, Pflaumen und Zwetschen ungefähr gleich. Hier werden jeweils rund zwei Drittel mit bis zu 400 Bäumen je ha relativ locker bebaut. Noch geringer ist die Pflanzdichte bei den Süßkirschen, bei denen sogar fast 90 Prozent auf diese untere Größenklasse entfällt. Sauerkirschen stehen dagegen in weitaus geringerem Abstand. Hier werden fast zwei Drittel der gesamten Anbauflächen von der mittleren Pflanzdichteklasse (400 bis unter 800 Bäume) in Anspruch genommen. Die in dieser Tabelle höchste Pflanzdichte von mehr als 800 Bäumen spielt in Hamburg nur eine geringe Rolle. Erich Walter

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mbar ²⁾	1 016,4	1 013,9	1 014,2	1 016,0	1 012,3	1 021,3
Lufttemperatur	°C	9,6	9,8	16,4	16,6	12,8	13,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	73,6	76,8	70	73	83	71
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,1	3,2	3	3	4	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,25	5,7	5,7	5,3	6,6	4,7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	64,8	74	74	180	53
Sonnenscheindauer	Std.	143,9	113,7	176	171	71	154
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6,75	8,7	1	2	8	3
Tage mit Niederschlägen	"	17,8	20,9	20	22	28	17
Bevölkerung							
1. Bevölkungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	230,7	227,9	227,0	226,8	226,9	227,9
Altona	"	243,5	239,6	236,9	236,6	236,4	239,4
Eimsbüttel	"	247,3	243,8	241,2	241,0	241,1	244,1
Hamburg-Nord	"	315,3	309,5	305,2	304,9	304,6	309,4
Wandsbek	"	382,5	381,5	381,6	381,6	381,4	380,8
Bergedorf	"	91,5	90,7	89,3	89,2	89,2	90,9
Harburg	"	196,7	195,4	193,2	192,8	192,7	195,5
* HAMBURG INSGESAMT	"	1 707,5	1 688,4	1 674,4	1 673,0	1 672,3	1 688,0
dav. männlich	"	792,3	782,8	776,5	775,9	775,6	782,4
weiblich	"	915,2	905,6	897,9	897,1	896,7	905,6
dar. Ausländer	"	118,6	118,2	121,4	121,6	122,1	117,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	810	783	530	905	769	772
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,7	5,6	3,9	6,4	5,6	5,6
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 133	1 082	1 057	1 143	1 068	1 150
dar. unehelich	"	113	112	111	139	102	115
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	8,0	7,7	7,7	8,1	7,8	8,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,0	7,7	7,7	8,1	7,8	8,3
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	10,0	10,4	10,5	12,2	9,6	10,0
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 108	2 024	1 729	2 310	1 935	1 986
dar. im ersten Lebensjahr	"	18	16	14	18	15	18
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,8	14,4	12,6	16,3	14,1	14,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,8	14,4	12,6	16,3	14,1	14,3
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁸⁾	"	16,2	14,9	13,0	16,6	14,1	15,9
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	975	942	672	1 167	867	836
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,8	6,6	4,9	8,2	6,3	6,0
2. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 048	5 179	2 754	5 030	5 864	5 506
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	5 638	5 831	4 468	5 214	5 772	5 676
* Fortgezogene Personen	"	1 564	1 652	1 714	1 184	92	170
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	770	357	930	86	59	222
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	794	295	784	98	33	52
dav. männlich	"	794	295	784	98	33	52
weiblich	"	794	295	784	98	33	52
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	12 509	12 955	11 752	12 067	10 591	12 237
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 602	1 583	784	1 624	1 572	1 640
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 114	1 113	549	1 119	1 122	1 211
Niedersachsen	"	930	931	567	914	1 012	975
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	364	342	213	322	412	410
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 195	1 242	752	1 148	1 350	1 160
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 321	1 423	651	1 344	1 930	1 731
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 030	2 195	1 942	1 880	1 962	2 129
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 580	1 727	1 495	1 449	1 470	1 595
Niedersachsen	"	1 199	1 252	1 100	1 169	1 270	1 230
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	641	672	602	575	714	655
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 060	1 127	1 090	986	1 139	1 034
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 349	1 257	336	1 179	1 401	1 283

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 079	16 031	15 814	15 782	15 792	15 703
Patienten ²⁾	"	12 600	12 710	12 724	12 304	12 420	12 453
Pflegetage	"	388 246	398 219	399 052	374 470	380 044	367 725
Bettenausnutzung	%	81,4	81,6	82,2	77,1	81,1	79,1
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 139	3 135	3 107	3 107	3 081	3 131
Patienten ²⁾	"	2 705	2 840	2 687	2 676	2 657	2 746
Pflegetage	"	81 017	80 631	80 387	79 474	76 173	78 612
Bettenausnutzung	%	90,9	84,5	88,2	87,2	86,4	88,3
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl		724 549	922 860	925 897	603 137	655 153
dar. in Hallenschwimmbädern	"	494 979	515 937	451 221	428 085	515 073	459 657
in Freibädern ³⁾	"	696 869	455 334	454 642	482 418	70 577	181 015
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	643 753	654 198	663 346	453 405	658 944	655 557
Ausgeliehene Noten	"	8 170	8 883	8 639	8 919	9 650	8 259
2. Wissenschaftliche Bibliotheken							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	46 581	37 808	33 239	30 526	33 206	31 241
Besucher der Lesesäle	"	10 983	8 285	7 714	6 393	6 572	6 219
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 182	4 256	3 555	3 459	3 529	4 041
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	3 167	2 618	2 583	2 563	2 448	3 136
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 299	1 156	1 159	1 004	1 045	1 290
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	78 297	98 127	102 985	95 396	77 552	98 017
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 443	17 930	8 533	11 494	6 638	25 158
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	10 938	16 278	18 168	15 209	14 622	14 342
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 810	6 919	7 105	5 889	5 429	5 086
Helms-Museum	"	12 716	10 821	15 715	13 372	10 557	13 044
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	11 408	9 412	13 906	12 577	7 161	11 946
Museum für Hamburgische Geschichte	"	17 800	20 069	29 249	28 729	21 853	21 458
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 326	15 404	20 705	18 835	11 378	11 066
Planetarium	"	7 467	8 660	—	—	5 635	6 152
Bischofshurm	"	1 797	2 044	3 510	1 868	1 440	1 711
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	69 501	69 345	72 296	71 506	69 711	67 980
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1 000 DM	4 992,0	5 021,6	6 287	6 180	5 956	4 809
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	71,83	72,41	86,96	86,42	85,44	70,74
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 897	28 593	26 722	27 162	25 537	25 046
* dar. männlich	"	14 578	14 965	13 228	13 393	12 349	12 598
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	7 162	8 067	7 305	7 083	6 805	6 357
Technische Berufe	"	1 847	1 555	1 072	1 122	867	1 320
Dienstleistungsberufe	"	16 350	17 310	15 968	16 095	14 948	15 619
2. Arbeitslosen-Quote	%	3,9	4,2	3,9	4,0	3,8	3,7
3. Offene Stellen	Anzahl	9 196	8 824	9 938	9 685	8 345	9 228
4. Arbeitsuchende ⁴⁾	"	35 673	36 489	34 731	32 914	32 291	32 888
5. Vermittlungen ⁵⁾	"	9 342	9 086	8 936	9 523	9 006	9 425
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	4 289	4 364	4 795	5 094	5 003	4 727
6. Kurzarbeiter	"	2 688	4 480	6 667	3 113	2 983	851
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 294	1 322	1 339	1 214	1 035	976
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,5	96,6	94,3	89,1	86,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	11,7	10,6	9,4	8,8

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Volllmilch,							
lose 1)	t	686	559	549	489	474	503
pasteurisiert, abgepackt	"	6 121	5 562	5 554	5 005	5 106	5 426
ultra-hocherhitzt	"	1 916	2 618	1 721	2 445	2 395	2 718
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	88	86	80	72	71	79
ultra-hocherhitzt	"	2 643	3 218	2 310	2 377	2 132	3 100
Entrahmte Milch	"	602	583	606	588	483	485
Buttermilcherzeugnisse	"	480	351	368	412	231	297
Sauermilch- und Kefirerzeugnisse	"	155	140	131	150	95	129
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1000 St.	6,5	6,6	5,3	6,9	8,8	8,5
Kälber	"	1,2	1,6	1,8	1,6	1,8	1,4
Schweine	"	20,2	20,2	22,1	18,4	19,5	19,7
Schafe	"	0,6	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,6	5,3	4,1	5,1	7,3	6,8
Kälber	"	1,2	1,7	1,8	1,6	1,8	1,4
Schweine 2)	"	20,9	20,1	21,1	17,9	19,0	19,7
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen 3)	"	3 413	3 260	3 125	3 075	3 801	3 588
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 507	1 416	1 157	1 414	1 996	1 778
Kälber	"	96	169	215	193	240	170
Schweine	"	1 788	1 655	1 738	1 456	1 545	1 623
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt 4)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	166	160	156	156	157	161
dar. Arbeiter 5)	"	99	94	90	90	90	94
Geleistete Arbeiterstunden 6)	"	14 614	13 468	12 262	11 532	12 452	13 460
Löhne (brutto)	Mio. DM	214	214	214	230	213	213
Gehälter (brutto)	"	206	217	223	227	218	205
Kohleverbrauch 7)	1000 t SKE *)	3	3	3	3	3	3
Gasverbrauch 8)	1000 m³	38 632	32 357	36 440	37 020	36 267	22 963
Stadt- und Kokereigas	1000 m³	463	510	301	337	304	278
Erd- und Erdölgas	1000 m³	38 169	31 847	36 139	36 683	35 963	22 685
Heizölverbrauch	1000 t	45	46	38	35	38	43
leichtes Heizöl	1000 t	7	7	4	3	5	5
schweres Heizöl	1000 t	38	39	34	32	33	38
Stromverbrauch	Mio. kWh	302	339	358	344	347	345
Stromerzeugung (Industrielle Eigen-erzeugung)	"	10					
Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer 9) dar. Auslandsumsatz 9)	Mio. DM		3 612	3 664	3 631	4 041	3 889
Umsatz ausgewählter beteiligter Wirtschaftszweige: 10)	"		471	438	467	550	561
Mineralölverarbeitung	"	510	497	513	470	467	535
Maschinenbau	"	159	166	153	159	163	154
Elektrotechnische Industrie	"	257	260	216	228	303	289
Chemische Industrie	"	192	201	190	186	209	214
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	768	420	495	326	536	453
Stromverbrauch	Mio. kWh	787	838	768	733	816	765
Gaserzeugung (brutto)	Mio. m³	20	16	10	10	12	11
Vj.-Durchschnitt *)							
				4. Vj. 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	2. Vj. 1977
3. Handwerk (Meßziffern 11)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	84,1	87,6	88,7	86,1	88,8	110,3
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	131,5	153,4	205,3	114,7	137,8	143,9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe 12)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	32 977	31 872	30 329	30 601	30 811	32 348
dav. Inhaber	"	1 209	1 211	1 114	1 118	1 118	1 170
Angestellte	"	5 144	5 046	4 721	4 671	4 711	5 056
Arbeiter 13)	"	26 625	25 615	24 494	24 812	24 982	26 122
Geleistete Arbeitsstunden	1000	4 155	3 853	3 647	3 274	3 843	4 283
dav. für Wohnungsbauten	"	1 125	1 120	929	773	1 017	1 273
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 550	1 375	1 266	1 234	1 379	1 411
öffentliche und Verkehrsbaute	"	1 479	1 358	1 452	1 267	1 447	1 599
Löhne (Bruttosumme) 14)	Mio. DM	69,2	68,9	73,7	74,3	74,0	74,9
Gehälter (Bruttosumme) 14)	"	16,2	16,5	16,6	16,9	15,4	16,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	212,3	249,8	192,7	185,9	213	204,7
dav. im Wohnungsbau	"	51,2	67,3	47,2	30,8	34,0	54,2
gewerblich und Industr. Bau	"	78,9	91,3	68,7	84,0	73,1	67,6
öffentlichen und Verkehrsba	"	82,1	91,2	76,8	71,1	106,8	82,9

1) bis 1977 pasteurisiert. — 2) gewerbliche und Hausschlachtungen. — 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — 4) Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe. — 5) einschl. der gewerblich Auszubildenden. — 6) einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — 7) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle. — 8) umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³ (= 35 169 kJ/m³) — 9) ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar. — 10) Umsatz der verarbeit. Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile. — 11) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — 14) einschließlich Umschüler und Auszubildende, ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	142	198	209	281	170	149
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	99	179	186	250	152	139
Umbauter Raum	1000 m ³	281	224	277	348	203	145
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	66,2	53,8	70,0	88,9	53,9	34,7
Wohnfläche	1000 m ²	56	42	51	65	40	28
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	41	41	47	60	36	16
Umbauter Raum	1000 m ³	319	374	398	509	123	72
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,8	64,9	56,2	76,4	32,4	11,3
Nutzfläche	1000 m ²	61	60	68	96	46	13
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	696	449	570	683	427	264
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	122	173	133	159	116	99
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	79	118	119	147	101	90
Umbauter Raum	1000 m ³	279	343	156	166	145	109
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	61,9	79,9	37,3	40,2	38,2	27,9
Wohnfläche	1000 m ²	57	70	30	32	29	23
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	46	46	30	21	34	29
Umbauter Raum	1000 m ³	309	475	159	54	222	141
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,7	75,1	13,3	12,9	57,3	36,5
Nutzfläche	1000 m ²	61	79	20	12	57	38
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	892	301	311	306	244
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	494	493	116	141	59	110
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 800	8 800	10 800	10 900	11 100	12 800
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ¹⁾ ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1000	192	193	194	194	194	192
Wohnungen	"	765	775	776	776	777	770
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	"	2 862	2 900	2 906	2 907	2 909	2 881
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	147,7	153,2	146,1	140,8	160,9	151,8
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	172,1	166,4	134,1	158,6	191,5	174,4
Facheinzelhandel	"	140,1	149,9	153,7	135,7	151,4	144,8
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ¹⁾ ⁴⁾							
Mio. DM		574	595	487	618	603	623
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	70	99	79	100	103	102
Gewerblichen Wirtschaft	"	504	496	408	518	500	521
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	"	6	5	4	3	4	4
Fertigwaren	"	94	94	106	132	100	87
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	404	397	299	383	396	430
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"	52	51	53	68	72	50
Europa	"	352	346	246	315	324	380
dar. EG-Länder	"	414	400	320	393	407	458
	"	264	248	216	252	266	223
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	148,0	155,1	166,9	153,6	166,3	153,2
dav. Beherbergungsgewerbe	"	141,2	149,1	169,2	145,8	187,4	165,9
Gaststättengewerbe	"	149,5	156,6	166,2	155,9	160,0	162,6
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 809	121 585	162 638	142 229	162 283	146 017
dar. von Auslandsgästen	"	35 759	36 814	56 411	43 504	46 914	47 018
Fremdenübernachtungen	"	220 954	216 779	280 600	248 071	274 829	259 080
dar. von Auslandsgästen	"	66 276	65 480	93 236	73 192	80 837	81 703

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 494	1 462	1 600	1 450 s	1 550 s	1 443
Angekommene Schiffe	"	1 569	1 537	1 400	1 430 s	1 550 s	1 526
Abgegangene Schiffe	"	4 372	4 464	4 507	4 527 p	4 432 p	4 041
Güterverkehr über See	1000 t	3 177	3 232	3 225	3 233 p	3 174 p	2 659
dav. Empfang	"	2 564	2 621	2 610 p	2 620 p	2 555 p	2 111
dav. Massengut	"	1 257	1 312	1 157 p	1 238 p	1 202 p	1 237
dar. Mineralöle	"	612	611	615 p	613 p	619 p	548
Sack- und Stückgut	"	1 195	1 232	1 282 p	1 294 p	1 258 p	1 382
Versand	"	576	535	473 p	476 p	457 p	636
dav. Massengut	"	619	697	809 p	818 p	801 p	746
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1000 t	314	333	450 p	442	386	378
* Güterversand	"	360	434	580 p	533	584	442
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 166	5 233	5 926 p	6 235	5 769 p	5 805
Fluggäste	"	303 834	314 075	355 368 p	367 200	417 878 p	400 010
Fracht	t	2 412,3	2 209,4	2 864,4 p	2 043,0	3 392,6 p	2 183,6
Luftpost	"	722,9	756,2	558,6 p	590,8	609,5 p	760,4
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1000	26 293	25 790	24 323	23 456	24 506	24 650 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	1 735	1 267	965	822	994	971
Straßenbahn	"	20 065	20 604	20 397	18 445	20 261	19 755 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	1000	510,9	537,6	531,0	531,0	534,8	535,1
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	456,1	477,8	478,0	477,7	481,0	475,3
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	6 119	6 441	6 698	4 524	6 237	6 391
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	5 519	5 868	6 114	3 940	5 423	5 630
Lastkraftwagen	"	416	362	333	368	674	638
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	910	943	956	832	1 115 p	914
* Getötete Personen	"	24	21	23	17	28 p	19
* Verletzte Personen	"	1 166	1 225	1 235	1 101	1 417 p	1 170
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾ ⁷⁾							
* Kredite ⁸⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio. DM	54 965,6 r	60 419,5 r	62 225,2	62 887,7	63 867,5	58 073,3
dar. Kredite ⁹⁾ an inländische Nichtbanken	"	52 090,7 r	57 065,5 r	58 781,1	59 478,8	60 499,7	54 738,4
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	12 135,8 r	12 778,5 r	11 678,6	11 689,1	12 056,9	11 743,7
an Unternehmen und Privatpersonen	"	12 027,7 r	12 520,8 r	11 427,8	11 325,0	11 725,8	11 626,4
an öffentliche Haushalte	"	108,1 r	257,7 r	250,8	364,1	331,1	117,3
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 860,5 r	6 363,0 r	6 316,1	6 479,2	6 530,2	6 232,8
an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 300,1 r	5 042,4 r	5 100,9	5 007,8	5 000,6	4 986,7
an öffentliche Haushalte	"	1 560,4 r	1 320,6 r	1 215,2	1 471,4	1 529,6	1 246,1
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	33 094,4 r	37 924,0 r	40 766,4	41 310,5	41 872,6	36 761,9
an Unternehmen und Privatpersonen	"	27 213,1 r	30 608,3 r	32 756,4	33 140,0	33 669,7	29 612,8
an öffentliche Haushalte	"	5 881,3 r	7 315,7 r	8 010,0	8 170,5	8 202,9	7 149,1
* Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁰⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	37 249,3 r	41 060,0 r	48 033,3	41 112,4	41 440,9	37 581,9
Sichteinlagen und Termingelder	"	23 566,0 r	26 962,6 r	26 882,2	27 162,6	27 516,1	24 095,4
von Unternehmen und Privatpersonen	"	17 792,2 r	20 744,1 r	21 151,1	21 522,5	21 862,0	17 979,2
von öffentlichen Haushalten	"	5 773,8 r	6 218,5 r	5 731,1	5 640,1	5 654,1	6 116,3
Spareinlagen	"	13 683,3 r	14 097,4 r	13 890,7	13 949,8	13 924,8	13 486,5
bei Sparkassen	"	8 708,1 r	8 949,0 r	8 767,9	8 800,1	8 780,9	8 546,7
* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	737,9	755,1	877,0	705,7	634,0	619,1
* Lastschriften auf Sparkonten	"	671,0	720,6	905,6	646,6	659,0	625,0
2. Zahlungsschwierigkeiten							
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	28	31	36	16	19
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	425	382	409	384	417	348
* Wechselsumme	Mio. DM	3,2	2,7	3,4	2,2	3,2	1,9

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand; Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahnverfahren / eidesstattliche Versicherungen							
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls / Mahnbescheides	Anzahl	19 868	21 686	24 555	29 157	31 066	27 127
Anträge auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	"	3 699	3 773	4 031	4 027	3 823	3 631
Haftbefehle zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung	"	1 674	1 554	1 631	1 793	1 695	872
Geleistete eidesstattliche Versicherungen	"	626	603	773	723	550	514
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	156	156	156	156	156
Grundkapital	Mio. DM	7 115	7 290	7 439	7 457	7 462	7 339
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 732	8 601	9 834	9 963	10 075	8 837
Stammkapital	Mio. DM	6 622	7 204	7 742	7 790	7 816	7 267
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
* Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	983,8	1 043,3	1 028,7	870,1	1 599,1	1 345,5
* Steuern vom Einkommen	"	587,8	625,9	542,8	469,3	1 051,1	906,0
Lohnsteuer 1)	"	385,7	380,7	368,4	399,5	422,5	390,3
Veranlagte Einkommensteuer	"	133,1	134,8	65,7	44,2	355,0	302,7
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,2	41,8	81,5	17,2	3,9	5,2
Körperschaftsteuer 1)	"	53,7	68,6	27,2	8,4	269,8	207,8
* Steuern vom Umsatz	"	396,0	417,4	486,0	400,8	547,9	439,5
Umsatzsteuer	"	171,2	179,4	262,3	200,2	234,0	146,5
Einfuhrumsatzsteuer	"	224,8	238,0	223,7	200,6	313,9	293,0
* Bundessteuern	"	844,8	900,7	887,4	923,7	608,0	972,3
Zölle	"	67,2	67,7	69,3	67,0	64,5	64,5
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	755,8	811,2	792,0	834,3	525,3	888,6
* Landessteuern	"	54,6	64,0	39,7	98,9	30,3	46,6
Vermögensteuer	"	21,3	31,9	4,3	62,8	3,0	22,4
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,8	13,5	13,8	12,3	12,4	13,5
Biersteuer	"	3,1	2,9	3,2	2,9	3,1	2,9
* Gemeindesteuern	"	122,2	138,9	113,5	296,0	25,6	58,5
Grundsteuer A 2)	"	0,7	0,1	-	-	-	-
Grundsteuer B 3)	"	12,1	16,4	28,7	34,0	4,9	14,2
* Gewerbesteuer nach Ertrag u. - Kapital (brutto)	"	90,2	101,4	31,5	253,6	20,5	42,4
* Lohnsummensteuer	"	19,4	20,6	53,2	7,2	0,1	1,6
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
* Steuereinnahmen des Bundes	"	1 391,1	1 506,2	1 502,2	1 467,1	1 449,0	1 680,1
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	257,6	298,6	286,8	218,2	471,1	404,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	273,2	288,0	328,0	270,6	369,9	303,2
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	-	54,7	-	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	323,8	371,5	234,3	352,8	602,5	463,7
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	214,0	247,2	174,6	179,2	463,4	404,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	39,7	41,5	19,9	20,0	106,8	12,7
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	-	54,7	-	-
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	151,3	165,2	189,3	209,4	134,5	155,5
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto ⁴⁾)	"	58,2	63,5	31,5	144,1	20,5	42,4
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	60,2	64,2	75,7	22,9	108,9	97,0
		Vj.-Durchschnitt 1976	Vj.-Durchschnitt 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	3. Vj. 1978	3. Vj. 1977
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio. DM		2 421,1	2 541,5	2 532,4	2 713,0	2 674,7	2 510,1
dar. Personalausgaben	"	1 000,1	1 053,8	1 114,3	1 045,6	1 061,9	982,7
Bauinvestitionen	"	164,4	189,9	115,0	164,7	184,2	200,8
dar. für Schulen	"	40,1	50,5	37,4	52,2	47,0	53,5
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	10,5	4,9	3,3	4,3	3,2	3,6
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,8	7,0	3,4	8,1	9,7	5,7
Straßen	"	20,7	22,9	9,5	15,7	21,8	26,6
Wasserstraßen und Häfen	"	22,3	20,6	11,7	15,1	18,7	34,6
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	367,2	312,4	419,8	438,8	339,0	321,2
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	2,5	0,0	0,0	-	-
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
Mio. DM		2 478,1	2 452,3	2 225,8	2 772,4	2 407,2	2 578,7
dar. Steuern	"	1 425,4	1 610,1	1 314,1 ⁵⁾	1 876,3	1 722,7	1 706,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	88,5	73,1	85,0	89,3	44,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	323,8	339,9	331,4	350,6	338,4
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	15,6	2,8	1,3	0,4	5,9
Schuldenaufnahme	"	423,4	168,3	272,7	254,5	14,4	226,8
3. Schuldenstand am Ende des Quartals⁵⁾							
Mio. DM		8 359,3	8 355,3	8 435,7	8 438,8	8 347,7	8 304,6
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 044,2	7 135,2	7 143,2	7 071,3	7 010,1
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	743,0	735,9	737,4	727,8	719,2

1) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — 3) einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — 5) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — 6) ohne die in der zweiten Hälfte des Monats März 1978 eingegangenen Steuern, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr gebucht werden konnten.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1978	Mai 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk							
Wohngebäude insgesamt	1970 = 100	159,0	166,5	170,2	173,6	176,4	168,1
dav. Einfamiliengebäude	"	159,3	167,1	170,7	173,9	176,7	168,7
Mehrfamiliengebäude	"	159,9	167,6	171,3	175,1	177,8	169,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	154,1	160,8	164,7	167,4	170,0	162,2
Bürogebäude	"	153,7	160,6	164,3	167,6	170,7	162,0
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	147,9	154,4	158,1	160,8	163,3	156,0
Löhne und Gehälter							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
* Bruttowochenverdienste	DM	535	568	563	592	615	579
männliche Arbeiter	"	558	595	586	623	646	607
darunter	"	345	369	375	384	393	375
Facharbeiter	"	330	344	346	354	363	349
Hilfsarbeiter	"	12,47	13,30	13,48	13,98	14,36	13,50
* Bruttostundenverdienste	"	12,96	13,86	14,02	14,60	14,99	14,05
männliche Arbeiter	"	8,46	9,11	9,29	9,52	9,77	9,26
darunter	"	8,01	8,46	8,55	8,76	9,04	8,59
Facharbeiter	"						
Hilfsarbeiter	"						
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännliche Angestellte							
* männlich	"	2 887	3 087	3 175	3 232	3 300	3 106
* weiblich	"	2 075	2 234	2 310	2 340	2 401	2 257
Technische Angestellte und Meister							
* männlich	"	2 904	3 107	3 175	3 254	3 334	3 151
* weiblich	"	1 975	2 127	2 182	2 235	2 299	2 159
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännliche Angestellte							
* männlich	"	2 569	2 718	2 786	2 822	2 902	2 754
* weiblich	"	1 842	1 984	2 047	2 028	2 116	2 008
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	13 008	14 646	15 669	15 640	13 966	12 716
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	6	10	6	3	2
Körperverletzung	"	451	516	851	968	758	487
Raub, räuberische Erpressung	"	104	124	148	122	97	94
Diebstahl	"	8 165	9 410	10 217	9 851	9 048	8 467
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	4 366	5 188	5 969	5 667	5 113	4 736
Betrug und Untreue	"	1 711	1 758	1 556	1 679	1 512	1 257
Außerdem:							
Verkehrsvorgänge	"	1 542	1 602	1 272	1 232	1 299	1 586
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	5 710	4 974	4 833	5 106	4 276	4 625
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	647	570	586	660	591	473
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	34 205	36 848	36 152	31 493	31 835	30 595
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	16 091	16 439	16 420	16 022	16 558	15 517
dav. Feueralarme	"	588	525	502	443	396	470
dar. bekämpfte Großbrände	"	17	10	5	11	5	9
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	130	133	142	119	139	111
Rettungswageneinsätze	"	14 297	14 742	14 637	14 028	14 694	13 886
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 718	2 398	2 611	2 522	2 695
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 825	1 856	1 860	1 763	1 901	1 811
Hilfeleistungen aller Art	"	1 290	1 172	1 281	1 551	1 468	1 161
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	336	186	194	247	168	155

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

**AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN
IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES
2. Vj. 1978 und 1. Vj. 1978**

Großstädte ¹⁾	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾			
	Wohnbevölkerung ³⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ⁴⁾	Offene Stellen ⁵⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ⁶⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio. DM	1000 DM
Berlin	2. Vj. 1 920 1. Vj. 1 920	4 054 3 162	10 205 5 872	- 6 151 - 2 710	14 468 14 448	15 091 15 320	- 6 774 - 3 582	33 040 42 569	10 523 8 343	173 218 173 977	91	7 232 7 139	3 718
Hamburg	2. Vj. 1 674 s 1. Vj. 1 677	3 200 s 3 162	5 800 s 5 872	- 2 600 s - 2 710	12 500 s 14 448	12 800 s 15 320	- 2 900 s - 3 582	25 273 33 518	10 221 9 141	155 549 156 438	93 s 93	6 733 6 692	4 022 s 3 991
München	2. Vj. 1 312 1. Vj. 1 312	2 457 2 236	3 392 3 677	- 935 - 1 441	19 814 18 045	17 528	- 924	18 156 22 776	13 576 10 268	171 576 171 747	131	8 016 7 664	5 840
Köln	2. Vj. 979 1. Vj. 980	2 361 2 214	2 659 3 102	- 298 - 888	11 169 11 112	11 930 10 595	- 1 059 - 371	19 470 21 082	4 868 3 985	125 680	128	5 402	5 509
Essen	2. Vj. 665 1. Vj. 667	1 318 1 354	2 099 2 494	- 781 - 1 140	4 113 4 470	4 988 4 659	- 1 656 - 1 329	14 808 16 283	2 449 2 040	59 903	90	768	1 151
Düsseldorf	2. Vj. 606 1. Vj. 606	1 149	2 164	- 1 015	7 133	7 389	- 1 271	11 957	3 930
Frankfurt/M.	2. Vj. 637 1. Vj. 637	1 416 1 271	1 940 2 150	- 524 - 879	11 033	10 100	+ 54	14 764 ⁷⁾ 16 662 ⁷⁾	9 121 7 656	107 411	169	4 358	6 847
Dortmund	2. Vj. 613 p 1. Vj. 614	1 384 p 1 253	2 187 p 2 299	- 803 p - 1 046	3 512 p 3 839	3 764 p 3 933	- 1 055 p - 1 140	14 413 15 521	1 924 1 477	81 086	132	1 820	2 966
Stuttgart	2. Vj. 578 1. Vj. 579	1 296 1 237	1 525 1 714	- 229 - 477	9 513 9 335	10 439 9 567	- 1 155 - 709	4 588 5 294	7 542 6 104	124 722 124 977	216 216	6 101 5 815	10 551 10 036
Bremen	2. Vj. 561 1. Vj. 562	1 205 1 110	1 791 1 854	- 586 - 744	5 551 5 311	5 834 5 455	- 869 - 888	11 388 13 073	3 588 2 812	70 160 70 094	125 125	3 268 3 328	5 826 5 924
Hannover	2. Vj. 548 p 1. Vj. 549	1 097 983	1 700 p 1 902	- 603 p - 919	7 471 7 461	7 735 7 645	- 867 - 1 103	16 037 ⁷⁾ 18 110 ⁷⁾	4 573 ⁷⁾ 5 900 ⁷⁾	98 005 98 635	179 p 180	3 190 3 173	5 821 p 5 780
Duisburg	2. Vj. 579 1. Vj. 581	1 280 1 346	1 712 2 062	- 432 - 716	4 255 3 930	5 717 5 303	- 1 894 - 2 089	11 844 12 567	1 653 1 405	101 661 103 253	176 178	3 611 3 177	6 235 5 467
Nürnberg	2. Vj. 486 1. Vj. 488	982 1 004	1 544 1 764	- 562 - 760	5 052 5 446	5 696 5 919	- 1 206 - 1 233	10 267 12 312	4 250 2 936	91 263 91 792	188 188	2 150 1 931	4 421 3 961

Großstädte ¹⁾	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ³⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ⁵⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁴⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio. DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 m ³	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	2. Vj. 11 386 1. Vj. 8 106	406 332	173	549 417	2 986 1 600	229 196	1 133 783	309 100	329 238	124 666	873 2 897	3 984 3 726	5 003 3 726	- 184 335 215 249	- 63 676 89 489
Hamburg	2. Vj. 9 916 1. Vj. 7 682	471 396	281 s 236	499 534	1 412 970	288 162	675 231	342 231	425 s 297	254 s 177	735 s 535	2 978 p 2 500	3 940 p 3 304	254 781 372 555	192 877 170 436
München	2. Vj. 12 072 1. Vj. 6 965	520 425	324	446 342	1 160 893	238 331	767 1 097	771 571	618 473	360	1 259 922	1 972 1 399	2 526 1 817	334 012 208 629	132 148 136 151
Köln	2. Vj. 4 370 1. Vj. 4 370	177	181	317 500	1 081 1 350	95 91	594 848	69 214	200 173	204 176	362 395	1 445 1 146	1 786 1 413	174 815 113 961	68 059 42 348
Essen	2. Vj. 3 138 1. Vj. 3 138	129	194	200 158	418 599	143 72	422 284	123 19	51 p 46	76 p 69	111 p 94	798 677	1 011 879	64 815 79 855	54 565 13 287
Düsseldorf	2. Vj. 4 500 p 1. Vj. 4 500 p	195 p	321 p	106 p	568 p	104 p	266 p	.	163	269	320	733	907	.	.
Frankfurt/M.	2. Vj. 4 768 1. Vj. 4 768	230	362	150 85	358 252	20 14	52 129	26 96	375 304	477	689 568	1 147 867	1 450 1 061	161 690 277 691	72 910 13 467
Dortmund	2. Vj. 3 203 1. Vj. 3 203	131	213	306 187	823 515	183 172	748 632	110 295	42 34	69 p 55	84 67	793	1 048	44 390 60 698	47 149 ⁸⁾ 11 481 ⁸⁾
Stuttgart	2. Vj. 4 998 1. Vj. 3 879	200 226	346 390	116 138	532 391	107 53	286 159	50 70	126 106	218 183	288 237	860 603	1 190 810	96 012 125 603	67 870 10 950
Bremen	2. Vj. 3 890 1. Vj. 2 975	152 127	271 226	424 286	584 506	118 137	206 290	33 348	86 67	154 118	161 132	1 025 767	1 205 898	69 188 78 726	44 035 46 091
Hannover	2. Vj. 3 956 1. Vj. 2 934	184 132	337 p 240	214 109	725 575	77 73	225 177	221 121	120 102	218 p 186	193 171	953 305	1 203 1 053	67 048 107 702	53 246 11 702
Duisburg	2. Vj. 2 835 1. Vj. 2 559	116 86	200 148	185 157	604 602	59 37	193 84	183 350	17 15	29 26	37 36	846 p 694	1 012 p 892	50 597 86 337	45 825 11 159
Nürnberg	2. Vj. 4 333 1. Vj. 2 731	139 148	286 303	360 246	661 350	172 64	344 89	2 417 3 716	124 93	255 191	223 194	751 553	972 734	58 721 62 219	46 778 55 966

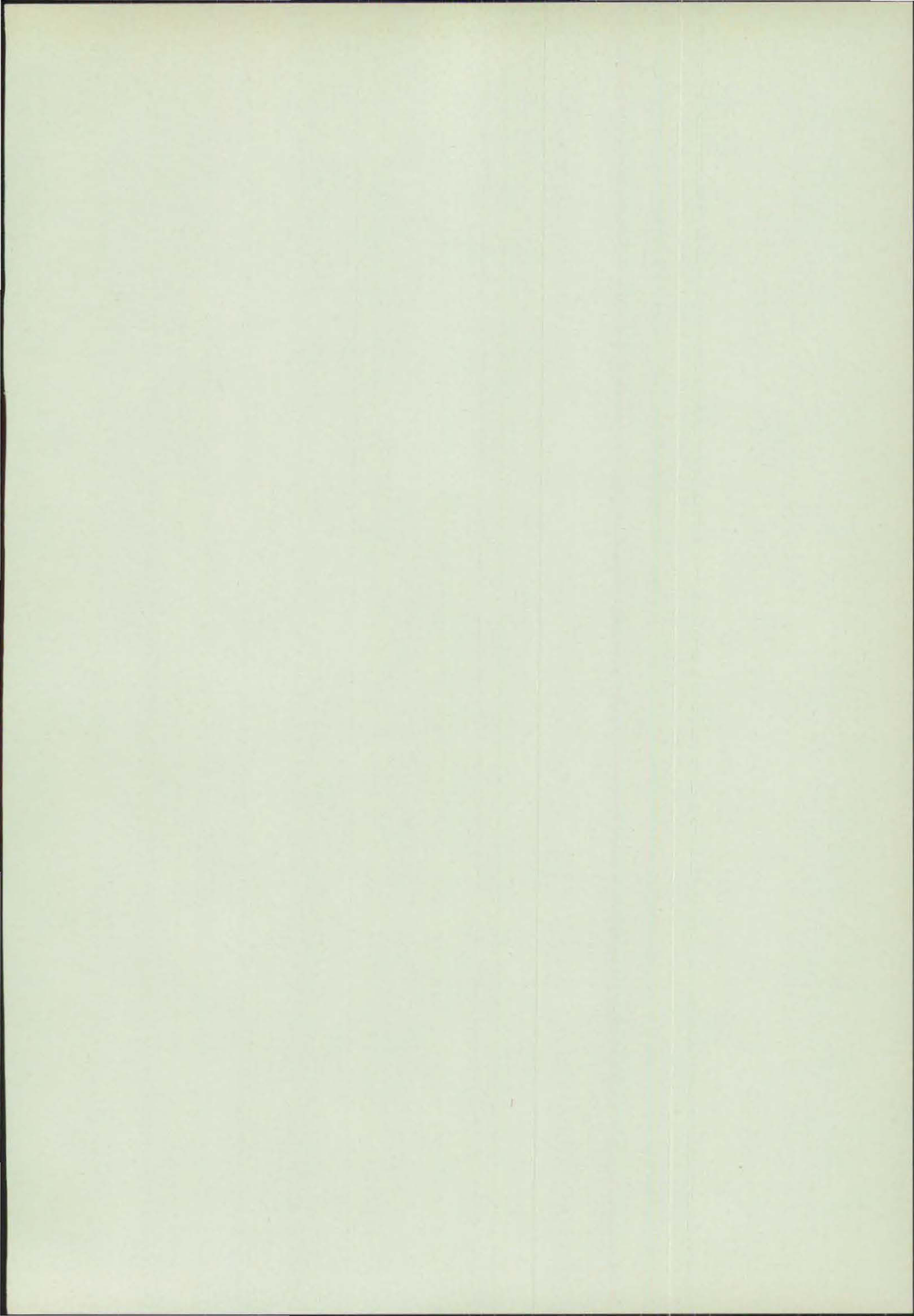
¹⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ²⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau. - ³⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁴⁾ jeweils Quartalsende. - ⁵⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁶⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁷⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁸⁾ nur Einkommensteuer.

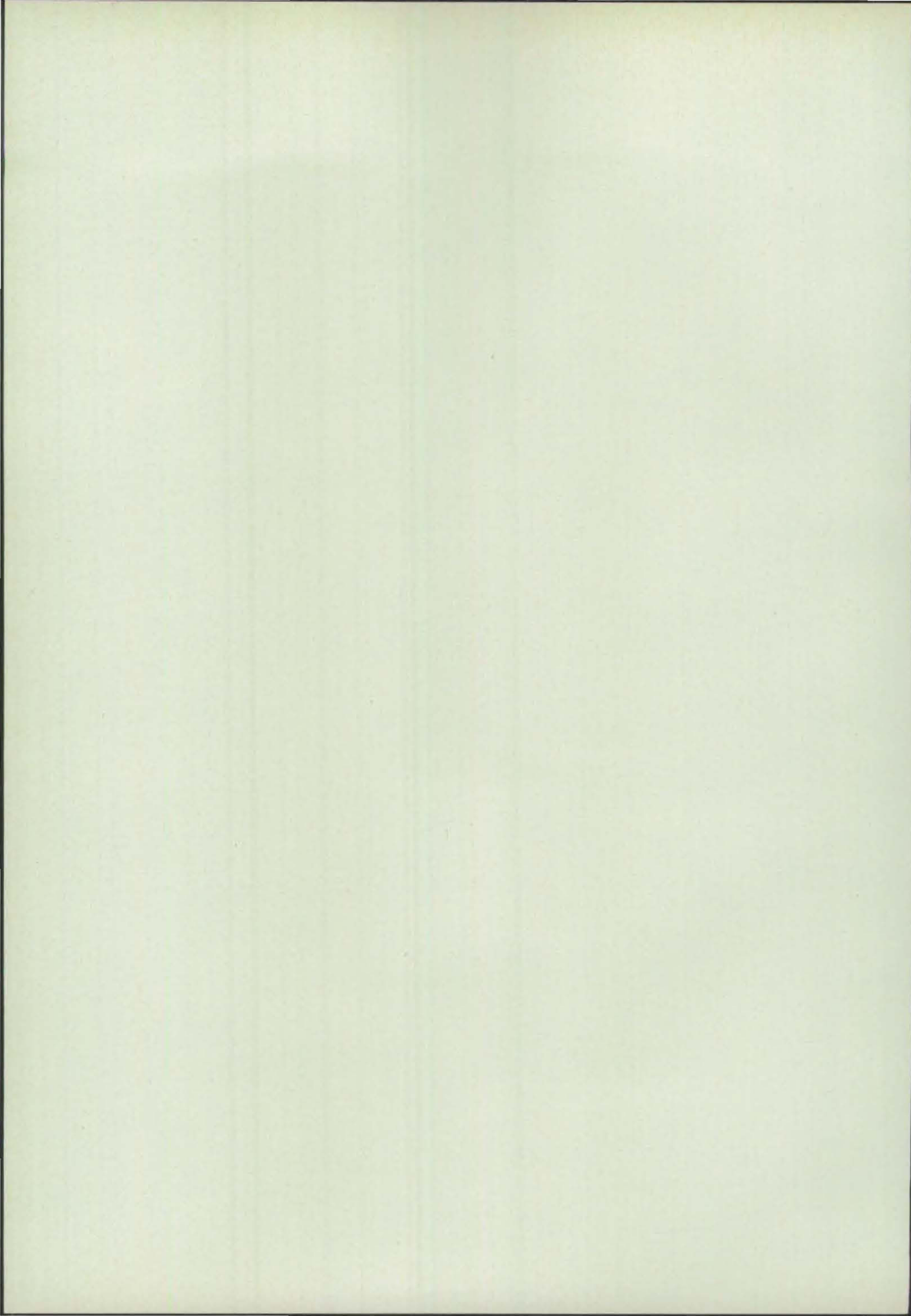
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1978	Juli 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsend:	1000	61 505,4	61 399	61 370,0			
Eheschließungen	auf 1000	5,9	5,8	6,5	6,1		6,5
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	9,8	9,5	9,7	9,5		9,7
Gestorbene		11,9	11,5	11,2	11,1		10,9
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 060 336	1 029 995	877 319	922 230	923 963	963 468
Arbeitslosen-Quote	%	4,6	4,5	3,9	4,1	4,0	4,3
Offene Stellen	Anzahl	234 997	231 227	279 670	272 065	269 344	254 544
Kurzarbeiter	"	277 008	231 329	230 516	154 576	124 504	94 747
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE 1)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	7 428	7 263 p	7 195	7 213	7 247	7 289
Geleistete Arbeitsstunden 2)	Mio. Std.	783	759 p	763	673	697	716
Umsatz 3) ohne Umsatzsteuer	Mio. DM	68 304	77 332 p	85 759	73 252	75 112	72 231
dar. Auslandsumsatz	"	16 557	18 885 p	22 059	17 632	17 931	16 908
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	110,7	113,9	119,0	105,3	100,9	97,8
Verarbeitendes Gewerbe	"	110,9	114,4	119,5	104,4	99,8	97,7
Grundst. u. Produktionsgütergewerbe	"	111,5	112,3	122,2	111,6	108,5	102,6
Investitionsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	109,0	115,0	120,2	99,9	90,6	91,4
Verbrauchsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	110,2	115,0	113,6	95,5	97,5	96,8
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	"	116,7	118,0	120,1	116,0	113,6	108,9
Baugewerbe	"	95,2	97,2	113,6	105,4	99,4	89,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe 4)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	1 192	1 168	1 181	1 182	1 203	1 197
Geleistete Arbeitsstunden	Mio. Std.	149	143	167	140	146	149
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio. DM	6 257	7 156	6 132	5 962	5 915 p	6 588
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	31 600	29 232	42 949	39 642	37 765	32 167
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	32 650	34 068	20 211	20 487	17 376	19 875
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	159,4	169,8	175,7	172,0	165,2 p	156,7
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	158,6	162,6	172,2	162,2	167,3	161,6 r
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag 5)	1000 t	12 469	13 146	13 566
dav. Empfang	"	9 651	9 564	9 636
Versand	"	2 818	3 582	3 930
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	214 309	235 977	307 077	244 745	178 228	163 249
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden 6)	"	29 975	31 577	37 119 p	34 292 p	33 816 p	33 092 p
Getötete Personen	"	1 234	1 245	1 231 p	1 227 p	1 322 p	1 260 p
Verletzte Personen	"	40 050	42 341	49 143 p	47 109 p	45 671 p	44 757 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio. DM	6 717	7 564	7 266	8 311	7 682	7 637
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 572	2 959	7 337	773	431	671
Körperschaftsteuer 10)	"	987	1 403	3 845	288	231	164
Steuern vom Umsatz	"	4 872	5 224	5 725	5 934	5 759	5 034
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 7)	1970 = 100	140,8	144,4	146,4	146,5	146,5	144,7
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	151,8	154,1	147,2	146,2	145,1	151,8
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	141,7	143,6	145,6	145,7	145,9	143,8
Preisindex für Wohngebäude 8) insgesamt	1970 = 100	143,7	150,7	161,7	152,2
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt 9)	1970 = 100	140,8	146,3	150,8	150,8	150,4	146,9
darunter für Nahrungs- und Genußmittel	"	136,8	143,7	147,3	147,5	145,2	144,5
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,08	11,89	12,02	12,04	12,07	11,48
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	42,0	42,2	42,5	42,6	41,4	41,3

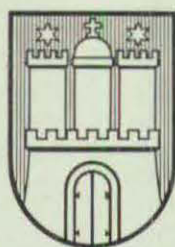
1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — 2) einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — 4) hochgerechnete Totalergebnisse. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreiserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — 5) Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — 6) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 7) ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — 8) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — Bauleistungen am Bauwerk. — 9) für alle privaten Haushalte. — 10) nach Abzug der Erstattungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1978

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg im Jahre 1978

Bevölkerung

Geringerer Bevölkerungsverlust als in den Vorjahren – Deutlich gesunkener Wanderungsverlust – Weniger Abwanderungen ins Umland – Mehr Ausländer in Hamburg – Rückläufige Zahl der Eheschließungen

Arbeitsmarkt und Lebenshaltung

Berufsgruppen unterschiedlich betroffen – Zunehmende Zahl von Kurzarbeitern – Arbeitskämpfe in Hafenbetrieben und im Verlagswesen – Weiterer Rückgang der Arbeitszeiten – Lohnzuwachs durchschnittlich zwischen fünf und sechs Prozent – Preisauftrieb weiter gebremst

Bildung und Kultur

Rückläufige Schülerzahlen im Grundschulbereich – Mehr Schüler im berufsbildenden Schulwesen – Zahl der Studenten auf über 39 000 gestiegen – Vielfältige kulturelle Aktivitäten in neuer Form

Industrie

Belebungstendenzen durch Auslandsgeschäft und Verbrauchsgüter – Arbeitsplatzentwicklung bereichsweise unterschiedlich – Umsatzanstieg besonders in verbrauchsorientierten Zweigen – Erhöhte Absatzwerte im Verarbeitenden Handwerk

Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Strukturwandel im Baugewerbe noch nicht abgeschlossen – Straßenbaufirmen ausgelastet – Unterschiedliche Entwicklungen im Wohnungsbau – Mehr öffentliche Tiefbauvergaben – Baupreise wieder steigend

Handel und Verkehr

Uneinheitliche Entwicklung im Handel – Erneutes Spitzenergebnis im Hamburger Hafen – Weiterhin Aufwärtsentwicklung im Containerverkehr – Positive Entwicklung in der Binnenschifffahrt – Transportvolumen in der Hafenschifffahrt rückläufig – Positive Entwicklung im Fremdenverkehr – Wieder mehr Reisende im Flugverkehr – Mehr Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr – Starke Zunahme der Krafträder – Geringerer Anstieg der Verkehrsunfälle mit Personenschaden

Staatsfinanzen

Öffentliche Finanzen in den ersten drei Quartalen – Steuerhaushalt hat netto 6,4 Prozent Mehreinnahmen – Anzahl der Unternehmensinsolvenzen unverändert – Spareinlagen auch in diesem Jahr ohne Zuwachs

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts

Bevölkerung

Geringerer Bevölkerungsverlust als in den Vorjahren

Der Rückgang der Einwohnerzahl in der Freien und Hansestadt Hamburg wird nach Schätzungen im Jahr 1978 die niedrigste Rate seit fünf Jahren erreichen. Für das Jahresende wird eine Bevölkerungszahl von rund 1 666 000 Personen erwartet. Das sind etwa 14 600 (0,9 Prozent) Hamburger weniger als zum Ende des vorigen Jahres. 1977 hatte der Verlust mit 18 300 Personen noch um 20 Prozent höher gelegen.

Der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen hat den größten Anteil am Bevölkerungsrückgang. 80 Prozent der Einwohnerabnahme (11 800 Personen) ging in diesem Jahr zu seinen Lasten, und mit nur einem Fünftel war der Abwanderungsüberschuß am Rückgang beteiligt. Dieser hat mit rund 2800 Personen den niedrigsten Wert seit fünf Jahren erreicht, das sind nur noch 40 Prozent der Wanderungsverluste vom Vorjahr.

Zum einen trug der mit 11 100 Personen geringfügig niedrigere Wanderungsverlust Hamburgs an das Umland zum geringeren Wanderungsverlust insgesamt und zum Bevölkerungsrückgang durch Wanderungen bei. Zum anderen zogen aus den übrigen Gebieten Norddeutschlands, der Bundesrepublik und vor allem auch aus den Ländern außerhalb des Bundesgebietes insgesamt 8300 Personen mehr zu als fort. Auch das Umland verzeichnet aus den genannten Gebieten Zuzugsüberschüsse. Die Region Hamburg ist somit ein attraktiver Raum innerhalb Deutschlands geblieben.

In den sechs Hamburger Umland-Kreisen wohnen 1978 trotz eines Sterbeüberschusses gut 13 000 Per-

sonen mehr als Ende 1977. Der aufgrund der Entwicklungstendenz in den ersten Monaten dieses Jahres festgestellte Einwohnerzuwachs hat zu fast zwei Dritteln im nördlichen und zu gut einem Drittel im südlichen Umland stattgefunden.

Die Gesamtregion – Hamburg mit seinen Randgebieten zusammen – hat im Jahr 1978 mit einem Bevölkerungsschwund von nur rund 1200 Personen kaum abgenommen. Es wohnen hier somit immer noch über 2,8 Millionen Einwohner.

Deutlich gesunkener Wanderungsverlust

Die Zahl der Lebendgeborenen 1978 ist mit 12 600 Säuglingen weiter zurückgegangen, so daß sich bei fast gleichgebliebener Anzahl von Sterbefällen (24 400 Tote in Hamburg) der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen gegenüber dem Vorjahr um 500 (4,4 Prozent) erhöht hat.

Der geringere Wanderungsverlust Hamburgs beruht auf leicht gesunkenen Zuzugszahlen und den gleichzeitig sehr viel stärker zurückgegangenen Fortzügen über die Landesgrenze. 400 weniger zugewanderten Personen stehen 1978 4600 weniger fortgezogenen Einwohnern gegenüber.

Das günstige Ergebnis beruht vor allem auf einer gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Verdoppelung des Wanderungsgewinns (8300 Personen), den Hamburg aus den Gebieten außerhalb seiner Region erzielen konnte. Es handelt sich dabei insbesondere um Ausländer, die im Zuge der Familienzusammenführung wieder in größerer Zahl nach Hamburg gekommen sind.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg
1976 bis 1978

Art der Angaben	1976	1977	1978 (geschätzt)	Veränderung 1978 gegenüber 1977 in %
Bevölkerungsstand am 1.1. in 1000	1 717,4	1 698,6	1 680,3	- 1,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung				
Lebendgeborene	13 600	13 000	12 600	- 3,1
Gestorbene	25 300	24 300	24 400	+ 0,4
Gestorbenenüberschuß	11 700	11 300	11 800	+ 4,4
Wanderungsbewegung insgesamt				
Zuzüge	60 600	62 600	62 200	- 0,6
Fortzüge	67 700	69 600	65 000	- 6,6
Wanderungsverlust	7 100	7 000	2 800	- 60,0
Bevölkerungsverlust	18 800	18 300	14 600	- 20,2
Bevölkerungsstand am 31.12. in 1000	1 698,6	1 680,3	1 665,7	- 0,9
Eheschließungen	9 700	9 400	8 000	- 14,9
Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland ¹⁾				
Zuzüge	17 700	17 400	16 000	- 8,0
Fortzüge	26 700	28 600	27 100	- 5,2
Wanderungsverlust	9 000	11 200	11 100	- 0,9

1) Kreise Hzt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg, Stade.

Tab. 2: Wanderungen von Deutschen und Ausländern
1976 bis 1978

Art der Wanderungen	1976	1977	1978 (geschätzt)
Zuzüge			
Deutsche	44 200	45 200	43 900
Ausländer	16 400	17 400	18 300
Fortzüge			
Deutsche	50 200	52 800	50 300
Ausländer	17 500	16 800	14 700
Wanderungssaldo			
Deutsche	- 6 000	- 7 600	- 6 400
Ausländer	- 1 100	+ 600	+ 3 600

Insgesamt zeigte sich 1978 bei den Ausländern ein gegenüber dem Vorjahr gestiegener Zuwanderungsüberschuß von 3600 Personen, während die deutsche Bevölkerung aufgrund von Wanderungen um 6400 Personen abnahm – ein im Verhältnis zum Jahr 1977 um gut 15 Prozent günstigeres Ergebnis.

Weniger Abwanderungen ins Umland

Die Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland war – wie bei den Wanderungen über die Landesgrenze insgesamt – ebenfalls durch rückläufige Zuzugsbewegung von dort (-1400 Personen

= -8 Prozent) und gleichzeitig absolut stärker zurückgehenden Fortzügen dorthin (-1500 Personen = -5,2 Prozent) gekennzeichnet. 16 000 Zuzügen aus den Hamburger Randkreisen standen 27 100 Fortzügen gegenüber.

Mehr Ausländer in Hamburg

Ende 1978 lebten in Hamburg rund 125 800 Ausländer. Das sind 5700 oder knapp 5 Prozent mehr als Anfang des Jahres. Unter den Ausländern in Hamburg hat die Zahl der Türken wiederum sehr stark zugenommen, und zwar gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent. Damit erhöhte sich ihr Anteil an allen Nichtdeutschen auf etwas über 30 Prozent. Eine geringe Zunahme verzeichneten auch die Jugoslawen, während die Zahl der Portugiesen gleich geblieben und die der Griechen (-3,6 Prozent) und Spanier (-5,3 Prozent) deutlich gesunken ist. Dadurch gab es erstmals seit mehreren Jahren wieder mehr Engländer und Österreicher in Hamburg als Spanier. Insgesamt ist der Anteil der Personen aus den Gastarbeiterländern an allen Ausländern leicht gesunken. Neben dem Wanderungsgewinn von 3600 Nichtdeutschen sind - etwas mehr als im Vorjahr - gut 2300 Kinder in Hamburg lebender Ausländer zur Welt gekommen, das sind 18 Prozent aller Geburten. Der Anteil der Hamburger fremder Nationalität an allen Einwohnern stieg damit bei der im Verhältnis zum Vorjahr gleichermaßen niedrigen Zahl von Sterbefällen von 7,1 auf 7,6 Prozent.

Rückläufige Zahl von Eheschließungen

1978 sind mit nur knapp 8000 Ehen erheblich weniger Bindungen vor den Standesbeamten in der Hansestadt eingegangen worden als noch 1977. Dieser Rückgang um 1400 Eheschließungen (15 Prozent) ist insofern bemerkenswert, als mit dem Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge ins heiratsfähige Alter vermutet werden konnte, daß ihre Zahl eher steigen würde. Die Heiratsziffer sank jedoch von 5,6 im Jahr 1977 auf nur noch 4,8 Eheschließungen je 1000 Einwohner.

Arbeitsmarkt und Lebenshaltung

Auf dem Hamburger Arbeitsmarkt ist auch 1978 eine Trendwende noch nicht zu erkennen. Ende Oktober 1978 gab es in Hamburg 27 421 Arbeitslose, das waren knapp 1000 Personen oder 3,7 Prozent mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Gegensatz zum Bundesgebiet konnten auch zwischen November 1977 und Oktober 1978 in Hamburg keine rückläufigen Arbeitslosenzahlen beobachtet werden, vielmehr lagen diese mit etwa 29 300 im Monatsdurchschnitt um rund 1000 Personen oder 3,6 Prozent über den entsprechenden Vorjahreswerten. Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen - ohne Soldaten) lag in Hamburg im Oktober 1978 bei 4,1 Prozent und damit um 0,2 Prozentpunkte über dem entsprechenden

Tab. 3: Hamburger Arbeitsmarkt
1976 bis 1978

Stand am 30. September	Arbeits- lose	Arbeits- suchende	Offene Stellen	Kurz- ar- beiter	Arbeits- losen- quote 1)
1976	22 612	31 534	9 531	558	3,3
1977	25 046	32 888	9 228	851	3,7
1978	25 537	32 291	8 345	2 963	3,8
1978 2)	27 421	33 405	8 295	4 824	4,1

1) Arbeitslose je 100 abhängige Erwerbstätige (ohne Soldaten).

2) 31. Oktober.

Vorjahreswert. Im Bundesgebiet ging dagegen die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte zurück und erreichte im Oktober 1978 einen Wert von 3,9 Prozent. Während die Arbeitslosenquote in Hamburg im vergangenen Jahr stets unter der des Bundesgebietes lag, sind beide Quoten in diesem Jahr in verschiedenen Monaten einander gleich gewesen und in den Monaten April und Oktober 1978 lag die Hamburger Arbeitslosenquote geringfügig über der des Bundesgebietes.

Berufsgruppen unterschiedlich betroffen

Die prozentuale Veränderung der Arbeitslosenzahlen in Hamburg im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume November 1976 bis Oktober 1977 zu November 1977 bis Oktober 1978 war in den Berufsgruppen sehr unterschiedlich. Um 15 und mehr Prozent nahm die Arbeitslosigkeit in den Verkehrsberufen, den Reinigungsberufen und den Metallberufen (z. B. Schlosser, Mechaniker, Elektriker) zu.

Zwischen 10 und 15 Prozent höher lagen die Arbeitslosenzahlen bei den Hilfsarbeitern und den Sozial- und Erziehungsberufen. Unter 10 Prozent blieben die Zunahmen bei den Lager- und Transportberufen, den Bauberufen und den Warenkaufleuten. Wesentliche Rückgänge der Zahl der Arbeitslosen im Vergleich der genannten Zeiträume waren bei den Dienstleistungsberufen festzustellen, bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie besonders bei den Ingenieuren, Chemikern, Physikern, Mathematikern, Technikern und technischen Sonderfachkräften; hier ging die Zahl der Arbeitslosen um ein Viertel zurück.

Zunehmende Zahl von Kurzarbeitern

Wie im vorangegangenen Jahr hat auch im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres die Zahl der Arbeitnehmer, die Kurzarbeit verrichten mußten, im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum wieder zugenommen, und zwar von 4600 im Jahr 1977 auf knapp 6400 in diesem Jahr. Überdurchschnittlich hoch war die Zahl der Kurzarbeiter in Hamburg mit jeweils mehr als 8000 in den Monaten März, April und Mai 1978. Besonders betroffen war wie im vergangenen Jahr, der Schiffbau.

Ebenso wenig wie die Arbeitslosenzahlen und -quoten signalisierten die Zahlen über die dem Arbeits-

amt gemeldeten offenen Stellen eine Wende auf dem Arbeitsmarkt; sie lagen bei etwa gleicher Zahl für Oktober 1977 und Oktober 1978 (knapp 8300 offene Stellen). Im Vergleich der 12-Monats-Durchschnitte von November 1977 bis Oktober 1978 war ein Rückgang um 3,4 Prozent zu dem entsprechenden vorhergehenden Zeitraum zu verzeichnen.

Arbeitskämpfe in Hafenebetrieben und im Verlagswesen

Nachdem 1977 keine Streiks und Aussperrungen zu verzeichnen gewesen waren, haben im Jahr 1978 die Auseinandersetzungen um die Höhe der Entlohnung, die Länge der Arbeitszeit und Probleme der sozialen Situation in 99 Betrieben zu einem Ausfall von etwa 49 100 Arbeitstagen durch Streiks und in 32 Betrieben von rund 10 350 Arbeitstagen durch Aussperrungen geführt. Betroffen waren knapp 12 450 Arbeitnehmer vom Ausstand und fast 3150 Beschäftigte von der Aussperrung.

Tariftreitigkeiten gab es vor allem in der Hafengewirtschaft. Annähernd 43 350 Streiktage wurden im Hafen registriert, in dem bis dahin seit Jahrzehnten ein „traditioneller“ Arbeitsfrieden geherrscht hatte. Berührt waren insgesamt 92 Betriebe. Der Streik im Januar dauerte allerdings nicht länger als sechs Arbeitstage.

Auch keiner der Streiks im Verlagswesen im Februar und März dauerte länger; in ihnen ging es in erster Linie um ein Rationalisierungsschutzabkommen infolge Einführung neuer Techniken. In sieben Betrieben der Wirtschaftsgruppen Verlag, Druckerei und Vervielfältigung legten beinahe 1900 Beschäftigte die Arbeit nieder und verursachten einen Ausfall von gut 5700 Arbeitstagen. Auf diese Punktstreiks antworteten die Arbeitgeber mit umfassenderen Aussperrungen. In 32 Betrieben waren davon fast 3150 Arbeitnehmer betroffen, knapp 10 350 Arbeitstage gingen dadurch verloren.

Weiterer Rückgang der Arbeitszeiten

Der leichte Rückgang der Arbeitszeiten setzte sich 1978 fort. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale wurden für die männlichen Arbeiter 42,5 Wochenstunden, für die weiblichen 40,3 Stunden errechnet; das sind 0,1 Stunden bzw. 0,2 Stunden weniger als 1977. Die höhere Arbeitszeit bei den Männern resultiert aus den gegenüber den Frauen erheblich höheren Überstunden.

Lohnzuwachs durchschnittlich zwischen fünf und sechs Prozent

Die Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter stiegen nach den Erhebungen im Januar, April und Juni im Durchschnitt im Jahr 1978 von 13,19 DM im Jahr 1977 auf 14,03 DM um 6,4 Prozent, diejenigen der Arbeiterinnen von 9,04 DM auf 9,58 DM um 6,0 Prozent. Damit blieben die Zuwachsraten deutlich unter denjenigen des Vorjahres.

Im gleichen Zeitraum betragen die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste für die Männer 595 DM und für die Frauen 386 DM. Sie lagen um 33 DM oder 5,9 Prozent bzw. um 20 DM oder 5,5 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Auch hier waren die Steigerungsraten, die 1977 noch jeweils 7 Prozent betragen, geringer.

Die männlichen Angestellten erzielten im Gesamtdurchschnitt aller Beschäftigten- und Leistungsgruppen im Jahr 1978 – berücksichtigt man die Entwicklung bis zur Juli-Erhebung – einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 3021 DM, die weiblichen Angestellten von 2142 DM. Die Zunahmen gegenüber 1977 betragen 163 DM oder 5,7 Prozent bzw. 111 DM oder 5,5 Prozent und zeigten denselben rückläufigen Trend wie bei den gewerblich Tätigen. In der Industrie waren die Erhöhungen mit 189 DM oder 6,2 Prozent für die männlichen bzw. 145 DM oder 6,6 Prozent für die weiblichen Angestellten ausgeprägter als in den Bereichen Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, wo sie 142 DM oder 5,3 Prozent bzw. 101 DM oder 5,1 Prozent ausmachten.

Preisaufrtrieb weiter gebremst

Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 1978 stieg die Preisindexziffer für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet auf 150,0 (1970 = 100), diejenige für die 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen auf 148,8. Lag die Preiszuwachsrate 1977 noch bei fast 4 Prozent, ging sie 1978 auf 2,7 Prozent bzw. 2,5 Prozent zurück.

Tab. 4: Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1977 und 1978 nach Hauptgruppen - Januar bis Oktober -

Hauptgruppen	Alle privaten Haushalte			4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte		
	1977	1978	Veränderung in %	1977	1978	Veränderung in %
	1970 = 100			1970 = 100		
Nahrungs- und Genußmittel	143,8	145,5	+ 1,2	142,6	144,4	+ 1,3
Kleidung und Schuhe	146,8	153,6	+ 4,6	146,9	153,8	+ 4,7
Wohnungsmiete	144,4	148,7	+ 3,0	147,6	151,8	+ 2,8
Elektr., Gas und Brennstoffe	178,1	182,5	+ 2,5	166,0	171,0	+ 3,0
Übrige Waren und Dienstleist. für d. Haushaltsführung	139,8	145,1	+ 3,8	135,3	140,0	+ 3,5
Verkehr, Post- und Fernspreckgebühren	153,3	158,5	+ 3,4	151,5	156,7	+ 3,4
Körper- und Gesundheitspflege	153,9	160,2	+ 4,1	144,1	149,4	+ 3,7
Bildung und Unterhaltung	139,1	142,4	+ 2,4	140,3	143,8	+ 2,5
Fers. Ausstattung sowie sonst. Waren u. Dienstleistungen	139,3	143,3	+ 2,9	144,7	148,6	+ 2,7
Insgesamt	146,1	150,0	+ 2,7	145,1	148,8	+ 2,5

Dieses Ergebnis ist überwiegend auf die geringen Verteuerungen der Nahrungs- und Genußmittel (1,2 Prozent bzw. 1,3 Prozent) in Verbindung mit dem hohen

Anteil dieser Hauptgruppe am Warenkorb zurückzuführen. Unter dem Durchschnitt waren die Erhöhungen sonst nur noch im Index für alle privaten Haushalte bei den Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (+2,4 Prozent) und in der Hauptgruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe mit 2,5 Prozent.

Eine relativ starke Aufwärtsentwicklung zeigten die Preise für Kleidung und Schuhe (4,6 Prozent bzw. 4,7 Prozent) und für die Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege mit 4,1 Prozent bzw. 3,7 Prozent. Auch die Veränderung im Index der Wohnungsmieten lag mit 3,0 Prozent bzw. 2,8 Prozent über dem Durchschnitt.

Bildung und Kultur

Rückläufige Schülerzahlen im Grundschulbereich

Zu Beginn des laufenden Schuljahres 1978/79 besuchten etwa 231 800 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule in Tagesform, das sind 3,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Auch diesmal beruht der Rückgang wieder vor allem auf einer um 7,6 Prozent geringeren Schülerzahl in den Volksschulen, darüber hinaus auf einer 2,8 prozentigen Verringerung im Grundschulbereich an Gesamtschulen. Während an den Realschulen die Schülerzahl etwa gleich blieb, war an den Gymnasien noch ein Zugang von anderthalb Prozent zu verzeichnen.

Um 1,9 Prozent hat sich die Schülerzahl an den Gesamtschulen erhöht, absolut von 17 400 auf 17 700. Damit besuchten 7,6 Prozent aller Schüler eine Gesamtschule.

In all diesen Daten sind auch die Schüler an nicht-staatlichen allgemeinbildenden Schulen enthalten,

Tab.5: Schüler in allgemeinbildenden Schulen
1977 und 1978

Schulgattungen	1978	1977	Veränderung in %
Volksschule	108 302	117 257	- 7,6
Sonderschule	10 194	10 408	- 2,1
Realschule	31 086	31 042	+ 0,1
Gymnasium	64 500	63 545	+ 1,5
Gesamtschule	17 670	17 345	+ 1,9
Insgesamt	231 752	239 597	- 3,3

ihre Zahl stieg nochmals leicht auf 10 400, ihr Anteil auf 4,5 Prozent.

Rückläufig war die Zahl der Schüler an Sonderschulen, und zwar um 2,1 Prozent auf 10 200.

Über 5400 Kinder besuchten vorschulische Einrichtungen, das waren 2,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dabei stand wie früher einer Zunahme in den Vorschulklassen um 14,6 Prozent auf 3700 eine Ab-

nahme in den Schulkindergärten um 15,6 Prozent auf 1700 gegenüber.

Mehr Schüler im berufsbildenden Schulwesen

Korrespondierend zu den noch leicht angestiegenen Schülerzahlen in den oberen Jahrgängen der allgemeinbildenden Schulen ist auch die Zahl der Schüler in den staatlichen berufsbildenden Schulen in Tages- und Abendform (soweit diese der Aufsicht der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung unterstehen¹⁾) nochmals um 6,4 Prozent auf 62 600 angestiegen.

In dem vielgestaltigen System des berufsbildenden Schulwesens entfielen 45 600 Schüler auf die Berufsschulen; bei einer Zunahme von 8,2 Prozent erhöhte sich ihr Anteil auf fast 73 Prozent der oben genannten Schülerzahl.

Das zweitgrößte Kontingent stellen mit 7300 Schülern bzw. einem Anteil von knapp 12 Prozent die Berufsfachschulen (ohne Wirtschaftsgymnasien). Dies sind Schulen, die, ohne eine praktische Berufsausbildung beim Schüler vorauszusetzen, freiwillig in ganztägigem, mindestens ein Jahr umfassenden Unterricht zur Vorbereitung auf einen Beruf besucht werden. Eine große Bedeutung kommt hier den Berufsfachschulen für Verwaltungs- und Büroberufe, für hauswirtschaftliche und sozialpflegerische Berufe zu.

In den Fach- und Technikerschulen lernten zu Beginn des Schuljahres 1978/79 2400 Schüler, das sind etwas unter vier Prozent der Schüler an den staatlichen berufsbildenden Schulen. In diesen Schulen findet in Voll- oder Teilzeitform eine berufliche Weiterbildung zur bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung statt, wie dies z. B. typisch für Meisterschulen ist.

Nahezu gleich stark besetzt waren die Fachoberschulen mit rund 1800 Schülern, die Wirtschaftsgymnasien und das Berufsgrundbildungsjahr mit je 1700 Schülern sowie die Werkklassen mit 1600 Schülern. Besonders stark war dabei die Zunahme der Schüler des Berufsgrundbildungsjahres um 13,8 Prozent und der Werkklassen um 12,4 Prozent. Die beiden erstgenannten setzen einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß voraus. Die Fachoberschulen führen danach in zwei Jahren bei erfolgreichem Abschluß zur Fachhochschulreife, die berufsbezogenen Fachgymnasien nach drei Jahren bei erfolgreichem Abschluß zur Hochschulreife. Beim Berufsgrundbildungsjahr handelt es sich um den ersten Abschnitt einer mehrstufigen Berufsausbildung, der in Vollzeitform auf die anschließende Lehre vorbereitet. Die Werkklassen dienen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß zur praktischen Ausbildung.

Als Form mit der geringsten Schülerzahl (500) sind schließlich noch die Berufsaufbauschulen zu nen-

¹⁾ Über private berufsbildende Schulen sowie die staatlichen beruflichen Schulen außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (z. B. die Schulen des Gesundheitswesens oder die Verwaltungsschule) standen bei Redaktionsschluß noch keine aktuellen Zahlenangaben zur Verfügung; ihr Anteil an den Schülern im berufsbildenden Schulwesen in Hamburg beträgt jedoch weniger als zehn Prozent.

nen, die in Voll- oder Teilzeitform von Jugendlichen besucht werden, die in einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit stehen oder gestanden haben, und zwar neben der Berufsschule oder nach erfüllter Berufsschulpflicht. Hier vermittelt der erfolgreiche Abschluß die dem Realschulabschluß gleichgestellte Fachschulreife.

Zahl der Studenten auf über 39 000 gestiegen

Nach ersten Ergebnissen der Studentenstatistik für das Sommersemester 1978 hat sich die Zahl der Studenten an den Hamburger Hochschulen gegenüber dem gleichen Semester des Vorjahrs um 3,2 Prozent auf 39 100 erhöht. Nach wie vor stellt die Universität mit 28 500 Studenten bzw. 72,9 Prozent den größten Anteil, ihr Zuwachs gegenüber dem Sommersemester 1977 lag mit 2,9 Prozent jedoch unter dem Durchschnitt. Ein überdurchschnittliches Wachstum wiesen die Fachhochschule Hamburg mit 3,6 Prozent auf 6600, die Hochschule für Musik und darstellende Kunst mit 5,3 Prozent auf 650 und die Hochschule der Bundeswehr mit 11,9 Prozent auf 1700 Studenten auf. Mit ebenfalls etwa 1700 Studenten ist die Belegung der drei weiteren Hochschulen: der Hochschule für Wirtschaft und Politik, der Hochschule für bildende Künste und der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik – verglichen mit dem Vorjahr – etwa gleich geblieben. Bemerkenswert ist die weiterhin starke Zunahme der weiblichen Studenten an der Universität: Mit einer Zuwachsrate von 5,9 Prozent haben sie inzwischen einen Anteil von 39 Prozent an der Gesamtzahl der Studierenden erreicht, die Zahl der männlichen Studenten stieg demgegenüber nur um 1,1 Prozent. Dies entspricht dem zu beobachtenden Trend, daß die Zahl der Abiturienten in den Berufsschulen stark angestiegen ist und die Zahl der Schüler in den Abschlußklassen/-semestern der Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen, die die Absicht erklären, studieren zu wollen, rückläufig ist.

Vielfältige kulturelle Aktivitäten in neuer Form

Die hamburgische Kulturpolitik verzeichnete 1978 einige schöne Erfolge in ihrem Bemühen, über den traditionellen Interessentenkreis hinaus neue Teilnehmer an künstlerischen Aktivitäten zu gewinnen. Neben den Theater-, Musik- und sonstigen kulturellen Angeboten im gewohnten Rahmen gab es in dem Programm des „Hamburger Sommers mit Kultur und Künsten“ auch eine Vielzahl von Veranstaltungen in anderen als den herkömmlichen Darstellungsweisen. Zu offeneren Formen der Darbietung sind Schauspieler, Musiker und Literaten „mit der Kunst zum Bürger“ gegangen, und die Bürger haben dies in erfreulich großem Umfang angenommen. Zu den Veranstaltungen neuer Art gehörten als Höhepunkt das „Alstervergnügen“ mit Straßentheater, Folklore, Spiel-, Tanz- und Musikgruppen, ferner der Literaturmarkt „Literatrubel“ und die zahlreichen Mittwochmittagsauftritte „Schlag zwölf“; auch das Innenstadtfest „Rathausmarkt '78“ kann in diesem Zusammenhang erwähnt werden. An rein musikalischen Darbietungen sind hier vor allem die Promenadenkon-

zerte im Stadtpark, die Arkadenkonzerte und die Reihe „Frühschoppen klassisch“ zu nennen.

Fast alle diese Veranstaltungen haben viele Zuschauer und Zuhörer angezogen. Genaue Zahlen über den Besucherkreis sind jedoch – wie bei den meisten Kulturveranstaltungen – nicht bekannt. Einen der wenigen Bereiche des Kulturlebens, zu denen aktuelle statistische Informationen vorliegen, bilden die Museen. Von Januar bis September 1978 hatten die fünf staatlichen Hamburger Museen, die Kunsthalle, das Planetarium und der Bischofsturm 781 000 Besucher. Obwohl der Museumspädagogische Dienst des Kulturamtes 1978 in Zusammenarbeit mit den Museen ein interessantes Ferienprogramm für Schüler unter dem Motto „Im Museum könnt Ihr was erleben“ veranstaltet hat, war die Besucherzahl insgesamt um neun Prozent niedriger als in den ersten drei Quartalen des Jahres 1977. Ein besonders starker Besucherrückgang entstand für das Planetarium, das 1978 mehrere Wochen lang wegen Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten geschlossen werden mußte, und für die Kunsthalle, die während der Berichtszeit keine ihrer in den Jahren zuvor so attraktiven Sonderausstellungen eingerichtet hatte. Relativ hoch fiel – trotz leicht verlängerter Öffnungszeiten – auch der Besucherschwund des Altonaer Museums aus. Weniger ausgeprägt waren die Besucherverluste des Helms-Museums, des Völkerkundemuseums und des Bischofsturms. Die von der Besucherzahl her bedeutendste Hamburger Schausammlung, das Museum für Hamburgische Geschichte, hatte von Januar bis September 1978 etwas mehr Besucher als in den ersten neun Monaten des vorangegangenen Jahres. Das Museum für Kunst und Gewerbe erzielte hauptsächlich durch die außerordentlich erfolgreiche Sonderausstellung „Von Troja bis Amarna“, einer Sammlung antiker Kunst, einen beachtlichen Besucheranstieg und war in der Berichtszeit 1978 nach der Besucherzahl das zweitgrößte Hamburger Museum.

Daß es schwer ist, nach dem Erreichen eines hohen Niveaus noch Möglichkeiten zu weiteren Steigerungen zu finden, zeigen auch die Ausleihergebnisse der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen. Im Vergleich zu den Monaten Januar bis September 1977 sind die Bücherausleihungen in den ersten neun Monaten des Jahres 1978 um rund ein Prozent zurückgegangen. Die Zahl der ausgeliehenen Bände belief sich während dieser Zeit auf 5 736 000. Damit ist von dem 1,9 Millionen Bände ausmachenden Gesamtbestand der Bücherhallen während der ersten drei Quartale des Jahres 1978 jedes Buch im Durchschnitt dreimal von den Lesern ausgeliehen worden.

Wie die Hamburger Volkshochschule berichtet, haben sich an ihren über 2100 im Arbeitsjahr 1977/78 angebotenen Kursen gut 50 100 Hörer beteiligt; weit mehr als die Hälfte aller Teilnehmer hatten Sprachkurse belegt. Das Arbeitsjahr 1977/78 war anstelle der bislang üblichen Gliederung des jährlichen Lehrbetriebs in drei Trimester erstmals in zwei Semester eingeteilt. Ein Vergleich der Hörer- und Kursuszahlen des Jahres 1977/78 mit früheren Ergebnissen ist daher nicht zulässig.

Industrie

Belegungstendenzen durch Auslandsgeschäft und Verbrauchsgüter

Die wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Hamburgs ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres – stärker als in der Vergangenheit – derartig unterschiedlich verlaufen, daß es auf dieser Basis ebenso schwer fällt, zu einer einheitlichen Wertung des gesamten industriellen Bereichs wie zu einer begründeten Prognose für das noch ausstehende Quartal zu kommen. So werden in einigen Branchen, die in Hamburg ein erhebliches Gewicht besitzen, Sondereinflüsse wirksam, die sich aus der konjunkturellen Situation nicht erklären lassen. In diesem Zusammenhang spielen die seit langem zu beobachtenden Schwierigkeiten im Schiffbau ebenso eine Rolle wie spezielle Entwicklungen im Bereich der Kraftfahrzeugherstellung sowie der Kaffee- und Teeverarbeitung und der Ölmühlen.

Insgesamt betrug die Zahl der Beschäftigten in den Industriebetrieben mit 20 und mehr tätigen Personen im Zeitraum Januar bis September dieses Jahres im Monatsdurchschnitt 156 400 und lag damit um 2,6 Prozent unter dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Damit scheint sich auch in Hamburg der in den meisten Großstädten beobachtete Rückgang von Industriebeschäftigten fortzusetzen. Eine detailliertere Betrachtung der Monatsergebnisse zeigt jedoch, daß der September – der letzte Monat des hier zugrundegelegten Berichtszeitraums – das beste Beschäftigtergebnis des gesamten Jahres aufweist, das immerhin um mehr als 2000 Beschäftigte über dem Tiefpunkt im April lag. Erste vorläufige Ergebnisse für den Monat Oktober zeigen einen weiteren leichten Anstieg in der Zahl der tätigen Personen. Das ist insofern bemerkenswert, als in den früheren Jahren spätestens mit dem Monat Oktober jeweils ein deutlicher saisonaler Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen war.

Erhebliche Unterschiede zwischen den industriellen Branchen zeigen sich vor allem beim Umsatz. Die insgesamt in den ersten drei Quartalen dieses Jahres erzielten 20 Milliarden DM bedeuten zwar ein Minus von 3,9 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum; hier schlugen jedoch die schon erwähnten Sonderentwicklungen stark zu Buche. So läßt sich der gesamte Umsatzrückgang von rund 800 Millionen DM allein aus der Entwicklung der vier genannten Wirtschaftszweige erklären. Vor allem machte sich dabei der Preisrückgang für Kaffee, Tee und Ölfrüchte auf den Weltmärkten bemerkbar. Da die deutschen Hersteller offenbar den Rückgang der Einstandspreise an ihre Abnehmer weitergaben, resultierten daraus zwangsläufig Umsatzeinbußen, ohne daß die Produktionslage oder die Gewinnsituation der Betriebe davon beeinflusst wird. Läßt man die genannten Sonderentwicklungen einmal außer Ansatz, so lassen sich zwei generelle Aussagen treffen:

– Betriebe mit deutlichen Schwerpunkten im Auslandsgeschäft haben sich im allgemeinen besser entwickelt als Firmen, die ausschließlich auf die Inlandsnachfrage angewiesen waren. So konnten die hamburgischen Industriebetriebe ihren Aus-

landsabsatz trotz der ^{Auf} Abwertungseffekte der DM weiterhin steigern (+2,5 Prozent). Ungünstiger sah es dagegen im Inlandsbereich aus, wobei aber der Maschinenbau auch auf dem Inlandsmarkt expandieren konnte.

– Daneben zeigte sich, daß die unmittelbar am privaten Verbrauch orientierten Betriebe Fortschritte erzielten. Diese Aussage gilt sowohl für die Hersteller von Verbrauchsgütern als auch im wesentlichen für die Nahrungs- und Genußmittel verarbeitenden Betriebe.

Der Auftragseingang, als Indikator mit konjunkturellem Vorlauf, zeigt wertmäßig einen Anstieg um gut zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei war hier der Anstieg der inländischen Nachfrage höher als der aus dem Ausland. Eine Analyse der Monatsergebnisse zeigt, daß die Auftragseingänge in den letzten Monaten – vor allem unter dem Einfluß einer Nachfragebelebung auf den Inlandsmärkten – deutlich stärker gestiegen sind als noch zu Beginn des Jahres.

Tab. 6: Industrie ¹⁾ in Hamburg 1977 und 1978

Art der Angaben	Einheit	1977	Januar bis September		
			1977	1978	Veränderung in %
Beschäftigte (MD)	Anzahl	160 263	160 632	156 391	- 2,6
Geleistete Arbeiterstunden	in 1000	161 610	120 917	114 167	- 5,6
Bruttosumme der Löhne und Gehälter	in Mio. DM	5 171	3 750	3 888	+ 3,7
Inlandsumsatz	"	22 910	16 951	16 048	- 5,3
Auslandsumsatz	"	5 103	3 822	3 918	+ 2,5
Umsatz aus Eigenerzeugung ²⁾	"	28 013	20 773	19 966	- 3,9
davon in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung	"	10 965	8 359	8 249	- 1,3
Investitionsgüterherstellung	"	8 506	5 992	5 790	- 3,4
Verbrauchsgüterherstellung	"	1 428	1 059	1 088	+ 2,7
Nahrungs- und Genußmittelherstellung	"	7 114	5 363	4 839	- 9,8

1) Hauptbeteiligte Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (ohne Energieversorgung und Bauindustrie).
2) ohne Umsatzsteuer.

Arbeitsplatzentwicklung bereichsweise unterschiedlich

Bei den 750 hier zugrundeliegenden Mittel- und Großbetrieben der Industrie hat sich im Vergleich zu den entsprechenden Daten des Jahres 1977 die Zahl der Arbeitsplätze um rund 4000 verringert. Die Hälfte dieses Rückgangs betraf drei der beschäftigungsintensivsten Branchen im Investitionsgüterbereich: die Elektrotechnik, den Maschinenbau und den Schiffbau. Vor allem im Schiffbau fehlt es – wie aus der jüngsten öffentlichen Diskussion hinreichend bekannt – an entsprechenden Neubau- und Reparaturaufträgen. Ein leichter Personalzuwachs war im Straßenfahrzeugbau zu verzeichnen. Seine Zulieferfunktion für außerhamburgische Endfertigung gewinnt seit einiger Zeit an Bedeutung. Hier konnten schon im Vorjahr neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien lag der Beschäftigungsrückgang unter dem gesam-

ten Durchschnitt. Zwar gaben die Betriebe der Mineralöl- sowie der Gummi- und Asbestverarbeitung zusammen über 600 Arbeitskräfte ab; die Chemische Industrie, heute der drittgrößte Arbeitgeber der Stadt, und die NE-Metallindustrie konnten dagegen ihren Beschäftigtenstand von Ende September 1977 bis jetzt in etwa halten.

Bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern ging das Beschäftigteniveau um vier Prozent zurück, am deutlichsten und trotz guter Absatzsituation bei den Verarbeitern von Obst und Gemüse. Die Mineralwasserfabrikanten haben auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse dieses Sommers mit einer Zurücknahme der Zahl ihrer Mitarbeiter um beinahe zwei Fünftel reagiert. Beachtlich ist dagegen das Wachstum der Süßwarenindustrie, die über 600 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt hat.

Umsatzanstieg besonders in verbrauchsorientierten Zweigen

Der Umsatz der Industrie aus dem Verkauf eigener Erzeugnisse und Leistungen erreichte bis Ende September eine Höhe von knapp 20 Milliarden DM und lag damit um rund 800 Millionen DM unter dem Vorjahresniveau. An diesem Rückgang waren fast alle Industriehauptgruppen beteiligt, wenn auch mit sehr unterschiedlichem Gewicht und vor allem unter dem Einfluß einer Reihe von nicht allgemein gültigen Faktoren in einzelnen Branchen.

So ist der Umsatzrückgang im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe von fast zehn Prozent in der Hauptsache auf den geringeren Absatzwert der Ölmühlen sowie der Kaffee- und Teeverarbeitung zurückzuführen. Vorausgegangen waren hier teilweise drastische Preissenkungen auf den internationalen Rohstoffmärkten, die zusammen mit dem Kursanstieg der DM zu einer Senkung der Erzeugerpreise in diesen Industriezweigen führten, die auch an die Abnehmer weitergegeben wurde. Der Umsatzrückgang von rund 500 Millionen DM im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist fast ausschließlich auf diese beiden Branchen zurückzuführen und kann nicht als Maßstab für die tatsächliche reale Entwicklung gelten. Dies umso mehr als andere Wirtschaftszweige, die nicht so stark von Preisschwankungen für Rohstoffe berührt werden, teilweise durchaus beachtliche Umsatzausweitungen zu verzeichnen hatten.

Auch der rund dreiprozentige Rückgang im Investitionsgütersektor ist allein auf den Schiffbau und den Straßenfahrzeugbau zurückzuführen. So wichtige Branchen wie der Maschinenbau und der Stahl- und Leichtmetallbau konnten ihren Absatz steigern. Die Schwierigkeiten im Schiffbau sind strukturbedingt und mit Sicherheit nicht auf die Entwicklung des letzten Jahres zurückzuführen. Der starke Umsatzrückgang bei den Fahrzeugherstellern ist weitgehend durch die Methodik der Statistik im Produzierenden Gewerbe verursacht. Da in den hiesigen Betrieben neuerdings nur noch Zwischenprodukte gefertigt werden, sinkt der von Hamburger Niederlassungen fakturierte Anteil am außenwirksamen Umsatz überregionaler Unternehmen schon seit einiger Zeit, was

nicht typisch ist für die augenblickliche Konjunktur dieses Gewerbes.

Durchweg positive Veränderungsdaten haben die Verbrauchsgüterhersteller gemeldet, zu denen man in der Hansestadt dem Produktionsschwerpunkt nach eigentlich auch die Chemie und einen Teil der Elektrotechnik rechnen müßte. Mit Ausnahme der Textil- und Bekleidungsindustrie haben die meisten der im Verbrauchsgüterbereich tätigen Betriebe sowohl auf dem Inlandmarkt als auch im Ausland gute Verkaufserlöse erzielt. Nur bei der Kunststoffverarbeitung und den Druckereien hat sich das Wachstum geringfügig verlangsamt.

Erhöhte Absatzwerte im Verarbeitenden Handwerk

In der bisherigen Aussage sind die Daten über das Verarbeitende Handwerk außer Betracht geblieben. Die größeren Betriebe dieses Wirtschaftsbereichs werden zwar seit 1977 in die monatliche Konjunkturberichterstattung einbezogen, haben jedoch mit einem Beschäftigtenanteil von knapp zehn Prozent und einem noch um die Hälfte kleineren Umsatzanteil innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ein nicht allzu starkes Gewicht. Da das Handwerk weit überwiegend aus kleineren Betrieben besteht, muß offen bleiben, inwieweit die hier einbezogenen Betriebe von 20 und mehr Beschäftigten als repräsentativ für die Gesamtheit aller handwerklichen Betriebe angesehen werden können.

Die Ergebnisse für den hier behandelten Handwerksausschnitt zeigen im Neun-Monats-Vergleich eine deutliche konjunkturelle Belebung dieses Teils der mittelständischen Wirtschaft. Im Gegensatz zur Industrie ist der Inlandumsatz merklich gestiegen, vor allem dank günstiger Absatzentwicklungen bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern sowie der Investitionsgüterproduktion, darunter ganz besonders im Bereich des Metallgewerbes. Der Verkauf von Verbrauchsartikeln ist dagegen zurückgegangen. Der Beschäftigtenabbau war insgesamt niedriger als bei den nichthandwerklich ausgerichteten Betrieben. In einigen Branchen konnten sogar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings waren die geleisteten Arbeiterstunden bis Ende September rückläufig, was auf zum Teil nicht ausgelastete Kapazitäten hindeutet.

Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Strukturwandel im Baugewerbe noch nicht abgeschlossen

Ähnlich wie im Verarbeitenden Gewerbe ist die Beurteilung der Situation im Bauhauptgewerbe durch sehr uneinheitliche Entwicklungen erschwert. So liegt die Zahl der im Durchschnitt der ersten neun Monate eingesetzten Arbeitskräfte in diesem Jahr mit 30 100 zwar um rund sechs Prozent unter der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums; der Konkurs einer bedeutenden Baufirma Ende des letzten Jahres hat die Ergebnisse jedoch insofern beeinflusst, als deren

Beschäftigte fast das gesamte Jahr 1977 über noch in den Vergleichszahlen enthalten sind. Ohne diese Firma – deren Konkurs einige weitere mittelgroße Baubetriebe in wirtschaftliche Bedrängnis brachte – würden sich die Ergebnisse der Bauwirtschaft wesentlich günstiger darstellen. Innerhalb des Jahres 1978 stiegen nämlich die Beschäftigtenzahlen kontinuierlich auf 30 800 an. Allerdings wird man abwarten müssen, welche Beschäftigungseffekte das stark witterungsabhängige letzte Quartal noch bringen wird.

Die Menge der geleisteten Arbeitsstunden nahm um fast zehn Prozent ab. Auch hier schlägt sich naturgemäß der Ausfall der durch Konkurs aus dem Markt ausgeschiedenen Firmen in der Vergleichsrechnung nieder, wobei die ungewöhnlich schlechten Witterungsbedingungen im Februar/März dieses Jahres mit Arbeitsausfällen zwischen 20 und 25 Prozent verstärkend wirkten.

Ähnliche Vergleichsstörungen sind auch in der Umsatzentwicklung zu beachten. In den ersten neun Monaten wurden vom Bauhauptgewerbe 1,5 Milliarden DM Umsatz erwirtschaftet, was einem Umsatzrückgang von knapp 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Anzumerken gilt, daß die aus dem Markt ausgeschiedene Großfirma in erheblichem Umfang überregional tätig war, so daß die übrigen Hamburger Baufirmen nicht unmittelbar durch Übernahme von Aufträgen profitieren konnten. Des Weiteren spielte eine Rolle, daß die verschiedentlich auf 1977 vorgezogenen Baufertigstellungen – insbesondere im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau – sowie das witterungsbedingte schlechte Bauergebnis im ersten Quartal 1978 auf die diesjährigen Veränderungsdaten negativ eingewirkt haben.

Für die Zukunft signalisiert der kräftige und kontinuierliche Anstieg der Auftragseingänge in allen Bausparten ein Ende der Nachwirkungen der Baukrise der vorangegangenen Jahre. Inwieweit sich daraus Beschäftigungseffekte ergeben, wird davon

den sind Steigerungen der Bauproduktion auch ohne erhöhten Arbeitseinsatz möglich.

Straßenbauunternehmen ausgelastet

Ein Überblick über die verschiedenen Bausparten zeigt, daß vor allem im Straßenbau der augenblickliche Facharbeitermangel bei einigen Betrieben zu Produktionshemmnissen geführt hat, so daß teilweise ein Nachfrageüberhang besteht. Immerhin hat die Ausdehnung der staatlichen Investitionstätigkeit in der Branche eine Steigerung der Arbeitsstundenzahl um über vier Prozent und eine Umsatzausweitung von mehr als neun Prozent ermöglicht. Auch im sonstigen Tiefbau konnte das Umsatzvolumen trotz einer Abnahme in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden beträchtlich ausgedehnt werden (+16 Prozent).

Ungünstiger stellte sich dagegen die Situation im Wohnungsbau und auch im gewerblichen und industriellen Bau dar, wobei vor allem im Wohnungsbau niedrigere Ergebnisse als im Vorjahr hingenommen werden mußten. Auch wenn im Eigenheimbau – wohl nicht zuletzt in der Erwartung kurzfristig wieder steigender Hypothekenzinsen und Baukosten – eine sehr günstige Auftrags- und wohl auch Umsatzlage dominiert, zeigt sich doch eine verringerte Bautätigkeit vor allem im Mietwohnungsbau. Der durch die Auftragsbestände repräsentierte Nachfrageüberhang und nicht zuletzt der in der Bautätigkeitsstatistik sichtbar werdende Bauüberhang läßt aber auf verstärkte Impulse im kommenden Jahr schließen.

Seit 1977 sind auch die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten des Ausbaugewerbes in die statistische Berichterstattung einbezogen. Bei den größeren Betrieben dieses – im übrigen weit überwiegend kleinbetrieblich zusammengesetzten – Bereichs zeigen sich die gleichen Entwicklungen wie im Bauhauptgewerbe. Allerdings dürfte gerade hier die Entwicklung der wenigen „Großbetriebe“ nicht ohne weiteres als gültig für den gesamten Sektor der ausbaugewerblichen Handwerksbetriebe angesehen werden.

Tab. 7: Bauhauptgewerbe in Hamburg 1977 und 1978

Art der Angaben	Einheit	1977	Januar bis September		
			1977	1978	Veränderung in %
Bauhauptgewerbe 1)					
Beschäftigte (MD)	Anzahl	31 872	31 986	30 062	- 6,0
Geleistete Arbeiterstunden	in 1000	46 241	34 774	31 318	- 9,9
davon für Wohnbauten	"	13 441	10 191	8 175	- 19,8
gewerbliche und industrielle Bauten	"	16 502	12 623	11 275	- 10,7
Öffentliche und Verkehrsbauten	"	16 298	11 960	11 868	- 0,8
davon im Hochbau	"	4 152	2 973	3 022	+ 1,6
Straßenbau	"	3 824	2 874	2 997	+ 4,3
sonstigen Tiefbau	"	8 322	6 113	5 849	- 4,3
Baugewerblicher Umsatz 2) Mio. DM		2 997	1 831	1 541	- 15,8

1) Hochgerechnet auf alle Betriebe nach dem Stand von Juni des jeweiligen Vorjahres aus der Monatsberichterstattung über Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

2) ohne Auslandsumsatz und ohne Umsatzsteuer.

abhängen, in welchem Ausmaß die während des Konjunkturerinbruchs stillgelegten Reserven an Maschinenkapazität mobilisiert werden. Unter Umständen

Unterschiedliche Entwicklungen im Wohnungsbau

Von Oktober 1977 bis September 1978 nahm die Zahl der fertiggestellten Wohnungen um ein Viertel auf nunmehr 7300 Einheiten ab. Bei der Beurteilung dieses Rückgangs ist jedoch zu beachten, daß aufgrund des Investitionszulagengesetzes sowie der günstigen Finanzierungsbedingungen auf dem Kapitalmarkt im Vorjahr eine Reihe von Bauvorhaben vorgezogen wurden. Darauf weist eindeutig auch der relativ geringe Bauüberhang in diesem Zeitraum hin, der den Bestand an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen repräsentiert. Trotz des Rückgangs bei den Wohnungen ist die Zahl der fertiggestellten Wohngebäude im letzten Jahr um knapp ein Fünftel gestiegen. Diese gegenläufige Entwicklung findet ihre Erklärung darin, daß in diesem Jahr der Bau von Eigenheimen – mit einer naturgemäß geringeren Anzahl von Wohnungen – im Vordergrund stand. Infolge des großzügigeren Wohnungs-

zuschnitts im Eigenheimbau stieg die durchschnittliche Wohnfläche je fertiggestellter Wohnung auf fast 89 m² an.

Der Schwerpunkt der Wohnbautätigkeit lag dabei im Alstertal und in den Walddörfern im Norden Hamburgs sowie im Ortsamtsgebiet Blankenese im Westen der Stadt und dort überwiegend in den Elbvororten Rissen, Osdorf und Iserbrook. Für eine Reihe weiterer Vorhaben ist das Genehmigungsverfahren bereits angelaufen, so daß in nächster Zukunft mit anhaltenden Bauaktivitäten gerechnet werden kann.

Im Nichtwohnbau ist die Zahl der fertiggestellten Gebäude um vier Prozent zurückgegangen, der umbaute Raum dagegen verzeichnete einen Anstieg um 80 Prozent, was auf die Errichtung weitaus größerer Gebäude schließen läßt. Auf der Basis der veranschlagten Baukosten zählen zu den bedeutendsten Bauobjekten:

- drei Verwaltungsgebäude in der City-Nord
- zwei Bürogebäude in Eilbek und St. Georg
- zwei gewerbliche Betriebsgebäude in Billstedt
- eine Lagerhalle im Containerumschlagshafen Waltershof
- die Berufsschule Lohbrügge
- eine Alten- und Kinderbetreuungsstätte in Eppendorf.

Eine völlig andere Entwicklung ergibt sich bei den Baugenehmigungen. Hier wurden zwischen Oktober 1977 und September 1978 6200 Wohnungen genehmigt, gut ein Drittel mehr als im gleichen Zeitraum 1976/77. Eine ebenso hohe Steigerungsrate wurde bei den Wohngebäuden verzeichnet. Aus beiden Daten wird – nach dem starken Rückgang der Ge-

Tab. 8: Baufertigstellungen und Baugenehmigungen in Hamburg 1976/77 und 1977/78

Art der Angaben	Oktober 1976 bis September 1977	Oktober 1977 bis September 1978	Veränderung in %
Baufertigstellungen			
Wohngebäude	1 709	2 038	+ 19,3
Wohnfläche in 1000 m ²	748	647	- 13,5
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in m ²	76,6	88,6	+ 15,7
Nichtwohngebäude	510	489	- 4,1
Umbauter Raum in 1000 m ³	3 866	6 944	+ 79,6
Nutzfläche in 1000 m ²	756	802	+ 6,1
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	9 762	7 302	- 25,2
Baugenehmigungen			
Wohngebäude	1 930	2 611	+ 35,3
Nichtwohngebäude	418	592	+ 41,6
Umbauter Raum in 1000 m ³	3 678	4 383	+ 19,2
Nutzfläche in 1000 m ²	596	826	+ 38,6
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	4 597	6 201	+ 34,9

nehmigungen im letzten Jahr – eine Belebung des Wohnungsbaus sichtbar, so daß künftig auch mit hö-

heren Fertigstellungen auf diesem Sektor gerechnet werden kann.

Auch im Nichtwohnbau ist gegenüber dem Vergleichszeitraum 1976/77 eine starke Aufwärtsentwicklung zu erkennen: Die Zahl der Genehmigungen hat sich um gut zwei Fünftel erhöht. Beachtliche Zunahmen verzeichneten auch umbauter Raum und Nutzfläche dieser Gebäude.

Mehr öffentliche Tiefbauvergaben

Im Zeitraum Oktober 1977 bis Ende September 1978 beliefen sich die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand auf insgesamt 446 Millionen DM (im Einzelbetrag von mindestens 25 000 DM). Dieser Betrag lag um gut 36 Millionen DM bzw. um neun Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Überdurchschnittlich erhöht (+41 Prozent) hat sich die Vergabesumme bei den sonstigen Tiefbauten (hierzu gehören vor allen Dingen die Arbeiten im Zusammenhang mit dem S-Bahnbau), die sich in der Berichtsperiode auf über 150 Millionen DM beliefen: sie bildeten den stärksten Posten in diesem Bereich. Nur etwas geringer war die Summe bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten (dazu zählt überwiegend der Sielbau), die sich gegenüber dem Vorjahr allerdings um ein Zehntel verringerte.

Zu den größten Tiefbaumaßnahmen im Berichtszeitraum gehörten:

- der Schnellbahnbau in Hammerbrook
- Bundesautobahnarbeiten in Moorfleet und Altengamme auf der Strecke Hamburg–Geesthacht
- der Bau von Abwasseranlagen am Köhlbrandhöft
- die Neue Schleuse im Harburger Hafenbereich
- verschiedene Flutsicherungsmaßnahmen.

Tab. 9: Auftragsvergaben¹⁾ im Tiefbau in Hamburg 1976/77 und 1977/78
in Mio. DM

Art der Tiefbaumaßnahmen	Oktober 1976 bis September 1977	Oktober 1977 bis September 1978	Veränderung in %
Straßenbauten (insbes. Unter-/Erhaltung)	83,1	127,2	+ 53,1
Straßenbrückenbauten	19,6	17,9	- 8,7
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	34,0	27,5	- 19,1
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	165,7	149,0	- 10,1
Sonstige Tiefbauten	106,8	150,9	+ 41,3
Tiefbaumaßnahmen insgesamt ²⁾	409,2	445,5	+ 8,9
dar. Einzelaufträge von 1 Mio. DM und mehr	204,1	263,5	+ 29,1

1) Einzelaufträge von mindestens 25 000 DM Auftragssumme, einschl. des vom Bauherrn gestellten Materials.

2) ohne die von der OFD Hamburg verwalteten Auftragsvergaben für Bundesbauten.

Baupreise wieder steigend

Der Preisindex für Wohngebäude stieg im August 1978 auf 176,4 (1970 = 100) und lag damit um 4,9

Prozent über dem entsprechenden Stand des Vorjahres. Die Preisberuhigung – von August 1976 auf August 1977 stieg der Index nur um 4,5 Prozent – war von kurzer Dauer. Durch die konjunkturelle Belebung auf dem Bausektor ist der Preisanstieg wieder etwas stärker geworden. Überdurchschnittlich verteuerten sich die Bauleistungen für Mehrfamiliengebäude (+5,1 Prozent). Mit einem Indexwert von 177,8 liegt diese Gebäudeart an der Spitze der Wohngebäudearten. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren war der Preisanstieg für Rohbauarbeiten 1978 größer als für Ausbauarbeiten (5,8 Prozent bzw. 4,3 Prozent). Trotzdem liegt der Index für Ausbauarbeiten im Vergleich zu 1970 noch um 26 Prozentpunkte über demjenigen für Rohbauarbeiten.

Auch für Nichtwohngebäude zeigten sich 1978 verstärkte Preisauftriebstendenzen. Der Index für Bürogebäude lag im August um 5,4 Prozent und der für gewerbliche Betriebsgebäude um 4,7 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Bei den Bauwerken „Straßenbau“ und „Brücken im Straßenbau“ betrug die Preissteigerungen im gleichen Zeitraum 4,8 Prozent bzw. 5,3 Prozent. Hierbei muß jedoch gesehen werden, daß der augenblickliche Indexstand, nämlich 127,7 im Straßenbau und 150,1 für Brücken im Straßenbau, wesentlich niedriger ist als die entsprechenden Werte für Wohn- und für Nichtwohngebäude.

Tab. 10: Preisindizes für Bauwerke in Hamburg
1977 und 1978

1970 = 100

Bauwerksarten	August 1977	August 1978	Veränderung in %
Wohngebäude	168,1	176,4	+ 4,9
davon Rohbauarbeiten	153,8	162,7	+ 5,8
Ausbauarbeiten	180,9	188,7	+ 4,3
Einfamiliengebäude	168,7	176,7	+ 4,7
Mehrfamiliengebäude	169,2	177,8	+ 5,1
Gemischt genutzte Gebäude	162,2	170,0	+ 4,8
Bürogebäude	162,0	170,7	+ 5,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	156,0	163,3	+ 4,7
Straßenbau	121,9	127,7	+ 4,8
Brücken im Straßenbau	142,5	150,1	+ 5,3

Handel und Verkehr

Uneinheitliche Entwicklung im Handel

Im Hamburger Groß- und Außenhandel war die Geschäftsentwicklung in den einzelnen Branchen bis September 1978 sehr unterschiedlich. Den höchsten Umsatzzuwachs verzeichnete der Großhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen. Weit überdurchschnittlich verlief die Entwicklung aber auch bei pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, bei technischem und Spezialbedarf sowie bei Fahr-

zeugen und Maschinen. Insgesamt jedoch ergab sich infolge von Abschwächungstendenzen seit Jahresmitte bis September eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr.

Im Einzelhandel hat nach der schwachen Entwicklung des Vorjahres das Kaufinteresse etwas angezogen. So zeichnete sich bis einschließlich September eine nominale Umsatzsteigerung von 5,6 Prozent ab, die preisbereinigt noch einer geringen Zunahme von rund drei Prozent entspricht. Damit verlief die Entwicklung in Hamburg fast so günstig wie im Bundesgebiet.

Nach der Stagnation im Vorjahr konnten die Warenhäuser in diesem Jahr ein Plus von vier Prozent verzeichnen; dagegen erreichten der Facheinzelhandel, auf den zwei Drittel des Einzelhandelsumsatzes entfallen, und der Versandhandel mit fast sechs Prozent wiederum ein deutlich besseres Ergebnis als die Warenhauskonkurrenz. Erwähnenswert ist, daß die größeren Filialunternehmen mit einem Umsatzplus von knapp zehn Prozent wieder stärker expandierten als die kleineren Firmen mit nur rund vier Prozent.

Die höchsten Zuwachsraten konnten im Einzelhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen erzielt werden; aber auch im Handel mit Blumen und Pflanzen, mit Uhren und Schmuckwaren, mit Kraftfahrzeugen, mit Oberbekleidung verschiedener Art und mit Schuhen wurden weit überdurchschnittliche Zuwachsraten erreicht. Aufgrund der bisher bekannten Entwicklung läßt sich der gesamte Einzelhandelsumsatz für 1978 auf etwa 15,2 Mrd. DM schätzen.

Erneutes Spitzenergebnis im Hamburger Hafen

Bis einschließlich Oktober 1978 wurden im Hamburger Hafen 45,5 Millionen Tonnen Seegüter umgeschlagen. Damit wurde trotz Hafentarbeiterstreiks das hohe Umschlagsniveau des letzten Jahres noch um drei Prozent übertroffen.

Bemerkenswert ist die Entwicklung im Stückgutverkehr, der sich infolge der anhaltenden Exportzunahmen im Versand um 13 Prozent ausgeweitet hat. Aber auch auf der Empfangsseite wurde bedeutend mehr Stück- und Sackgut umgeschlagen als im letzten Jahr. Eine Rolle spielte dabei die vermehrte Einfuhr von Südfrüchten sowie der Empfang von Holz.

Der Umschlag von Massengut erreichte bis Ende Oktober 31,3 Millionen Tonnen und blieb damit gegenüber den zehn Monaten des Vorjahres nahezu konstant. Die Flüssigkeitsladungen – sie bilden allein ein Drittel des gesamten Hafenumschlags – verminderten sich um fünf Prozent bzw. um 825 000 Tonnen. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf geringere Rohölanlandungen und auf weniger Mineralölprodukte im Versand zurückzuführen. Dagegen wurden beim Saug- und Greifergut überdurchschnittliche Umschlagsgewinne erzielt. Hierfür ausschlaggebend war die Einfuhr von Ölfrüchten sowie wiederum von Eisenerzen durch die Anfang des Vorjahres eröffnete Hafenanlage Hansa-

Tab. 11: Güterverkehr über See
des Hafens Hamburg 1976 bis 1978

Mengen in 1000 t

Art des Verkehrs	1976	1977	Januar bis Oktober		Veränderung in %
			1977	1978	
Empfang	38 120	38 788	31 828	32 871	+ 3,3
dav. Stückgut	7 349	7 339	6 198	6 455	+ 4,1
Massengut	30 771	31 449	25 630	26 416	+ 3,1
Versand	14 340	14 786	12 449	12 609	+ 1,3
dav. Stückgut	7 424	8 367	6 872	7 729	+ 12,5
Massengut	6 916	6 419	5 577	4 880	- 12,5
Gesamtumschlag	52 460	53 574	44 277	45 480	+ 2,7
dav. Stückgut	14 773	15 706	13 070	14 184	+ 8,5
Massengut	37 687	37 868	31 207	31 296	+ 0,3

port. Insgesamt gesehen verzeichnete das Massengut im eingehenden Verkehr ein Plus von gut drei Prozent, während der Versand um nicht ganz 13 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb.

Die durchweg günstige Entwicklung im Hamburger Hafen ist zu einem guten Teil auf den Transitverkehr zurückzuführen, der sich bis Ende September gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1977 um ein Zehntel auf 8,5 Millionen Tonnen – das sind fast ein Fünftel des gesamten Hafenumschlags – ausgeweitet hat. Allerdings sind in dieser Zahl auch die kurzfristig auf offene Zolllager verbrachten Güter (überwiegend Getreide und Futtermittel für die DDR und CSSR) enthalten, die allein 2,4 Millionen Tonnen betragen.

Besonders hervorzuheben ist die starke Expansion des Transitverkehrs mit Österreich, der in den ersten neun Monaten des Jahres 1978 um 46 Prozent auf 1,2 Millionen Tonnen angestiegen ist. Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf den verstärkten Import von Eisenerzen und Rohphosphaten zurückzuführen. Eine ebenso hohe Steigerungsrate verzeichnete der über den Hamburger Hafen geleitete Außenhandel mit Ungarn. Auch hier spielte neben Düngemitteln die Einfuhr von Rohphosphaten eine Rolle. Eine bedeutende Position nimmt auch in diesem Jahr wieder die CSSR ein, deren Durchfuhr sich infolge des gestiegenen Empfangs von Mais und Ölkuchen um 18 Prozent auf fast zwei Millionen Tonnen ausgeweitet hat. Um ein Viertel über dem Ergebnis des Vorjahres lag der Transitverkehr mit Dänemark, Schweden und Norwegen, die aber insgesamt nur ein Volumen von 561 000 Tonnen erreichten. Der Durchgangsverkehr von und nach der DDR ging in diesem Jahr um 12 Prozent auf 2,1 Millionen Tonnen zurück. Die Ursache waren – wie schon im letzten Jahr – verringerte Getreidelieferungen über Hamburg infolge der guten Ernteerträge in den RGW-Staaten sowie ein weit geringeres Transportvolumen von Kalidüngemitteln im Versand.

Für das gesamte Jahr kann im Hafen mit einem Umschlagsvolumen von 55,0 Millionen Tonnen gerechnet werden. Davon dürften 17,0 Millionen Tonnen auf Stückgüter und 38,0 Millionen Tonnen auf Massengüter entfallen.

Weiterhin Aufwärtsentwicklung im Containerverkehr

Besonders günstig war auch in diesem Jahr wieder die Entwicklung im Containerverkehr. Von Januar bis Oktober wurden insgesamt 392 000 Großcontainer (20 Fuß und mehr) umgeschlagen, fast ein Drittel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auf 20'-Basis umgerechnet entspricht dies einer Stückzahl von 499 000 Behältern. Einen ebenso starken Anstieg verzeichnete auch das Bruttogewicht der beladenen Behälter, das bis Ende Oktober gut 4,3 Millionen Tonnen aufwies.

Die absolut größte Zunahme wurde im Verkehr mit Afrika, insbesondere mit den west- und südafrikanischen Ländern, verzeichnet. Hier erhöhte sich die Zahl der umgeschlagenen Container um mehr als 24 000 auf jetzt 41 000 Einheiten. Ähnlich hoch lag der Zuwachs im Verkehr mit den asiatischen Fahrtgebieten, der mit 163 000 Behältern mittlerweile gut zwei Fünftel des gesamten Containerumschlags auf sich vereinigte. Stark angestiegen ist in dieser Relation besonders der Verkehr mit dem Gebiet am Persischen Golf. Offenbar gehen auch die erdölexportierenden Länder in vermehrtem Maße dazu über, ihre aus dem Erlös der Öllieferungen basierenden Importe von hochwertigen Industrieerzeugnissen in Containern abzuwickeln. An dritter Stelle rangiert mit einem Plus von 22 000 Behältern der Europaverkehr. Hervorzuheben ist dabei die Umschlagszunahme mit den skandinavischen Ländern (+12 500) und Großbritannien. Beachtlich angestiegen ist in diesem Jahr infolge des gestiegenen Außenhandels mit den süd- und mittelamerikanischen Staaten auch der Containerverkehr mit dem amerikanischen Kontinent (+ 17 400).

Für das gesamte Jahr 1978 kann mit einem Umschlag von rund 476 000 Großcontainern – auf 20'-Basis waren dies 605 000 Behälter – gerechnet werden, die ein Bruttogewicht von 5,3 Millionen Tonnen aufweisen. Damit hat Hamburg den Vorsprung vor dem nächst größten deutschen Containerhafen Bremen weiterhin vergrößert.

Positive Entwicklung in der Binnenschifffahrt

Die Binnenschifffahrt hat in den ersten neun Monaten im Hamburger Hafen über 8,4 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Damit lag das Transportvolumen dieses Verkehrsträgers um ein Drittel über dem Niveau des Vorjahres. Am meisten dazu beigetragen hat der Versand, der sich um 43 Prozent auf fast fünf Millionen Tonnen erhöhte. Aber auch im eingehenden Verkehr ist eine stark positive Entwicklung zu verzeichnen: Bei einem Beförderungsaufkommen von 3,4 Millionen Tonnen wurde das Vorjahresergebnis um ein Fünftel übertroffen. Während im Untereiberverkehr das Gütervolumen zurückging, hat sich der Verkehr in Richtung Oberelbe um mehr als die Hälfte ausgeweitet. Zurückzuführen ist diese Entwicklung einerseits auf die Existenz des Elbeseitenkanals. Die neue Wasserstraße verbindet den Oberlauf der Elbe bei Artlenburg mit dem Mittellandkanal und hat dadurch zum Teil ganz neue Verkehrsbezirke für den Hamburger Hafen erschlossen. Außerdem wird ge-

genüber dem früheren Transportweg über die Oberelbe die Entfernung zu den Industriestandorten am westdeutschen Wasserstraßennetz um rund 200 km kürzer. So hat der Verkehr zwischen Hamburg und dem Mittellandkanalgebiet in den ersten acht Monaten um fast das Zweieinhalbfache auf 1,7 Millionen Tonnen zugenommen. Von Bedeutung war hierbei der Versand von Mineralöl und Eisenerzen. Im Verkehr nach Hamburg bestand das Ladungsaufkommen vor allem aus Düngemitteln sowie aus Steinen und Erden. In beiden Verkehrsrichtungen spielten Futtermitteltransporte eine erhebliche Rolle.

Zum anderen haben der relativ milde Winter sowie hohe Wasserstände während der Sommerperiode auch den Verkehr, der nach wie vor auf der Oberelbe zur DDR, in die Tschechoslowakei und nach Berlin läuft, erheblich begünstigt. Um drei Viertel größer ist dieses Mal der Verkehr mit der DDR, der hauptsächlich auf den erhöhten Versand von Futtermitteln zurückzuführen ist. Im Empfang waren für den Umschlag Eisen und Stahl sowie Düngemittel und Chemikalien von entscheidender Bedeutung, aber auch der Transport von Kupfer in beiden Verkehrsrichtungen spielte bei dieser Entwicklung eine ausschlaggebende Rolle. Bemerkenswert ausgeweitet hat sich der Verkehr mit der CSSR (25 Prozent), hervorgerufen durch den zunehmenden Empfang von Eisen und Stahl sowie durch die Beförderung von Kohle nach Hamburg. Im Berlinverkehr, der gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel angestiegen ist, hängt das hohe Transportaufkommen fast ausschließlich mit den stark zugenommenen Mineralöllieferungen zusammen.

Am Ende des Jahres wird mit einem Gesamtumschlag von über 11,4 Millionen Tonnen gerechnet. Damit würde die Binnenschifffahrt die Rückschläge der letzten Jahre nicht nur ausgeglichen haben, sondern auch ein neues Rekordergebnis in der Nachkriegszeit anstreben.

Transportvolumen in der Hafenschifffahrt rückläufig

Im Gegensatz zur Binnenschifffahrt ist das Transportaufkommen in der Hafenschifffahrt zurückgegangen. In den ersten neun Monaten wurden im Hamburger Hafen über vier Millionen Tonnen Güter mit Schuten befördert, acht Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Während das Sack- und Stückgutaufkommen sich kaum veränderte, hat sich der Umschlag von Massengut um zehn Prozent auf drei Millionen Tonnen verringert. Verursacht wurde diese Abnahme durch stark verminderte Kohle-/Koks-Transporte (-26 Prozent); der Umschlag von insgesamt 1,4 Millionen Tonnen Getreide, Futtermitteln und Ölsaaten erreichte dagegen zusammen ein Plus von vier Prozent. Der Gesamtumschlag in der Hafenschifffahrt dürfte im Jahr 1978 rund 5,4 Millionen Tonnen erreichen.

Positive Entwicklung im Fremdenverkehr

Das Hamburger Beherbergungsgewerbe mit rund 350 Betrieben und etwa 16.300 Betten konnte nach einem Rückgang im Vorjahr für den Zeitraum Ja-

nuar bis September dieses Jahres eine Zunahme der Übernachtungszahl um gut drei Prozent verzeichnen. Zu dieser Entwicklung haben ausschließlich die Inlandsgäste beigetragen (+5,4 Prozent Übernachtungen), während die Ausländerübernachtungen (-2,2 Prozent) weiter zurückgingen. Die Schwankungen der Zahlen für die monatlichen Übernachtungen sind beträchtlich. Im April gab es fast zehn Prozent mehr, dagegen im August fast fünf Prozent weniger Übernachtungen als im gleichen Monat des Vorjahres. Im einzelnen konnten die Beherbergungsbetriebe in der Zeit von Januar bis Mai, im Juli und im September deutlich mehr Übernachtungen von Inlandsgästen verzeichnen, während die Entwicklung der Übernachtungszahlen bei den Ausländern sehr uneinheitlich war.

Zum Teil erhebliche Veränderungen gab es bei den wichtigsten Herkunftsländern. So war bei den Besuchern aus Skandinavien (außer Norwegen) ein Rückgang zwischen zehn und über 20 Prozent festzustellen. Es kamen aber auch weniger Spanier (-16 Prozent) und Japaner (-9 Prozent) in die Hansestadt.

Dagegen erhöhte sich die Zahl der Gäste aus Großbritannien (+22 Prozent) und Österreich (+19 Prozent) erheblich. Auch aus Belgien, der Schweiz und Frankreich wurden in nennenswertem Maße mehr Reisende gezählt. Für das ganze Jahr kann man die Gästezahl auf gut 1,5 Mio. schätzen; davon dürften 430.000 aus dem Ausland kommen. Die Zahl der Übernachtungen wird sich voraussichtlich auf knapp 2,7 Mio. erhöhen; auf ausländische Besucher entfallen davon etwa 770.000.

Die leicht positive Entwicklung im Fremdenverkehr wirkte sich günstig auf das Beherbergungsgewerbe aus. So stiegen die Übernachtungsumsätze um mehr als elf Prozent, während sich die Erlöse aus der Verpflegung nur um knapp vier Prozent erhöhten.

Im Gaststättengewerbe wurde ein Plus von zwei Prozent erzielt. Für das gesamte Gastgewerbe ergibt sich damit bis August eine Umsatzerhöhung von knapp vier Prozent. Bezogen auf das ganze Jahr 1978 würde dies zu einem Umsatz von 1,14 Mio. DM führen.

Wieder mehr Reisende im Flugverkehr

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel fast 3,3 Mio. Passagiere (ohne Transitreisende) gezählt. Damit wurde das Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraumes um fast drei Prozent übertroffen. An dem Anstieg des Passagieraufkommens war mit 58.000 Personen überwiegend der Linienverkehr beteiligt, der es bis Oktober auf fast 2,7 Mio. Fluggäste brachte. Aber auch beim Gelegenheitsverkehr, der überwiegend vom Pauschalreiseverkehr bestritten wird, wurden durch ein Plus von 37.000 bis Oktober 720.000 Personen gezählt. Zur Gesamtentwicklung hat der Verkehr mit dem Ausland in wesentlich stärkerem Ausmaß als der Inlandsverkehr beigetragen.

Das mit Flugzeugen beförderte Frachtaufkommen (ohne Transit) ging um über acht Prozent auf 20.500 t

zurück. Hier lag die Ursache im wesentlichen in der Einstellung der Nachfrachtverbindung mit Frankfurt und der Verlagerung dieser Fracht zum Teil auf die Straße. Auch im Luftpostverkehr ergab sich mit einem Minus von über 20 Prozent ein starker Rückgang.

Aufgrund der bisher bekanntgewordenen Tendenzen dürfte das Passagieraufkommen (ohne Transitreisende) für das ganze Jahr 1978 3,9 Mio. erreichen. Bei der Luftfracht kann mit knapp 25 000 t und bei der Luftpost mit rund 7000 t gerechnet werden (jeweils ohne Transit).

Mehr Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr

Bis einschließlich September wurden in diesem Jahr im öffentlichen Personennahverkehr über 431 Mio. Fahrgäste registriert. Nach dem leichten Rückgang im Vorjahr ist dies eine Steigerung von mehr als einem Prozent. Das größte Plus konnte der Omnibusverkehr verbuchen, dessen Gewinn wiederum zu Lasten der Straßenbahn ging und der dadurch einen Anteil des Gesamtaufkommens von über 43 Prozent erreichte. Aber auch die Schnell- und Vorortbahnen hatten einen leichten Zuwachs.

Damit zeigte sich erstmals seit 1974 trotz weiterhin ungünstiger Einflüsse (sinkende Bevölkerungszahl, steigender Pkw-Bestand, längerer Urlaub) eine positive Entwicklung des Beförderungsaufkommens. Zu diesem Ergebnis hat vor allem die höhere Zahl Auszubildender und älterer Fahrgäste beigetragen. Für das ganze Jahr 1978 wird die Zahl der beförderten Personen etwa 588 Mio. betragen; das ist rund ein Prozent mehr als im Vorjahr.

Starke Zunahme der Krafträder

Am 1. Juli 1978 waren in Hamburg 590 000 Kraftfahrzeuge registriert, davon 537 000 Personen- und Kombinationskraftwagen. Damit hat sich die Expansion des Kraftfahrzeugbestandes mit drei Prozent weiter fortgesetzt. Die Zahl der Krafträder stieg mit 17 Prozent am stärksten, wodurch die anhaltende Beliebtheit dieser Fahrzeugart als privates Verkehrsmittel und Freizeitgerät zum Ausdruck kommt. Im Durchschnitt kommen auf 1000 Einwohner 353 Kraftfahrzeuge.

Von Januar bis September dieses Jahres wurden 61 000 Kraftfahrzeuge neu in den Verkehr gebracht, gut ein Prozent mehr als im Vorjahr. 90 Prozent davon sind Personenkraftwagen und Kombis. Bei den Pkw wurden Mittelklassewagen mit einem Hubraum zwischen 1500 und 2000 cm³ wieder mit Abstand am häufigsten gekauft. Fast die Hälfte aller erstmals zugelassenen Personenkraftwagen lagen in dieser Größenklasse. Bemerkenswert ist der wiederum starke Anstieg bei den Wagen mit mehr als 2 l Hubraum. Auch Fahrzeuge mit 1200 bis 1500 cm³ wurden erheblich mehr als im Vorjahr gekauft, so daß diese Gruppe nach der Stagnation im Vorjahr wieder an Bedeutung gewonnen hat. Stark zurückgegangen ist

die Nachfrage nach Fahrzeugen mit weniger als 1200 cm³.

Geringerer Anstieg der Verkehrsunfälle mit Personenschaden

1978 ereigneten sich bis einschließlich Oktober 9350 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen rund 12 300 Verunglückte zu beklagen waren. Von diesen wurden 229 Personen getötet und mehr als 2300 schwer und fast 9800 leicht verletzt. Insgesamt kamen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres durchschnittlich täglich 41 Personen durch Unfälle im Straßenverkehr zu Schaden.

Die steigende Tendenz bei den Straßenverkehrsunfällen hat sich leicht abgeschwächt. Bei den Sachschadensunfällen liegt die Steigerungsrate bei 6,7 Prozent, bei den Personenschadensunfällen bei 2,5 Prozent. Insgesamt waren 2,2 Prozent mehr Verunglückte zu verzeichnen. Dabei ist die Entwicklung bei den Leicht- und Schwerverletzten sehr unterschiedlich. Während die Zahl der Leichtverletzten mit 0,5 Prozent nahezu gleich blieb, gab es um 7,6 Prozent mehr Schwerverletzte. Wesentlich höher ist dagegen mit +31 Prozent die Zahl der Verkehrstoten, überwiegend Pkw-Fahrer und ältere Fußgänger. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß das Vorjahr das seit Jahren niedrigste Ergebnis gebracht hatte.

Für das ganze Jahr 1978 wird mit einer Gesamtzahl von 11 600 Personenschadensunfällen zu rechnen sein. Die Zahl der Verunglückten wird sich voraussichtlich auf 15 300 belaufen.

Staatsfinanzen

Öffentliche Finanzen in den ersten drei Quartalen

Der öffentlichen Finanzpolitik macht seit längerem ein grundsätzlicher Zielkonflikt zu schaffen: Sollen ihre Maßnahmen stärker auf die Haushaltskonsolidierung mit konjunkturell eher kontraktiven Nebenwirkungen ausgerichtet sein, oder soll sie mehr eine expansive Ausgabenpolitik betreiben, um Wirtschaftskonjunktur und Beschäftigung zu stützen und darüber hinaus Wachstumsimpulse zu geben? Es scheint, als würden die Akzente wieder etwas stärker zugunsten des letzteren Ziels verschoben werden, nachdem in den vergangenen beiden Jahren mit einem intensiven Abbau der Finanzierungsdefizite der Pfad der Haushaltssanierung beschritten wurde. Zumindest deuten einige zahlenmäßige Fakten in diese Richtung. Bei ihrer Beurteilung ist allerdings zu berücksichtigen, daß damit noch keine gültige Aussage auf das ganze Jahr bezogen erfolgen kann, weil sich die Dreivierteljahresergebnisse wegen eventuell abweichender staatlicher Finanzgebarung im vierten Quartal nicht so ohne weiteres hochrechnen lassen.

In den ersten neun Monaten 1978 expandierten die Gesamtausgaben Hamburgs um 9,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr; die Zuwachsrate Ende Septem-

ber 1977 war dagegen nur knapp halb so hoch. Der bisherige Haushaltsvollzug zeigt weiter, daß das Finanzierungsdefizit nicht nur nicht mehr abgenommen, sondern wieder zugenommen hat, was einem stärkeren Rückgriff auf Fremdfinanzierungsmittel entspricht.

Die Entwicklung der Staatsausgaben im einzelnen wurde in den ersten drei Quartalen 1978 durch eine nach wie vor restriktive Erhöhung des bedeutsamsten Ausgabenblocks, der Personalkosten (+5,6 Prozent), und einen bemerkenswerten Anstieg der investiven Ausgaben (+8,1 Prozent) bestimmt; bemerkenswert deshalb, weil seit 1972 einschließlich die Investitionszuwachsrate der jeweils ersten neun Monate immer beträchtlich darunter lag. Bei näherer

Tab. 12: Öffentliche Ausgaben Hamburgs
1977 und 1978

Ausgabearten	Januar bis September		
	1977	1978	Veränderung in %
	Mio. DM		
Öffentliche Ausgaben insgesamt	7 228	7 920	+ 9,6
darunter			
Personalausgaben	3 052	3 222	+ 5,6
Investitionen 1)	829	896	+ 8,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	1 208	1 254	+ 3,8
Laufender Sachaufwand	1 015	1 097	+ 8,3
Schuldentilgung (einschl. Umschuldung)	504	748	+ 48,4
darunter			
Zinsausgaben	477	451	- 5,5

1) Sachinvestitionen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, Darlehen und Erwerb von Beteiligungen.

Betrachtung erweist es sich, daß die Ausweitung der investiven Ausgaben ganz auf das Konto der Investitionshilfen an die private Wirtschaft geht, wo sie besondere Wachstumseffekte auslösen. Die eigenen Bauausgaben des Staates stagnieren hingegen auf dem Niveau von 1977. Einen außerordentlichen Anstieg (+48,4 Prozent) hat der Ausgabenposten „Schuldentilgung“ zu verzeichnen, der ein Volumen von 748 Mio. DM erreichte. Hierbei handelt es sich freilich in Höhe von 136 Mio. DM um Umschuldungen, die aufgrund besserer Kapitalmarktkonditionen (insbesondere günstigere Zinssätze) möglich wurden; in Verbindung damit sind denn auch die reduzierten Zinsleistungen (-5,5 Prozent) zu sehen. In sich uneinheitlich veränderten sich die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse: Während die Abführungen für den Länderfinanzausgleich um 7,3 Prozent, die laufenden Zuschüsse an private Unternehmen sogar um fast 17 Prozent stiegen, gingen die Renten-, Unterstützungszahlungen u. ä. um 5,7 Prozent zurück.

Im Spektrum der sich auf 7,4 Mrd. DM belaufenden Einnahmen dominierten mit Abstand die Steuererträge, die vermindert um die Zahllast für den horizontalen Finanzausgleich bis Ende September 1978 4,49 Mrd. DM erbrachten. Das darin mitenthaltene Einnahmeplus von 5,4 Prozent war um gut zehn Prozentpunkte niedriger als dasjenige vom vorigen Jahr.

Gebühren und Beiträge als von der öffentlichen Hand für die Inanspruchnahme ihrer Leistungen oder für aus staatlichen Maßnahmen resultierende Vorteile erhobene Entgelte erzielten ein Mehraufkommen von 4,8 Prozent (Vorjahr 8,0 Prozent). Die Erwerbseinkünfte, die Einnahmen aus wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates, konnten durch eine Konzessionsabgabe der Hamburger Wasserwerke, Erträge aus dem Zahlenlotto u. a. m. um gut ein Drittel gesteigert werden. Etwas verringert (-6,3 Prozent) haben sich andererseits bislang die Bundeszuwendungen für Investitionszwecke im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Gemessen an den insgesamt zu finanzierenden Investitionsausgaben Hamburgs betrug ihr Anteil noch 16,1 Prozent gegenüber 18,5 Prozent 1977.

Steuerhaushalt hat netto 6,4 Prozent Mehreinnahmen

Trotz etwas freundlicheren Konjunkturklimas sprudeln die Steuerquellen nur wenig kräftiger als im Vorjahr. Das liegt einmal daran, daß das Aufkommen der Veranlagungssteuern mit ein- oder mehrjähriger Verzögerung dem Wirtschaftsverlauf folgt, also noch aus einer Zeit mit zum Teil wirtschaftlichen Stagnationssymptomen stammt; zum anderen machen sich die ab 1978 wirksamen Steuerrechtsänderungen bemerkbar, die Hamburg schätzungsweise eine Viertelmilliarde DM kosten werden. Zudem spielen bei einzelnen Steuerarten Sondereinflüsse eine Rolle.

Vor Verteilung auf die steuerberechtigten Gebietskörperschaften sind in Hamburg im ersten Dreivierteljahr 19,4 Mrd. DM an Steuergeldern in die Staatskassen geflossen, was ein Mehraufkommen von 0,64 Mrd. DM oder 3,4 Prozent gegenüber dem gleichen

Tab. 13: Steueraufkommen in Hamburg
1977 und 1978

Steuerarten	Januar bis September		
	1977	1978	Veränderung in %
	Mio. DM		
Gemeinschaftliche Steuern 1)	9 561	10 530	+ 10,1
davon Lohnsteuer	3 557	3 708	+ 4,2
Veranlagte Einkommensteuer	1 117	1 324	+ 18,6
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	460	279	- 39,3
Körperschaftsteuer	698	829	+ 18,8
Steuern vom Umsatz	3 729	4 390	+ 17,7
darunter Umsatzsteuer	1 549	2 171	+ 40,2
Bundessteuern	7 435	7 115	- 4,3
darunter Zölle	613	596	- 2,7
Mineralölsteuer	6 273	5 991	- 4,5
Kaffeesteuer	218	192	- 11,9
Landessteuern	565	522	- 7,5
darunter Vermögensteuer	284	234	- 17,5
Erbchaftsteuer	40	37	- 5,8
Gründerwerbsteuer	45	49	+ 6,7
Kraftfahrzeugsteuer	121	125	+ 2,1
Bennett- und Lotteriesteuern	44	47	+ 6,1
Gemeindesteuern 2)	1 227	1 255	+ 2,3
darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 2)	904	912	+ 0,9
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	185	187	+ 2,1
Grundsteuer A + B	136	152	+ 12,2
Steueraufkommen insgesamt	18 787	19 423	+ 3,4
darunter Haushaltswirksame Steuereinnahmen	4 151	4 416	+ 6,4

1) ohne Gewerbesteuerumlage.

2) einschl. Gewerbesteuerumlage.

Zeitintervall 1977 bedeutet. Nur ein Bruchteil vom gesamten Steueraufkommen steht Hamburg zu; das Gros muß nämlich an die anderen Gebietskörperschaften gemäß Ertragshoheit und im Länderfinanzausgleich abgeführt werden. Die zur eigenen Verwendung verbleibenden Gelder, sog. haushaltswirksame Steuereinnahmen, häuften sich im Laufe der ersten neun Monate 1978 zu einem Betrag von 4,42 Mrd. DM an; sie übertrafen damit die entsprechende Vorjahressumme um gut eine Viertelmilliarde DM bzw. 6,4 Prozent. Die Tendenz der Zuwachsrate hat sich abgeflacht, nachdem vor zwölf Monaten noch +14,7 Prozent zu registrieren waren.

Das Expansionstempo der diversen Steuerarten streut stark. Am günstigsten stellt sich der Verlauf bei den Verbundsteuern mit einer dreimal höheren Intensitätsänderung (+10,1 Prozent) als beim aggregierten Steueraufkommen dar. Darunter erwies sich die Umsatzsteuer mit Abstand am wachstumsträchtigsten. In keiner der die ersten drei Quartale umfassenden Referenzperioden bis 1965 zurück war bei der Umsatzsteuer eine auch nur ähnlich rasante Entwicklung zu konstatieren. Zum Teil ist das mit der auflebenden Verbrauchskonjunktur zu erklären. Als weitere verursachende Momente kommen die Anhebung der Steuersätze ab 1. 1. 1978 von 11 auf 12 Prozent bzw. 5,5 auf 6 Prozent sowie – bei der dem Land verbleibenden Umsatzsteuer – die Neufestsetzung des Aufteilungsverhältnisses zwischen Bund und Ländern von 69:31 auf 67,5:32,5 Prozent in Frage. Die ebenfalls zu den Gemeinschaftsteuern gehörenden veranlagten Steuern vom Einkommen der natürlichen und juristischen Personen konnten das zweitbeste Ergebnis erzielen. Hierbei wirken sich die erheblich reduzierten Zahlungen an aufkommensmindernden Investitionszulagen aus. Wenn man von den Nichtveranlagten Steuern vom Ertrag, das ist im wesentlichen die Kapitalertragsteuer, absieht, die vor allen Dingen von dem stark schwankenden Ausschüttungsvolumen der größeren Kapitalgesellschaften beeinflußt werden, und deren Entwicklung sich bis jetzt rückläufig gestaltet hat, dann schnitt die Lohnsteuer unter den Verbundabgaben am ungünstigsten ab, was auf das Konto von Steuermindereinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz vom 16. 8. 1977, dem Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung vom 4. 11. 1977 sowie dem Gesetz über steuerliche Vergünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude vom 11. 7. 1977 geht.

Wenn auch die Bundessteuern für Hamburg nur einen reinen Durchgangsposten repräsentieren, ist es doch nicht völlig ohne Interesse für die Hansestadt, wie sich dieser Abgabebereich entwickelt, bekommt sie doch aus dem Bundeshaushalt 1978 eine halbe Milliarde DM Zuwendungen. Bei diesen Steuern ist nun gegenüber den ersten neun Monaten 1977 ein Aufkommensrückgang um 4,3 Prozent eingetreten. Das hängt mit der mehr als vier Fünftel am Bundessteueraufkommen beteiligten Mineralölsteuer zusammen, die deshalb im Vergleich zum steuerpflichtigen Absatz von Mineralölprodukten zu niedrig ausgefallen ist, weil buchungstechnische Verzögerungen, die den Berichtsmonat September betreffen, erst im Oktober kassenwirksam werden. Aus diesem Grund

weist das Septemberprodukt des Mineralölsteueraufkommens für sich betrachtet auch ein Minus von 41 Prozent aus. Daneben wurden Zölle und Kaffeesteuer ertragsärmer. Tabaksteuer fließt hier seit der ab Oktober 1975 erfolgten Verlagerung des Verkaufs der Steuerbänder von Hamburg zum Zollamt Bünde im OFD-Bezirk Münster so gut wie keine mehr in die Kassen.

Einen negativen Verlauf nahmen ferner die reinen Landessteuern in Hamburg, die besonders von den Mindereinnahmen bei der dominierenden Vermögensteuer bestimmt sind. Diese läßt sich auf die Tatsache zurückführen, daß die Vermögensteuerhauptveranlagung auf den 1. 1. 1974 faktisch abgeschlossen ist und insoweit keine nennenswerten Abschlußzahlungen mehr angefallen sind. Bei den Vermögensteuerhauptveranlagungen auf den 1. 1. 1977 ergeben sich durch die Senkung der Vermögensteuersätze ab 1978 in der Regel geringere Abschlußzahlungen und Vierteljahreszahlungen, zum Teil sogar Erstattungen. Darüber hinaus dürften sich Herabsetzungen der Vorauszahlungen für 1978 negativ auf die Erträge ausgewirkt haben. Unter den größeren Landessteuern wären noch die Erbschaft- und Biersteuer mit degressiven Veränderungsraten zu nennen. Diese Ausfälle wurden etwas kompensiert durch Ertragsanstiege bei der Kraftfahrzeug-, der Grunderwerb- sowie den Rennwett- und Lotteriesteuern.

Nach der Hochkonjunktur bei den Gemeindesteuern in 1977 müssen diese sich jetzt wieder mit zum Teil sehr bescheidenen Zuwächsen zufriedengeben. Insgesamt steigerten sich ihre Kasseneingänge von Januar bis September 1978 gegenüber dem ersten Dreivierteljahr 1977 lediglich noch um 29 Mio. DM oder 2,3 Prozent auf 1,26 Mrd. DM. Tragende Säule der kommunalen Abgaben ist nach wie vor die Gewerbeertrag- und Gewerkekapitalsteuer. Bei wiederum unverändert gebliebenen Hebesätzen erbrachte sie kaum Mehrerträge. Die Gewerbelohnsummensteuer wuchs etwas stärker an. In diesen niedrigen Zuwachsquoten bei den Gewerbesteuern dürften bereits die Entlastungseffekte aufgrund des Art. 5 Steueränderungsgesetz 1977 zum Ausdruck kommen, da die in Kraft gesetzten steuerlichen Erleichterungen (hauptsächlich Anhebung der Freibeträge) korrespondierende Vorauszahlungsherabsetzungen oder -befreiungen bzw. bei Monatszahlern ab Februar 1978 niedrigere Lohnsummensteuerzahlungen im Gefolge hatten. Eine gewisse Ausnahmestellung unter den Gemeindesteuern hinsichtlich ihrer Wachstumsquote nimmt die Grundsteuer ein. Sie kann immerhin ein Aufkommensplus vorzeigen, das gut fünfmal so hoch ist wie dasjenige sämtlicher Gemeindesteuern im Durchschnitt.

Die Entfaltung des Hamburger Steueraufkommens (vor Verteilung) läßt sich besser einschätzen, wenn man den Vergleich zum Bundesgebiet anstellt. Aktuelle Daten dazu liegen zwar vor, ihr Informationswert ist jedoch eingeschränkt, da kommunale Zahlen neueren Datums noch ausstehen. Bei Bund und Ländern wurden von Januar bis September 1978 zusammengerechnet 207 Mrd. DM Steuereingänge verbucht, während es vor Jahresfrist 193 Mrd. DM gewesen sind, was einem Wachstumstempo von 7,3 Prozent

gleichkommt (Hamburg +3,3 Prozent). Diese mittlere Veränderungsrate wurde von den Gemeinschaftsteuern (ohne Gewerbesteuerumlage), die um 8,8 Prozent expandierten (Hamburg +10,1 Prozent), übertroffen. Das Mehraufkommen an reinen Bundes- und Ländersteuern fiel indessen im Bundesgebiet mit +2,4 Prozent (Hamburg -4,3 Prozent) bzw. +1,4 Prozent (Hamburg -7,5 Prozent) äußerst mäßig aus. Zusammenfassend läßt sich über den Vergleich aussagen, daß bislang ein relativ zufriedenstellendes Wachstum der Verbundsteuern sowohl im Bundesgebiet wie in Hamburg stattfand, wobei die Entwicklung in der Hansestadt zusätzlich einen leichten Vorsprung zu erringen vermochte. Über die Ansammlung der im Rahmen des Trennsystems allein vom Bund bzw. allein von den Ländern zu vereinnahmenden Steuern im Bundesgebiet lautet die Diagnose wenig günstig; in der Hansestadt mußte sogar noch ziemlich weit unter dem Vorjahresniveau haltgemacht werden, wobei allerdings im Falle des Bundessteueraufkommens der aus den weiter oben erwähnten Gründen besonders schlecht abschließende Monat September in der kumulierten Veränderungsquote durchschlägt.

Anzahl der Unternehmensinsolvenzen unverändert

Sofern man die Entwicklung sämtlicher Insolvenzen undifferenziert betrachtet, ist in den ersten drei Quartalen 1978 gegenüber dem gleichen Berichtszeitraum 1977 ein leichter Rückgang um sieben auf 244 Insolvenzen zu verzeichnen. Wie ehemals schon hat sich die Frequenz finanzieller Zusammenbrüche von Erwerbsunternehmen und anderen Gemeinschaftsdndern (Nachlässe aus den Vermögen Verstorbener bzw. ehemaliger Unternehmen, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter) auch 1978 nicht einheitlich entwickelt. Nach Ablauf der ersten neun Monate blieb die Anzahl der ökonomisch besonders relevanten Unternehmensinsolvenzen mit 138 praktisch auf demselben Niveau wie im Vorjahr, die der übrigen Gemeinschaftsdner verringerte sich hingegen um acht. Demzufolge hat sich die Quote gewerblicher Insolvenzen an den Insolvenzen überhaupt von 54,6 Prozent auf 56,6 Prozent erhöht. Die allgemein nicht zu verkennende Tatsache einer sich im Aufwind befindlichen Konjunktur hat sich also zumindest bei den Unternehmensinsolvenzen nicht so recht niedergeschlagen. Einen zuverlässigen Konjunkturindikator freilich gibt die Insolvenzstatistik für Hamburg nicht her, da in Anbetracht der hier verhältnismäßig geringen Fallzahlen finanzieller Kollapse berücksichtigt werden muß, daß zufällige Ereignisse das Gesamtergebnis stark zu beeinflussen vermögen.

Übergewicht in der Zusammensetzung der Insolvenzen haben nach wie vor die masselosen Konkurse, bei denen das Gericht die Eröffnung des Verfahrens wegen eines nicht einmal die reinen Prozedurkosten deckenden Restvermögens ablehnen mußte: 168 masselosen Konkursen standen nur 75 eröffnete Konkurse nebst einem eröffneten Vergleichsverfahren gegenüber. Daß in den letzten Jahren die Konkursgläubiger immer häufiger leer ausgingen, liegt

u. a. am verstärkten Ausbau von Sicherungsrechten (z. B. Eigentumsvorbehalte, Sicherungsabtretungen, Verarbeitungsklauseln, Vorausabtretungen, Konzernvorbehalte). In ihrer mannigfachen Form und verästelten Ausgestaltung tragen sie zur Aushöhlung vieler Konkursmassen bei.

Parallel zur rückläufigen Gesamtzahl an Insolvenzen hat das finanzielle Forderungsvolumen der Gläubiger ebenfalls abgenommen, es ist um ein Drittel von 290 Mio. DM auf 194 Mio. DM geschrumpft. Bezogen auf die 239 Konkurse mit geltend gemachten Forderungen ergab das einen Durchschnittsbetrag von 0,81 Mio. DM (Vorjahr 1,18 Mio. DM). Besondere Bedeutung für die Schuldenmasse erlangten die Konkurse mit Forderungen in Millionenhöhe, von denen in Hamburg bis Ende September 1978 30 gezählt wurden. Diese vereinigten mit zusammen 158 Mio. DM das Hauptkontingent (82 Prozent) sämtlicher angemeldeter Forderungen auf sich. In der zwölf Monate zurückliegenden Referenzperiode waren noch 36 Millionenkonkurse angefallen.

Am häufigsten ereigneten sich diesmal Firmenzusammenbrüche nicht mehr im Handelsbereich, sondern im Produzierenden Gewerbe, das 46 Konkurse (Vorjahr 40) zu verkraften hatte; fast die Hälfte (22) davon entfiel auf das Baugewerbe. Aber nicht sehr viel weniger Handelsfirmen (43) mußten den Gang zum Konkursrichter antreten, wovon 26 (Vorjahr 46) als Großhändler, 16 (Vorjahr 10) als Einzelhändler und eine Firma (Vorjahr 1) als Handelsvermittler fungierten. An dritter Stelle plazierte sich unter den Wirtschaftsbranchen die Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen, deren Konkurszahl von 24 auf 39 stark expandierte. Das Verkehrsgewerbe wurde in Hamburg lediglich neunmal (Vorjahr 13mal) von Zahlungseinstellungen betroffen. Aus allen übrigen Wirtschaftssparten wurde ein einziger finanzieller Zusammenbruch angezeigt. Acht der insgesamt 138 Firmeninsolvenzen (Vorjahr ebenfalls 8) suchten das Handwerk heim.

Unter den Gemeinschaftsdnern außerhalb des Unternehmenssektors dominierten in 87 von 106 Fällen die Konkursverfahren über Nachlässe (Erbschaften).

Noch ein kurzer, vergleichender Blick auf das Insolvenzgeschehen im Bundesgebiet: Dort hat sich die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren insgesamt bis einschließlich September 1978 von 7244 auf 6663, d. h. kräftiger als in Hamburg vermindert (-8,0 Prozent). Die Häufigkeit der darunter befindlichen Unternehmensinsolvenzen ist nicht wie in der Hansestadt auf Vorjahresniveau stehengeblieben, sie hat vielmehr eine überproportionale Reduzierung (-13,3 Prozent) erfahren. So hat sich denn auch der relative Anteil der Firmeninsolvenzen an der Gesamtheit der Insolvenzen im Bundesgebiet von 73,3 Prozent auf 69,1 Prozent verkleinert.

Spareinlagen auch in diesem Jahr ohne Zuwachs

Mit dem Wachstum bei den Spareinlagen scheint es erst einmal vorbei zu sein. Der verlangsamte Anstieg

der verfügbaren Einkommen privater Haushalte hat zwangsläufig zur Folge, daß Konsumverzichte zugunsten der Familien- und Altersvorsorge, Zwecksparen zum Erwerb langlebiger Verbrauchsgüter oder für Urlaubsreisen mehr und mehr auf Grenzen stoßen. Ferner kann der anhaltend extrem niedrige, bei 2,5 Prozent und damit noch ganz knapp unter der Geldentwertungsrate liegende Eckzins den Sparrer kaum motivieren, stärker von der traditionell wichtigsten Geldanlageform, dem Sparkonto, Gebrauch zu machen. Er wird sich eher umorientieren und höher rentierlichen Sparformen (z. B. Sparkassenbriefe, Bundesschatzbriefe, Aktien, Investment- und Immobilienfonds-Anteile) den Vorzug geben. Hinzu kommen die Auswirkungen abgelaufener Sperrfristen bei einer größeren Zahl von Prämien-sparverträgen; über die dadurch zu Beginn 1978 freigewordenen Guthaben ist nach und nach disponiert worden, wobei wegen der geringeren Zinserträge vielfach von einer Reinvestition abgesehen wurde.

Aufgrund dieser Konstellation ist das Spareinlagenvolumen bei den Hamburger Kreditinstituten von Ende Dezember 1977 bis Ende September 1978 von 14,1 Mrd. DM auf 13,9 Mrd. DM bzw. um 1,2 Prozent leicht zurückgegangen. Vor Jahresfrist hatten sich die Einlagen ebenfalls reduziert, und zwar um 1,4 Prozent, während sich im letzten Quartal 1977, besonders im Monat Dezember, die Entwicklung vorübergehend umkehrte. Regelmäßig zu dieser Zeit machen sich zusätzlich auf die hohe Kante gelegte Geldbeträge bemerkbar, die aus 13. und 14. Monatsgehältern, Weihnachtsgratifikationen u. ä. stammen. Im ersten Quartal sowie im Juli und September 1978 übertrafen die Lastschriften die Gutschriften (einschließlich Zinsen) auf Sparkonten. Das höchste Defizit fiel mit über 200 Mio. DM im Januar an. Der Bestand prämienbegünstigter Sparguthaben, bei denen sich die Anlieger auf eine gegenüber der gesetzlichen Kündigungsfrist wesentlich längere Festlegungsfrist verpflichten, betrug am 30. September 1978 1,24 Mrd. DM, rund 140 Mio. DM oder 9,8 Prozent weniger als am 30. 9. 1977. Deren Quote an den gesamten Spareinlagen hat im Mittel der ersten neun Monate 1978 nur 9,2 Prozent ausgemacht; im Durchschnitt des ganzen Jahres 1977 belief sie sich noch auf 11,4 Prozent. Seit 1975 übrigens schon verringert sich dieser Anteil von Jahr zu Jahr laufend, was mit der Einschränkung der staatlichen Sparförde-

rung zusammenhängt (Kreis der Begünstigten durch Festlegung von Einkommensgrenzen eingengt).

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts

Für das Jahr 1978 erwartet die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute¹⁾ im Bundesgebiet eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um sieben Prozent in jeweiligen Preisen und um drei Prozent in Preisen von 1970. Im ersten Halbjahr betrug die Zunahme nominal 6,5 Prozent und real 2,6 Prozent.

Aus der Vierteljahresrechnung des DIW stehen weitere Daten zur Verfügung²⁾ die zeigen, daß sich die konjunkturelle Belebung des Bruttosozialprodukts im Laufe des Jahres beschleunigt hat, und zwar wie folgt:

in % gegenüber dem Vorjahresquartal	Relative Veränderung in jeweiligen / in konstanten Preisen	
	in % gegenüber dem Vorjahresquartal	
I. Quartal	5,8	1,7
II. Quartal	7,6	3,9
III. Quartal	8,7	4,2

Diese Daten sind dem geschlossenen und in sich abgestimmten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen, das für Bundesländer aktuell nicht erstellbar ist.

Für Hamburg ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Schätzung deshalb besonders erschwert, weil es wegen seiner vom Bundesdurchschnitt wesentlich abweichenden Wirtschaftsstruktur von aktuellen Konjunktureinflüssen anders betroffen werden kann, als das Bundesgebiet insgesamt. Es läßt sich, nachdem die reale Entwicklung in Hamburg 1977 etwas über dem Bundesdurchschnitt lag, jedoch absehen, daß im Jahre 1978 die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg geringer sein wird, als im Bundesgebiet insgesamt. Allerdings reduziert sich dadurch der Leistungsvorsprung je Kopf nur geringfügig.

¹⁾ s. DIW-Wochenbericht 43,44/78 v. 26. 10. 1978.

²⁾ s. DIW-Wochenbericht 46,47/78 v. 23. 11. 1978.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
		1976	1977				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mbar ²⁾	1 016,4	1 013,9	1 016,0	1 012,3	1 020,4	1 017,2
Lufttemperatur	°C	9,6	9,8	16,6	12,8	11,2	11,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	73,6	76,8	73	83	82	84
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3,1	3,2	3	4	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,25	5,7	5,3	6,6	5,8	5,5
Summenwerte ¹⁾							
Niederschlagshöhe	mm	48,8	64,8	74	180	58,9	54
Sonnenscheindauer	Std.	143,9	113,7	171	71	71,1	87
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	6,75	8,7	2	8	11	7
Tage mit Niederschlägen	"	17,8	20,9	22	28	19	19
				Mai 1978	Juni 1978	Juli 1978	Juli 1977
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁵⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1000	230,7	227,9	226,8	226,9	226,8	227,9
" Altona	"	243,5	239,6	236,6	236,4	236,4	239,1
" Eimsbüttel	"	247,3	243,8	241,0	241,1	240,6	243,6
" Hamburg-Nord	"	315,3	309,5	304,9	304,6	304,2	309,1
" Wandsbek	"	382,5	381,5	381,6	381,4	381,2	381,3
" Bergedorf	"	91,5	90,7	89,3	89,2	89,1	90,6
" Harburg	"	196,7	195,4	192,8	192,7	192,4	195,2
HAMBURG INSGESAMT	"	1 707,5	1 688,4	1 673,0	1 672,3	1 670,7	1 686,8
dav. männlich	"	792,3	782,8	775,9	775,6	774,9	781,9
weiblich	"	915,2	905,6	897,1	896,7	895,8	904,9
dar. Ausländer	"	116,6	118,2	121,6	122,1	122,8	117,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	810	783	905	769	719	1 207
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,7	5,6	6,4	5,6	5,1	8,4
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 133	1 082	1 143	1 068	1 062	1 144
dar. unehelich	"	113	112	139	102	120	112
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	8,0	7,7	8,1	7,8	7,5	8,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,0	7,7	8,1	7,8	7,5	8,0
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	10,0	10,4	12,2	9,6	11,3	9,8
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 108	2 024	2 310	1 935	2 144	1 880
dar. im ersten Lebensjahr	"	18	16	18	15	24	12
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,8	14,4	16,3	14,1	15,1	13,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,8	14,4	16,3	14,1	15,1	13,1
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁷⁾	"	16,2	14,9	16,6	14,1	9,4	10,7
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	— 975	— 942	— 1 167	— 867	— 1 082	— 736
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	— 6,8	— 6,6	— 8,2	— 6,3	— 7,6	— 5,1
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	5 048	5 179	5 030	5 864	5 651	5 634
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	5 638	5 831	5 214	5 772	6 103	6 092
* Fortgezogene Personen	"	— 1 564	— 652	— 184	+ 92	— 452	— 458
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	— 770	— 357	— 86	+ 59	— 183	— 202
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 794	— 295	— 98	+ 33	— 269	— 256
dav. männlich	"						
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	12 509	12 955	12 067	10 591	14 361	16 903
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 602	1 583	1 624	1 572	1 403	1 849
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	1 114	1 113	1 119	1 122	936	1 363
Niedersachsen	"	930	931	914	1 012	936	974
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	364	342	322	412	347	386
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 195	1 242	1 148	1 350	1 357	1 296
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 321	1 423	1 344	1 930	1 955	1 515
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 030	2 195	1 880	1 962	2 198	2 087
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	1 580	1 727	1 449	1 470	1 669	1 710
Niedersachsen	"	1 199	1 252	1 169	1 270	1 319	1 344
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	641	672	575	714	720	689
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 060	1 127	986	1 139	1 310	1 131
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 349	1 257	1 179	1 401	1 276	1 530

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ nach dem Ereignisort. — ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
		1976	1977				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 079	16 031	15 782	15 792	15 794	15 725
Patienten ³⁾	"	12 600	12 710	12 304	12 420	13 839	13 638
Pflegetage	"	388 246	398 219	374 470	380 044	414 087	410 126
Bettenausnutzung	%	81,4	81,6	77,1	81,1	85,2	85,1
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 139	3 135	3 107	3 081	3 081	3 131
Patienten ³⁾	"	2 705	2 840	2 676	2 657	2 693	2 757
Pflegetage	"	81 017	80 631	79 474	76 173	79 243	81 238
Bettenausnutzung	%	90,9	84,5	87,2	86,4	86,9	88,3
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	-	724 549	925 897	603 137	611 560	613 667
dar. in Hallenschwimmbädern	"	494 979	515 937	428 085	515 073	593 314	601 298
in Freibädern ⁴⁾	"	696 869	455 334	482 418	70 577	-	-
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	643 753	654 198	453 405	658 944	722 004	712 606
Ausgeliehene Noten	"	8 170	8 883	8 919	9 650	9 167	8 610
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	46 581	37 808	30 526	33 206	38 908	35 259
Besucher der Lesesäle	"	10 983	8 285	6 393	6 572	8 621	7 969
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	4 182	4 256	3 459	3 529	4 334	4 074
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	3 167	2 818	2 563	2 448	2 291	2 780
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 299	1 156	1 004	1 045	1 074	1 276
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	78 297	98 127	95 396	77 552	-	108 622
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 443	17 930	11 494	6 638	25 018	23 178
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"	-	-	-	-	-	-
deutsches Landesmuseum	"	10 938	16 278	15 209	14 622	15 678	20 084
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	5 810	6 919	5 889	5 429	7 810	5 783
Helms-Museum	"	12 716	10 821	13 372	10 557	14 683	14 008
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	11 408	9 412	12 577	7 161	12 119	11 971
Museum für Hamburgische Geschichte	"	17 800	20 069	28 729	21 853	24 511	23 856
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 326	15 404	18 835	11 378	11 924	9 199
Planetarium	"	7 467	8 660	-	5 635	12 904	10 589
Bischofshof	"	1 797	2 044	1 868	1 440	-	1 925
Öffentliche Sozialleistungen							
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz							
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	69 501	69 345	71 506	69 711	...	70 116
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	4 992,0	5 021,6	6 180	5 956	...	5 026
Durchschnittlich gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	DM	71,83	72,41	86,42	85,44	...	71,67
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	26 897	28 593	27 162	25 537	27 421	26 441
* dar. männlich	"	14 578	14 965	13 393	12 349	13 646	13 489
nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	7 162	8 067	7 083	6 805	7 511	6 923
Technische Berufe	"	1 847	1 555	1 122	867	1 087	1 416
Dienstleistungsberufe	"	16 350	17 310	16 095	14 948	16 053	16 273
2. Arbeitslosen-Quote	%	3,9	4,2	4,0	3,8	4,1	3,9
3. Offene Stellen	Anzahl	9 196	8 824	9 686	8 345	8 295	8 299
4. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	35 673	36 489	32 914	32 291	33 405	33 245
5. Vermittlungen ⁵⁾	"	9 342	9 086	9 523	9 006	7 698	8 113
dar. Kurzfristige Vermittlung							
bis zu 7 Tagen	"	4 289	4 364	5 094	5 003	3 912	3 550
6. Kurzarbeiter	"	2 688	4 480	3 113	2 983	4 824	2 687
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	1 294	1 322	1 214	1 035	1 058	1 031
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,4	93,5	94,3	89,1	88,9	87,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,7	10,6	9,4	9,3	9,0

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamts und des ärztlichen Dienstes der Innenbehörde; — ²⁾ Bestand am Monatsende; — ³⁾ Die Monatsdurchschnitte beziehen sich nur auf die Betriebsmonate Mai bis September; — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen; — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
		1976	1977				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
lose 1)	t	686	559	489	474	481	485
pasteurisiert, abgepackt	"	6 121	5 562	5 005	5 106	5 550	5 479
ultra-hocherhitzt	"	1 916	2 618	2 445	2 395	3 050	2 841
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	88	86	72	71	80	85
ultra-hocherhitzt	"	2 643	3 218	2 377	2 132	2 273	2 844
Entrahmte Milch	"	602	583	588	483	625	575
Buttermilcherzeugnisse	"	480	351	412	231	243	241
Sauermilch- und Kefirerzeugnisse	"	155	140	150	95	97	125
3. Zufuhr an Lebendvieh							
(Inlandtiere)							
Rinder	1000 St.	6,5	6,6	6,9	8,8	8,9	9,6
Kälber	"	1,2	1,6	1,6	1,8	1,7	1,4
Schweine	"	20,2	20,2	18,4	19,5	20,0	20,7
Schafe	"	0,6	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,6	5,3	5,1	7,3	7,8	7,8
Kälber	"	1,2	1,7	1,6	1,8	1,7	1,4
Schweine 2)	"	20,9	20,1	17,9	19,0	19,5	20,4
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen 3)	"						
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	3 413	3 260	3 075	3 801	4 003	3 992
Kälber	"	1 507	1 416	1 414	1 996	2 152	2 085
Schweine	"	96	169	193	240	214	168
	"	1 788	1 655	1 456	1 545	1 615	1 719
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Hauptbeteiligt 4)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	166	160	156	157	158	160
dar. Arbeiter 5)	"	99	94	90	90	91	93
Geleistete Arbeiterstunden 6)	"	14 614	13 468	11 532	12 452	13 455	13 947
Löhne (brutto)	Mio. DM	214	214	230	213	223	216
Gehälter (brutto)	"	206	217	227	218	217	205
Kohleverbrauch 7)	1000 t SKE 8)	3	3	3	3	4	3
Gasverbrauch 9)	1000 m³	38 532	32 357	37 020	36 267	42 383	27 324
Stadt- und Kokereigas	1000 m³	463	510	337	304	361	406
Erd- und Erdölgas	1000 m³	38 169	31 847	36 683	35 963	42 022	26 918
Heizölverbrauch	1000 t	45	46	35	38	45	47
leichtes Heizöl	1000 t	7	7	3	5	6	7
schweres Heizöl	1000 t	38	39	32	33	38	40
Stromverbrauch	Mio. kWh	302	339	344	347	369	343
Stromerzeugung (industrielle Eigen-erzeugung)	"	10
Gesamtumsatz (einschl. Verbrauchsteuer 10) dar. Auslandsumsatz 11)	Mio. DM		3 612	3 631	4 041	4 070	3 473
	"		471	467	550	535	482
Umsatz ausgewählter beteiligter Wirtschaftszweige: 10)							
Mineralölverarbeitung	"	510	497	470	467	510	457
Maschinenbau	"	159	166	159	163	147	151
Elektrotechnische Industrie	"	257	260	228	303	287	251
Chemische Industrie	"	192	201	186	209	204	206
2. Öffentliche Energieversorgung							
Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	768	420	326	536	567	486
Stromverbrauch	Mio. kWh	787	838	733	816	910	847
Gaserzeugung (brutto)	Mio. m³	20	16	10	12	15	15
		Vj.-Durchschnitt 11)					
		1976	1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	3. Vj. 1978	3. Vj. 1977
3. Handwerk (Meßziffern 11)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	84,1	87,6	86,1	88,8	...	89,2
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	131,5	153,4	114,7	137,8	...	146,7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe 12)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dav. Inhaber	Anzahl	32 977	31 872	30 601	30 811	...	32 176
Angestellte	"	1 209	1 211	1 118	1 118	...	1 291
Arbeiter 13)	"	5 144	5 046	4 671	4 711	...	4 988
Geleistete Arbeitsstunden	1000	26 625	25 615	24 812	24 982	...	25 899
dav. für Wohnungsbauten	"	4 155	3 853	3 274	3 843	...	4 300
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 125	1 120	773	1 017	...	1 258
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 550	1 375	1 234	1 379	...	1 413
Löhne (Bruttosumme) 14)	Mio. DM	1 479	1 358	1 267	1 447	...	1 629
Gehälter (Bruttosumme) 14)	"	69,2	68,9	74,3	74,1	...	75,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer) dav. im Wohnungsbau	"	16,2	16,5	16,9	15,4	...	15,6
gewerblich und Industr. Bau	"	212,3	249,8	185,9	212,9	...	277,5
öffentlichen und Verkehrsbau	"	51,2	67,3	30,8	34,1	...	69,0
	"	78,9	91,3	84,0	73,1	...	101,3
	"	82,1	91,2	71,1	105,7	...	108,2

1) bis 1977 pasteurisiert, — 2) gewerbliche und Hausschlachtungen, — 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren, — 4) Alle Betriebe des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baugewerbe, — 5) einschl. der gewerblich Auszubildenden, — 6) einschl. die der gewerblich Auszubildenden, — 7) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -brikett = 1,5 t Braunkohlenbrikett; = 3 t Rohbraunkohle, — 8) umgerechnet auf Ho = 8400 kcal/m³ (= 35 169 kJ/m³) — 9) ohne Mehrwertsteuer, einschl. Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschl. Febr.-Heft 1977 nicht vergleichbar, — 10) Umsatz der verarbeit. Wirtschaftszweige, ohne Umsatz sonstiger, nicht produzierender Betriebsteile, — 11) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres, — 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtsreisenerweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtsreis dargestellt, — 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet, — 14) einschließlich Umschüler und Auszubildende, ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
		1976	1977				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	142	198	281	170	259	430
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	99	179	250	152	241	398
Umbauter Raum	1000 m ²	281	224	348	203	250	447
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	66,2	53,8	88,9	53,9	66,6	127,3
Wohnfläche	1000 m ²	56	42	65	40	47	86
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	41	41	60	36	44	89
Umbauter Raum	1000 m ²	319	374	509	123	174	686
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,8	64,9	76,4	32,4	32,5	160,2
Nutzfläche	1000 m ²	81	60	96	46	33	156
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	696	449	683	427	495	962
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	122	173	159	116	157	234
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	79	118	147	101	145	110
Umbauter Raum	1000 m ²	279	343	166	145	143	540
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	61,9	79,9	40,2	38,2	35,6	106,8
Wohnfläche	1000 m ²	57	70	32	29	28	112
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	46	46	21	34	36	52
Umbauter Raum	1000 m ²	309	475	54	222	338	635
Veranschlagte reine Baukosten	Mio. DM	56,7	75,1	12,9	57,3	53,6	134,0
Nutzfläche	1000 m ²	61	79	12	57	56	108
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	759	892	311	306	244	1 419
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	494	493	141	59	114	807
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ¹⁾							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	14 800	8 800	10 900	11 100	11 300	12 400
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1000	192	193	194	194	194	193
Wohnungen	-	765	775	776	777	777	772
Wohnräume über 6 m ² (einschl. Küchen)	-	2 867	2 900	2 907	2 909	2 910	2 887
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	147,7	153,2	140,8	160,9	...	167,7
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	-	172,1	166,4	158,6	191,5	...	210,2
Facheinzelhandel	-	140,1	149,9	135,7	151,4	...	153,1
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{1) 2)}							
Mio. DM		574	585	618	603	...	611
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	-	70	99	100	103	...	106
Gewerblichen Wirtschaft	-	504	496	518	500	...	505
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	-	6	5	3	4	...	4
Fertigwaren	-	94	94	132	100	...	92
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	-	52	51	68	72	...	49
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	-	414	400	393	407	...	407
dar. EG-Länder	-	264	248	252	266	...	287
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	148,0	155,1	153,6	166,3	173,3	165,0
dav. Beherbergungsgewerbe	-	141,2	149,1	145,8	167,4	190,2	172,6
Gaststättengewerbe	-	149,5	156,6	155,9	160,0	168,3	162,7
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 809	121 585	142 229	162 263	...	139 859
dar. von Auslandsgästen	-	35 759	36 814	43 504	46 914	...	43 620
Fremdenübernachtungen	-	220 954	216 779	248 071	274 829	...	253 706
dar. von Auslandsgästen	-	66 276	65 480	73 192	80 837	...	78 933

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
		1976	1977				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 494	1 462	1 450 s	1 550 s	1 500 s	1 558
Abgegangene Schiffe		1 569	1 537	1 430 s	1 550 s	1 500 s	1 596
Güterverkehr über See	1000 t	4 372	4 464	4 527 p	4 432 p	4 760 p	5 040
dav. Empfang	"	3 177	3 232	3 233 p	3 174 p	3 491 p	3 721
dav. Massengut	"	2 564	2 621	2 620 p	2 555 p	2 872 p	3 140
dar. Mineralöle	"	1 257	1 312	1 238 p	1 202 p	1 623 p	1 386
Sack- und Stückgut	"	612	611	613 p	619 p	619 p	581
Versand	"	1 195	1 232	1 294 p	1 258 p	1 269 p	1 319
dav. Massengut	"	576	535	476 p	457 p	468 p	606
Sack- und Stückgut	"	619	697	818 p	801 p	801 p	713
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1000 t	314	333	442	386	465 p	380
Güterversand	"	360	434	533	584	545 p	548
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 166	5 233	6 235	5 780	5 582 p	5 317
Fluggäste	"	303 834	314 075	367 200	416 646	391 486 p	357 836
Fracht	t	2 412,3	2 209,4	2 043,0	2 129,7	3 693,4 p	2 245,1
Luftpost	"	722,9	755,2	590,8	604,1	630,9 p	748,5
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1000	26 293	25 790	23 456	24 506	...	27 259
Straßenbahn	"	1 735	1 267	822	994	...	1 095
Kraftomnibusse	"	20 065	20 604	18 445	20 261	...	22 070
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1000	510,9	537,6	531,0	534,8	538,2	539,5
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	456,1	477,8	477,7	481,0	484,3	479,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 119	6 441	4 524	6 237	6 376 p	6 092
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	5 519	5 868	3 940	5 423	5 863 p	5 580
Lastkraftwagen	"	416	362	368	674	369 p	375
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	910	943	832	1 115 p	965 p	954
Getötete Personen	"	24	21	17	28 p	18 p	24
Verletzte Personen	"	1 166	1 225	1 101	1 417 p	1 247 p	1 246
Geld und Kredit							
1. Kredite und Einlagen ⁶⁾ *)							
Kredite ⁷⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio. DM	54 965,6	60 419,5	62 887,7	63 867,5	64 692,8	58 275,9
dar. Kredite ⁷⁾ an inländische Nichtbanken	"	52 090,7	56 065,5	59 478,8	60 459,7	61 376,2	54 963,6
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	12 135,8	12 778,5	11 689,1	12 056,9	12 336,0	11 715,6
an Unternehmen und Privatpersonen	"	12 027,7	12 520,8	11 325,0	11 725,8	11 719,2	11 588,5
an öffentliche Haushalte	"	108,1	257,7	364,1	331,1	616,8	127,1
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	6 860,5	6 363,0	6 479,2	6 530,2	6 561,0	6 172,0
an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 300,1	5 042,4	5 007,8	5 000,6	5 020,8	4 895,8
an öffentliche Haushalte	"	1 560,4	1 320,6	1 471,4	1 529,6	1 540,2	1 276,2
Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	33 094,4	37 924,0	41 310,5	41 872,6	42 479,2	37 076,0
an Unternehmen und Privatpersonen	"	27 213,1	30 608,3	33 140,0	33 669,7	34 202,9	29 882,8
an öffentliche Haushalte	"	5 881,3	7 315,7	8 170,5	8 202,9	8 276,3	7 193,2
Einlagen und aufgenommene Kredite ⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	37 249,3	41 060,0	41 112,4	41 440,9	43 366,3	38 924,0
Sichteinlagen und Termingelder	"	23 566,0	26 982,6	27 162,6	27 516,1	29 397,9	25 385,1
von Unternehmen und Privatpersonen	"	17 792,2	20 744,1	21 522,5	21 862,0	23 629,5	19 211,1
von öffentlichen Haushalten	"	5 773,8	6 218,5	5 640,1	5 654,1	5 768,4	6 174,0
Spareinlagen bei Sparkassen	"	13 683,3	14 097,4	13 949,8	13 924,8	13 968,4	13 538,9
Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	8 708,1	8 949,0	8 800,1	8 780,9	8 826,1	8 572,9
Lastschriften auf Sparkonten	"	737,9	755,1	705,7	634,0	696,8	605,0
Lastschriften auf Sparkonten	"	671,0	720,6	646,6	659,0	653,2	552,6
2. Zahlungsschwierigkeiten							
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	28	28	36	16	19	20
Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	425	382	384	417	482	397
Wechselsumme	Mio. DM	3,2	2,7	2,2	3,2	2,8	2,3

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationsstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁵⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.

⁶⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben; bei Gutschriften und Lastschriften auf Sparkonten der Monatsdurchschnitt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatdurchschnitt		August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
		1976	1977				
Noch: Geld und Kredit							
3. Mahnverfahren / eidesstattliche Versicherungen							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls / Mahnbescheides	Anzahl	19 868	21 686	29 157	31 066	33 126	24 328
Anträge auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	"	3 699	3 773	4 027	3 823	4 526	3 376
Haftbefehle zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung	"	1 674	1 554	1 793	1 695	1 688	1 490
Geleistete eidesstattliche Versicherungen	"	626	603	723	550	746	467
4. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	156	156	156	157	157
Grundkapital	Mio. DM	7 115	7 290	7 457	7 462	7 486	7 368
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	7 732	8 601	9 963	10 075	10 171	8 892
Stammkapital	Mio. DM	6 622	7 204	7 790	7 816	7 818	7 283
Steuern							
1. Steueraufkommen nach der Steuerart							
Gemeinschaftssteuern	Mio. DM	983,8	1 043,3	870,1	1 599,1	777,7	786,8
Steuern vom Einkommen	"	587,8	625,9	469,3	1 051,1	328,4	385,1
Lohnsteuer 1)	"	385,7	380,7	399,5	422,5	278,0	299,3
Veranlagte Einkommensteuer	"	133,1	134,8	44,2	355,0	76,2	86,1
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,2	41,8	17,2	3,9	15,2	16,2
Körperschaftsteuer 1)	"	53,7	68,6	8,4	269,8	— 41,0	— 16,5
Steuern vom Umsatz	"	396,0	417,4	400,8	547,9	449,2	401,7
Umsatzsteuer	"	171,2	179,4	200,2	234,0	202,2	175,1
Einfuhrumsatzsteuer	"	224,8	238,0	200,6	313,9	247,0	226,7
Bundessteuern	"	844,8	900,7	923,7	608,0	1 227,6	924,3
Zölle	"	67,2	67,7	67,0	64,5	68,3	68,7
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	"	755,8	811,2	834,3	525,3	1 141,7	838,0
Landessteuern	"	54,6	64,0	98,9	30,3	39,6	55,8
Vermögensteuer	"	21,3	31,9	62,8	3,0	8,1	22,5
Kraftfahrzeugsteuer	"	12,8	13,5	12,3	12,4	17,2	12,4
Biersteuer	"	3,1	2,9	2,9	3,1	2,7	3,1
Gemeindesteuern	"	122,2	138,9	296,0	25,6	85,7	85,1
Grundsteuer A 2)	"	0,7	0,1	—	—	—	—
Grundsteuer B 2)	"	12,1	16,4	34,0	4,9	0,9	5,6
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (brutto)	"	90,2	101,4	253,6	20,5	31,8	27,7
Lohnsummensteuer	"	19,4	20,6	7,2	— 0,1	52,9	51,6
2. Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften							
Steuereinnahmen des Bundes	"	1 391,1	1 506,2	1 467,1	1 449,0	1 746,6	1 429,8
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	257,6	296,6	218,2	471,1	215,8	228,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	273,2	288,0	270,6	369,9	303,3	277,2
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	54,7	—	—	—
Steuereinnahmen des Landes	"	323,8	371,5	352,8	602,5	99,0	229,8
Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	214,0	247,2	179,2	463,4	41,3	84,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	39,7	41,5	20,0	108,8	18,2	89,3
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	15,5	18,9	54,7	—	—	—
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	151,3	165,2	209,4	134,5	109,9	114,8
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital (netto) ⁴⁾	"	59,2	63,5	144,1	20,5	31,8	27,7
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	60,2	64,2	22,9	108,9	24,2	29,8
		Vj.-Durchschnitt 1976	Vj.-Durchschnitt 1977	1. Vj. 1978	2. Vj. 1978	3. Vj. 1978	3. Vj. 1977
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
	Mio. DM	2 421,1	2 541,5	2 532,4	2 713,0	2 674,7	2 510,1
dar. Personalausgaben	"	1 000,1	1 053,8	1 114,3	1 045,6	1 061,9	982,7
Bauinvestitionen	"	164,4	189,9	115,0	164,7	184,2	200,8
dar. für Schulen	"	40,1	50,5	37,4	52,2	47,0	53,5
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	10,5	4,9	3,3	4,3	3,2	3,6
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,8	7,0	3,4	8,1	9,7	5,7
Straßen	"	20,7	22,9	9,5	15,7	21,8	26,6
Wasserstraßen und Häfen	"	22,3	20,6	11,7	15,1	18,7	34,6
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	367,2	312,4	419,8	439,8	339,0	321,2
Zuführung an Rücklagen	"	1,5	2,5	0,0	0,0	—	—
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
	"	2 478,1	2 452,3	2 225,8	2 772,4	2 407,2	2 578,7
dar. Steuern	"	1 425,4	1 610,1	1 314,1 *)	1 876,3	1 722,7	1 706,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	70,5	88,5	73,1	85,0	89,3	44,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	299,3	323,8	339,9	331,4	350,6	338,4
Entnahme aus Rücklagen	"	22,4	15,6	2,8	1,3	—	— 5,9
Schuldenaufnahme	"	423,4	168,3	272,7	254,5	14,4	226,8
3. Schuldenstand am Ende des Quartals 5)							
	"	8 359,3	8 355,3	8 435,7	8 438,8	8 347,7	8 304,6
dar. am Kreditmarkt	"	7 029,6	7 044,2	7 135,2	7 143,2	7 071,3	7 010,1
bei Gebietskörperschaften	"	738,9	743,0	735,9	737,4	727,8	719,2

1) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — 3) einschl. Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. — 4) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — 5) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben. — 6) ohne die in der zweiten Hälfte des Monats März 1978 eingegangenen Steuern, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr gebucht werden konnten.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1978	Mai 1978	August 1978	August 1977
		1976	1977				
Preisindizes für Bauwerke *)							
Bauleistungen am Bauwerk							
Wohngebäude insgesamt	1970 = 100	159,0	166,5	170,2	173,6	176,4	168,1
dav. Einfamiliengebäude	"	159,3	167,1	170,7	173,9	176,7	168,7
Mehrfamiliengebäude	"	159,9	167,6	171,3	175,1	177,8	169,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	154,1	160,8	164,7	167,4	170,0	162,2
Bürogebäude	"	153,7	160,6	164,3	167,6	170,7	162,0
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	147,9	154,4	158,1	160,8	163,3	156,0
				Januar 1978	April 1978	Juli 1978	Juli 1977
Löhne und Gehälter							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	535	568	563	592	615	579
männliche Arbeiter	"	558	595	586	623	646	607
darunter Facharbeiter	"	345	369	375	384	393	375
weibliche Arbeiter	"	330	344	346	354	363	349
darunter Hilfsarbeiter	"	12,47	13,30	13,48	13,98	14,36	13,50
Bruttostundenverdienste	"	12,96	13,86	14,02	14,60	14,99	14,05
männliche Arbeiter	"	8,46	9,11	9,29	9,52	9,77	9,26
darunter Facharbeiter	"	8,01	8,46	8,55	8,76	9,04	8,59
darunter Hilfsarbeiter	"						
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 887	3 087	3 175	3 232	3 300	3 106
weiblich	"	2 075	2 234	2 310	2 340	2 401	2 257
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 904	3 107	3 175	3 254	3 334	3 151
weiblich	"	1 975	2 127	2 182	2 235	2 299	2 159
in Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	2 569	2 718	2 786	2 822	2 902	2 754
weiblich	"	1 842	1 984	2 047	2 028	2 116	2 008
				August 1978	September 1978	Oktober 1978	Oktober 1977
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	13 008	14 646	15 640	13 966	16 017	14 820
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	6	6	6	3	7	5
Körperverletzung	"	451	516	968	758	875	455
Raub, räuberische Erpressung	"	104	124	122	97	130	117
Diebstahl	"	8 165	9 410	9 851	9 048	9 935	9 839
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	4 366	5 188	5 667	5 113	5 655	5 617
Betrug und Untreue	"	1 711	1 758	1 679	1 512	2 001	1 780
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 542	1 602	1 232	1 299	1 291	1 616
Verkehrsordnungswidrigkeiten	"	5 710	4 974	5 106	4 276	5 216	3 933
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	647	570	660	591	718	517
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld	"	34 205	36 848	31 493	31 835	39 760	32 453
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	16 091	16 439	16 022	16 558	...	16 655
dav. Feueralarme	"	588	525	443	396	...	512
dar. bekämpfte Großbrände	"	17	10	11	5	...	10
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	130	133	119	139	...	144
Rettungswageneinsätze	"	14 297	14 742	14 028	14 694	...	14 985
dar. für Krankentransporte	"	2 835	2 718	2 611	2 522	...	2 637
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 825	1 856	1 763	1 901	...	1 843
Hilfeleistungen aller Art	"	1 290	1 172	1 551	1 468	...	1 158
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	336	186	247	168	...	137

*) Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart.

**AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN
IN HAMBURG UND 12 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES
2. Vj. 1978 und 1. Vj. 1978**

Großstädte ¹⁾	Bevölkerung							Arbeitsmarkt		Industrie ²⁾			
	Wohnbevölkerung ³⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder Verlust (-)	Arbeitslose ⁴⁾	Offene Stellen ⁵⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ⁶⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio. DM	1000 DM
Berlin	2. Vj. 1 920 1. Vj. 1 920	4 054	10 205	- 6 151	14 468	15 091	- 6 774	33 040 42 569	10 523 8 343	173 218 173 977	91	7 232 7 139	3 718
Hamburg	2. Vj. 1 672 1. Vj. 1 677	3 268 3 182	5 974 5 872	- 2 706 - 2 710	13 648 14 448	15 454 15 320	- 4 512 - 3 582	25 273 33 518	10 221 9 141	155 549 156 438	93	6 733 6 692	4 021 3 991
München	2. Vj. 1 312 1. Vj. 1 312	2 457 2 236	3 392 3 677	- 935 - 1 441	19 814 18 045	17 528	- 924	18 156 22 776	13 576 10 288	171 576 171 747	131	8 016 7 664	5 840
Köln	2. Vj. 979 1. Vj. 980	2 361 2 214	2 659 3 102	- 298 - 888	11 169 11 112	11 930 10 595	- 1 059 - 371	19 470 21 082	4 868 3 985	125 680	128	5 402	5 509
Essen	2. Vj. 665 1. Vj. 667	1 318 1 354	2 099 2 494	- 781 - 1 140	4 113 4 470	4 988 4 659	- 1 656 - 1 329	14 808 16 283	2 449 2 040	59 903	90	768	1 151
Düsseldorf	2. Vj. 606 1. Vj. 606	1 149	2 164	- 1 015	7 133	7 389	- 1 271	11 957	3 930
Frankfurt/M.	2. Vj. 637 1. Vj. 637	1 416 1 271	1 940 2 150	- 524 - 879	11 033	10 100	+ 54	14 764 ⁷⁾ 16 662 ⁷⁾	9 121 7 656	107 411	169	4 358	6 847
Dortmund	2. Vj. 613 p 1. Vj. 614	1 384 p 1 253	2 187 p 2 299	- 803 p - 1 046	3 512 p 3 839	3 764 p 3 933	- 1 055 p - 1 140	14 413 15 521	1 924 1 477	81 086	132	1 820	2 966
Stuttgart	2. Vj. 578 1. Vj. 579	1 296 1 237	1 525 1 714	- 229 - 477	9 513 9 335	10 439 9 567	- 1 155 - 709	4 588 5 294	7 542 6 104	124 722 124 977	216	6 101	10 551
Bremen	2. Vj. 561 1. Vj. 562	1 205 1 110	1 791 1 854	- 586 - 744	5 551 5 311	5 834 5 455	- 889 - 888	11 388 13 073	3 588 2 812	70 160 70 094	125	3 268	5 826
Hannover	2. Vj. 548 p 1. Vj. 549	1 097 983	1 700 p 1 902	- 603 p - 919	7 471 7 461	7 735 7 645	- 867 - 1 103	16 037 ⁷⁾ 18 110 ⁷⁾	4 573 ⁷⁾ 5 900 ⁷⁾	98 005 98 635	179 p 180	3 190 3 173	5 821 p 5 780
Duisburg	2. Vj. 579 1. Vj. 581	1 280 1 346	1 712 2 062	- 432 - 716	4 255 3 930	5 717 5 303	- 1 894 - 2 089	11 844 12 567	1 653 1 405	101 661 103 253	176	3 611	6 235
Nürnberg	2. Vj. 486 1. Vj. 488	982 1 004	1 544 1 764	- 582 - 760	5 052 5 446	5 696 5 919	- 1 206 - 1 233	10 267 12 312	4 250 2 936	91 263 91 792	188	2 150	4 421

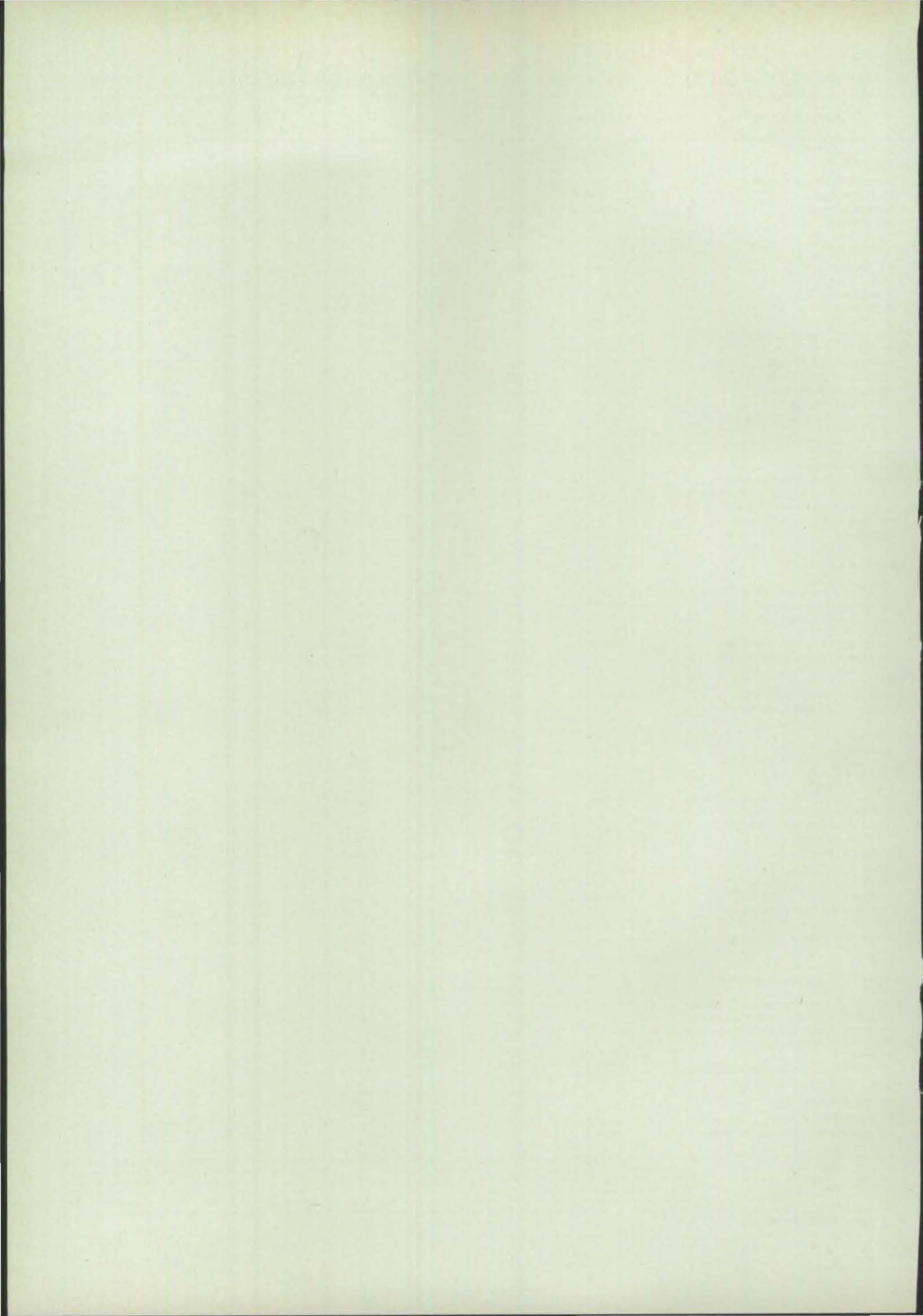
Großstädte ¹⁾	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ²⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleitetste Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁴⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio. DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 m ³	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	2. Vj. 11 386 1. Vj. 8 106	406 332	. 173	549 417	2 986 1 800	229 196	1 133 783	309 100	329 238	. 124	873 666	3 984 2 897	5 003 3 726	- 184 335 215 249	- 63 676 89 489
Hamburg	2. Vj. 9 916 1. Vj. 7 682	471 396	281 236	499 534	1 412 970	288 162	675 241	342 231	418 297	250 177	734 535	2 982 2 500	3 937 3 304	254 781 372 555	192 877 170 436
München	2. Vj. 12 072 1. Vj. 6 965	520 425	. 324	446 342	1 160 923	238 331	767 1 097	771 571	618 473	. 360	1 259 892	1 972 1 399	2 526 1 817	334 012 208 629	132 148 136 151
Köln	2. Vj. 4 370 1. Vj. 4 370	177 177	181 181	317 500	1 081 1 350	95 91	594 848	69 214	200 173	204 176	362 395	1 445 1 146	1 786 1 413	174 815 113 961	68 059 42 348
Essen	2. Vj. 3 138 1. Vj. 3 138	129 129	194 194	200 158	418 599	143 72	422 284	123 19	51 p 46	76 p 69	111 p 94	798 677	1 011 879	64 815 79 855	54 565 13 287
Düsseldorf	2. Vj. 4 500 p 1. Vj. 4 500 p	195 p 195 p	321 p 321 p	106 p 568 p	104 p 266 p	163 269	269 320	733 907
Frankfurt/M.	2. Vj. 4 768 1. Vj. 4 768	230 230	362 362	150 85	358 252	20 14	52 129	26 96	375 304	. 477	689 568	1 147 867	1 450 1 061	161 690 277 691	72 910 13 467
Dortmund	2. Vj. 3 203 1. Vj. 3 203	131 131	213 213	306 187	823 515	183 172	748 632	110 295	42 34	69 p 55	84 67	. 793	. 1 048	44 390 60 698	47 149 ⁸⁾ 11 481 ⁸⁾
Stuttgart	2. Vj. 4 998 1. Vj. 3 879	200 226	346 390	116 138	532 391	107 53	286 159	50 70	126 106	218 183	288 237	860 603	1 190 810	96 012 125 603	67 870 10 950
Bremen	2. Vj. 3 890 1. Vj. 2 975	152 127	271 226	424 286	584 506	118 137	206 290	33 348	86 67	154 118	161 132	1 025 767	1 205 898	69 188 78 726	44 035 46 091
Hannover	2. Vj. 3 956 1. Vj. 2 934	184 132	337 p 240	214 109	725 575	77 73	225 177	221 121	120 102	218 p 186	193 171	953 805	1 203 1 053	67 048 107 702	53 246 11 702
Duisburg	2. Vj. 2 835 1. Vj. 2 559	116 86	200 148	185 157	604 602	59 37	193 84	183 350	17 15	29 26	37 36	846 p 694	1 012 p 892	60 597 86 337	45 825 11 159
Nürnberg	2. Vj. 4 333 1. Vj. 2 731	139 148	286 303	360 246	661 350	172 64	344 89	2 417 3 716	124 93	255 191	223 194	751 553	972 734	58 721 82 219	46 778 55 966

¹⁾ nach dem neuesten Gebietsstand. - ²⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Bergbau. - ³⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen, Massenquartiere. - ⁴⁾ jeweils Quartalsende. - ⁵⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁶⁾ einschl. evtl. erhobener Lohnsummensteuer. - ⁷⁾ im Arbeitsamtsbezirk. - ⁸⁾ nur Einkommensteuer.

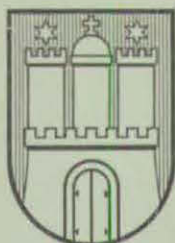
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1978	August 1978	September 1978	September 1977
		1976	1977				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 505,4	61 399	.	.	.	61 389
Eheschließungen	auf 1000	5,9	5,8	6,1	6,2	.	7,3
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	9,8	9,5	9,5	9,5	.	9,9
Gestorbene		11,9	11,5	11,1	10,8	.	10,9
ARBEITSMARKT							
Arbeitslose	Anzahl	1 060 336	1 029 995	922 230	923 963	864 274	911 239
Arbeitslosen-Quote	%	4,6	4,5	4,1	4,0	3,8	4,0
Offene Stellen	Anzahl	234 997	231 227	272 065	269 344	251 513	236 564
Kurzarbeiter	"	277 008	231 329	154 576	124 504	109 264	157 808
BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	7 428	7 263 p	7 213	7 247	7 268	7 310
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio. Std.	783	750 p	673	697	748	779
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio. DM	68 304	77 332 p	73 252	75 112	87 939	83 830
dar. Auslandsumsatz	"	16 557	18 865 p	17 632	17 931	22 398	20 487
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstg.)							
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bau- und Energiew.)	1970 = 100	110,7	113,9	105,3	100,9	123,0	116,4
Verarbeitendes Gewerbe	"	110,9	114,4	104,4	99,8	122,5	116,8
Grundst. u. Produktionsgütergewerbe	"	111,5	112,3	111,6	108,5	121,8	112,9
Investitionsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	109,0	115,0	99,9	90,5	123,8	118,2
Verbrauchsgüter-Produzierendes Gewerbe	"	110,2	115,0	95,5	97,5	122,7	120,5
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	"	116,7	118,0	116,0	113,5	120,4	115,9
Baugewerbe	"	95,2	97,2	105,4	99,4	119,4	106,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	1 192	1 168	1 182	1 203	...	1 200
Geleistete Arbeitsstunden	Mio. Std.	149	143	140	146	...	167
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio. DM	6 257	7 156	5 962	5 922	...	7 538
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	31 600	29 232	39 642	37 765	...	31 081
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	32 650	34 068	20 487	17 376	...	25 851
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	159,4	169,8	172,0	165,2 p	176,7 s	167,3
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	158,6	162,6	162,2	167,3	172,9	172,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1000 t	12 469	13 146	12 256
dev. Empfang	"	9 651	9 564	8 460
Versand	"	2 818	3 582	3 796
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	214 309	235 977	244 745	178 228	233 749	220 325
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 975	31 577	34 292 p	33 816 p	35 454 p	33 685 p
Getötete Personen	"	1 234	1 245	1 227 p	1 322 p	1 271 p	1 317 p
Verletzte Personen	"	40 050	42 341	47 109 p	45 671 p	46 870 p	44 723 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio. DM	6 717	7 564	8 311	7 682	7 586	7 489
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 572	2 959	773	431	7 906	7 452
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	987	1 403	288	231	4 298	3 959
Steuern vom Umsatz	"	4 872	5 224	5 934	5 759	5 513	4 816
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1970 = 100	140,8	144,4	146,5	146,5	146,5	144,7
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	151,8	154,1	146,2	145,7	145,1	151,8
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	141,7	143,6	145,7	145,9	145,9	143,8
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾ insgesamt	1970 = 100	143,7	150,7	...	161,7
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt ⁹⁾	1970 = 100	140,8	146,3	150,8	150,4	150,4	146,9
darunter für Nahrungs- und Genussmittel	"	136,8	143,7	147,5	145,2	145,2	144,5
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	11,08	11,89	12,04	12,07	12,37	11,76
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	42,0	42,2	42,6	41,4	42,3	42,2

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatliche Berichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschl. die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. Nach der im Jahre 1977 durch die Einbeziehung des Fertigteilbaues, der Gerüstbauer, der Fassadenreinigung und der Gebäudetrocknung vollzogenen Berichtskreiserweiterung werden die Ergebnisse ab Januar 1978 ausschließlich für den erweiterten Berichtskreis dargestellt. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Preisindex für Neubau in konventioneller Bauart. — ⁹⁾ Bauleistungen am Bauwerk. — ¹⁰⁾ für alle privaten Haushalte. — ¹⁰⁾ nach Abzug der Erstattungen.



HAMBURG IN ZAHLEN



Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Verzeichnis der von 1960 bis 1977 veröffentlichten Beiträge

Gliederung	Seite
1. Gebiet, Gebietsstruktur	I
2. Bevölkerung	II
3. Gesundheitswesen	III
4. Schulen, Hochschulen, Kultur, Freizeit	III
5. Rechtspflege	III
6. Wahlen	III
7. Erwerbstätigkeit	IV
8. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	V
9. Unternehmen und Arbeitsstätten	V
10. Industrie und Handwerk	V
11. Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	VI
12. Handel und Gastgewerbe	VII
13. Verkehr / Pendelwanderung	VIII
14. Öffentliche Sozialleistungen	IX
15. Öffentliche Finanzen und Personal im öffentlichen Dienst	IX
16. Preise	X
17. Einkommen, Löhne und Gehälter	XI
18. Versorgung, Entsorgung und Verbrauch	XI
19. Sozialprodukt	XII
20. Querschnittsveröffentlichungen	XII
21. Sonstiges	XII

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
1. Gebiet, Gebietsstruktur			
Raumanalyse des Hamburger Stadtgebietes mit Hilfe von Planquadraten	1966	5	149
Die Attraktivität der Hamburger Innenstadt – Ergebnisse der Wohnungsforschungsprobe 1965 –	1968	5	113
Die Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 unter besonderer Berücksichtigung ihrer regionalen Verteilung	1971	1	9
Die Einkommensverhältnisse der erwerbstätigen Bevölkerung Hamburgs – Regionalanalyse für das Stadtgebiet nach der Lohnsteuerstatistik 1968	1971	3	79
Die bauliche und soziographische Struktur der großen Neubaugebiete in Hamburg (GWZ 1968, VZ 1970)	1973	9	293

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
Verwaltungs- und Gebietsreform im südlichen Hamburger Umland	1974	1	3
Die bauliche Nutzung in den Hamburger Ortsteilen	1974	3	55
Statistische Gebiete	1975	7	180
Mobilität der Bevölkerung und Stadtteilsstrukturen in Hamburg	1976	1	3
Wahlverhalten als Indikator für Sozialstrukturen	1976	7	151
Zur Messung der Wohnqualität von Stadtteilen	1977	1	5
Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur	1977	3	67

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite	Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
2. Bevölkerung							
2.1 Allgemeines							
Die ersten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961 in Hamburg	1962	4	97	Veränderungen des Hamburger Bevölkerungsbestandes seit 1970 unter besonderer Berücksichtigung der Ausländer	1974	9	271
Die wirtschaftlichen Grundlagen der Hamburger Bevölkerung	1964	1	1	Die Bedeutung von Fruchtbarkeit und Mobilität für die Bestandserhaltung der Bevölkerung Hamburgs	1974	10	303
Ehemalige Kriegsgefangene, Zivilinterne und Zivilverschleppte	1964	3	64	Auswanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1836	1976	5	99
Wo sind die Einwohner Hamburgs geboren?	1964	7	220	Entwicklung von Bevölkerung und Industriebeschäftigten von 1965 bis 1974 in Hamburg und in der Region Hamburg/Umland	1977	1	3
Soziale Gruppen in der Freien und Hansestadt Hamburg 1961	1965	1	1	Weniger Ausländer in Hamburg 1976	1977	11	245
Hamburger Strukturdaten aus der Volkszählung 1970	1971	3	63	2.3 Geburten und Sterbefälle			
Die Ausländer in Hamburg im Spiegel der Statistik	1971	8	241	Ergebnisse der Geburtenstatistik in Hamburg	1963	2	21
Die Altersstruktur der Hamburger Wohnbevölkerung nach Familienstand und Erwerbstätigkeit – Ergebnisse der Volkszählung 1970 –	1972	11	375	Die Hamburger Geborenen nach Geburtsgewicht, Körpergröße und Lebensfähigkeit	1963	6	157
Weniger Ausländer in Hamburg 1976	1977	11	245	Die Geburtenentwicklung in Hamburg 1968	1969	9	223
2.2 Bevölkerungsstand und -entwicklung				Geburtenentwicklung und langfristige Tendenzen der allgemeinen Fruchtbarkeit in Hamburg (1972)	1973	7	233
Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Hamburg in den letzten hundert Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Stadtteile	1966	Sonderschrift	59	Fehlbildungen bei Neugeborenen in Hamburg 1971 bis 1975	1977	3	79
Veränderungen im regionalen Bevölkerungsstand Hamburgs in den letzten Jahren	1968	9	221	Die Hamburger Sterbetafel 1960/62	1965	5	113
Die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs im ersten Halbjahr 1968	1968	12	317	Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems 1958 bis 1968 unter besonderer Berücksichtigung des Herzinfarktes	1970	6	189
Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985	1970	4	115	Selbstmordhäufigkeit in Hamburg im Regionalvergleich (1971)	1973	4	123
Die Berücksichtigung der Wanderungsbewegung in einem Modell der Bevölkerungsvorausschätzung	1970	10	341	Die Hamburger Sterbetafel 1970/72	1975	5	127
Der Einfluß regionaler Wanderungsströme auf Wanderungsgewinn und -verlust Hamburgs seit 1960	1970	11	377	2.4 Wanderungen			
Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg – Ergebnisse der 3. koordinierten Vorausschätzung –	1971	7	205	Die Wanderungen von und nach Hamburg in den Jahren 1961 bis 1965 sowie ihre Verflechtung mit dem Umland von 1961 bis 1964	1967	4	89
Rund 1,8 Millionen Bürger wohnten 1970 in Hamburg – wie viele von ihnen werden voraussichtlich das Jahr 2000 erleben?	1972	1	10	Die Innerstädtischen Umzüge in Hamburg	1967	8	183
Fluktuierende und seßhafte Ausländergruppen – Bedeutung einer Abgrenzung im Hinblick auf Bevölkerungsprognosen –	1972	7	226	Wanderungsmotive und innerstädtische Mobilitätsvorgänge – Ergebnisse einer Modellstudie –	1970	9	293
Positive Bevölkerungsentwicklung im Raum Hamburg	1972	7	230	Struktur und Tendenzen der Wanderungen in und um Hamburg	1975	3	67
Grundtendenzen der Bevölkerungsentwicklung in den letzten 50 Jahren	1973	5	167	Mobilität der Bevölkerung und Stadtteilstrukturen in Hamburg	1976	1	3
Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1950	1973	11	373	Auswanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1836	1976	5	99
Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis zum Jahre 1985 (auch Haushaltsvorausschätzung)	1974	4	87	Cityferne Gebiete als Wanderungsziel	1977	10	229
				2.5 Eheschließungen und -scheidungen			
				Die Eheschließungen in Hamburg im Jahre 1961	1962	9	257
				Ergebnisse der Ehescheidungsstatistik	1964	11	329
				Ehescheidungen in Hamburg 1974	1976	6	129

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
2.6 Haushalte			
Die Wohnsituation der Hamburger Haushalte im Frühjahr 1960	1962	Sonderheft 1	3
Wohnbevölkerung und Haushaltungen in der Freien und Hansestadt Hamburg am 6. Juni 1961	1963	9	233
Das Einkaufsverhalten der Hamburger Haushalte — Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1965 —	1968	3	65
Die Struktur der Hamburger Haushalte und ausgewählte Formen der Vermögensbildung — Ergebnisse aus dem Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 —	1969	9	232
Die Hamburger Privathaushalte nach Art und Größe sowie ihre Haushaltsvorstände nach Stellung im Beruf und überwiegendem Lebensunterhalt — Ergebnisse der Volkszählung 1970 —	1973	9	304
Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis zum Jahre 1985 (auch Haushaltsvorausschätzung)	1974	4	87
Untermieter in Hamburg — Ergebnis der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 —	1975	3	77
3. Gesundheitswesen			
Krankenausfallstatistik der hamburgischen Verwaltung	1964	2	30
Krankenausfälle in der hamburgischen Verwaltung 1963/64	1965	2	29
Krankenausfälle in der hamburgischen Verwaltung 1964/65	1966	3	90
Niveau und Entwicklung des Krankenstandes bei der Hamburger Verwaltung 1968 bis 1973	1974	1	6
Sterbefälle an Krankheiten des Kreislaufsystems 1958 bis 1968 unter besonderer Berücksichtigung des Herzinfarktes	1970	6	189
Hamburger Modelluntersuchung zur multikausalen Todesursachenstatistik	1971	6	183
Selbstmordhäufigkeit in Hamburg im Regionalvergleich (1971)	1973	4	123
Die zeitliche Häufigkeit von Todesursachen in Hamburg	1976	3	55
Fehlbildungen bei Neugeborenen in Hamburg 1971 bis 1975	1977	3	79
Die Apotheken in Hamburg	1975	10	259
Ärzte in Hamburg, Struktur und Entwicklung 1955 bis 1975	1977	6	148
4. Schulen, Hochschulen, Kultur, Freizeit			
Die Entwicklung der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden und Sonderschulen Hamburgs von 1956 bis 1966/67	1967	11	263
Ausländische Schüler in den Hamburger Schulen 1968 bis 1973	1974	8	235
Die Entwicklung der Abiturientenzahlen in Hamburg seit 1950	1969	10	259

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Die Studien- und Berufsziele der Hamburger Abiturienten — Ergebnisse der Abiturientenbefragung 1971 —	1971	5	143
Die Abiturientenbefragungen in den Schuljahren 1970/71 und 1971/72 — Überprüfung und Rechtfertigung —	1972	4	120
Die öffentlichen und privaten Berufs- und Berufsfachschulen in Hamburg	1962	9	262
Die Mobilität der Studierenden zwischen Hamburg u. den übrigen Bundesländern	1969	4	79
Die Studierenden an der Universität Hamburg im Wintersemester 1961/62	1962	12	349
Die Studierenden an der Universität Hamburg von 1960 bis 1970	1971	2	31
Die akademischen Abschlußprüfungen an der Universität Hamburg 1960 bis 1967	1968	11	289
Hochschulprüfungen in Hamburg 1968 bis 1972	1974	2	36
Bücherausleihen in den Öffentlichen Bücherhallen Hamburgs	1964	1	11
Großstädte als Zentren des Theaterlebens (Theaterstatistik in der Spielzeit 1968/69 — Ein Städtevergleich)	1970	2	43
Die Urlaubsreisen der Hamburger Bevölkerung 1959	1962	Sonderheft 2	3
Urlaubsreisen der Hamburger Bevölkerung	1975	8	218
Wie verbringt der Hamburger das Wochenende? — Ergebnisse der einprozentigen Wohnungserhebung 1965 —	1967	12	288
Freizeitstätten am Wochenende — Ergebnisse einer Hamburger Zusatzbefragung zum Mikrozensus 1970 —	1971	1	3
5. Rechtspflege			
Die Entwicklung der strafrechtlichen Aburteilungen in Hamburg seit 1955	1968	2	29
Die in Trunkenheit begangenen Verkehrsvergehen in Hamburg im Jahre 1967 — Ergebnisse der Strafverfolgungstatistik 1967	1969	1	7
Die Straffälligkeit von Ausländern in Hamburg 1970 und 1971	1972	10	357
Zivilprozesse vor den hamburgischen Gerichten 1969 bis 1974	1975	5	135
Strafsachen und Bußgeldverfahren vor den hamburgischen Gerichten 1970 bis 1976	1977	8	183
6. Wahlen			
6.1 Allgemeines			
Die Vorausschätzung von Gesamtwahlergebnissen aus Teilergebnissen	1962	2	49
Vorausschätzung von Wahlergebnissen in Hamburg 1965, 1966, 1969 und 1970	1970	8	270
Wahlverhalten als Indikator für Sozialstrukturen	1976	7	151
Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Sozialstruktur	1977	3	67

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
6.2 Bundestag			
Die Wahlen in Hamburg im Jahre 1961	1962	2	33
Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg	1962	2	45
Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 in Hamburg	1965	12	317
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1965 in Hamburg	1966	4	109
Hamburger Wahlergebnisse zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969	1969	11	291
Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung bei den Bundestagswahlen 1965 und 1969 – nebst Schuber mit 10 Wahlkarten	1969	Sonderheft 1	1
Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl in Hamburg am 28. September 1969	1970	1	3
Die Bundestagswahl am 19. November 1972 in Hamburg	1973	2	37
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1972 in Hamburg	1973	5	155
Die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 in Hamburg	1976	10	227
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1976 in Hamburg	1977	1	11
6.3 Bürgerschaft, Bezirksversammlungen			
Die Wahlen in Hamburg im Jahre 1961	1962	2	33
Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl und Bürgerschaftswahl 1961 in Hamburg	1962	2	45
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik bei der Bürgerschaftswahl am 27. März 1966	1966	8	233
Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 22. März 1970	1970	8	261
Das Wahlverhalten der Hamburger Bevölkerung bei den Bürgerschaftswahlen 1966 und 1970 – dargestellt in der räumlichen Verteilung auf die Wahlbezirke –, nebst Schuber mit 11 Wahlkarten	1972	Sonderheft 1	1
Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974	1974	5	123
Repräsentative Wahlstatistik zur Bürgerschaftswahl 1974 in Hamburg	1974	7	195
Die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl der Bezirksabgeordneten am 3. März 1974	1974	11	327

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
7. Erwerbstätigkeit			
Die soziale Lage der erwerbstätigen Frauen in Hamburg	1960	2	27
Die am Erwerbsleben beteiligten Personen in Hamburg nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1958	1960	4	59
Der Umfang der Erwerbstätigkeit in Hamburg in der Woche vom 5. bis 11. Oktober 1958 (Ergebnisse des Mikrozensus)	1961	1	1
Die Beschäftigung in der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	1962	6	161
Die Arbeitsstätten und Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen am 6. Juni 1961 in Hamburg	1963	12	329
Die wirtschaftlichen Grundlagen der Hamburger Bevölkerung	1964	1	1
Arbeiter und Angestellte in der hamburgischen Industrie seit 1950	1964	2	25
Die Beschäftigten in ausgewählten Gruppen der hamburgischen Industrie 1950 bis 1963	1964	9	265
Die Entwicklung der Umsätze und Beschäftigtenzahlen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes in Hamburg von 1962 bis 1965	1966	7	205
Die Beschäftigten der Industrie in Hamburg nach Bezirken 1961 und 1966	1967	3	67
Die Entwicklung der Umsätze und Beschäftigung im hamburgischen Einzelhandel im Jahre 1966 unter besonderer Berücksichtigung einer im Jahre 1965 durchgeführten Reform der Einzelhandelsstatistik	1967	7	155
Die weiblichen Beschäftigten in der hamburgischen Industrie 1950 bis 1966	1968	11	297
Die Arbeitsverdienste und die Arbeitszeiten der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich in Hamburg – Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966 –	1969	10	265
Arbeitsstätten und deren tätige Personen in Hamburg – Erste vorläufige Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung am 27. 5. 1970 –	1971	10	309
Die Hamburger Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf und nach Wirtschaftsbereichen – Ergebnisse der Volkszählung 1970	1972	8	247
Die Altersstruktur der Hamburger Wohnbevölkerung nach Familienstand und Erwerbstätigkeit – Ergebnisse der Volkszählung 1970 –	1972	11	375
Die Entwicklung der Tätigen Personen im Raum Hamburg/Umland 1970	1973	1	15
Die Hamburger Privathaushalte nach Art und Größe sowie ihre Haushaltsvorstände nach Stellung im Beruf und überwiegendem Lebensunterhalt – Ergebnisse der Volkszählung 1970 –	1973	9	304
Zur Zahl der Erwerbstätigen Hamburgs	1975	8	209
Die erwerbstätigen Hamburger 1972–1974	1975	10	272

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
Erste Ergebnisse der neuen Beschäftigtenstatistik für Hamburg	1976	8	179
Entwicklung von Bevölkerung und Industriebeschäftigten von 1965 bis 1974 in Hamburg und in der Region Hamburg/Umland	1977	1	3
8. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			
Viehwirtschaftliche Zahlen für Hamburg			
A. Der Viehbestand			
B. Die Milcherzeugung in Hamburg 1950 bis 1959	1960	5	81
Der Gemüse- und Blumenanbau und die Ernte von Gemüse in Hamburg 1961	1962	4	101
Die Obsternte in Hamburg 1961	1962	4	104
Der Viehbestand in Hamburg im Dezember 1961	1962	4	106
Der Hamburger Fischmarkt 1961	1962	9	268
Der Gewerbegartenbau in Hamburg	1963	4	89
Die Haus- und Kleingärten in Hamburg	1964	3	58
Obstbau und Obsternte in Hamburg	1967	9	207
Der Viehbestand in Hamburg 1967	1968	7	173
Viehmärkte, Schlachthöfe und Fleischgroßmarkt in Hamburg	1968	8	197
Der Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Hamburg und im Bundesgebiet 1969	1970	4	127
Hamburg als Zentrum des Gartenbaus und des Umschlages von gartenbaulichen Erzeugnissen (1971)	1973	3	71
9. Unternehmen und Arbeitsstätten			
Die Unternehmen und ihre Umsätze in Hamburg – Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1960 –	1962	1	7
Ertrag, Kapital und Steuermeßbeträge der gewerblichen Unternehmen in Hamburg	1962	5	141
Methoden und Begriffe der Arbeitsstättenzählung 1961	1962	8	229
Organkreise mit Hauptsitz Hamburg 1958 bis 1961	1962	8	238
Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961 in Hamburg	1963	3	53
Das Vermögen der Gesellschaftsunternehmen nach dem Stand vom 1. 1. 1960	1963	8	217
Die Arbeitsstätten und Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen am 6. Juni 1961 in Hamburg	1963	12	329
Die hamburgischen Unternehmen nach der Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961	1964	7	205
Einkommen und Steuerschuld der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen 1961	1964	12	366
Betriebe mit gewerblichem Verkehr und Werkverkehr in Hamburg	1965	4	77
Unternehmen des gewerblichen Verkehrs in Hamburg	1966	1	1
Kapitalgesellschaften am 31. 12. 1966 in Hamburg	1967	4	81

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
Lohnsummen der gewerblichen Betriebe und ihre Besteuerung in Hamburg – Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik 1966 –	1969	4	85
Arbeitsstätten und deren tätige Personen in Hamburg – Erste vorläufige Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970	1971	10	309
Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Hamburg – Vorläufige Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1970 –	1972	1	3
Struktur und Wandel der Hamburger Wirtschaft – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 –	1972	9	299
10. Industrie und Handwerk			
10.1 Industrie			
Die regionale Verteilung der Industrie in Hamburg	1960	3	49
Die Beschäftigung in der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	1962	6	161
Die Kleinbetriebe in der hamburgischen Industrie im September 1961	1962	6	165
Die Umsätze in der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	1962	7	193
Der Index der industriellen Produktion in Hamburg und im Bundesgebiet 1950 bis 1961	1962	10	297
Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie im Jahre 1961	1962	11	325
Der Energieverbrauch der hamburgischen Industrie	1963	1	1
Die regionale Verteilung der Industrie in Hamburg	1963	4	99
Der Wasserverbrauch der hamburgischen Industrie 1961	1963	8	213
Arbeiter und Angestellte in der hamburgischen Industrie seit 1950	1964	2	25
Die Beschäftigten in ausgewählten Gruppen der hamburgischen Industrie 1950 bis 1963	1964	9	265
Die Unternehmen der Industrie in Hamburg 1962	1965	6	145
Hamburgs Industrie im Vergleich mit anderen Großstädten der Bundesrepublik Deutschland 1963	1966	5	145
Umsatz- und Beschäftigtenanteile ausgewählter hamburgischer Industriezweige am Bundesergebnis 1964	1966	8	239
Nettoproduktionswerte, Nettoquoten und Investitionen der hamburgischen Industriebetriebe 1962 (Ergebnisse des Industriezensus 1963)	1966	9	253
Lieferungen und Bezüge der Industrieunternehmen mit Sitz in Hamburg über den Hamburger Hafen 1963	1966	11	301
Die Beschäftigten der Industrie in Hamburg nach Bezirken 1961 und 1966	1967	3	67
Kennzahlen für die hamburgische Industrie	1967	6	140
Der Wasserverbrauch der hamburgischen Industrie 1955 bis 1965	1967	7	168

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Die Ergebnisse der Jahresunternehmens- und Investitionserhebung in der Industrie und im Bauhauptgewerbe in Hamburg 1962 bis 1966	1968	4	93
Entwicklungstendenzen der Industrie in Hamburg in den Jahren 1962 bis 1967	1968	6	149
Die weiblichen Beschäftigten in der hamburgischen Industrie 1950 bis 1966	1968	11	297
Der Index der industriellen Produktion in Hamburg – Neuberechnung auf der Basis von 1962 (= 100)	1969	5	103
Industrielle Unternehmen in Hamburg – Ergebnisse der Jahresunternehmenserhebung in der Industrie –	1971	5	153
Anlageinvestitionen hamburgischer Industriebetriebe	1971	6	173
Der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie 1960 bis 1970	1971	7	219
Der Energieverbrauch der Verarbeitenden Industrie in Hamburg 1962 bis 1973	1964	4	105
Standortverlagerungen Hamburger Industriebetriebe seit 1965	1977	4	95
10.2 Handwerk			
Das hamburgische Handwerk im Jahre 1961	1962	8	233
Das hamburgische Handwerk im Jahre 1962	1963	6	170
Das Handwerk in Hamburg – Ergebnisse der Handwerkszählung 1963 –	1965	7	173
Das Handwerk in Hamburg – Weitere Ergebnisse der Handwerkszählung 1963 –	1966	2	45
Das hamburgische Handwerk im Jahre 1966	1967	6	135
Das Handwerk in Hamburg – Erste vorläufige Ergebnisse der Handwerkszählung 1968	1969	4	83
11. Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen			
11.1 Bauwirtschaft, Bautätigkeit			
Die Kleinbetriebe des hamburgischen Bauhauptgewerbes	1962	4	108
Die hamburgische Bauwirtschaft im Jahre 1961	1962	5	125
Bautätigkeit und Wohnungswesen in Hamburg im Jahre 1961	1962	5	130
Der Bauüberhang in Hamburg am Jahresbeginn 1962	1962	7	200
Die Geräteausstattung des Bauhauptgewerbes in Hamburg	1963	2	28
Das hamburgische Bauhauptgewerbe im Jahre 1962	1963	5	121
Hamburger Grundeigentumswechsel und Baulandpreise 1903 bis 1937 und 1955 bis 1962	1963	Sonderheft 1	3

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Bautätigkeit und Wohnungswesen in Hamburg 1962 bis 1963	1964	10	297
Das Bauhauptgewerbe in Hamburg (Totalerhebungen 1965 und 1966)	1967	1	10
Die Ergebnisse der Jahresunternehmens- und Investitionserhebungen in der Industrie und im Bauhauptgewerbe in Hamburg 1962 bis 1966	1968	4	93
Grundeigentumswechsel in Hamburg 1955 bis 1968	1969	6	142
Die Auftragsvergaben im Tiefbau in Hamburg 1964 bis 1968	1969	7	163
Bauvolumen und Mieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in Hamburg 1964 bis 1968 nach der Bewilligungsstatistik	1969	9	240
Die Hochbautätigkeit in Hamburg 1964 bis 1968	1969	11	306
Hamburgs Bauhauptgewerbe in den sechziger Jahren	1970	9	303
20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg – Volumen des Nichtwohnbaus –	1971	10	315
20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg – Volumen des Wohnbaus –	1972	8	271
Zur Lage und Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg	1975	4	105
11.2 Grundstücke, Gebäude und Wohnungen			
Die Wohnsituation der Hamburger Haushalte im Frühjahr 1960	1962	Sonderheft 1	3
Der Wohnungsbedarf in Hamburg bis 1965	1962	Sonderheft 1	38
Ergebnisse der Gebäudezählung vom 6. Juni 1961 in Hamburg	1963	3	57
Übersicht über die Eigentumsverhältnisse der Wohngebäude in den Ländern des Bundesgebietes	1963	7	201
Hamburger Grundeigentumswechsel und Baulandpreise 1903 bis 1937 und 1955 bis 1962	1963	Sonderheft 1	3
Zahlen zur Wohnungsmarktlage	1964	5	149
Wohnsituation und Veränderungsabsichten der bei den Hamburger Wohnungsämtern registrierten Wohnungssuchenden	1965	8	209
Methoden und Begriffe der Grundstückserhebung 1968	1969	6	135
Grundeigentumswechsel in Hamburg 1965 bis 1968	1969	6	142
Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968	1970	1	16
Zur Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962	1970	3	75
Das Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969	1970	10	346
Der Wohnungsbestand in Hamburg 1956, 1961 und 1968	1970	Sonderheft 2	3

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Die Mieten in Hamburg und seinem Umland am 25. Oktober 1968	1970	Sonderheft 2	5
Wohnungsbau in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland 1959 bis 1968	1970	Sonderheft 2	19
Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. Oktober 1968	1970	Sonderheft 2	23
Die Altersstruktur der Wohngebäude und Wohnungen in Hamburg am 25. 10. 1968 unter besonderer Berücksichtigung ihrer regionalen Verteilung	1971	1	9
Zweitwohnungen in Hamburg am 25. Oktober 1968	1971	4	103
Eigentumswohnungen in Hamburg am 25. Oktober 1968	1971	5	151
Die Wohnungsversorgung der älteren Menschen in Hamburg	1971	8	265
Die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien in Hamburg	1971	9	293
Die Wohnverhältnisse junger Ehepaare in Hamburg	1971	11	353
Die Hamburger Sonderauswertung zur Gebäude- und Wohnungszählung 1968 — ein Beispiel für die problemorientierte Auswertung von Großzählungsergebnissen —	1972	4	109
Wohnabsichten der Hamburger — Vorläufige Ergebnisse der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 —	1973	8	269
Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1950 (1972)	1973	11	373
Die Beheizung der Wohnungen in Hamburg	1974	4	108
Preisindizes für Bauwerke in Hamburg 1962 bis 1973	1974	5	143
Grundeigentumswechsel und Bauandpreise in Hamburg 1961 bis 1973	1974	7	205
Wohngeid in Hamburg — Ergebnisse der Wohngeidstatistik 1973 —	1975	1	3
Untermieter in Hamburg — Ergebnis der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 —	1975	3	77
Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Hamburg 1971 bis 1975	1976	9	207
12. Handel und Gastgewerbe			
12.1 Allgemeines			
Unternehmen des Groß- und Einzelhandels in Hamburg — Ergebnisse des Handelszensus 1960 —	1963	1	5
Begriffe und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1960 (Handelszensus)	1963	11	297
Die Entwicklung der Umsätze im hamburgischen Handel im Jahre 1967	1968	10	261
Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968	1970	4	133

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
12.2 Einzelhandel			
Die Entwicklung der Umsätze und Beschäftigung im hamburgischen Einzelhandel im Jahre 1966 unter besonderer Berücksichtigung einer im Jahre 1965 durchgeführten Reform der Einzelhandelsstatistik	1967	7	155
Der Einzelhandel in Hamburg — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1968 —	1972	9	321
Die Entwicklung des Einzelhandels in Hamburg 1970 bis 1973	1974	8	250
12.3 Groß- und Außenhandel, Handelsvermittlung			
Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure seit dem Jahre 1955	1962	6	171
Erste Ergebnisse der hamburgischen Großhandelsstatistik	1967	7	167
Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure von 1962 bis 1967	1968	10	265
Die Handelsvermittlung in Hamburg	1972	4	103
Der Groß- und Außenhandel in Hamburg	1973	1	3
Der Außenhandel in der hamburgischen Statistik	1974	11	332
Die Entwicklung des Groß- und Außenhandels in Hamburg 1970 bis 1974	1975	5	140
Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1968 bis 1974	1975	11	297
Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure über den Hamburger Hafen 1971 bis 1975	1976	8	184
Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaften	1976	9	213
Wert- und mengenmäßige Entwicklung der Einfuhr Hamburger Firmen	1976	11	251
Die Bedeutung Hamburgs im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den OPEC-Ländern	1977	9	203
12.4 Gastgewerbe, Fremdenverkehr			
Die Hamburger Beherbergungsbetriebe	1962	1	10
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	1962	1	15
Der Fremdenverkehr in den Hamburger Beherbergungsstätten im Jahre 1961	1962	7	207
Hamburgs Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handels- und Gaststättenzählung 1960)	1964	4	77
Die Betriebe des Gastgewerbes in Hamburg (Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960)	1964	5	125
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1962 bis 1964	1965	6	153
Die Entwicklung der Umsätze und Beschäftigtenzahlen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes in Hamburg von 1962 bis 1965	1966	7	205

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Der Fremdenverkehr in Hamburg im Jahre 1965	1966	11	316
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe – Ergebnisse 1965 bis 1967	1968	6	154
Die Struktur und Bettenkapazität des Beherbergungsgewerbes in Hamburg im Jahre 1967	1968	7	175
Die Entwicklung des hamburgischen Gastgewerbes 1965 bis 1968	1969	8	197
Fremdenverkehr in Hamburg und anderen Großstädten des Bundesgebietes	1972	5	149
Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Hamburg	1973	2	31
Die Entwicklung des Gastgewerbes in Hamburg 1970 bis 1973	1974	6	175
Kapazität und Preise im Hamburger Beherbergungsgewerbe im Jahre 1975	1975	9	238
Der Hamburger Fremdenverkehr 1970 bis 1975	1976	4	82
Der Fremdenverkehr in den 12 größten Städten der Bundesrepublik Deutschland	1977	7	167

13. Verkehr / Pendelwanderung

13.1 Allgemeines

Der Verkehrszensus 1962	1962	9	273
Das Straßennetz in Hamburg am 1. Januar 1961	1964	12	357
Das Straßennetz in Hamburg	1976	11	256

13.2 Öffentlicher Personenverkehr und Pendelwanderung

Der Berufsverkehr zum Beschäftigungsschwerpunkt Innenstadt (Ergebnisse der Verkehrszählung 1956)	1960	1	1
Die Betriebs- und Verkehrsleistungen im öffentlichen Personenverkehr in Hamburg	1963	Sonderheft 2	3
Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland 1970			
I. Die Berufspendler nach Herkunftsgebieten	1973	6	211
II. Struktur und Entwicklung der Berufseinpender	1973	10	345
III. Berufseinpender nach Ziel- und Herkunftsgebieten sowie Verkehrsmitteln und Wegezeiten	1975	1	18
IV. Die hamburgischen Binnenpendler	1975	2	46

13.3 Fahrerlaubnisse

Die Beteiligung der Hamburger Bevölkerung am Straßenverkehr mit Kraftfahrzeugen 1961			
Teil I: Fahrberechtigte und Fahrleistungen	1966	3	69
Erteilung und Entziehung von Führerscheinen in Hamburg 1960 bis 1972	1974	2	31
Die Frau als Pkw-Fahrerin	1975	9	240

13.4 Kraftfahrzeugbestand

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Hamburg von 1950 bis 1962	1963	10	265
Die regionale Verteilung der Kraftfahrzeuge und Abstellplätze in Hamburg am 6. Juni 1961	1964	6	165
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Hamburg bis 1966	1966	10	273
Die Fahrleistungen Hamburger Kraftfahrzeuge 1966	1968	5	134
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Hamburg bis 1969	1969	11	315
Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Hamburg 1970 bis 1975	1976	2	35

13.5 Verkehrsunfälle

Die Beteiligung der Hamburger Bevölkerung am Straßenverkehr mit Kraftfahrzeugen 1961			
Teil II: Straßenverkehrsunfälle	1966	4	117
Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hamburg bis 1965	1967	1	1
Alkoholbedingte Straßenverkehrsunfälle in Hamburg	1967	3	45
Straßenverkehrsunfälle von Fußgängern in Hamburg 1966	1968	3	70
Die Besetzung unfallbeteiligter Kraftfahrzeuge in Hamburg und das Verletzungsrisiko für die Insassen 1966	1967	10	247
Die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in Hamburg bis 1969	1970	2	47
Die Entwicklung der Alkoholunfälle in Hamburg bis 1969	1970	5	151
Unfallbeteiligte und Verursacher bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1964 bis 1968	1970	6	208
Zum Schuldverhalten der Fußgänger bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968	1970	11	389
Zur Frage des Schuldverhaltens einzelner Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1969 bis 1972	1974	6	163
Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder in Hamburg	1974	8	242
Entwicklung der Personenschadensunfälle in Hamburg seit 1970	1976	5	105
Entwicklung und Bedeutung der Alkoholunfälle in Hamburg	1977	5	123

13.6 Hafen

Statistische Erfassung des Hinterlandverkehrs des Hafens Hamburg	1963	2	31
Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg in der Statistik	1966	Sonderschrift	99
Lieferungen und Bezüge der Industrieunternehmen mit Sitz in Hamburg über den Hamburger Hafen 1963	1966	11	301
Containerverkehr im Hamburger Hafen 1968 bis 1970	1971	9	281

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Hinterlandverkehr des Hamburger Hafens 1966 bis 1970			
– Teil 1: Methode der Untersuchung –	1972	2	44
– Teil 2: Transit –	1972	3	63
– Teil 3: Ausfuhr –	1972	5	139
– Teil 4: Einfuhr –	1972	6	179
– Teil 5: Zusammenfassender Überblick –	1972	10	343
Containerverkehr im Hamburger Hafen 1970 bis 1972	1973	6	199
Der Hamburger Hafen als Energieumschlagsplatz	1974	4	98
Der Güterverkehr des Hamburger Hafens mit Ostasien 1970 bis 1974	1975	6	155
Die Bedeutung des Ostseeraumes für den Hamburger Hafen	1975	8	203
Der Seeverkehr zwischen Hamburg und den Vereinigten Staaten von Amerika	1976	5	103
Die Entwicklung der Binnenschifffahrt auf der Oberelbe	1976	6	123
Getreideumschlag in Hamburg 1955 bis 1975	1976	7	161
Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure über den Hamburger Hafen 1971 bis 1975	1976	8	184
13.7 Sonstiges			
Betriebe mit gewerblichem Verkehr und Werksverkehr in Hamburg	1965	4	77
Unternehmen des gewerblichen Verkehrs in Hamburg	1966	1	1
Der Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen in Hamburg 1965	1968	5	121
Der Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen in der Nahzone um Hamburg sowie die Verflechtung Hamburgs mit seinem Umland 1965	1969	3	49
Die Entwicklung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel bis 1969	1970	7	229
Fernschreibanschlüsse als Zentralitätsindikator?	1974	5	133
Entwicklung des „Kraftfahrer-Preisindex“ seit der Ölkrise 1973	1976	2	40
Luftverkehr des Hamburger Flughafens Fuhlsbüttel 1970 bis 1975	1976	9	210
Entwicklungen im Hamburger Kraftfahrzeuggewerbe seit 1972	1976	11	252
14. Öffentliche Sozialleistungen			
Die Sozialhilfe in Hamburg in den Jahren 1963/1964	1966	6	181
Die Kriegsoferfürsorge in Hamburg 1963 bis 1966	1967	12	294
Die Kriegsoferfürsorge in Hamburg 1966 bis 1969	1971	2	43
Das Wohngeld in Hamburg 1965 bis 1969	1970	10	346

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Wohngeld in Hamburg – Ergebnisse der Wohngeldstatistik 1973 –	1975	1	3
Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und öffentlichen Sozialleistungen im Nachweis der Amtlichen Statistik	1976	3	56
25 Jahre Lastenausgleich	1976	8	187
Öffentliche Jugendhilfe – ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse	1977	2	35
15. Öffentliche Finanzen und Personal im öffentlichen Dienst			
15.1 Steuern			
Das Steueraufkommen 1961 in Hamburg	1962	3	79
Das Steueraufkommen 1955 bis 1962 in Hamburg	1963	5	123
Das Steueraufkommen in Hamburg im Jahre 1963	1964	3	53
Hamburgs Steueraufkommen im Vergleich mit anderen Bundesländern und Großstädten 1959/60 bis 1966	1967	9	214
Die Einkommen und ihre Besteuerung in Hamburg (Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik, der Einkommensteuer- und der Körperschaftsteueranlage 1957)	1961	2	23
Arbeitsentgelte und ihre Besteuerung in Hamburg	1964	9	271
Einkommen und Steuerschuld der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen 1961	1964	12	366
Das veranlagte Einkommen und seine Verteilung in Hamburg 1961	1965	3	57
Die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttohohngrößenklassen – Erstes vorläufiges Ergebnis der Lohnsteuerstatistik 1965	1967	2	32
Arbeitsentgelte und ihre Besteuerung in Hamburg – Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1965 –			
1. Teil	1968	2	39
2. Teil	1968	12	322
Das veranlagte Einkommen und seine Besteuerung in Hamburg und im Umland – Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1965	1969	6	127
Die Einkommensverhältnisse der erwerbstätigen Bevölkerung Hamburgs – Regionalanalyse für das Stadtgebiet nach der Lohnsteuerstatistik 1968	1971	3	79
Konsolidierte Schichtung der Einkünfte von Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in Hamburg – Ein Beitrag aus der Steuerstatistik zur Frage der Einkommensverteilung –	1975	11	287
Lohnsteuerpflichtige Einkommen und Abgaben der Lohnsteuerpflichtigen in Hamburg 1974 – mit Großstädtevergleich und Innerstädtischer Gliederung –	1977	11	249
Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hamburg (Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1959)	1961	3	41
Die Unternehmen und ihre Umsätze in Hamburg – Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1960 –	1962	1	7

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
Organkreise mit Hauptsitz Hamburg 1958 bis 1961	1962	8	238
Die Umsätze und ihre Besteuerung 1961 in Hamburg	1962	11	328
Die Umsätze der Hamburger Wirtschaft	1963	10	279
Umsätze und ihre Besteuerung in Hamburg – Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1968	1970	5	164
Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Hamburg – Vorläufige Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1970 –	1972	1	3
Ertrag, Kapital und Steuermeßbeträge der gewerblichen Unternehmen in Hamburg	1962	5	141
Die Lohnsummensteuer in Hamburg, Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik 1958	1962	6	177
Lohnsummen der gewerblichen Betriebe und ihre Besteuerung in Hamburg – Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik 1966	1969	4	85
Die Gewerbelohnsummensteuer in Hamburg – Ergebnisse aus der Gewerbesteuerstatistik 1970 –	1972	11	396
Das Vermögen und seine Besteuerung in Hamburg	1963	7	191
Das Vermögen der Gesellschaftsunternehmen nach dem Stand vom 1. Januar 1960	1963	8	217
Vermögensmillionäre in Hamburg	1965	3	63
Vermögensmillionäre und ihr Gesamtvermögen in Hamburg – Erste vorläufige Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik zum Stichtag 1. 1. 1968	1968	4	98
Das steuerpflichtige Privatvermögen in Hamburg und in anderen Großstädten – Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1966	1969	2	25
Private Millionenvermögen in Hamburg – Vorergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1969 –	1971	11	348
Private Millionenvermögen in Hamburg	1975	7	184
Die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe in Hamburg 1963	1965	11	297
Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen	1972	6	190
15.2 Ausgaben und Verschuldung			
Öffentliche Verschuldung Hamburgs 1950 bis 1964	1965	9	245
Öffentliche Ausgaben der Freien und Hansestadt Hamburg, Wachstum und Strukturwandlungen	1966	Sonderschrift	121
Entwicklung von Umfang und Struktur der Personalkosten der öffentlichen Verwaltung	1977	2	43
Hochschulfinanzen in Hamburg 1975	1977	6	139

Abschnitt, Titel	Jahrgang	Heft-Nr.	Seite
15.3 Personal			
Der Personalstand der öffentlichen Bediensteten in Hamburg am 2. Oktober 1962	1963	7	185
Krankenausfallstatistik der hamburgischen Verwaltung	1964	2	30
Krankenausfälle in der hamburgischen Verwaltung 1963/64	1965	2	29
Krankenausfälle in der hamburgischen Verwaltung 1964/65	1966	3	90
Niveau und Entwicklung des Krankenstandes bei der Hamburger Verwaltung 1968 bis 1973	1974	1	6
Verdienstverhältnisse der beim Hamburger Staat Beschäftigten – Ergebnisse der Statistik der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne für September 1968	1970	3	84
Personalfluktuations in der hamburgischen Verwaltung 1968/69 – Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst	1970	5	155
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes – Teilergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst in Hamburg nach dem Stand vom 2. 10. 1968	1970	8	276
Strukturanalyse des öffentlichen Dienstes in Hamburg – Hauptergebnisse der Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst nach dem Stande vom 2. Oktober 1968 –	1971	4	112
Personal im öffentlichen Dienst Hamburgs			
I.	1975	4	95
II.	1975	6	159
16. Preise			
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	1962	1	15
Hamburger Preisindexziffern für die Lebenshaltung 1950 bis 1962	1962	10	303
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1962 bis 1964	1965	6	153
Zur Einstellung des Hamburger Preisindex für die Lebenshaltung	1967	10	235
Preise im Hamburger Beherbergungs- und Gaststättengewerbe – Ergebnisse 1965 bis 1967	1968	6	154
Bauvolumen und Mieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in Hamburg 1964 bis 1968 nach der Bewilligungsstatistik	1969	9	240
Zur Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962	1970	3	75
Die Einzelhandelspreise in größeren Fachgeschäften in Hamburg im Vergleich zu vier weiteren Großstädten der Bundesrepublik im Oktober 1969	1970	9	324
Die Mieten in Hamburg und seinem Umland am 25. Oktober 1968	1970	Sonderheft 2	5

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
Preisindizes für Bauwerke in Hamburg 1962 bis 1973	1974	5	143
Grundeigentumswechsel und Bauland- preise in Hamburg 1961 bis 1973	1974	7	205
Kapazität und Preise im Hamburger Beherbergungsgewerbe im Jahre 1975	1975	9	238
Entwicklung des „Kraftfahrer-Preisindex“ seit der Ölkrise 1973	1976	2	40
17. Einkommen, Löhne und Gehälter			
Die Einkommen und ihre Besteuerung in Hamburg (Ergebnisse der Lohnsteuer- statistik der Einkommensteuer- und der Körperschaftsteuerveranlagung 1957)	1961	2	23
Verdienste in Industrie und Handel in Hamburg im August 1957 und 1961	1962	3	69
Arbeitsentgelte und ihre Besteuerung in Hamburg	1964	9	271
Das veranlagte Einkommen und seine Verteilung in Hamburg 1961	1965	3	57
Die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngrößenklassen – Erstes vorläufiges Ergebnis der Lohnsteuer- statistik 1965	1967	2	32
Arbeitsentgelte und ihre Besteuerung in Hamburg – Ergebnisse der Lohnsteuer- statistik 1965 – 1. Teil	1968	2	39
2. Teil	1968	12	322
Die Arbeitsverdienste und die Arbeits- zeiten der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich in Hamburg – Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966	1969	10	265
Verdienstverhältnisse der beim Hambur- ger Staat Beschäftigten – Ergebnisse der Statistik der Dienstbezüge, Vergü- tungen und Löhne für September 1968	1970	3	84
Verdienste der Industriearbeiter in aus- gewählten Großstädten im Oktober 1969	1970	5	168
Die Verdienste der Angestellten in Industrie und Handel 1962 bis 1969	1970	5	170
Die Einkommensverhältnisse der er- werbstätigen Bevölkerung Hamburgs – Regionalanalyse für das Stadtgebiet nach der Lohnsteuerstatistik 1968	1971	3	79
Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1961 bis 1974 in Hamburg	1975	9	231
Konsolidierte Schichtung der Einkünfte von Lohn- und Einkommensteuerpflich- tigen in Hamburg – Ein Beitrag aus der Steuerstatistik zur Frage der Einkom- mensverteilung –	1975	11	287
Einkommen aus abhängiger Beschäfti- gung und öffentlichen Sozialleistungen im Nachweis der Amtlichen Statistik	1976	3	56
Hamburg – Stadt mit den höchsten Verdiensten?	1976	11	259
Lohnsteuerpflichtige Einkommen und Abgaben der Lohnsteuerpflichtigen in Hamburg 1974 – mit Großstädtevergleich und innerstädtischer Gliederung –	1977	11	249

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
18. Versorgung, Entsorgung und Verbrauch			
18.1 Allgemeines			
Wasserförderung, Strom- und Gaser- zeugung der öffentlichen Versorgungs- unternehmen in Hamburg 1950 bis 1966	1967	12	287
Die Strom- und Gasversorgung durch die öffentlichen Versorgungsunterneh- men in Hamburg von 1962 bis 1973	1974	4	101
Hamburger Abfallbeseitigungsanlagen	1976	4	79
Die öffentliche Abfallbeseitigung in Hamburg 1975	1977	9	207
18.2 Wirtschaft			
Der Energieverbrauch der hamburgischen Industrie	1963	1	1
Der Wasserverbrauch der hamburgischen Industrie 1961	1963	8	213
Der Wasserverbrauch der hamburgischen Industrie 1955 bis 1965	1967	7	168
Der Energieverbrauch der Verarbeiten- den Industrie in Hamburg 1962 bis 1973	1974	4	105
18.3 Privathaushalte			
Die Ausstattung Hamburger Haushalte mit langnutzbaren Gütern – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstich- probe 1962 –	1964	8	233
Die Verbrauchsstruktur der Hamburger 3- und 4-Personen-Haushalte 1962/63 – Ergebnisse der Einkommens- und Ver- brauchsstichprobe 1962/63 –	1965	10	269
Die Verbrauchsstruktur der Hamburger 1- und 2-Personen-Haushalte – Ergeb- nisse der Einkommens- und Verbrauchs- stichprobe 1962/63 –	1966	5	49
Das Einkaufsverhalten Hamburger Haus- halte – Ergebnisse der Wohnungsstich- probe 1965 –	1968	3	65
Einkommens- und Verbrauchsstichpro- be 1969 – Die Bereitschaft der Hambur- ger Bevölkerung zur Mitarbeit –	1969	3	62
Die Struktur der Hamburger Haushalte und ausgewählte Formen der Vermö- gensbildung – Ergebnisse aus dem Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 –	1969	9	232
Grafischer Versuch zur Darstellung von Abhängigkeiten zwischen Gebrauchsgü- tern und Einkommen	1970	3	97
Die Ausstattung der Hamburger Haus- halte mit ausgewählten langnutzbaren Gebrauchsgütern – Ergebnisse aus dem Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 –	1970	7	245
Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte in Hamburg 1968 bis 1970	1971	10	323
Technisierung der Hamburger Haushalte – ein Gradmesser des Wohlstands	1977	10	223

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
19. Sozialprodukt			
Die Entwicklung des Hamburger Inlandsprodukts in den Jahren 1958 und 1959	1960	6	89
Das Hamburger Sozialprodukt in den Jahren 1950 bis 1961	1962	12	360
Das Hamburger Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1950 bis 1962	1963	5	130
Die wirtschaftliche Leistung der Hamburger Bevölkerung	1963	9	241
Die Entwicklung des Sozialprodukts im Bundesgebiet im Jahre 1963	1964	2	39
Das Hamburger Sozialprodukt 1950 bis 1963	1964	11	336
Die wirtschaftliche Leistung der Großstädte 1957 und 1961	1965	2	34
Brutto- und Nettoinlandsprodukt in Hamburg bis 1964	1967	3	59
Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Hamburger Umland, 1957, 1961 und 1964	1967	5	107
Die wirtschaftliche Leistung der Großstädte, der übrigen kreisfreien Städte und der Landkreise 1957, 1961 und 1964	1968	1	8
Ergebnisse aus der Volkseinkommens- und Sozialproduktberechnung 1968	1969	5	108
Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Hamburger Umland 1957 und 1966	1969	7	172
Die revidierten Ergebnisse des Hamburger Bruttoinlandsprodukts 1960 bis 1971	1972	7	215
Produktionswert, Bruttoinlandsprodukt und Nettoinlandsprodukt in Hamburg 1960 bis 1969	1972	11	404
Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen und seiner Komponenten in den norddeutschen Ländern 1961 bis 1970	1973	4	115
Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Bundesgebiet – Typisierung der Trendentwicklung in einzelnen Bereichen – (1972)	1973	8	272
Hamburgs Wirtschaftskraft im Großstädtevergleich	1974	3	64
Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Sozialprodukts in Hamburg – Hinweise zu den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung –	1975	2	39
Die Vergleichbarkeit des Hamburger Bruttoinlandsprodukts in regionaler Sicht	1975	10	263
Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung in Hamburg 1973	1976	6	133
Niveau, Struktur und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg und im Hamburger Umland 1961/74	1977	3	75

Abschnitt, Titel	Jahr- gang	Heft- Nr.	Seite
20. Querschnittsveröffentlichungen			
Raumanalyse des Hamburger Umlandes im Umkreis von 40 km	1965	Sonderheft 1	1
Regionalstatistischer Zahlenspiegel für Hamburg	1966	Sonderheft 1	1
Siedlung und Wirtschaft im Raum Hamburg und Umland – Eine ökologische Studie	1967	Sonderheft 1	1
Zentrale Standorte zur Versorgung der Bevölkerung in Hamburg 1961	1970	Sonderheft 1	1
Hamburger Strukturdaten aus der Volkszählung 1970	1971	3	63
Die Ausländer in Hamburg im Spiegel der Statistik	1971	8	241
Hamburg als Wirtschafts- und Kulturzentrum	1973	3	393
„Hamburg im Jahre ...“	1967	2	25
	1968	1	1
	1969	1	1
	1969	12	339
	1970	12	403
	1971	12	367
	1972	12	425
	1973	12	399
	1974	12	353
	1975	12	315
	1976	12	273
	1977	12	287
21. Sonstiges			
Bibliographie der Zählungen 1960 bis 1963	1966	2	53
Hundert Jahre Statistisches Amt Hamburg – Ansprachen anlässlich des Festaktes –	1966	12	337
Häufigkeit der Anfangsbuchstaben und Länge der Familiennamen in Hamburg	1967	8	193
Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Informationsstelle im Statistischen Landesamt	1971	11	341
Auswertungsmöglichkeiten des Zählungswerkes 1968/70 – Überlegungen unter dem Aspekt der Stadtentwicklung –	1972	3	75
Die Hamburger Sonderauswertung zur Gebäude- und Wohnungszählung 1968 – ein Beispiel für die problemorientierte Auswertung von Großzählungsergebnissen	1972	4	109
Computerkarten als Darstellungsform von Informationen am Beispiel der Volkszählung 1970	1972	10	355
Regionaldatei – Konzeption und Anwendungsmöglichkeiten der Datenbank für Hamburg und das Hamburger Umland	1973	2	49
Das Konzept der Zählung 1975	1973	10	352
Häufigkeit von Namen und Geburtsdaten in Hamburg	1974	9	278
Die Vornamen der Hamburger	1974	9	284
Norddeutscher Zahlenspiegel	1975	3	80

